# HITLER

# REDEN
# SCHRIFTEN
# ANORDNUNGEN

## FEBRUAR 1925 BIS JANUAR 1933

**Band IV**
**Von der Reichstagswahl**
**bis zur Reichspräsidentenwahl**
**Oktober 1930 – März 1932**

**Teil 2: Juli 1931 – Dezember 1931**

**Herausgegeben und kommentiert**
**von Christian Hartmann**

**K · G · Saur**
**München · New Providence · London · Paris**
**1996**

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Hitler Adolf:**
Reden, Schriften, Anordnungen : Februar 1925 bis Januar 1933 /
Hitler. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. – München ;
New Providence ; London ; Paris : Saur.
ISBN 3-598-21930-X
NE: Hitler, Adolf: [Sammlung]
Bd. 4. Von der Reichstagswahl bis zur Reichspräsidentenwahl
Oktober 1930 – März 1932 / hrsg. und kommentiert von
Christian Hartmann.
Teil 2. Juli 1931 – Dezember 1931. – 1996
ISBN 3-598-22001-4
NE: Hartmann, Christian [Hrsg.]


Gedruckt auf säurefreiem Papier / Printed on acid-free paper


K. G. Saur Verlag, München 1996
A Reed Reference Publishing Company

Printed in the Federal Republic of Germany

Datenübernahme und Satz: Rainer Ostermann, München
Druck/Binden: Graphische Kunstanstalt Jos. C. Huber, Dießen/Ammersee

ISBN 3-598-21930-X (Gesamtwerk)

## Gesamtedition

**Band I**
Die Wiedergründung der NSDAP
Februar 1925 - Juni 1926

**Band II**
Vom Weimarer Parteitag bis zur
Reichstagswahl
Juli 1926 - Mai 1928

**Band II A**
Außenpolitische Standortbestimmung nach
der Reichstagswahl
Juni - Juli 1928

**Band III**
Zwischen den Reichstagswahlen
Juli 1928 - September 1930

**Band IV**
Von der Reichstagswahl bis zur
Reichspräsidentenwahl
Oktober 1930 - März 1932

**Band V**
Von der Reichspräsidentenwahl bis zur
Machtergreifung
April 1932 - Januar 1933

**Band VI**
Register

**Ergänzungsband**
Der Hitler - Prozeß 1924

# Inhaltsverzeichnis

# Vorbemerkung

Zahl und Umfang der in Band IV der Edition noch zu veröffentlichenden Dokumente ließen es sinnvoll erscheinen, den noch ausstehenden Zeitraum Juli 1931 bis März 1932 in zwei Teilbänden zu publizieren. Der vorliegende Band deckt den Zeitraum von Juli 1931 bis Dezember 1931 ab. Zur leichteren Handhabung für den Benutzer wurden, wie zuvor, die Auswahlkriterien und die Editionsgrundsätze nochmals abgedruckt, außerdem ein gesondertes Personenregister, ein Abkürzungsverzeichnis und ein Literaturverzeichnis aufgenommen. Das hiermit veröffentlichte Quellenmaterial ist im wesentlichen von Christian Hartmann und Klaus A. Lankheit gesammelt worden.

Unterstützung für Bibliotheks- und Archivrecherchen erhielt der Bearbeiter durch Ute Elbracht, die Texterfassung erfolgte durch Hannelore Scholz.

Institut für Zeitgeschichte München, im Juni 1996

Horst Möller
Udo Wengst

## Zur Edition

Entsprechend den Kriterien einer wissenschaftlichen Quellenedition sind nur schriftliche Zeugnisse und zeitgenössische Mitschriften, Polizei- oder Presseberichte über Rednerauftritte Hitlers, also Hitler-Dokumente im engeren Begriffssinn, aufgenommen. Zur Kategorie Reden zählen auch die mündlichen Erklärungen und Zeugenaussagen Hitlers vor Gericht, die einen vom Umfang kleinen, aber hochinteressanten Bestand darstellen. Ist der Inhalt einer Rede in verschiedenen Mitschriften oder Berichten überliefert, so wird nach dem Kriterium der umfassendsten Wiedergabe nur eine Überlieferung abgedruckt, während die anderen ermittelten Überlieferungen in einer Anmerkung nachgewiesen werden. Gelegentlich ist nur bekannt, daß Hitler auf einer öffentlichen Versammlung eine Rede hielt, aber nicht, was er sagte. Diese Hinweise sind ebenfalls mit knappen Angaben zu den äußeren Begleitumständen verzeichnet, um der weiteren Forschung einen Anhaltspunkt zu geben. Nicht nachgewiesen werden im allgemeinen jedoch angekündigte Rednerauftritte, die nachweislich nicht stattfanden, bzw. Versammlungen, auf denen statt Hitler ein anderer Redner sprach.

Bewußt nicht aufgenommen sind in der vorliegenden Edition Berichte über Gespräche mit und Äußerungen von Hitler und über von Hitler veranlaßte Handlungen und Aktionen, wie sie im Schriftwechsel Dritter, in Tagebüchern, Memoiren oder ähnlichen Büchern wiedergegeben werden.

Aufgenommen wurden dagegen alle politisch sowie partei- oder organisationsgeschichtlich relevanten Anordnungen und Ernennungen Hitlers, während auf alle von ihm unterzeichneten Ernennungsschreiben und Vollmachten verzichtet wurde, wenn sie lediglich formalen Charakter besitzen. Ebenfalls abgesehen wurde bis auf einige Ausnahmen von einer Edierung aller von Hitler gezeichneten Anordnungen für die SA; seit der Übernahme der Obersten SA-Führung durch Hitler im September 1930 behielt sich dieser auch die Zeichnung von Befehlen vor, die allein für den Innendienst der SA relevant waren. Nicht enthalten sind weiterhin Entscheidungen des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses (USchlA), die Hitler als Referentenentwürfe vorgelegt und von ihm in seiner Funktion als Parteivorsitzender abgezeichnet wurden. In diesen parteiinternen Erlassen schlägt sich vor allem die routinemäßige Arbeit des Parteiführers nieder, die in der Regel kaum etwas über das spezifische politische Handeln und Denken Hitlers aussagt.

Problematisch erschien schließlich auch die Einbeziehung solcher privater und oft ganz inhaltsleerer Schriftstücke von Hitlers Hand oder mit seiner Namenszeichnung wie Widmungen, Eintragungen in Gästebücher, Postkarten mit bloßen Grußformeln, Danksagungen o. ä. In diesem Bereich privat-persönlicher Hitler-Zeugnisse, die zumeist in Privatbesitz überliefert sind, mußte zudem aufgrund zahlreicher Fälschungen besondere Zurückhaltung und Vorsicht bei der Aufnahme in die Edition geboten sein.

Die Dokumente sind chronologisch angeordnet. Als Datum ist durchweg der Tag der Rede und nicht das Datum der Übertragung des Stenogramms, des Polizei- oder Zeitungsberichts

eingesetzt. Für die Datierung schriftlicher Äußerungen ist das Ausstellungsdatum maßgebend, bei undatierten Aufrufen, Erklärungen und Anordnungen Hitlers wird als Datum ersatzweise der Tag der Veröffentlichung angegeben. Steht das Datum in eckigen Klammern, so ist die Einordnung undatierter Dokumente aus dem sachlichen Zusammenhang erschlossen worden.

Die Titel der Reden werden, sofern sie eindeutig überliefert sind, in den Dokumentenkopf aufgenommen, ebenso die Überschriften bzw. "Betreffe" aller übrigen Dokumente. Weicht der Kopf des Dokuments bemerkenswert von der Vorlage ab oder enthält die Überschrift in der Vorlage zusätzliche Angaben, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen.

Absätze und Untergliederung entsprechen der Vorlage, jedoch wurden die Dokumente für die Druckfassung in bezug auf die formale Gestaltung vereinheitlicht. Hervorhebungen durch Unterstreichung, Sperrung oder Fettdruck werden in Kursivdruck wiedergegeben.

Korrekturen im Text der Vorlage werden nur dann angemerkt, wenn sie den Sinn in sachlich relevanter Weise verändern. Bearbeitungsvermerke wie etwa Unterstreichungen oder Randbemerkungen sind nur dann erwähnt, wenn sie offensichtlich oder vermutlich von Hitler hinzugefügt oder sachlich bemerkenswert sind.

Fehlerhafte Rechtschreibung und Zeichensetzung der Vorlage sind stillschweigend berichtigt, ebenso irrtümliche Schreibweisen von Eigennamen, sofern Orte und Personen zweifelsfrei identifiziert werden konnten. Eigenhändige Schreiben Hitlers werden hingegen unter Beibehaltung aller Schreib- und sonstigen Fehler buchstabengetreu wiedergegeben.

Zusätze des Herausgebers sind kursiv gesetzt und durch eckige Klammern gekennzeichnet. Unverständliche oder höchst eigenwillig formulierte Textstellen sind mit [*sic!*] gekennzeichnet.

Bei Aufzeichnungen über Versammlungen und Aussagen vor Gericht sind einleitende oder abschließende Bemerkungen des Berichterstatters sowie die Reden und Diskussionsbeiträge anderer Redner als Hitler in der Regel ausgelassen, Auslassungen innerhalb des edierten Redetexts sind durch [...] gekennzeichnet. Ist die ausgelassene Stelle sachlich bemerkenswert, so ist in einer Anmerkung darauf verwiesen; wörtliche Zitate aus der ausgelassenen Stelle sind in diesem Fall zwar in Anführungszeichen gesetzt, jedoch nicht mit einem Hinweis auf die Quelle versehen.

Wird der Völkische Beobachter (VB) zitiert, so ist stets die Bayernausgabe gemeint, es sei denn, auf die seit 1.2.1927 erscheinende Reichsausgabe wird ausdrücklich verwiesen.

Die Sachanmerkungen sollen keine umfassende, wertende Interpretation des edierten Dokuments geben, sondern dem Benutzer in knapper Form gezielte Verständnis- und Arbeitshilfen anbieten.

Alle im Text genannten Personen, die im 20. Jahrhundert gelebt und gewirkt haben, werden bei der Erstnennung mit einer Kurzbiographie vorgestellt, die in aller Regel den Lebenslauf bis 1945 nachzeichnet. Neben den einschlägigen biographischen Nachschlagewerken wurden bei Parteimitgliedern zusätzlich die im Berlin Document Center, jetzt Bundesarchiv Außenstelle Zehlendorf, vorhandenen Personaldossiers herangezogen.

Jeder Teilband enthält ein Personenregister, wobei die kursiv gesetzte Seitenzahl auf die erstellte Kurzbiographie verweist. Mit dem Erscheinen des letzten Bandes wird die Edition zusätzlich durch ein kumuliertes Personen-, Orts- und Sachregister erschlossen.

Angesichts der außerordentlichen Zerstreuung der Quellen konnte Vollständigkeit nur annäherungsweise erreicht werden. Die Sammlungstätigkeit, die ausgangs der 80er Jahre beendet,

1990-1992 an einigen Orten der ehemaligen DDR fortgesetzt und 1994-1996 durch gezielte Rückfragen bei allen relevanten in- und ausländischen Ortsarchiven und -bibliotheken systematisch ergänzt wurde, konzentrierte sich zunächst auf die Durchsicht der als einschlägig und besonders ergiebig bekannten Bestände des Bundesarchivs Koblenz, des Bayerischen Hauptstaatsarchivs München, der Staatsarchive München und Nürnberg, des Bundesarchivs Abteilungen Potsdam (ehemals Zentrales Staatsarchiv der DDR) sowie des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte.

Weitere Recherchen fanden in den Beständen und Zeitungsausschnittssammlungen folgender Archive, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen (geordnet nach Orten) statt: Bundesarchiv Außenstelle Zehlendorf (ehemals Berlin Document Center), Landesarchiv Berlin, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Deutsche Staatsbibliothek Berlin, Staatsarchiv Bremen, Sächsisches Hauptstaatsarchiv (ehemals Staatsarchiv Dresden), Sächsische Landesbibliothek Dresden, Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Archiv der Mannesmann-AG Düsseldorf, Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt, Bundesarchiv, Abt. MA Militärarchiv Freiburg i. Br., Staatsarchiv Freiburg i. Br., Militärgeschichtliches Forschungsamt ehemals Freiburg i. Br., jetzt Potsdam, Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Staatsarchiv Hamburg, Weltwirtschaftsarchiv Hamburg, Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, Generallandesarchiv Karlsruhe, Staatsarchiv Landshut, Deutsche Bücherei Leipzig, Staatsarchiv Leipzig, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Abteilung Merseburg (ehemals Dienststelle Merseburg des Zentralen Staatsarchivs der DDR), Bayerische Staatsbibliothek München, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (ehemals Staatsarchiv Potsdam), Bibliothek für Zeitgeschichte Stuttgart, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (ehemals Staatsarchiv Weimar), Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel. Weiterhin wurden das Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien sowie die polnischen Staatsarchive Malbrok, Olsztyn und Wrocław in die Recherchen einbezogen.

Wertvolle Hinweise auf einzelne Bestände und Aktivitäten Hitlers brachten ferner zwei Rundschreibenaktionen, die sich an jeweils mehr als 100 Archive der Bundesrepublik und der DDR sowie Bibliotheken mit der Bitte um Unterstützung richteten. Unentbehrlich für die Nachweisung der recherchierten Hitler-Reden in der oft entlegenen Lokal- und Regionalpresse war die tatkräftige Mitarbeit zahlreicher Stadtarchive und Bibliotheken, die viel Mühe auf die Durchsicht der bei ihnen überlieferten Presseorgane verwandten. Den Mitarbeitern aller beteiligten Archive, Bibliotheken und sonstigen Institutionen sei an dieser Stelle aufrichtig für die umfassende und bereitwillig gewährte Unterstützung gedankt.

# Dokumente

# 2. Juli 1931
# Rede in der Reichsführerschule der NSDAP[1] in München[2]

**Dok. 1**

Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 2, München 1987, S. 86.

Redetext nicht ermittelt[3].

---

1 Die Reichsführerschule der NSDAP, die am 15.6.1931 in München eröffnet wurde, sollte eine systematische Ausbildung der SA-Führung ermöglichen. Die in der Schwanthalerstraße 68 gelegene und von Kurt Kühme, Major a. D. und nun SA-Gruppenführer, geleitete Institution legte ihren Schwerpunkt auf die weltanschauliche Schulung der Kursteilnehmer, die hier gewöhnlich drei Wochen auf Kosten der Reichsleitung verbrachten. Unter den Lehrkräften befand sich oft die Prominenz der NSDAP; der Unterricht in organisatorischen, praktischen und rechtlichen Fragen, ein ausgedehntes sportliches Begleitprogramm sowie Exkursionen bis nach Italien ergänzten diese Ausbildung. Bis Januar 1932 durchliefen insgesamt 468 SA-Führer in sieben Lehrgängen diese Schulung, wobei es sich nicht nur um die Spitze der SA handelte, sondern um ausgewählte Vertreter einzelner Dienstgradgruppen. Dies verdeutlicht einmal mehr die Absicht dieser Lehrgänge, welche die Qualität der SA-Führung steigern sollten, aber ebenso die politische Loyalität der SA. Vgl. Andreas Werner, SA und NSDAP. SA: "Wehrverband", "Parteitruppe" oder "Revolutionsarmee". Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933, Diss. phil., Erlangen 1964, S. 555 ff. Vermerk der Polizeidirektion München Ref. VI/N o. Nr. vom 15.6.1931; StA München Polizeidirektion 6812. Erfahrungsbericht der RFS. zum 2. Lehrgang vom 5. Juli bis 26. Juli 1931 (NSDAP/RFS Nr. 926/31) vom 5.9.1931; StA München Polizeidirektion 6808. Schreiben des Polizeipräsidenten von Berlin, Landeskriminalpolizeiamt (I). I7 (Reichsführerschule) an die Polizeidirektion München vom 9.2.1932 mit Anlage: Tagebuch Reichsführerschule München vom 6.9.-26.9.1931; StA München Polizeidirektion 6812. Ferner Illustrierter Beobachter vom 1.8.1931, "Die Reichsführerschule der N.S.D.A.P. in München" sowie Bd. IV/1, Dok. 108, 137.

2 Vor dem I. Lehrgang (15.6.-4.7.1931). Während des II. Lehrgangs (5.7.-26.7.1931) hielt Hitler Vorträge zu den Themen "Das Wesen des Führertums", "Die wirtschaftspolitische Zukunft des deutschen Volkes", "Die Aufgaben der Organisation, die Erziehung der SA zum verantwortungsbewußten Führerkorps". Genaue Daten oder Mitschriften dieser Reden liegen nicht vor. Vgl. Erfahrungsbericht der RFS. zum 2. Lehrgang vom 5. Juli bis 26. Juli 1931 (NSDAP/RFS Nr. 926/31) vom 5.9.1931; StA München Polizeidirektion 6808.

3 Goebbels schreibt, Hitler habe "über Organisation und Propaganda" gesprochen.

## 3. Juli 1931 Dok. 2
## Rede auf NSDAP-Versammlung in Erlangen [1]

Masch. Aufzeichnung vom 4.7.1931; Stadtarchiv Erlangen, III 220, H. 1 [2].

Meine lieben Volksgenossen!

Wir leben in einer Zeit, die recht wenig Erfreuliches mit sich bringt. Unzählige Menschen sind augenblicklich mit ihrem eigenen Schicksal beschäftigt, sind in Anspruch genommen von Not und Sorgen, und es wäre nur zu verständlich, wenn Millionen von einem politischen Redner und Führer nichts anderes erwarten wollten, als daß er auf das eingeht, was sie selbst am schwersten bedrückt. Das sind augenblicklich die wirtschaftlichen Sorgen und Nöte [3], die überall ihre Spuren hinterlassen und die da heißen: Verelendung, Arbeitslosigkeit [4], Zusammenbrüche [5], Armut, Selbstmorde [6], Auswanderungen [7] usw.

---

1 Im Kolosseum, ab 21.00 Uhr. Hitler sprach etwa zwei Stunden. An der Versammlung, die von Stadtrat und Ortsgruppenleiter der NSDAP in Erlangen Alfred Groß geleitet wurde, nahmen etwa 1.400 Personen teil. Bis zum verspäteten Eintreffen Hitlers sprach der Münchner Stadtrat Hermann Esser.
Vgl. auch den Bericht des *Erlanger Volksblatts*: "Dazu kam, daß in der Erlanger SA der Nazi allerhand 'Reibungen' sich ergeben haben. So ist ein großer Teil nicht mehr mit der Art einverstanden, mit der die Hirschmänner aufzutreten belieben. Diese und andere 'Schwulitäten' haben dazu geführt, daß Hitler innerhalb einer Woche zweimal nach Erlangen kam." Wegen dieser Differenzen aber auch wegen der internen Konflikte im NSDStB, die von der Hochschulgruppe Erlangen ausgegangen waren, hatte Hitler bereits am 25.6.1931 auf einer NSDStB-Versammlung in Erlangen gesprochen. Druck: Bd. IV/1, Dok. 140.

2 Vgl. auch Erlanger Nachrichten vom 4.7.1931, "Hitler spricht vor einer Massenversammlung im Kolosseum"; Erlanger Tageblatt vom 4.7.1931, "Adolf Hitler wieder in Erlangen"; Erlanger Volksblatt vom 4.7.1931, "'Bürgerliche Simpel'. Oder: Hitler kann auch keine Besserung versprechen". Lagebericht Nr. 196/II/31 der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 24.10.1931; StA Nürnberg, Polizeidirektion Nürnberg-Fürth, Nr. 929. Ferner Anselm Faust, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, Bd. 1, Düsseldorf 1973, S. 154 ff.

3 Zu den Folgen der Weltwirtschaftskrise vgl. Harold James, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936, Stuttgart 1988.

4 Im Juli 1931 waren bei den deutschen Arbeitsämtern 3.989.686 Arbeitslose, im Jahresdurchschnitt 1931 4.519.704 Arbeitslose gemeldet. Vgl. Statistische Beilage zum Reichsarbeitsblatt. Amtsblatt des Reichsarbeitsministeriums, des Reichsversicherungsamts, der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte 11 (1931), Teil II, Nr. 34, S. 685; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1932, S. 298. Die amtliche Statistik unterscheidet zwischen Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung, bzw. in der Krisenfürsorge, Wohlfahrtserwerbslosen sowie Nichtunterstützten.
Zum Problem der "verdeckten" Arbeitslosigkeit vgl. Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin 1987, S. 22 ff.

5 Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932 (S. 374 f.) verzeichnet für das Jahr 1931 19.254 neue Konkurse und 8.628 neue Vergleichsverfahren; in diesem Jahr wurden 9.409 Konkurse und 7.628 Vergleichsverfahren beendet. Die entsprechenden Zahlen für das Jahr 1930 lauten: 15.486 neue und 8.787 beendete Konkurse, 7.178 neue und 6.637 beendete Vergleichsverfahren.

6 1930 wurden im Deutschen Reich 17.880 Fälle von Selbstmord registriert, 1931 18.625. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 43; 1933, S. 45.
Seit 1920 war die Selbstmordquote im Deutschen Reich relativ kontinuierlich angestiegen und hatte während der Weltwirtschaftskrise einen bislang unbekannten Höchststand erreicht. 1931 wurden pro 100.000 Einwoh-

Wir Nationalsozialisten haben diese Entwicklung vorausgesagt zu einer Zeit, da die anderen wirklich noch glaubten, eine schöne Zukunft prophezeien zu dürfen. Ich brauche nur daran erinnern, als vor 1 1/2 Jahren der Young-Plan[8] kam und dieselbe Regierung, die heute zugeben muß, daß ihr Plan zum Gegenteil von dem geführt hat, was sie damals prophezeite, nicht zu überbieten war in Versprechungen. Da war diese Regierung erfüllt von der Überzeugung, daß mit dem Young-Plan eine gewaltige Besserung kommen wird, daß die Arbeitslosigkeit nachlassen wird, daß die Finanznot ein Ende erreichen wird usw[9]. Erinnern Sie sich dieser zahllosen Beschimpfungen, denen wir ausgesetzt waren[10], bloß weil wir sagten, der Young-Plan wird das Gegenteil von dem bringen, was man sich vom Young-Plan verspricht[11]. Wie hat man uns damals heruntergesetzt. Ein Abgeordneter z. B. sagte, nur unreife Rotzjungen wollen gegen

---

ner jährlich über 58 Selbstmorde registriert. Bemerkenswerterweise hat sich diese hohe Selbstmordquote bis Ende der dreißiger Jahre nicht abgeflacht; noch 1937 besaß sie exakt denselben Stand wie 1931. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978, S. 136.

7 Im Jahr 1930 wanderten 37.399 Deutsche aus, 1931 fiel diese Zahl weiter auf 13.644. Die Auswanderung aus dem Deutschen Reich hatte 1923 mit 115.431 Menschen ihren Höhepunkt erreicht. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III, S. 35.
Zur zurückhaltenden Auswanderungspolitik der deutschen Behörden vgl. Hartmut Bickelmann, Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Wiesbaden 1980.

8 Zur Regelung der deutschen Reparationen war der Young-Plan seit Februar 1929 von einem Gremium internationaler Experten unter deutscher Beteiligung erarbeitet worden; am 12.3.1930 wurde der Plan vom Reichstag angenommen. Im Gegensatz zum Dawes-Plan versuchte der Young-Plan die deutschen Reparationslasten endgültig auf 59 Jahresraten in Höhe von durchschnittlich 2,05 Milliarden RM zu fixieren. Insgesamt wurden die deutschen Zahlungsverpflichtungen damit um 17 % reduziert. Die politische Kontrolle über Reichsbahn und Reichsbank fiel künftig fort, die Annuitäten wurden jeweils in eine aufschiebbare und eine unaufschiebbare Rate geteilt, vor allem aber wurde mit der Annahme des Young-Plans die vorzeitige Räumung des Rheinlands bis 1.7.1930 zugesichert. Druck: RGBl. 1930, II, S. 39 ff. Vgl. Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970, S. 438 ff.

9 Angesichts der hohen Auslandsverschuldung des Deutschen Reichs wurden von den Verteidigern des Young-Plans auch wirtschaftliche Gründe für dessen Annahme angeführt. Vgl. Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. II: Deutschland am Vorabend der Großen Krise, Berlin 1987, S. 417 f.

10 Zu den Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern und Gegnern des Volksbegehrens gegen den Young-Plan vgl. Bd. III/2, Dok. 50 ff. sowie Bd. III/3, Dok. 5 ff. Allgemein zur publizistischen Diskussion vgl. Kurt A. Holz, Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan in der deutschen Presse, Bd. I, Frankfurt a. M. 1977, S. 178 ff.

11 Aus Protest gegen das Ergebnis der Pariser Sachverständigenkonferenz zur Regelung der deutschen Reparationen hatte sich bis zum 9.7.1929 der "Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren" formiert, dem DNVP, NSDAP, Stahlhelm, Reichslandbund, Alldeutscher Verband sowie einige kleinere Rechtsgruppen angehörten. Für das von ihm initiierte Volksbegehren gegen den Young-Plan (vgl. Anm. 8), dem als Gesetzentwurf das "Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes" zugrundelag, hatten sich in der Eintragungsfrist vom 16.-29.10.1929 4,1 Millionen Wahlberechtigte (10,02 %) eingeschrieben; die erforderliche Zahl war damit, wenn auch nur knapp, erreicht. Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens wurde im Reichstag am 30.11.1929 mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, und auch beim Volksentscheid am 22.12.1929 stimmten lediglich 5,8 Millionen Wahlberechtigte (13,8 %) für eine Ablehnung des Young-Plans in dieser Form. Ungeachtet dieses Mißlingens gab das Volksbegehren seinen Initiatoren die Möglichkeit, die direkte Kooperation zu erproben und ihre Ziele mit einer bis dahin beispiellosen Propaganda zu vertreten. Vgl. Schulz, Deutschland am Vorabend der Großen Krise, S. 422 ff.

den Young-Plan Stellung nehmen. Wir haben die Genugtuung, daß die Regierungen heute gegen diesen Young-Plan Stellung nehmen [12].

Wenn das so ist, wenn wir das getan haben, in einer Zeit, nicht nur einmal, sondern dutzendmal, wenn wir auch zu den Notverordnungen [13] eine Stellung einnahmen, die sich bis jetzt als richtig erwiesen hat, dann kommt es nur deshalb, weil wir über all dem einzelnen Leid und Geschehen niemals das größere Gesamte aus dem Auge verloren haben, weil wir während dieser ganzen Periode des Kampfes unserer Bewegung keine Sekunde den Blick vom Großen abgewendet haben; weder kann uns die sog. Scheinbesserung einer Zeit über die Tragik unseres Schicksals hinwegtäuschen, noch kann uns das Leid Millionen einzelner auch nur um eine Sekunde verzweifeln lassen an dem Endschicksal des deutschen Volkes [*sic!*]. Wir werden weder in einer leichtfertigen Hoffnung vergehen, wenn die Minister eine Notverordnung ausbrüten und sagen, so wird alles gut werden usw., noch können wir in den Schrei derer einstimmen, die vom Schicksal wirklich erfaßt werden. Wir gehen einen eisernen Weg einer grundsätzlichen Erkenntnis, wir legen uns die Frage vor, kann man überhaupt auf dem Wege, der heute beschritten wird, das deutsche Schicksal ändern oder bessern. Ist dieses Schicksal mit so lächerlichen Mitteln wirklich zu beheben, wie sie unsere politischen Gegner anwenden? Wenn unsere Regierungen tun, als hätten sie wunder was geleistet nach einer Notverordnung - wir sagen, es ist nichts Geniales, daß, wenn die Staatseinnahmen mit den Ausgaben sich nicht mehr decken [14], daß dann die Einnahmen erhöht werden müssen und die Ausgaben zu drosseln sind. Diese Weisheit ist uralt, das haben schon die Pharaonen gewußt. Etwas anderes hat die Regierung seit 12 Jahren nicht fertiggebracht. [15] Wir fragen uns nun, weshalb denn trotz dieser Kunst-

---

12 Die Reichsregierung hatte in ihrem Aufruf, mit dem sie die Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen am 6.6.1931 veröffentlichte, u. a. festgestellt: "Die Grenzen dessen, was wir unserem Volke an Entbehrungen aufzuerlegen vermögen, ist erreicht! Die Voraussetzungen, unter denen der neue Plan [*i. e. Young-Plan*] zustande gekommen ist, haben sich durch die Entwicklung, die die Welt genommen hat, als irrig erwiesen. Die Erleichterung, die der neue Plan nach der Absicht aller Beteiligten dem deutschen Volke bringen sollte und fürs erste auch zu bringen versprach, hat er nicht gebracht." Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1931, München 1932, S. 120 f.
Zusammenfassend zur Reparations- und Wirtschaftspolitik Brünings: Economic Crisis and Political Collapse. The Weimar Republic 1924-1933. Ed. by Jürgen Baron von Kruedener, New York 1990.

13 Das Kabinett Brüning war im März 1930 ohne Rücksicht auf die im Reichstag bestehenden Mehrheitsverhältnisse gebildet worden, so daß seine Politik letzten Endes auf die Verordnungsermächtigung des Reichspräsidenten nach Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung angewiesen war. Bei dieser Konstellation blieben Konflikte mit dem Reichstag nicht aus, der jedoch seit der Reichstagswahl vom 14.9.1930 mit der Drohung einer weiteren Reichstagsauflösung in Schach gehalten wurde. Betrug die Zahl der Reichstagssitzungen 1930 noch 94, so gingen sie 1931 auf 41 zurück. Dagegen wurden 1930 vom Reichstag 98 Gesetze beschlossen, 1931 nur noch 34, während die Zahl der als Notverordnungen erlassenen Gesetze von 5 im Jahr 1930 auf 44 im Jahr 1931 stieg. Vgl. Hans Boldt, Der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung. Sein historischer Hintergrund und seine politische Funktion. In: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Hrsg. von Michael Stürmer, Königstein/Ts. 1980, S. 288-309.

14 Im Rechnungsjahr 1931/32 wurde für den ordentlichen Haushalt des Deutschen Reichs ein Defizit von 1.690 Millionen RM verzeichnet, für den außerordentlichen Haushalt ein Defizit von 470,9 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 444. Weitere Daten zur Haushaltslage in Deutschland: Wolfgang Heindl, Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden in Deutschland von 1925 bis 1933. Öffentliche Haushalte und Krisenverschärfung, Frankfurt a. M. 1984.

15 Obwohl sich das Kabinett Brüning bemühte, durch eine rigorose Sparpolitik für eine ausgeglichene Haushaltsbilanz zu sorgen, stieg der Schuldenstand des Deutschen Reiches von 7.130,7 Millionen RM im

stücke unser Volk eigentlich von Jahr zu Jahr in seiner Existenzmöglichkeit mehr und mehr erschüttert wird. Sie haben nicht das Geringste getan, um diese Frage zu klären, denn sie müssen eines zugeben. Nehmen wir an, wir sind von lauter anständigen Menschen regiert - wir wollen das annehmen, denn das andere würde gesetzlich verboten sein anzunehmen [16]; und wir nehmen weiter an, daß diese anständigen Menschen dauernd das Beste glauben, wir nehmen noch an, daß sie wenigstens das glauben, was sie selbst sagen, wenn sie das nicht glauben würden, dann würde das eine innere Verlogenheit bedeuten; aber so etwas anzunehmen, ist verboten, und wir müssen feststellen, daß das, was sie gesagt haben, nie eingetroffen ist. Wir sehen so unser Volk heute in dem Zustand: Es wird beherrscht, von Zeit zu Zeit bearbeitet usw., das ist nicht anders geworden als früher, es ist bloß schlechter geworden. Dann kam die Periode der Dauerversprechungen von einem Mal zum anderen Mal. Sie sagten immer: Wenn das unterzeichnet ist, wird es besser werden, wird die Not ein Ende haben usw., wenn wir nach Locarno [17] gehen, wird Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden [18], wenn wir den Young-Plan unterzeichnen, wird es besser werden, durch die Notverordnungen wird die Finanznot behoben usw. endlos; man könnte beginnen, von den ersten Verhandlungen bis jetzt, das ist eine endlose Serie von lauter Versprechungen - und was ist gekommen? Ist es nun tatsächlich besser geworden in der ganzen Zeit? Fühlen Sie nicht, daß wir langsam einem Abgrund zutreiben, und zwar in jeder Hinsicht; man sagt, wirtschaftlich wird es besser werden - ist es besser geworden? Man sagt, politisch wird es besser - sehen wir nicht, daß unser ganzes Volk überhaupt zerfällt, daß wir politisch vor den ungeheuersten Erschütterungen stehen, die es überhaupt gibt? Sie haben gesagt, sie wollen uns entgegentreten, und heute klappern sie mit den Zähnen und sagen, wir stehen am Beginn einer neuen Revolution [19]. Was ist eingetreten, von dem, was

---

Haushaltsjahr 1927/28 auf 11.434,0 Millionen RM im Haushaltsjahr 1931/32. Vgl. Heindl, Haushalte, S. 103 ff., 406.

16 Anspielung auf das Gesetz zum Schutze der Republik vom 21.7.1922, das nach der Ermordung des Reichsministers des Auswärtigen Walther Rathenau vom Reichstag verabschiedet worden war. Das Gesetz wurde am 2.6.1927 um zwei Jahre verlängert; am 25.3.1930 wurde ein zweites Gesetz zum Schutze der Republik verabschiedet, das bis zum 31.12.1932 befristet und dessen Strafmaß deutlich herabgesetzt war. Vgl. Christoph Gusy, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991, S. 128 ff., 171 ff. Druck: RGBl. 1922, I, S. 585 ff.; 1927, I, S. 125; 1930, I, S. 91 ff.

17 Auf der Konferenz von Locarno (5.-16.10.1925), an der Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei teilnahmen, wurden neben verschiedenen Schiedsabkommen vor allem der sog. Rheinpakt oder Sicherheitspakt ausgehandelt. In ihm verpflichtete sich Deutschland zur Anerkennung der durch den Versailler Friedensvertrag fixierten Westgrenze, behielt sich aber einen Anspruch auf Revision seiner Ostgrenze vor. Vgl. Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 269 ff. Vertragstexte: RGBl. 1925, II, S. 975 ff.

18 Am 8.9.1926 hatte die Völkerbundversammlung die Aufnahme Deutschlands mit ständigem Ratssitz in den Völkerbund beschlossen. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 353 ff.

19 Nach dem spektakulären Wahlerfolg der NSDAP bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 stellte sich die Frage, ob die Führung einer derart erstarkten radikalen Partei auch weiterhin bereit sein würde, sich an die Spielregeln einer demokratischen Verfassung zu halten. So verwies der Reichsminister des Innern Joseph Wirth am 4.4.1931 in einem Schreiben an das Auswärtige Amt auf das Urteil des Reichsgerichts, dem zufolge "zum mindesten Teile der NSDAP auf den gewaltsamen Umsturz hinarbeiteten". Hitler selbst gab jedoch am 20.6.1931 gegenüber dem italienischen Konsul in München, Giovanni Capasso Torre di Capraia, zu erkennen, daß er sich ganz auf die legale Machtübernahme konzentriere. Druck von Wirths Schreibens: Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo

sie vorhergesagt haben? Gar nichts. Wir nehmen an, daß es lauter anständige Menschen gewesen sind, dann muß ich sagen, diese Menschen haben die Grundgesetze unseres Lebens überhaupt nicht gesehen und erkannt, denn hätten sie diese gesehen und erkannt, dann hätten sie das nicht prophezeien können, was sie prophezeit haben, dann wäre es unmöglich gewesen, daß sie sich von irgendeiner Notverordnung eine Besserung versprochen hätten. Unser Unheil liegt darin, daß eine Erhaltung der deutschen Nation auf ihrem heutigen Lebensstandard überhaupt unmöglich ist. Entweder sie beseitigen heute gewisse Voraussetzungen, die uns z. Zt. zwangsläufig um diesen Lebensstandard bringen müssen, oder wir werden unseren Lebensstandard aufgeben müssen. Nun ist dieses Wort, man gibt einen Lebensstandard auf, leicht ausgesprochen; in der Praxis handelt es sich aber um einen eminent einschneidenden, ich möchte fast sagen, schmerzvollen Vorgang. Man kann sagen, das deutsche Volk lebt über seine Verhältnisse - ja, ohne Zweifel. Die Ministergehälter sind über unsere Verhältnisse[20], aber das ist eine Erkenntnis, die so lange vollkommen belanglos ist, solange die Herren nicht sagen, wo die Grenze ist, die wir erreichen und nicht überschreiten dürfen. Das müssen sie uns sagen, aber sie können das gar nicht sagen, denn in Wirklichkeit müßte das eine Herabschraubung des Lebensniveaus unseres Volkes bedeuten, und zwar allgemein bedeuten, und da können sie noch nichts sagen, denn sie haben behauptet, indem wir die Revolution machen[21], heben wir Europas Lebensniveau, und darum können sie das Gegenteil nicht sagen. Sie tun nur eines, sie appellieren an das Volk und machen das Volk mitschuldig. Wenn ich so Reden höre von heutigen Regierungs-Inhabern [*sic!*], dann greife ich mich an die Stirn. Wenn etwas Nützliches gemacht wird, dann tritt eine Erscheinung vor das Volk hin und sagt: Wir haben das und das gemacht, und ich habe das gemacht - sehr schön. Wenn es sich aber um die negative Seite handelt, dann sagen sie nicht, ich habe auch was zu sagen, sondern dann heißt es: Unser Volk hat sich übernommen, das Volk muß in sich gehen, das Volk lebt über seine Verhältnisse, dann ist das Volk der schuldige Teil. Weshalb denn das? Sie können die Schuld persönlich nicht auf sich nehmen, weil sie ihr ganzes Handeln verurteilen würden, denn in ihrem Handeln und der

---

Wengst, Düsseldorf 1977, S. 191 f. Ferner Renzo De Felice, Mussolini e Hitler. I rapporti segreti (1922-1933), Firenze [2]1983, S. 231 f.

20 § 14 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister vom 27.3.1930 legte das Amtsgehalt der Reichsminister auf jährlich 36.000 RM fest, zuzüglich eines örtlichen Sonderzuschlags, einer Wohnungsentschädigung von jährlich 3.600 RM, einer Dienstaufwandsentschädigung sowie einer Entschädigung von jährlich 3.600 RM bei Unmöglichkeit der Verlegung des eigenen Hausstands nach dem Sitz der Reichsregierung. Druck: RGBl. 1930, I, S. 96 ff.
Das Kabinett Brüning beschloß am 13.6.1930, die Mittel für Repräsentationszwecke um 20 % zu kürzen; am 26./29.9.1930 stimmte das Kabinett einer Kürzung der Bezüge von Reichspräsident, Reichskanzler und Reichsminister um 20 % zu. Diese, für drei Jahre vorgesehene, Kürzung sollte am 1.4.1931 beginnen, wurde aber mit Kabinettsbeschluß vom 24.10.1930 auf den 1.11.1930 vorgezogen. Am 2.6.1931 einigte sich das Kabinett schließlich darauf, diese Gehälter nochmals um 8 % zu reduzieren und sie darüber hinaus der Krisensteuer für die Veranlagten zu unterziehen. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, 30. März 1930 bis 10. Oktober 1931, 10. Oktober 1931 bis 1. Juni 1932. Bearb. von Tilman Koops, Boppard a. Rh. 1982, Bd. 1, S. 198, 457, 470 f., 550; Bd. 2, S. 1170 f. Druck der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1.12.1930 und der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5.6.1931: RGBl. 1930, I, S. 517 ff., hier S. 522 f.; RGBl. 1931, I, S. 279 ff., hier S. 282 f.

21 Anspielung auf die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

Auswertung der Zielsetzung [*sic!*] liegt die kommende Vernichtung der deutschen Nation begründet, und zwar aus folgendem heraus:

Das deutsche Volk ist heute eine angehäufte Menschenmasse auf einem viel zu kleinen Lebensraum. Man hat viele Jahrzehnte hindurch das Volk dauernd mit Gedankengängen gefüttert, von der liberalen als auch marxistischen Seite aus, wie die Weltwirtschaft, die Geschäftsordnung, die Wirtschaftsordnung usw. gemacht wird und hat den Anschein erweckt, als ob aus solchen Gedankengängen heraus sich das Wirtschaftsleben, die Existenz des einzelnen klären oder auch ganz heben würde. Man hat bewußt das Volk von einer Erkenntnis weggezogen, nämlich von der Erkenntnis der unzertrennlichen Verbundenheit eines Volkes mit dem Grund und Boden, mit der Mutter Erde. Beide Richtungen, liberal-bürgerlich und marxistisch, haben Wert darauf gelegt, den einzelnen Menschen die Auffassung einzuimpfen, als könnte er sich ein Leben gestalten, das unabhängig sei vom Grund und Boden. Ein Trugschluß. Der Marxismus sowohl als auch der Liberalismus braucht diese Theorie. Der Marxismus selbst hat ausdrücklich erklärt, mein lieber Prolet, dein Leben ist unabhängig vom Volk als Lebensraum, von der Erde, die deinem Volk zur Verfügung steht, dein Leben ist abhängig von der Konstruktion der Wirtschaft, d. h. also, wenn wir eine kommunistische Wirtschaft haben, dann würdest du im Überfluß leben, und weil wir das nicht besitzen und in einem bürgerlich-kapitalistischen Staat uns befinden, deshalb geht es dir schlecht; mit anderen Worten, man hat bewußt dem einzelnen Mann verschwiegen, daß das Leben sich nicht ergibt aus irgendeiner Wirtschaftsordnung, sondern zunächst aus dem vorhandenen Grundquell alles Lebens, und das ist die Mutter Erde, d. h., im Boden liegt zu einem gewissen und hohen Prozentsatz allein die Lebensmöglichkeit eines Volkes begründet. Wenn ein Volk einen zu beengten Lebensraum hat, d. h., wenn ein Volk gewisse Bodenschätze nicht besitzt, wenn der Boden für seine Ernährung zu beengt ist, dann führt das dazu, und zwar [*zu*] einer bestimmten Not. Es gibt eine Reihe von Abhilfen dabei, aber die Raumnot zwingt, ihre Methoden zu ergreifen, die wir sonst nicht ergreifen würden. Wir erleben das im Völkerleben tausendfältig, wie aus dieser Raumnot unbewußt für den einzelnen sich ein Leben ergibt, das er selbst nicht so gestalten würde.

Die zweite Erkenntnis ist die, daß außer dem Boden selbstverständlich der Mensch der wesentliche Faktor ist - er selbst als Wesen von Fleisch und Blut; d. h., wenn der Marxismus sagt, vom Menschen als Wertfaktor ist es nicht abhängig, sondern nur vom Menschen als Glied einer bestimmten Gesellschaftsordnung, so ist das eine kapitale Lüge. Man muß diese Lüge aussprechen, denn auf ihr basiert das marxistische Gebäude unserer Wertauffassung, die heute regiert. Die Lüge liegt darin, daß in Wirklichkeit die Existenz des Menschen abhängig ist von seiner eigenen Qualität. Ich kann sagen, das deutsche Volk hat 65 Millionen Menschen[22], Afrika hat 200 Millionen Menschen[23], aber ich kann nicht 65 Millionen Afrikaner gleichsetzen mit 65 Millionen Deutschen, ich kann zwar sagen Nr. 1, 2, 3 usw., ich kann zählen bis auf 1.800 Millionen[24], aber außer diesen Ziffern entscheidet der persönliche Wert der Menschen.

---

22 Nach der Zählung vom 16.6.1925 hatte das Deutsche Reich, einschließlich Saargebiet, eine Gesamtbevölkerung von 63.180.649 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 5.

23 Zum damaligen Zeitpunkt wurde die Einwohnerzahl Afrikas auf 145 Millionen Menschen geschätzt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 3*.

24 Zum damaligen Zeitpunkt wurde die Weltbevölkerung auf 2.023 Millionen Menschen geschätzt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 1* ff.

Ich kann nicht sagen, die Nr. 1 der Menschheit ist gleich der Nr. 270; nein, ich muß fragen, welcher Art ist der Mensch Nr. 1.

Die beiden Faktoren bestimmen die Lebenshöhe, genau wie im einzelnen Leben die Basis in erster Linie die Qualität des Menschen ist, sein eigener Wert und sein Bewegungsfeld. Damit aber komme ich, sagen wir, zu einer Basis, von der aus ich das Leben eines Volkes zum ersten Mal in seinen Möglichkeiten überhaupt überprüfen kann, indem ich den Menschen selbst nehme und mir die Frage vorlege, kann dieser Mensch aufgrund seiner Qualität, seines Wertes, sich ein bestimmtes höheres Leben schaffen und zimmern, und ich muß bei dieser Prüfung, wenn ich sie am deutschen Volk vornehme, zugeben, jawohl, das ist nicht eine Hypothese, eine Annahme, sondern ist tausendfältig bewiesen. Das, was wir Deutsche heute als Kultur und Lebensstandard besitzen, haben wir selbst aus dem Quell unseres eigenen Volkstums gestaltet und geschaffen. Es ist nicht so, wie wenn ich einem Neger in irgendeiner Mission das Lesen und Schreiben beibringe, da kann ich sagen, der Neger hat die Kultur von anderen in Form einer äußeren Dressur erhalten. Bei uns ist dies aus unserem eigenen Volk herausgewachsen, und es ist das Ergebnis unseres eigenen Grundrechtes [*sic!*], wir selbst haben es geschaffen, dank der Qualität und Höhe unseres Volkstums. Damit zugleich auch die Beantwortung der Frage, ob wir überhaupt fähig wären, in der Zukunft einen Lebensstandard uns zu gestalten, den andere Völker, die wir als erstklassige Völker bezeichnen, haben. Wir müssen diese Frage bejahen. Wir können sagen, es gibt überhaupt vermutlich kein Volk, das aus eigenem heraus sich mit Recht eines besseren Lebenstandards rühmen konnte als unser deutsches Volk, und wer das nicht geglaubt hat, den mußte der Krieg belehren. Unzählige Deutsche sind während des Krieges über die Grenzen gekommen und wenn sie gerecht sind und Vergleiche anstellen zwischen unserem Lebensstandard und dem, was sie in der Fremde sahen, dann müssen sie zugeben, daß es kaum etwas gibt, an dem wir uns schämen müßten [*sic!*], gemessen an dem, was andere Völker haben und produzieren. Und wir haben das zusammengefaßt und bewiesen, in diesem Krieg hat unser Volk eine Leistung vollbracht, die man nicht wegstreifen kann, denn daß wir einer 5fachen Menschenmacht standgehalten haben[25], ist nicht nur ein Gradmesser an Mut,

25 Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs bestanden folgende Stärkeverhältnisse:

| | Einwohnerzahl (in Millionen) | Kriegsstärke des Heeres | Gesamtzahl der Ausgebildeten |
|---|---|---|---|
| Deutschland | 67,0 | 3.823.000 | 4.900.000 |
| Österreich-Ungarn | 51,3 | 2.500.000 | 3.034.000 |
| Mittelmächte | 118,3 | 6.323.000 | 7.934.000 |
| Frankreich | 39,6 | 3.580.000 | 4.980.000 |
| Rußland | 173,3 | 4.800.000 | 6.300.000 |
| England | 45,3 | 350.000 | 1.000.000 |
| Serbien | 4,0 | 300.000 | 400.000 |
| Montenegro | 0,3 | 40.000 | 60.000 |
| Entente | 262,5 | 9.070.000 | 12.740.000 |

Vgl. Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bearbeitet im Reichsarchiv. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, Bd. I: Die militärische, wirtschaftliche und finanzielle Rüstung Deutschlands von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges, Berlin 1930, S. 221.

Tapferkeit und Ausdauer, sondern auch an Leistungsfähigkeit. Was ist das für ein Wunder, daß dieses Volk standhält. Es ist der Beweis für eine innere Güte unseres Volkes, die kein Mensch beseitigen kann, ein Beweis der Kraft. Wenn wir also vom Qualitätswert des deutschen Menschen ausgehen, dann will ich sagen, der Qualitätswert ist nicht zu bestreiten, den haben wir. Wenn trotzdem unser Leben von dauernder Not verfolgt wird und zwar einer Not, die zum Teil in Ernährungssorgen sich ausdrückt[26], deshalb, weil der zweite Faktor viel zu klein und arm ist, um diese Volksmasse selbst bei Verwendung ihrer großen Fähigkeiten mit dem zu versorgen, was sie braucht. 65 Millionen Menschen leben auf 450.000 Quadratkilometer Grund[27]. Dieser Grund ist nicht nur zu arm an Bodenschätzen, die die heutige Industrie als Rohstoffe benötigt[28], mit anderen Worten, der beengte Lebensraum wird uns immer und immer wieder zwingen, nach Abhilfe zu suchen, und, daß unsere ganze heutige Zeit das vollständig übersieht und vergißt, beweist nur, wie oberflächlich wir im Laufe der Jahre geworden sind. Freilich eine Leichtfertigkeit und Oberflächlichkeit, die sich aus der Art der Behebung dieser Not in den letzten 50 Jahren vor dem Kriege erklären läßt, denn die Not war schon immer da. Früher vor 100 Jahren spürten wir sie direkt, d. h., die Not war so groß, daß Jahrzehnte Menschen auswandern mußten. Damals konnte man diese Raumnot nicht bestreiten. Aus dem überflüssigen Volksmaterial haben wir Deutsche mitgeholfen, neue Weltteile zu erschließen und zu besiedeln. Wir waren nicht in der Lage, auf der beengten Raumfläche unser Volk zu ernähren. Wir haben diese Raumnot damals überwunden. Um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts begann man diese Not mit einer neuen Taktik anzugreifen, man sagte, wir wollen nunmehr keine Menschen mehr exportieren, wir wollen nicht die Volkszahl künstlich vermindern, daß sie an den Raum angepaßt bleibt, sondern wir wollen in der Zukunft unser Volk, das wir sonst nach außen schikken und dort arbeiten lassen, in der Heimat arbeiten lassen und die Produktion dieser Arbeit nach außen schicken. Wir produzieren in Deutschland auf Export, verkaufen und nehmen vom Erlös die fehlenden Rohstoffe herein. Gewiß eine Entwicklung, die sich so natürlich ergeben hat. Hinter den Menschen Kaufmann trat die deutsche Kraft und Macht, das Deutsche Reich. In der Zeit begann Deutschland statt Menschen zu exportieren, Waren zu exportieren[29]. Diese

26 1931 wurden lebende Tiere in einem Gesamtwert von 54,9 Millionen RM nach Deutschland importiert; die entsprechenden deutschen Exporte beliefen sich auf 46,9 Millionen RM. Lebensmittel und Getränke wurden in einem Gesamtwert von 1.969,9 Millionen RM nach Deutschland ein- und in einem Gesamtwert von 359 Millionen RM von Deutschland ausgeführt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 172.

27 Das Deutsche Reich umfaßte, einschließlich Saargebiet, eine Fläche von 470.682,38 km$^2$ (Stand: 31.12.1931) und eine Bevölkerung von 63.180.649 Einwohnern (Stand: 16.6.1925). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 5.

28 1931 wurden Rohstoffe und halbfertige Waren in einem Gesamtwert von 3.542,8 Millionen RM (50,9% des Gesamteigenhandels) nach Deutschland importiert; die entsprechenden deutschen Exporte beliefen sich auf 2.040,6 Millionen RM (20,2% des Gesamteigenhandels). Fertige Waren wurden in einem Gesamtwert von 1.344,6 Millionen RM nach Deutschland ein- und in einem Gesamtwert von 7.546,8 Millionen RM von Deutschland ausgeführt (19,3%, bzw. 74,6% des Gesamteigenhandels). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 172 ff. Zum deutschen Außenhandel allgemein vgl. Verena Schröter, Die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt 1929 bis 1933. Außenwirtschaftliche Strategien unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise, Frankfurt a. M. 1984.

29 Die Exporte des Deutschen Reichs besaßen 1880 einen Gesamtwert von 2.923 Millionen Mark, davon Nahrungsmittel im Wert von 588,4 Millionen Mark. 1913 belief sich der Gesamtexport auf 10.097 Millionen Mark, davon Nahrungsmittel im Wert von 1.001,2 Millionen Mark. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch. Ma-

Entwicklung hatte einen Vorzug. Wir haben es fertiggebracht, langsam die ganze Volksmasse bei einer dauernden Vermehrung innerhalb unserer Grenzen zu behalten. Wir brauchten keine Menschen mehr hinausschicken [30], Deutschland wurde groß und mächtig, die Volkszahl stellte uns in die Reihen der ersten Nationen hinein, unsere militärische Kraft schien dauernd im Wachsen begriffen, und es gab nicht wenige, die glaubten, wir würden uns auf diesem friedlichen Wege die Welt erobern.

Diesen Vorteilen einer langsam steigenden Wohlhabenheit [31] unseres Volkes standen auch große Nachteile gegenüber, zunächst einige in die Augen springende Nachteile. Unser deutsches Volk hat damit seine Existenz abhängig gemacht von Faktoren, die außerhalb unseres Ermessens liegen, denn wenn wir Handel treiben, wenn wir auf Export produzieren, so heißt das, daß wir uns abhängig machen, vom Empfangsmarkt, wenn diese Kaufmärkte nicht da sind, was dann? Denn die Situation in Deutschland war die: Unter der Voraussetzung bestimmter Verkaufsmöglichkeit häuften wir in Deutschland langsam eine gigantische Menschenzahl an. Was geschieht, wenn die Verkaufsmöglichkeit schwindet? Dann haben wir in Deutschland eine Millionenzahl, zusammengepreßt und auf eine Lebensexistenz eingestellt. Wenn diese Existenz dadurch, daß die Verkaufsmärkte vergehen, in Frage gestellt wird, was dann? Das war die erste Schwäche. Sie trat uns im Laufe des Krieges in der furchtbarsten Weise entgegen. Wir hatten keine Möglichkeit mehr, nach außen zu exportieren und zu importieren. Das Ergebnis war eine steigende Not auf allen Gebieten, die uns zum ersten Male so recht zeigte, wie sehr wir abhängig sind vom Auslande. Das ist, wie gesagt, die eine Schattenseite.

Die zweite ist das Zusammenballen großer Menschenmassen in unseren Groß- und Weltstädten. Wir beginnen einen immer größeren Teil unseres Volkes zu entwurzeln. Wir bauen selbst mit, daß ein neuer Stand entsteht, dem der Begriff Eigentum praktisch unbekannt sein muß. Man kann nicht gut den Eigentumsbegriff als die Basis einer Wirtschaftsordnung auffassen, wenn von vornherein es ungezählten Menschen unmöglich ist, jemals zu einem Eigentum zu gelangen. Wie kann ich erwarten, daß diese Menschen Verfechter eines Gedankens sein werden, der ihnen selbst ewig fremd bleiben wird. Wir haben damit weiter eine ganze Unzahl sonstiger Erkrankungen unseres Volkskörpers in Kauf nehmen müssen. Die Großstadt begann unser Volk zu verpesten, Millionen von Menschen praktisch wertlos zu machen, zu zermürben und sie dann langsam zu einer Gefahr für das übrige flache Land zu entwickeln [*sic!*] [32].

---

terialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914. Von Gerd Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, [*Bd. II*], München 1975, S. 85.

30 Zwischen 1871 und 1914 erreichte die Zahl deutscher Auswanderer in den Jahren 1881/82 mit 220.902 bzw. 203.585 Menschen ihren Höhepunkt. In der übrigen Zeit blieb die Zahl deutlich unter 200.000. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. II, S. 38 f.

31 Die gesamte wirtschaftliche Wertschöpfung des Deutschen Reichs erhöhte sich von 14.169 Millionen Mark im Jahr 1870 auf 48.480 Millionen Mark im Jahr 1913. Veranschlagt man die Produktivität der deutschen Wirtschaft im Jahr 1913 mit 100 %, so lag sie 1870 bei 29,2 %. Vgl. Walther G. Hoffmann unter Mitarbeit von Franz Grumbach und Helmut Hesse, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965, S. 451 f.

32 Zur Bedeutung der Stadt in der nationalsozialistischen Weltanschauung vgl. Werner Durth, Architektur und Stadtplanung im Dritten Reich. In: Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991, S. 139-171 sowie Jost Dülffer, NS-Herrschaftssystem und Stadtgestal-

Und nun, drittens, die größte Gefahr. In eben dem Maße, in dem wir unser Volk auf Exportwirtschaft umstellen, die Menschen des flachen Landes in die Stadt ziehen, verlieren sie langsam den ganzen Blick für den Boden. Millionen Menschen leben in der Großstadt, ohne sich überhaupt nur einmal den Kopf zu zerbrechen, woher denn eigentlich das Brot kommt. Im Gegenteil, es verhärtet sich der Gedanke immer mehr, daß der Bauer eine Belastung der Nation ist, daß der Agrarier gewissermaßen ein Schönheitsfehler der Nation ist, daß die Bodenbearbeitung ein notwendiges Übel sei. Millionen entfernen sich immer weiter von der Verbundenheit mit der Mutter Erde. Der ganze Betrieb der Stadt nimmt sie gefangen und zerstört die ganze Verbundenheit mit der Erde. Unser Volk beginnt unwirtschaftlich zu denken. Wirtschaft ist die Losung der Zeit, Weltwirtschaft ist die große Parole der Zukunft[33], und da geht eine Unzahl weiterer Schlagwörter einher, Export, Import usw. Ganz und gar vergißt man, daß eine einzige gute Erde mehr wert ist als eine Handelsbilanz und daß eine einzige schwächere Erde durch keine lose Handelsbilanz ausgeglichen werden kann. Man vergißt, daß der Bauer das Fundament ist, auf dem sich alles aufbaut, daß, wenn diese breite Grundmasse zugrunde ginge, wir dann eigentlich ein Riesenkopf wären, aber ohne jedes Fundament. Ich möchte fast sagen, eine Seifenblase, denn was heißt Großstadt? Wir treiben die Menschen in die Großstadt hinein, geben zugleich dem Volk eine demokratische Verfassung, d. h., die Mehrheit entscheidet, der Mensch liebt sein Ich, seine Not und sein Elend. Er brüllt nach Brot, die Demokratie gibt ihm die Möglichkeit, diesen Schrei nach Brot auszustoßen. Also wichtig ist, sagt der Großstädter, daß wir existieren können. Die Lebensmittel importieren wir, sie sind billiger, als wenn wir sie von einem Bauern beziehen, darum Grenzen auf. Die Großstadt wächst, die Grenzen werden von Jahr zu Jahr mehr aufgerissen, immer mehr Bauern gehen dabei zugrunde[34]. Die Großstadtmassen werden noch größer[35], es gehen noch mehr ländliche Betriebe zugrunde. Es kommt die Zeit, da kann der fleißigste Stand, den die ganze Nation besitzt, der Arbeiter, von früh-

---

tung. Das Gesetz zur Neugestaltung deutscher Städte vom 4.10.1937. In: German Studies Review 12 (1989), S. 69-89.

33 Als wissenschaftlicher Terminus etablierte sich der Begriff "Weltwirtschaft" zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Im Gegensatz zum Begriff der "Volkswirtschaft" definierte man hierunter die Summe der internationalen Handelsbeziehungen im Sinne eines weltumspannenden Austauschsystems und einer gewissen weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung. Dem - im engeren Sinn - neuen Phänomen, das seit Mitte des 19. Jahrhunderts die wirtschaftliche Entwicklung maßgeblich prägte, versuchte man im Deutschen Reich u. a. durch die Gründung des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr in Kiel (1911) und des Weltwirtschafts-Instituts an der Handelshochschule Leipzig (1924) Rechnung zu tragen. Zum Stand der damaligen Diskussion vgl. z. B. Ernst Wagemann, Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft. Grundlagen einer weltwirtschaftlichen Konjunkturlehre, Hamburg 1931.

34 In den Jahren 1931/32 waren die - insgesamt rückläufigen - Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft in Höhe von 7.364 Millionen RM mit einer Gesamt-Zinslast in Höhe von 1.005 Millionen RM (13,82%) belastet. Im land- und forstwirtschaftlichen Bereich wurden 1931 19.546 Zwangsversteigerungen für eine Gesamtfläche von 422.490 ha eingeleitet und 5.765 Versteigerungen für eine Gesamtfläche von 176.662 ha durchgeführt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 376.
Generell zur Agrarkrise im Deutschen Reich vgl. Friedrich-Wilhelm Henning, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd. 2: 1750 bis 1976, Paderborn 1978, S. 192 ff., 206.

35 Zur innerdeutschen Migration vgl. Dieter Langewiesche, Mobilität in deutschen Mittel- und Großstädten. Aspekte der Binnenwanderung im 19. und 20. Jahrhundert. In: Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten. Hrsg. von Werner Conze und Ulrich Engelhardt, Stuttgart 1979, S. 70-93.

morgens bis nachts überhaupt nicht mehr existieren, weil er überschuldet ist. Man sagt dann am Ende, daß dieser Stand ungesund ist, deshalb noch mehr die Grenzen auf, und so sehen wir, wie langsam unser ganzes flaches Land entvölkert wird, es kommen immer mehr Industrien, und alles strahlt darüber und sagt: wieder ein neues Stahlwerk, wieder ein neues Textilwerk, alles exportiert, wir erobern uns die Welt, was brauchen wir diese Bauern. Und dann kommt eines Tages die Stunde, da dieser Fimmel aber auch andere Nationen erfaßt, immer mehr Völker wollen exportieren, nun beginnt der Kampf um den Absatzmarkt. Etwas hat man in dieser Zeit ganz vergessen, nicht ein Kaufmann hat die Welt erobert, sondern der Soldat. Dort, wo die Soldaten hinzogen, konnte der Kaufmann hinkommen, und wo die letzte staatliche Gewalt ihr Ende erreicht hat, ist auch der Kaufmann erledigt gewesen, das war zu ewigen Zeiten so. Es kommt die Frage, wenn nun die europäischen Nationen wie England, Frankreich, Italien usw. langsam zu Exportvölkern werden und am Ende die amerikanische Union auch noch hinzutritt, wird dann der Absatzmarkt auch immer größer? Wenn also die Exportvölker sich dauernd vermehren, vermehren sich dann auch die Absatzmärkte? Hier müssen wir leider das Gegenteil feststellen. Die Exportnationen vermehrten sich, die Absatzmärkte sind kleiner geworden, weil sie sich selbst industrialisierten, zum anderen Teil sind sie deshalb kleiner geworden, weil wir Europäer und Amerikaner in diesen früheren Empfangsländern sogenannte Tochtergesellschaften gegründet haben, so daß wir also praktisch überflüssig werden. Dieser Prozeß geht dauernd still vor sich. Er hat seit dem Krieg enorme Fortschritte gemacht, nun beginnt man die Folgen zu spüren. Europa kämpft einen Kampf mit einer unendlichen Senkung aller Gestehungskosten[36] und Preise, um überhaupt noch mitarbeiten zu können, und es kommt ein weiterer Faktor hinzu, nämlich ein Riesengebiet, das zunächst noch nicht vollständig ist, heute Rußland erfaßt, morgen vielleicht China usw., der Bolschewismus tritt entsetzlich hinzu. Wenn wir sagen, verzeihen Sie, ich liefere noch Maschinen; ja, du gedankenloser Narr, du lieferst Maschinen[37] zum Aufbau des Fünfjahresplanes[38], damit später auch nichts mehr dorthin geliefert werden kann. Du handelst genauso geistvoll und überlegt, wie ein Kommunist auf der

36 Veralteter Begriff für Produktionskosten.

37 Während der Weltwirtschaftskrise, welche die deutsche Industrie schon wegen ihrer Abhängigkeit vom internationalen Handels- und Kapitalmarkt besonders traf, entwickelte sich die Sowjetunion zu einem der wichtigsten Auftraggeber der deutschen Exportindustrie. Entsprechende Absatzmärkte boten die riesigen Industrialisierungsprojekte des Fünfjahresplans. Dementsprechend stieg der Anteil der UdSSR am deutschen Gesamtexport von 431 Millionen RM (3,6%, Rang 11) im Jahr 1930 auf 763 Millionen RM (7,9%, Rang 4) im Jahr 1931. 1932 belief sich die entsprechende deutsche Exportquote auf 626 Millionen RM (10,9%, Rang 2), so daß die Existenz ganzer Industriezweige von sowjetischen Aufträgen abhing. Gerade im Bereich des deutschen Maschinenbaus gab es Firmen, deren Produktion bis zu 90% in die UdSSR ging. Vgl. Rolf-Dieter Müller, Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen, Boppard a. Rh. 1984, S. 222 ff.

38 Die sowjetische Führung versuchte seit Mitte der 20er Jahre längerfristige Perspektiven einer wirtschaftlichen Planung zu entwickeln. Im April 1929 wurde ein entsprechender Entwurf der Staatlichen Generalplankommission als 1. Fünfjahresplan für den Zeitraum 1928-1933 verabschiedet. Sein Schwerpunkt lag auf der Produktionsgüterindustrie, insgesamt sollte die Industrieproduktion um 230% erhöht werden. Trotz deutlicher Zuwächse erreichte dieser erste Versuch einer koordinierten wirtschaftlichen Lenkung nicht die vorhergesehenen Ziele, ganz davon abgesehen, daß das industrielle Wachstum mit einem reduzierten Lebensstandard, gesunkenen Reallöhnen sowie sekundär mit gravierenden Einbußen der landwirtschaftlichen Produktivität erkauft werden mußte. Vgl. Alec Nove, An Economic History of the U.S.S.R., London 1970, S. 136 ff.

anderen Seite handelt. Ihr seht beide nicht von heute auf morgen. Du sagst, ich kann soundsoviel Maschinen verkaufen, und vergißt ganz dabei, was du heute tust, führt dazu, daß wir in 5 Jahren überhaupt nichts mehr verkaufen können, daß nichts mehr geliefert werden kann, und der Kommunist sagt, Sowjet-Rußland baut seinen Fünfjahresplan auf. Denn glauben wir doch nicht, daß tatsächlich, wenn nun die Importmöglichkeit nach Rußland aufhört, daß dann der Kapitalismus als eine unreale und unkörperliche Erscheinung zugrunde geht. Das Opfer, das erste Opfer der Vernichtung unseres Lebens und der Exportmöglichkeit bist du, das ist der, bei dem festgestellt wird, du bist jetzt überflüssig, wenn du nicht mehr da wärest, die Nation bräuchte dich eigentlich nicht mehr. Du wirst dann von den anderen noch mit ernährt, solange sie können, wenn aber die Zahl dieser anderen immer kleiner wird, dann werden sie die anderen Lasten nicht mehr tragen können, dann kommt man in den Zusammenbruch hinein, den unsere heutige Welt gar nicht sieht.

Wenn ich dieses dumme Geschwätz höre, die Arbeitslosigkeit ist im Rückgang begriffen, der Arbeitsmarkt ist um 50.000 Menschen erleichtert worden. Ja, was heißt denn das? Das war jedes Jahr so, seit 12 Jahren haben wir das Schauspiel, daß die Arbeitslosigkeit im Sommer zurückgeht. Seit 12 Jahren erleben wir die Tatsache, daß in einem Jahr im Winter die Arbeitslosenziffer 1 Million ist und im Sommer nur 700.000. Dann sagt der Bürger, Fortschritt, es geht aufwärts und spricht von Hebung der Situation und wie diese Sprüche alle heißen, und im Winter steigt dann die Zahl der Arbeitslosen auf 1,2 Millionen, dann läßt man den Kopf hängen bis zum Frühjahr, da sind es dann wieder bloß 900.000 Arbeitslose, dann jubelt wieder alles und dann wieder der Winter auf 1,5 Millionen Arbeitslose. Man beginnt dann schon wieder zu trösten, wir haben die Aussicht, daß in einer wärmeren Jahreszeit die Arbeitslosenzahl zurückgeht, und dann wird es wirklich Frühling, und die Zahl sinkt auf 1,2 Millionen und dann jubelt man wieder, es geht schon besser, und die Regierungskunst hat die Krise überwunden, wir sind auf dem Wege der Besserung, bis dann wieder der Winter kommt, mit 2,5 Millionen Arbeitslosen. So steigt die Zahl von Jahr zu Jahr. Sie betrug im letzten Jahr wesentlich über 5 Millionen[39], und als wir jetzt den Rückgang um nicht einmal 1 Million erhalten haben[40], atmet alles auf, und es wird als ein Triumph der Regierung betrachtet, und im Winter werden es vielleicht 7 Millionen sein und das nächste Jahr im Sommer 5-6 Millionen, wohin dann? Dann schweigt am Ende alles.

Wenn heute die Regierung hergeht und sagt, wir müssen eine neue Notverordnung erlassen, die Zahl der Steuerträger wird von Monat zu Monat kleiner und immer größere Lasten werden diesen aufgebürdet[41], unter denen sie fast zusammenbrechen, und das nächste Jahr werden sie eine noch größere Steuerschuld besitzen. Ihr seht nicht, daß wir einer ganz großen Zeit entgegengehen, einer Zeit, die über ein Völkerschicksal entscheidet, in der man nicht mehr mit so lä-

39 Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich hatte 1930 im Dezember mit 4.383.843 gemeldeten Arbeitslosen ihren Höchststand erreicht. Vgl. Statistische Beilage zum Reichsarbeitsblatt 11 (1931), Teil II, Nr. 22, S. 465, ferner Anm. 4.

40 Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich hatte 1931 im Juni mit 3.953.946 gemeldeten Arbeitslosen ihren Tiefststand erreicht. Vgl. Statistische Beilage zum Reichsarbeitsblatt 11 (1931), Teil II, Nr. 22, S. 465.

41 Die Steuerlastquote - d. h. die Quote der Staatseinnahmen aus Steuern, Zöllen und Umlagen in Relation zum Volkseinkommen - stieg von 9 % im Jahr 1913 auf 23 % im Jahr 1932. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III, S. 150.

cherlichen Mitteln die großen Probleme wird lösen können, in der die letzte Frage an die Nation gestellt wird - so, wie die Welt aussieht, gibt sie einem Teil der weißen Rasse nicht mehr die Lebensmöglichkeit. Entweder diese weiße Rasse besorgt sich die Lebensnotwendigkeit mit den Mitteln, die sie einst zu den Herren gemacht hat, oder sie sinkt von ihrer Stellung herunter. Wenn heute einige sagen, wir lehnen eine solche Gewalttheorie ab, so sagen wir, sie haben bis jetzt von dieser Gewalttheorie ihrer Vorfahren gelebt. Wenn einige sagen, wir wollen nicht Verzicht leisten auf den Gedanken der Liebe, wir haben auch nichts dagegen, wenn ihr davon ernährt werden könnt, ihr regiert und nicht wir, euer System herrscht und nicht das unsere. Eine Nation bricht zusammen, Millionen vernichteter Existenzen stehen da, wo bleibt da eure Liebe? Ja, nach außen schwätzt ihr von Liebe, aber zu euren eigenen Volksgenossen kennt ihr keine Liebe. Auch ich bete diese Liebe an, aber in erster Linie in meinem Volk und dann erst die andere Welt. Als Nationalsozialist möchte ich keinem Menschen etwas zu Leide tun, aber ich möchte auch nicht, daß meinem Volk etwas geschieht. Wenn ich sehe, Millionen unseres Volkes sind ausgeliefert, darüber zerbricht sich ein Bürger überhaupt nicht den Kopf, wenn 6-7 Millionen Menschen ohne Erwerb sind, das ist die doppelte Zahl der Einwohner von ganz Preußen[42], mit Weib und Kindern zusammengerechnet[43] sind das mehr Menschen, als Polen Einwohner zählt[44], diese Menschen werden als überflüssig gestempelt, obwohl sie arbeiten möchten. Aber darüber zerbricht sich ein bürgerlicher Politiker überhaupt nicht den Kopf, das sind Fragen, die nicht bedeutend sind, ihn interessiert höchstens die Handelsbilanz. Ich muß sagen, es gibt neben der Handelsbilanz eine Volksbilanz, und wenn ich diese Bilanz ziehe, dann muß ich sagen: entsetzlich. Was ist aus unserem Volk geworden. Das fleißigste Volk der Welt sind wir gewesen, heute finden 6-7 Millionen keine Tätigkeit mehr, das sparsamste Volk waren wir, heute von dem Gedanken erfüllt, Sparen hat überhaupt keinen Zweck mehr, das Geld frißt entweder die Inflation oder der Staat, das innerlichste Volk waren die Deutschen, heute sind sie entsetzlich oberflächlich geworden. Einst Machtstaat, heute erfüllt von einer Demut und Unterwürfigkeit, einst ein Staat, der die Interessen seiner Bürger verfechten konnte und heute ein Bettler. Was ist das für eine Bilanz? Und wenn ich die andere Bilanz ziehe, Rückgang der Volkszahl, Vernichtung des Lebensniveaus für Millionen Menschen, absolutes Heruntergleiten des Kulturniveaus, Zersetzung der Kultur, Zerreißung der inneren Geschlossenheit des Volkes, was ist das für eine Bilanz? Wenn ich weitergehe und die Frage vorlege, was ist heute unser deutsches Volk noch als einheitlicher Faktor, und mir gestehen muß, daß überhaupt kaum etwas da ist, was als Grundlage unserer Volkseinheit angesehen werden könnte.

---

42 Laut Volkszählung vom 16.6.1925 besaß das Land Preußen, einschließlich Saargebiet, eine Bevölkerung von 38.846.008 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 5.

43 Von den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung waren am 15.2.1931 43,7% (1.137.186) ledig, 52,6% (1.367.259) verheiratet, 3,7% (97.325) verwitwet, geschieden oder getrennt lebend. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1931, S. 307.
Rechnet man zu allen Arbeitslosen die Familienangehörigen, dann waren im Herbst 1932 ca. 23,3 Millionen Deutsche (36 %) auf eine Unterstützung durch öffentliche Mittel angewiesen. Vgl. Fritz Blaich, Der Schwarze Freitag. Inflation und Weltwirtschaftskrise, München $^{2}$1990, S. 69.

44 Laut Volkszählung vom 9.12.1931 besaß Polen eine Bevölkerung von 32.132.936 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 1*.

Der Bürger-Politiker sagt, Wirtschaft ist die Parole der Zeit. Verehrter Herr, Sie scheinen nicht zu sehen, daß wir in einem Staat leben, in dem 15 Millionen über den Grundgedanken der Wirtschaft eine ganz andere Auffassung haben wie die übrigen 15 Millionen. 15 Millionen sagen, Privateigentum ist die Grundlage der Kultur, ist die Basis der Wirtschaft, und genauso viele sagen, Privateigentum ist Diebstahl. Wir haben 15 Millionen, die sagen, der Staat, die Nation ist ein hohes und höchstes Gesetz, und genausoviele sagen, Staat ist der Ausdruck eines gemeinen Klassen-Systems, ist ein reaktionärer Begriff, der überwunden werden muß. Wir haben Millionen, die sagen Landesverrat ist ein Verbrechen, und Millionen sagen, Landesverrat ist eine Pflicht[45]. Da siehst du nicht diese Bilanz, mein Verehrter, die heute uns so weit gebracht hat, daß wir als ein Kraftfaktor überhaupt ausgefallen sind. Wenn ich auf der einen Seite diese Volksbilanz ziehe und auf der anderen Seite die allgemeine Lebensbilanz und damit die Möglichkeit der Ernährung der Volksmasse vergleiche, die wir in vergangenen Friedensjahren bei uns aufgespeichert haben, unter ganz gewissen Voraussetzungen, die heute fehlen, dann werden Sie verstehen, warum ich Pessimist bin im Prophezeien der Zukunft, soweit es sich um die materiellen Güter in der nächsten Zeit handelt. Dann werden Sie auch verstehen, warum ich aus dieser Erkenntnis heraus umgekehrt der völkische, sagen wir ruhig, Gläubiger bin, der Optimist bin, der überzeugt ist, daß heute die einzige Rettung nur darin besteht, daß sich unser Volk zu einem Denken und einer Gesinnung zusammenfindet, die bewußt entspricht [*sic!*] und die wir unbewußt einmal gehabt haben. Die Gesinnung, die wir damals hatten und die das ermöglichte, war eine absolut heroische. Aus dem heraus ist das erst möglich geworden, und wenn wir halten wollen, was wir damals besaßen, dann kann es nur geschehen über den Umweg einer denkenden Zurückentwicklung zu einem Standpunkt, den wir früher instinktiv erworben haben [*sic!*].

Worauf beruht die Herrschaft der sogenannten weißen Rasse, zu der wir gehören? Und wenn heute mancher Kommunist sagt, ich sage mich los. Mein lieber Freund, du brüllst am allerlautesten, wenn du zu einem Lebensniveau gezwungen wirst, das, sagen wir einmal, dem [*des*] Neger entspricht. Dem Negerniveau bist du heute noch überlegen. Was du aber immer ersehnen wirst, wird ein Niveau sein, das deiner Leistungsfähigkeit entspricht. Da muß ich sagen, diese Leistungsfähigkeit der weißen Rasse zunächst war nur denkbar in gegenseitiger freiester Konkurrenz, d. h., im Spiel der freien Kräfte miteinander hat Nation über Nation sich erhoben, denkbar in voller Auswirkung der natürlichen Überlegenheit der weißen Rasse anderen Völkern gegenüber. Wenn du sagst, das lehnen wir ab, dann hätten wir niemals Amerika besiedeln dürfen; überhaupt wo ist die Grenze, bis zu der man nach der Erde greifen darf und nicht weiter? Du sagst, wir sind gegen den Imperialismus, wer ist Imperialist? Der Politiker? Nein. Imperialist ist der Vater und die Mutter. Jede Mutter und jeder Vater, die dem Kinde das Leben gaben,

45 Das Kabinett unter Reichskanzler Hermann Müller (SPD) hatte im Dezember 1928 für das neue Strafgesetzbuch auch über eine Neufassung der Strafbestimmungen über Landesverrat diskutiert und mildere Strafen vorgesehen. Der nicht angenommene Entwurf für § 93 a StGB, der vor allem Überreaktionen des Staates gegenüber einzelnen Pressemeldungen verhindern sollte, lautete u. a.: "Wer ein Staatsgeheimnis öffentlich bekanntmacht, weil er zu der Überzeugung gelangt ist, daß nur auf diese Weise eine im Innern drohende unmittelbare schwere Gefahr für den Bestand des Staates abgewendet werden kann, wird nicht wegen Landesverrat bestraft." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. Bearb. von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970, Bd. 1, S. 284 ff., 472 f.

sind in dem Augenblick Imperialisten, denn in dem Augenblick geben sie der Welt und ihrem Volke ein neues Wesen, das nach Brot schreit, das man nicht füttern kann mit Phrasen und das, wenn nicht ein anderes Wesen dafür stirbt, eben mehr Brot fordert. Und wenn du sagst, das ist unmoralisch; ja, mein Freund, wer hat denn die Menschen auf der Welt eingeteilt? Ist das ein kommunistisches Kodex-Gesetz [*sic!*] oder war es eine höhere Entscheidung, in Form einer Landzuweisung der Völker? Eine Entscheidung, die allen Völkern gütig zur Seite steht und die heißt: Wie deine Kraft ist, ist dein Recht. Was du dir an Raum nimmst, ist dein, solange du es bearbeitest, kommt es dir zu gute, kommt ein Stärkerer, dann entscheidet das Schicksal. Die Erde ist der Wanderpokal für die Völker, die ihn durch ihren Fleiß und ihre Kraft verdienen, seit Jahrtausenden. Fahre wohl, wenn ein Völkerbund in Erscheinung tritt und sagt, Hunderttausende haben das Spiel der freien Kräfte verteidigt. Es haben sich Kontinente aus dem Weltmeer erhoben und sind wieder versunken, Völkerwanderungen sind über die Erde gegangen. Kaum zwei oder drei sind erkenntlich. In diesen Jahrtausenden ist das Leben dauernd gewandert, angefangen von der Pflanzenwelt, endigend beim Menschen, hat Gebiet um Gebiet bezwungen und wurde wieder verdrängt, andere Völker sind gekommen und gingen wieder über all den Boden hinweg, Kulturen sind in Trümmer gesunken, immer sahen wir dasselbe Spiel, und dann kommt das Jahr 1919, und was heißt dieses Jahr, ich könnte auch sagen 101919 oder 1001919 usw., aber die Menschen, sie setzen ein Jahr fest und dann sagen sie, halt, stop, von jetzt ab hört die Entwicklung auf, was die Menschen jetzt besiedelt haben, gehört ihnen, so, wie sie es besiedelt haben, muß es bleiben, in den nächsten Jahrtausenden soll eine Änderung nicht mehr stattfinden[46]. Glauben Sie mir, das ist eine menschliche Vermessenheit, wenn heute jemand sagt, wie es ist, soll es bleiben. Im Völkerbund sind zwei Sorten von Völkern, die einen sind groß und mächtig und die anderen sind betrogen, zum Teil durch ihre eigene Schuld. Die ersteren sagen, so wie es jetzt ist, soll es bleiben, ich verstehe das, Engländer, daß dir die heutige Welt paßt, ich verstehe dich, Franzose, daß du es so weiter haben willst, ich verstehe auch dich, Russe, denn du hast 18x so viel Grund und Boden auf einen Kopf des Volkes gerechnet wie wir Deutschen[47], du hast recht zu sagen, so soll es bleiben. Aber wir, die wir zu den Betrogenen gehören, wir haben keinen Grund, das anzuerkennen und jeden Prozeß einer Änderung abstoppen zu wollen, im Gegenteil. Ich erkenne, wenn der Himmel uns das Leben schenkt, verpflichten wir uns, für das Leben zu sorgen. Wenn der Himmel unbegrenzt ist im Segen des Lebens, dann ist ebenso unbegrenzt unser Recht auf das Leben, und wenn der Himmel unser Volk vermehrt, haben wir das Recht und die Pflicht, das tägliche Brot zu sichern, und wenn ich für diese Sicherung eintrete, dann trete ich nicht ein für eine graue Theorie[48],

---

46 Artikel 10 der Völkerbundsatzung vom 28.4.1919 garantierte allen Mitgliedsstaaten "Unversehrtheit des Gebiets" und "politische Unabhängigkeit". Damit wurde der Völkerbund zum Konservator des territorialen Status quo, den die Pariser Friedenskonferenz 1919/20 festgelegt hatte. Vgl. Alfred Pfeil, Der Völkerbund. Literaturbericht und kritische Darstellung seiner Geschichte, Darmstadt 1976, S. 45 ff. Druck der Völkerbundsatzung: Die Satzung des Völkerbundes. Kommentiert von Walther Schücking und Hans Wehberg, Berlin [2]1924, S. 159 ff.

47 1925 betrug die Bevölkerungsdichte im Deutschen Reich 134,24 Menschen pro km$^2$. Für den europäischen Teil der Sowjetunion wurde 1926 eine Bevölkerungsdichte von 15,13 Menschen pro km$^2$, für den asiatischen Teil von 2,04 Menschen pro km$^2$ ermittelt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 1 * f.

48 "Grau, teurer Freund, ist alle Theorie/Und grün des Lebens goldner Baum". Aus dem seit 1774/75 entstandenen Drama *Faust* von Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832).

sondern für dieses Leben. Dann sehe ich vor mir nicht Kapitalisten, Kommunisten oder Bolschewisten, sondern dann sehe ich vor mir Jung-Deutschland stehen. Ich wünsche dabei, daß ihm in der Zukunft nicht das Leid beschieden sein möge, das wir heute durchkämpfen müssen, genauso wie auch jeder Vater und jede Mutter den einen Wunsch bei den Kindern hat; ich möchte den kennen, der sich in seinem Leben so ganz schwer abschuften mußte und nicht den Wunsch hat, daß es seinen Kindern leichter werden möchte, das tägliche Brot zu erwerben, daß seine Kinder nicht mehr die Not erleiden sollen; und verdammen Sie, wenn wir im Großen nicht anders denken, wenn wir wünschen, dieses kommende Deutschland soll nicht mehr das Leid erleben, das wir erleben mußten, sondern soll davon bewahrt bleiben, in eine graue Zukunft hineinzustarren und dieses Leid mitzumachen, das uns als ein Fluch seit 12 Jahren getroffen hat. Wenn wir dieses Ziel zur Aufgabe des politischen Wollens setzen, dann ergibt sich aus dem von vornherein sofort die Aufgabe der inneren Regeneration des deutschen Volkes, und als Nationalsozialist wende ich mich ab von all diesen eitlen Hoffnungen auf eine leichte Besserung unseres Wirtschaftslebens, auf daß die Fäulnis ruhig weitergreifen kann, sondern erkenne ich ganz genau, daß das Schicksal, das uns getroffen hat, zwangsläufig kommen mußte und daß wir [*es*] erst dann überwinden können, wenn wir unser Volk wieder zurückführen zu einer inneren Kraft und inneren Stärke, daß ich als Nationalsozialist daher auch ruhig sage, wir sind nicht am Ende, sondern am Beginn eines schweren Ringens; was wir bisher erlebten, ist die Einleitung gewesen, es kommt jetzt die Entscheidung, es kommt die Zeit, da gewogen wird, sind wir zu schwer, um zu vergehen, oder zu leicht, um zu bestehen[49].

Wir gehen in die Zeit hinein, da die Völker wieder für ihr Leben kämpfen werden. Einer wird wohl diese Zeit einer gesellschaftlichen Gleichgültigkeit durchbrechen, und die Kraft wird sich offenbaren und in einem neuen großen Ringen wird eine neue Weltordnung hergestellt werden und diese wird kein anderes Bild ergeben als das, was seit Jahrtausenden war. Der Kräftigste wird über das Leben bestimmen und die Unterlegenen werden in eine Rolle gedrängt, die ihrem Wesen und ihren Fähigkeiten entspricht. Ich habe diese vermessene Absicht und ich möchte, daß unser deutsches Volk in diesem großen Kampf nicht Leidtragender ist, daß es nicht ein Objekt ist, mit dem andere spielen, sondern Herr seiner selbst werde, daß es in diesen großen Kampf eintritt mit eigener Kraft und eigenem Wollen und daß es sein Leben und seine Lebensbehauptung in den Vordergrund rückt und daß es den Weg dorthin findet und die schwerste Zeit von jetzt wieder zu überwinden vermag. Meine politischen Gegner werden mir sagen, glauben Sie, daß Sie morgen das ändern können? Dann muß ich Ihnen leider zur Antwort geben, nein, ich habe niemals behauptet, daß morgen Glück und Wohlleben hereinströmen wird, sondern nur, daß mit einem Sieg unserer Bewegung das deutsche Volk wieder eine gemeinsame ideenmäßige Plattform [*sic!*] bekommen wird, daß die inneren Spannungen einen Ausgleich finden und daß damit die gesamte deutsche Kraft zusammengeballt wird und daß diese Kraft zur Verteidigung zur Verfügung steht. Eines möchten wir unserem Volk sichern, daß, wenn es sein Schicksal nicht mehr tragen kann, es dieses Schicksal nicht mehr ertragen muß, weil es die Kraft besitzt, sein Schicksal zu ändern. Ich möchte, daß bis dorthin dieses deutsche Volk aus dieser entsetzlichen heutigen Ziellosigkeit und damit Hoffnungslosigkeit wieder erlöst wird und ein Ziel und eine Hoffnung erhält.

---

49 Anspielung auf Daniel 5, 27: "*Tekel*, das ist, man hat dich auf der Waage *gewogen* und zu leicht befunden."

Wenn mir der politische Gegner sagt, die Not ist da, können Sie die bis morgen beseitigen? Die Not ist das Ergebnis der inneren Mutlosigkeit. Besiege ich diese Kraftlosigkeit, dann werden wir entweder mehr Lebensraum gewinnen oder unserem Handel und unserer Wirtschaft wieder den Absatzmarkt aufsprengen. Wenn wir aber bis dorthin die Not deswegen nicht mehr so fühlen wie heute, [*dann deswegen,*] weil wir wieder ein Ziel des Kampfes erhalten haben, denn was unser Volk jetzt so verzweifeln läßt, ist die Tatsache, daß wir unserem Volk seit Jahrzehnten jeden Idealismus ausgerissen haben, daß wir sagen, was heißt Idealismus, was heißt Gott, Religion, Völkerkraft, Nation, Blut, was ist das für ein dummes Zeug, daß wir seit Dutzenden von Jahren von weiter nichts reden als von Realismus, Kommunismus, Bolschewismus usw., daß wir unser Volk dauernd füttern mit dem Satz, das Glück prägt sich aus im materiellen Leben, daß man nicht sagen kann, so wie es der heutige Bürger tut, das Volk ist materialistisch veranlagt, du bist es ja zu allererst. Was hast du für einen Idealismus? Wie oft höre ich auf unseren Wirtschaftstagungen weiß Gott was für Sprüche, ich weiß ganz genau, ihr wäret nicht bereit zum kleinsten Opfer; jeder kleine SA-Mann ist bereit, für sein Ideal sein Leben zu opfern, du erkennst von oben herunter kein Ideal mehr an, liebster Freund, du wunderst dich, wenn der andere die gleiche Antwort gibt, ich lebe nur mehr dem Lohn, in der Freiheit usw. [*sic!*]. Dann sagst du, was du Materialist? [*sic!*] Ja, mein Lieber, ihr baut ja den Idealismus von oben herunter ab. Dann sagt ihr, dieser Radikalismus, und meint, den Idealismus, ihr seid keine Radikalen, weil ihr keine Idealisten seid. Ihr sagt, dieser Radikalismus muß ausgerottet werden, und meint, der Idealismus muß ausgerottet werden, und wenn euch das gelingt, seid ihr entsetzt. An dem Tage, an dem in Deutschland der letzte Idealist gestorben ist, beginnt der Radikalismus erst, aber nicht der Radikalismus aus idealem Gefühl; dann beginnt der Kampf, dann hast du jedes Ideal vernichtet und dann bist auch du reif zur Vernichtung, dann sieht der blanke Egoismus durch. Entweder ich bringe in mein Volk einen ganz großen Idealismus wieder hinein, oder mein Volk wird absterben. Es ist nur eine Frage. Die Not von jetzt kann man zunächst dadurch überwinden, daß man den Menschen ein anderes und höheres Ziel und Ideal zeigt. Unser Volk ist dafür fähig. Wenn der Bürger sagt, das sind Phrasen, so sagen wir, was hast du gemacht in deinen Parteien, lächerliche Holzgebilde, und was haben dagegen wir aufgebaut. Eine Hunderttausendmann-Armee, nach diesem Ideal zusammengezimmert auf Leben und Tod. Lasse deine Partei gegen unsere marschieren, lasse deine Organisation antreten gegen unsere, und dann wirst du sehen, was für eine Kraft in diesem Idealismus steckt und was er überwinden kann. Wenn wir heute 100 Mitglieder der demokratischen Partei nehmen und 100 Mann von hier - da kann mancher darunter stecken, der auf sein Abendbrot verzichtet hat, nur um die Fahrt hierher zu bezahlen - , bei den ersteren da blitzt nicht ein Funke von Glaube an die deutsche Zukunft heraus; und wenn ich diese armen Teufel ansehe, dann sehe ich aus ihnen eines herausleuchten, den Glauben an die unvergängliche Lebenskraft unseres Volkes. Das sind die Träger der Zukunft der deutschen Nation. Von ihnen heraus sprüht dieser Funke Lebenswille von einem zum anderen über und breitet sich aus und wird zu dem Feuer, das heute ganz Deutschland langsam aufbrennt, trotz aller Gegner und lächerlichen Gedankengänge. Das sind die Träger des Lebensglaubens eines Volkes und die haben dieselbe Not, ja vielleicht mehr Not als die anderen, aber während die anderen an dieser Not zu Boden sinken, wirken sie als der ewige Hammerschlag des Schicksals, der sie hält und stark macht; und deshalb verstehen

unsere Gegner nicht, wenn sie uns bedrücken, daß das das Gegenteil bezweckt. Sie glauben, uns zermürben zu können, und in Wirklichkeit helfen sie mit, daß unter der Schmiedepresse langsam der Stahl wird, daß die Menschen hart werden, daß sie langsam in zäher Zusammenarbeit hart werden und in sich einen gigantischen und gewaltigen Entschluß fassen. Sie machen uns reif für die kommende Zeit; was vielleicht bei den anderen zur Zermürbung führt, führt uns zur Härte. Wir sind nicht gesunken, sondern sind dauernd, ununterbrochen gewachsen.

Und wenn sie nun näher fragen: Worauf baut sich dieser Glaube auf? Er baut sich auf, auf einigen Erkenntnissen, von denen wir überzeugt sind, wenn ein Volk diese Erkenntnisse in sich aufnimmt und bis zu 100 % auswirken läßt, daß ein solches Volk mit einer gesetzesmäßigen Sicherheit wieder eines Tages emporsteigen muß, weil diese Erkenntnisse zur Kraft führen können. Diese Erkenntnisse sind in Wirklichkeit nur drei primitive Grundsätze [*sic!*], die das Um und Auf unserer nationalen Weltanschauung ausmachen [*sic!*], die wir dem einzelnen einbrennen und von denen wir überzeugt sind, daß, wenn sie Gemeingut unseres Volkes geworden sind, eine neue Plattform hergestellt ist, auf der man zu einer neuen Organisation des Volkskörpers kommen kann; denn heute sind die Grundgedanken, auf denen unsere heutige Organisation beruht, vollständig zerfressen, und die Träger dieser Gedanken haben nicht mehr die Kraft, ihre Ideen mit einer Entschlossenheit durchzusetzen und der Nation als einziges Gesetz des Denkens und uns aufzudrängen [*sic!*]. Sie können das nicht, weil sie selbst nicht mehr erfüllt sind vom Glauben an die Richtigkeit dieser Gedanken. So erleben wir es, daß unser Volk weder religiös, noch sittlich, noch rechtlich, noch nach den Grundgedanken seiner staatlichen Organisation eine irgendwie einheitliche Auffassung hat, im Gegenteil. Überall zerfällt unser Volk. Wir brauchen eine Organisation, die es uns ermöglicht, unsere ganze Kraft einzusetzen, das ist das Geheimnis jeder Organisation eines Volkes. Jedes Volk hat einen bestimmten Lebenswillen, und dieser Lebenswille prägt sich aus als eine bestimmte Kraft, und es ist nur die Frage, genügt es, diese ganze Kraft von den Fragen der inneren Existenz wegzuziehen und nach außen anzusetzen, dann wird ein Leben auf der Welt gewährleistet sein. Verliert ein Volk diese Fähigkeit, seine Kraft nach außen zu konzentrieren, dann wird sie sich nach innen austoben, dann wird diese Kraft, die führende Kraft, zur Zerstörung führen. Die Völker sind verschieden, in ihrem Blutswert liegt allein schon ihre Bedeutung begründet. Ein Volk, das sich am meisten auf seinen Blutswert beruft, das sein eigenes Wesen am meisten auslegt, das seine Seele am meisten fördert und sich auf das Gebiet seiner Fähigkeiten begibt und diese wirken läßt, ein solches Volk wird weit über andere Völker wachsen, die in ihrer Begabung auf den Gebieten anderer Nationen suchen [*sic!*].

D. h. mit anderen Worten, nehmen wir ein krasses Beispiel. Wir haben heute Negermusik. Von wem wird sie gemacht! Von der ganzen Welt. Von wem stammt sie? Von Negern und ziemlich amusikalischen Amerikanern. Wer macht das mit? Wir Deutsche. Wer hat den Siegespreis errungen? Vermutlich die Amerikaner. Werden wir ihnen diesen Siegespreis entwinden können? Ich bezweifle das. Denn ich verstehe, daß unsere Leistung aus uns selbst kommen muß, daß sie nicht fremd sein kann, daß eines Tages ein Mozart und ein Wagner gegen diesen Kitsch dann wieder siegt, und so ist es auf allen Gebieten [*sic!*].

Wenn mir jemand sagt, wir müssen versuchen, den Juden zu verdrängen von seinem Arbeitsfeld. Mein Freund, wir werden unterliegen. Das ist nicht unser Gebiet. Gehe mit in das Deut-

sche Museum[50] und nehme Maschine um Maschine, Erfindung um Erfindung, und dann vergegenwärtigen wir uns den Menschen, den Erfinder selbst, wir sehen eine endlose Ahnenreihe von Ariern, hauptsächlich von Germanen, ungezählte Deutsche sind da, und alle diese Schöpfer haben in Wirklichkeit dieses Kultur-Niveau mitbegründet. Sie werden unter diesen Zehntausenden von Erfindern kaum einen einzigen Juden darunter finden[51]. Wenn Sie aber auf ein Gebiet der händlerischen Verwertung kommen, dann sehen Sie umgekehrt den Juden tätig, denn das ist sein Gebiet, das ist seine Stärke. Wenn mir jemand erklärt, nun müssen wir ihn dort schlagen, nein, ich glaube diese ganze Tätigkeit ist für uns schädlich. Wir wollen ihm keine Konkurrenz bereiten, wir wollen nicht sagen, deutscher Bauer handle auch, wir sagen im Gegenteil, wir verbieten dir das. Wir müssen erkennen, worin denn überhaupt unsere Kraft liegt, wo wir sie haben, und müssen dann aus dieser Kraft heraus uns erst entwickeln, und wenn wir das fertigbringen und den Begriff Volk unter den Mittelpunkt alles Geschehens rücken [*sic!*], dann schlagen wir die Brücke zwischen den Menschen unseres Volkes untereinander.

Ich weiß, zahlreiche Patrioten höre ich, die sagen, wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern[52]. Mein Freund, nicht einmal bei deinem Stammtisch ist es mehr so, dort hört bereits die Brüderlichkeit auf. Wenn ich in unser Volk sehe, ich sehe eine Überheblichkeit, einen Klassen-Wahnsinn der weißen Rasse. Ihr selbst habt das Beispiel gegeben, ist es nicht so gekommen, daß kein Volk von Männern mehr da ist. Wir haben gesagt, wir deutschen Männer müssen das und das tun, jetzt heißt es: Wir Gewerbetreibende oder ihr Landwirte oder wir Beamte der Gehaltsklasse 7 usw. Hat es nicht immer schon so geheißen, sind wir nicht immer mehr zerrissen? Du selbst bist gar nichts. Wenn du sagst, ich bin höherer Beamter - was heißt das? Das ist ein reiner Zufall. Was sind deine Vorfahren gewesen, waren das auch höhere Beamte? Nein! Komisch, also deine Vorfahren waren nicht höhere Beamte, du bist es heute. Was sind deine Vorfahren gewesen? Es müssen gesunde Menschen gewesen sein, denn sonst könntest du nicht da sein; also an sich war es zunächst wichtiger, daß sie gesund gewesen sind, sie waren vielleicht bloß Bauern, aber heute bildest du dir ein, daß du mehr bist. Ich will dir etwas sagen. Wenn wir damit beginnen, daß wir die Wertung des Menschen nach so lächerlichen Grundsätzen durchführen, dann wundere dich nicht, wenn unser Volk zerfällt. Wir wissen, daß das Leben den einzelnen abstempelt, wir wollen auch wissen, daß die Erfüllung dieses Wirkungsgebietes nur die Pflicht ist. Was ist ein großer Wald mit Bäumen und Blättern? Morgen werden wieder neue Blätter kommen, andere werden verwelken usw. Dieser Wald ist das Volk. Du mein Lie-

---

50 Das Deutsche Museum in München war 1903 auf Anregung von Oskar von Miller gegründet und am 7.5.1925 eröffnet worden. Auf einer Ausstellungsfläche von damals 36.000 $m^2$ präsentiert das Museum eine umfassende Sammlung zur Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik und unterhielt - neben verschiedenen Spezialsammlungen - eine naturwissenschaftlich-technische Bibliothek.

51 Von den in Deutschland oder Österreich-Ungarn geborenen Naturwissenschaftlern jüdischer Herkunft erhielten bis 1931 u. a. folgende den Nobelpreis: Adolf Ritter von Baeyer, 1905 Nobelpreis für Chemie; Robert Bárány, 1914 Nobelpreis für Medizin; Paul Ehrlich, 1908 Nobelpreis für Medizin (zusammen mit Ilja Metschnikow); Albert Einstein, 1921 Nobelpreis für Physik; James Franck, 1925 Nobelpreis für Physik (zusammen mit Gustav Hertz); Fritz Haber, 1918 Nobelpreis für Chemie; Gustav Hertz, 1925 Nobelpreis für Physik (zusammen mit James Franck); Richard Willstätter, 1915 Nobelpreis für Chemie. Vgl. "Doch das Zeugnis lebt fort". Der jüdische Beitrag zu unserem Leben, Berlin 1965, passim.

52 Muß heißen: "Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern/In keiner Not uns trennen und Gefahr". Aus dem 1804 entstandenen Drama *Wilhelm Tell* von Friedrich von Schiller (1759-1805), II. Akt, 2. Szene.

ber, was du auch bist, ein Bauernknecht, ein Arbeiter, ein Beamter, das ist gänzlich belanglos, wichtig ist nur eines, daß du ein Deutscher bist, und darauf müssen wir aufbauen, das müssen wir in den Vordergrund rücken, und wir werden zur Antwort bekommen, das kann man nicht. Mein Verehrter, was glaubst denn du, was wir 4 1/2 Jahre in den Vordergrund gerückt haben[53]? Du sagst, das ist ein Idealismus, den es nicht gibt. Glaubst du, daß man 4 1/2 Jahre lang gekämpft hat, weil es Apotheker und Professoren oder Schuhmachermeister gibt? Glaubst du, dafür ist man gestorben? Mein lieber Freund, du hast eine Ahnung. Du sagst, der Idealismus, daß man so ganz und gar auf das äußere Leben vergißt [*sic!*], der existiert nicht? 4 1/2 Jahre lang hat der existiert, und wenn du sagst, das war - nein, das lebt auch wieder auf. Du glaubst nicht, wie der junge Mensch eine innere Sehnsucht hat, diese blöde Fessel von Vorurteilen zu zerreißen und zu zerbrechen, wie glücklich sie sind, wenn sie sich sagen können, jetzt sind wir endlich über all den Plunder wieder weggekommen. Was heißt Student, Arbeiter, Handwerker, Bauer? Wir sind eine braune Armee von 250.000 Mann[54] und sind stolz, daß wir eins sind, aus allen Lebensstellungen heraus[55]; und wenn Sie mich eines fragen, dann sage ich nicht, ich bin Student, oder ich bin Handwerker, Bauer oder Arbeiter, sondern ich bin Deutscher, Deutscher ganz allein. Das andere erfüllt mich auch, aber das ist nicht das wesentliche. Wenn die große Sense kommt, die die Völker zusammenmäht, dann frägt sie auch nicht, was bist du? Sie trifft unser Volk dann in all seinen Schichten und Berufen, sie zermürbt uns. Sie wirft den Sohn der sog. vornehmen Familie herunter und macht den genauso arbeitslos wie den ganz gewöhnlichen Handwerker, auf den er früher herabgesehen hat. Und wundern Sie sich nicht, wenn sie langsam zusammenfinden und wenn sie damit eine unzerstörbare Basis schaffen, eine Einheit, und damit dokumentieren, die Klassen überwinden wir nicht dadurch, daß wir eine Klasse über die andere siegen lassen, sondern daß wir die Nation über Klassen erheben. Nun marschieren wir in eine Zeit hinein, in der die Völker sich zum Teil zersplittern, in der sie erfaßt werden von Bolschewismus, Kommunismus, Bürgertum usw. und miteinander ringen.

Zahllose Parteien zersplittern die Nation[56], und da sagen wir uns: Wenn in diese zerfallende Welt nunmehr eine Nation hineinmarschiert, die ganz eins geworden ist, daß dann dieses Volk siegen muß. Zweitens sagen wir, wir leben in einer Zeit, in der die anderen Völker sich nach dem demokratischen Prinzip organisieren, überall die Mehrheit entscheiden lassen[57], wenn in

---

53 Gemeint ist der Erste Weltkrieg.

54 Nach parteieigenen Angaben zählte die SA im April 1931 119.000, im November desselben Jahres 227.000 Angehörige. Vgl. Peter Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 111.

55 Zum damaligen Sozialprofil der SA vgl. Conan Fischer, Stormtroopers. A Social, Economic and Ideological Analysis 1929-35, London 1983, S. 25 ff.
Speziell zu ihrer Führung vgl. Michael H. Kater, The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945, Oxford 1983, S. 169 ff. sowie Mathilde Jamin, Zwischen den Klassen. Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft, Wuppertal 1984.

56 Zum Spektrum der bürgerlichen deutschen Parteien in der Weimarer Republik vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, 4 Bde., Köln 1983-1986.

57 Der Erste Weltkrieg hatte mit einem Triumph des demokratischen Prinzips geendet; mit Ausnahme von Rußland hatte sich in allen Staaten Europas der liberal-demokratische Verfassungsstaat durchgesetzt. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme der folgenden Jahre sorgten allerdings dafür, daß sich in vielen Staaten Ost- und Mitteleuropas zum Teil auch denen des Mittelmeerraums autoritäre und halbautoritäre Regime

einer solchen Zeit ein Volk auftritt und sein ganzes Leben vom Kleinsten bis zum Größten so organisiert, daß an jeder Stelle der fähigste Kopf die absolute Autorität hält, dann muß ein solches Volk alle anderen Völker überragen.

Wenn Sie heute zwei Bauern nehmen und den einen lassen Sie bei den Knechten entscheiden und den anderen bei den fähigen Bauern, dann wird der eine Kopf den anderen überflügeln. Wenn Sie die einfachste Maschine nehmen und wollen sie reparieren lassen, dann werden Sie nur Mechaniker gebrauchen können und Sie werden einem das Bestimmungsrecht geben. Jedes Gebiet kann nur bearbeitet werden von denen, die dazu fähig sind, und immer wird einer der schöpferische Träger des Gedankens sein, einer wird aus dem Gedanken die Tat entwickeln, d. h., wenn Sie die ganze Nation auch politisch vom Kleinsten zum Größten so organisieren, dann geht durch das ganze Leben eine Einheit der Auffassung.

Wir können nicht einen Staat organisieren, wenn Sie [*wie*] bei der Wirtschaft sagen, sie muß aufgebaut sein auf den Gedanken der Autorität, der Persönlichkeit. Eine Politik ist aufgebaut auf den Gedanken der Majorität. Entweder ein Gesetz ist universal richtig oder falsch, dann ist es allgemein falsch. So sind wir der Überzeugung, daß in einer Welt, in der die anderen Völker sich immer mehr demokratisieren, die Völker zwangsläufig in den Vordergrund treten, die sich aufbauen, auf den Gedanken der Autorität, des Persönlichkeitswertes. Wir sind überzeugt, daß in einer Zeit, in der die ganze Welt irgendwie von jüdisch-pazifistischem Geiste angeregt wird, geistig willenlos gemacht wird, daß in der Zeit das Volk siegt, das sich dem Gedanken verschließt und für sich selbst den Kampfgedanken und Glauben von sich hebt [*sic!*]. Es heißt, wir sind antiinternational, wir sind antidemokratisch und antipazifistisch. Wir bauen unser Fundament, indem wir zum heutigen Tagesplan Stellung nehmen. Wir sind keine Nationalsozialisten, weil wir ohnmächtig werden angesichts der Not oder weil wir von einem Recht schwärmen, das verletzt werden soll, nein, wenn mich jemand fragt, weshalb sind Sie Sozialist, so sage ich, weil ich glaube, daß unser Volk nicht auf die Dauer bestehen kann als Volk, wenn es nicht in allen Teilen gesund ist. Ich kann mir keine Zukunft unseres Volkes vorstellen, wenn ich auf der einen Seite sehe, daß eine wohlgemästete Bürgerschaft daherwandelt und nebenher abgemagerte Arbeitergestalten schreiten. Ich frage, wie soll unsere Zukunft aussehen? Mich interessiert nur mein Volk, wie wird das sein in 100 Jahren, darauf kommt es an. Nicht aus Mitleid mit dem einzelnen bin ich Sozialist, nur aus Rücksicht auf unser Volk. Ich will, daß das Volk, das uns das Leben gegeben hat, auch in der Zukunft besteht. Ich sehe dabei nicht den heutigen Geist der Menschen, sondern immer nur das Volk, und daher muß man auch hart sein können. Wir fühlen uns nicht verpflichtet zu sagen: Volk wir unterbreiten dir eine Auffassung, der guten Willens ist, kann auf diesen Boden treten, wer eine andere Meinung äußern will, [*den*] wollen wir auch anerkennen, wir stehen auf dem Boden der Freiheit. Nein, wir stehen auf dem Boden der Notwendigkeit, und notwendig ist die Erhaltung eines Volkes, und was sich dem entgegensetzt, muß überwunden werden. Nur so kann man einer Zeit und einem Volk neue Lebensgesetze geben. Was sich nicht selbst umgibt mit dem Glauben der absoluten Notwendigkeit, das vergißt von vornherein schon seine Lebensmöglichkeit, und daher wird unsere Bewegung dem Volke eiserne Lebensgesetze geben.

---

etablieren konnten. Vgl. The Breakdown of Democratic Regimes. Ed. by Juan J. Linz and Alfred Stepan, Part I and II, Baltimore [2]1980.

Wenn unsere Gegner sagen, wir dulden nicht, daß man die Demokratie, die Freiheit antastet, dann müssen wir ihnen zur Antwort geben, das machen wir ja gar nicht. Von Freiheit redet ihr und Vernichtung bringt ihr. Das ist in eurem Auge vielleicht nicht Freiheit, sondern höhere Disziplin. Einheitliche Auffassung in unserem Auge ist es, unbegrenzte Lebensmöglichkeit nach außen, denn das wollen wir uns wohl hier als ein unabänderliches Gesetz vor Augen halten: Wenn wir die Freiheit der Zügellosigkeit, der Weltauffassung und ihrer Auswirkung ansehen, dann werden wir das Sklavenjoch nach außen auf uns nehmen. Wenn wir aber die Freiheit nach außen hin haben, dann müssen wir die Disziplin im Innern anerkennen, und diese Disziplin ist heute nicht mehr da, nicht weil wir etwa da sind, sondern wir sind gekommen, weil es keine Disziplin mehr gab; wir werden sie dem deutschen Volke wiedergeben und wir beginnen mit der Disziplinierung auch hier praktisch, indem wir dieses Volk der Zukunft in das deutsche Volk hineinstellen, und wenn die Regierungen kommen und sagen: Halt, wir dulden das nicht, du mußt deine Bekleidung ausziehen, du mußt dein braunes Hemd ablegen[58], dann müssen wir den Herren zur Antwort geben, für uns ist dieses Hemd nur ein Symbol[59], weil diese Farbe die kommende Farbe des Reiches sein wird; aber ob wir es auf dem Leibe tragen oder im Herzen ist gänzlich einerlei. Aus nichts[60] ist eine Millionenbewegung entstanden, mehr als $^{1}/_{2}$ Million eingeschriebene Mitglieder[61] und heute sicher mehr als 10 Millionen An-

---

58 Auf der Grundlage von § 8 der *Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen* vom 28.3.1931 ("Für politische Vereinigungen kann das Tragen einheitlicher Kleidung oder Abzeichen verboten werden. Das Verbot kann sich auf das Tragen bei bestimmten Gelegenheiten beschränken") erließen Bayern (11.5./29.9.1931) und Bremen (5.12.1931) Uniformverbote für sämtliche politischen Organisationen. Verbote, die speziell Mitgliedern der NSDAP das Tragen von Uniformen untersagten, bestanden in den Ländern Preußen (31.3.1931), Anhalt (2.4.1931), Mecklenburg-Strelitz (18.4.1931), Schaumburg-Lippe (25.4.1931), Hamburg (7.7.1931), Baden (11.7.1931), Lübeck (2.9.1931) und Hessen (9.9.1931). Keine Verbote bestanden in Sachsen, Württemberg, Thüringen, Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig und Lippe-Detmold. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, S. 2077, Anm. 2. Druck der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28.3.1931: RGBl. 1931, I, S. 79 ff. Vgl. ferner Dok. 4, Anm. 3 und 7.

59 Mit der Neugründung von NSDAP und SA im Jahr 1925 hatte die Parteiführung begonnen, die SA einheitlich mit einem Braunhemd zu uniformieren, zu dem 1927 braune Mütze, farbige Spiegel und Rangabzeichen kamen. Diese Uniformierung wurde zum Vorbild für die Uniformen der gesamten NSDAP und ihrer Gliederungen. Die Übernahme der braunen Farbe war - ungeachtet aller späteren Deutungsversuche - jedoch nicht symbolisch begründet; vielmehr war es der Parteiführung gelungen, einen Restposten von Khakihemden der ehemaligen deutschen Kolonialtruppe günstig zu erwerben. Vgl. Gerhard Paul, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990, S. 174 f. sowie Jill Halcomb, the SA. A Historical Perspective, Columbia 1985, S. 87 ff.

60 Zur Frühgeschichte der DAP, die am 5.1.1919 von dem Eisenbahnschlosser Anton Drexler und dem Sportjournalisten Karl Harrer gegründet worden war, vgl. Albrecht Tyrell, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975 sowie Wolfgang Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1932), Düsseldorf 1972, S. 29 ff.

61 Im Januar 1931 wurde die NSDAP-Mitgliedsnummer 400.000 vergeben, im April 1931 die Nummer 500.000, im Juni 1931 schließlich die Nummer 550.000. Da jedoch freiwerdende Nummern nicht neu besetzt wurden und mehrere Zahlenblöcke freigeblieben waren, ist der tatsächliche Mitgliederstand vermutlich 10-15 % niedriger anzusetzen. Vgl. Albrecht Tyrell, Führer befiel... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 352. Zu Quellen und Forschungsstand der Mitgliederanalysen vgl. Peter Manstein, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, Frankfurt a. M. [3]1990, S. 120 ff.

hänger[62], und unsere Herren Gegner sollen nur zweifeln; ihr wißt, wir sind da, ihr bringt uns nicht mehr weg. Während ihr auch herumläuft [*sic!*], geht durch ganz Deutschland eine ungeheure innere Bewegung, ein Aufatmen und vielleicht auch dort, wo Deutschland aufhört, wo die Fremden vor den Toren stehen. Es erweckt in Deutschland eine Bewegung, es erhebt sich das deutsche Volk, es geht dieses Ahnen von Norden bis Süden, und die Zeit der tiefsten Erniedrigung ist vorbei. Deutschland wird wieder eins, und damit beginnt die Zeit der deutschen Hebung. Das Bürgertum und [*das*] Proletariat, es mag heute noch kämpfen, aber eine neue Front schiebt sich hervor[63].

## 4. Juli 1931 Dok. 3
## "Der Kampf gegen die Halbheit"
## Artikel[1]

Illustrierter Beobachter vom 4.7.1931.

62 Eine deutliche Zunahme der NSDAP-Wähler begann sich seit der Jahreswende 1929/30 abzuzeichnen. Nach dem als Sensation empfundenen Ergebnis der NSDAP bei der Reichstagwahl vom 14.9.1930 - 6.379.672 Wähler (18,3 %) votierten damals für die NSDAP - war der Stimmenanteil für die NSDAP bei den sich anschließenden Landtags- und Kommunalwahlen meist noch höher: Braunschweig, 14.9.1930, 67.902 Stimmen (22,2 %); Bremen, 30.11.1930, 51.327 Stimmen (25,4%); Danzig, 16.11.1930, 32.457 Stimmen (16,4 %); Oldenburg, 17.5.1931, 97.802 Stimmen (37,2 %); Schaumburg-Lippe, 3.5.1931, 7.854 Stimmen (27 %). Vgl. Jürgen Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986, S. 92 ff. sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 ff. Zu Ursachen und Verlauf der Wählerbewegungen vgl. Jürgen W. Falter, Hitlers Wähler, München 1991, S. 30 ff.

63 Über den Abschluß der Veranstaltung berichten die *Erlanger Nachrichten*: "Sofort nach seinem Vortrag verließ Hitler unter dem Jubel der Versammlung den Saal und begab sich nach Nürnberg."

1 Bei diesem Artikel handelt es sich um einen Auszug aus Hitlers Mein Kampf, Bd. 1: Eine Abrechnung (1. Auflage: München 1925, S. 288-291/München [65]1933, S. 298-302); weitere Auszüge erschienen wöchentlich im *Illustrierten Beobachter*. Auf Aufnahme wie auf den jeweiligen Nachweis wird im folgenden verzichtet.

# 5. Juli 1931 **Dok. 4**
# "Parteigenossen!"
# Aufruf

VB vom 7.7.1931.

Aus Anlaß der in den letzten Tagen erfolgten Unternehmungen[1] der Münchner Polizei gegen das "Braune Haus"[2] und damit gegen die N.S.D.A.P. hat sich der Parteigenossen eine begreifliche, sich stets steigernde Erregung bemächtigt. Ich sehe mich daher veranlaßt, folgende Erklärung abzugeben:

Trotz der Entscheidung des Preußischen Kammergerichts und anderer deutscher höherer Gerichte, daß polizeiliche Verbote gegen das Tragen von Parteiuniformen verfassungswidrig und deshalb rechtsunwirksam sind[3], hat die Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28.3.[*19*]31[4] erneut die Zulässigkeit von Uniformverboten behauptet. Gerichte und namhafte Juristen haben die Zulässigkeit von Uniformverboten auch auf Grund dieser Notverordnung mit ausschlaggebenden Gründen angefochten[5]. So hat erst vor einigen Tagen das Halberstädter

---

1 Auf der Grundlage der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28.3.1931 und der Vollzugsbekanntmachung des bayerischen Ministeriums des Innern vom 11.5.1931 (vgl. Anm. 7) hatte die Polizeidirektion München am 1.7.1931 das Tragen einheitlicher Kleidung oder Abzeichen von politischen Vereinigungen verboten. In dieser Anordnung wurde noch einmal dezidiert darauf hingewiesen, daß dieses Verbot auch "für Wach- und Ehrenposten aller Art" gelte. Nachdem die NSDAP am 4.7.1931 eine Entfernung der beiden uniformierten Wachposten vor dem Braunen Haus abgelehnt hatte, wurde die Parteizentrale der Nationalsozialisten noch am selben Tag von der Landespolizei besetzt; die Parteiakten wurden beschlagnahmt, 29 Uniformierte verhaftet. Bei den sich anschließenden Demonstrationen und Tumulten kam es zu weiteren 19 Verhaftungen. Vgl. Wolfgang Zorn, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986, S. 335; Peter Hoffmann, Die Sicherheit des Diktators. Hitlers Leibwachen, Schutzmaßnahmen, Residenzen, Hauptquartiere, München 1975, S. 35. Zur Überlieferung durch die Presse vgl. Anm. 8.

2 Gemeint ist das ehemalige Barlow-Palais in der Brienner Straße 45. Hitler hatte am 26.5.1930 das 1828 im Biedermeierstil erbaute Adelspalais von Elisabeth Barlow gekauft. Nach größeren Umbauarbeiten, mit denen der Münchner Architekt Paul Ludwig Troost beauftragt wurde und für die Hitler selbst Entwürfe anfertigte, war die gesamte Reichsleitung der NSDAP zu Beginn des Jahres 1931 dorthin verlegt worden. Zur Detailstruktur der Reichsleitung der NSDAP vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 355 ff. Ferner Adolf Dresler, Das Braune Haus und die Verwaltungsgebäude der Reichsleitung der NSDAP in München, München [2]1937; Anton Lingg, Die Verwaltung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, München 1939, S. 57 f. Ferner Bd. III/3, Dok. 48 und 50; Bd. IV/1, Dok. 61 sowie Dok. 19 dieses Bandes.

3 *Erste* Verordnungen gegen das Tragen nationalsozialistischer Uniformen in der Öffentlichkeit hatten die Länder Hessen (10.4.1930), Preußen (11.6.1930), Baden (13.6.1930) und Hamburg (25.8./8.9.1930) erlassen. Bayern hatte am 5.6.1930 ein generelles Uniformverbot für politische Verbände angeordnet. Das Preußische Kammergericht erklärte in seinen Urteilen vom 23.1.1931 und 13.3.1931 dieses Verbot jedoch für rechtsunwirksam, da es dem durch Artikel 118 der Reichsverfassung gewährleisteten Grundrecht auf Meinungsfreiheit zuwiderlaufe. Vgl. Wolfram Pyta, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989, S. 294 ff., 341 ff. Druck des Runderlasses des preußischen Ministeriums des Innern vom 11.6.1930: Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst, Düsseldorf 1977, S. 87. Urteile des Preußischen Kammergerichts vom 23.1.1931 und vom 13.3.1931 in: Archiv für Strafrecht und Strafprozeß. Hrsg. von K. Klee, Bd. 75, Berlin 1932, S. 142 ff., 180 ff.

4 Vgl. Dok. 2, Anm. 58.

5 Gemeint ist vermutlich das im *VB* vom 7.7.1931 publizierte Gutachten von Walter Luetgebrune: VB vom 7.7.1931, "Das Gutachten des Juristen".

Schöffengericht uniformierte S.A.-Leute von der Anklage eines Vergehens gegen die Uniformverbotsbestimmung der Notverordnung freigesprochen[6].

Trotz dieser Rechtslage hielt es die Polizeidirektion München für angebracht, im Wege unhaltbarer Anordnungen und Verfügungen den uniformierten Schutz des "Braunen Hauses" zu bekämpfen[7].

Zur Regelung des Verkehrs standen an den Eingangstüren des "Braunen Hauses" insgesamt zwei uniformierte Parteigenossen. Um diese beiden uniformierten Diensttuer zu beseitigen, erließ die Polizeidirektion München am 1.7.1930 eine "Anordnung", die in erster Linie das Tragen einheitlicher Kleidung oder Abzeichen von politischen Vereinigungen für Wach- und Ehrenposten verbot. Niemand bezweifelt, daß diese Anordnung sich lediglich gegen die N.S.D.A.P. und deren Parteiheim richten sollte. Mitglieder der Reichsleitung setzten sich sofort mit der Polizeidirektion München in Verbindung und erreichten die Zusage, daß uniformierte Parteigenossen den Verkehrsdienst im "Braunen Hause" besorgen können, soweit sich dieser auf Grund und Boden des Parteiheims abspielt.

Entgegen dieser Zusage wurden im Laufe des 4. Juli 1931 über vier Hundertschaften Landespolizei aus München gegen das "Braune Haus" angesetzt. In einer sich überstürzenden Fülle von einzelnen Polizeimaßnahmen zum Zwecke der Entfernung der zwei Uniform tragenden Diensttuer wurde gegen das "Braune Haus" und seine Umgebung vorgegangen. Die Vorgänge, die sich in Durchsetzung dieser Polizeiangriffe im Laufe des gestrigen Tages in und vor dem "Braunen Hause" abspielten, erregten die weite Masse der deutschen Münchner Bevölkerung[8]. Um für die kommenden rechtlichen Auseinandersetzungen zugleich das einwandfreie Beweismaterial zu sichern, wurden die wesentlichen Vorgänge sofort urkundlich festgestellt. Die Rechtswidrigkeit dieser polizeilichen Maßnahmen ist von namhaften deutschen Juristen, die in

---

6 Nachdem die Obergerichte in Baden, Preußen und Hamburg die Verbote nationalsozialistischer Uniformen durch die Länder als nicht ausreichende Rechtsgrundlage abgelehnt hatten (vgl. Anm. 3), versuchte die Reichsregierung ein solches Verbot mit Hilfe der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28.3.1931 auf Reichsebene durchzusetzen (vgl. Dok. 2, Anm. 58). Allerdings weigerten sich auch jetzt regionale Justizorgane wie z. B. das Amtsgericht Torgau oder das Landgericht Halberstadt, Strafen aufgrund dieser neuen Verordnung auszusprechen. Vgl. Manfred Krohn, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991, S. 202 f.

7 Der bayerische Minister des Innern Karl Stützel hatte am 11.5.1931 eine "Bekanntmachung über den Vollzug der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen" erlassen. Unter Bezug auf § 8 dieser Verordnung ("Für politische Vereinigungen kann das Tragen einheitlicher Kleidung oder Abzeichen verboten werden. Das Verbot kann sich auf das Tragen bei bestimmten Gelegenheiten beschränken.") ermächtigte Stützel die Polizeidirektionen in den Städten München, Nürnberg und Fürth, politischen "Vereinigungen das Tragen einheitlicher Kleidung oder Abzeichen bei bestimmten Gelegenheiten zu verbieten". Druck: Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Bayern vom 15.5.1931, S. 138. Druck der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28.3.1931: RGBl. 1931, I, S. 79 ff.

8 Zur Reaktion der Lokalpresse vgl. Münchner Neueste Nachrichten vom 2.7.1931, "Teilweises Uniformverbot in München"; Münchener Post vom 2.7.1931, "Das Ärgernis des Braunen Hauses verboten"; vom 3.7.1931, "Man pfeift auf Herrn Stützel!"; vom 6.7.1931, "Innenminister und Polizeipräsident mit dem Tode bedroht"; Münchner Neueste Nachrichten vom 6.7.1931, "Das Uniformverbot und die Nationalsozialisten"; vom 8.7.1931, "Einerseits - andererseits". Ferner VB vom 4.7.1931, "Polizei-Überfall auf das 'Braune Haus'"; vom 7.7.1931, "Der Kriegszug des Polizeipräsidenten Koch gegen das 'Braune Haus'"; Illustrierter Beobachter vom 18.7.1931, "Der Kampf ums 'Braune Haus'. Motto: 'Tapfere Bayern sans wir'".

der Reichsleitung anwesend waren, sofort vermerkt worden. Gegen jede einzelne Maßnahme sind die Rechtsmittel ergriffen [9]. Wir haben die begründete Hoffnung, daß nunmehr durch einen eklatanten Fall eine gerichtliche Entscheidung grundsätzlicher Art herbeigeführt werden wird.

Am Ende muß auch im heutigen Deutschland ja doch Recht Recht bleiben. Daß der politische Terror seit 12 Jahren vor keinem Mittel zurückschreckt, die nationalsozialistische Bewegung zu unterdrücken und zu verfolgen, hat bisher nicht verhindern können, daß trotzdem aus einer Bewegung von 7 Mann [10] in diesen 12 Jahren mehr als 8 Millionen geworden sind [11]. Die rechtswidrige Aktion der Polizeidirektion München hat den Begriff "Braunes Haus" der Öffentlichkeit besser zur Kenntnis gebracht, als dies durch irgendwelche Propaganda hätte geschehen können.

Parteigenossen, laßt euch durch gar nichts provozieren! An unserer Gesetzlichkeit wird der Gegner am Ende trotz allem zerschellen.

*München,* den 5. Juli 1931

gez. Adolf *Hitler*

---

9 Am 7.8.1931 beschloß der IV. Strafsenat des Reichsgerichts, die Beschwerde des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins e. V. vom 3.7.1931 gegen die Anordnung der Polizeidirektion München vom 1.7.1931 (vgl. Anm. 1) zu verwerfen. In seiner Begründung bemerkte der Senat u. a., daß er sich schon mehrfach mit der Gültigkeit von Uniformverboten aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28.3.1931 zu beschäftigen gehabt habe. Grundsätzliche Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dieser Verordnung seien jedoch nicht stichhaltig. Das in § 8 dieser Verordnung ausgesprochene Uniformverbot für politische Verbände richte "sich nicht gegen eine bestimmte politische Meinung, sondern will lediglich der *Bekämpfung politischer Ausschreitungen* dienen". Beschluß des Reichsgerichts, IV. Strafsenat, Nr. XII.V.62/31 vom 7.8.1931 (Abschrift); GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 294.

10 Als Hitler im September 1919 der damaligen DAP beitrat, hatte diese bereits mehr als sieben Mitglieder. Hitler war jedoch als Werbeobmann das siebente Mitglied des "Arbeitausschusses" der Partei. In der ersten überlieferten Mitgliederliste vom 2.2.1920 trägt Hitler die Nummer 555; in der ersten Liste nach Hitlers kurzzeitigem Aus- und seinem Wiedereintritt am 26.7.1921 in die inzwischen in NSDAP umbenannte Partei wurde er als Mitglied 3.680 geführt. Vgl. Werner Maser, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt a. M. 1965, S. 167; Anton Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989, S. 251 ff.; Tyrell, Vom "Trommler", S. 77, 198 f., Anm. 118.

11 Vgl. Dok. 2, Anm. 61 und 62.

## 6. Juli 1931 Dok. 5
## "Partei-Befehl an die NSDAP, Hitlerbewegung, in Österreich"
## Anordnung

Gedrucktes Exemplar; Österreichisches StA, Nachlässe und Sammlungen, E/1702 [1].

1. Die administrative Landesleitung der Partei in Österreich [2] wird zur verantwortlichen, politischen Landesleitung bestimmt [3]. Als Landesleiter wird Pg. Alfred *Proksch* [4] bestellt. Der Sitz der Landesleitung ist in Linz a. d. Donau.

2. Die Zusammenlegung der S.A.-Gruppenführung [5] und der Landesleitung in Linz a. d. Donau wird sobald als möglich durchgeführt, spätestens nach Freistellung der betreffenden Führer.

3. Mit der neuen Landesleitung werden sinngemäß für alle Sonder-Organisationen (Schüler-, Juristen-, Ärzte- und Lehrerbund) sowie für die Betriebszellen-Organisation eigene Landesleitungen aufgestellt [6]. Soweit als möglich am Sitz der Landesleitung.

4. Das Organisationsprinzip, Bundesland gleich Gau, bleibt bestehen. Eine Ausnahme bildet der Westgau, der in seiner bisherigen Zusammensetzung bleibt [7].

---

1 Kopf: "Der oberste Partei- und S.A.-Führer".

2 Im Vergleich zu den Erfolgen der NSDAP hatten die österreichischen Nationalsozialisten bislang wenig Terrain gewonnen. Bei den Nationalratswahlen vom 9.11.1930 erhielt die NSDAP (Hitler-Bewegung) lediglich 111.843 Stimmen (3,03 %); im Nationalrat war sie damit nicht vertreten. Die Stagnation der österreichischen NSDAP resultierte vor allem aus der Zersplitterung des rechtsradikalen Lagers in Österreich, dem Fehlen einer kompetenten und kontinuierlichen Führung aber auch aus Hitlers generellem Desinteresse. Noch am 4.12.1930 hatte der Gauleiter des Gaues Wien, Alfred Frauenfeld, in einem Brief an die Reichsleitung der NSDAP beklagt, "daß Adolf Hitler kein Interesse habe an der österreichischen Hitlerbewegung". Vgl. Bruce F. Pauley, Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988, S. 60 ff.; Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch. Hrsg. von Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Ress, Walther Lichem unter Leitung von Dwaine Marvick, Bd. III/Teil C, Wien 1966, S. C 95 ff.

3 Nach dem Rücktritt von Landesleiter Friedrich Jankovic im April 1927 waren die österreichischen Gaue der NSDAP der Reichsleitung der NSDAP direkt unterstellt worden. Zu seinem General-Bevollmächtigten für alle Angelegenheiten der österreichischen NSDAP (Hitler-Bewegung) hatte Hitler Gregor Straßer ernannt. Vgl. Pauley, Weg, S. 61 ff. sowie Dok. 8.

4 Alfred Proksch (1891-1981), Eisenbahnbeamter, 1912 Eintritt in die Deutsche Arbeiterpartei (DAP) Österreichs, 1918/19 Mitglied der Delegation der Deutschen Parteien in der Tschechoslowakei, 1923 Landesobmann der DNSAP von Oberösterreich, 1923-1932 Gemeinderat und Fraktionsvorsitzender in Linz (DNSAP, ab 1926 österreichische NSDAP (Hitler-Bewegung)), 1926-1928 Gauleiter des Gaues Oberösterreich, 1928-1931 stellvertretender Landesleiter, 1931-1934 Landesleiter der österreichischen NSDAP, 1933 Ausbürgerung, 1938 Reichstreuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Österreich (Ostmark), 1938/39 für das Sudetenland, 1940 für das Wirtschaftsgebiet Wien-Niederdonau, 1941 SA-Obergruppenführer, 1945 zu vier Jahren Kerker verurteilt.

5 Zur damaligen Organisationsstruktur der SA-Gruppe Österreich vgl. Dok. 28.

6 Zur sozialen Zusammensetzung der österreichischen NSDAP vgl. Pauley, Weg, S. 93 ff. Weitere Angaben zu ihrer Organisationsstruktur: Nationalsozialistisches Jahrbuch 1932. Hrsg. unter Mitwirkung der Reichsleitung der N.S.D.A.P., München o. J., S. 139 ff.

7 Die NSDAP in Österreich war in die Gaue Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Wien, Steiermark und den Westgau gegliedert. Der Westgau umfaßte die Bundesländer Vorarlberg, Tirol und Salzburg. Vgl. Bd. III/1, Dok. 16 sowie Dok. 8 dieses Bandes.
Zu den Folgen der neuen Organisationsstruktur für die österreichischen Gaue vgl. z. B. Dok. 50.

Das nördliche Burgenland bleibt wie bisher beim Gau Niederösterreich, das südliche Burgenland bei Steiermark. Diese Regelung gilt solange, als ein eigener Gau Burgenland noch nicht lebensfähig erscheint.

5. Für jeden Gau wird durch den S.A.-Gruppenführer im Einvernehmen mit dem Gauleiter ein S.A.-Führer als Gau-S.A.-Führer bestimmt, ohne Rücksicht auf die derzeitige Größe der S.A. in dem betreffenden Gau.

An die Geldverwalter dieser Gau-S.A.-Führer wird die sogenannte S.A.-Zulage von 20 Groschen direkt von der Landesleitung überwiesen[8].

6. In der Regelung des Untersuchungs- und Schlichtungsverfahrens in Österreich wird nichts geändert.

7. Die Kassenverwaltung wird bei der Landesleitung zentralisiert, d. h. die Ortsgruppen liefern direkt an die Landesleitung ab. Die Verteilung der eingehenden Beitragsgelder erfolgt nach folgendem Schlüssel:

| *Der Mitgliedsbeitrag* | *Der ermäßigte Beitrag* |
|---|---|
| wird erhöht auf: | |
| S[*chilling*] 1.30 | 70 Groschen |
| Davon verbleibt: | |
| Bei der *Ortsgruppe*: | 20 g bzw. 10 g |
| An die *Landesleitung* wird von den Ortsgruppen abgeliefert: | 1 S[*chilling*] 10 g bzw. 60 g |
| Die Landesleitung führt ab: | |
| an die *Geldverwalter bei Gau-SA-F*[*ührung*]: | 20 g bzw. 20 g |
| an die *Kasse der S.A.-Gruppenführung*: | 10 g bzw. 5 g |
| an die *Kasse der Landesleitung*: | 20 g bzw. 10 g |
| an den *Gau wird zurückgeliefert:* | 60 g bzw. 25 g |

Sämtliche Überweisungen erfolgen nach dem Prozentsatz der Eingänge.

Die *Mitgliedsaufnahmegebühr* beträgt *1 S 50 g.*[9]

Davon gehen 50 g an die *S.A.-Gruppe,* 1.- S mit Rücksicht auf die erhöhten Sachleistungen an die *Landesleitung.*

Die S.A. verzichtet zu Gunsten der Ortsgruppe auf die ihr bisher zustehende Hälfte der Kampfschatzsammlungen[10].

Wird S.A. von außerhalb des Bereiches des eigenen Sturmbanns zum Versammlungsschutz angefordert und beträgt der Anmarschweg dieser auswärtigen S.A. über 25 Kilometer, so ist die Übernahme der Transportkosten zwischen dem Veranstalter der Versammlung und dem betreffenden S.A.-Führer vorher genau festzusetzen.

---

8 Die sog. SA-Zulage war am 2.9.1930 eingeführt worden. Vgl. Bd. III/3, Dok. 102.

9 In der Vorlage Anmerkung: "Zur Gänze gleichzeitig mit der Einsendung der Beitrittserklärung an die Landesleitung einzuzahlen!"

10 Unter dem Begriff "Kampfschatzsammlung" verstand man in der NSDAP gelegentliche Sammlungen, mit denen für Wahlkämpfe, zur Unterstützung der SA oder für einzelne Projekte finanzielle Rücklagen gebildet werden sollten; hierfür wurden teilweise sog. Kampfschatzmarken ausgegeben. Vgl. Henry Ashby Turner, jr., Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985, S. 150.

8. Bei der verhältnismäßig großen Überweisungsquote an die Gaue obliegt diesen die Tilgung der vorhandenen Schulden. Eine Zurückzahlung der von der Landesleitung bei der letzten Wahl aufgenommenen und auf einzelne Gaue verteilten Wahlschulden wird auf 6 Monate gestundet.

9. Eine endgültige Regelung der bis jetzt bei der administrativen Landesleitung seitens einzelner Gaue aufgelaufenen Beitragsschulden hängt von der prompten Durchführung der Neuregelung ab. Ebenso wird das Tempo der Abtragung von Wahlschulden durch die Gaue bei dieser endgültigen Regelung in Rechnung gestellt.

10. Diese Neuregelung tritt in Kraft mit *Wirkung vom 1. Juli* [*1931*], d. h., die Ortsgruppen rechnen bereits für den Monat Juli zum 5. August mit der Landesleitung ab. Beitragsschulden der Ortsgruppen an die Gaue für die abgelaufene Zeit sind von den Ortsgruppen an den Gau zu zahlen.

11. Als Landesgeschäftsführer wird auf Vorschlag der Reichsleitung Pg. *Habicht*[11] bestellt, der seit Jahren als Ortsgruppenführer und Fraktionsführer unserer Stadtparlamentsgruppe in Wiesbaden der Bewegung wertvolle Dienste geleistet hat[12].

12. Der N.S.P.-Verlag, Linz, wird durch eine zu treffende Neuregelung so gestaltet, daß die Überschüsse, wie auch bisher, für die Folgezeit restlos der Partei zur Verfügung stehen. Damit erhält dieser Verlag besondere Rechte.

Die Reichsleitung wie die österreichische Landesleitung sind sich in der heutigen schweren Zeit sehr wohl bewußt, daß die Beitragserhöhung für die Parteimitglieder ein außerordentlich schweres Opfer bedeutet.

Mit Rücksicht auf die politische Lage in Österreich, die einer machtvoll erstarkten Organisation unserer Partei große Ausblicke eröffnet, sowie in Anbetracht der bevorstehenden sehr wichtigen Nationalratswahlen[13], für die unter allen Umständen ein Kampfschatz gesammelt werden muß, ist die Reichsleitung der Meinung, daß die Mitglieder der Partei in Österreich,

---

11 Theodor (Theo) Habicht (1898-1944), 1914/15 kaufmännische Lehre, 1919/20 Zeitfreiwilliger, 1921-1926 kaufmännischer Angestellter, 1926 Eintritt in die NSDAP, seit 1927 Herausgeber des *Nassauer Beobachter* sowie seit 1930 der *Rheinwacht*, 1927-1931 Kreisleiter der NSDAP in Wiesbaden, 1928-1931 Stadtverordneter in Wiesbaden, 1930/31 Mitglied des Kommunallandtags für Nassau, 1931-1933 MdR, 1931 Landesgeschäftsführer, seit 1932 Landesinspekteur der NSDAP in Österreich, 1934 Ausweisung aus Österreich, 1937-1939 Oberbürgermeister von Wittenberg, 1939 Ministerialdirektor im Range eines Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt, Stellvertretender Leiter der Politischen Abteilung, 1940 zur Disposition, 1944 als Hauptmann und Bataillonskommandeur an der Ostfront gefallen.

12 Weitere Angaben zur Tätigkeit Habichts bei A[*dalbert*] Gimbel (Hrsg.), So kämpften wir. Schilderungen aus der Kampfzeit der NSDAP im Gau Hessen-Nassau, Frankfurt a. M. 1941, passim.

13 Wegen der akuten Finanz- und Bankenkrise war am 29.5.1931 der österreichische Justizminister Hans Schürff zurückgetreten, bis zum 16.6.1931 demissionierte das gesamte Kabinett unter Bundeskanzler Otto Ender. Die am 20.6.1931 gebildete neue Regierung unter Bundeskanzler Karl Buresch galt als "eine Regierung der schwachen Hand", deren Handlungsspielraum von der Wirtschaftskrise und der hohen Auslandsverschuldung des österreichischen Staates schwer beeinträchtigt wurde. Dennoch wurde der Nationalrat, der erst am 9.11.1930 gewählt worden war, nicht aufgelöst. Vgl. Walter Goldinger und Dieter A. Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, Wien 1992, S. 180 ff.

14 Gregor Straßer (1892-1934), Apotheker, 1919 Mitglied des Freikorps Epp, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Führer der Sturmabteilung Niederbayern, wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924/25 Reichsführerschaft der NSFB (zusammen mit Erich Ludendorff und Albrecht von Graefe),

die jahrelang schon schwere Opfer gebracht haben, auch dieses neue Opfer bringen werden, im Interesse unserer Arbeit und zur Erreichung unseres großen Endzieles.

Der Reichsorganisationsleiter I: Der Reichsschatzmeister:

gez. Gregor *Straßer* [14] gez. *Schwarz* [15]

*Ich verfüge, daß dieser Parteibefehl mit sofortiger Wirkung zur Durchführung gelangt.*

*Der Partei- und Oberste S.A.-Führer:*

gez. Adolf *Hitler* [16]

---

1924 MdL in Bayern (Völkischer Block), 1924-1933 MdR (NSFP, ab 1925 NSDAP), 1925-1929 Gauleiter des Gaues Niederbayern, 1926/27 Reichspropagandaleiter, 1928-1932 Reichsorganisationsleiter(-I) der NSDAP, 8.12.1932 Rücktritt von allen Parteiämtern, 1934 im Zug des sog. Röhmputsches ermordet.

15 Franz Xaver Schwarz (1875-1947), 1896 Angestellter bei der bayerischen Militärverwaltung, 1900-1924 Verwaltungsbeamter bei der Stadt München, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 Erster Kassier der Großdeutschen Volksgemeinschaft, Versetzung in den Ruhestand als Oberinspektor, 1925-1945 Reichsschatzmeister der NSDAP, 1929-1933 Stadtrat in München.

16 In der Vorlage folgt Anordnung des Landesleiters Alfred Proksch:
"*Nationalsozialisten Österreichs!*
Der oberste Führer [*sic!*] hat mich zur Leitung der Partei in Österreich berufen. Ich habe die Berufung angenommen, da ich darin die Erfüllung des Gelöbnisses erblicke, der Bewegung jederzeit mit allen Kräften pflichtbewußt zu dienen und dem Führer Treue und Gehorsam zu halten. In der Überzeugung, daß dieses Gelöbnis die Herzen aller Nationalsozialisten erfüllt, gehe ich daran, die mir übertragene Aufgabe zu lösen. Eine Kampforganisation setzt sich nur dann erfolgreich durch, wenn in ihr alle Kräfte verständnisvoll, diszipliniert und opferbereit zusammenwirken. Ich werde es daher als besondere Aufgabe erachten, das Zusammenwirken der gesamten Organisation in Treue zum Führer und zu dem von ihm gesetzten Ziel, bei unbedingter Aufrechterhaltung der gebotenen Unterordnung unter den Führerwillen sicherzustellen. Es stehen große Entscheidungen bevor!
Ich rufe darum alle Nationalsozialisten Österreichs auf, in diesen entscheidenden Tagen am Platze zu sein und alle Tugenden des Kämpfers im höchsten Maße zu offenbaren: Zielbewußtsein, Pflichttreue, Opfersinn, Arbeitswillen, vor allem aber eherne Disziplin. Wer dem Rufe nicht folgen kann oder will, der scheide aus unseren Reihen. Wer ihm aber zu folgen bereit ist, der trete an, denn nun gilt es zu schaffen und zu zeigen, daß in der alten Ostmark der Drang zur Freiheit nicht minder lebendig ist als in anderen deutschen Gauen. Nationalsozialisten Österreichs! Die Fahnen hoch und mit äußerster Anspannung der Kräfte in den Kampf. Wir werden siegen, weil wir wollen und weil wir an den Sieg glauben!"

## 7. Juli 1931 Dok. 6
## Telegramm
## an Karl Stützel[1]
## an die Polizeidirektion München
## an die Kreisregierung von Oberbayern

VB vom 7.7.1931, "Protesttelegramme".

Erheben gegen Verfügung der Polizeidirektion München, durch die Betreten des "Braunen Hauses" soeben allgemein verboten wurde[2], Beschwerde und protestieren auf das entschiedenste gegen diese ungeheuerliche, rechtlich niemals zu haltende Maßnahme.

Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein e.V.

Adolf *Hitler*

## 10. Juli 1931 Dok. 7
## Rede auf SA-Versammlung in München[1]

VB vom 11.7.1931 [*sic!*], "Fahnenweihe bei Sturm 53".

Redetext nicht ermittelt.

1 Karl Stützel (1872-1944), Dr. jur., 1911 Regierungsrat in Landshut, 1914 Bezirksamtvorsteher in Vilshofen, 1918 Oberregierungsrat im bayerischen Ministerium des Innern, 1920 Ministerialrat im bayerischen Ministerium für Soziale Fürsorge, Bayerischer Staatskommissar für das Hilfswerk Oppau, 1924-1933 bayerischer Minister des Innern (BVP).

2 Vgl. Dok. 4.

1 Im Augustinerkeller, Arnulfstraße 52, ab 20.00 Uhr. Der Ankündigung ist lediglich zu entnehmen, daß die Fahnenweihe des SA-Sturms 53 Anlaß für Hitlers Rede war.

## 13. Juli 1931 Dok. 8
## "Verfügung"
## Anordnung

Masch. Ausfertigung; BA, Slg. Schumacher 305 I.

Die administrative Landesleitung der NSDAP (Hitler-Bewegung) wird mit sofortiger Wirkung in eine selbständige politische Landesleitung Österreich der NSDAP mit dem Sitz in Linz umgewandelt [1]. Zum Landesleiter ernenne ich

Pg. Alfred *Proksch*, Linz/Donau.

*München*, den 13.VII.[*19*]31

gez.: Adolf *Hitler*

Herrn Reichsschatzmeister Schwarz
zur Kenntnisnahme

## 14. Juli 1931 [1] Dok. 9
## Interview mit United Press

The New York Herald, Paris, vom 15.7.1931, "Hitler balances Bolshevism with own movement" [2].

"The situation as it has developed now has confirmed my former fears and predictions", the National-Socialist chief declared. "The Young plan [3] is ending in economic disaster [4]. Its consequences also will be felt in the whole world, while the Versailles treaty [5], which was made to divide the world into two parts will prove a curse on mankind.

*Ready to Lead.*

"We are ready to assume governmental power at any time, because the national opposition is convinced that it alone is able to halt an extreme development. There are only two possibili-

---

1 Vgl. Dok. 5.

1 Der Bericht datiert das Interview auf Dienstag.
2 Zur Reaktion der deutschen Presse vgl. z. B. 8-Uhr-Abendblatt vom 14.7.1931, "Hitler für Erfüllung"; Braunschweigische Landeszeitung vom 15.7.1931, "Eine Erklärung Adolf Hitlers"; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 15.7.1931, "Hitler: 'Der Kampf Brünings ist der Kampf Deutschlands'"; Münchner Neueste Nachrichten vom 15.7.1931, "Eine Erklärung Hitlers"; Die Deutsche Revolution vom 19.7.1931, "Hitler für System und Erfüllungspolitik"; VB vom 28.7.1931, "Gegen Versailles und den Bolschewismus".
3 Vgl. Dok. 2, Anm. 8.
4 Vgl. Dok. 2, Anm. 3-7. Die schwierige Situation der in hohem Maße von ausländischem Kapital abhängigen deutschen Wirtschaft war in erster Linie Folge der ab 1929 sichtbaren Weltwirtschaftskrise.
5 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

ties for the future - either our movement for power over Bolshevism or Bolshevism which is turning Europe and far beyond it into chaos [6].

"Whenever fate calls us to the helm, we shall not believe in the possibility of paying political tribute, but we do believe in the necessity of fulfilling those purely economic obligations which Germany assumed in the course of years.

"It will be our foremost aim to secure general economic and political consolidation of Germany even by the hardest measures. However, first of all, our watchword is the stamping out of Bolshevism in all forms."

*Not Opposed to Brüning.*

In his conversation Hitler explained that he did not wish to place difficulties in the way of Brüning's economic fight because "Brüning now is fighting for Germany" [7].

"I am myself a German", he went on. "It is foolish to blame the government for the economic disaster of today. The blame must be attached to the policy based on false economic presumption [8]."

---

6 Anspielung auf die weitverbreitete Furcht der britischen und amerikanischen Öffentlichkeit vor dem Bolschewismus. Vgl. z. B. Gottfried Niedhart, Zwischen Feindbild und Wunschbild. Die Sowjetunion in der britischen Urteilsbildung 1917-1945. In: ders. (Hrsg.), Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917, Paderborn 1983, S. 105-118; Harvey Klehr and John Earl Haynes, The American Communist Movement. Storming Heaven Itself, New York 1992, S. 26 ff.

7 Zum Verhältnis Hitlers zu Brüning vgl. z. B. den Bericht des Vorsitzenden der DVP Eduard Dingeldey über seine Besprechung mit Hitler am 28.7.1931: "Er [*Hitler*] habe von Herrn Brüning, vor seinem Patriotismus und vor seinem menschlichen Charakter wie auch vor seiner Intelligenz alle Hochachtung." Niederschrift über eine Besprechung mit Adolf Hitler im Hotel *Deutscher Hof* in Nürnberg am Dienstag, den 28. Juli 1931; BA, NL Dingeldey 37. Sowie Heinrich Brüning, Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970, S. 272: "Unter vier Augen könne er [*Göring*] mir vertraulich mitteilen, daß Hitler und seine Freunde gegen meine Außen- und Wirtschaftspolitik im Grunde gar nichts einzuwenden hätten."

8 In *Der Angriff* vom 16.7.1931 ("Sie lügen! Sie lügen! Ein gefälschtes Hitler-Interview") wurde dieser Teil des Interviews dementiert und behauptet, Hitler habe lediglich eine schriftliche Erklärung an United Press abgegeben. Die Wiedergabe im *VB* vom 28.7.1931 ("Gegen Versailles und den Bolschewismus"), die von Hitler gezeichnet wurde, verzichtet ebenfalls auf den letzten Teil des Interviews.

## 15. Juli 1931 Dok. 10
## Zeugenaussage vor dem Amtsgericht München[1]

Masch. Schreiben mit hs. Unterschrift; Niedersächsisches StA Stade, Rep. 171 a Stade Nr. 93.

T[*elschow*][2], den ich persönlich kenne, war im vor[*igen*] Jahre gesundheitlich sehr stark mitgenommen. Ich erklärte ihm daher, er müsse in Urlaub gehen u. sich einige Wochen erholen. Ich habe ihn speziell nach Schleching geschickt, wo unsere Leute zur Erholung meistens hingehen[3]. T. ist also auf meine Anweisung nach Schleching gegangen. Während der Zeit seines Aufenthaltes in Schleching war T. auch dienstlich in München u. Berchtesgaden u. vielleicht auch an andern Orten.

V[*or*]g[*elesen*] u[*nd*] u[*nterschrieben*]

Adolf Hitler

1 Anlaß für Hitlers Zeugenaussage waren die Ermittlungen der Oberstaatsanwaltschaft Stade gegen MdR und Gauleiter Otto Telschow, dem u. a. Unterschlagungen vorgeworfen wurden. Mit Schreiben Nr. 4 J. 797/30 an das Polizeipräsidium München vom 11.6.1931 bat die Oberstaatsanwaltschaft Stade, Telschows Behauptung mit Hilfe von Zeugenaussagen zu überprüfen, er habe 1930 "mit seiner Ehefrau eine Reise nach Schlecking [*sic!*] in Oberbayern unternommen. Von Schlecking aus soll er" - so die Oberstaatsanwaltschaft Stade - "auch Reisen nach Berchtesgaden, Innsbruck und an andere Orte unternommen haben. Der Beschuldigte soll die Behauptung aufgestellt haben, er habe die Reise im Auftrage Hitlers ausgeführt, um in Tirol etwas auszuspionieren."
Mit Schreiben Nr. 1431/31 vom 24.6.1931 informierte die Polizeidirektion München die Oberstaatsanwaltschaft Stade, daß "von hier wiederholt telephonisch versucht" wurde, "Hitler zum Erscheinen bei der Polizeidirektion zum Zwecke seiner Vernehmung zu veranlassen. Hitler ist bis heute nicht erschienen, auch verlief eine Vorsprache im Parteiheim der NSDAP erfolglos." Es werde deshalb anheimgestellt, "Adolf Hitler richterlich vernehmen zu lassen"; Niedersächsisches StA Stade, Rep. 171 a Stade Nr. 93.

2 Otto Telschow (1876-1945), Unteroffizier, dann Polizeiobersekretär, 1901-1924 Verwaltungsbeamter bei der Polizeibehörde Hamburg, 1905 Eintritt in die Deutschsoziale Partei (DSP), 1924 Mitglied der DVFP, 1925 Übertritt zur NSDAP, 1925-1928 Gauleiter des Gaues Lüneburg-Stade, 1928-1945 Gauleiter des Gaues Ost-Hannover, 1929-1933 Abgeordneter im Hannoverschen Provinziallandtag (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1933 Präsident des Hannoverschen Provinziallandtags und Preußischer Staatsrat, 1945 Selbstmord.

3 Gemeint ist vermutlich der in Schleching (Oberbayern) gelegene Gasthof *Geigelstein*, für den 1930 im *Völkischen Beobachter* als "Treffpunkt aller Nationalsozialisten" geworben wurde.

## 19. Juli 1931 Dok. 11
## "Der Freiheitskampf des deutschen Volkes" [1]
## Rede auf NSDAP-Versammlung in Weißenburg/Mittelfranken [2]

Berliner Börsen-Zeitung vom 22.7.1931, "Hitler zur Lage" [3].

Am Sonntag veranstaltete die NSDAP in Weißenburg eine große Kundgebung, in deren Verlauf Adolf Hitler in drei Massenversammlungen sprach. Hitler verglich in seinen Ausführungen den Young-Plan [4] mit dem Hoover-Plan [5] und erklärte, politische Schulden würden in der Weltgeschichte nur durch die eigene Kraft ausradiert. Kein Volk habe bisher seine politische Versklavung durch Arbeit beseitigt. Die Ursachen für die außerordentlich schwierige Lage zu ergründen, ginge über den Horizont der Parteipolitiker, die nur von heute auf morgen sähen. Die Krise sei eine Weltkrise, bei der fast alle weißen Völker von der gleichen Seuche der inneren Zersetzung ergriffen seien. Es handele sich nun heute darum, ob bei der Fortdauer der jetzigen Entwicklung in 50 Jahren das deutsche Volk noch bestehe. Die Nationalsozialisten hätten sich das Ziel gesetzt, die innere Zersetzung des Volkes zu beseitigen, die die bürgerlichen Parteien und der Marxismus beabsichtigten. Wir müßten wieder ein Volk werden, dann werde die unverwüstliche Lebenskraft unseres Volkes letzten Endes siegen.

---

1 Titel laut *Weißenburger Tagblatt*.

2 Es war zunächst vorgesehen, daß Hitler im Anschluß an eine Freiluftaufführung von Schillers *Wilhelm Tell* im Weißenburger Bergwaldtheater sprechen sollte. Mit Schreiben vom 15.7.1931 teilte der 1. Bürgermeister der Stadt Weißenburg, Hermann Fitz, Hitler jedoch mit, daß eine solche Ansprache nicht zugelassen worden sei. Der als Anlage beigefügte Abdruck eines Vermerks des Stadtkommissärs Baer vom 15.7.1931 genehmigte lediglich die vorgesehenen Kundgebungen im Saal des Evangelischen Vereinshauses, im Wildbad-Saal und im Goppelt-Saal, während unter Bezug auf die Anordnung des Bayerischen Ministeriums des Innern vom 10.7.1931 alle übrigen geplanten Veranstaltungen unter freiem Himmel verboten wurden. Vgl. Schreiben des 1. Bürgermeister Dr. Fitz an Hitler vom 15.7.1931; BA Potsdam 62 Ka 1, Kanzlei des Führers der NSDAP.
Hitler, der entgegen seiner Zusage nicht an der - völlig verregneten - Sondervorstellung teilnahm, traf erst um 15.00 Uhr ein und sprach in allen drei, voll besetzten Sälen, zunächst 90, dann jeweils 45 Minuten. Der *VB* ermittelte eine Zuhörerschaft von über 2.500 Personen. Neben Hitler hielt auch die örtliche wie die überregionale Parteiprominenz der NSDAP Reden, u. a. MdL und Gauleiter Julius Streicher sowie MdL und Gauleiter Adolf Wagner.

3 Vgl. auch Illustrierter Beobachter vom 4.7.1931, "Deutschlands größte Naturbühne in Weißenburg i/Bay."; VB vom 12./13.7.1931, "Gau Mittelfranken"; Weißenburger Tagblatt vom 20.7.1931, "Hitlertag in Weißenburg"; Weißenburger Zeitung vom 20.7.1931, "Hitlertag in Weißenburg"; Allgemeine Rundschau vom 21.7.1931, "Hitler in Weißenburg"; VB vom 28.7.1931, "Adolf Hitler in Weißenburg". Lagebericht Nr. 2100 b 1[b] N der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth vom 24.10.1931; BA Potsdam, RMdI, NSDAP Gautagungen und Propagandaaufmärsche, 26085. Ferner Paul Kremmel, Pfarrer und Gemeinden im evangelischen Kirchenkampf in Bayern bis 1939. Mit besonderer Berücksichtigung der Ereignisse im Bereich des Bezirksamts Weißenburg in Bayern, Lichtenfels 1987, S. 44 f.

4 Vgl. Dok. 2, Anm. 8.

5 Vgl. Dok. 12, Anm. 4.

## 21. Juli 1931 Dok. 12
## Telegramm an Heinrich Brüning [1]

Telegramm; BA, R 43 I/319 [2].

Reichskanzler *Brüning* [3]
Deutsche Botschaft
London S.W.1, CarltonHouse Terr. 9

Dem ursprünglich als Erleichterung gedachten Plan [4] des amerikanischen Präsidenten Hoover [5] wird die unverhüllte Absicht Frankreichs entgegengesetzt, das deutsche Volk auf die Dauer unter sein Diktat zu zwingen [6]. So soll aus der Erleichterung eine Verschlimmerung werden.

Es wird den verantwortlichen Kreisen in Frankreich nicht unbekannt sein, daß in unserem gequälten Volke, insbesondere in der Jugend, die Verzweiflung derart gewachsen ist, daß allerorts gefährlichste Gedankengänge aufkeimen.

1 Heinrich Brüning (1885-1970), 1915 Dr. rer. pol., 1920 persönlicher Referent des preußischen Wohlfahrtsministers Adam Stegerwald, 1920-1930 Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbunds (christliche Gewerkschaften), 1924-1933 MdR (Zentrum), 1929/30 Fraktionsvorsitzender, 1928-1930 MdL in Preußen, 1930-1932 Reichskanzler, 1931/32 Reichsminister des Auswärtigen, 1934 Emigration, seit 1936 Lehrtätigkeit an der Harvard University.

2 Druck mit geringfügigen inhaltlichen Überarbeitungen: VB vom 28.7.1931, "Gegen Versailles und den Bolschewismus".

3 Brüning befand sich zusammen mit dem Reichsminister des Auswärtigen, Julius Curtius, vom 21.7. bis 23.7. 1931 auf der Sieben-Mächte-Konferenz in London, um mit den anderen Regierungsvertretern über eine gemeinsame Strategie gegen die Finanzkrise zu beraten. Vgl. Brüning, Memoiren, S. 337 ff.

4 Zur Entschärfung der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise hatte der Präsident der USA Hoover am 20.6.1931 vorgeschlagen, alle internationalen Regierungsschulden und Reparationen für ein Jahr zu sistieren, um einen finanziellen Zusammenbruch Deutschlands zu verhindern, aber auch um die amerikanischen Kapitalanlagen in Europa zu sichern. Nach langwierigen Verhandlungen, bei denen vor allem der Widerstand Frankreichs zu überwinden war, wurde das Protokoll über die Durchführung des sog. Hoover-Moratoriums am 11.8.1931 in London von allen beteiligten Mächten mit Ausnahme von Jugoslawien unterzeichnet. Vgl. Edward W. Bennett, Germany and the Diplomacy of the Financial Crisis, 1931, Cambridge 1962; Link, Stabilisierungspolitik, S. 498 ff.

5 Herbert C. Hoover (1874-1964), 1895 Bergbauingenieur, seit 1897 Tätigkeit im Ausland, seit 1901 Industrieberater, Gründung eigener Unternehmen, 1915-1919 Leiter des Hilfswerk für Belgien, 1917-1919 Leiter des Ernährungsamts der USA, 1921-1928 amerikanischer Handelsminister, 1929-1933 Präsident der USA, seit 1942 erneut Organisator karitativer Hilfsaktionen.

6 Deutschland und Großbritannien hatten umgehend ihre Zustimmung zu Hoovers Vorschlägen vom 20.6.1931 signalisiert. Frankreich forderte jedoch am 24.6.1931, daß hiervon die Zahlung der unaufschiebbaren Annuitäten, wie sie der Young-Plan vorsah, nicht berührt würden und vor Beginn des Moratoriums die Rückstände bei den deutschen Sachlieferungen beglichen werden sollten. Erst am 6.7.1931 stimmte Frankreich dem Moratorium zu. Auf der Konferenz in Paris am 18./19.7.1931 waren Brüning und Curtius vom französischen Ministerpräsidenten Pierre Laval und Finanzminister Pierre Flandin Kredite in Höhe von 500 Millionen $ angeboten worden, an die man politische Bedingungen knüpfte. Die deutschen Vertreter waren jedoch damals nicht bereit, auf den geplanten Neubau von Panzerkreuzern, die deutsch-österreichische Zollunion oder eine mögliche Revision der deutsch-polnischen Grenzen zu verzichten; vorgeschlagen wurden ferner eine Verpfändung der deutschen Zolleinnahmen oder der deutschen Außenhandelskredite. Vgl. Haim Shamir, Economic Crisis and French Foreign Policy 1930-1936, Leiden 1989, S. 43 ff.

Das deutsche Volk, das sich von der Schuld am Kriege frei fühlt[7], will und kann die ihm aufgezwungenen ungerechten Lasten nicht länger tragen. Erst recht aber ist eine weitere Schmälerung der deutschen Staatshoheit unerträglich und nicht zu verantworten[8].

Die gesamte nationale Opposition[9] macht daher in aller Form darauf aufmerksam, daß sie[10] gemäß ihrer Grundeinstellung auch neue Bindungen, die gegenüber Frankreich eingegangen werden, als für sich rechtsverbindlich nicht ansehen wird[11].

Graf von der Goltz[12], Hitler[13], Hugenberg[14], Graf Kalckreuth[15], Bethge[16], Lind[17], Seldte[18], Duesterberg[19]

---

7 Anspielung auf Artikel 231 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919, der die Erklärung enthielt, "daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben". Druck: RGBl. 1919, S. 984 f. Vgl. auch Fritz Dickmann, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.
Zur damaligen Kriegsschulddiskussion in der deutschen Öffentlichkeit vgl. Ulrich Heinemann, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983, S. 22 ff.

8 Vgl. den Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin Nr. $I^{7}$-$42^{01}$ an den Preußischen Minister des Innern vom 10.7.1931, wo über eine vertrauliche Unterredung zwischen Hugenberg, Hitler, MdR Hermann Göring und MdR Wilhelm Frick am 9.7.1931 berichtet wird: "Die Teilnehmer der Konferenz waren sich darüber einig, daß ihre Hoffnungen auf eine baldige Wirtschaftskatastrophe durch das Eingreifen des Präsidenten der Vereinigten Staaten zunichte gemacht worden oder doch zum mindesten stark gefährdet sind. Ihre politischen Ziele - die Machtergreifung in Deutschland - seien nur durch eine Wirtschaftskatastrophe zu erreichen; deshalb müßten von der NSDAP und der DNVP sofort entsprechende Maßnahmen getroffen werden." Abschrift des Preußischen Minister des Innern Nr. II 1292/10.7. vom 21.7.1931; BA Potsdam, RMdI, NSDAP, Bewegung, Entstehung, Ziele und Mittel, Bd. 3, 26067.
Vgl. ferner Goebbels' Tagebucheintrag vom 24.6.1931: "Das Hoover-Angebot macht uns viel zu schaffen. Das wird unseren Sieg um etwa 4 Monate verschieben. Es ist zum Kotzen!". Vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I, Bd. 2, S. 83.

9 Das Telegramm war vom Stahlhelm initiiert worden; Staatssekretär Otto Meißner hatte dann geraten, die gesamte "Nationale Opposition" daran zu beteiligen. Vgl. Volker R. Berghahn, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966, S. 176 f.

10 In der Vorlage: "die".

11 In seiner Sitzung vom 21.7.1931 beschloß das Reichskabinett, auf das an Brüning gerichtete Telegramm "nichts zu veranlassen". Auch ein Schreiben vom 22.7.1931, das der Reichslandbund in derselben Absicht an den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg gerichtet hatte, blieb unbeantwortet. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 2, S. 1403 f., 1411 f.
In seinen Memoiren erwähnt Brüning das Telegramm, das in die Londoner Ministerkonferenz "hineingeplatzt" sei und "das die Franzosen ungeheuer gegen uns aufreizte". Vgl. Brüning, Memoiren, S. 338. Zur Wirkung in Frankreich vgl. z. B. Le Matin vom 22.7.1931, "Un télégramme des nationalistes et racistes au chancelier".

12 Rüdiger Graf von der Goltz (1865-1946), 1882 preußischer Leutnant, 1916 Generalmajor, 1918 Deutscher General in Finnland, Februar bis Oktober 1919 Führer der Freikorpsverbände im Baltikum, Abschied als Generalleutnant, 1924-1930 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Jugend (Bund Jungdeutschland), 1925-1933 Geschäftsführender Vorsitzender der Vereinigten Vaterländischen Verbände, 1933 Eintritt in die NSDAP, 1934 Führer des Reichsverbands Deutscher Offiziere.

13 Mit Schreiben vom 20.7.1931 hatte Hugenberg Hitler den Telegrammentwurf übersandt und Hitlers Unterschrift als "dringend erwünscht" bezeichnet. Schreiben Hugenbergs an Hitler vom 20.7.1931; BA, NL Schmidt-Hannover, Nr. 72.

14 Alfred Hugenberg (1865-1951), 1888 Dr. rer. pol., 1890 Gründer des Allgemeinen Deutschen Verbandes (seit 1894 Alldeutscher Verband), 1903 Verbandsdirektor der Raiffeisengenossenschaften, 1909-1918 Vorsitzender

## 30. Juli 1931 Dok. 13
## Erklärung

VB vom 1.8.1931, "Adolf Hitler gegen die neuesten Verleumdungen".

Aus mir vorgelegten Pressemeldungen ersehe ich, daß die Verleumder und Lügenzentralen augenblicklich wieder mit Hochdruck arbeiten. Wenn es sich auch zum Teil um einen förmlichen Blödsinn handelt, so halte ich es doch für notwendig, diese Schwindeleien als solche zu brandmarken.

1. Der "Berliner-Tageblatt"-Schwindler berichtet, daß ich mich von meinem Stabschef Röhm[1] zu trennen gedenke, bzw. den Bruch vollzogen habe, daß ich Major Pabst[2] an seine Stelle setzen werde und daß dies auf Zureden meiner "kapitalistischen Gönner" geschehe[3]. Da

---

der Friedrich Krupp KG, seit 1914 Aufbau eines umfangreichen Presse- und Medienkonzerns, 1919-1933 MdR (DNVP), 1928-1933 Vorsitzender der DNVP, Januar 1933-Juni 1933 Reichswirtschaftsminister sowie Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, 1947 im Entnazifizierungsverfahren als Unbelasteter eingestuft.

15 Eberhard Graf von Kalckreuth (1881-1941), Rittergutsbesitzer, 1926-1928 und 1930-1933 Präsident des Reichslandbunds, Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank.

16 Albert Bethge, Gutsbesitzer, Mitglied des Provinziallandtags der Provinz Brandenburg, 1928-1933 Mitglied des Präsidiums des Reichslandbunds.

17 Heinrich Lind (1878-1941), Landwirt, Bürgermeister in Nieder-Issigheim (Hessen-Nassau), Begründer und Führer der Kurhessischen Bauernschaft, 1920-1932 MdR (DNVP, seit 1930 Christliche Bauern- und Landvolkpartei), 1930-1933 Mitglied des Präsidiums des Reichslandbunds, 1933 Eintritt in die NSDAP.

18 Franz Seldte (1882-1947), Fabrikant, Hauptmann d. R., 1918 Gründer des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, 1924-1933 Erster Bundesführer, 1933-1945 Reichsarbeitsminister, April 1933 Eintritt in die NSDAP, SA-Obergruppenführer, Chef des Quartiermeisteramts im Stab der Obersten SA-Führung, 1933/34 Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst, seit März 1934 Führer des Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpferbunds (NSDFB).

19 Theodor Duesterberg (1875-1950), 1894 preußischer Leutnant, 1905 Kommandierung in den Großen Generalstab, 1914 Major, seit 1915 im Kriegsministerium, 1919 Abschied als Oberstleutnant, Geschäftsführer der DNVP im Wahlkreis Halle-Merseburg, 1924-1933 Zweiter Bundesführer des Stahlhelm, zugleich Führer des Landesverbands Mitteldeutschland des Stahlhelm, 1932 im ersten Wahlgang Kandidat zur Reichspräsidentenwahl, 1933 Rücktritt von den Bundesämtern des Stahlhelm, im Juli 1934 und Juli 1944 kurzfristig verhaftet.

1 Ernst Röhm (1887-1934), 1908 bayerischer Leutnant, 1919 Generalstabsoffizier im Freikorps Epp, 1920 Eintritt in die NSDAP, 1921 Führer der Reichsflagge und Organisator der SA, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch als Hauptmann aus der Reichswehr entlassen und zu 15 Monaten Festungshaft auf Bewährung verurteilt, 1924/25 Führer des Frontbanns, 1928-30 Militärausbilder in Bolivien, 1931 Stabschef der SA, März 1933 bayerischer Staatskommissar z. b. V., Dezember 1933 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, am 1.7.1934 im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches ermordet.

2 Waldemar Pabst (1881-1970), 1899 preußischer Leutnant, 1918 Hauptmann, 1. Generalstabsoffizier der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, Beteiligung an der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Dezember 1919 Verabschiedung, 1920 Major, Teilnahme am Kapp-Putsch, Flucht nach Österreich, seit 1922 Stabschef der österreichischen Heimwehr, 1930 und 1931 Ausweisung, kurzfristig in Italien, dann im Zuge der Generalamnestie Rückkehr nach Deutschland, 1931-1940 Direktor in der Rheinmetall Borsig AG, Leiter der Wehr- und Waffenabteilung, 1932 Versuch der Gründung einer Weißen "faschistischen" Internationale, 1934 im Zuge des sogenannten Röhm-Putsches kurzfristig verhaftet, 1939 Major d. R., 1940 Entlassung aus dem Heer, 1943 Emigration in die Schweiz, 1955 Rückkehr in die Bundesrepublik.

3 Das *Berliner Tageblatt* hatte u. a. gemeldet, Hitler plane Röhm durch Pabst zu ersetzen, da gegen Röhm wegen Vergehens gegen § 175 StGB ermittelt werde. Hitler zögere noch, doch versuchten seine "kapitalistischen

ich annehme, daß der kleine Schwindler damit den Wunsch als Vater seiner Gedanken hat, kann ich ihm um so leichter den Weg zur Wahrheit öffnen. *Hauptmann Röhm bleibt mein Stabs-Chef*[4]. *Major Pabst wird nicht mein Stabs-Chef*[5]. Die kapitalistischen Gönner aber, die das Gegenteil wünschen, würde ich dringendst bitten, mir einmal namentlich bekanntzugeben. Ich suche dauernd nach kapitalistischen Gönnern[6], habe aber leider bisher feststellen müssen, daß sie ausschließlich im Lager der Parteien und Zeitungen des "Berliner Tageblattes"[7] sind. *Die ganze Artikelei ist vom Anfang bis zum Ende frei erfunden und frei erlogen.*

2. Oberfinanzrat Bang[8] und Justizrat Claß[9] haben mir selbstverständlich ebenfalls niemals irgendeinen Wunsch geäußert. Ich habe die Herren seit dem Young-Plan[10] weder gesehen, noch mit ihnen irgendwelche politische Verhandlungen gehabt[11]. *Alles, was das "Berliner Tageblatt" darüber schreibt, ist frei erfunden und erlogen.*

3. Die sozialdemokratische Presse weiß zu berichten, daß ich die Absicht gehabt habe, nach Italien zu fliehen[12], und bringt in diesem Zusammenhang eine romanhafte Schilderung von

---

Gönner", wie etwa Oberfinanzrat a. D. Paul Bang, ihn in diesem Sinn zu beeinflussen. Vgl. Berliner Tageblatt vom 29.7.1931 (MA), "Vorgänge im 'Braunen Haus'". Ferner Münchener Post vom 31.7.1931, "Stabschef Röhm abgesetzt!".

Diesen Meldungen unmittelbar vorausgegangen war die von der *Münchener Post* seit April 1931 initiierte Pressekampagne gegen Röhm, in deren Mittelpunkt dessen Homosexualität stand. Vgl. Burkhard Jellonek, Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Die Verfolgung von Homosexuellen im Dritten Reich, Paderborn 1990, S. 61 ff.

4 Hitler hatte am 30.11.1930 den höchsten Führern der SA Röhm als den neuen Chef des Stabes der SA vorgestellt. Offiziell nahm Röhm diese Funktion seit 1.1.1931 wahr. Vgl. Longerich, Bataillone, S. 108 f.

5 In seinen unveröffentlichten Memoiren schreibt Pabst, daß MdR Hans Frank ihm am 26.12.1930 in Innsbruck eine Einladung Hitlers überbracht habe. In einer darauf folgenden Besprechung habe Hitler ihm angeboten, er solle "sein politischer Beauftragter" werden; Pabsts Hinweis, daß er bislang zu Hitlers Gegnern gezählt habe, sei von diesem nicht akzeptiert worden. Pabst habe tags darauf in einem Brief an Hitler seine Ablehnung nochmals schriftlich begründet, was Hitler tief verletzt habe. Vgl. BA-MA, N 620/4; W. Pabst Lebenserinnerungen, Teil 3.

6 Zur Frage der Finanzierung der NSDAP durch die Industrie vgl. Turner, Großunternehmer, passim.

7 Das *Berliner Tageblatt* wurde 1872 als liberale Berliner Lokalzeitung gegründet und galt schon bald als eine der wichtigsten Zeitungen in Deutschland, nicht zuletzt aufgrund ihres weitverzweigten Nachrichtendienstes (Wolffs Telegraphisches Büro). Das Blatt, dessen Chefredakteur seit 1906 Theodor Wolff war, stand während der Weimarer Republik der DDP bzw. der DStP nahe und war mit einer Auflage von 137.000 Stück das Flaggschiff des Mosse-Verlags. Vgl. Gotthart Schwarz, Theodor Wolff und das "Berliner Tageblatt". Eine liberale Stimme in der deutschen Politik 1906-1933, Tübingen 1968, S. 73 ff.

8 Paul Bang (1879-1945), 1904 Dr. jur., 1906 Assessor, Hilfsrichter am Amtsgericht und Landgericht Freiberg, 1911 Eintritt in das sächsische Finanzministerium, 1919 Verabschiedung als Oberfinanzrat, Vertrauter von Alfred Hugenberg, 1928-1933 MdR (DNVP), Februar bis Juni 1933 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, danach schriftstellerisch tätig.

9 Heinrich Claß (1868-1953), Justizrat, 1895 Rechtsanwalt beim Landgericht Mainz und Oberlandesgericht Darmstadt, 1901 Mitglied der Hauptleitung des Alldeutschen Verbands, 1902 stellvertretender Vorsitzender, 1908-1939 Vorsitzender des Alldeutschen Verbands, Mitinhaber der *Deutschen Zeitung*, Verfasser von *Bilanz des neuen Kurses* (1903), *Deutsche Geschichte* (1908), *Wenn ich der Kaiser wär'* (1912), *Zum deutschen Kriegsziel* (1914), *Wider den Strom* (1932).

10 Vgl. Dok. 2, Anm. 8.

11 Gemeint ist die Kooperation im sog. Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren, mit dem der Young-Plan verhindert werden sollte. Vgl. Dok. 2, Anm. 11. Ferner Bd. III/2, Dok. 51, 59, 92.

12 Die *Münchener Post* hatte am 29.7.1931 unter der Überschrift, "Hitler wollte nach Italien fliehen", berichtet: Wegen der nicht abreißenden Gerüchte über seine bevorstehende Verhaftung und ein Verbot der NSDAP habe

Dingen, die im Braunen Haus [13] stattgefunden haben sollen [14]. *Es ist alles vom Anfang bis zum Ende frei erfunden und erlogen* [15]. Nur etwas ist an diesen Nachrichten wahr: Ich war noch nie in meinem Leben so aufgeräumt und innerlich zufrieden wie in diesen Tagen. Denn in diesen Tagen wurde Millionen Deutschen endlich durch die harte Wirklichkeit das Auge über die unerhörten Gaunereien, die unerhörten Belügungen [*sic!*] und Betrügereien der marxistischen Volksschwindler geöffnet [16]. In diesen Tagen haben zum erstenmal vielleicht die breiten Massen selbst gesehen, wer einst recht gehabt hat, die Young-Plan-Schwindler der Sozialdemokratie, des Zentrums und der umliegenden Parteien oder die Männer des Young-Plan-Volksbegehrens [17]. Ich habe mich daher mit Recht in diesen Tagen so glücklich und zufrieden gefühlt [18],

---

Hitler seine Flucht nach Italien vorbereitet. Erst als Hermann Göring aus Berlin Bescheid gegeben habe, Brüning sei bereit, Hitler in sein Kabinett aufzunehmen, sei die Stimmung umgeschlagen, und Hitler habe siegesbewußt, jedoch vergeblich den Anruf Brünings erwartet.

13 Vgl. Dok. 4, Anm. 2.

14 Möglicherweise eine Anspielung auf die Artikelserie der *Münchener Post*, in denen über die Homosexualität des Stabschefs der SA Ernst Röhm berichtet wurde. Vgl. Münchener Post vom 22.6.1931, "Warme Brüderschaft im Braunen Haus"; vom 23.6.1931, "Hitlers Attentats-Ängste"; vom 24.6.1931, "Das Braune Haus der Homosexuellen".

15 Ende April/Anfang Mai 1931 hatte der italienische Ministerpräsident Benito Mussolini mit MdR Hermann Göring erstmals einen hochrangigen Nationalsozialisten empfangen. Hitler, der schon lange den Wunsch einer Reise nach Italien hegte, verstand dies als Signal. Am 15.10.1931 berichtete der Leiter der italienischen Handelskammer in Berlin, Giuseppe Renzetti, nach Rom, Hitler habe bereits vor einigen Monaten diesen Wunsch an ihn herangetragen. Eine solche Reise solle seine Sympathie für Italien sowie seine Bewunderung für den Duce zum Ausdruck bringen, wie überhaupt den hohen Stellenwert guter deutsch-italienischer Beziehungen. Vgl. De Felice, Mussolini e Hitler, S. 232 f.; Klaus-Peter Hoepke, Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus. Ein Beitrag zum Selbstverständnis und zur Politik von Gruppen und Verbänden der deutschen Rechten, Düsseldorf 1968, S. 314 ff.; Alfred Kube, Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986, S. 17 f.
Allgemein zum damaligen Verhältnis Hitler-Mussolini: Hans Woller, Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Hitler und Mussolini vor 1933. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 42-63.

16 Die Österreichische Creditanstalt hatte am 11.5.1931 ihre Zahlungsunfähigkeit eingestehen müssen. Der darauf einsetzende Abzug ausländischen Kapitals aus Deutschland zeigte, wie labil und krisenanfällig auch hier das Bankensystem geworden war (hohe kurzfristige Auslandsverschuldung, ungünstiges Verhältnis von Eigen- und Fremdkapital, geringe Liquiditätsquote, Übersetzung des Bankenapparats). Durch den Zusammenbruch der Norddeutschen Wollkämmerei in Bremen wurde die Darmstädter und Nationalbank bis 11.7.1931 illiquid, weitere Banken wie die Landesbank der Rheinprovinz, das Bankhaus Schroeder oder die Dresdner Bank folgten. Der Reichsregierung gelang es jedoch, eine Eskalierung der Bankenkrise mit verschiedenen Maßnahmen zu verhindern: Ausfallbürgschaft für Verbindlichkeiten der Danatbank (13.7.1931), Schließung aller Banken am 14./15.7., Erhöhung des Diskontsatzes von 7% auf 10%, dann auf 15%, des Lombardsatzes von 8% auf 15%, dann auf 20% (15.7./31.7.), zentrale Bewirtschaftung des gesamten Devisenverkehrs bei der Reichsbank (15.7./12.8.), Beschränkung des gesamten Zahlungsverkehrs der Banken bis 5.8. (ab 15.7.) und Gründung der Akzept- und Garantiebank (25.7.). Diese Politik konnte jedoch weder das schwindende Vertrauen in die Stabilität von Staat und Wirtschaft beleben, noch den Verfall der deutschen Aktienkurse, die Verschärfung der Arbeitslosigkeit und den Konkurs der Kommunen aufhalten. Vgl. Karl Erich Born, Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik, München 1967.

17 Vgl. Dok. 2, Anm. 11.

18 In seinen Memoiren schreibt Krebs, daß die Bankenkrise das Braune Haus in "Alarmzustand" versetzt habe. "In gänzlicher Verkennung der Situation erwartete man den sofortigen Sturz der Regierung Brüning und machte

während umgekehrt den Partei- und Zeitungsschwindlern der Young-Front die Angst und Bestürzung zum Hals hinaufkroch. Der beste Beweis hierfür sind auch die heute fabrizierten Lügenberichte!

30. Juli 1931

gez. Adolf *Hitler*

## 31. Juli 1931 Dok. 14
## "Führerbefehl Nr. 2" [1]
## Anordnung

Masch. Ausfertigung; BA, NS 23 (SA), Nr. 123.

*Ernannt werden:*

| | |
|---|---|
| Zum Gruppenführer Bayern: | Oberst a. D. Hofmann [2] |
| " " Ostland: | Litzmann [3], bisher m[*it*] d[*er*] F[*ührung*] b[*eauftragt*] |

Zu Gausturmführern die bisher mit der Führung eines Gausturms Beauftragten: Friedrich [4] - Pommern, Nibbe [5] - Mecklenburg, Krüger [6] - Brandenburg, Kasche [7] - Ostmark, Schöne [8] -

sich zur Übernahme des Erbes bereit." Vgl. Albert Krebs, Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959, S. 151.

1 Kopf: "N.S.D.A.P. Der Oberste SA-Führer II a Nr. 4541/31 München, den 31. Juli 1931" sowie Verteiler.

2 Hans Georg (Johann Georg) Hofmann (1873-1942), 1895 bayerischer Leutnant, 1917 Major, 1919 Angehöriger des Freikorps Epp, Teilnahme an den Kämpfen in München, Ingolstadt und Hamburg, 1923 Kommandeur der Festung Ingolstadt, 1926 Abschied als Oberst, Eintritt in die NSDAP, Führer der bayerischen SA, 1931 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Bayern, 1932/33 MdR, 1933 Regierungspräsident von Ober- und Mittelfranken, SA-Obergruppenführer, Inspekteur der SA-Gruppe Südwest, Juli 1934 Staatssekretär beim Reichsstatthalter in Bayern, Mitglied des Volksgerichtshofs.

3 Karl-Siegmund Litzmann (1893-1945), Sohn von General a. D. Karl Litzmann (1850-1936), 1914 preußischer Leutnant, 1918/19 Angehöriger des Landesschützenkorps, 1919 Gutsbesitzer, 1929 Eintritt in die NSDAP, 1931 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Ostland, 1932/33 MdL in Preußen, April bis Oktober 1933 Sonderkommissar für Preußen, 1933 Preußischer Staatsrat, SA-Obergruppenführer, 1933/34 Führer der Obersten Behörden für Pferdezucht und -sport, November bis Dezember 1934 Vorsitzender der Prüfungskommission für die Führer der SA-Brigaden und Standarten, 1934 Mitglied des Volksgerichtshofs, 1937-1942 Chef des Hauptamts Reit- und Fahrausbildung in der Obersten SA-Führung, 1942-1944 Generalkommissar Estland, 3.1.1945 Eintritt in die Waffen-SS als Hauptsturmführer, als Sturmbannführer gefallen.

4 Hans Friedrich (geb. 1886), Steuermann in der deutschen Kriegsmarine, 1919/20 Angehöriger eines Freikorps, 1920 Abschied als Leutnant z. S., Tätigkeit im Genossenschaftswesen in Pommern, 1930 Eintritt in die NSDAP, 1931 SA-Oberführer, SA-Gausturmführer Pommern, 1932/33 MdR, 1933 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Pommern, 1934 Landesbauernrat und Provinzialrat, 1939 Ausschluß aus der NSDAP, durch "Gnadenerlaß des Führers" in Verweis umgewandelt.

Nordmark, ferner Ludin[9] - Baden und Graf von Helldorf[10], selbst. Untergruppe Groß-Berlin, sämtliche mit dem Dienstgrad eines Oberführers.

*Beauftragt werden:*

Der Gruppenführer Heines[11] des Stabes der Obersten SA-Führung mit der weiteren komm[*issarischen*] Führung der Gruppe Schlesien.

Der SA-Führer z. b. V. von Grolman[12] mit der Führung der Untergruppe Niederschlesien unter Verleihung des Dienstgrades eines Oberführers.

---

5 Walther Nibbe (geb. 1900), 1930 Eintritt in die NSDAP, 1931 SA-Oberführer, SA-Gausturmführer Mecklenburg, 1938 SA-Brigadeführer, Chef des Amtes Organisation und Einsatz bei der Obersten SA-Führung, 1939 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Südmark, 1945 Führer der SA-Gruppe Pommern.

6 Friedrich-Wilhelm Krüger (1894-1945), 1914 preußischer Leutnant, 1919/20 Angehöriger des Freikorps Lützow, 1920 Abschied als Oberleutnant, Tätigkeit im Buchhandel, 1924-1928 Direktor der Berliner Müllabfuhr A. G., 1929 Eintritt in die NSDAP, 1931/32 SA-Oberführer, SA-Gausturmführer Brandenburg, dann Gruppenführer Ost, 1932/33 MdR, 1933-1935 Chef des Ausbildungswesen in der Obersten SA-Führung, 1935 SS-Obergruppenführer, Mitglied des Stabes des Reichsführers SS, 1939-1943 Höherer SS- und Polizeiführer Ost, 1942 Staatssekretär für das Sicherheitswesen im Generalgouvernement, 1944 Kommandeur der 6. SS-Gebirgs-Division "Nord", dann Kommandierender General des V. SS-Gebirgs-Korps, 1945 Selbstmord.

7 Siegfried Kasche (1903-1947), Fähnrich a. D., 1919 Teilnahme an den Kämpfen im Baltikum, seit 1921 verschiedene Tätigkeiten in Landwirtschaft und Industrie, 1926 Eintritt in die NSDAP, stellvertretender Gauleiter des Gaues Ostmark, 1929-1931 Stadtverordneter und Kreistagsabgeordneter in Sorau (Nieder-Lausitz), 1930-1933 MdR, 1931 SA-Oberführer, SA-Gausturmführer Ostmark, 1936-1941 SA-Obergruppenführer, Beauftragter der SA für Neubauernsiedlung und Volkstumsfragen, 1937-1941 zugleich Führer der SA-Gruppe Hansa, 1941 deutscher Gesandter in Agram, 1943 Außerordentlicher und Bevollmächtigter Minister in Kroatien, 1947 hingerichtet.

8 Heinrich Schöne (geb. 1889), Landwirt, 1924 Eintritt in die NSFB, seit 1925 NSDAP, 1929 SA-Oberführer, 1931 SA-Gausturmführer Nordmark, 1932/33 MdL in Preußen, 1932 SA-Obergruppenführer, Führer der SA-Gruppe Nordmark, Februar 1934 Führer der SA-Obergruppe I, 1934-1942 Polizeipräsident von Königsberg, 1941 Generalkommissar des Reichskommissariats Ukraine, 1943 Inspekteur der Marine-SA.

9 Hanns Ludin (1905-1947), 1924 Eintritt in das Artillerieregiment 5 in Ulm, 1927 Leutnant, Oktober 1930 wegen Hochverrats zu 18 Monaten Festungshaft verurteilt, Entlassung aus der Reichswehr, Juni 1931 Begnadigung, Juli 1931 SA-Oberführer, Gausturmführer Baden, 1932 MdR, 1933 Polizeipräsident von Karlsruhe, SA-Obergruppenführer, Führer der SA-Gruppe Südwest, 1940 Reaktivierung als Hauptmann, 1941 deutscher Gesandter in Preßburg, 1947 hingerichtet.

10 Wolf Heinrich Graf von Helldorf (1896-1944), Rittergutsbesitzer, 1915 preußischer Leutnant, 1919 Abschied als Rittmeister, 1918/19 Angehöriger des Freikorps Roßbach, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, 1920-1924 Exil in Italien, 1925-1928 und 1932/33 MdL in Preußen (DVFP, später NSDAP), 1924/25 Mitbegründer und Führer des Frontbanns, Gruppe Mitte, 1926 Eintritt in die NSDAP, 1927 Präsident der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen, 1931 SA-Oberführer, Führer der selbstständigen SA-Untergruppe Groß-Berlin (-Brandenburg), 1933 Polizeipräsident von Potsdam, 1935-1944 Polizeipräsident von Berlin, 1938 SA-Obergruppenführer, 1944 als Mitverschwörer des 20. Juli hingerichtet.

11 Edmund Heines (1897-1934), Leutnant a. D., 1918/19 Angehöriger des Freikorps Roßbach, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, 1925 Kommandeur des Bataillons Roßbach in München, 1926/27 SA-Standartenführer, 1927 Parteiausschluß, 1928 wegen Totschlags (Fememord) zu 15 Jahren, nach Urteilsrevision zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt, 1929 Haftentlassung und Wiedereintritt in die NSDAP, 1930-1932 MdR, 1930 Referent bei der Obersten SA-Führung, 1931-1934 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Schlesien und Stellvertreter Ernst Röhms, 1933 Polizeipräsident von Breslau, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet.

12 Wilhelm von Grolman (1894-1985), 1914 preußischer Leutnant, 1918/19 Angehöriger des Freikorps Reinhardt, 1920 Teilnahme am Kapp-Putsch, 1923 Eintritt in die NSDAP, November 1923 als Oberleutnant der baye-

*Versetzt werden:*

Zur Verfügung der Obersten SA-Führung: Oberführer von Petersdorff[13].

Zum Stab der Gruppe Schlesien: Sturmbannführer von Flotow[14], bisher Adjutant der Gruppe Süd.

Der Oberste SA-Führer:

gez. Adolf *Hitler*

## Juli 1931[1] Dok. 15
## Interview mit Reuters

VB vom 28.7.1931, "Gegen Versailles und den Bolschewismus".

Das Eintreffen dieser Krise[2] wurde von uns seit Jahren vorhergesagt. Schuld daran sind die Friedensverträge[3] mit ihren nicht nur das politische, sondern auch das wirtschaftliche Leben der Völker bedrohenden und vernichtenden Folgen. Die letzte und schwerste Folge wird das Hineintaumeln in das bolschewistische Chaos sein[4]. Unsere Vorschläge zur Besserung der Lage sind so lange undurchführbar, als nicht ein durchgreifender Systemwechsel in Deutschland eine klare antibolschewistische Front herstellt. Nur auf dieser eindeutigen Grundlage ist noch eine Rettung von Staat und Wirtschaft vor der bolschewistischen Katastrophe möglich,

rischen Schutzpolizei entlassen, danach kaufmännische Tätigkeit, 1930 Wiedereintritt in die NSDAP, Eintritt in die SS, 1931 Eintritt in die SA, SA-Oberführer, Führer der SA-Untergruppe Niederschlesien, 1935 Hauptmann der preußischen Schutzpolizei, 1937 Mitglied des Volksgerichtshofs, 1940 Leiter der Personalabteilung der Schutzpolizei, 1942 SS-Brigadeführer, Chefadjutant des Reichsministers des Innern, 1943 Polizeipräsident von Leipzig.

13 Horst von Petersdorff (1892-1962), 1911 preußischer Fahnenjunker, 1919 Angehöriger eines Freikorps, Teilnahme an den Kämpfen im Baltikum, 1922 Abschied als Hauptmann, Tätigkeit als Kaufmann, Eintritt in die NSDAP, 1923 Führer der Berliner SA, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, 1931 SA-Oberführer in der Obersten SA-Führung, 1932 Austritt aus der NSDAP, 1934 Emigration nach Österreich, 1939 Hauptmann d. R., 1942 Oberstleutnant, Kommandeur des Reserve-Gebirgsjäger-Regiments Nr. 1, 1943 Chef der Deutschen Industrie-Kommission in der Slowakei und Ungarn, seit Juli 1944 verhaftet, September 1944 Abschied als Oberstleutnant, Anklage vor dem Volksgerichtshof, Dezember 1944 Freispruch.

14 Andreas von Flotow (1900-1933), Landwirt, 1930 Eintritt in die NSDAP, 1931 SA-Sturmbannführer, 1932/33 MdR, SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Ostsee, 25.1.1933 Ausschluß aus der NSDAP und der SA wegen eines Artikel in der *Täglichen Rundschau* vom 3.1.1933, "Partei oder Kampfbund. Der Weg der nationalsozialistischen Partei", am 30.4.1933 verhaftet und "auf der Flucht erschossen".

1 Eine genaue Datierung ist dem *VB*, der in der Zeit vom 14.-28.7.1931 verboten war, nicht zu entnehmen.

2 Vgl. Dok. 2, Anm. 3 ff. sowie Dok. 13, Anm. 16.

3 Gemeint ist der Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 und die sich anschließenden Verträge zur Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen.

4 Vgl. Dok. 9, Anm. 6.

die sonst ganz Europa in schwerste Mitleidenschaft ziehen wird. Wir sind jederzeit bereit, die Verantwortung für eine Sanierung allein oder mit anderen[5] zu übernehmen[6].

5 Am 11.7.1931 hatte der Zweite Bundesführer des Stahlhelm, Theodor Duesterberg, Hitler gesprochen und ihn - so sein Eindruck - "von der Notwendigkeit gemeinsamen Handelns der nationalen Opposition" überzeugt. Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 175.
Am 28.7.1931 kam es in Nürnberg zu einer Besprechung zwischen Hitler und dem Vorsitzenden der DVP, Eduard Dingeldey. Einem Bericht Dingeldeys zufolge signalisierte Hitler: "Wenn aber ein Nationalsozialist eine nationale Regierung bilden sollte, die selbstverständlich unter Einschluß der Deutschen Volkspartei bis zum Zentrum gehen müsse, dann sei die Voraussetzung, daß diese Regierung den Ausrottungskampf gegen den Marxismus und die Wiederaufrichtung der völkischen Idee verkünde." Dingeldeys Fazit lautete, "daß in diesem Augenblicke mit Hitler praktische Politik nicht zu machen war und ist, daß aber vielleicht unter der Einwirkung weiterer Ereignisse in Deutschland in fortgesetzten Unterhaltungen etwas erreicht werden könnte". Niederschrift über eine Besprechung mit Adolf Hitler im Hotel *Deutscher Hof* in Nürnberg am Dienstag, den 28. Juli 1931; BA, NL Dingeldey 37.
Zu Hitlers damaligen Kontakten zur DNVP vgl. Dok. 12, Anm. 8. Ferner Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking. Teil II, Düsseldorf 1980, Dok. 283.

6 Vgl. auch das allgemein gehaltene Kommuniqué, das nach der Unterredung zwischen Hitler und Hugenberg am 9.7.1931 (vgl. Dok. 12, Anm. 8) veröffentlicht worden war: "Der Versuch der jetzigen Machthaber, trotz des sichtbaren Zusammenbruchs von Volk und Wirtschaft die Erfüllungspolitik unter verschleierten neuen Formen auch weiterhin aufrechtzuerhalten, führte zu einheitlichen festen Entschlüssen. Die nationale Opposition wird den Entscheidungskampf zur Niederringung des heutigen Systems einleiten und durchführen." Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1931, S. 156; VB vom 11.7.1931, „Fort mit dem System!".

## 1. August 1931 Dok. 16
## Geleitwort[1]

Illustrierter Beobachter vom 1.8.1931, "Die Reichsführerschule der N.S.D.A.P. in München".

Die Partei wird planmäßig dazu übergehen, jene Schulung ihrer Führer vorzubereiten und durchzuführen, die als Ergebnis Männer heranbildet, die Offiziere im politischen Existenzkampf unseres Volkes sind.

Adolf *Hitler*

## 1. August 1931 Dok. 17
## Anordnung

Druck: Archiv der NS-Presse, November 1937; IfZ, MA 1563/40.

Bei der Reichsleitung der NSDAP in München ist eine Pressestelle[1] errichtet worden, die in Zukunft den Verkehr der Presse mit der Reichsleitung vermitteln wird.

Mit der Leitung der Pressestelle bei der Reichsleitung der NSDAP habe ich Parteigenossen *Dr. Dietrich*[2], bisher Schriftleiter der "National Zeitung", Essen, beauftragt.

---

1 Hitlers Geleitwort war Teil eines Bildberichts des Illustrierten Beobachters über die am 15.6.1931 eröffnete Reichsführerschule der NSDAP in München. Vgl. Dok. 1, Anm. 1.

1 Die am 1.8.1931 gegründete Pressestelle in der Reichsleitung der NSDAP war ein erster Versuch, die extrem heterogene nationalsozialistische Presselandschaft systematisch zu koordinieren. Alle nationalsozialistischen Redaktionen sollten inhaltlich und methodisch durch die Pressestelle ständig mit Informationen versorgt und damit vereinheitlicht werden, wozu ihr die *Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz* und eine eigene Bildmaternzentrale zur Verfügung standen. Personell war die Institution anfangs dürftig ausgestattet - ihr neuernannter Leiter Otto Dietrich verfügte lediglich über zwei weitere Mitarbeiter, außerdem einen Volontär und eine Schreibkraft. Die Pressestelle war zunächst der Reichsorganisationsabteilung der NSDAP zugeordnet und wurde am 24.9.1932 Hitler direkt unterstellt, so daß erst ab diesem Zeitpunkt der nationalsozialistische Reichspropagandaleiter Goebbels Einfluß auf diese Institution und damit die nationalsozialistische Presse erhielt. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 183 ff. sowie Bd. III/1, Dok. 42 und Bd. V/1, Dok. 192.

2 Otto Dietrich (1897-1952), 1918 Leutnant a. D., 1921 Dr. rer. pol., 1922 Wissenschaftlicher Hilfsarbeiter der Essener Handelskammer, 1925 Handelsredakteur bei der *Essener Allgemeinen Zeitung*, dann Münchner Korrespondent der *Rheinisch-Westfälischen Zeitung*, 1928 Leiter des Handelsteils der *München-Augsburger Abendzeitung*, 1929 Eintritt in die NSDAP, 1.2.1931 stellvertretender Chefredakteur der *National Zeitung*, Essen, 1.8.1931 Leiter der Pressestelle in der Reichsleitung der NSDAP, 1932 (Reichs)Pressechef der NSDAP, Eintritt in die SS, 1933 Vorsitzender des Reichsverbands der deutschen Presse e. V., Vizepräsident der Reichspressekammer, Verfasser von *Mit Hitler in die Macht* (1933), *Die philosophischen Grundlagen des Nationalsozialismus* (1935), *Das Wirtschaftsdenken im Dritten Reich* (1937), *Auf den Straßen des Sieges - Mit dem Führer in Polen* (1939), 1937-1945 Pressechef der Reichsregierung, Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, 1941 SS-Obergruppenführer, 30.3.1945 Entlassung aus allen Ämtern, 1949 im Wilhelmstraßen-Prozeß zu sieben Jahren Haft verurteilt, 1950 entlassen.

Gleichzeitig habe ich Parteigenossen Hauptmann a. D. *Weiß*[3] vom "Völkischen Beobachter" mit der Herausgabe der "Nationalsozialistischen Korrespondenz"[4] beauftragt, in deren Rahmen die Mitteilungen der "Pressestelle bei der Reichsleitung der NSDAP" veröffentlicht werden. Die Schriftleitung wird Parteigenosse Dr. Dietrich übernehmen.

Die "Nationalsozialistische Korrespondenz", die zu einem Nationalsozialistischen Zeitungsdienst erweitert werden soll, wird zunächst in allen notwendig erscheinenden Fällen nach Bedarf und von einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt ab täglich erscheinen.

*München,* den 1. August 1931

gez. *Adolf Hitler*

---

3 Wilhelm Weiß (1892-1950), 1913 bayerischer Leutnant, 1915 Fliegertruppe, 1920 Hauptmann a. D., 1919 Mitglied der Landesleitung der Bayerischen Einwohnerwehr, 1921 Schriftleiter ihrer Zeitschrift *Heimatland*, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch verhaftet, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, 1924-1926 Chefredakteur des *Völkischen Kuriers*, 1927 Chef vom Dienst in der Redaktionsleitung des *Völkischen Beobachters*, 1930 SA-Oberführer im Stab der Obersten SA-Führung, 1931 Chefredakteur der antisemitischen Zeitschrift *Die Brennessel*, 1932 Leiter der Zentralschriftleitung des Zentralverlags der NSDAP, 1933 stellvertretender Hauptschriftleiter, 1938 Hauptschriftleiter des *Völkischen Beobachters*, 1933 Mitglied des Präsidialrats der Reichspressekammer, Leiter des Reichsverbands der deutschen Presse e. V., 1934 Mitglied des Volksgerichtshofs, 1935 Mitglied des Reichskultursenats, 1936 Hauptamtsleiter in der Reichsleitung der NSDAP, 1937 SA-Obergruppenführer, 1949 zu drei Jahren Arbeitslager und zehn Jahren Berufsverbot verurteilt.

4 Die *Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz* erschien erst ab Januar 1932 und war als parteiinterner Pressedienst der Pressestelle in der Reichsleitung der NSDAP konzipiert. Mit der Herausgabe der Partei-Korrespondenz wurde der Chef vom Dienst beim *Völkischen Beobachter*, Wilhelm Weiß, beauftragt, für den Inhalt zeichnete der Leiter der Pressestelle, Otto Dietrich, verantwortlich. In seiner ersten Folge definierte der neue Pressedienst seine Aufgaben wie folgt: "Die Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz arbeitet in engster Anlehnung an die Reichspressestelle; sie ist durch Personalunion in der Schriftleitung mit ihr verbunden. Die Reichspressestelle wird in Zukunft an die Parteiblätter *unmittelbar* nur noch solche Mitteilungen und Anordnungen zum Versand bringen, die parteiinternen und parteiinformatorischen Charakter tragen, also für eine weitere Öffentlichkeit nicht bestimmt sind. Im übrigen wird der Aufgabenkreis der Reichspressestelle durch das Erscheinen der Partei-Korrespondenz nicht berührt." Vgl. Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz vom 7.1.1932, "Betr.: Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz"; IfZ, ZS 874 Zeugenschrifttum Otto Dietrich; Karl-Dietrich Abel, Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit, Berlin 1968, S. 13. Ferner Bd. IV/3.

## 6. August 1931 Dok. 18
## Beschuldigten-Vernehmung durch das Amtsgericht München [1]

Masch. Aufzeichnung mit hs. Unterschrift; Landesarchiv Berlin, Rep. 58, Acc. 399, Nr. 515, Bd. 1 [2].

In ergebener Bezugnahme auf die bereits zur Person abgegebene Erklärung [3] möchte ich mich im Nachfolgenden zu den angegebenen Anklagepunkten im Zusammenhang äußern:

Ich wurde am 8. Mai 1931 vor dem Schöffengericht Berlin-Moabit zu einem Beweisthema vernommen [4], das mir in meiner Zustellung bekanntgegeben war und das der Vorsitzende des Prozesses, Landesgerichtsdirektor Ohnesorge [5], wörtlich folgendermaßen umriß [6]:

> "Herr Hitler, ich darf Sie zunächst unter Aussetzung der Beeidigung vernehmen. Seitens der Vertreter des Nebenklägers ist die Behauptung aufgestellt und auch in Ihr Wissen gestellt worden, daß der hier in Frage stehende Sturm 33 [7] ein sogenanntes Rollkommando gewesen sei, daß die hier in Rede stehende Tat vorher geplant worden sei mit dem Ziel, auch Menschen zu töten, und zwar vorsätzlich und mit Überlegung zu töten, daß dieser Plan vorher der Parteileitung, also auch Ihnen, zu Ohren gekommen sei. Ich bitte Sie, sich darüber zu äußern. Kennen Sie die näheren Verhältnisse, kennen Sie ein Rollkommando 33, wissen Sie etwas über diesen Plan, wie er am 23. November 1930 ausgeführt worden ist!?"

Dieses war das Beweisthema, das mir bekannt war und zu dem ich vernommen werden sollte.

Im Laufe der mehrstündigen Vernehmung versuchte der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Litten [8] unter unausgesetztem Abweichen vom Beweisthema, mir zahllose Fragen vorzulegen, de-

---

1 Mit Schreiben vom 12.5.1931 hatte der Berliner Schriftsteller Helmut Klotz bei der Staatsanwaltschaft I Berlin Anzeige gegen Hitler "wegen wissentlichen, bzw. fahrlässigen Falscheides" erstattet. Klotz behauptete, daß alle Aussagen Hitlers, die er als Zeuge am 8.5.1931 vor dem Schwurgericht III Berlin-Moabit über den ehemaligen SA-Standartenführer in Danzig, Bruno Fricke, abgegeben habe, nicht der Wahrheit entsprächen.
Am 5.10.1931 teilte Oberstaatsanwalt Benno Köhler Klotz mit, es sei nicht nachzuweisen, daß Hitler "bei seiner Vernehmung am 8.Mai 1931 vor dem Schwurgericht des Landgerichts III Berlin, in der Strafsache gegen Stief und Genossen, einen fahrlässigen Falscheid oder gar einen Meineid geleistet" habe. Landesarchiv Berlin, Rep. 58, Acc. 399, Nr. 515, Bd. 1. Zum Prozeß vgl. Bd. IV/1, Dok. 115.

2 Kopf: "Ermittlungsrichter III. An den Untersuchungsrichter O.L.G.R. Kemmer [*richtig: L.G.R. Kämmerer*] München, Amtsgericht, Strafgericht. Betreff: Ermittlungsverfahren gegen *Hitler* wegen Eidesverletzung."

3 Bezieht sich auf die Vernehmung Hitlers durch das Amtsgericht München am 31.7.1931; das Protokoll enthält lediglich Angaben zur Person Hitlers. Vgl. Beschuldigten-Vernehmung des Amtsgerichts München, Abteilung Strafgericht (Ermittlungsrichter) vom 31.7.1931; Landesarchiv Berlin, Rep. 58, Acc. 399, Nr. 515, Bd. 1.

4 Vgl. Bd. IV/1, Dok. 115.

5 Kurt Ohnesorge (1878-1961), 1931 Landgerichtsdirektor.

6 Wie Hitler am Ende seiner Erklärung darlegt, entstammen die im folgenden wiedergegebenen Zitate einem Protokoll seiner Zeugenaussage vom 8.5.1931, die von Stenographen erstellt wurde. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind diese Teile des Dokuments eingerückt wiedergegeben.

7 Zu weiteren Angaben zur Geschichte des Berliner SA-Sturms 33 vgl. Sturm 33. Hans Maikowski. Geschrieben von Kameraden des Toten, Berlin o. J.

8 In der Vorlage: Lütten. Hans Litten (1903-1938), Rechtsanwalt, 1929-1933 Anwalt für die Rote Hilfe Deutschlands (RHD), seit 1933 in Zuchthaus- und KZ-Haft, 1938 im KZ Dachau ermordet.

ren Beantwortung von vorneherein aus eigenem Wissen gänzlich unmöglich war. Denn es war selbstverständlich, daß alle die Vorgänge, über deren Verlauf oder Sinn ich gefragt wurde und die ich nicht selbst miterlebt hatte, mir nur durch Mitteilungen dritter Personen bekannt geworden sein konnten. Ich habe auch des öfteren das Gericht darauf hingewiesen, daß mir dauernd Fragen gestellt werden, die ich nur nach meinem subjektiven Wissen beantworten kann, da auch parteiamtliche Feststellungen nicht von mir auf ihre letzte Tatsächlichkeit überprüft werden können, da ich, wie schon betont, auch über die tatsächlichen Unterlagen meiner Entscheidungen immer auf Meldungen bzw. Mitteilungen anderer angewiesen bin. Selbst die mich unterrichtenden Parteidienststellen der Reichsleitung sind ihrerseits ebenfalls auf ihnen gemachte Meldungen angewiesen. Ich habe in diesem Sinne dem Gericht wörtlich erklärt, einmal:

> "Ich bin nicht in der Lage, die Tätigkeit eines Herrn auf ihre Legalität hin bis auf die letzten Konsequenzen durchzuprüfen. Ich könnte noch viel weniger hier - ich muß ja unter Umständen meine Aussage später beeiden - unter Eid eine Erklärung über die legale oder nichtlegale Tätigkeit eines Herrn im einzelnen abgeben. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit, denn es handelt sich ja hier in erster Linie um eine subjektive Empfindung."

Ein andermal:

> "Ich habe bereits erklärt, daß ich hier als Zeuge unter Eid stehe und daß ich daher gar keine Aussage machen kann, die ich nicht selbst entweder aus eigenem Wissen weiß oder die mir so bewiesen ist, daß ich sie als absolut erwiesen dem Gericht mitteilen kann. Aber hier unter Eid ein subjektives Urteil abgeben, eine subjektive Auffassung zum Ausdruck zu bringen, lehne ich ab."

Und ich habe endlich in konsequenter Befolgung dieser Stellungnahme nach meinen Aussagen zu dem vom Verteidiger herbeigezogenen *Fricke*[9]-Komplex zusammenfassend dem Gericht noch einmal erklärt:

> "Ich habe schon betont, daß ich diese Äußerungen durchgehend als Führer der Partei meiner subjektiven Auffassung gemäß gemacht habe. Ich lehne es absolut ab, daß Sie, Herr Verteidiger, versuchen, mir diese geschriebene Auffassung an Eidesstatt unterzuschieben."

Ich wollte damit sagen, daß es mir vorher unmöglich war, die mir gemachten Meldungen so auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen, daß ich sie unter Eid zu nehmen in der Lage bin, auch wenn sie von mir vorher in einem Zeitungsartikel teilweise niedergeschrieben worden waren[10]. Es ist selbstverständlich, daß ich unter dieser "subjektiven" Auffassung jenes Wissen verstand, das mir aus den Informationen meiner Herren über die einzelnen Vorgänge zuteil wurde.

---

9 Bruno Fricke (geb. 1900), 1918 Angehöriger des Freikorps Roßbach, 1921 Eintritt in die NSDAP, 1923 Haftstrafe wegen Beteiligung an einem Fememord, 1927-1929 Aufbau der NSDAP in Paraguay und Brasilien, 1929 Bezirksleiter und SA-Führer für Lippe-Detmold, Dezember 1929 vorübergehender Parteiausschluß, 1930 Mitbegründer der Auslandsabteilung in der Reichsleitung der NSDAP, Geschäftsführer des Gaues Danzig, SA-Standartenführer, September 1930 Ausschluß aus der NSDAP, Eintritt in die "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten", 1932 Auswanderung nach Paraguay, 1932-1943 Leiter der "Schwarzen Front" Otto Straßers in Lateinamerika (seit 1940 "Freie Deutsche Bewegung"), 1943-1945 in Argentinien inhaftiert.

10 Gemeint ist Hitlers Artikel "Wohin die Tätigkeit des Hauptmanns Stennes führt", der im *VB* vom 5./6./7.4.1931 erschienen war. Druck: Bd. IV/1, Dok. 84.

Denn da ich, wie schon betont, persönlich bei all den angezogenen Ereignissen nicht anwesend war, habe ich über alle die Vorgänge, bezüglich deren Tatsächlichkeit nur mittelbares und nicht unmittelbares Wissen.

Zu den mir vorgehaltenen Punkten bemerke ich folgendes:

Herr Fricke wirft mir folgende vier Behauptungen als unwahr vor:

Es sei unwahr, daß er

1.) einmal bereits aus der Partei ausgeschlossen worden sei,

2.) wegen des Verstoßes gegen das Waffenverbot aus der N.S.D.A.P. ausgeschlossen worden sei,

3.) eine Weihnachtsfeier der Partei in Lippe gesprengt hätte,

4.) auch eine Versammlung der Partei in Danzig auseinandergesprengt hätte[11].

Ich beginne mit dem *Punkt 4,* weil er charakteristisch ist für die Art und Weise der Anzeige-Erstattung überhaupt in diesem Falle.

Dem Gericht lag als Beweismaterial u. a. eine Nummer des "Völkischen Beobachters" vom 5./6./7. April [*1931*] vor. Aus dieser Nummer wurde ein Artikel mit der Überschrift "Wohin die Tätigkeit des Hauptmann Stennes[12] führt"[13] angezogen. In diesem Artikel, der von mir gezeichnet wurde, hieß es u. a.:

"Das Ergebnis der Tätigkeit dieses S.A.-Führers (Fricke) in der alten Handelsstadt war am Ende ein geradezu verhängnisvolles. So wie im vergangenen Jahre einige Wochen vor der Reichstagswahl in Berlin, brach auch in Danzig kurz vor der Wahl ein Streit aus, der mit Stennes-Methoden[14] die ganze Partei in einen Trümmerhaufen zu verwandeln drohte[15]. Roll-

---

11 In seinem Bericht Nr. 1 pol. 804/31 vom 22.8.1931 an den preußischen Justizminister Hermann Schmidt ging der Generalstaatsanwalt beim Landgericht Berlin, Leopold Wilde, im einzelnen auf Hitlers Behauptungen vom 8.5.1931 ein. Nach einer detaillierten Untersuchung aller vier Behauptungen, die Hitler über Fricke aufgestellt hatte, resümierte Wilde: "Ein fahrlässiger Falscheid - nur ein solcher könnte in Frage kommen - wird dem Beschuldigten [*Hitler*] in allen Fällen nicht nachzuweisen sein, da er bei seiner Vernehmung betont hat, er stütze sich in seinen Angaben auf Meldungen und Mitteilungen dritter Personen." Landesarchiv Berlin, Rep. 58, Acc. 399, Nr. 515, Bd. 1.

12 Walter Stennes (1895-1983), 1914 preußischer Leutnant, 1919 Führer des Freikorps "Hacketau" in Westfalen, 1919-1922 Kommandeur der "Hundertschaft z. b. V." der Berliner Sicherheitspolizei, 1922 Entlassung als Polizeihauptmann wegen Beteiligung an einem Fememord, 1923 Bataillonskommandeur in der "Schwarzen Reichswehr", 1925-1930 vermutlich nachrichtendienstliche Tätigkeit für das Auswärtige Amt und das Reichswehrministerium, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1928 Bestätigung als SA-Oberführer in Berlin, 1929-1931 OSAF-Stellvertreter Nord, dann Ost, 2.4.1931 Ausschluß aus der NSDAP, danach Gründung der "Nationalsozialistischen Kampfbewegung Deutschlands", 1933 Verhaftung, Abschiebung und Auswanderung nach China, 1934-1949 Militärberater Tschiang Kai-scheks, 1949 Rückkehr nach Deutschland.

13 Vgl. Anm. 10.

14 Im Auftrag Hitlers hatte Röhm am 1.4.1931 Walter Stennes als OSAF-Ost abgesetzt; damit sollte auch gegenüber den Teilen der SA ein Zeichen gesetzt werden, die im Gegensatz zu Hitler mit dem Gedanken einer revolutionären Machtübernahme sympathisierten. Stennes versuchte daraufhin, die Führung der NSDAP in Berlin und Ostdeutschland an sich zu reißen, indem er noch am selben Tag die Räume der Berliner Gauleitung und des *Angriffs* besetzte. Nach wenigen Tagen setzte sich die Reichsleitung der NSDAP jedoch endgültig gegenüber Stennes durch. Vgl. Patrick Moreau, Nationalsozialismus von links. Die "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" und die "Schwarze Front" Otto Straßers 1930-1935, Stuttgart 1984, S. 73 ff. sowie Bd. IV/1, Dok. 79-82, 84 f., 89, 93, 99 f., 115.
Zum Prozeß Stennes' gegen Hitler vgl. Bd. IV/3.

kommandos traten auf, *Versammlungen wurden gesprengt,* kurz, es herrschte ein Zustand, über den die ganze feindliche Presse vor Begeisterung tobte."

Soweit der Artikel, der in dieser Stelle [*sic!*] verlesen wurde.

Dazu erklärt Rechtsanwalt Dr. Litten:

"'Rollkommandos wurden gebildet, Versammlungen wurden gesprengt. Alles das sind besonders verstärkende Momente. Sogar ein Überfall auf die Weihnachtsfeier der eigenen Partei wurde ausgeführt. Da haben wir einen solchen Fall, in dem der Zeuge Hitler ...'

Vorsitzender: 'Bitte äußern Sie sich hierzu, Herr Zeuge!'

Hitler: 'Ich darf betonen, daß diese Sprengung der Weihnachtsversammlung der eigenen Partei nicht im Bereich des Hauptmann Stennes erfolgt ist, sondern im Bereich, glaube ich, des Gruppenführers West[16], wenn ich nicht irre, in Detmold oder in einem anderen Gebiet, und daß ich das nur angeführt habe, als Beweis dafür, daß tatsächlich dieser Mann nicht fähig ist, irgendein Verhältnis zur politischen Organisation herzustellen.'

Vorsitzender: 'Herr Rechtsanwalt. Ich darf Sie bitten, Ihre Fragen auf unser Beweisthema zu beschränken. Der Zusammenhang muß gewahrt bleiben. Das Gericht hat stets mit vollem Bewußtsein betont, daß in die Verhandlung nicht irgendwelche andere Handlungen, die sich in anderen Städten oder sonstwo abgespielt haben, hineingezogen werden. Dazu fehlt dem Gericht erstens der Grund und zweitens die Möglichkeiten.'

Rechtsanwalt Dr. Litten: 'Ich bin allerdings der Meinung, - soweit nachher eine konkrete Frage beanstandet werden sollte, werde ich das im einzelnen auszuführen haben - daß die Vorgänge bei anderen Stürmen der SA symptomatisch sein können. Aber hier handelt es sich ja um eine Frage, die zunächst vom Gericht zugelassen worden ist und die nun auch zum Ende beantwortet werden muß. Es ist also richtig, Herr Zeuge, daß Sie diesem SA-Führer in Danzig nicht nur den Vorwurf der Versammlungssprengung, von der wir eben durch Sie sogar hörten, daß sie nicht einmal im Bezirk SA-Ost, sondern irgendwo anders stattgefunden hat, sondern auch den Vorwurf der Bildung der Rollkommandos und des Waffenbesitzes gemacht haben.'

Vorsitzender: 'Ich habe allerdings angenommen, als ich den Artikel las, daß diese Sprengung der Versammlung sich bei einer Weihnachtsfeier der eigenen Partei in Danzig zugetragen hat.'

Zeuge Hitler: 'Nein.'

---

15 Die Auseinandersetzungen in der Danziger NSDAP resultierten vor allem aus dem Gegensatz zwischen Fricke und dem amtierenden Gauleiter Erich Koch. Vgl. Herbert S. Levine, Hitler's Free City. A History of the Nazi Party in Danzig 1925-1939, Chicago 1973, S. 24 ff.
Zur Neuordnung des Gaus vgl. Bd. III/3, Dok. 122 sowie Bd. IV/1, Dok. 10.

16 Zum damaligen Zeitpunkt: Curt von Ulrich (1876-1946), 1894 hessischer Fahnenjunker, 1920 Abschied als Oberstleutnant, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1926-1928 SA-, SS- und HJ-Gauführer in den Gauen Hessen-Nassau Nord und Süd, 1928-1930 OSAF-Stellvertreter West, 1930-1933 Generalinspekteur für die SA und SS für das Deutsche Reich und Österreich, 1930-1933 MdR, 1933 SA-Obergruppenführer, Preußischer Staatsrat, 1933-1944 Oberpräsident der Provinz Sachsen.

Vorsitzender: 'Mir ist das so in Erinnerung. Es heißt hier - (Vorsitzender liest den Artikel noch einmal durch).'

Vorsitzender: 'Das ist also richtig, es steht nichts davon in dem Artikel, daß sich das auf Danzig bezieht.'"

Ich selbst habe mit keinem Wort als Zeuge in der Vernehmung behauptet, daß Fricke in Danzig eine Versammlung gesprengt hat[17]. Wohl aber habe ich in dem von mir geschriebenen Zeitungsartikel eine solche Behauptung aufgestellt, die auch jederzeit bewiesen werden kann. Denn auch hierüber sind mir Meldungen verantwortlicher Partei-Instanzen vorgelegt worden.

Die Anklage wirft mir nun vor, ich hätte als Zeuge unter Eid behauptet, Fricke habe in Danzig eine Versammlung gesprengt. Man sieht aus dem dargelegten Sachverhalt, wie unhaltbar diese ganzen Behauptungen über meine angeblichen Aussagen sind. Denn ähnlich verhält es sich auch mit den anderen Punkten.

Zu *Punkt 1 u. 3* habe ich folgendes zu bemerken:

Mir wurde durch parteidienstliche Stellen die Meldung von einer Sprengung unserer eigenen Weihnachtsfeier in Detmold im Jahre 1929 (durch eigene Leute!) gemeldet. Fricke wurde dabei als der Schuldige bezichtigt. Ich habe auch heute noch keine Veranlassung, an dieser Schuld Frickes zu zweifeln. Mein Wissen über diesen Punkt beruht auf der dienstlichen Meldung des zuständigen Referenten des Reichsuntersuchungs-Ausschusses bei der Reichsleitung[18]. Diese dienstliche Meldung enthielt auch die Nachricht, daß Fricke wegen dieser schuldhaften Beteiligung an der Sprengung dieser Weihnachtsfeier aus der Partei ausgeschlossen worden war. Für mich war der Ausschluß dieses Mannes nach einem solchen Verhalten eine Selbstverständlichkeit.

Zu *Punkt* 2 habe ich zu bemerken:

Der von mir persönlich am 2. September 1930 getätigte Ausschluß des Herrn Fricke[19] hat folgenden Wortlaut:

"Herrn Bruno Fricke, Zoppot, Plankengasse 7.

Auf Antrag des Uschla R.L. schließe ich Sie hiermit auf Grund des § 4, Absatz 2[20] aus der Partei aus.

---

17 Vgl. Bd. IV/1, Dok. 115. Dem Dokument liegt die Überlieferung durch das *Berliner Tageblatt* zugrunde; auch hier wird lediglich über Hitlers Behauptung berichtet, daß Fricke eine Weihnachtsfeier der NSDAP gesprengt habe. Vgl. jedoch Hitlers Darstellung in seinem Artikel vom 5./6./7.4.1930, Bd. IV/1, Dok. 84.

18 Nicht zu ermitteln. Vgl. jedoch den Bericht Frickes vom 6.12.1930 über die "Weihnachtsfeier in Lippe". In diesem Bericht behauptete Fricke, die nationalsozialistische Weihnachtsfeier in Lippe sei 1929 ohne sein Wissen von zwei neu hinzugekommenen Angehörigen der Ortsgruppe Detmold organisiert worden, bei denen sich herausgestellt habe, daß diese bereits von anderen Ortsgruppen der NSDAP ausgeschlossen worden seien. Aus Rücksicht auf die bereits angelaufene Propaganda habe er die Weihnachtsfeier nicht mehr abgesagt, sie jedoch um 1 Uhr nachts für beendet erklärt und dies mit der Polizeistunde begründet. Nachdem die Gäste das Lokal verlassen hätten, habe er die beiden Parteigenossen zur Rede gestellt und sie aufgefordert, ihm ihre Abzeichen und Mitgliedsausweise auszuhändigen. Daraufhin sei einer der beiden entflohen, der andere sei von der SA verprügelt worden, was dann in der Presse vor Ort zu einem publizistischen Nachspiel geführt habe. Vgl. BA Außenstelle Zehlendorf, Personalakte Bruno Fricke.

19 Frickes Ausschluß aus der NSDAP war am 28.9.1930 im *VB* verkündet worden. Vgl. Bd. III/3, Dok. 122 mit Anm. 5.

20 Bezieht sich auf die Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. vom 22.5.1926; § 4, Absatz 2 regelt den Ausschluß von Mitgliedern. Druck: Bd. I, Dok. 146.

*Begründung:*

Ich habe in mehreren Verfügungen das Tragen von Waffen allen Parteigenossen verboten[21]. Sie haben nicht nur dieses Verbot nicht innegehalten, sondern nach Meldung des dafür verantwortlichen Gauleiters[22] dafür gesorgt, daß die S.A. mit Pistolen ausgerüstet und zum Teil mit Waffenscheinen versehen, durch Danzig zieht. Dies widerläuft den Bestrebungen des Vereins. Infolgedessen sind Sie auf Grund der Satzung aus der Partei ausgeschlossen.

Der Ausschluß tritt sofort in Kraft.

gez.: Adolf *Hitler*".

Ich habe diesen Ausschluß Frickes persönlich verfügt

1.) wegen der Schwere des Vergehens an sich und

2.) wegen der mir infolge der exponierten Lage Danzigs[23] besonders gefährlich erscheinenden Situation.

Nur in so dringlichen Fällen kann ich mich mit einem solchen Verfahren selbst befassen. Die Dringlichkeit lag hier aber in der Gefahr einer ansonsten motivierten polnischen Intervention.

Im Prozeß selbst habe ich über diesen zweiten Ausschluß Frickes, der von mir selbst vollzogen worden war, nur folgendes gesagt:

> "Zweitens wurde mir damals gemeldet, daß die Danziger SA-Leute Waffen besitzen. Darauf bezieht sich das. Ich habe allerdings unterdessen feststellen müssen, daß die SA-Leute dort mit Waffenscheinen Waffen bekommen haben. Aber ich muß überhaupt betonen: Wenn diese Frage hier angeschnitten werden soll, so könnte ich über dieses Thema nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit weiteren Aufschluß geben."

---

21 Seit der Wiedergründung der NSDAP im Februar 1925 versuchte Hitler alles zu vermeiden, was als militärische Vorbereitung für einen neuen Staatsstreich hätte ausgelegt werden können. Vgl. Hitlers Anordnung vom 26.2.1925 (Bd. I, Dok. 4), 29.9.1925 (Bd. I, Dok. 69), seine Erklärung vom 11.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 28), die Satzung der SA vom 17.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 31), sein SA-Befehl 1 vom 1.11.1926 (Bd. II/1, Dok. 44), sein Rundschreiben an die Gauleitungen und selbständigen Ortsgruppen der NSDAP vom 5.2.1927 (Bd. II/1, Dok. 75), seine "Grundsätzliche Anordnung der SA II" vom 31.5.1927 (Bd. II/1, Dok. 135) und seine Anordnung vom 3.12.1928 (Bd. III/1, Dok. 60), sein Schreiben an die Gauleiter der NSDAP vom April 1930 (Bd. III/3, Dok. 39), seine Zeugenaussage vor dem Reichsgericht in Leipzig am 25.9.1930 (Bd. III/3, Dok. 123) und sein Aufruf vom 18.2.1931 (Bd. IV/1, Dok. 59).
Zur Entwicklung der SA und ihren damaligen Aufgaben vgl. Longerich, Bataillone, S. 45 ff.

22 Erich Koch (1896-1986), Reichsbahnbeamter, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1922-1928 Mitglied der NSDAP-Gauleitung Ruhr, 1926 Gaugeschäftsführer und stellvertretender Gauleiter des Gaues Ruhr, 1926 Dienstentlassung wegen politischer Betätigung, 1928-1945 Gauleiter des Gaues Ostpreußen, 1929 Mitglied des Provinzialausschusses und NSDAP-Fraktionsvorsitzender im Ostpreußischen Provinziallandtag, Vorsitzender der NSDAP-Stadtverordnetenfraktion in Königsberg, 1930-1933 MdR, 1933 Mitglied des Preußischen Staatsrats, 1933-1945 Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, 1942-1944 Reichskommissar für die Ukraine, 1959 in Polen zum Tode verurteilt, Urteilsrevision zu lebenlanger Haft.
Seit 1.3.1929 war Koch als Gauleiter des Gaues Ostpreußen mit der kommissarischen Leitung des Gaues Danzig beauftragt. Vgl. Bd. III/1, Dok. 92.

23 Laut Artikel 102 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 hatten die alliierten und assoziierten Mächte die Stadt Danzig und das sie umgebende, in Artikel 100 definierte Gebiet als Freie Stadt begründet; dieses Gebiet unterstand dem Schutz des Völkerbunds. Druck von Artikel 100-108 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 869 ff. Zur Situation Danzigs in der Zwischenkriegszeit vgl. Christoph M. Kimmich, The Free City. Danzig and German Foreign Policy 1919-1934, New Haven 1968.

Weiter hat auf den Ausschluß Frickes noch Bezug der allgemeine Satz, den ich weiter vorne als Zeuge vor Gericht sagte:

> "Der Betreffende (Fricke) hat auch in Danzig mit der politischen Leitung gar kein Verhältnis herzustellen vermocht, sondern ist auch in Danzig mit der politischen Leitung in dauernde Konflikte geraten, so daß ich nunmehr diesen Mann infolge der ewigen Übergriffe auf das politische Gebiet, das ihn gar nichts anging, eben entfernte."

Da über die Waffenfrage ganz klare Verfügungen der politischen Leitung vorlagen, war das selbstherrliche Vorgehen Frickes in dieser Angelegenheit ein Eingriff in politische Befugnisse der Gau- bzw. Reichsleitung.

Zusammenfassend möchte ich folgendes zum Schluß erklären:

Ich habe in der eben abgegebenen schriftlichen Aussage jene Stellen, die wortwörtlich aus dem stenographisch aufgenommenen Verhandlungsprotokoll des von mir beigezogenen Parlaments-Stenographen stammen, rot unterstrichen. Für die wortgetreue Wiedergabe dieser Stellen können allenfalls die Parlaments-Stenographen als Zeugen benannt werden.

Auf die Anzeige generell habe ich, gestützt auf diese meine heutigen Ausführungen, zu erklären, daß ich mich bei meinen Zeugenaussagen in keiner Weise einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Verletzung der Eidespflicht schuldig gemacht habe.

Adolf Hitler

## 7. August 1931 — Dok. 19
## Schreiben an Karl Stützel

Masch. Ausfertigung mit kleinen hs. Korrekturen und hs. Unterschrift; BayHStA, OBB Akten 12735 [1].

Herr Staatsminister!

Als Vorsitzender des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins e. V., München [2], und damit Bauherr der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Anwesen Brienner Straße 45 [3] erhielt ich den Vortrag des Rechtsbeistandes der Partei, Rechtsanwalt Frank II [4],

---

1 Für den Hinweis auf dieses Dokument und ergänzende Angaben dankt der Herausgeber Frau Dr. Ulrike Grammbitter, Zentralinstitut für Kunstgeschichte, München.

2 Druck der Satzung des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Vereins e. V. in der Fassung vom 21.8.1925 sowie vom 22.5.1926: Bd. I, Dok. 64 und 146.

3 Nachdem die Reichsleitung der NSDAP das "Braune Haus" (Brienner Straße 45, vgl. Dok. 4, Anm. 2) zu Beginn des Jahres 1931 bezogen hatte, wurde Troost bereits im Mai 1931 mit der Planung zu einer ersten Erweiterung im östlichen Gartengelände des Grundstücks beauftragt. Der Rohbau für das langgestreckte, zweigeschossige Verwaltungsgebäude im neoklassizistischen Stil wurde im Dezember 1931 fertiggestellt. Die Ausdehnung der NSDAP im Gebiet östlich des Königsplatzes war damit aber noch nicht zu Ende: Im Januar

München, aus dem ich ersehe, daß das Staatsministerium des Innern sich mit dem Gedanken trägt, unter Bezugnahme auf § 83, Absatz 2 der Münchner Bauordnung[5] zu dem Bauvorhaben der Partei Rückgebäude Brienner Straße 45 die vorgeschriebene Genehmigung allenfalls nicht zu erteilen[6].

Ich erlaube mir daher in meiner Eigenschaft als Bauherr auf diejenigen Gesichtspunkte hinzuweisen und sie dem Staatsministerium des Innern zu unterbreiten, die m. E. bei der Prüfung dieser Frage von entscheidender Bedeutung sind.

Der ebengenannte § 83, Abs. 2 der Münchner Bauordnung lautet bekanntlich folgendermaßen:

"Bei Neubauten an der Ludwigs-, Maximilians-, Königin-, Prinzregenten-, Brienner- und Widenmayerstraße und bei Fassadenänderungen an Gebäuden in diesen Straßen, dann bei sol-

---

1932 wurde die Partei Eigentümerin des westlichen Nachbargebäudes Brienner Straße 44, zwei Monate später wurde ein Kaufvertrag für das benachbarte Wohnhaus Arcisstraße 20 unterzeichnet. Noch im selben Jahr wurde die Reichsführerschule der NSDAP (vgl. Dok. 1, Anm. 1) in die Brienner Straße 44 verlegt. Vgl. Ulrike Grammbitter, Vom "Parteiheim" in der Brienner Straße zu den Monumentalbauten am "Königlichen Platz". Das Parteizentrum der NSDAP am Königsplatz in München. In: Bürokratie und Kult. Das Parteizentrum der NSDAP am Königsplatz in München. Geschichte und Rezeption, München 1995, S. 61-87.

4 Hans Frank (II) (1900-1946), 1919 Mitglied in der Münchener Thulegesellschaft, Angehöriger des Freikorps Epp, 1923 Eintritt in die NSDAP und Teilnahme am Hitler-Putsch, 1924 Dr. jur., Rechtsanwalt in München, 1927 2. Beisitzer des Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses in der Reichsleitung der NSDAP, 1928 Gründer des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen, 1930-1933 MdR (NSDAP), 1930-1942 Leiter der Rechtsabteilung, 1931/32 auch der Rechtspolitischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP, 1933/34 bayerischer Justizminister und Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern, 1934-1945 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1939-1944 Generalgouverneur des Generalgouvernements (für die besetzten polnischen Gebiete), 1946 hingerichtet.

5 Druck: K[*arl*] Helmreich, F[*erdinand*] Schels, A[*ugust*] Steinhauser (Hrsg.), Das Münchner Baupolizeirecht. Die Münchner Bauordnung und die Münchner Staffelbauordnung mit Erläuterungen sowie mit Abdruck der einschlägigen Gesetze, Verordnungen und sonstigen Vorschriften, München 1927, S. 145.

6 Gegenüber den Bauvorhaben der NSDAP auf dem Grundstück Brienner Straße 45 (vgl. Anm. 3) hatten die Nachbarn am 9./10.7.1931 bei der Lokalbaukommission München vergeblich Einspruch eingelegt. Am 27.7.1931 wandte sich Gerhard Freiherr von Pölnitz in Vertretung der Eigentümerinnen der Brienner Straße 44 deshalb direkt an die Regierung von Oberbayern und das bayerische Ministerium des Innern. "Schon heute sind wir im Anwesen Brienner Straße 44 aufs schwerste geschädigt durch die Nachbarschaft des sogenannten braunen Hauses. Naturgemäß wickelt sich darin ein außerordentlich starker Parteiverkehr ab, wozu noch der außergewöhnlich starke Verkehr mit Kraftfahrzeugen bis tief in die Nacht hinein als erschwerend hinzukommt. Die heute im Souterrain des braunen Hauses untergebrachte Mannschaftsküche und Kantine sowohl, als auch die sich schon heute dort befindliche 'Wache' haben durch Singen, Schreien, dauernd wiederholt vorkommende Raufereien unter sich und mit Passanten aller Art, einen Unruheherd geschaffen, der unser Anwesen aufs stärkste bereits entwertet hat. Es soll nun noch ein Büro- und Kasernengebäude neu errichtet werden [...] Der Charakter der Gegend ist schon durch den heutigen Bestand des braunen Hauses erheblich verändert worden. Wenn sich nun aber noch ein reiner Zweckbau dort befinden würde, wie es der vorliegende Neubau darstellt, der zu rein geschäftlichen bzw. militärischen Maßnahmen dient, so ist die ganze Gegend von Grund auf verändert und der Wert der umliegenden Grundstücke aufs stärkste herabgesetzt. [...] Die früher ruhige und verhältnismäßig wenig begangene Gegend ist heute einer der unruhigsten Punkte der Stadt geworden. Ständig befinden sich vor dem braunen Haus Ansammlungen von Passanten und Parteimitgliedern, ganze Ketten von Autos umsäumen das Haus. Wie soll das erst werden, wenn dort auch noch ein Gesellschafts-, Kasernen- oder Bürohaus stehen sollte?" Vgl. BayHStA, OBB Akten 12735; Stadtarchiv München, LBK 1623 sowie Grammbitter, "Parteiheim", S. 61 ff. Zum weiteren Verlauf der Auseinandersetzung vgl. Anm. 16 und 21.

chen Bauführungen in der Umgebung von Besitzungen der Zivilliste oder von Privatbesitzungen des Königs und in der Umgebung von Gebäuden für Zwecke der Wissenschaft oder Kunst oder von monumentalen Bauwerken ist die Allerhöchste Genehmigung vorbehalten."

Diese Allerhöchste Genehmigung wird nunmehr durch das Staatsministerium des Innern erteilt, wobei zu beachten ist, daß es dem Ministerium des Innern anheimgestellt wurde, ob es sich in diesen Fällen ein Gutachten der staatlichen Monumentalbau-Kommission erholen [*sic!*] will.

Der innere Zweck jeder mit Gesetzeskraft versehenen Bauordnung ist, das willkürliche Bauen des einzelnen der Gemeinschaft gegenüber in nicht nur unschädliche, sondern im Gegenteil nützliche Bahnen zu lenken. Diese Nützlichkeit umfaßt nicht nur Fragen der allgemeinen Plangestaltung, sondern ebenso alle Erfordernisse in bausicherheitlicher [*sic!*], feuerpolizeilicher, sanitärer und endlich auch künstlerischer Hinsicht. Der Bauordnung liegt daher, wie notwendiger Weise jedem anderen Gesetz, ein absolut sichtbarer und feststellbarer Zweck zugrunde. Auch die angezogene Stelle der Münchner Bauordnung diente der Erfüllung eines bestimmten Zweckes.

Da die gesamte Art der Bebauung des Stadtgebietes durch die Bauordnung an sich in eingehendster Weise nach den oben skizzierten Zwecken hin geregelt erscheint, muß der Sinn des angezogenen § 83, Abs. 2. M[*ünchner*]B[*au*]O[*rdnung*] einem ganz besonders vom Gesetzgeber im Auge behaltenen Zweck gedient haben. Der Zweck der Einfügung dieser Sonderbestimmung kann nicht im Rahmen einer allgemeinen Bauordnung gelegen sein, da in diesem Falle nicht die Allerhöchste Genehmigung erforderlich gewesen wäre.

Der Zweck dieser Einfügung wird nur verständlich aus der Existenz des Königtums an sich und der mit dieser Erscheinung verbundenen Rückwirkung auf einen bestimmten Ausschnitt des kulturellen Lebens. Es sind nicht in erster Linie rein baukünstlerische Gesichtspunkte, Fragen der Erhaltung des, ein künstlerisches Erbgut darstellenden, Stadtbildes, die zu dieser Sonderbestimmung Veranlassung geben konnten, denn sonst würde sie allgemein gehalten worden sein. Ihre Beschränkung auf ganz bestimmte Straßenzüge und Bauobjekte, die zum Teil gar nicht als künstlerisch hochwertig bezeichnet werden können, beweist, daß der für diese Sonderbestimmung verantwortliche Gedanke auf einem anderen Gebiet lag.

Das Königtum hat zu allen Zeiten genauso wie auch jede andere Autorität des staatlichen oder religiösen Lebens seine künstlerische Mission nur bedingt in einer Erhaltung künstlerischer Werte an sich gesehen, in weitaus größerem Maße aber in der Kunst ein Mittel zur Verherrlichung und damit letzten Endes Stärkung der königlichen Institution an sich erblickt. Könige als Baumeister haben genauso wie große Kirchenfürsten wohl der Kunst ihre Sympathie im reichsten Maße bezeugt, aber ausgehend von dem Gedanken nicht nur die Kunst durch das Königtum, sondern umgekehrt auch das Königtum durch die Kunst verherrlichen zu lassen. Diese Verherrlichung der Kunst durch das Königtum hat zahllosen Meisterwerken das Leben geschenkt, die Verherrlichung des Königtums aber durch die Kunst half mit, der Autorität der monarchischen Institution eine Kraft zu schenken, die als Repräsentation nach außen, [*als*] unterwürfige Bewunderung nach innen in Erscheinung trat. Die Kunst des Königtums war nur ein Bestandteil der imponierenden Repräsentation dieser Einrichtung dem Volke und im weiteren Sinne der Umwelt gegenüber. Denn zu dieser äußeren Aufmachung gehörte ebenso un-

zertrennlich die sichtbare Form des Auftretens, die Demonstration der Macht, kurz der gesamte Stil des höfischen Lebens.

Aus dieser Notwendigkeit heraus entstand auch der angeführte Absatz der Münchner Bauordnung. Es handelt sich in dieser Sonderbestimmung nicht um Straßen oder Objekte eines an sich vorhandenen bestimmten Kunstwerkes, sondern nur um Straßen, Anlagen und Objekte, die in die repräsentative Interessensphäre des Königtums gehören. Es soll durch diese Anordnung die letzte Entscheidung über bestimmte Veränderungen in diesen Straßen und um diese Bauten der ansonst zuständigen Behörde deshalb genommen werden, weil der hierbei anzulegende Maßstab nur von dem Gesichtspunkte der monarchischen Institution an sich allein angelegt werden kann. Das Königtum besaß die sehr richtige Empfindung, daß über die letzten Interessen des Königtums niemand anderer befinden kann, als der Repräsentant dieser Institution selbst. Denn die dabei ins Auge gefaßten und bestimmenden Gesichtspunkte waren eben nicht solche allgemein künstlerischer Natur oder gar bautechnischer Notwendigkeiten, sondern solche der Repräsentation des Königtums an sich sowie der Erhaltung jenes stadtbaulichen Charakters, ja sogar jenes Stiles, der dieser Repräsentation in erster Linie entsprach.

Die namentlich angeführten Straßen vor allem zeigen in München ganz sichtbar den Zusammenhang mit diesem Zweck. Eine Auswahl nach nur künstlerischen Gesichtspunkten hätte zum Teil wesentlich andere Plätze und Straßen berücksichtigt. Es handelt sich aber hierbei eben ausschließlich um die Erhaltung derjenigen Straßenzüge, Anlagen und Objekte, die in einem inneren Zusammenhang mit dem nach außen sichtbaren Auftreten und der nach außen wirksamen Repräsentation des Königtums stehen.

Mit der Beseitigung der monarchischen Institution[7] ist der innerste Zweck der Einfügung in die Sonderbestimmung an sich beseitigt. Denn nunmehr kann es sich nur darum handeln, das aus den Interessen des Königtums heraus geschaffene Kunstgut zu bewahren. Diese Erhaltung wird natürlich nicht ihre Begrenzung finden nur im Schutz der einzelnen Objekte oder einzelner Straßen, des allgemeinen Bildes dieser Straßen, sondern wenn möglich auch des inneren Charakters dieser Anlagen. Hierbei aber ist zu berücksichtigen, daß auch bei Fortdauer des königlichen Willens die Umwandlungen der Zeit nicht ohne Spuren geblieben wären. Ja, es steht folgende Tatsache fest: Die künstlerische Veränderung eines Stadtbildes ist wesentlich konservativeren Gesetzen unterworfen als die charakterliche. Der Schloßplatz in Berlin, die Schloßfreiheit haben rein künstlerisch das äußere Bild mehr gewahrt, als das charakterliche Lebensbild. Die Straße Unter den Linden, einst gedacht als vornehmste Auffahrtsavenue zum Königlichen Schloß ist zu einer, vom tobenden Verkehr erfüllten Geschäftsstraße geworden. Die repräsentativen Wünsche des Königtums konnten am Ende nicht auf die Dauer den Lebensgesetzen einer werdenden Millionenstadt[8] Widerstand leisten. Die Veränderungen, die allein der

7 Nach politischen Demonstrationen vor der Münchner Residenz war noch am Abend des 7.11.1918 die Wache auseinandergelaufen und König Ludwig III. nach Schloß Wildenwart im Chiemgau geflohen. In der Nacht vom 7. auf 8.11.1918 rief Kurt Eisner bei der ersten Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats im bayerischen Landtag die "Republik Bayern" aus. Am 13.11.1918 entband König Ludwig auf Schloß Anif bei Salzburg die bayerischen Beamten und Offiziere von ihrem Treueeid. Vgl. Zorn, Bayerns Geschichte, S. 108 ff.

8 Berlin besaß 1910 eine ortsanwesende Bevölkerung von 2.070.695 Einwohnern, 1925 eine Wohnbevölkerung von 4.024.286 und 1933 von 4.202.050 Einwohnern. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1911, S. 5; 1931, S. 5; 1933, S. 6 f.

moderne Verkehr mit sich bringt, sind von so tief einschneidender Wirkung, daß das Stilbild jeder Straße dadurch zwangsläufig verändert werden muß und auch verändert wird.

Die vornehmste Straße alter Adelspaläste, ja selbst reine Palaststraßen werden durch die zwangsläufige Erfassung durch den modernen Verkehr in ihrem inneren Stil genauso umgewandelt, wie eben auch das gesamte sonstige Leben diesem Wechsel unterworfen erscheint. Es ist eine Unmöglichkeit zu glauben, irgendeinen Teil einer Stadt im Wesen einer vergangenen Zeit erhalten zu können. Allmählich wird der Geist einer Zeit so allgemein sein, daß sich ihm nichts auf die Dauer entziehen kann.

Dieser Prozeß wird umso schnellere Fortschritte machen, je mehr der Stil der Vergangenheit als Gegengewicht ausgeschaltet erscheint. Dies ist aber mit der Beseitigung der Monarchie tatsächlich geschehen. So flutet die moderne Zeit heran, ohne daß die alte außer ihren steinernen Dokumenten überhaupt dem neuen Leben Lebendiges gegenüberstellen könnte.

Zu dieser zwangsläufigen Wandlung des Charakters eines Stadtbildes, die durch den allgemeinen Verkehr usw. bedingt ist, kommt noch hinzu die Verschiebung der wirtschaftlichen Schwerpunkte in einer Stadt. Wohnstraßen von einst sind Verkehrsstraßen von jetzt, Verkehrsstraßen von früher erliegen im Laufe von nur wenigen Jahrzehnten oft wieder der Verödung. In allen Städten der Welt sehen wir eine Art City-Bildung mit all ihren verkehrstechnischen Folgen. Auch in München ist dieser Prozeß im Gange und wird nicht auf die Dauer aufzuhalten sein. Ja, es ist eine Ironie des Schicksals, daß der scheinbar schärfste Kontrast zum heutigen Geschäfts- und Wirtschaftsleben am Ende zum gleichen Resultat führt. Die Anhäufung von Museen, Sammlungen und sonst öffentlichen Gebäuden führt praktisch zum selben Ergebnis wie die Anhäufung von Büros und Geschäftshäusern.

Tatsächlich zeigen sich auch im Münchner Stadtbild alle diese Erscheinungen eines dem Wandel und Wechsel der Zeit erliegenden Lebens. In den meisten der in der Sonderbestimmung angezogenen Straßen ist die innere Wandlung des einstigen charakterlichen Bildes bereits im vollen Gange. Nur die grobtektonische äußere Erscheinung der Straßen ist geblieben. Der innere Zweck ist schon bei den meisten Gebäuden ein ganz anderer geworden, als er bei der Anlage der Straßenzüge gedacht war. So sind in der Brienner Straße besonders nach dem Kriege eine große Anzahl ehemaliger Palais zu Geschäftshäusern umgebaut worden[9]. Diese Umwandlung ist durchaus nicht das Ergebnis einer vorher gefaßten bewußten Absicht, sondern die Folge eines unabwendbaren wirtschaftlichen Zwanges. Der moderne Verkehr entwertet die Wohnzwecken dienenden ehemaligen Palazzos [*sic!*] so sehr, daß bei der unterdes zum Teil aus besonderen Anlässen eingetretenen Verarmung der ehemaligen Besitzer eine Weiterführung und Erhaltung dieser Häuser wirtschaftlich unmöglich ist. Die nackten Selbstkosten zwingen zu Mietpreisen, die in so tumultuösen Straßen bei einem teilweise so beschränkten Komfort nicht bezahlt werden[10]. Das Ergebnis einer Beibehaltung des bisherigen Zweckes

9 Das Münchener Adreßbuch aus dem Jahr 1931 verzeichnet in der Brienner Straße ca. 500 Privatwohnende, ca. 160 Geschäfte, Handwerksbetriebe und Büros, ferner 35 Praxen und Kanzleien, 5 Fabriken, 8 Pensionen, Restaurants, Cafés usw., 2 Vereine sowie 15 öffentliche Gebäude.

10 Einer Statistik des Grund- und Hausbesitzervereins München e. V. sind folgende exemplarische Monatsmieten für Wohnungen in der Brienner Straße zu entnehmen: Drei-Zimmer-Wohnung, Miete: 130,- RM, davon ein Zimmer untervermietet; Vier-Zimmer-Wohnung, Miete: 180,- RM, davon zwei Zimmer untervermietet; Fünf-Zimmer-Wohnung, Miete: 139,20 RM, davon ein Zimmer untervermietet. Vgl. Die Lage am Münchener

dieser Bauten würde sie in kürzester Zeit demselben ruinösen Verfall entgegenführen, wie wir das teilweise sogar bei den dem Staate gehörigen Objekten festzustellen in der Lage sind. Daher ist die Umwandlung dieser ehemaligen Palaststraßen in Geschäftsstraßen die praktische Voraussetzung zur Erhaltung wenigstens des äußeren Stadtbildes. Denn nur in einer solchen neuen Verwendung liegt die Möglichkeit, den Bauobjekten jene Sorge zuteil werden zu lassen, die zur Verhinderung eines absoluten Verfalls notwendig ist. Die dabei erforderlichen großen Summen können nur in einer neuen Verwendung dieser Objekte aufgebracht werden, denn wenn der Staat kaum in der Lage ist, die ihm gehörigen Monumentalbauten ordentlich instandzuhalten, dann noch viel weniger Private, die in solchen Straßen aus ihren Objekten bei bisheriger Verwendung kaum mehr einen Nutzen ziehen können.

Damit aber kann der Sinn des angezogenen Absatzes der Münchner Bauordnung nur sein, das äußere Bild in den in Frage stehenden Straßen, wenn möglich, so zu konservieren, daß eine Schädigung künstlerischer Werte vermieden wird.

Als ich für den Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterverein das Anwesen Brienner Straße 45 erwerben ließ [11], war ich mir der Verpflichtung vollständig bewußt, das klassische Stadtbild, soweit es in dieser Straße überhaupt noch vorhanden ist, aufrechtzuerhalten. Tatsächlich ist dieses durch die von einem unserer ersten Künstler [12] vorgenommene Ausgestaltung der Fassade in rein ästethischer Hinsicht in einem Umfange gehoben worden, der m. E. und Wissens bei keinem zweiten Umbau in dieser Zeit auch nur annähernd erreicht wurde. Gemessen an dem alten, absolut dem Verfall preisgegebenen Objekt stellt die heutige bauliche Lösung eine künstlerische Leistung dar, die dem Charakter der Straße unbedingt zugutekommt [13]. Der Einwand, daß diese äußere, stilistisch glückliche Konservierung etwa durch die innere Preisgabe der Bestimmung des Hauses aufgewogen oder gar aufgehoben würde, ist hinfällig, weil diese innere Umwandlung ja eine allgemeine gesetzmäßige Notwendigkeit ist, der alle Straßen und einzelnen Privatbauten der Ludwigischen [14] Zeit unterworfen sind. Der weitere Einwand, daß diese innere Wandlung des Zweckes des Hauses besonders unangenehm emp-

Wohnungs- und Geschäftsraummarkt. Denkschrift des Grund- und Hausbesitzervereins München e. V., München 1931, S. 14, 19.
Zum Vergleich: Ein Facharbeiter in der elektrotechnischen Industrie hatte 1928 einen Bruttowochenverdienst von 56,76 RM; ein kaufmännischer Angestellter im Bankgewerbe (Gruppe III) hatte 1931 ein monatliches Endgehalt von 348,19 RM; ein planmäßiger verheirateter Reichsbeamter hatte 1931 in der Ortsklasse A je nach Besoldungsgruppe ein monatliches Endgehalt zwischen 208 und 1.066 RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 276, 297, 299.

11 Am 26.5.1930. Vgl. Dok. 4, Anm. 2 sowie Bd. III/3, Dok. 50.

12 Paul Ludwig Troost (1878-1934), Ausbildung an der TH Darmstadt als Privatarchitekt, 1900 Übersiedlung nach München, Tätigkeit im Atelier von Professor Martin Dülfer, Schwerpunkt Inneneinrichtungen, Teilnahme an verschiedenen Ausstellungen, 1910 Innenarchitekt des Norddeutschen Lloyd, 1917 Verleihung des Professorentitels durch den bayerischen König Ludwig III., 1930 Eintritt in die NSDAP, Mitglied des *Kampfbundes Deutscher Kultur*, 1931 Mitglied des *Kampfbundes der Deutschen Architekten und Ingenieure*, 1933 "Erster Baumeister des Führers", Mitglied des Münchner Stadtrats.

13 Bereits 1930 hatte Fritz Gablonsky von der Obersten Baubehörde empfohlen, der Staat solle die beiden, zum Kauf ausgeschriebenen Gebäude Brienner Straße 44 und 45 erwerben; es drohe ansonsten ein schleichender Verfall des ursprünglich vornehmsten Viertels von München. Vgl. Grammbitter, "Parteiheim", S. 63.

14 Ludwig I. (1786-1868), 1825-1848 König von Bayern.

funden würde durch die nebenanliegende Nuntiatur[15], ist ebenfalls nicht aufrechtzuerhalten. Ich habe das Haus Brienner Straße 45 nicht erwerben lassen, um der Nuntiatur Unannehmlichkeiten zu bereiten[16], sondern um dem Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterverein ein würdiges und nach rückwärts vergrößerungsfähiges Gebäude zu geben. Die Nuntiatur ist, ähnlich wie die wenigen Staatsgebäude, in der Lage, das innere Leben dieses Bau-Objektes in Übereinstimmung zu halten mit dem Bau an sich. Es kann aber nicht wegen der in einem Falle vorhandenen glücklichen Möglichkeit das, bei den anderen in Privatbesitz befindlichen Objekten, einfach Unmögliche übersehen werden. Der Klage der Nuntiatur über den großen Autobetrieb vor dem Hause kann in dem Moment abgeholfen werden, in dem das Ministerium der Ausführung des Neubaues im Hause Brienner Straße 45 die Genehmigung erteilt. Es ist mit ein Gedanke der Verrückung der Seitengebäude nach hinten gewesen, dadurch die Einfahrten zu erhalten, um in Zukuńft die Wägen leichter als bisher im Hofe des Anwesens parken zu lassen.

Ich traue der Objektivität des Staatsministeriums des Innern zu, bei einer gerechten Prüfung der rein künstlerischen Seite der Angelegenheit zu dem Ergebnis zu kommen, daß aus solchen Gesichtspunkten ein Einwand überhaupt gar nicht erhoben werden kann. Es könnte sich also immer wieder nur um einen Einwand gegen die Veränderung der Zweckverwendung des Objektes handeln. Ich nehme aber auch hier an, daß dann dieser Einwand nicht seine Begründung einfach darin findet, daß dieses Haus einer bestimmten politischen Partei gehört, sondern daß es nicht mehr dem alten Wohnzweck an sich dient.

Dieser Wohnzweck ist, wie schon betont, in diesen Straßen auf die Dauer nicht mehr aufrechtzuerhalten. Der Einwand, der heute gegen die Bauabsicht von mir erhoben wird, müßte logischer Weise alle Straßen, die in dieser Sonderbestimmung angezogen sind, ihres heutigen Charakters entkleiden, weil sie ihren derzeitigen inneren Lebenszweck durchgehends derselben Notwendigkeit verdanken, die in dem vorliegenden Fall als unmöglich angesehen werden soll.

Ich darf weiter noch darauf hinweisen, daß erst seit den Tagen der Interpellation im Landtag[17] und der daraufhin erfolgten Polizei-Aktionen[18] das Braune Haus in den Gesichtskreis

---

15 Die Päpstliche Nuntiatur, seit 1785 in München ansässig, war seit 1887 in der damaligen Brienner Straße 15 untergebracht und blieb bis 1920 die einzige päpstliche Gesandtschaft in Deutschland. Das Gebäude lag gegenüber dem Braunen Haus. Als Apostolischer Nuntius für Bayern fungierte damals Alberto Vassallo di Torregrossa (1865-1959). Vgl. Benedikt Weyerer, München 1919-1933. Stadtrundgänge zur politischen Geschichte. Hrsg. von der Landeshauptstadt München, München 1993, S. 143 ff.

16 Unabhängig von der Beschwerde der Nachbarn (vgl. Anm. 6) hatte die Polizeidirektion München in ihrem vertraulichen Bericht Nr. 1200/31. VId an das Ministerium des Innern vom 26.6.1931 auf den geplanten Neubau der NSDAP in der Brienner Straße 45 hingewiesen und ihn als "im höchsten Grade unerwünscht" bezeichnet; seine Verhinderung nach § 83, Abs. 2 der Münchner Bauordnung sei deshalb geboten. "Bei Zulassung dieses Baues würde das Machtbewußtsein der NSDAP eine gewaltige Förderung erfahren, ganz abgesehen von den Behelligungen, die sich durch die Bauausführung in dem sonst so ruhigen Viertel für die Nachbarschaft, insbesondere für die Nuntiatur ergeben würden." Trotz dieser Bedenken erteilte die Lokalbaukommission am 11.7.1931 mit ihrem Beschluß Nr. 15582/31 eine Baugenehmigung unter Vorbehalt. BayHStA, OBB Akten 12735.

17 Nach der Besetzung des Braunen Hauses durch die bayerische Polizei hatte die Fraktion der NSDAP im bayerischen Landtag am 7.7.1931 eine Interpellation an die Staatsregierung gerichtet, ob sie dies Vorgehen der Polizeidirektion München billige. Druck: Verhandlungen des Bayerischen Landtags. IV. Tagung 1930/31, Beilagen-Bd. IX, München o. J., S. 286. Vgl. ferner Dok. 4 und 6.

der allgemeinen öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt wurde. Ja, darüber hinaus, diesen Polizeiaktionen habe ich es zu verdanken, daß die Kenntnis des Braunen Hauses so ziemlich der ganzen Welt vermittelt wurde. Es ist nicht verwunderlich, daß seit diesem Tage zahlreiche Ausländer neugierig ein Objekt bestaunen, dessen bescheidene Existenz der Anlaß zur Verschwendung so umfangreicher Machtmittel einer wirklich nicht bedrohten Staatsautorität wurde. Die Errichtung oder Nichterrichtung eines Hoftraktes an der Stelle eines früheren, nunmehr abgerissenen Baues spielt dabei überhaupt keine Rolle.

Ich stelle aus all dem Angeführten daher an das Staatsministerium die ergebene Bitte, unter Berücksichtigung meiner Erwägungen eine Prüfung des Bauvorhabens des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins, Brienner Straße 45, unter Zuziehung der Staatlichen Monumental-Baukommission vornehmen zu wollen, für den Fall, daß Bedenken gegen eine Genehmigung unseres Bauvorhabens vorhanden sein sollen. Ich erwarte dabei von der Objektivität des Herrn Staatsministers, daß er uns die im Kommentar der Münchner Bauordnung von Helmreich [19] in Anmerkung 15, § 83 angeführte Auffassung [20] zugute kommen läßt, wonach entscheidend für die Prüfung der gesamten Verhältnisse nur das Bauobjekt selbst und nicht die Person des Gesuchstellers sein kann.

Genehmigen Sie, Herr Staatsminister, den Ausdruck
meiner vorzüglichen Hochachtung

Adolf Hitler [21]

---

18 Vgl. Dok. 4, Anm. 1.

19 Karl Helmreich (1885-1958), Dr. jur., 1913 Assessor bei der bayerischen Staatseisenbahnverwaltung, 1917 Rechtsrat bei der Stadt München, Leiter des Referats 9 (Ausstellungspark, Oktoberfest usw.), 1919 Leiter des administrativen Baupolizei- und Wohnungsreferats, 1929 Leiter des Bezirkspolizeireferats, Verfasser zahlreicher Gesetzeskommentare, 1933 Eintritt in die NSDAP, 1936 ehrenamtlicher Mitarbeiter im Hauptamt für Kommunalpolitik in der Reichsleitung der NSDAP, seit 1941 im Range eines Blockleiters, 1939 Versetzung in den Ruhestand, Leiter der Referendarausbildungsstelle bei der Stadt München.

20 "Ob 'ganz besondere Verhältnisse' als gegeben angenommen werden, ist Sache der pflichtgemäßen Prüfung der zur Erteilung der Dispens zuständigen Behörde. Solche Verhältnisse können aber nur in dem Bauprojekt selbst, *nicht in der Person des Gesuchstellers* begründet sein." Druck: Helmreich, Schels, Steinhauser, Münchner Baupolizeirecht, S. 147 f.

21 Der bayerische Minister des Innern Karl Stützel teilte der Regierung von Oberbayern mit Erlaß Nr. 3679 a 3, 4 u. 5 am 12.8.1931 mit, daß eine Genehmigung für das Bauvorhaben der NSDAP nicht erteilt werden könne. Über die architektonischen und ästhetischen Auflagen kam es deshalb zwei Tage später zu einer Besprechung zwischen Troost und den hierfür zuständigen Ministerialbeamten, die daraufhin am 17.8.1931 die Genehmigung der von Troost überarbeiteten Pläne empfahlen. Obwohl das Ministerium des Innern am 24.8. mit Erlaß Nr. 3697 a 6 an die Regierung von Oberbayern nun "die Errichtung eines Rückgebäudes in dem Anwesen Brienner Straße 45" unter Berücksichtigung der gemachten Auflagen und vorbehaltlich der baupolizeilichen Zustimmung genehmigte, stagnierten die Bauarbeiten, da Pölnitz am 7.9.1931 erneut Beschwerde gegen diesen Beschluß einlegte. Auch eine Erklärung der Reichsleitung der NSDAP vom 4.9.1931, daß sie keinesfalls beabsichtige, "die in der Schwanthalerstr. 68 untergebrachte Reichsführerschule in das Braune Haus zu verlegen", brachte die Sache nicht voran. Nachdem die Regierung von Oberbayern mit Bericht Nr. e 6437 A I vom 15.9. dem Ministerium des Innern ausführlich erläuterte, warum sie beabsichtige, die Beschwerde der Nachbarn "im ganzen abzuweisen", genehmigte Stützel schließlich am 9.10.1931 das Bauvorhaben der NSDAP, das inzwischen die verschiedenen Auflagen berücksichtigte. Tags darauf wies die Bau-Innung München in einer Eingabe an das Ministerium des Innern darauf hin, daß man "sehnlichst darauf" warte, "daß die Bauarbeiten

## 8. August 1931 Dok. 20
## "Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen! Preußen!"
## Aufruf[1]

VB vom 8.8.1931, "Adolf Hitlers Aufruf an Preußen"[2].

Als vor nunmehr bald 12 Jahren das alte System zusammenbrach[3], versicherten Sozialdemokratie und Zentrum das deutsche Volk einer nunmehr anbrechenden schöneren Zeit der Freiheit, des Fortschrittes, der Wohlfahrt und des sozialen Glücks[4].

Diese Ideale wurden als die moralische Rechtfertigung der Revolution den deutschen Massen vorgehalten.

Die Warnungen derer, die bei einer Herrschaft der Sozialdemokratie Unfreiheit, Elend und Not als notwendige Begleiterscheinungen vorhersagten, wurden in den Wind geschlagen und nicht geglaubt.

Deutschland verfiel einer Demokratie, die in dieser Art noch jedes Volk zugrunde gerichtet hatte.

Das deutsche Volk ist nunmehr selbst Zeuge der Richtigkeit dieser Behauptung.

*Die Schutzgesetze dieser Demokratie verbieten, den wahren Zustand der Nation aufzuzeigen*[5]. *Eine Verfassung lebt, aber das Volk wird seit 12 Jahren von einer Elends- und Notkrise in die andere geworfen.*

Alles in diesen 12 Jahren ist ins Wanken geraten. Auf dem Gebiete der Wirtschaft, des Erwerbslebens, der Arbeit jagt eine Enttäuschung katastrophaler Art die andere[6]. Millionen haben

---

weitergeführt werden können". Der Streit mit den Nachbarn endete damit, daß die NSDAP im Januar 1932 das westliche Anwesen Brienner Straße 44 erwarb. BayHStA, OBB Akten 12735; Stadtarchiv München, LBK 1623; Grammbitter, "Parteiheim", S. 62 ff.. Zum weiteren Verlauf des Bauvorhabens, dessen Richtfest am 15.12.1931 gefeiert wurde, vgl. Dok. 95.

1 Der Aufruf ist dem Aufruf "An mein Volk" nachempfunden, mit dem der preußische König Friedrich Wilhelm III. am 17.3.1813 das Signal zum Kampf gegen die französischen Besatzungstruppen gab. Druck: Die Befreiungskriege in Augenzeugenberichten. Hrsg. und eingeleitet von Eckart Kleßmann, München 1973, S. 38 ff.

2 Leicht gekürzte Wiedergabe: Der Angriff vom 7.8.1931, "Adolf Hitler: 'Schlagt den Feind!'".

3 Gemeint sind das Ende des Ersten Weltkriegs und die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

4 Zu den zeitgenössischen Ansprachen und Resolutionen von Vertretern von SPD, USPD und Spartakusbund sowie des Zentrums, die eher von Zurückhaltung als von Euphorie geprägt waren, vgl. z. B. Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. und bearb. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel, Bd. III, Berlin o. J., S. 155 ff., 196 ff.; Klaus Ahnert, Die Entwicklung der deutschen Revolution und das Kriegsende in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November 1918 in Leitartikeln, Extrablättern, Telegrammen, Aufrufen und Verordnungen nach den führenden deutschen Zeitungen, Nürnberg 1918.

5 Unter Berufung auf die "Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen" vom 17.7.1931 hatte die preußische Regierung am 6.8.1931 alle in Preußen erscheinenden Zeitungen verpflichtet, eine amtliche Stellungnahme gegen den Volksentscheid zu publizieren. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1931, S. 175 ff.

6 Vgl. Dok. 2, Anm. 3 ff.

ihre sauer ersparten Groschen verloren[7], Millionen andere ihren Arbeitsplatz[8]. In zahllosen Diktaten wurden auf unser Volk Lasten über Lasten gehäuft, die in Generationen nicht abzutragen sind.

Alle Versprechungen vom Ende unserer Not und dem Wiederaufbau der Wirtschaft, der Überwindung der Arbeitslosigkeit, der Behebung des Finanzelends im Reich, in den Ländern und Gemeinden, alle diese Versprechungen sind durch die harte Wirklichkeit als unverantwortliche Flunkereien enthüllt worden. Immer kam es anders.

*Erinnert Euch des Young-Plans[9]!*

*Erinnert Euch an die Versprechungen, daß seine Unterzeichnung Deutschland einer glücklicheren Zukunft entgegenführen würde, daß die Geldnot nunmehr ihr Ende fände[10], daß die Wirtschaft Kapitalien erhalte, daß die Arbeitslosigkeit abgebaut würde, daß nunmehr die Steuern ermäßigt werden könnten[11] und daß aus den Ersparnissen des Young-Planes Millionen den notleidenden Massen zugeführt werden sollten.*

Erinnert Euch an alles das und seht Euch nun die Wirklichkeit an.

Deutsches Volk aller Berufe und Stände! Haben wir nicht recht gehabt? Haben wir, die Männer des Volksbegehrens gegen den Young-Plan[12], mit unseren Prophezeiungen recht gehabt, oder haben die Parteien der Young-Plan-Unterzeichnung mit ihrer Verteidigung recht behalten?

Die Geschichte hat nach noch nicht einmal 12 Monaten das Recht auf unserer Seite festgestellt [*sic!*][13].

Die Not, die Ihr, deutsche Volksgenossen, heute erleidet, ist die Zeugin für die Wahrhaftigkeit unserer Voraussagen.

Eine ungeheure Hoffnung ist damit wieder in ein Nichts vergangen. Eine Illusion hat sich verflüchtigt und nur etwas ist geblieben:

das tausendmal größer gewordene graue Elend und die Parteien, die es verschuldeten.

*Denn während die Demokratie unser Volk von einem Unglück in das andere jagt, verewigen sich ihre Parteien.*

Das deutsche Volk stirbt, aber Sozialdemokratie und Zentrum leben.

*Solange aber Sozialdemokratie und Zentrum nicht überwunden werden, wird Deutschland nicht auferstehen. Die Position aber, von der aus die Sozialdemokratie heute Deutschland beherrscht, ist Preußen[14].*

---

7 In der Zeit von Dezember 1913 bis Dezember 1923 verringerte sich das Gesamtvermögen im Deutschen Reich schätzungsweise von 310 Milliarden auf 150 Milliarden Goldmark. Zu den Ursachen der Inflation, die in erster Linie aus der Art der Finanzierung des Ersten Weltkriegs resultierte, vgl. Carl-Ludwig Holtfrerich, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980, Zahlen S. 275 f. mit Anm. 28.

8 Vgl. Dok. 2, Anm. 4, 39 und 40.

9 Vgl. Dok. 2, Anm. 8.

10 Vgl. Dok. 2, Anm. 9.

11 Die geplante Steuerreform des Reichsministers der Finanzen Rudolf Hilferding, die darauf zielte, die bislang ungenügende Kapitalbildung im Deutschen Reich durch steuerliche Entlastung zu fördern, sollte auch durch die erwarteten Erleichterungen durch den Young-Plan ermöglicht werden. Vgl. Ilse Maurer, Reichsfinanzen und Große Koalition. Zur Geschichte des Reichskabinetts Müller (1928-1930), Bern 1973, S. 86 ff.

12 Vgl. Dok. 2, Anm. 11.

13 Vgl. Dok. 2, Anm. 12.

Morgen, am Sonntag, den 9. August 1931, tritt an die deutsche Nation die Frage heran, ob sie nach zwölf Jahren unermeßlicher Schicksalsschläge nun endlich reif genug geworden ist, den Weg nach aufwärts zu sehen[15].

Preußen, Ihr spielt das Prävenire[16].

*Am nächsten Sonntag blicken 90 Millionen Deutsche in aller Welt*[17] *auf Euch 40 Millionen Preußen*[18].

So wie 1813 seid Ihr jetzt wieder die schlesische Armee der deutschen Nation[19].

In Eurer Hand liegt die Freiheit, liegt die soziale Zukunft unserer Rasse. Das Kommando des großen Marschalls der Augustschlacht an der Katzbach sei morgen Euer Befehl:

*Vorwärts, schlagt den Feind*[20]*!*

*Adolf Hitler*

---

14 In der Weimarer Republik bildete die Koalition zwischen Zentrum und SPD gewissermaßen das Rückgrat für die Arbeit der preußischen Regierung: Seit März 1919 wurden mit Ausnahme der Zeit von April bis November 1921 alle preußischen Regierungen aus Vertretern von SPD und Zentrum gebildet, unter Einschluß einzelner Vertreter der DDP, von 1921 bis 1925 auch der DVP. Vgl. Horst Möller, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985, S. 324 ff., 607 ff.

15 Der Stahlhelm hatte am 4.2.1931 beim preußischen Minister des Innern Carl Severing ein Volksbegehren beantragt, "um auf diesem Wege in Preußen eine Regierung zu ermöglichen, die dem in der Wahl vom 14. September 1930 einwandfrei festgestellten Volkswillen entspricht". Bis April 1931 trugen sich 5.955.996 Stimmberechtigte für dieses Volksbegehren ein. Nachdem der Landtag am 9.7.1931 mit 229 gegen 190 Stimmen abgelehnt hatte, dem Volksbegehren zu entsprechen und den Landtag aufzulösen, wurde für den 9.8.1931 ein Volksentscheid angesetzt, der inzwischen nicht nur von Stahlhelm, NSDAP und DNVP, sondern auch von DVP, KPD und einigen kleineren Parteien unterstützt wurde. Von etwa 26.899.000 Stimmberechtigten votierten am 9.8.1931 jedoch nur 9.793.603 (37,1%) für eine vorgezogene Auflösung des preußischen Landtags, so daß sich am Termin der für Frühjahr 1932 vorgesehenen Neuwahl nichts änderte. Vgl. Möller, Parlamentarismus, S. 315 ff.

16 Die NSDAP hatte das vom Stahlhelm initiierte Volksbegehren zunächst nur zögernd unterstützt. Erst als die KPD im Juli 1931 das Projekt des Stahlhelms in einen "Roten Volksentscheid" umzufunktionieren suchte, machte sich die NSDAP zum Fürsprecher dieses Plebiszits, in der Hoffnung, ihre Position im preußischen Landtag, wo sie bislang lediglich mit sechs Abgeordneten vertreten war, schlagartig zu verbessern. Vgl. Sabine Höner, Der nationalsozialistische Zugriff auf Preußen. Preußischer Staat und nationalsozialistische Machteroberungsstrategie 1928-1934, Bochum 1984, S. 127 ff. Ferner Bd. IV/1, Dok. 88.
In einer internen Unterredung mit dem italienischen Konsul in München Capasso Torre am 18.6.1931 beurteilte Hitler die Aussichten des Volksentscheids jedoch pessimistisch. Vgl. De Felice, Mussolini e Hitler, S. 230 f.

17 Ende 1925 wurden in allen Staaten der Welt 94.428.430 Deutschsprachige gezählt. Vgl. Wilhelm Winkler, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927, S. 18 ff. mit Angabe der zugrundeliegenden Definitionskriterien.

18 Vgl. Dok. 2, Anm. 42.

19 Die Schlesische Armee unter dem Befehl von Generalleutnant Gebhard Leberecht von Blücher umfaßte im August 1813 drei russische und ein preußisches Korps und war mit rund 105.000 Soldaten die schwächste unter den drei Armeen der Verbündeten. Dennoch lag während des Herbstfeldzugs 1813 die operative Initiative bei dieser Armee, die mit Blücher sowie Gerhard von Scharnhorst und August Neidhart von Gneisenau als Generalquartiermeister auch von den wichtigsten Vertretern der militärischen Reformbewegung in Preußen geführt wurde. Vgl. Hannsjoachim W. Koch, Die Befreiungskriege 1807-1815. Napoleon gegen Deutschland und Europa, Berg 1987, S. 364 ff.

20 Der spätere Generalfeldmarschall von Blücher, Fürst von Wahlstatt, hatte nach der Schlacht an der Katzbach am 26.8.1813 die Parole ausgegeben, den Sieg auszunützen und den Feind "mit Leib und Seele" zu verfolgen. Die russischen Verbündeten bezeichneten ihn daraufhin als "General Pascholl", als "General Vorwärts". Vgl. Tom Crepon, Leberecht von Blücher. Leben und Kämpfe, Berlin 1988, S. 247 ff.

## 8. August 1931 Dok. 21
## "Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen! Parteigenossen und Anhänger unserer Bewegung!"
## Aufruf

VB vom 8.8.1931.

Ihr seht die Not, Ihr seht die Verzweiflung. Erfüllt morgen Eure Pflicht!

Als Führer verlange ich von Euch, daß Ihr am 9. August[1] das unerschütterliche Vorbild seid für alle Unentschlossenen und Wankenden.

Die Vernichtung der Sozialdemokratie und des Zentrums in Preußen[2] sind die Voraussetzungen zum Leben des deutschen Volkes.

*Adolf Hitler*

## 25. August 1931 Dok. 22
## Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 31.8.1931.

Betreffend: Rechtslage und Finanzgebarung der Organisation.

I. Wie mir die Herren der Reichsleitung berichten, mehren sich in letzter Zeit auffallend Briefe an die Reichsleitung, in denen von Geschäftsleuten aller Art Forderungen gegen Untergliederungen der Bewegung aus den verschiedensten Rechtsgründen geltend gemacht werden. Der Umstand, daß sich diese Geschäftsleute unmittelbar an die Reichsleitung wenden, beruht darauf, daß die Untergliederungen der Bewegung in Erfüllung übernommener Verpflichtungen teilweise versagen.

Ich mache die verantwortlichen Herren der Gesamtorganisation aller Untergliederungen erneut unter Betonung ihrer persönlichen Verantwortung auf folgende Regelungen aufmerksam, deren Beachtung ich erneut anordne:

Rechtsperson im Rechtsleben ist ausschließlich für die Gesamtbewegung der Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Verein e. V., Sitz München, Briennerstraße 45[1]. Der im Sinne des Gesetzes für diesen Verein allein Vertretungsberechtigte bin ich. Der Reichsschatzmei-

1 Vgl. Dok. 20, Anm. 15.
2 Vgl. Dok. 20, Anm. 14.

1 Druck der Satzung des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Vereins e. V. in der Fassung vom 21.8.1925 sowie vom 22.5.1926: Bd. I, Dok. 64 und 146.

ster Schwarz hat meine Vollmacht, mich und damit die Gesamtbewegung auf dem Gebiete der Wirtschaft und Finanzgebarung zu vertreten[2]. Die Amtsleiter der Reichsleitung leiten die ihnen übertragenen Abteilungen und zwar in meinem Auftrag und meiner Vollmacht selbständig.

Verträge, bzw. Rechtsgeschäfte aller Art, die irgendwie die Gesamtpartei angehen oder angehen können, müssen in jedem Einzelfalle vorher der Reichsleitung zur Begutachtung und zur allenfallsigen [*sic!*] Einholung meiner Bewilligung zugeleitet werden. Außer den erwähnten Herren der Reichsleitung besitzt kein Verantwortungsträger in der Organisation auf dem Gebiete der Regelung der Vereinsangelegenheiten Generalvollmacht.

Die Reichsleitung lehnt es, wie wiederholt betont, ausdrücklich ab, Forderungen anzuerkennen, die aus Rechtsgeschäften entstehen, ohne daß die vorherige Genehmigung der verantwortlichen Stelle der Reichsleitung vorliegt.

II. Ich mache künftighin jeden verantwortlichen Leiter einer Gliederung der Bewegung persönlich haftbar, wenn, wie das bisher schon zu beobachten war, parteidienstliche Anfragen oder Ersuchen der Amtsleiter der Reichsleitung unbeantwortet bleiben sollten. Fristen von Rückäußerungen, die von der Reichsleitung gesetzt werden, sind gleichfalls pünktlich einzuhalten. Künftighin wird jede bewußte Verletzung dieses Gebotes als parteischädigende Handlung geahndet werden. Die verantwortlichen Herren der Organisation müssen für diese meine Anordnung, die ausschließlich vom Interesse der Gesamtbewegung veranlaßt wird, Verständnis haben.

III. Der Dienstverkehr mit der Reichsleitung hat zunächst die Aufgabe, die organisatorische Sicherung der Bewegung bis ins letzte lebendig zu halten. Wird dieser notwendige Geschäftsverkehr innerhalb der Organisation dadurch bedroht, daß dringende Angelegenheiten immer wieder infolge Ausbleiben von Stellungnahmen hinausgeschoben werden müssen, so entstehen unter Umständen auch schwere wirtschaftliche Nachteile für die Gesamtbewegung. Für wirtschaftliche Schäden dieser Art müssen künftig dann die verantwortlichen Herren der Organisation persönlich direkt oder indirekt zur Verantwortung gezogen werden.

*München,* 25. August 1931

Adolf *Hitler*

2 Vgl. Dok. 33.

## 4. September 1931 Dok. 23
## Rede auf NSDAP-Unterführer-Versammlung in Hamburg[1]

Hamburger Tageblatt vom 7.9.1931, "Adolf Hitler: Rettung kann nur von uns selbst kommen"[2].

Ich bin heute gekommen, um in einem engen Kreis von Parteigenossen und Parteigenossinnen über die Lage und die Stellung Deutschlands zu sprechen. Es ist eingetroffen, was wir seit Jahren als die ganz notwendigen Folgen haben kommen sehen. Alle Hoffnungen sind zusammengebrochen, und es ist nur noch eine Hoffnung vorhanden, daß etwas nicht zusammenbrechen wird, was unsere Gegner wünschen: die nationalsozialistische Bewegung, deren Sieg allein die Gewähr dafür bieten wird, daß über dem alten Elend die Sonne einmal schöner und freudiger aufsteigt als heute. Es ist schon so, und das ist mein fester Glaube, die Bewegung von heute wird nicht zusammenbrechen, sondern sie wird stehen.

Ich darf nun ganz kurz ein Bild der heutigen Lage geben, so wie ich sie sehe. Für mich soll nicht entscheidend sein die augenblicklich herrschende Lage, sondern die Kräfte, welche im Völkerleben immer maßgebend sein werden. Nur weil ich die bewegenden Kräfte im Auge hatte, habe ich in diesen 12 Jahren immer richtig prophezeit und ununterbrochen die große Linie im Auge gehabt, die m. E. zwangsläufig zu einem bestimmten Ergebnis führen mußte. Wenn wir die heutige Lage durch die Brille unserer Regierung ansehen, dann scheint alles nur davon abzuhängen, daß wir fremde Hilfe, in erster Linie von auswärts, erhalten. Man erwartet Hilfe von Amerika, später von England und von Paris[3]. Ganz gleich, nur irgendwie muß sich ein lichter Schimmer zeigen, der dann als der berühmte Silberstreifen angesehen wird[4]. Wie oft hat man uns erzählt, es seien wieder große Auslandsanleihen von 2-3 Milliarden, bzw. 300 Millionen Dollars in Aussicht. Man packt hierauf seine Koffer, fährt dieser Fata Morgana entgegen und muß kurz darnach zu großer Enttäuschung bemerken, daß kein Mensch im Auslande mehr

---

1 In den Sagebielsälen, abends. An der geschlossenen Versammlung, mit der die NSDAP den Wahlkampf zur Hamburger Bürgerschaftswahl am 27.9.1931 eröffnete, nahmen rund 1.000 Funktionäre der örtlichen NSDAP teil.
Am selben Tag kam es außerdem zu einer "Unterredung mit Hi[*tler*] und einigen maßgebenden Herren der Hamburger Wirtschaft". Vgl. Schreiben des Vorstandsmitglieds des Hamburger Nationalklubs, Georg von Holten, an Admiral a. D. Magnus von Levetzow vom 9.9.1931; BA-MA N 239/55.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 5.9.1931, "'Jederzeit volle Verantwortung - aber niemals für den Brüning-Kurs'"; Hamburger Fremdenblatt vom 6.9.1931, "Hitler in Hamburg"; VB vom 6./7.9.1931, "'Ich weiche keinen Schritt zurück'". Ferner Tagebuch Albert Krebs, Eintrag vom 4.9.1931; BA NL Krebs/1. Hermann Okraß, "Hamburg bleibt rot". Das Ende einer Parole, Hamburg 1934, S. 239.

3 Vgl. Dok. 12, Anm. 4 und 6.

4 Am 17.2.1924 hatte der damalige Reichsminister des Auswärtigen und Vorsitzende der DVP, Gustav Stresemann, bei einer Rede auf dem Parteitag des 25. Wahlkreisverbandes der DVP in Elberfeld folgendes geäußert: "Wenn ich an die Verhandlungen denke, die von den Sachverständigenkomitees geführt worden sind und die in Berlin fortgesetzt wurden, wenn man mich da fragt, ob aus diesen Verhandlungen etwas zu erwarten sei, möchte ich mich dem anschließen, was ein deutscher Wirtschaftler, der seit Jahren diese Sisyphusarbeit mitgemacht hat und der die Ergebnislosigkeit dieser Bemühungen sah, geäußert hat: er sehe zum erstenmal einen Silberstreifen an dem sonst düsteren Horizont." Druck: Gustav Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden. Hrsg. von Henry Bernhard u. a., Bd. I, Berlin 1932, S. 298 ff., hier S. 300.

gewillt ist, uns Kredite einzuräumen[5]. Man schaut also nach einem neuen Lichtblick aus und vergißt dabei vollkommen die Frage, ob es nicht möglich ist, sich selbst von innen heraus zu helfen. Glaubt man nun endgültig, daß man von außen gerettet wird, dann muß die Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik selbst darauf eingestellt sein. Wir glauben es nicht. Ich glaube niemals, daß ein Vólk durch äußere Hilfe gerettet werden kann. Die wesentliche politische Macht hat Frankreich. Frankreich hat gar kein Interesse daran, uns zu helfen[6]. *Rettung kann nur kommen, wenn wir uns selbst helfen wollen und wenn die Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik eine einheitliche Linie in diesem Sinne findet.*

Es handelt sich nicht darum, was ein Staatsmann will, sondern was er politisch nach außen hin kann [*sic!*]. Man muß einen Willen haben, welcher imstande ist, die Macht zu schaffen, die nach außen hin alle diese Ideen verwirklichen kann. Ich trenne mich hierin sowohl vom Zentrum als auch der Demokratie[7]. Ich glaube im Völkerleben nur an die Kraft der Gewalt selbst[8]. Ich habe das eine für mich, daß die anderen mit ihrem Rezept keine Erfolge erzielen. Wir glauben nicht an die Liebe der andern und an Völkerverbrüderung - und werden daher politisch uns auch nie so einstellen.

Die katastrophale Niederlage in der Frage der Zollunion[9] sei ein drastisches Beispiel dafür. Er, Hitler, habe diese Katastrophe schon bei der Verkündung der Zollunion in einer Münchener Rede vorausgesagt, daß es

*eine innere Unmöglichkeit sei, nach außen Demonstrationspolitik treiben zu wollen, gleichzeitig im Innern aber die Herrschaft des zersetzenden Pazifismus und der zerstörenden Demokratie aufzurichten*[10].

---

5 Durch die Bankenkrise (vgl. Dok. 13, Anm. 16) verringerte sich die Kreditversorgung des Deutschen Reichs, was vor allem Wirtschaft und Kommunen zusätzlich belastete. Hatte das Volumen der Kurzkredite (ausschließlich der Bankendebitoren) Ende 1930 noch 26,3 Milliarden RM betragen, so verringerte es sich bis Ende 1931 auf 21,1 Milliarden RM und Ende 1932 auf 19,5 Milliarden RM. Vgl. Born, Bankenkrise, S. 17 ff., 178 ff., ferner Dok. 29, Anm. 7.

6 Zur damaligen Verschlechterung des deutsch-französischen Verhältnisses vgl. Franz Knipping, Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928-1931. Studien zur internationalen Politik in der Anfangsphase der Weltwirtschaftskrise, München 1987.

7 Gemeint sind vermutlich alle bürgerlich-demokratischen Parteien.

8 Zu den möglichen Quellen von Hitlers sozialdarwinistischen Vorstellungen vgl. Peter Emil Becker, Wege ins Dritte Reich. Bd. 2: Sozialdarwinismus, Rassismus, Antisemitismus und Völkischer Gedanke, Stuttgart 1990.

9 Das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion war schon länger erwogen worden, seit 1930 bemühten sich der Reichsminister des Auswärtigen Curtius und der österreichische Bundeskanzler Johannes Schober um eine Konkretisierung. Am 21.3.1931 gab die Reichsregierung den Plan der Zollunion offiziell bekannt, der einen einheitlichen Zolltarif und die Aufhebung sämtlicher bilateraler Einfuhr- und Ausfuhrzölle vorsah. Die Verknüpfung dieser Absichten mit den Paneuropa-Plänen des französischen Außenministers Aristide Briand konnte jedoch nicht verhindern, daß sich Frankreich der Zollunion, die mittelfristig auch auf eine Ausdehnung der deutschen Einflusses nach Südosteuropa sowie auf Polen zielte, heftig widersetzte. Nachdem auch Großbritannien, Italien und die Staaten der Kleinen Entente Widerspruch angemeldet hatten, gaben Schober und ihm folgend Curtius bis zum 3.9.1931 ihren Verzicht auf die Zollunion bekannt. Zwei Tage später erklärte der Internationale Gerichtshof im Haag, eine solche Union sei unvereinbar mit dem Genfer Protokoll vom 4.10.1922 und dem Friedensvertrag von St. Germain vom 10.9.1919. Vgl. Anne Orde, The Origins of the German-Austrian Customs Union Affair of 1931. In: Central European History XIII (1980), S. 34-59.

10 Gemeint ist Hitlers Rede vom 7.4.1931 in München. Druck: Bd. IV/1, Dok. 86.

Die Zollunion sollte die große politische Tat des Systems sein. Aber man hätte wissen müssen, daß ihr Mißerfolg schon in den Voraussetzungen beschlossen gewesen sei. Geschichtliche Aufgaben könne man nur leisten, wenn man vorher die Kraft des Volkes organisiere und zum mindestens das Fundament des gemeinsamen politischen Denkens schaffe. Wenn, wie es bei uns der Fall sei, sich zwei Auffassungen über die Grundlagen von Staat und Volk so versteinert gegenüberstünden, daß keiner mehr die Kraft fände, die andere zu überwinden [11], dann müsse eine dritte kommen, die beide überwindet. Die nationalsozialistische Bewegung, die nur aus sich selbst herausgewachsen sei [12], werde mit allen ihr innewohnenden aggressiven Kräften den steril gewordenen Prozeß beenden und eine neue gemeinsame Lebensgrundlage der Nation herstellen.

Es gibt auf der Erde zwei Menschen[*typen ?*] mit zweierlei Lebensstandard. Die weiße Rasse konnte auf Grund ihrer höheren Kräfte sich anderen Völkern niedrigerer Art gegenüber ein Herrenrecht anmaßen, das ihr die Möglichkeit gab, organisierend und damit beherrschend auftreten zu können. Dies bildet die Voraussetzung für den höheren Lebensstandard der weißen Rasse. Das will der Marxismus stürzen. Dann aber stürzt eben unser deutsches Volk. Wenn man will, daß dieser Unterschied in der Welt vergeht, dann wird das, was vorhanden gewesen ist, verschwinden und damit auch unsere Lebensexistenz. Wir haben einen Kulturstaat, der auch industriell aufgebaut ist, weshalb wir auf Einfuhr von Rohprodukten aus dem Auslande angewiesen sind [13]. Solange wir diese Einfuhr brauchen, müssen wir unsere Herrenstellung auf der Erde verteidigen, müssen Macht entwickeln.

Wir können heute nicht mehr so weiterwirtschaften wie bisher. Auch nur der Gedanke an ein Weiterwirtschaften in diesem Sinne bedeutet eine Utopie. Wir klammern uns an etwas, was nicht mehr da ist. Eine weitere Verschuldung ist nicht mehr denkbar [14]. Absicht, uns Geld zu geben, hat kein Mensch, trotz aller politischen Zusicherungen, weil wir keine Gegenwerte besitzen. Eine Fabrik von 10 Millionen Mark hat den Wert nur in der Voraussetzung, daß sie arbeitet. Wer kauft sich denn eine Anlage, die vollkommen still liegt? Der Wert liegt in ihrem Betrieb. Der größte Dampfer ist in dem Augenblick wertloses Eisen, wenn er still liegt. Wenn ich heute sage, Deutschland ist reich, ja, an was sind wir reich? Wir können vielleicht gewisse Dinge zu Geld machen, aber lebendige Arbeit ist ausgeschaltet. Die lebendige Arbeit, die bereits ausgeschaltet ist, wird immer mehr ausgeschaltet [*sic!*]. Wir fürchten, daß die Arbeitslosenziffer [15] im kommenden Winter auf 6-7 Millionen wächst, doch ich möchte hoffen, daß ich mich darin täusche.

Woran liegt das alles? Ich greife ein Beispiel heraus. Wenn drei Menschen zusammen verkehren und können sich nicht einmal über die grundlegenden Ideen ihres Gemeinschaftswesens einigen, so stürzen sie ins Unglück. Wie soll es dann dem deutschen Volke im Großen ergehen? Was wir heute im Großen erleben, können wir bei jedem Verein im Kleinen erleben. Wenn je-

11 Anspielung auf den Dualismus zwischen bürgerlichem und marxistischem Lager, nach Hitlers Vorstellung eine der Hauptursachen für Deutschlands innenpolitische Schwäche.

12 Vgl. Dok. 2, Anm. 60.

13 Vgl. Dok. 2, Anm. 28.

14 Vgl. Dok. 2, Anm. 14 und 15.

15 Vgl. Dok. 2, Anm. 4, 39 und 40. Zur Arbeitslosigkeit in Hamburg während der Weltwirtschaftskrise vgl. Ursula Büttner, Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928-1931, Hamburg 1982, S. 243 ff.

mand in unserem Vaterlande sagt, ich glaube an einen Gott, so sagt der andere, Religion ist Unsinn. Ich kann mir ein kommunistisches Deutschland vorstellen, einen sogenannten unzivilisierten Massenstaat, ich kann mir aber auch einen nationalsozialistischen Staat vorstellen, in dem sämtliche übernommenen Kulturgüter wieder die alte Höhe erreichen werden. Aber einen Staat, der die kommunistischen und nationalsozialistischen Grundideen enthält, kann ich mir nicht vorstellen. Wenn unser Volk so weiter fortfährt wie jetzt, so wird in kurzer Zeit kein Mensch mehr bereit sein, für Deutschland sich aufzuopfern. Ich sage daher, der Staatsmann von heute hat eine andere Aufgabe wie der Staatsmann vor 12-20 Jahren. Damals mußte der Staatsmann mit den vorhandenen Instrumenten kämpfen für den Bestand der Daseinsgrundlagen des Volkes. Wir befinden uns aber in einer Zeit, in der es kein Gemeinschaftsfundament und kein Instrument zur Verteidigung dieses Fundamentes gibt.

An und für sich ist es nicht entscheidend, ob unser neues Deutschland in 2, 5 oder 10 Jahren gebildet wird, entscheidend ist, daß in diesen Jahren überhaupt an dem Wiederaufbau unserer Ideen gearbeitet und mit der Schaffung des Instrumentes zur Sicherung unseres Daseinskampfes begonnen wird, so daß ein evtl. Stillstehen bzw. Rückgang uns nicht mehr schädlich werden kann [*sic!*].

Am Schluß seiner Rede wandte sich Adolf Hitler mit einem leidenschaftlichen Bekenntnis zur Einheit der Bewegung [16] an die Funktionäre. Wir haben vor 13 Jahren die Konsequenzen aus dem Zusammenbruch Deutschlands gezogen und eine Grundlage geschaffen und darauf Menschen verpflichtet. Aus dem Willen zur Einheit des Volkes heraus ist unsere Bewegung entstanden, und was im Großen für Volk und Staat gilt, das gilt für unsere Bewegung selbst. Sie darf sich nicht in inneren Diskussionen aufreiben. Sie hat die Pflicht, ihre Kraft nach außen in einer Richtung zu sammeln und sich auf den Boden einiger, unantastbarer und undiskutierbarer Grundanschauungen zu stellen [17]. Ich kann Ihnen hier nur sagen: Wenn es uns gelingt, diese Partei in ihrer ganzen Kraftanstrengung immer von diesen Mißständen freizuhalten und alles nach außen zu kehren, dann wird in den nächsten Jahrzehnten nur unsere Bewegung bestimmend sein. Daß dies nicht mißlingt, das fühle ich als meine äußerste Aufgabe [*sic!*]. Ich bin in einzelnen Dingen schweigsam und nachgiebig, jedoch grundsätzlichen Dingen gegenüber hart, sehr hart, eisenhart. Niemals werde ich mich zu einer anderen Aufgabe bekennen als zu der, die ich vertrete. Ich stehe hier und bleibe hier und werde niemals auch nur einen Zentimeter von meinem Entschluß zurückgehen. Sie bitte ich, haben Sie das Verständnis dafür in einer Zeit, die das Grauenhafte der Folgen aufzeigt, welche auf eine innere Zersetzung einer Bewegung immer folgen werden. Ich fühle mich nicht als Vertreter einer Partei, sondern als

16 Hitlers absoluter Führungsanspruch, der die Geschichte der NSDAP seit ihrer Wiedergründung im Februar 1925 prägte, provozierte immer wieder heftige interne Konflikte. Besonders folgenschwer von ihrer Publizität wie von ihrer Wirkung waren beispielsweise Hitlers Auseinandersetzungen mit Albrecht von Graefe (vgl. Bd. I, Dok. 106, 109 ff.; Bd. II/1, Dok. 46, 66; Bd. III/2, Dok. 34, 35; Bd. III/3, Dok. 13), Artur Dinter (vgl. Bd. II/2, Dok. 183; Bd. III/1, Dok. 4, 33, 35), Otto Straßer (vgl. Bd. III/3, Dok. 39, 40, 64, 67, 70, 77) und Walter Stennes (vgl. Bd. III/3, Dok. 100 ff.; Bd. IV/1, Dok. 79-82, 84 f., 93, 99 f., 115).

17 Zur frühzeitigen Verfestigung einer unangefochtenen Führerstellung Hitlers innnerhalb der NSDAP vgl. Tyrell, Vom "Trommler"; ferner Hermann Weiß, Der "schwache Diktator". Hitler und der Führerstaat. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 64-77.

der Führer und damit verantwortlicher Leiter der letzten Hoffnungen von unzähligen Deutschen. Wenn diese Bewegung zerbrechen würde, dann würde alles zerbrechen. Ich glaube, daß in unserer Bewegung heute Hunderttausende sind, die sich in Treue zusammenschließen und dafür sorgen werden, daß endlich einmal eine neue Lebensbasis für unser Volk geschaffen wird. Wir gehen einer sehr schweren, harten Zeit entgegen, und Sie werden sehen, wie nötig es ist, daß unser Volk wieder das wird, was es in früheren und besseren Zeiten gewesen war. Wir werden jede Verantwortung übernehmen und keinen Fußbreit an Macht und Pflichten aufgeben. Ich würde mich als erbärmlicher Wicht fühlen, wenn ich nicht den Mut hätte, die volle Verantwortung für mein Handeln zu übernehmen. Nun sagt man vielleicht: "Die Schlacht steht heute schief, wir übernehmen ein schlechtes Erbe." Gewiß, die Schlacht steht schief, aber glauben Sie, daß man deshalb das Recht hat zu sagen: "Nein, wir übernehmen das Kommando nicht!?" Nein, wir haben den Mut es zu tragen, und wir wollen es besser machen. Wenn ein anderer meint, die können es nicht mehr gut machen und sollten dies und jenes übernehmen, so sage ich:

*Jawohl, ich übernehme das Leid meines Volkes.*

Wir müssen den Mut haben, unser Ziel unentwegt zu verfolgen und jetzt nicht zurückweichen. Es ist unsere Aufgabe, dem Volk klarzumachen, daß wir ausbaden müssen, was uns eingebrockt wurde. Je mehr die Bewegung geschlossen dasteht, um so größer wird der Erfolg werden. Zweifel dürfen nicht sein. Ich gehöre nicht zu den Menschen, die heute dies und morgen das wollen. Ich habe mir nur ein Ziel gesetzt, für das ich bis zum letzten kämpfen werde. Der Wahlspruch der anderen Parteien lautet: *"Bei uns kann jeder tun, was er will."* Darauf ist zu sagen, daß dann nicht die Deutschen tun werden, was *sie* wollen, sondern die Welt wird *mit uns* tun, was sie will. Ich habe nur den einzigen Wunsch, daß mein Wille dem deutschen Volke zum Nutzen gereichen wird. In unserer Bewegung herrscht ein Gesamtwille, der allein politische Erfolge ermöglicht und den ich bestimme. Wer sich wirklich zu meinem Programm bekennt und mir glaubt, soll kommen. Wer es nicht will, der gehe zu anderen Parteien, wir wollen ihn nicht. Wenn wir einig bleiben, dann wird keine Macht der Erde uns [*et*]was anhaben können. Wir hoffen, daß es so kommen möge, unser Wirken wird dann in das Buch der deutschen Geschichte unter der Überschrift eingetragen werden:

*Aufstieg der deutschen Nation.*

# 6. September 1931 Dok. 24
# Geleitwort

Nationalsozialistische Landpost vom 6.9.1931, "Adolf Hitler: Zum Geleit".

Liberalismus und Marxismus sind unzertrennliche Bundesgenossen. Bismarcks Behauptung, daß der Liberalismus Schrittmacher der Sozialdemokratie sei [1], ist heute eine ebenso klare wie geschichtlich erwiesene Tatsache. Eine der größten Sünden der liberalistischen-marxistischen Periode ist die innere Abkehr von der Erkenntnis der Bedeutung des eigenen Lebensraumes. Unter dem Schlagwort der "Weltwirtschaft" [2] erdrosselte man langsam bei Millionen Menschen das Verständnis für die Bedeutung einer eigenen, sich selbst genügenden Wirtschaft. Jede Rückkehr zu einer gesunden Volkswirtschaft aber erfordert die Wiederherstellung einer genügenden eigenen Ernährungsbasis und eines gesunden Bauerntums [3]. Nicht die Weltwirtschaft ist das Fundament unserer Existenz, sondern unser deutscher Bauer. Und nicht nur wirtschaftlich ist er das Fundament, sondern auch völkisch. Wenn der Liberalismus aus wirtschaftlichen Erwägungen den Bauernstand vernachlässigte, dann versuchte der Marxismus aus parteipolitisch-weltanschaulichen Dingen heraus [*sic!*] ihn zu vernichten [4]. Der Nationalsozialismus aber wird entweder den deutschen Bauern erobern und zu einem Pfeiler seiner Welt machen oder er wird überhaupt nicht sein. Daher ist für uns der deutsche Bauer nicht ein Kampfobjekt und Stimmengewinn [*sic!*], sondern die Voraussetzung zum Bestand eines von der Welt unabhängigen Volkes und Staates. Heute kämpfen wir Nationalsozialisten um die Seele des deutschen Bauern. Es wird einmal eine Zeit kommen, da werden Millionen deutscher Bauern die schärfsten fanatischen Verfechter unserer nationalsozialistischen Weltanschauung sein! Die "Nationalsozialistische Landpost" [5] soll zum deutschen Bauern sprechen, auf daß morgen der deutsche Bauer in ihr zum deutschen Volk zu reden vermag.

---

1 Gemeint ist vermutlich die am 9.5.1884 anläßlich der Verlängerung des Sozialistengesetzes im Reichstag gehaltene Rede Bismarcks, in der er unter anderem erklärt hatte: "Meines Erachtens bahnt jeder Wähler, der fortschrittlich wählt, mit noch mehr Sicherheit die Wege für die künftige Herrschaft der Sozialdemokratie." Vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages, V. Legislaturperiode, IV. Session 1884, Bd. 1, S. 482.

2 Vgl. Dok. 2, Anm. 33.

3 Zur nationalsozialistischen Agrarideologie vgl. Klaus Bergmann, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Meisenheim am Glan 1970, S. 297 ff.; Friedrich Grundmann, Agrarpolitik im Dritten Reich. Anspruch und Wirklichkeit des Reichserbhofgesetzes, Hamburg 1979, S. 20 ff. ferner Bd. III/3, Dok. 22.

4 Zum Verhältnis von politischen Parteien und bäuerlicher Bevölkerung vgl. Martin Schumacher, Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914-1923, Düsseldorf 1978.

5 Mit dem Erscheinen der *Nationalsozialistischen Landpost* versuchte die NSDAP im September 1931 eine Zeitung ins Leben zu rufen, die speziell auf die Interessen der Landbevölkerung zugeschnitten war. Die Zeitung sollte - so ihr Chefredakteur Richard Walther Darré - "die große kämpferische Linie der nationalsozialistischen Agrarpolitik herausschälen und den deutschen Landstand für das Dritte Reich schulen". Parallel hierzu war ab April 1931 im *Völkischen Beobachter* eine Seite für Landwirtschaftsfragen reserviert, erschienen in allen nationalsozialistischen Gauzeitungen landwirtschaftliche Beiblätter. Die *Nationalsozialistische Landpost* wurde im parteieigenen Verlag Franz Eher Nachf. gedruckt und erschien wöchentlich, am 15.1.1933 in einer Auflagenhöhe von ca. 20.000 Stück. Vgl. Horst Gies, R. Walther Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Diss. phil., Frankfurt a. M. 1965, S. 51 f.; Katalog der nationalsozialistischen Pressen nach dem Stand vom 15. Januar 1933. Hrsg. von der Werbe-Rundschau (Archiv für Werbung), Berlin 1933, S. 11.

## 6. September 1931 Dok. 25
## Rede auf Gautag der Thüringer NSDAP in Gera[1]

Der Nationalsozialist (Beilage) vom 10.9.1931, "Rede Adolf Hitlers"[2].

Parteigenossen und -genossinnen!

Wenn wir seit 12 Jahren fast ununterbrochen als Propheten aufgetreten sind und immer dabei *Recht* behielten, dann geschah es deshalb, weil wir über den Ereignissen des Tages *die große Linie* nicht aus dem Auge verloren haben, die *große Linie der Entwicklung*, weil wir über dem Erfolg des Tages nicht vergessen haben, *was endgültig Erfolg bringen und sichern kann*, und weil wir allerdings auch über all die Niederlagen nicht verzagten, sondern immer und immer wieder *Trost und Zuversicht* fanden in der *Kraft unseres Volkes*. Sie haben vorher von unserm Parteigenossen Minister [*sic!*] *Frick*[3] einen Hinweis bekommen auf die *Zollunionspolitik unserer Regierung*[4], und Sie haben ja selbst in den letzten Tagen gelesen, wie diese Politik nun-

---

1 Im Doppelsaal des Gasthofs *Heinrichsbrücke*, nach 17.00 Uhr. Hitler sprach etwa eine Stunde. Die Versammlung, an der etwa 2.000 Personen teilnahmen, wurde von MdL und Gauleiter Fritz Sauckel geleitet und mit einer kurzen Begrüßung eröffnet. Vor Hitler, der zusammen mit MdL und Gauleiter Adolf Wagner, Röhm, August Wilhelm Prinz von Preußen und SA-Obergruppenführer Manfred Frhr. von Killinger eingetroffen war, sprach MdR Frick.
Hitlers Rede bildete den Abschluß des Thüringer Gautags. Der Gautag wurde am 5.9.1931 mit einer Tagung aller politischen Leiter eröffnet, gefolgt von einem Fackelzug, einem SA-Konzert auf dem Schützenplatz und einem sog. Riesenschlachtenfeuerwerk, das laut Polizeibericht etwa 20.000 Zuschauer verfolgten. Tags darauf wurde eine Feier auf dem Schützenplatz abgehalten, bestehend aus Appell, Fahnenweihe, sog. Feldgottesdienst, Gefallenenehrung und kurzen Ansprachen. Ab 12.30 Uhr formierte sich ein Propagandamarsch aus etwa 11-12.000 uniformierten Nationalsozialisten, deren Vorbeimarsch Hitler auf dem Markt abnahm. Neben der Rede im Gasthof *Heinrichsbrücke* hielt Hitler kürzere Ansprachen bei der Fahnenweihe am Vormittag und beim Abschluß des Propagandamarsches auf dem Roßplatz.

2 Vgl. auch Thüringer Allgemeine Zeitung vom 1.9.1931, "Nationalsozialistischer Gautag"; Geraer Nachrichten vom 7.9.1931, "Thüringer Gautag der Nationalsozialisten"; Geraer Zeitung vom 7.9.1931, "Aus Groß-Gera: Thüringer Gauparteitag der Nationalsozialisten"; Ostthüringer Tribüne vom 7.9.1931, "'Generalangriff auf Gera'"; Thüringer Allgemeine Zeitung vom 7.9.1931, "Nationalsozialistischer Gautag in Gera"; Das Volk vom 7.9.1931, "'Generalangriff auf Gera'"; Der Nationalsozialist vom 8.9.1931, "Die Kundgebung der Hunderttausend!!"; VB vom 8.9.1931, "15.000 marschieren in Gera"; vom 9.9.1931, "Die Saat Fricks ist aufgegangen: Der Hitlertag in Gera - ein Symbol sieghaften Glaubens"; Der Vorposten vom 11.9.1931, "Hitlertag in Gera"; Illustrierter Beobachter vom 19.9.1931, "Hitlertag im ehemals roten Thüringen" und "Der Hitlertag in Gera"; vom 26.9.1931, "Hitlertag in Gera". Lagebericht Nr. V/31 Pol. der Thüringischen Polizeidirektion Gera vom 7.9.1931; Thüringisches HStA Weimar, MdI, P 163 sowie Programm für den 7. Thüringer Gautag in Gera am 5. und 6. September 1931; BA, NSD Th 4. Ferner Karl Heinz Albrecht, Zehn Jahre Kampf um Gera. Eine Geschichte der NSDAP im Thüringer Osten, Gera o. J., S. 57 ff.

3 Wilhelm Frick (1877-1946), 1901 Dr. jur., 1907 Assessor am Bezirksamt Pirmasens, 1917 Beamter bei der Polizeidirektion München, 1919-1923 Leiter der politischen Polizei, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch zu 15 Monaten Festungshaft verurteilt, 1924-1933 MdR (NSDAP), 1928 Vorsitzender der Reichstagsfraktion der NSDAP, 23.1.1930-1.4.1931 thüringischer Innen- und Volksbildungsminister, 1933-1943 Reichsminister des Innern, 1943-1945 Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, 1946 hingerichtet.

4 "Dr. Frick geht nun auf die klägliche Rolle des Außenministers Curtius in Genf ein. Unsere Pleite in der Zollunionsfrage ist bezeichnend für das ganze System. Man hätte das ganze Projekt von vorneherein zurückstecken

mehr endete[5]. Es ist aber doch wichtig, gerade in diesem Beispiel die innere Linie zu finden, die - unserer Überzeugung nach: von vornherein - dieses Experiment, sagen wir, *zum Scheitern bringen* mußte. Als die Regierung Brüning - man war wirklich erstaunt über diesen Bocksprung - plötzlich in einer aufwallenden Energie dieses Projekt der Zollunion der Welt *gemeinsam mit der ähnlich kraftvollen österreichischen Regierung* bekanntgab (Gelächter)[6], da waren wir im ersten Augenblick *ungläubig*. Ich muß gestehen, in der ersten Sekunde dachte ich, es wäre eine fette Ente irgendeines Pressejuden, und war erstaunt, als ich in den nächsten Tagen immer ungefähr dasselbe las, und es demnach stimmen mußte. Sie wissen nun auch, warum man eigentlich dieses Zollunionsprojekt der Welt plötzlich übergab. Die Zeitungen der Regierung selbst ließen durchblicken, was damit beabsichtigt war. Man wies hin - analog eines Vorganges in der Mitte des vorigen Jahrhunderts - , wie später eine große machtpolitische Erhebung aus dem Zollverein entstand[7].

*So könne auch aus der Zollunionspolitik der Regierung Brüning schon jetzt geschlossen werden, daß sie der Beginn einer ganz großen nationalen Einigung sein würde, ja man schrieb es nicht, aber man ließ es durchleuchten, daß diese Politik eine nationale Erhebungspolitik sein würde.*

Die Einleitung dazu sei die Zollpolitik Brünings. Als ich das las und sah, wie gierig sich die Regierungspresse darauf stürzte, und wie man mit dieser Fata Morgana nun *wieder einen Teil des Volkes zu blenden versuchte*, und sich auch ein Teil blenden ließ, da wurde mir augenblicklich klar, daß dieser Versuch *mit einer Riesenkatastrophe* enden mußte.

*Sehen Sie, wenn Bismarck einst die Zollvereinspolitik aufnahm und weiter durchführte, ja, wenn er sich endlich sogar entschloß, bewußt die Bildung eines neuen Reiches vorzunehmen unter Herbeiführung einer Auseinandersetzung zwischen den beiden Staaten*[8] *in der Erkenntnis, daß hier erst im Innern absolute Klarheit geschaffen werden mußte über die Macht, die nun endgültig Deutschlands Macht und Schicksal bestimmt; wenn Bismarck einen solchen Plan klar ins Auge faßte, dann hat er sich aber auch für diesen Plan*

*alle die Mittel gesichert,*

*die zu seiner Durchführung nötig waren. Zur selben Zeit war die Preußenpolitik umgestellt und aus der Sphäre des ewigen Nachgebens herausgenommen*[9]. *Und sollte eingesetzt werden*

---

müssen. Man kann nun einmal mit einem Breitscheid, Ullstein und Mosse keine nationale Aufbaupolitik treiben." Vgl. Der Nationalsozialist vom 8.9.1931, "Die Kundgebung der Hunderttausend!! Der Kongreß am Sonntag".

5 Vgl. Dok. 23, Anm. 9.

6 Nachdem die Presse bereits seit dem 17.3.1931 über die deutsch-österreichischen Vorbereitungen für das Zollunions-Projekt berichtete, ließen sich die Verhandlungen nicht länger geheimhalten. Die österreichische Regierung gab den Inhalt des Protokolls am 20.3., die deutsche Regierung am 21.3.1931 bekannt. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1931, S. 88, 280; Julius Curtius, Sechs Jahre Minister der Deutschen Republik, Heidelberg 1948, S. 193 ff.

7 Unter Führung Preußens hatten sich seit 1833 die meisten Länder des Deutschen Bundes zum Deutschen Zollverein, einem zoll- und handelspolitischen Bündnis zusammengeschlossen. Österreich und einige Mittelstaaten wie Hannover oder Baden blieben dem Abkommen vorerst fern.

8 Gemeint ist der Deutsche Krieg zwischen Preußen und Österreich, der am 21.6.1866 begonnen hatte und nach der vernichtenden Niederlage der österreichischen Armee in der Entscheidungsschlacht von Königgrätz am 3.7. 1866 am 26.7.1866 im Vorfrieden von Nikolsburg, am 23.8.1866 im Frieden von Prag formell beendet wurde.

9 Zur preußischen Außenpolitik in der Mitte des 19. Jahrhunderts vgl. Andreas Hillgruber, Bismarcks Außenpolitik, Freiburg i. Br. 1972, S. 9 ff.

*zum Kampf für diese Auseinandersetzung, für die Klärung der innerdeutschen Frage. In demselben Augenblick faßte Bismarck den Entschluß, sich jedes Machtinstrument dabei zu sichern.*

Auch wenn es ein Minister wäre, der Curtius [10] heißt, das Letzte und Entscheidende liegt in dem Falle in den Machtmitteln, und Bismarck erkannte ganz genau, daß nicht nur das Wollen eines Menschen das Entscheidende ist, sondern auch das Können, daß man nicht eine nationale Politik nach außen ohne das Instrument zur Unterstützung, zur Durchfechtung der Politik treiben kann. Als Herr Brüning die Zollunionspolitik begann, die nun zu einer katastrophalen Niederlage führte, da konnte man dann durch die Flut der Notverordnungen, die sich über verfassungsmäßige Grundsätze hinwegsetzten [11], die deutsche Opposition im Zaume halten, man konnte uns daran hindern, man konnte aber eines nicht, durch derartige Maßnahmen dem Auslande einen anderen Eindruck von der Kraft vermitteln, als nun wirklich an Kraft vorhanden war. Bismarck hat einst seine Einigungspolitik durchgeführt *mit Hilfe der preußischen Armee,* Brüning führt seine Einigungspolitik durch mit einem Gemengsel von Sozialdemokraten, Zentrümlern [*sic!*], Deutschen Volksparteilern, mit einer Elite aus Pazifisten, Demokraten, ja, auch des nackten Landesverrats. Glauben Sie, wer solche Kräfte hinter sich besitzt, der kann nicht eine Politik der nationalen Erhebung durchführen! (Tosender Beifall.) Insofern hat Stresemann [12] immer noch logisch gehandelt. Stresemann hat immer der Wertmäßigkeit seiner Partei entsprochen. Er hatte hinter sich Demokraten, Pazifisten, Zentrümler, Marxisten, und er hat in klarer Erkenntnis der "Kraft", die diesen Gebilden im aktiven Sinne zu eigen ist, eine Politik der absoluten Unterwerfung, des Verzichts der Verständigung, das heißt des Hinnehmens, geführt. Ob Stresemann ein großer Staatsmann war, wird nicht durch Republikschutzgesetz [13] und Notverordnungen entschieden, sondern das wird die Zukunft lehren. Heute wird festgestellt werden müssen, er hat immerhin einen gewissen klaren Blick gehabt (Gelächter) für das, was in Wirklichkeit hinter ihm stand und was er mit dem, was hinter ihm stand, machen konnte. Wenn die Heutigen das Gleiche hinter sich haben und nun glauben, eine ganz andere Politik machen zu können, sie müssen daran scheitern, denn es handelt sich auch in unserer Zeit um äußere Machtinstrumente, wie in der Zeit, in der Bismarck an die Einigung der deutschen Stämme schritt. Damals handelte es sich um die Überwindung dynastischer oder staatspolitischer Differenzen. Bismarck hat diese Differenzen mit staatspolitischen Machtmitteln überwunden und er hat seinem Preußen die Macht gegeben, mit der man diese Politik der Überwindung durchführen konnte. Heute reicht das freilich nicht mehr aus. Heute, da Deutschland gegen eine Welt steht, wird nicht durch Armeen allein ein Kampf entschieden, *heute wird ausschließlich der Wert eines Volkes an sich, die innere Qualität eines Volkes an sich, die innere Einheit*

10 Julius Curtius (1877-1948), 1904 Dr. jur., Rechtsanwalt in Duisburg und Heidelberg, 1919-1921 Stadtverordneter in Heidelberg (DVP), 1919-1932 Mitglied des Zentralvorstands und des geschäftsführenden Ausschusses der DVP, 1920-1932 MdR, 1924 stellvertretender Vorsitzender der Reichstagsfraktion der DVP, 1926-1929 Reichswirtschaftsminister, 1929-1931 Reichsminister des Auswärtigen, danach Tätigkeit als Rechtsanwalt.

11 Vgl. Dok. 2, Anm. 13.

12 Gustav Stresemann (1878-1929), 1900 Dr. phil., 1906-1912 Stadtverordneter in Dresden, 1907-1912 und 1914-1918 MdR (Nationalliberale Partei), 1912-1918 Syndikus des Verbands sächsischer Industrieller, 1918 Mitbegründer und Vorsitzender der DVP, 1919 Mitglied der Nationalversammlung und MdR bis 1929, August 1923 bis November 1923 Reichskanzler und Reichsminister des Auswärtigen, November 1923 bis Oktober 1929 Reichsminister des Auswärtigen, 1926 Friedensnobelpreis (zusammen mit Aristide Briand).

13 Vgl. Dok. 2, Anm. 16.

*eines Volkes an sich, entscheiden. Heute ist entscheidend das Schwergewicht, der Goldgehalt eines Volkes überhaupt.* Die Völker selbst entscheiden künftig diesen Kampf. Nicht um staatspolitische Interessen wird gekämpft werden in der Zukunft. Sie sehen es schon an Deutschland. Was heute in die Waagschale gelegt wird, ist das Schicksal der Nation selbst, das Schicksal der Völker selbst; Leben oder Tod von Millionen von Menschen. Heute dreht es sich um Millionen-Armeen von zum Hungertod bestimmten Menschen. Heute handelt es sich nicht darum, vielleicht bloß eine Grenzveränderung vorzunehmen, *sondern heute handelt es sich darum, Leben zu schaffen für ein Volk, das sonst nicht mehr leben kann,* und alle Kraft dient dem Einsetzen für den Lebenskampf unserer Nation. (Starker Beifall.) Das Volk, das seine gesamte Kraft, seinen ganzen Aktivismus von innen nach außen zu wenden vermag, das Volk wird in der Zukunft die meiste Aussicht zum Leben besitzen. Voraussetzung ist die Einigkeit der Volksgemeinschaft über die elementarsten Lebensgrundgesetze. Wenn z. B. zwei Menschen miteinander verkehren, Umgang haben sollen, und zwar freundschaftlichen Umgang, dann ist es nötig, daß sie wenigstens über ganz gewisse Begriffe einer einheitlichen Auffassung sind. Besitzen sie diese einheitlichen Grundbegriffe nicht, dann wird es ihnen unmöglich gemacht, miteinander zu verkehren. Ich kann mich auf die Dauer nicht freundschaftlich mit einem Menschen zusammenschließen, wenn dieser Mensch einen gewissen Grundsatz nicht anerkennen will, den ich als absolut richtig erachte, sondern hier eine gegnerische Ansicht vertritt. Zum Beispiel: *mir ist Deutschland alles;* da kann ich nicht auf die Dauer freundschaftlich mit einem Menschen zusammenleben, *dem Deutschland gar nichts ist,* ja wenn er es vielleicht sogar haßt. Ich kann nicht auf die Dauer mit jemand eng zusammenarbeiten, dem gewisse Voraussetzungen für diese Arbeit vollständig fremd sind, die für mich ein Evangelium bedeuten. Es ist einmal notwendig, daß die Menschen, die miteinander einen Vertrag abschließen, eine Gemeinschaft bilden wollen, gewisse Grundgesetze als allgemein gültig anerkennen. Wenn ein Verein oder Verband in gewissen, ganz großen Gesichtspunkten vollständig unter seinen Mitgliedern einig ist und über diese Punkte überhaupt keine Diskussion entsteht, *dann wird die ganze Kraft der Mitglieder dieses Bundes sich nach außen wenden können,* dann wird die ganze Kraft nach außen fühlbar werden. *In dem Augenblick, in dem aber der Zweifel beginnt über Rechte und bestimmte allgemeine Grundsätze des Vereins, wird die Kraft sofort von außen weggezogen und sich nach innen wenden. Die Diskussion über Zweckmäßigkeit oder Richtigkeit der Hauptbegriffe führt zur Auflösung des Vereins. Es ist dann die Frage, ob aus dem Ringen neue Grundsätze geboren werden oder ob ein Zwiespalt entsteht und am Ende drei, vier, fünf verschiedene Meinungen übrig bleiben. Das bedeutet dann das Ende des Vereins, das heißt, diese Gemeinschaft von Menschen wird nie den Kampf bestehen, sondern sie wird sich im Innern verbrennen und verbrauchen.* Und wir sehen das im Volksleben als ganz großes Gesetz[14]. Wenn Menschen zu Staaten zusammengeschlossen werden, dann brauchen wir zuletzt eine ganz große Gemeinschaft. Dann muß eine bestimmte einheitliche Basis, eine gemeinsame Plattform hierfür da sein. Diese einheitliche Basis, dieses anerkannte Grundgesetz des Gemeinschaftslebens, war bei uns vor 1.000 Jahren das Christentum, die christliche Religion. Auf dieser allgemeinen Basis konnte eine Einigung von Menschen stattfinden, die nicht immer Gleiches dachten, Gleiches wollten oder Gleiches auch nur sagten. Diese große gemeinsame Platt-

14 Vgl. Dok. 23, Anm. 8.

form hat es aber immerhin ermöglicht, daß große Menschengruppen entstanden, die ihre Interessen nach außen wahrnehmen konnten, weil die Kraft nicht im Innern verbraucht wurde. Im Augenblick, in dem diese Basis bei uns langsam dem Zerfall verfiel und nun die Nation nach einer neuen Basis zu suchen begann, da sehen wir, wie die ganze äußere Kraft von uns wegzieht und wie sie nach einem Naturgesetz nach innen strebt, wie plötzlich scheinbar ein höheres Schicksal selbst die Menschen unbewußt zwingt, zu suchen nach einer neuen, ich möchte sagen gesellschaftlichen Basis, einem neuen Gesellschafts- und Gemeinschaftsvertrag [15], und wir wissen, daß dieses Suchen bei uns in Deutschland leider unterbrochen worden ist und daß nun letzten Endes zwei Meinungen übrig blieben [16]. Und wir sehen, daß Deutschland alle Kraft verloren hat, nach außen noch aufzutreten, und wir sehen endlich weiter, daß es Jahrhunderte braucht, um eine neue Plattform zu finden, diesmal war es nur eine dynastisch-staatliche Plattform. Und wieder sehen wir, daß über diese Diskussion diese inneren Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, des Gemeinschaftslebens, aufhörten, und wir alle erlebten einen Tag, da man wenigstens glaubte, daß nunmehr diese Diskussion über unser inneres Leben vollständig begraben sei. Das war am 4. August 1914, da sahen wir, wie in dem Augenblick eine enorme Kraftexplosive [*sic!*] sich nach außen wenden konnte [17]. Deutschland hat die größte Machtäußerung innerhalb seiner ganzen Geschichte offenbart. In 4 1/2 Jahren

15 Möglicherweise eine Anspielung auf die, seit dem 17. Jahrhundert - insbesondere von Thomas Hobbes, John Locke und Jean-Jacques Rousseau - entwickelte Theorie vom Gesellschaftsvertrag: Ausgehend von einem fiktiven Naturzustand, gekennzeichnet durch Unordnung und Unsicherheit, wird gesellschaftliche Einheit und Legitimität politischer Herrschaft nicht mehr religiös begründet, sondern durch das Konstrukt des Gesellschaftsvertrags, d. h. im Verständnis dieser Theorien durch die freiwillige Selbstbeschränkung der souveränen, freien und in keine vorgegebene Ordnung eingebundenen Individuen.
Als mögliche Quelle für Hitlers Bemerkung wäre an die Rezeption des Begriffs bei Oswald Spengler zu denken. Vgl. Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte, Bd. II: Welthistorische Perspektiven, München [16]1922, S. 568 f.

16 Vgl. Dok. 23, Anm. 11.

17 Wie der Erste Weltkrieg durch die NSDAP rezipiert wurde, verdeutlicht beispielsweise das Programm dieses Gautags; dort wird der Ablauf eines sog. Schlachtenfeuerwerks geschildert, das bei dieser Gelegenheit abgebrannt wurde: "'Die Hölle von Verdun'. Weiße Signalpatronen steigen auf, das Terrain ableuchtend, Gewehrfeuer und stoßweises Maschinengewehrfeuer. Aufsteigen von roten Signalleuchtkugeln. Schlagartiges Einsetzen des Maschinengewehr- und Geschützfeuers. Aufsteigen von grünen Leuchtkugeln, Steigerung des Gewehr- und Maschinengewehrfeuers. Geschützsalven, Minenfeuer, platzende Schrapnells, Geschoßeinschläge und Explosionen, pfeifende und zischende Rollsalven und Detonationen bis auf höchste Stärke. Dauer 8 bis 10 Minuten, bestehend aus tausenden einzelner Abschüsse von Schwärmern, Brillantkreiseln, Feuerstrahlen, Goldschlangen, Silberwirbeln, Pfeifen und Sirenen, jeder mit starkem Knall endigend. Rollsalve von 40 großen Luftminen und 40 Batterien Luftbuketts mit mächtigem Feuerregen in Gold-, Brillant- und Silberfeuer. Massenaufflug von hunderten von Signalleuchtsternen in allen Farben aus 80 Leuchtkugelröhren. Von allen Seiten Raketenkreuzfeuer von 200 Strahl-Raketen. Schnellfeuer-Batterie von 50 Abschüssen mit platzenden Granaten. Schrapnell-Batterie von 50 Blitzpetarden. Rollsalve von 50 Abschüssen von singenden und heulenden Geschossen und krachenden Einschlägen. Steigerung durch 3 weitere Batterien von platzenden Granaten, Flammenwerfern und heulenden Sirenen. Weitere Steigerung durch 4 Batterien von feuerspeienden Geschützen mit blitzenden und krachenden Abschüssen und Einschlägen mit mächtiger Kanonade." Vgl. Programm für den 7. Thüringer Gautag in Gera am 5. und 6. September 1931; BA, NSD Th 4.
Vgl. hierzu die Schilderung in *Der Nationalsozialist* vom 8.9.1931, "Die Kundgebung der Hunderttausend!! Riesenfeuerwerk": "Es gibt kein besseres Wort, dieses Tongemälde zu bezeichnen als das, was einer der alten Frontsoldaten zwar etwas kräftig, aber treffend prägte. Er sagte: 'Sämtliche Frontschweine sind wieder einmal in ihrem Element.'"

hat ein Schicksal sich vollzogen, das sich erst heute vollständig auszuwirken beginnt. Am 4. August 1914 hatte die Diskussion über innere Fragen ein Ende gefunden und die unerhörte Kraft unseres Volkes, aller Aktivismus, der vorhanden und der nun losgebunden war von innerer Auseinandersetzung, der wandte sich nach außen [18]. Und in vier Jahren beginnt nun wieder die Diskussion über innere Fragen. Unsere gemeinschaftlichen Probleme in der Natur traten auf, Wahlrecht, so oder so, Monarchie oder Republik, Kommunismus oder Kapitalismus, Proletariat oder Bourgeoisie, Frage um Frage - und das Ergebnis? *Deutschland beginnt wieder einen Teil seiner Kraft im Innern zu verbrauchen.* Und während die ganze Welt gegen uns steht, im selben Augenblick nehmen wir die Kraft von außen weg [19]. Nicht alles ist tot, wenn wir wenigstens einen lebendigen Willen haben und Vertrauen. Das ist das Besinnen, und dann kommt die Stunde, wo der ganze Wille nach innen gefesselt ist. *Wenn nicht der innere Zwiespalt beendet wird und unser Volk neue einheitlich anerkannte Lebensgrundsätze erhält, wird unser Volk keine Kraft mehr nach außen aufbringen.* Wenn wir das aber nicht können, dann wird dieses Schicksal überall gegen uns entscheiden. Glauben Sie nicht an ein Recht, das Leben heißt, und glauben Sie nie an eine Macht bei einem Volk, das seinen ganzen Aktivismus im inneren Streit und Hader verbraucht. Damit stehen wir vor der großen Aufgabe der deutschen Geschichte. Wir mußten ein Interregnum von vielleicht 150 bis 200 Jahren durchmachen, da wir keine weltanschaulich geklärte Basis besaßen, wir mußten dem deutschen Volke eine neue Grundlage geben, die gestattet, nunmehr eine einheitliche Stellung einzunehmen. Denn so wie heute Deutschland vor uns liegt, kann es ja gar keine Kraft entwickeln. Die Regierung tobt sich in Notverordnungen aus, die Wirtschaft redet und spricht, die Gesetzgebung ist wie eine tibetanische Gebetmühle. Das ist alles belanglos. Sie sind fleißig und eifrig, aber sie sehen gar nicht, daß sie gar nicht mehr regieren. Was wollen Sie regieren? Deutsche? Sie haben keine Deutschen mehr, und auf der anderen Seite sind es Bürgerliche. Der Deutsche selbst muß erst wieder werden, aus dieser Zerfahrenheit der Weltanschauungen heraus muß [*er*] erst wieder geboren werden. Was heißt, meine Führer, Parteigenossen und -genossinnen, reden von Wirtschaftsbegriffen, wenn über die primitivsten Grunderfahrungen der Wirtschaft keine Klarheit herrscht, wenn der eine das Eigentum anbetet, der andere es verflucht, was heißt regieren, wenn der eine im Staat eine notwendige Organisation seines Volkes sehen will, der andere im Staat nur die Herrschaft einer bestimmten Klasse sieht? Was heißt Sitte und Moral, wenn die ganze Basis unseres heutigen sittlichen Erziehens ins Wanken geraten ist, wenn der eine in seinem Gott seine ganze Hoffnung sieht, und der andere nur im Glauben ein Opium für das Volk erblickt [20], wenn alles zerfetzt und zerrissen ist, und wenn der Staat alle diese Meinungen staat-

---

18 Anspielung auf die deutsche Kriegsbegeisterung im August 1914. Vgl. z. B. Hans Maier, Ideen von 1914 - Ideen von 1939? Zweierlei Kriegsanfänge. In: VfZ 38 (1990), S. 525-542; Thomas Rohkrämer, August 1914 - Kriegsmentalität und ihre Voraussetzungen. In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse. Hrsg. von Wolfgang Michalka, München 1994, S. 759-777.

19 Zur Dolchstoß-Legende vgl. Heinemann, Niederlage, S. 177 ff.

20 Anspielung auf die 1844 entstandene Abhandlung von Karl Marx (1818-1883) *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung*. Dort heißt es: "Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elendes und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volks." Druck: Karl Marx, Friedrich Engels, Werke. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 1, Berlin (Ost) [9]1974, S. 378-391, hier S. 378.

lich konzessioniert, wenn der Staat einen Dieb einsperrt wegen eines Vergehens am Eigentum und gleichzeitig eine Partei protegiert, die die Eigentumsfeindlichkeit predigt[21]? Was heißt es, einen Religionslästerer einzusperren, wenn der Staat selbst die Konzession erteilt den Gottlosenverbänden, die die Religionslosigkeit praktisch demonstrieren[22]? Was heißt es, wenn sie einen einsperren wegen Landesverrats, nebenher aber die Parteien staatlich konzessionieren, die die Verurteilung ablehnen[23]? Man hat 12 Jahre lang den Kommunismus bekämpft, und die Herren sind eifrig in ihrer Bekämpfung. Ich weiß nicht, wie viele Gefängnis- und Zuchthausstrafen verhängt worden sind und wie oft dabei der Gummiknüppel[24] geschwungen worden ist. *Eines weiß ich, daß in dieser Zeit aus 35.000 Spartakisten vom Jahre 1918 vielleicht 6 oder 7 Millionen geworden sind[25]. Ein vernichtendes Ergebnis für das, was heute bei uns Regieren heißt.* Sie können es nicht wegdenken, es ist so. Sie haben nicht die Gefahr beseitigt, im Gegenteil. Ich glaube überhaupt nicht an die mögliche Vertretung deutscher Lebensinteressen nach außen, solange nicht erst diese Frage gelöst ist. Sie kann nicht mechanisch gelöst werden,

---

21 Für SPD und USPD war die Sozialisierung der Wirtschaft eine zentrale Forderung, so daß der Rat der Volksbeauftragten am 4.12.1918 eine Sozialisierungskommission einsetzte. Die widerstreitenden Interessen von USPD, SPD und Gewerkschaften, ihre geringen praktischen Erfahrungen im Wirtschaftsmanagement, die akute materielle Notlage und das negative sowjetrussische Beispiel sorgten jedoch dafür, daß eine Verstaatlichung der Wirtschaft nicht ernsthaft in Erwägung gezogen wurde. Gleichwohl gab die SPD diesen Gedanken nicht auf; das am 14.9.1925 beschlossene Heidelberger Programm der SPD forderte z. B. eine "Kontrolle des Reiches über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts" sowie die Verstaatlichung von "Grund und Boden, Bodenschätzen und natürlichen Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen". Vgl. Susanne Miller, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1978, S. 141 ff. Druck des Heidelberger Programms: Deutsche Parteiprogramme. Hrsg. von Wilhelm Mommsen, München 1960, S. 461 ff.

22 1931 bestanden im Deutschen Reich zwei größere Vereinigungen eines dezidiert politischen Atheismus - der Deutsche Freidenkerverband (DFV), 1931 mit 547.128 Mitgliedern, und der Verband proletarischer Freidenker Deutschlands (VpFD), 1932 mit 153.356 Mitgliedern. Große Teile des DFV standen der SPD nahe, die dessen Aktivitäten tolerierte, ohne sich die zugrundeliegende Ideologie zu eigen zu machen. Der VpFD war dagegen sehr viel stärker an die KPD und ihre Massenorganisationen gebunden. Gerade dessen zunehmend aggressiver und radikaler werdende Agitation veranlaßte die Reichsregierung in ihrer Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28.3.1931, Versammlungen oder Aufzüge auch dann mit Verbot zu bedrohen, wenn "eine Religionsgemeinschaft des öffentlichen Rechtes, ihre Einrichtungen, Gebräuche oder Gegenstände ihrer religiösen Verehrung beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden". Aufgrund dieser Verordnung wurden allein im September 1931 im Deutschen Reich 50 geplante atheistische Veranstaltungen verboten und 46 Kundgebungen aufgelöst. Vgl. Jochen-Christoph Kaiser, Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik. Proletarische Freidenkerverbände in Kaiserreich und Weimarer Republik, Stuttgart 1981. Druck der Notverordnung: RGBl. 1931, I, S. 79 ff.

23 Vgl. Dok. 2, Anm. 45.

24 In Anlehnung an den "Friedensstab", den die Bürgerwehren seit der Revolution von 1848/49 führten, waren bei der Schutzpolizei der Länder nach 1918 Schlagstöcke aus Hartgummi eingeführt worden. Diese "Gummiknüppel" waren immer wieder das Ziel der radikalen politischen Polemik. Vgl. Johannes Schwarze, Die bayerische Polizei und ihre historische Funktion bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in Bayern von 1919-1933, München 1977, S. 79.

25 Der KPD, 1919 aus dem Spartakusbund hervorgegangen, gehörten im März 1919 etwa 90.000, im März 1922 etwa 380.000 Mitglieder an. Zu Beginn des Jahres 1931 verfügte die KPD über rund 200.000 Mitglieder. Vgl. Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986, S. 321.
Bei der Reichstagswahl vom 6.6.1920 stimmten 552.334 Wahlberechtigte (2,0%) für die KPD, bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 waren es 4.590.160 (13,1%). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1921/22, S. 356 f.; 1931, S. 546 f.

formal vom Piedestal[26] einer Regierung herunter. Aus dem Volke selbst, aus der Nation heraus muß die Frage gelöst werden. Und wenn heute gesagt wird, wir wollen diese Auseinandersetzung nicht, daß es hier zu einer endgültigen Kraftprobe kommt, dann können wir nur sagen, ihr wollt zum Fluch unserer konfessionellen Spaltung auch noch den Fluch einer politischen hinzufügen, denn glaubt ihr, daß ihr die Kraft finden könnt, um die deutschen Interessen gegenüber der Welt wahrnehmen zu können? Nein, meine lieben Bürgerlichen, wir stellen uns dieser Auffassung entgegen, wenn Ihr sagt, wir wollen keine Auseinandersetzung, dann muß unser Gebet lauten: Herr, mache uns reif für diese Auseinandersetzung, laß uns mutig sein für diese Auseinandersetzung und laß uns den Tag bestimmen, an dem sie stattfinden wird. *Lieber 12 Jahre in einem Volk ein schwerer Kampf, der mit einem Sieg endet, als 100 Jahre feiger Unterwerfung nach außen, weil keiner etwas gewagt hat.* Eine richtige, aber harte Erkenntnis, eine Erkenntnis, die uns zugleich schwerste Verpflichtung auferlegt; aber was wir heute diesen Regierenden zum Vorwurf machen, ist nichts anderes, als daß sie Politik machen wollen ohne Instrument.

Als ich im Jahre 1918 auf [*19*]19 bei einer kühlen Überlegung der Lebensaussichten unseres Volkes zu der Überzeugung kam, daß in dieser inneren Spaltung unseres Volkes unser Unglück liegt, da versuchte ich, diese Überzeugung aus der rein theoretischen Erkenntnis herauszuheben und praktische Folgerungen zu ziehen. Wenn einmal in der deutschen Geschichte von meinem Verdienst die Rede sein wird, so ist es nur eines, *daß ich das, was andere Hunderttausende auch fühlten, praktisch zu verwirklichen versuchte*[27]. (Stürmischer Beifall.) Wieviele Menschen mag es wohl gegeben haben, die in den Jahren 1918 bis [*19*]19 der Überzeugung waren, daß Deutschland zerfallen müsse, die eingesehen haben, daß der Marxismus als Giftstoff uns langsam vollständig zerstören würde, und wieviel Hunderttausende Bürgerliche haben immer von neuem ihre Kräfte vergeudet. Wieviele Menschen haben das wohl instinktiv empfunden und wieviele vielleicht auch genau gesehen. Sie haben daraus aber keine praktischen Konsequenzen gezogen. Das ist es auch, was ich heute der Regierung vorwerfe. Sie will regieren und hat nicht das Instrument dazu. Diesen Vorwurf hätte ich auch auf mich beziehen müssen, wenn ich nur mit dem bloßen Willen in die Geschichte getreten wäre, wenn ich mir nicht gesagt hätte: Du mußt das, was du willst, zu verwirklichen suchen. Damals sagte ich mir: Wenn man das will, dann muß ein Instrument dafür geschaffen werden; man muß im Kleinen beginnen. Aber da, wo in einem Gesellschaftsvertrag oder einem Gemeinschaftsvertrag geschrieben steht: "Hier kann jeder tun und lassen, was er will[28]", da muß jetzt über jeder Pforte geschrieben stehen: "Hier hört dein freier Wille auf! *Hier mußt du dich fügen, und wenn du dich nicht fügen willst, dann kannst du gehen."* Hier kann jedenfalls in diesem Bunde nicht jeder tun, was er will, nein, *ich bin so anmaßend und setze fest, was über der Pforte zu stehen hat! Ich war vom ersten Tage an überzeugt, daß diese neue Bewegung nur dann einen Sinn*

26 Italienisch, französisch: Sockelartiger Ständer für Zier- und Kunstgegenstände.

27 Zu den politischen Anfängen Hitlers vgl. Eberhard Jäckel und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980, S. 87 ff. sowie Dok. 2, Anm. 60 und Dok. 4, Anm. 10.

28 Anspielung auf die "Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen", die im Zweiten Hauptteil (Artikel 109 ff.) der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 festgelegt waren. Druck: RGBl. 1919, S. 1404 ff.

*haben werde, wenn sich in ihr selbst das Übel behebt, an dem Deutschland zugrunde geht.* Es handelt sich nicht darum, in einem Volke Generäle auszubilden, *sondern darum, daß man ein Volk zum Soldaten erzieht.* Die Generäle kommen dann von selbst. *Ein Volk muß sich seine Soldaten bilden, das ist das Wesentliche. Nicht Führer müssen und brauchen wir zu erziehen, sondern unser ganzes Volk muß neu erzogen werden zu einem Glaubensbekenntnis, zu einer Weltanschauung, die allgemein anerkannt wird.* Und wenn Hunderte sich daran stoßen, gut, dann bleibt weg! Ihr sollt nicht kommen, und wenn der eine oder andere hineingeht und keine Befriedigung findet, so wird man ihm sagen: Gehe wieder hinaus; hier herrscht ein Wille und hier herrscht ein Gesetz. Nicht von einer Person allein muß der Vertrag anerkannt werden, sondern er gilt als Prinzip für jeden Vertreter. *Und so müssen wir auch dieses Wunder verstehen, daß unsere Bewegung diese jugendfrische Kraft nach außen besitzt*[29].

Wenn vielleicht auch manche Parteigenossen das eine oder das andere Mal mich nicht verstehen und fragen, warum schließt ihr den aus[30]? Glauben Sie mir, würde ich es nicht tun, dann würde auch diese Partei in kurzer Zeit der inneren Diskussion verfallen, und wenn das erst einreißt, dann sehen Sie nicht mehr die Zehntausende marschieren, sehen nicht mehr dieses Leuchten der Augen, den Hauch und den Schimmer, die aus einer Seele kommen. *Rauben Sie den Glauben an die Siegeskraft dieser Partei, so rauben Sie die Kraft nach innen. Das Auge wird erlöschen und die tatkräftigen Jungen, die weltaufrüttelnden Menschen werden morsche Demokraten, werden innerlich zerbrechen, uneins, ewig auf dem Pfade des Suchens.* Da muß man die Stirn besitzen, dem entgegenzutreten. *Ich glaube, am Ende hat schon heute das Schicksal uns und der Bewegung Recht gegeben.* Über all dem, was die andere Menschheit gewöhnlich als wesentlich ansieht, bei der Behebung der Not, ist noch etwas ganz anderes. Wenn eine Notzeit über ein Volk hereinbricht und ein Volk nur mehr gelernt hat, alles von der Seite des Materialismus zu betrachten, nur Augen für Materielles, für Rationalisierung usw. hat, da kann ein Augenblick kommen, wo sie der Not nicht mehr Herr werden. Denn im Völkerleben kann es Nöte geben, die nur durch immense Kraftanstrengungen beseitigt werden können. Dazu gehört aber mehr, als nur ein materielles Sehen, nämlich ein idealistischer Glaube. *Wenn ein Volk einmal so weit ist, daß die Not es zerbricht, dann kann es nur noch loskommen, indem es, da die Not selbst nicht zu beheben ist, die Menschen ändert.* Sie müssen es fertigbringen, den Menschen nach diesem Vorbilde zu ändern, wenn er den Idealismus als wesentlich ansieht, dann haben sie den Menschen immun gemacht gegen Not und Elend. Das letzte Glück des Menschen liegt *nicht im Glück an sich, sondern in der Stellung des Menschen*, die er zum Glück einnimmt. Das Kostbarste liegt nicht in dem, was dem einzelnen zuteil wird, sondern in dem, was er als höchstes Gut auffaßt. Wenn Sie den Menschen so erziehen, dann wird er niemals das Glück im Realen suchen; sondern je mehr Sie ihn zu einem anderen Ideal hinzuführen vermögen, um so mehr hat er die Vergänglichkeit und Lächerlichkeit dieses materiellen

29 Von ihrer Mitgliederstruktur war die damalige NSDAP eine eminent junge Partei, allein die KPD besaß einen vergleichbar hohen Anteil an Mitgliedern unter 30 Jahren. Das Durchschnittsalter der NSDAP-Mitglieder lag 1920 noch bei 34, bei Wiedergründung der Partei 1925 sogar bei 29 Jahren. Die seit 1930 einsetzende Vergrößerung der NSDAP zur Massenpartei sorgte zwar dafür, daß sich das Durchschnittsalter der NSDAP-Mitglieder erhöhte, doch blieben - verglichen mit den übrigen deutschen Parteien - die jüngeren Jahrgänge in der NSDAP weit überrepräsentiert. Vgl. Kater, Nazi Party, S. 139 ff.

30 Vgl. Dok. 23, Anm. 16 und 17.

Glücks erkannt und er wird glücklicher sein als der andere bei seinem Vermögen. Wenn ich heute meine Zehntausende von SA- und SS-Kameraden ansehe, so glauben Sie mir, das heißt, Millionen deutscher Brüder die Aussicht auf ein Glück zu eröffnen, das ihnen niemand nehmen kann, weil es in dem Glauben wurzelt. Da kann die Not noch so groß werden, am Ende wird sie doch überwunden. Sehen Sie die Zehntausende SA-Kameraden an, die heute an mir vorbeimarschierten[31]! Geht es ihnen besser, als den anderen, den Bürgerlichen? Führen Sie doch diese vorbei. Sie marschieren nicht. Sie müssen sie eher vorbeischleppen! Sehen Sie nur jedem ins Auge hinein, und dann werden Sie den Unterschied sehen. Sie könnten dann vielleicht die Geldbörse vergleichen und würden erstaunt sein, wie leicht dem einen die Börse ist[32], und doch glänzt sein Auge. Und wie schwer sie bei dem anderen sein kann, der trotzdem von Verzweiflung, Verzagtheit und Mißmut begleitet ist. *Das ist das erste Große, daß wir Millionen von Menschen die Möglichkeit eines Glückes schaffen, das nicht wieder genommen werden kann.* Unser Glück ist das Gefühl unserer Pflicht, und diese Pflicht selbst ist wieder bedingt in dem Glauben an unser Volk, an die Zukunft unserer Rasse. Und dann zweitens: Das ist die Zurückführung von Millionen von Menschen, die in dem letzten Jahrzehnt außerhalb unserer Gemeinschaft gestanden sind. Es ist vielleicht einmal für uns alle das allergrößte Werk, daß wir Millionen deutscher Arbeiter wieder hineinführen in ihre Volksgemeinschaft[33]. *Einmal wird es uns als größtes Verdienst angerechnet werden, daß wir Millionen von Menschen, die jetzt gesellschaftlich geächtet sind, wieder in die Gesellschaft zurückführten, anständige ehrliche Menschen, die das Wohl der Gesamtheit über alles setzen.* Wir haben eine große Versöhnung eingeleitet in unserem Volk, die nicht nur von dem Einen, sondern auch von dem Anderen gewollt ist. *Wir haben es fertiggebracht, eine Organisation aufzubauen, in der wirklich ganz Deutschland vertreten ist*[34]*, daß wir langsam mehr und mehr überall vorwärtskommen und aufbauen und alle Schichten zusammenbringen, die sich am Ende gegenseitig achten und lieben lernen.* Das ist nicht anders zu verstehen als so, daß wenn der Himmel unser Volk segnet, wir unser großes Ziel erreichen. Dann wird diese Braune Armee[35] so zusammengeschmolzen sein [*sic!*], daß nichts mehr sie zerreißen kann, daß wir allgemein von Stolz erfüllt sein und sagen können: Wir haben das geschafft. Ich muß daher in einer Zeit, da das Schicksal rasend schnell uns der Katastrophe nähertreibt, schärfer als früher noch an die Parteigenossen und -genossinnen die Forderung richten: *Seid unter Euch einig! Unterlaßt Streit über zwecklose Probleme, die erst entschieden werden in der harten Wirklichkeit.*

---

31 Vgl. Anm. 1.

32 Vgl. Dok. 2, Anm. 55 sowie Dok. 28, Anm. 3.

33 Zum Verhältnis Hitlers zur Arbeiterschaft vgl. Rainer Zitelmann, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Stuttgart [2]1989, S. 116 ff., 175 ff. sowie Volker Kratzenberg, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927-1934, Frankfurt a. M. 1987.

34 Außer der NSDAP repräsentierten von den damaligen deutschen Parteien faktisch nur Zentrum und DNVP alle sozialen Schichten, wobei die beiden letzteren ausgeprägte regionale Schwerpunkte und konfessionelle Grenzen besaßen. Vgl. Horst Möller, Weimar. Die unvollendete Demokratie, München [5]1994, S. 102 ff.
Zur Sozialstruktur der damaligen NSDAP vgl. Kater, Nazi Party, S. 32 ff., 169 ff. sowie Jürgen W. Falter, War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei? In: Michael Prinz und Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991, S. 21-47.

35 Vgl. Dok. 2, Anm. 54 und 59.

*Ein einziges Dogma*
schreibt Euch auf in Euer Gehirn, in Euren Arbeitsplatz. Es lautet:
*Was nützt meinem Volk?*
Seht das Volk nie als eine Klasse an, sondern als einen großen Brunnen, dem wir alle entstammen. Dieser Brunnen muß gesund bleiben an Leib und Seele. Vergeßt nicht, daß im Staate alle Zukunft liegt. Und wenn wir nun das Wohl dieses Staates vor uns sehen, dann werden wir immer und immer den Weg leicht finden, zu überbrücken, was uns entzweien könnte. Denn grau ist am Ende alle Theorie[36], und nur das Leben selbst gibt die einzige Antwort, wie es auch die einzigen Fragen stellt.

Wir gehen schweren harten Zeiten entgegen[37] und können wohl sagen, daß wir dem Schicksal dankbar sein müssen, daß es uns 12 Jahre Frist zum Arbeiten geschenkt hat[38]. Es hätte auch anders kommen können. Wäre das Schicksal ungnädig gewesen und wäre die Katastrophe vielleicht schon vor zehn oder acht oder fünf Jahren über Deutschland hereingebrochen, da wären wir nicht gewesen, und unser Volk hätte zur Verteidigung seines Lebensbrunnens nichts gehabt. Wir müssen dem Himmel danken, daß er uns diese 12 Jahre geschenkt hat. Und wenn ich diese gnädige Schenkung als ein Zeichen ansehe, dann glaube ich herauszulesen, daß es bestimmt war und bestimmt ist, unser Ziel zu erreichen. Im 12. Jahre werden wir erreichen, was unser einstiges altes Heer, unser altes Volk im vierten Jahre des Kriegsbeginns erstrebte[39]. Vor uns sehen wir den Sieg. Wir sehen ihn. Es liegt nur an uns, daß er uns nimmer entrissen wird. Wir wollen in diesem 12. Jahre uns stählen und festigen in dem unbeugsamen Entschluß: immer vorwärts zu gehen, unserem Ziel entgegen, die innere Disziplin der Bewegung zu steigern, damit, wenn diese Stunde kommt, die Tatkraft unserer Bewegung für unser Volk nach außen eintreten kann. So wollen wir uns vor Augen halten, was in 12 Jahren geleistet und gearbeitet wurde. Wir wollen es uns zur Pflicht machen, nun erst recht weiter zu harren, bis die Stunde kommt, in der es dem Herrn gefällt, unser Gewicht in die Waagschale zu werfen und nachzuprüfen, ob wir es wert sind, nunmehr gutzumachen, was die Vergangenheit zerbrochen hat. Dann müssen wir bereit sein, alles einzusetzen, was in den 12 Jahren an Kraft gesammelt wurde. Und wir wollen die Hoffnung haben, daß die Zukunft, die uns vielleicht als Gegenwart heute nicht versteht, einmal uns allen recht geben wird. Es kann für uns ja keinen Dank im einzelnen geben, keinen Dank für den Führer, keinen Dank für den SA-Führer, es

36 "Grau, teurer Freund, ist alle Theorie/Und grün des Lebens goldner Baum". Aus dem seit 1774/75 entstandenen Drama *Faust* von Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832).

37 Vgl. Dok. 2, Anm. 3 ff.

38 Anspielung auf die Gründung der DAP am 5.1.1919. Vgl. Dok. 2, Anm. 60.

39 Der am 3.3.1918 mit Sowjetrußland geschlossene Frieden zu Brest-Litowsk und die militärischen Erfolge gegenüber Italien und Rumänien gaben der Obersten Heeresleitung die Möglichkeit, die Masse der deutschen Verbände an der Westfront zu konzentrieren und am 21.3.1918 die Großoffensive "Michael" zu eröffnen. Der zunächst erfolgreiche deutsche Angriff, der jedoch bis Juni/Juli 1918 an eigenen Führungsfehlern, der mangelnden Beweglichkeit der deutschen Truppen, vor allem aber an der alliierten Überlegenheit scheiterte, setzte im Deutschen Reich noch einmal große Hoffnungen frei, im vierten Kriegsjahr doch noch einen Siegfrieden erzwingen zu können. Vgl. Der Weltkrieg 1914-1918, Bd. 14: Die Kriegführung an der Westfront im Jahre 1918, Berlin 1944. Hrsg. vom Bundesarchiv, ND: Koblenz 1956; Wilhelm Meier-Dörnberg, Die große deutsche Frühjahrsoffensive 1918 zwischen Strategie und Taktik. In: Operatives Denken und Handeln in deutschen Streitkräften im 19. und 20. Jahrhundert. Mit Beiträgen von Horst Boog u. a., Herford 1988, S. 73-95.

kann für uns nur einen Dank geben. Wir werden vergehen, aber wir wollen, daß unser Name erhalten bleibt und eingezeichnet ist in das Buch der deutschen Geschichte unter dem Kapitel "Aufstieg der Deutschen Nation".

## 7. September 1931 [1] Dok. 26
## "Verfügung"
## Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 20.10.1931.

Ab 7. September 1931 bestimme ich den Parteigenossen Dr. Günther Ziegler [2], Berlin NW 7, Mittelstraße 15, Tel. A. 2 Flora 7046, (früher Direktor der Verkehrsfliegerschule) dazu, in Stellvertretung des Pg. Hauptmann a. D. Göring [3] die gesamten Belange der deutschen Luftfahrt für die Partei wahrzunehmen und zu bearbeiten [4]. Alle Anfragen betr. Luftfahrt und Fliegerei sind daher in Zukunft Pg. Dr. Ziegler zuzuweisen.

Adolf *Hitler*

1 Datierung nach dem Datum der Ernennung.

2 Günther Ziegler (1892-1945), 1913 Flugzeugführer, 1917 Führer der Kampfeinsitzer-Staffel 7, 1918 Abschied als Leutnant, 1921 Dr. rer. pol., kaufmännischer Angestellter, 1924 Prokurist bei der Sportflug G.m.b.H., Berlin, 1927 Vorstandsmitglied der Deutschen Verkehrsfliegerschule G.m.b.H., Berlin, 1930 Verkaufsleiter der Argus-Motoren G.m.b.H., Berlin, Eintritt in die NSDAP, 1932 MdR, SA-Oberführer, stellvertretender Korpsführer des Nationalsozialistischen Fliegerkorps, 1938 Generalmajor, Abteilungschef Inland im Allgemeinen Wehrmachtamt des Oberkommandos der Wehrmacht, 1942 Kommandeur der Technischen Brigade Mineralöl im Kaukasus, 1943 Generalleutnant, Leiter des Sonderstabes TK-Frauenaktion, 1945 an der Ostfront als vermißt gemeldet.

3 Hermann Göring (1893-1946), 1912 preußischer Leutnant, 1915 Flugzeugführer, 1918 Kommandeur des Jagdgeschwaders Richthofen, Abschied als Hauptmann, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Oberster Führer der SA, beim Hitler-Putsch schwer verwundet, Emigration, 1927 Rückkehr nach Deutschland, 1928-1933 MdR (NSDAP), politischer Beauftragter Hitlers in Berlin, 1932/33 Reichstagspräsident, 1933 Reichskommissar für das preußische Ministerium des Innern/preußischer Minister des Innern, 1933-1945 preußischer Ministerpräsident, 1933-1945 Reichskommissar für den Luftverkehr/Reichsminister für Luftfahrt, 1933 General, 1934-1945 Reichsforstmeister und Reichsjägermeister, 1935-1945 Oberbefehlshaber der Luftwaffe, 1936-1942/44 Beauftragter für die Durchführung des Vierjahresplans, 1937/38 Reichswirtschaftsminister, 1938 Generalfeldmarschall, 1940 Reichsmarschall, 29.4.1945 Enthebung von allen Ämtern, 1946 Verurteilung zum Tode, Selbstmord.

4 Zur Organisation der Luftfahrt in der NSDAP vgl. Dok. 79.

## 7. September 1931 Dok. 27
## Schreiben an Alfred Hugenberg

Masch. Schreiben (Abschrift); BA, NL Schmidt-Hannover 30 [1].

Hochverehrter Herr Geheimrat!

Als ich mich vor nunmehr bald 1 1/2 Jahren entschloß, mit meiner Bewegung in ein Bundesverhältnis zur Deutschnationalen Volkspartei, dem Stahlhelm und anderen Verbänden zu treten [2], leitete mich der Gedanke, auf diesem Wege gegenüber dem heutigen System eine stärkere Vertretung der nationalen Interessen vornehmen zu können. So wenig dadurch die Freizügigkeit der Propaganda-Arbeit der einzelnen zusammengeschlossenen Parteien und Verbände behindert werden sollte, so nötig ist es aber, daß dort, wo diese nationale Opposition dem heutigen System gegenüber schon als gemeinsamer Inhaber der staatlichen Macht auftritt [3], untereinander strengste Loyalität herrscht. Ich habe, sehr verehrter Herr Geheimrat, auf den Gebieten nun die schlimmsten Erfahrungen gemacht. In Thüringen hat der "Stahlhelmkamerad" Minister Baum [4] nicht nur den Sturz meines Ministers Frick herbeigeführt [5], sondern im Bunde mit der Sozialdemokratie und unter Förderung seitens der Kommunistischen Partei nationalsozialistische Beamte aus ihren Ämtern entfernt, sie versetzt ohne irgendeine andere Begründung als die ihrer Parteizugehörigkeit angeben zu können [6]. Alles was Minister Frick - und

1 Der Briefwechsel zwischen Hitler und Hugenberg wurde noch vor 1933 von seiten der DNVP publiziert: Unsere Partei vom 15.10.1932 (Sonderbeilage), "Zum Tage von Harzburg! Ein Briefwechsel Hugenberg - Hitler".

2 Vgl. Dok. 2, Anm. 11.

3 Am 23.1.1930 war Wilhelm Frick zum thüringischen Innen- und Volksbildungsminister, Willy Marschler zum thüringischen Staatsrat in einer aus NSDAP, DNVP, Christlich-Nationaler Bauern- und Landvolkpartei, Wirtschaftspartei und DVP gebildeten Koalitionsregierung berufen worden.
Am 1.10.1930 wurde Anton Franzen braunschweigischer Innen- und Volksbildungsminister in einer aus DNVP und NSDAP gebildeten Koalitionsregierung. Damit hatten zum erstenmal nationalsozialistische Politiker Funktionen in Länderregierungen erhalten. Vgl. auch Bd. III/3, Dok. 2, 7 und 11.

4 Erwin Baum (1868-1950), Landwirt, MdL in Altenburg, 1920-1933 MdL in Thüringen (Thüringer Landbund, seit 1928 Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei/LVP), Januar 1930 bis Juli 1932 thüringischer Ministerpräsident und Finanzminister, Mai 1931 bis Juli 1932 auch Wirtschaftsminister.

5 Wegen der zunehmend aggressiver werdenden nationalsozialistischen Polemik hatte die thüringische DVP ihre Koalition mit der NSDAP aufgegeben und am 1.4.1931 im thüringischen Landtag die Mißtrauensanträge von KPD und SPD gegen die beiden nationalsozialistischen Regierungsmitglieder Frick und Marschler unterstützt. Da auch die DStP für diesen Antrag stimmte, traten Frick und Marschler zurück. Das Kabinett unter Ministerpräsident Baum (LVP) blieb jedoch, angewiesen auf die Duldung der SPD, als Minderheitsregierung im Amt. Baum übernahm das Innenministerium, der thüringische Wirtschaftsminister Wilhelm Kästner (Wirtschaftspartei) das Volksbildungsministerium, die Funktion Marschlers als Staatsrat für Weimar blieb unbesetzt. Vgl. Georg Witzmann, Thüringen von 1918-1933. Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim am Glan 1958, S. 174 ff. Günter Neliba, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn 1992, S. 61 f. Ferner Bd. IV/1, Dok. 75 ff.

6 Folgt man einem Schreiben, das der 1. und 2. Bundesführer des Stahlhelm, Franz Seldte und Theodor Duesterberg, am 11.12.1931 an Hitler richteten, so hatte Baum im ganzen zwei nationalsozialistische Beamte versetzt; "dafür sind uns dienstliche Gründe genannt worden, nicht aber die Zugehörigkeit zur Partei." Druck: Der Stahlhelm B.d.F., Die Bundesführer, Führerbrief vom 31.12.1931, S. 5; BayHStA, Abt. IV, Stahlhelm, Nr. 12.

nur dieser ganz allein - an nationaler Erhebungsarbeit in Thüringen geleistet hat[7], wird von dem "Stahlhelmkameraden" Baum mit Hilfe der Sozialdemokratie wieder planmäßig ausgelöscht.

Zu meinem Leidwesen muß ich nunmehr in Braunschweig einen ganz ähnlichen Vorgang erleben. Herr Minister Franzen[8], der aus Gründen, die hier belanglos sind, sein Ministermandat niederlegte und aus der Partei ausschied[9], hat damit praktisch denselben Schritt vollzogen, den bei Ihnen, Herr Geheimrat, z. B. einst Herr Treviranus[10] tat[11]. Ich habe den Schritt des Ministers Franzen nicht zu mißbilligen, denn der aus der Partei ausgeschiedene Herr kann in keinerlei Weise für die weitere Haltung der Bewegung maßgeblich sein. Der Führer der Nationalsozialistischen Partei bin ich[12]. Ich habe nicht versäumt, den Rücktritt des Ministers Franzen als einen rein persönlichen Akt dieses Herrn festzustellen, für dessen Verhinderung weder eine Möglichkeit noch ein Anlaß vorlag. Ich habe aber erklärt, daß die nationalsozialistische Partei nicht daran denkt, die ihr zukommende Stellung im braunschweigischen Kabinett aufzugeben[13]. Durch eine Maßnahme, die ich unter anderen Umständen vielleicht nur als spitzbubenmäßig bezeichnet hätte, hat nun im Verein mit dem ausgeschiedenen und aus der

7 Zur Politik Fricks in Thüringen vgl. Neliba, Frick, S. 57 ff.

8 Anton Franzen (1896-1968), 1924 Dr. jur., 1926 Amts- und Landrichter, 1928 Landgerichtsrat, 1929 Amtsgerichtsrat in Kiel, 1930/31 MdR (NSDAP), Oktober 1930 bis Juli 1931 braunschweigischer Innen- und Volksbildungsminister, September 1931 Austritt aus der NSDAP.

9 Franzen war am 27.7.1931 als braunschweigischer Innen- und Volksbildungsminister zurückgetreten, weil er - so sein Schreiben an den Präsidenten des braunschweigischen Landtags Ernst Zörner vom 27.7.1931 - es ablehne, "als Vollzugsbeamter der die schaffenden Stände in einseitiger und sozial ungerechtester Weise belastenden Brüning-Diktatur tätig zu sein". Obwohl Franzen Hitler frühzeitig über seine Absichten informiert hatte, wurde er nach seinem Rücktritt von Hitler scharf kritisiert, da die NSDAP nun vorerst in keiner Landesregierung mehr vertreten war. Franzen verließ daraufhin die NSDAP. Vgl. Ernst-August Roloff, Bürgertum und Nationalsozialismus 1930-1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich, Hannover 1961, S. 49 ff.

10 Gottfried Reinhold Treviranus (1891-1971), 1909 Seekadett, 1919 Abschied als Kapitänleutnant, 1921 Direktor der Landwirtschaftskammer für das Land Lippe, 1924-1932 MdR (DNVP, seit 1930 Konservative Volkspartei), 1930 Mitbegründer der Konservativen Volkspartei, März 1930 - September 1930 Reichsminister für die Besetzten Gebiete, danach Reichsminister ohne Portefeuille, Oktober 1931 - Mai 1932 Reichsverkehrsminister, 1933 Aufsichtsratsvorsitzender der Bata-Schuhfabrik in Ottmuth/Oder, 1934 Emigration nach Holland, dann Großbritannien, 1938/39 Geschäftsführer der Union Rubber Co. in Nelson/Lancashire, 1943 Mitbegründer und Geschäftsführer des Thomas-Jefferson-Fund, 1947 Rückkehr nach Deutschland.
Am 21.8.1931 hatten sich Hitler und Treviranus zu einer Unterredung getroffen, die jedoch folgenlos geblieben war. Vgl. Treviranus' Brief an Generalmajor Kurt von Schleicher vom 22.8.1931. Druck: Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962, S. 429 f.

11 Treviranus hatte am 3.12.1929 zusammen mit elf weiteren Reichstagsabgeordneten die DNVP verlassen und am 28.1.1930 zusammen mit den neun Reichstagsabgeordneten der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei die Volkskonservative Vereinigung gegründet. Aus diesem lockeren Zweckbündnis, zu dem weitere Mitglieder der DNVP stießen, bildete sich am 23.7.1930 die Konservative Volkspartei, die sich jedoch weder als Massenpartei konsolidieren, noch die Zersplitterung im konservativen Lager überwinden konnte. Vgl. Erasmus Jonas, Die Volkskonservativen 1928-1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung, Düsseldorf 1965, S. 47 ff., 57 ff., 71 ff.; Horst Möller, Gottfried Reinhold Treviranus. Ein Konservativer zwischen den Zeiten. In: Um der Freiheit willen. Eine Festgabe für und von Johannes und Karin Schauff zum 80. Geburtstag. Hrsg. von Paulus Gordan, Pfullingen 1983, S. 118-146.

12 Vgl. Dok. 23, Anm. 17.

13 Zur Politik der Regierung Küchenthal, die von den bürgerlichen Parteien unterstützt wurde, vgl. Roloff, Bürgertum, S. 31 ff.

Partei ausgetretenen Funktionär Franzen der deutschnationale Herr Minister Küchenthal [14] unter Berufung auf die Notverordnung des Herrn Brüning einen Beschluß herausgegeben, wonach in Zukunft in Braunschweig nur mehr ein Minister aus "Ersparungsrücksichten" bleiben soll [15]. Die Einfügung, daß der Landtag noch andere bestimmen könne, bleibt belanglos, weil damit das Übergehen zur Tagesordnung ermöglicht ist.

Sehr geehrter Herr Geheimrat, ich habe mich nunmehr angesichts dieses unmöglichen Vorgehens zu der Überzeugung durchgerungen, daß das Endergebnis jedes Zusammengehens der Nationalsozialistischen Partei mit bürgerlichen Verbänden anscheinend in einer heimtückischen und hinterhältigen Abdrosselung von uns enden soll. Ich habe heute die Überzeugung, daß unanständiger auch das Zentrum nicht an uns handeln könnte, wie es die mit mir in der nationalen Opposition zusammensitzenden Parteien und Verbände tun. Ich habe trotz aller Empfindlichkeiten von der anderen Seite nie mit der Wimper gezuckt, wenn von dem Stahlhelm oder der Deutschnationalen Volkspartei Angriffe gegen meine Bewegung gerichtet wurden. Ich erkläre nunmehr feierlichst, daß ich es ablehne, eine Vereinigung weiter aufrechtzuerhalten, von der ich so schlechte Beweise über die Auffassung der Begriffe Treue und Loyalität bekomme. Denkt sich etwa der Stahlhelm oder die Deutschnationale Volkspartei ein Zusammenarbeiten im kommenden Reichskabinett [16] mit Nationalsozialisten ähnlich wie das Zusammenarbeiten des deutschnationalen Ministers Küchenthal in Braunschweig mit uns? Was würde man wohl sagen, wenn Nationalsozialisten in einer Regierung Beamte als Mitglieder des Stahlhelm oder der Deutschnationalen Volkspartei wegen ihrer Gesinnung entfernen oder versetzen würden? Herr Geheimrat, wenn man sich das unter "nationaler Opposition" vorstellt, dann verzichte ich darauf. Wenn aus solchem Verrat und aus solcher Heimtücke die deutsche Befreiung kommen soll, dann glaube ich nicht daran! Ich kann Ihnen jedenfalls versichern, daß ich unter diesen Umständen lieber als Nationalsozialist meinen Weg alleine gehe, als mich von teuren Verbündeten rückwärts erdolchen zu lassen.

---

14 Werner Küchenthal (1882-1976), Dr. jur., 1920 Oberregierungsrat im Landesfinanzamt Hannover, Eintritt in die DNVP, 1926/27 braunschweigischer Finanz- und Wirtschaftsminister, 1930-1933 Vorsitzender des Braunschweigischen Staatsministeriums sowie Finanz- und Justizminister, 1933 Eintritt in die NSDAP, 1933-1945 Präsident der Braunschweigischen Staatsbank, Vorstand des Aufsichtsrats der Braunschweigisch-Hannoverschen Hypothekenbank.

15 Küchenthal rechtfertigte seine Verordnung vom 3.9.1931, die Regierungsgeschäfte des Freistaats Braunschweig künftig nur noch durch eine Ein-Minister-Regierung zu führen, mit § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden vom 24.8.1931 (Druck: RGBl. 1931, I, S. 453). Die Wahl eines zweiten Ministers wurde allerdings dem Landtag anheim gestellt. Der Protest der NSDAP gegen diese Maßnahme des ehemaligen Koalitionspartners führte zum Einlenken Küchenthals, so daß der braunschweigische Landtag am 15.9.1931 Dietrich Klagges (NSDAP) zum zweiten braunschweigischen Minister, zuständig für die Ressorts Volksbildung und Inneres, wählte. Vgl. Roloff, Bürgertum, S. 58 ff.

16 Vgl. das Schreiben Magnus von Levetzows an Guido Otto Graf von Henckel Fürst von Donnersmarck vom 28.8.1931, in dem Levetzow über die Besprechung berichtet, die Hitler und Göring am 24.8.1931 mit Vertretern national-konservativer Interessengruppen in Berlin führten. Hitler habe unterstrichen, daß er sich weder von Hugenberg trennen wolle noch zu Konzessionen an die Regierung Brüning bereit sei. Für eine Beteiligung von NSDAP und DNVP an der Regierung sei "die numerische Überlegenheit im Kabinett [...] die gleichzeitig unabwendbare Forderung, an der er mit Hugenberg festhalte". Druck: Gerhard Granier, Magnus von Levetzow. Seeoffizier, Monarchist und Wegbereiter Hitlers. Lebensweg und ausgewählte Dokumente, Boppard a. Rh. 1982, S. 297 ff.

Ich habe mich deshalb entschlossen, an Sie, sehr verehrter Herr Geheimrat, die Frage zu richten, ob es Ihrem Einfluß möglich ist, in Braunschweig auf Ihr Parteimitglied dahingehend einzuwirken, daß die in Frage stehende Verordnung entweder sofort zurückgezogen oder bis längstens und höchstens 15. September [*1931*] befristet wird. Ebenso, daß die Deutschnationale [*Volks*]partei sich restlos für die Wiederbesetzung der zweiten Ministerstelle durch einen Nationalsozialisten einsetzt. Sollte diese Angelegenheit nicht in diesem loyalen Sinn entschieden werden können, dann teile ich Ihnen, hochverehrter Herr Geheimrat mit, daß ich am 16. September den Austritt der nationalsozialistischen Partei aus der nationalen Opposition als vollzogen ansehe und der Öffentlichkeit endgültig bekanntgeben werde. Vielleicht werden die Minister des Stahlhelm und der Deutschnationalen Volkspartei mich dann als Feind mehr zu schätzen lernen als heute als Freund.

Indem ich Sie persönlich meiner Hochachtung versichere, verbleibe ich, Herr Geheimrat

Ihr ergebener

gez. Adolf *Hitler*[17]

---

17 In seiner Antwort vom 9.9.1931 zeigte sich Hugenberg "enttäuscht" über Hitlers Brief. Er habe nicht angenommen, "daß der eine dem anderen so leichthin die Trennung androhen könnte", und frage sich, ob "vielleicht in Ihrer eigenen Partei die von anderen Stellen kommenden Widerstände gegen eine nationale Einheitsfront so stark geworden sind, daß Sie glaubten, diesen Strömungen ein Zugeständnis machen zu müssen". In einem weiteren Schreiben betonte Hugenberg zwei Tage später, daß "die entstandenen Schwierigkeiten [...] durch das Verhalten des Ministers Dr. Franzen und der braunschweigischen Fraktion der NSDAP hervorgerufen worden" seien. Trotzdem unterbreitete er Hitler folgendes Angebot: "Herr Minister Dr. Küchenthal hat aber ständig die Auffassung festgehalten, daß Ihrer Partei dadurch die Stellung eines zweiten Ministers nicht unmöglich gemacht werden soll und steht auch heute zu dieser seiner Zusage. Die D.N.V.P. in Braunschweig hat ihrerseits inzwischen schon erklärt, daß sie mit der Wahl eines nationalsozialistischen Ministers einverstanden sei. Daß die Wirtschaftler mitgehen, ist mit Sicherheit anzunehmen. Wenn die Deutsche Volkspartei es nicht tun sollte, so sind meine Freunde bereit, die Auflösung des Landtages herbeizuführen, was voraussichtlich genügen wird, um die Deutsche Volkspartei zur Zustimmung zu veranlassen, denn bei einer Neuwahl würde von dieser Partei in Braunschweig kaum noch etwas übrig bleiben. Es bedarf also einer Aufhebung der Notverordnung nicht." Druck: Politik und Wirtschaft in der Krise, Teil 2, S. 947 ff.
In seinem Schreiben an Hitler vom 20.3.1932 beklagte Hugenberg, daß er auf seine Briefe vom 9.9. und 11.9.1932 "nie eine Antwort erhalten" habe. BA, NL Leo Wegener 73.

## 8. September 1931 Dok. 28
## "Betrifft: Standarten"
## Anordnung

Masch. Rundschreiben; BA, NS 23 (SA), Nr. 123 [1].

Der Wunsch der Standarten, möglichst bald ein Feldzeichen verliehen zu bekommen [2], ist begreiflich. Die Knappheit der Mittel setzt leider auch hier meiner Absicht, diesem Wunsche zu entsprechen, eine Grenze [3].

Die SA zählt z. Z. 108 Standarten [4]; 42 haben bereits Feldzeichen, vier davon 2. Die Verteilung ist aus der Beilage ersichtlich. Diese enthält ferner ein Verzeichnis der Standarten, welche noch im Laufe dieses Jahres ein Feldzeichen verliehen erhalten sollen.

Maßgebend für die Verleihung ist in erster Linie das Alter, die bisherige Tätigkeit der betr[*effenden*] Standarte. Jedoch wurde in einzelnen Fällen hiervon abgewichen, um Gaustürmen, die bisher überhaupt noch kein Feldzeichen hatten, wenigstens eines zu geben.

Für die Namensgebung bitte ich, bei künftigen Vorschlägen die bisher angewendeten und bewährten Grundsätze festzuhalten. Hienach führt die Standarte den Namen des Landstrichs, in dem sie steht, oder eines Ortes in diesem, der eine besondere Bedeutung hat. Personennamen kommen als Standartenbezeichnung nur in Betracht, wenn der Betreffende eine besondere Bedeutung für die SA hat, z. B. gefallene Kameraden, nicht aber historische Personen wie Gneisenau, Friedrich der Große usw.

Begründete Änderungsanträge zu der beabsichtigten Neuzuteilung von Feldzeichen können von den Gruppen *beschleunigt* gestellt werden; eine Mehrzuweisung kommt jedoch nicht in Frage.

gez. Adolf *Hitler*

F. d. R.
Der Chef des Stabes: Röhm

---

1 Kopf: "Der Oberste SA-Führer I Nr. 5325/31 München, den 8. September 1931 Verteiler IV.".

2 Als Erkennungszeichen für die SA waren die ersten Standarten am 28.1.1923 verliehen worden. Nach der Wiedergründung der NSDAP im Februar 1925 wurde die Form der Standarten vereinheitlicht und als eine Art Feldzeichen für alle SA-Verbände eingeführt. Vgl. Halcomb, S.A., S. 247 ff.

3 Die Finanzierung der SA durch die NSDAP war denkbar gering, so daß die SA-Männer Kosten für Propagandafahrten und Uniformierung in der Regel selbst zu übernehmen hatten. Obwohl nach einzelnen Meutereien der SA im September 1930 allen Parteimitgliedern eine sog. SA-Zulage auferlegt worden war, ging der Generalinspekteur der SA noch im Dezember 1931 davon aus, daß etwa ein Drittel der SA nicht die vorgeschriebene Uniform besaß. Vgl. Longerich, Bataillone, S. 134 f. Ferner Bd. III/3, Dok. 102.

4 Zur damaligen Größe der SA vgl. Dok. 2, Anm. 54. Zu ihrer organisatorischen Gliederung vgl. Bd. IV/1, Dok. 60. Vgl. ferner das Schreiben Nr. VI/N 2325/31 des Polizeipräsidiums München an das Polizeipräsidium Berlin vom 14.1.1932, wo über die SA-Führerbesprechung berichtet wird, die am 15./16.9.1931 im Braunen Haus stattfand: "Röhm kündigte in dieser Besprechung als wesentlichstes an, daß die S.A. in 25 Gruppen neu eingeteilt werden soll, weil wegen des starken Anwachsens eine Übersicht über die S.A. in den bisherigen großen Bezirken nicht mehr möglich sei. Die Grenzen der neuen Gruppen würden sich im allgemeinen in Preußen mit den Grenzen der Provinzen decken, während sie in den übrigen deutschen Freistaaten und in Österreich den dort üblichen Verwaltungsbezirken entsprechen würden." StA München, Polizeidirektion München 6808.

*Gegenwärtiger Besitzstand und beabsichtigte nächste Zuteilung.*

| Gruppe | Gausturm | Standarte | besitzt | soll erhalten |
|---|---|---|---|---|
| Ostland | Danzig | D | - | "Danzig" |
| | Ostpreußen | 1 | "Tannenberg" | - |
| | | 2 | - | - |
| | | 3 | - | - |
| | | 4 | - | "Masuren" |
| Ost | Brandenburg | 24 | "Grenzmark" | "Fehrbellin" |
| | | 35 | - | "Potsdam" |
| | | 64 | - | - |
| | Pommern | 2 | "Pommern" | - |
| | | 42 | - | "Stralsund" |
| | | 9 | - | "Kolberg" |
| | | 176 | - | - |
| | Ostmark | 52 | - | "Niederlausitz" |
| | | 8 | - | - |
| | | 48 | - | "Grenzmark" |
| | | 149 | - | - |
| | Mecklenburg | 90 | "Mecklenburg" | - |
| | | 89 | - | - |
| Nord | Nordmark | 31 | - | "Altona" |
| | | 85 | "Nordmark"<br>"Dithmarschen" | -<br>- |
| | | 86 | "Schleswig" | - |
| | | 163 | "Holstein" | - |
| | Hamburg | 76 | "Hamburg" | - |
| | Hannover-Süd | 10 | - | - |
| | | 73 | "Hannover" | - |
| | | 74 | - | - |
| | | 82 | - | "Göttingen" |
| | | 92 | "Braunschweig" | - |
| | | 164 | - | - |
| | Hannover-Ost | 9 | - | - |

| Gruppe | Gausturm | Standarte | besitzt | soll erhalten |
|---|---|---|---|---|
| Nord | Hannover-Ost | 16 | - | - |
| | | 26 | - | "Wasserkante" |
| | | 77 | - | - |
| | Weser-Ems | 2 | - | "Ostfriesland" |
| | | 19 | - | - |
| | | 62 | - | - |
| | | 75 | - | - |
| | | 78 | - | - |
| | | 91 | "Oldenburg" | - |
| Nordwest | Westfalen-Nord | 13 | "Knickmann" [5] | - |
| | | 15 | - | - |
| | Westfalen-Süd | 17 | "Bochum" | - |
| | | | "Ruhr" | - |
| | | 132 | - | - |
| | Essen | 159 | "Essen" | - |
| | | 57 | - | - |
| | Düsseldorf | 39 | - | "Schlageter" [6] |
| | | 171 | "Schlageter" | "Wuppertal" |
| | Rheinland-Nord | 16 | "Rhein" | - |
| | | 25 | - | - |
| | | 65 | - | - |
| West | Hessen-Darmstadt | 115 | - | "Darmstadt" |
| | | 116 | - | "Oberhessen" |
| | | 117 | - | - |

5 Ludwig Knickmann (1897-1923), seit 1916 Teilnahme am Ersten Weltkrieg, seit 1918 Angehöriger verschiedener Freikorps, dann Mechaniker in Gelsenkirchen, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Beteiligung an Sabotageakten gegen die französischen und belgischen Besatzungstruppen im Ruhrgebiet, am 21.6.1923 von einer belgischen Militärpatrouille erschossen.

6 Albert Leo Schlageter (1894-1923), 1918 Leutnant d. R., 1919 Eintritt in den Jungdeutschen Orden, 1919-1921 Angehöriger verschiedener Freikorps, Teilnahme an den Kämpfen im Baltikum, Ruhrgebiet und in Oberschlesien, 1923 Mitglied der Organisation Heinz, Beteiligung an Sabotageakten gegen die französischen Besatzungstruppen im Ruhrgebiet, am 9.5.1923 von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt, am 26.5.1923 standrechtlich erschossen.
Die NSDAP vereinnahmte Schlageter schon bald für ihre Propaganda, obwohl es unklar blieb, ob Schlageter tatsächlich Mitglied der NSDAP gewesen ist. Sicher läßt sich nur sagen, daß Hitler im Jahr 1923 den Widerstand gegen die Besetzung des Ruhrgebiets entschieden abgelehnt hat. Vgl. Manfred Franke, Albert Leo Schlageter. Der erste Soldat des 3. Reiches. Die Entmythologisierung eines Helden, Köln 1980.

| Gruppe | Gausturm | Standarte | besitzt | soll erhalten |
|---|---|---|---|---|
| West | Hessen-Nassau S[*ü*]d | 80 | - | - |
| | | 81 | "Frankfurt a.M." | - |
| | Hessen-Nassau N[*or*]d | 83 | "Kassel" | - |
| | Reinland-Süd | 20 | - | "Koblenz" |
| Südwest | Württemberg | 1 | "Württemberg" | - |
| | | 2 | - | "Ulm" |
| | | 3 | - | - |
| | Baden | 4 | - | "Kurpfalz" |
| | | 5 | "Baden" | - |
| | | 6 | - | - |
| | Pfalz-Saar | 7 | - | - |
| | | 8 | "Pfalz" | - |
| | | 9 | - | "Emil Müller"[7] |
| Bayern | Schwaben | 3 | "Augsburg" | - |
| | Franken | 5 | "Coburg" | - |
| | | 7 | "Bayreuth" | - |
| | | 9 | - | - |
| | | 14 | "Franken" | - |
| | | 19 | "Ansbach" | - |
| | Niederbayern-Oberpfalz | 11 | "Landshut" | - |
| | | 10 | - | - |
| Mitte | Sachsen | 1 | "Chemnitz" | - |
| | | 2 | "Sachsen" | - |
| | | | "Zwickau" | - |
| | | 3 | - | "Bautzen" |
| | | 4 | "Leipzig" | - |
| | | 5 | "Dresden" | - |
| | Thüringen | 1 | - | "Osterland" |
| | | 2 | "Thüringen" | - |

7 Emil Müller (1905-1926), Arbeiter in Germersheim (Pfalz), SA-Mann, in der Nacht vom 26. auf den 27.9.1926 von dem französischen Unterleutnant Pierre Rouzier erschossen.
Zu den Umständen von Müllers Tod vgl. Bd. II/1, Dok. 94, Anm. 8.

| Gruppe | Gausturm | Standarte | besitzt | soll erhalten |
|---|---|---|---|---|
| Mitte | Thüringen | 3 | - | "Kyffhäuser" |
| | | 4 | - | - |
| | | 5 | - | "Wartburg" |
| | Halle-Merseburg | 11 | - | "Halle" |
| | | 12 | - | - |
| | | 13 | - | - |
| | Magdeburg-Anhalt | 1 | - | - |
| | | 2 | - | - |
| | | 3 | "Magdeburg" | - |
| | | 6 | - | "Anhalt" |
| Schlesien | Oberschlesien | - | - | "Oberschlesien" |
| | Mittelschlesien | 1 | - | "Schweidnitz" |
| | | 2 | - | - |
| | Niederschlesien | 3 | - | "Görlitz" |
| Österreich | Wien | 1 | "Wien"<br>"Marchfeld" | -<br>- |
| | Steiermark | 4 | "Graz" | - |
| | Ober-Österreich | 5 | "Linz" | - |
| | Kärnten | 6 | - | - |
| | Westgau | 7 | - | - |
| | Nieder-Österreich | 10 | - | - |
| | Groß-Berlin | 1 | "Berlin" | - |
| | | 2 | "Berlin II" | - |
| | | 3 | - | |
| | | 4 | "Kütemeyer" [8] | - |
| | | 5 | - | "Horst Wessel" [9] |

8 Hans Georg Kütemeyer (1895-1928), Kaufmann in Berlin-Schöneberg, 1927 Eintritt in die NSDAP und SA, SA-Scharführer im Sturm 15, am 16.11.1928 bei einer Schlägerei ums Leben gekommen.
Zu den Umständen von Kütemeyers Tod vgl. Bd. III/1, Dok. 52, Anm. 19.

9 Horst Wessel (1907-1930), 1922 Eintritt in den Bismarck-Bund, 1924 Eintritt in den Wiking-Bund, 1926 Student, Eintritt in die NSDAP und die SA, Führer des SA-Trupps 34, SA-Sturmführer, Führer des SA-Sturms 5

| Gruppe | Gausturm | Standarte | besitzt | soll erhalten |
|---|---|---|---|---|
| | München-Oberbayern | 1 | "München" | - |
| | | 2 | "München III" | - |
| | | 4 | - | - |
| | | I/5 | "Oberland" | - |
| | | Summe: | 46 | 28 |

## 9. September 1931 Dok. 29
## Rede auf NSDAP-Versammlung in Apolda [1]

Der Nationalsozialist vom 10.9.1931, "Adolf Hitler: 'Ich glaube an die Solidarität der deutschen Nation!'" [2].

Wenn wir Kritik üben, so haben wir als einzige das Recht dazu. Wir Nationalsozialisten sind nicht verantwortlich für den Krieg, für den Zusammenbruch und für die Zeit nach der Revolution [3]. Außerdem haben wir seit 12 Jahren die Entwicklung vorausgesagt, die Schritt für Schritt eingetroffen ist, und uns nie durch Ereignisse des Tages beirren lassen.

Es ist aber nicht heute meine Aufgabe, die Ereignisse des Tages zu schildern; ich möchte Ihnen vielmehr ein Bild der Gesetzmäßigkeit geben, die ich in der inneren Entwicklungslinie erkenne, die nach aufwärts führen muß [*sic!*]. Heute versündigt man sich gegen natürliche Entwicklungsgesetze, die auch das gute Wollen einzelner gar nicht ändern kann. Die Katastrophe wird heute nur in *wirtschaftlicher* Beziehung gesehen [4], weil der einzelne Mensch diese zuerst am eigenen Leibe verspürt. Die Masse spürt Ehrverlust und Freiheitsverlust der Nation zunächst nicht und erst auf dem Umweg durch die wirtschaftlichen Verluste. Wir müssen aber jeden wirtschaftlichen Zusammenbruch aus einem politischen herleiten. Wie andererseits

in Berlin-Friedrichshain, am 14.1.1930 bei einer politischen Auseinandersetzung angeschossen, am 23.2.1930 verstorben. Vgl. Heinz Knobloch, Der arme Epstein. Wie der Tod zu Horst Wessel kam, Berlin 1993.

1 Im Bürgervereinssaal, von 20.30 bis 22.45 Uhr. An der öffentlichen Versammlung, die laut Vorlage "binnen 3 Stunden restlos ausverkauft" war, nahmen etwa 2.000 Personen teil. Der *VB* berichtet, daß die Versammlung, "besonders stark von Arbeitern, Geschäftsleuten und Fabrikanten besucht" gewesen sei. Den Vorlagen ist ferner zu entnehmen, daß sich seit dem Nachmittag mehrere tausend Personen, denen es nicht gelungen war, eine Eintrittskarte zu erwerben, auf dem Darrplatz vor dem Bürgervereinssaal versammelten. Die Versammlung wurde vom Ortsgruppenleiter der NSDAP Rudolf Melzer geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet.

2 Vgl. auch Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 10.9.1931, "Apolda im Zeichen der Anwesenheit Hitlers"; Apoldaer Tageblatt vom 10.9.1931, "Adolf Hitler in Apolda"; VB vom 12.9.1931, "Hitler in Apolda". Ferner Chronik der Stadt Apolda, Apolda o. J., S. 88 f.

3 Gemeint sind der Erste Weltkrieg und die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

4 Vgl. Dok. 2, Anm. 3 ff.

*alle Anstrengungen wirtschaftlicher Natur zwecklos sind, wenn sie nicht auch politisch untermauert werden.*

Hitler geht nun auf die Zusammenhänge zwischen

*Politik und Wirtschaft*

ein, von denen unsere wirtschaftlichen Koryphäen keine Ahnung haben. Die politische Denkkraft des durchschnittlichen Wirtschaftlers geht nicht über die Mauer seiner Fabrik hinaus. Seit Jahren spielt nun schon

*der wirtschaftliche Sachverständige*

die Hauptrolle bei allen politischen Entscheidungen[5] und *alle sind ausnahmslos durch den politischen Prozeß widerlegt worden.* Hitler verurteilt nun den Begriff der Weltwirtschaft[6], der uns von der Volkswirtschaft wegführe und uns von außerhalb unseres Landes und Bodens befindlichen Faktoren abhängig mache. Es bleibt aber ewig wahr, daß *eine einzige Ernte für unser Volk tausendmal mehr wert ist als irgendeine Anleihe*[7]. (Beifall.) Der Marxismus hat von diesen Bodenwerten weggeführt. Wir müssen uns aber darüber klar werden, daß für das Volksleben

*zwei Faktoren entscheidend*

sind:

Sein Grundwert an sich und

*die Mutter Erde,*

auf der sich das Leben abspielt. Von dieser ist der Mensch abhängig.

Darum ist der *Kampf um ausreichenden Lebensraum* immer notwendig. Die Eroberung neuen Bodens und seine Besiedlung (z. B. im Osten)[8], das sind die großen weltgeschichtlichen Ergebnisse, denen gegenüber die Kämpfe zwischen Dynastien als belanglos verschwinden. *Die Erde ist nun einmal begrenzt, aber unbegrenzt ist der Lebenswille eines Volkes.* Aus die-

---

5 Im Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 wurde die Summe der endgültigen alliierten Reparationsforderungen gegenüber Deutschland nicht fixiert; Artikel 233 wies diese Aufgabe einem interalliierten Wiedergutmachungsausschuß zu, der - so Artikel 234 - ab 1.5.1921 "von Zeit zu Zeit die Hilfsmittel und Leistungsfähigkeit Deutschlands" prüfen solle. Für die Angehörigen der verschiedenen Expertengremien, die im Anschluß über die deutschen Reparationsleistungen berieten, bürgerte sich die Bezeichnung "Sachverständige" ein. So basierte etwa der sog. Young-Plan auf dem "Bericht des auf Grund des Genfer Beschlusses vom 16. September 1928 eingesetzten Sachverständigen-Ausschusses"; dieser Bericht wurde auch als "Sachverständigenplan" bezeichnet. Druck: RGBl. 1919, S. 987 ff.; RGBl. 1930, II, S. 395 ff. Vgl. ferner Dok. 2, Anm. 8.

6 Vgl. Dok. 2, Anm. 33.

7 Das Deutsche Reich war - nicht zuletzt aufgrund seiner Reparationszahlungen - in einem extremen Maß abhängig von ausländischen Anleihen; insgesamt hatte die kommerzielle Auslandsschuld am Ende des Jahres 1930 eine Höhe von 25,6 Milliarden RM erreicht. Dieser Verschuldung standen entsprechende deutsche Forderungen an das Ausland in Höhe von 9,7 Milliarden RM gegenüber, d. h. die deutsche Nettoverschuldung belief sich damals auf 15,9 Milliarden RM. Von diesen Auslandskrediten hatten Reich, Länder und Gemeinden 4,9, die deutsche Wirtschaft (in Form von Direktkrediten) 11,8 und die deutschen Banken 8,9 Milliarden RM erhalten. Vgl. Born, Bankenkrise, S. 17 ff., ferner Dok. 2, Anm. 14 und 15 und Dok. 23, Anm. 5.

8 Zur Entwicklung von Hitlers Rußlandbild vgl. Manfred Weißbecker, "Wenn hier Deutsche wohnten...". Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP. In: Das Rußlandbild im Dritten Reich. Hrsg. von Hans-Erich Volkmann, Köln 1994, S. 9-54.
Zur zeitgleichen Wiederbelebung ostimperialer Wirtschafts- und Herrschaftskonzepte außerhalb der NSDAP vgl. Müller, Tor, S. 235 ff.

ser Spannung zwischen Lebensraum und Ausdehnungswille entsteht ein notwendiger Kampf. Es ist ein Wahnsinn zu glauben, ein Genfer Völkerbund könne plötzlich heute die Lebensraumgrenze ein für allemal festlegen[9]. Das wäre ebenso lächerlich, wie eine internationale Kommission zur Verhinderung des Mondumlaufs. (Gelächter und Beifall.) Was beherrscht uns denn heute mehr, ein utopistisches Gesetz aus Genf oder unsere deutsche Not? *Ein Volk, das den Kreislauf der inneren Wirtschaft verläßt, beginnt von Faktoren abhängig zu werden, die nicht mehr in seinem Machtbereich stehen.* Die Not ist nun um so größer geworden, als sich durch die fortgesetzte Industrialisierung aller Völker

*der Weltabsatzmarkt*

für das deutsche Volk verengert [*sic!*]. Auch *Sowjet-Rußland* beginnt jetzt zu exportieren[10], und wir Deutschen exportieren nach Rußland obendrein noch die Maschinen[11], die dem Sowjetstaat die Durchführung des Fünfjahresplans[12] ermöglicht, durch den wiederum Millionen deutscher Arbeiter brotlos werden. Aber die deutsche Wirtschaft freut sich obendrein noch, ohne diese Zusammenhänge zu Ende zu denken, über diesen Export der Maschinen. So sündigen die Kommunisten einerseits, die Herren Wirtschaftler andererseits bewußt oder unbewußt, und

*Millionen von Arbeitslosen*[13]

sind das Ergebnis der Wirtschaftspolitik von heute. Naturgemäß wird jetzt die *Zollmauerumgürtung* jedes Volkes immer stärker und so wird allmählich die Weltwirtschaft durch diese Zollmauer wieder in Einzelwirtschaften zerlegt[14]. *Um so mehr bleibt entscheidend immer die einzusetzende politische Macht.*

Ein Volk, das diesen Gedanken ablehnt, hat dann auch kein Recht, sich zu beklagen.

Die Arbeit von Millionen von Menschen ist einst nicht ausgegangen von lächerlichen

*wirtschaftlichen Theorien,*

sondern allein von den

*Ergebnissen auf den Schlachtfeldern.*

---

9 Vgl. Dok. 2, Anm. 46.

10 Hatte Rußland im Jahr 1913 Güter im Wert von 1.192 Millionen Rubel exportiert, so betrug der Gesamtexport 1921 nur noch 15,8 Millionen Rubel, auch weil dieser seit 1920 unter Kontrolle des Volkskommissariats für den Außenhandel stand. 1929 belief sich der sowjetische Gesamtexport - im Vordergrund standen Agrarprodukte und Rohstoffe - auf 742,3 Millionen Rubel. In Folge des Fünfjahresplans stieg dieser 1930 auf 812,7 Millionen Rubel, fiel jedoch - verursacht durch die damit verbundenen Schwierigkeiten und die katastrophalen Folgen der sog. Kollektivierung der Landwirtschaft - 1931 auf 636,1, 1932 auf 450,8 Millionen Rubel. Vgl. Michael Gotthelf, Außenhandelsentwicklung und Außenhandelsstrategie in der Sowjetunion. Die Entwicklung des Außenhandels der Sowjetunion mit den westlichen Industrienationen und die sowjetische Außenhandelsstrategie in den Jahren 1918-1978, Frankfurt a. M. 1979. Zahlen S. 57, 104.

11 Vgl. Dok. 2, Anm. 37.

12 Vgl. Dok. 2, Anm. 38.

13 Vgl. Dok. 2, Anm. 4.

14 Durch die seit 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise begann der Welthandel zunehmend in Subsysteme zu zerfallen. Als die USA den Hawley-Smoot-Zolltarif im Juni 1930 einführten, reagierten viele Staaten ebenfalls mit Zollerhöhungen. Weitere Tendenzen der internationalen Handels- und Finanzpolitik wie Kontingentierung des Imports, Devisenbewirtschaftung oder bilaterale Handelsverträge hatten zur Folge, daß sich der Welthandel weiter entliberalisierte und sich die Weltwirtschaft zunehmend an nationalen, nicht aber an marktwirtschaftlichen Aspekten orientierte. Vgl. Gilbert Ziebura, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch, Frankfurt a. M. 1984, S. 145 ff.

Weltmärkte werden nun einmal mit dem Schwerte offengehalten. Wenn Clemenceau [15] von 20 Millionen Deutschen spricht, die wir zuviel hätten [16], wir aber als Deutsche wollen, daß 65 Millionen [17] leben und sich entwickeln sollen, dann muß eben Deutschland in die Lebenssphäre anderer Völker eingreifen, oder es geht zugrunde. Du Marxist oder Pazifist, leugne doch nicht, daß überall im Universum

*Kraft und Energie regieren.*

Leugnest du das, so änderst du dies Gesetz im Universum nicht, aber du verzichtest dann auf dein Leben. Von der Wiedergewinnung der Macht und Kraft unseres Volkstums hängt alles ab.

Hitler geht nun, wie in seiner Geraer Rede [18], von höchster Warte dazu über, die *Voraussetzungen* aufzuzeigen, die für die innere Gestaltung der Kraft und die Auffindung der inneren Lebensgesetze nötig sind.

*Es handelt sich gar nicht um die Waffen,* sondern um den Willen, um die willensmäßige Einheit des Volkes. *Aus dieser werden die Waffen kommen. Es kommt immer auf den Träger der Waffen an.* (Stürmischer Beifall.) Es handle sich darum, einen Volkskörper zu schaffen, der seinen ganzen inneren Aktivismus nach außen wenden kann. Das kann erst geschehen, wenn der innere Riß geschlossen wird. Nur so konnte sich damals, 1914, die ganze Kraft nach außen wenden. Der heutige Zwiespalt aber in unserer Nation verbraucht alle Kraft nach innen, und die heutigen Machthaber und die lieben Bürgerlichen wollen gar keine Entscheidung, predigen lieber Ruhe und Ordnung. In Wirklichkeit heißt das Friedhofsruhe und langsame Zersetzung. *Es muß erst wieder ein deutsches Volk erzeugt werden, dann erst kann es Geschichte machen.*

Hitler rechnet nun mit Sozialdemokraten und Bürgertum ab, die längst *steril* geworden seien, und erkennt als die einzigen kampffähigen Gegner Kommunisten und Nationalsozialisten. Die Nationalsozialisten wollen

*das Volk an sich*

und haben die Kräfte erkannt, die zum Siege führen müssen. *Mit einem Fuß in Deutschland und mit dem zweiten in Genf [19] oder Moskau [20] zu stehen, ist verrückt. Das heutige System sollte sich nicht einbilden, mit Notverordnungen kommen zu können [21], wo sich Völkerschicksale entscheiden.* In diesen Notverordnungen finden wir allerhand Gedanken von uns, die sich

15 Georges Benjamin Clemenceau (1841-1929), Arzt, 1870 Bürgermeister von Montmartre (Paris), 1871-1893 Mitglied der französischen Nationalversammlung, 1875 Präsident des Stadtrats von Paris, 1902 Senator, 1903-1906 Herausgeber der Zeitschrift *L'Aurore*, 1906 Innenminister, 1906-1909 und 1917-1920 französischer Ministerpräsident, 1919 Präsident der Pariser Friedenskonferenz.

16 Der fälschlicherweise Clemenceau zugeschriebene Ausspruch stammt aus dem Buch *L'Allemagne ennemie* von Jeanne und Frédéric Régamey, Paris 1913, S. 300: "Il y a en Europe vingt millions d'Allemands de trop." Vgl. Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes. Gesammelt und erläutert von Georg Büchmann, München 1967, S. 757 f.

17 Vgl. Dok. 2, Anm. 22.

18 Am 6.9.1931. Druck: Dok. 25.

19 Artikel 7 der Völkerbundssatzung bestimmte Genf zum Sitz des Völkerbunds. Druck: RGBl. 1919, S. 723.

20 Anspielung auf die im März 1919 auf Initiative Lenins gegründete III., sog. Kommunistische Internationale, die ihren Sitz in Moskau hatte. Vgl. Alexander Watlin, Die Komintern 1919-1929. Historische Studien, Mainz 1993.

21 Zur verfassungsrechtlichen Problematik des Brüningschen Präsidialkabinetts vgl. Dok. 2, Anm. 13.

hier Leute aneignen, die gar nicht die Kraft zu ihrer Durchführung haben. Wir müssen heute den Begriff Nation fanatisch vertreten. Die Spaltung ist einst von obenher erfolgt.

*Der Standesdünkel*

oben mußte den Klassenkampf erzeugen.

Der Wahn, daß man auf der Wirtschaft ein Volk aufbauen könne, müsse zerstört werden. So viele meinten, daß Idealismus nichts vermöchte. Dennoch marschieren heute Hunderttausende SA [22], und aus ihren Augen leuchtet der Glaube an Deutschlands Zukunft. Was das zu sagen hat? Mehr als alle Notverordnungen. Hitler geht dann mit dem *Standesdünkel* ins Gericht. Der Beamte dünke sich mehr als der Schlosser und so weiter. Gewiß war vielleicht sein Vater schon Beamter, vielleicht auch sein Großvater, aber schließlich gab es eine Zeit, wo es so viele Beamte noch gar nicht gab (Beifall und Gelächter) und wo ein deutscher Handwerker in der Ahnenreihe steht. *Die Erbmasse und das Blut entscheiden. Über allen Berufen gibt es noch einen Wert: der Mann.* Das ist die große Erfahrung des Weltkrieges: Der Manneswert hat den Krieg geführt. Wir müssen auch wieder Ehrfurcht vor der Geschichte haben. *Ich lasse mir die Großen meines Volkes nicht rauben.*

*Ich bekenne mich als Deutscher und bin stolz darauf, daß ich es bin!*

*Die großen Leistungen der Vergangenheit sind die Maßstäbe. Aber der Marxismus will ja die geschichtlichen Maßstäbe ausrotten, um die eigene Kleinheit nicht erkennen zu lassen. Ich baue auf mein Volk und seine Kraft, ich plädiere auf das Recht der Selbstbehauptung und will keine Botschafterkonferenz* [23],

*ich glaube an die Solidarität der deutschen Nation!* (stürmischer Beifall)

*und an die Zukunft, die uns durch diese Kraft wieder eröffnet wird.*

Ich stehe vor Ihnen nicht als Mann einer weltfremden Theorie, sondern als Mann der größten Organisation, die aus diesem Gedanken erwachsen ist. *Die Wirtschaft wird in wenigen Monaten zugrunde gegangen sein, aber der ideale Glaube unserer Bewegung wird als hochragender Pfeiler der deutschen Kraft bestehen bleiben.*

Wer mich fragt, ob ich es denn schaffen werde, dem kann ich nur antworten: Wer diese gewaltige Organisation von 600.000 Mitgliedern [24] und 10 Millionen Anhängern [25] aus dem Chaos schaffen konnte, der wird es eher fertigbringen, den Staat neu zu organisieren als die heutigen Machtträger, die nicht eine einzige Organisation haben schaffen können. Und wenn die Herren Gegner spottend behaupten, wir hätten ja so viele Buben in unseren Reihen [26], dann sage ich, Gottlob, daß wir sie haben. *1914 sind deutsche Buben Helden gewesen* [27]. Gerade ich

22 Vgl. Dok. 2, Anm. 54.

23 Die seit 1920 bestehende Pariser Konferenz der Botschafter der USA, Großbritanniens, Italiens und Japans sowie eines Vertreters des französischen Außenministeriums befaßten sich vor allem mit der Durchführung der Entmilitarisierungsbestimmungen des Versailler Friedensvertrags. Aufgrund der Veränderungen in der internationalen Politik trat die Konferenz seit ihrer 327. Sitzung am 12.1.1931 jedoch nicht mehr zusammen, ohne daß ein offizieller Auflösungsbeschluß gefaßt worden wäre. Vgl. Jürgen Heideking, Areopag der Diplomaten. Die Pariser Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920-1931, Husum 1979.

24 Im August 1931 wurde die NSDAP-Mitgliedsnummer 600.000 vergeben, im Oktober 1931 die Nummer 650.000. Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 352. Ferner Dok. 2, Anm. 61.

25 Vgl. Dok. 2, Anm. 62.

26 Vgl. Dok. 25, Anm. 29.

versuche ja in meinen Reihen aus ihnen deutsche Männer zu machen. Bei wem das Herz spricht, der trete ein in die junge deutsche Volksarmee. Wir wollen aber keine überredeten Menschen, sondern nur überzeugte. Hitler schließt seine gewaltige Rede mit den Worten: *Wenn die Großen unserer Vergangenheit heute auferstehen würden, ich weiß, sie stünden heute bei uns*[28]*!*

## 15. September 1931 Dok. 30
## Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 16.9.1931.

Der Gauleiter Adolf *Ehrecke*[1], Saarbrücken, wurde infolge seiner Tätigkeit für die Partei[2] aus dem Saargebiet ausgewiesen und hat mich infolgedessen um Enthebung von seinem Amte als Gauleiter gebeten[3]. Ich genehmige unter diesen Verhältnissen das Rücktrittsgesuch des Pg. Ehrecke und danke ihm für seine unter schwierigen Verhältnissen der Bewegung geleisteten Dienste.

*München,* den 15. September 1931

Adolf *Hitler*

---

27 Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs waren in Deutschland die Jahrgänge bis 1893 vollständig gemustert und teilweise eingezogen. Unabhängig davon bestand die Möglichkeit, sich vom 17. Lebensjahr aufwärts freiwillig zum Militärdienst zu melden, obwohl es mitunter vorkam, daß selbst 15jährige an der Front waren. Ab 1915 gingen die Musterungskommissionen dazu über, nicht nur die 20jährigen, sondern auch die 19- und 18jährigen (Jahrgang 1896 und 1897) zu mustern, den Jahrgang 1897 jedoch erst ab Frühjahr 1916 einzuziehen. Als jüngster Jahrgang wurde bis Kriegsende der Jahrgang 1900 zu $^2/_3$ eingezogen. Vgl. Sanitätsbericht über das Deutsche Heer (Deutsches Feld- und Besatzungsheer) im Weltkriege 1914/1918. Bearbeitet in der Heeres-Sanitätsinspektion des Reichswehrministeriums. Bd. III: Die Krankenbewegung bei dem Deutschen Feld- und Besatzungsheer im Weltkriege 1914/1918, Berlin 1934, S. 15 ff.

28 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Adolf Ehrecke (1900-1980), Studienassessor in Schweinfurt, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1929-1931 Gauleiter des Gaues Saar, seit 1933 als Schulrat an verschiedenen Schulen tätig, 1942 Ortsgruppenleiter der NSDAP in Görlitz (Niederschlesien), 1944 mit dem Schulaufsichtsdienst für Volksschulen und mittlere Schulen beim Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete beauftragt.

2 Am 4.12.1926 hatte die Regierungskommission des Saargebiets die Gründung einer "NSDAP des Saargebietes" genehmigt, während die reichsdeutsche NSDAP im Saarland weiterhin verboten blieb. Dennoch betrachtete die Reichsleitung der NSDAP den Gau Saar als Teil ihrer Partei (vgl. z. B. Bd. III/1, Dok. 16). Das geringe öffentliche Echo, Personalauseinandersetzungen, finanzielle Schwierigkeiten und die mäßige Unterstützung aus München für die formal von der Reichsleitung unabhängige Organisation führten zu einer Parteikrise, so daß Hitler die Partei am 19./20.5.1929 offiziell auflöste (vgl. Bd. III/2, Dok. 39). Am 31.7.1929 beauftragte Hitler Ehrecke mit der Reorganisation der Partei, die sich jetzt "NSDAP Gau Saar" nannte. Vgl. Gerhard Paul, Die NSDAP des Saargebietes 1920-1935. Der verspätete Aufstieg der NSDAP in der katholisch-proletarischen Provinz, Saarbrücken 1987, S. 44 ff.

3 Wegen seiner aggressiven Propaganda und der sie begleitenden Gewalttätigkeiten der saarländischen NSDAP war Ehrecke am 31.3.1931 aus dem Schuldienst entlassen, am 20.6.1931 aus dem Saargebiet ausgewiesen worden. Nachfolger wurde der stellvertretende Gauleiter Karl Brück. Vgl. Paul, NSDAP des Saargebietes, S. 52 f., 180 sowie IfZ, Fa 223/8, Personalakte Adolf Ehrecke.

## 15. September 1931 Dok. 31
## Rede auf SA-Gruppenführer-Tagung in München [1]

Anlage zum Bericht Nr. VI/N 1577/31 der Polizeidirektion München an das Reichsministerium des Innern vom 7.10.1931; BA Potsdam, RMdI, NSDAP: Bewegung, Entstehung, Ziele und Mittel, Bd. 3, 26067 [2].

Adolf Hitler begrüßte um 10 Uhr vormittags des 15. September [*19*]31 die sämtlichen erschienenen Persönlichkeiten mit dem Hinweis, daß nur sehr selten eine Tagung in diesem Rahmen stattfinden könne und daß er sich freue, einmal alle wichtigen Führer der Bewegung beisammen zu haben. Er leitete gleich über auf die Besprechung über die politische Lage, die aber nichts wesentlich Neues ergab. Er erwähnte, daß zur Zeit in ganz Deutschland, am stärksten aber in Bayern, der Polizeiterror herrsche [3]. Er müsse leider zugeben, daß viele polizeilichen Maßnahmen auf die Fehler von Unterführern zurückzuführen seien, für die man ihn selbst nicht verantwortlich machen könne [4]. Aber das sei nicht so schlimm. Die Erfahrung habe gezeigt, daß das behördliche Vorgehen gegen die Partei einen geistigen Zuwachs [*sic!*] für dieselbe bedeute. Es sei unmöglich, aus einem Menschen, der innerlich Nationalsozialist sei, durch Versammlungs- oder Zeitungsverbote einen Sozialdemokraten oder einen Zentrumler [*sic!*] zu machen. Der Betreffende bleibe immer Nationalsozialist. Man habe in Deutschland jahrelang

---

1 In der Reichsführerschule der NSDAP, Schwanthalerstraße 68, nach 10.00 Uhr. Hitler sprach etwa zwei Stunden. Vor Hitler sprach der Stabschef der SA Ernst Röhm über die Lage der SA.
Mit Schreiben Nr. 5118/31 vom 28.8.1931 hatte Röhm alle Gruppenführer der SA sowie die selbständigen Untergruppenführer Groß-Berlin und München-Oberbayern zu der Besprechung eingeladen. Als Themen nannte das Schreiben: "Die politische Lage, besondere Maßnahmen im Falle von Unruhen, Ausbau von SA und SS, Erfahrungen der Reichsführerschule, Verhältnis zur Hitlerjugend, Zusammenwirken mit NSKK, SA-Zeitung, Verhältnis zum Stahlhelm, Einzelfragen." Ein Abdruck des Schreibens ging an alle übrigen Spitzen der NSDAP. Parallel hierzu hatte MdR und Reichsorganisationsleiter I der NSDAP, Gregor Straßer, mit Rundschreiben vom 4.9.1931 alle Gauleiter zu einer Besprechung eingeladen, die am selben Tag um 9.00 Uhr im Braunen Haus begann. Nach Polizeiangaben nahmen 27 SA-Führer aus ganz Deutschland an der Versammlung teil, ferner "etwa 80-90 Gauleiter aus Deutschland", worunter vermutlich auch die stellvertretenden Gauleiter zu rechnen sind, sowie Teile der Reichsleitung der NSDAP. Am 16.9.1931 wurde die Besprechung im Sitzungssaal des Braunen Hauses von 9.30 bis 11.00 Uhr fortgesetzt, wobei sie - so die Vorlage - "mit verschiedenen Einzelfragen ganz untergeordneter Bedeutung ausgefüllt" wurde. "Von 11-13 Uhr besprachen sich die einzelnen Referenten untereinander in Form eines zwanglosen Gedankenaustausches." Für die Zeit von 13.00 bis 16.00 Uhr lud Hitler alle Teilnehmer der Tagung in das Restaurant *Osteria* ein.

2 Die Vorlage enthält auch eine Abschrift des Schreibens OSAF Nr. 5118/31 vom 28.8.1931.
Vgl. auch Rundschreiben des Reichsorganisationsleiters I der NSDAP an alle Gauleiter und den Landesleiter von Österreich vom 4.9.1931; BA, NS 20-123. Bericht Nr. VI a F 1874/31 der Polizeidirektion München vom 15.9. 1931; StA München, Polizeidirektion München 6735. Bericht des Polizeipräsidenten in Berlin Nr. I[7] 42[02]/24.9. an den preußischen Minister des Innern vom 5.10.1931; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 310. Lagebericht Nr. 105 der Polizeidirektion München vom 23.10.1931; StA München, Polizeidirektion München 6827. Ferner die standardisierte Pressemitteilung z. B. in: Der Nationalsozialist vom 19.9.1931, "Die Führertagung"; Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 19.9.1931, "Auftakt zur Winteroffensive"; Niedersächsischer Beobachter vom 26.9.1931, "Reichsführer-Tagung".

3 Offenbar eine Anspielung auf das Uniformverbot in Bayern (vgl. Dok. 2, Anm. 58 und Dok. 4, Anm. 3 und 7), die Besetzung des Braunen Hauses (vgl. Dok. 4 und 6) sowie den Erlaß der Polizeidirektion München vom 11.7.1931, den *Völkischen Beobachter* - Bayern-Ausgabe und Reichs-Ausgabe - bis 2.8.1931 zu verbieten. Vgl. VB vom 11.7.1931, "Verbot des 'Völkischen Beobachters'".

4 Vgl. z. B. Dok. 18.

die KPD niedergehalten[5]. Man habe ihre Versammlungen und ihre Presse verboten. Bei der letzten Reichstagswahl stellte sich aber heraus, daß die Anhängerschaft der KPD dadurch nicht geringer geworden sei[6]. In München allein hätten über 30.000 Einwohner kommunistisch gewählt[7], obwohl die Kommunisten während der Wahlzeit kaum eine einzige richtige Massenversammlung zustandebrachten[8]. Und so sei es auch mit dem Nationalsozialismus. Man könne jetzt durch Notverordnungen auch noch die Wahlen hinausschieben[9]; man könne die Presse und die Versammlungen verbieten. Die Nationalsozialisten bleiben deshalb doch die gleichen. An einem wesentlichen Zuwachs der Parteimitglieder brauche es gar nicht mehr gelegen sein[10]. Die Partei sei in der Lage, sich trotz Verboten zu finanzieren[11], und es bestünde kein Interesse daran, eine zu breite Masse als Mitglieder zu gewinnen, weil erfahrungsgemäß viele unlautere Elemente dabei seien. Die Partei wolle die ruhige Zeit dazu benützen, sich selbst innerlich zu stärken und zu reinigen und im Kleinen und an jedem einzelnen Parteigenossen für die Zukunft zu arbeiten. Der Tag, an dem der Nationalsozialismus siegen würde, der komme ganz von selbst. Ob er nun durch Notverordnungen um einige Monate hinausgeschoben würde, spiele keine Rolle. Bisher sei alles so eingetreten, wie die Nationalsozialisten es vorausgesagt hätten. Und mit einer ganz natürlichen Sicherheit müsse auch der Tag kommen, an dem das heutige System seine Niederlage erleiden würde.

Hitler kam dann auf das Verhalten bei Ausbruch von Unruhen zu sprechen. Er äußerte sich hierüber außerordentlich vorsichtig. Es sei möglich, daß die kommende schwere Zeit schwere Unruhen mit sich brächte. Die Nationalsozialisten müßten vorsichtig sein, um sich nicht aus ihrer Reserve herauslocken zu lassen[12]. Unruhen wirtschaftlicher Art müßte die Regierung selbst be-

---

5 Die Rechtsprechung der Weimarer Republik behandelte die KPD seit Mitte der 20er Jahre als hochverräterische Organisation, deren staatsfeindlicher Charakter in der Regel als "gerichtsbekannt" vorausgesetzt wurde. Bereits am 10.5.1929 war der Rote Frontkämpferbund verboten worden, so daß die KPD - im Gegensatz zu anderen Parteien - zumindest offiziell über keinen Wehrverband verfügte. Vgl. Gusy, Weimar, S. 178, 354 ff.; Kurt G. P. Schuster, Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes, Düsseldorf 1975, S. 223 ff.

6 Bei der Reichstagswahl am 20.5.1928 hatten 3.264.793 Wahlberechtigte (10,6%) KPD gewählt, bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 waren es 4.590.160 (13,1%). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1930, S. 563; 1931, S. 546 f.

7 Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 erhielt die KPD in München 40.169 Stimmen, was 10,1% der Wahlberechtigten entsprach. Vgl. Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Bayern 19 (1930). Hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1930, S. 563 ff.

8 Zur Rolle der KPD bei den bayerischen Wahlen vgl. Hartmut Mehringer, Die KPD in Bayern 1919-1945. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand. In: Bayern in der NS-Zeit, Bd. V. Hrsg. von Martin Broszat und Hartmut Mehringer. Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand, München 1983, S. 1-286, hier S. 30 ff.

9 Vgl. Dok. 2, Anm. 13.

10 Vgl. Dok. 2, Anm. 61 und 62 sowie Dok. 29, Anm. 24.

11 Zur Finanzierung der NSDAP vgl. Turner, Großunternehmer, passim.

12 Hitler hatte dem italienischen Konsul in München Capasso Torre am 20.6.1931 mitgeteilt, daß er jegliche Putschversuche entschieden ablehne; die NSDAP hätte sich dann nicht nur mit der Polizei, sondern auch mit der Reichswehr auseinanderzusetzen. Die offiziellen Verlautbarungen der NSDAP betonten erst recht ihren Willen, die Macht auf "legalem" Weg zu erobern. Obwohl die politische Praxis, insbesondere an der Parteibasis, oft anders ausfiel, war Hitler nach der Erfahrung des gescheiterten Putschs im November 1923 nicht bereit, seine - letzten Endes maßgebliche - Strategie einer Legitimierung seines Machtanspruchs durch Wahl-

kämpfen. Es sei aber auch möglich, daß die Unruhen rein politischer bzw. kommunistischer Art seien. In diesem Falle könne man der Regierung, wenn sie dieser Unruhen nicht selbst Herr wird, sehr wohl beispringen. Aber dabei müßten die Nationalsozialisten Obacht geben, daß sie nicht nur die Kastanien aus dem Feuer holen. Darüber lasse sich aber, wie gesagt, heute noch nichts sagen. Auf keinen Fall würden die Nationalsozialisten irgendeinen unüberlegten Schritt tun. Die Heimwehr [13] in [*der*] Steiermark habe es wieder deutlich erwiesen [*sic!*], daß es unmöglich sei, auf illegalem Wege etwas Erfolgreiches zu unternehmen [14]. Die Partei müsse auf dem legalen Weg bleiben, der überhaupt augenblicklich der einzig sichere sei [15]. (Die sämtlichen SA-Führer waren mit diesen Ausführungen sichtlich einverstanden, denn sie spendeten lebhaften Beifall.) [16]

---

erfolge aufzugeben. Die Politik der damaligen Reichsregierung sowie die Entscheidungspraxis der Rechtssprechung orientierten sich deshalb, ungeachtet aller Zweifel und Schwankungen, an Hitlers immer wieder bekundetem Legalitätswillen. Während der Jahre 1925 bis 1933 wurde der Status der NSDAP als der einer legalen Partei reichsweit nicht infragegestellt. Vgl. De Felice, Mussolini e Hitler, S. 231 f. Vgl. ferner Dok. 2, Anm. 19 sowie Klaus Rüffler, Vom Münchener Landfriedensbruch bis zum Mord von Potempa. Der "Legalitätskurs" der NSDAP, Frankfurt a. M. 1994.

13 Die Heimwehr war aus regionalen Selbstschutzverbänden hervorgegangen, die sich bei Ende des Ersten Weltkriegs in Österreich gebildet hatten. Ungeachtet ihrer unterschiedlichen politischen Wurzeln und Zusammensetzung entwickelte die Heimwehr bald eine antimarxistische, später auch faschistisch-antiparlamentarische Ideologie, die seit 1930 zur Spaltung der Heimwehr in einen legalistischen und einen putschistischen Flügel führte. Vgl. Walter Wiltschegg, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? München 1985.

14 In der Nacht vom 12. auf 13.9.1931 hatte der damalige Bundesführer der Heimwehr Walter Pfrimer der steirischen Heimwehr das Signal zum Putsch gegeben. Daraufhin besetzten Heimwehrformationen mit insgesamt 14.000 Bewaffneten fast die gesamte Obersteiermark, verhafteten zahlreiche Personen und errichteten Straßensperren. Doch war bereits am nächsten Tag abzusehen, daß sich die Heimwehr in den übrigen österreichischen Bundesländern dem Hochverratsunternehmen nicht anschließen würde. Nachdem auch jede Unterstützung durch den staatlichen Machtapparat und eine militärische Hilfe durch Ungarn ausgeblieben war, brach der "Operettenputsch" noch am selben Tag zusammen, und Pfrimer floh ins Ausland. Trotzdem gaben die österreichischen Streitkräfte und Behörden ihre wohlwollende Neutralität nicht auf. Pfrimer, der kurz darauf nach Österreich zurückkehrte, wurde am 18.12.1931 vom Grazer Schwurgericht von der Anklage des Hochverrats freigesprochen. Vgl. Bruce F. Pauley, Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Der Steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalsozialismus 1918-1934, Wien 1972, S. 107 ff.

15 Vgl. Dok. 2, Anm. 19.

16 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf. Nach Hitler sprachen SA-Gruppenführer Franz Ritter von Hörauf über die Situation der SA, SA-Gruppenführer Hans Georg Hofmann zur Frage des Grenzschutzes, der Korpsführer des NSKK, Adolf Hühnlein, über das NSKK sowie SA-Gruppenführer Kurt Kühme über die Reichsführerschule.
Vgl. ferner das Schreiben Nr. VI/N 2325/31 des Polizeipräsidiums München an das Polizeipräsidium Berlin vom 14.1.1932, in dem Hitlers Rede wie folgt geschildert wird: "Hitler sprach sodann über die Kurfürstendammausschreitungen in Berlin und gab hierbei zu, daß die S.A.-Führung in den Großstädten bei der nun politisch einmal bedingten langsamen Entwicklung der Partei oft in die Lage versetzt werde, etwas zu unternehmen, was geeignet sei, die revolutionäre Stimmung der Leute zu befriedigen. Diese Unternehmungen müßten sich aber in Formen abwickeln, die die nach außen legale Politik der N.S.D.A.P. nicht in Gefahr brächten. Die Partei dürfe durch ein solches Vorgehen nicht belastet werden. Für die S.A.-Führer sei es in solchen Fällen selbstverständlich, daß sie sich schützend vor die Partei stellten und eine Verbindung etwaiger Vorfälle mit der Partei grundsätzlich ableugneten sowie, wenn es keine anderen Wege gäbe, die Verantwortung für die Vorfälle selbst auf sich nähmen. Die betreffenden S.A.-Führer müßten weiterhin verstehen, daß die Partei nach solchen Vorfällen selbstverständlich von den betroffenen S.A.-Führern öffentlich abrücken und sie demonstrativ fallenlassen müßte. Sie könnten aber gewiß sein, daß die Partei ihre Verdienste nicht vergessen und sie im geeigneten Augenblick in ihre Ämter wiedereinsetzen würde." StA München, Polizeidirektion München 6808.

## 16. September 1931 Dok. 32
## "Verfügung"
## Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 30.9.1931.

Pg. Karl *Lenz* [1], M.d.R., wird mit sofortiger Wirkung mit der Führung des Gaues Hessen-Darmstadt [2] beauftragt [3].

*München,* den 16. September 1931

Adolf *Hitler*

## 16. September 1931 Dok. 33
## Anordnung

Druck: Anton Lingg, Die Verwaltung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, München 1939, S. 71 f.

Ich, Adolf *Hitler*, als Vorstand des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins, eingetragener Verein in München [1], erteile hiermit dem Reichsschatzmeister des genannten Vereins, Herrn

*Stadtrat Franz Xaver Schwarz*

in München, Schellingstraße 50/0,

*Vollmacht,*

den Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterverein in allen seinen Vermögensangelegenheiten in jeder Weise zu vertreten [2].

1 Karl Lenz (1899-1944) 1916 Kriegsfreiwilliger, 1920 Lehrer in Heidelberg, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1922-1925 SA-Führer in Heidelberg, 1926 Wiedereintritt in die NSDAP, Ortsgruppenleiter in Eichtersheim, dann Kreisleiter in Sinsheim-Wiesloch, 1927-1931 Gaupropagandaleiter der NSDAP und stellvertretender Gauleiter des Gaues Baden, 1928 Entlassung aus dem Staatsdienst, 1929/30 MdL in Baden, 1930-1933 MdR, 1931/32 MdL in Hessen-Darmstadt, 1931/32 Gauleiter des Gaues Hessen-Darmstadt, 1934 Aberkennung aller politischen Ämter für den Zeitraum von drei Jahren, 1935 Lehrer in München, 1936 Bezirksschulrat, 1943 Sturmbannführer der Waffen-SS, Geschäftsführer der Firma Deulag in Belgien.

2 Der Gau Hessen-Darmstadt wurde 1927 aus dem Gau Hessen-Nassau-Süd ausgegliedert; im Dezember 1932 wurde das Gebiet wieder Teil des Gaus Hessen-Nassau-Süd.

3 Die Politik der NSDAP im Gau Hessen-Darmstadt wurde nicht nur durch schwere innere Differenzen behindert, sondern auch durch die Gegensätze zu den beiden anderen "hessischen" Gauen der NSDAP, Hessen-Nassau-Süd und Hessen-Nassau-Nord. Zur Reorganisation der Partei war erst am 9.1.1931 Peter Gemeinder zum Gauleiter des Gaues Hessen-Darmstadt ernannt worden, doch war dieser am 30.8.1931 an einem Herzschlag gestorben. Vgl. Eberhart Schön, Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim am Glan 1972, S. 182 ff.

1 Druck der Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. in der Fassung vom 21.8.1925 und vom 22.5.1926: Bd. I, Dok. 64 und 146.

2 Das Ressort des Reichsschatzmeisters wurde mit dieser Anordnung aus der Politischen Organisation der NSDAP formal ausgeklammert und Hitler direkt unterstellt. Schwarz verschaffte dies einen ungewöhnlich gro-

Der Bevollmächtigte darf die Vollmacht zwar nicht in ihrem ganzen Umfange, jedoch in einzelnen Beziehungen, insbesondere soweit ein Geschäftsanteil des Nationalsozialistischen Deutschen Arbeitervereins bei einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Betracht kommt, auf einen anderen übertragen, auch die übertragene Vollmacht widerrufen.

Von den Beschränkungen des § 181 BGB.[3] ist der Bevollmächtigte befreit.

*München,* den 16. September 1931

Gez.: Adolf *Hitler*[4]

## 17. September 1931 — Dok. 34
## "Führertugend"
## Rede in der Reichsführerschule der NSDAP[1] in München[2]

Schreiben des Polizeipräsidenten von Berlin, Landeskriminalpolizeiamt (I). I[7] (Reichsführerschule) an die Polizeidirektion München vom 9.2.1932 mit Anlage: Tagebuch Reichsführerschule München vom 6.9.-26.9.1931, S. 15; StA München, Polizeidirektion München 6812.

Redetext nicht ermittelt.

---

ßen Handlungsspielraum bei seinen zahlreichen Kompetenzkonflikten mit den Gauleitern, aber auch den übrigen Organen der Reichsleitung der NSDAP. Vgl. ferner Dok. 22.
Zur Tätigkeit von Schwarz vgl. Ulf Lükemann, Der Reichsschatzmeister der NSDAP. Ein Beitrag zur inneren Parteistruktur, Diss. phil., München 1963; Diether Degreif, Franz Xaver Schwarz. Das Reichsschatzmeisteramt der NSDAP und dessen Überlieferung im Bundesarchiv. In: Aus der Arbeit der Archive. Beiträge zum Archivwesen, zur Quellenkunde und zur Geschichte. Festschrift für Hans Booms. Hrsg. von Friedrich P. Kahlenberg, Boppard a. Rh. 1989, S. 489-503.

3 § 181 BGB lautet: "Ein Vertreter kann, soweit nicht ein anderes ihm gestattet ist, im Namen des Vertretenen mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten ein Rechtsgeschäft nicht vornehmen, es sei denn, daß das Rechtsgeschäft ausschließlich in der Erfüllung einer Verbindlichkeit besteht." Druck: Bürgerliches Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Ergänzungsbestimmungen, München [35]1936, S. 40.

4 Folgt notarielle Beglaubigung.

1 In der Schwanthalerstraße 68, von 10.30 bis 12.30 Uhr. Vgl. ferner Dok. 1, Anm. 1.

2 Während des IV. Lehrgangs, der vom 6.9.-27.9.1931 dauerte.

## 18. September 1931 Dok. 35
## "Sozialismus"
## Rede in der Reichsführerschule der NSDAP[1] in München[2]

Schreiben des Polizeipräsidenten von Berlin, Landeskriminalpolizeiamt (I). I7 (Reichsführerschule) an die Polizeidirektion München vom 9.2.1932 mit Anlage: Tagebuch Reichsführerschule München vom 6.9.-26.9.1931, S. 16; StA München, Polizeidirektion München 6812.

Redetext nicht ermittelt.

## 21. September 1931 Dok. 36
## Erklärung

VB vom 23.9.1931, "Zum Trauerfall in der Familie des Führers".

Sie bringen in Ihrer Nummer vom 21. September 1931 unter der Überschrift "Eine rätselhafte Affäre" eine Darstellung des unglücklichen Ereignisses in meiner Familie, die in wesentlichen Punkten unrichtig ist[1].

---

1 In der Schwanthalerstraße 68, von 10.30 bis 12.30 Uhr. Vgl. ferner Dok. 1, Anm. 1.
2 Während des IV. Lehrgangs.

1 Unter der Überschrift "Eine rätselhafte Affäre. Selbstmord der Nichte Hitlers" meldete die *Münchener Post* am 22.9.1931 u. a.: "In einer Wohnung am Prinzregentenplatz hat sich eine 23jährige Musikstudierende, eine Nichte Hitlers, *erschossen.* Das Mädchen hatte schon seit zwei Jahren ein möbliertes Zimmer in einer Wohnung auf der gleichen Etage inne, auf der sich Hitlers Wohnung befand. Was die Studentin in den Tod getrieben hat, ist noch unbekannt. Es handelt sich um Angela *Raubal*, die Tochter der Stiefschwester Hitlers. [...] Am Freitag, 18. September, kam es zwischen Herrn *Hitler* und seiner Nichte wieder einmal zu einer heftigen Auseinandersetzung. Was war die Ursache? Die lebenslustige, 23jährige, musikstudierende Geli wollte nach Wien reisen, sie wollte sich verloben. Hitler war entschieden dagegen. Darüber gab es unter den beiden immer neuen Streit. Nach einem heftigen Auftritt verließ Hitler seine Wohnung, Prinzregentenplatz 16/II. Am Samstag, 19. September, wurde bekannt, daß Fräulein Geli in der Wohnung, mit der Schußwaffe Hitlers in der Hand, *erschossen aufgefunden* wurde. Das Nasenbein der Toten ist zertrümmert, die Leiche trug auch noch andere schwere Verletzungen. Aus einem Brief an eine in Wien wohnende Freundin geht hervor, daß Fräulein Geli die feste Absicht hatte, nach Wien zu gehen. Zur Absendung des Briefes kam es nicht mehr. Die Mutter des Fräuleins, eine Stiefschwester des Herrn Hitler, wohnt in Berchtesgaden; sie wurde nach München gerufen. Herren aus dem Braunen Hause haben dann beraten, was als *Ursache* des Selbstmordes veröffentlicht werden soll. Man einigte sich darauf, den Tod Gelis mit *unbefriedigten künstlerischen Leistungen* zu begründen. Dabei wurde auch die Frage erörtert, wer, wenn irgend etwas passiere, der eventuelle Vertreter Hitlers sein solle. Es wurde Gregor *Straßer* genannt, der nun wieder vollkommen gesund und jetzt ein eifriger Schwimmer und Turner sein soll. Als Ursache, warum die Polizei in die Wohnung Prinzregentenplatz 16/II gekommen ist, wurde im Braunen Haus angegeben, daß die Polizei Haussuchung nach einem Geheimbefehl gehalten habe."

Ich fordere Sie daher auf Grund § 11 des Pressegesetzes[2] auf, in Ihrer nächsten Vollausgabe folgende Berichtigung an der gleichen Stelle mit den gleichen Drucklettern zu bringen:

*"Berichtigung*

1. Es ist *unwahr,* daß ich mit meiner Nichte Angelika Raubal[3] 'immer neuen Streit' bzw. 'eine heftige Auseinandersetzung' am Freitag, den 18. September 1931 oder vorher hatte.

*Wahr* ist, daß ich mit meiner Nichte keinerlei Streit oder Auseinandersetzung hatte[4].

2. Es ist *unwahr,* daß ich 'entschieden dagegen war', daß meine Nichte nach Wien reise.

*Wahr* ist, daß ich niemals gegen die geplante Reise meiner Nichte nach Wien war.

3. Es ist *unwahr,* daß sich meine Nichte in Wien verloben wollte oder daß ich gegen eine Verlobung meiner Nichte irgendetwas hatte.

*Wahr* ist, daß meine Nichte, von der Sorge gequält, die zu einem öffentlichen Auftreten nötigen Anlagen doch nicht zu besitzen, nach Wien fahren wollte, um dort bei einem ersten Stimmpädagogen ihre Stimme neuerdings prüfen zu lassen.

4. Es ist *unwahr,* daß ich meine Wohnung am 18. September 1931 'nach einem heftigen Auftritt' verließ.

*Wahr* ist, daß keinerlei Auftritt gewesen war und keine Erregung herrschte, als ich meine Wohnung an diesem Tage verließ[5].

*München,* den 21. September 1931

gez.: Adolf *Hitler"*

---

2 § 11 des Reichspreßgesetzes vom 7.5.1874 legte u. a. fest: "Der verantwortliche Redakteur einer periodischen Druckschrift ist verpflichtet, eine Berichtigung der in letzterer mitgetheilten Thatsachen auf Verlangen einer betheiligten öffentlichen Behörde oder Privatperson ohne Einschaltungen oder Weglassungen aufzunehmen, sofern die Berichtigung von dem Einsender unterzeichnet ist, keinen strafbaren Inhalt hat und sich auf thatsächliche Angaben beschränkt." Druck: Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich in der Fassung des Jahres 1893, München [5]1893, S. 186.

3 Angelika (Geli) Raubal (1908-1931), 1927 Abitur an der Staats-Realschule in Linz, Immatrikulation an der Universität München als Studentin der Medizin, seit 1928 Gesangs- und Musikausbildung im Gesangsstudio Streck, München, 1929 Umzug in Hitlers Wohnung am Prinzregentenplatz 16/II, 18.9.1931 Selbstmord. Vgl. Todes-Anzeige des Standesamts München II für Angela Raubal vom 22.9.1931; StA München, Amtsgericht München, TA 716.

4 Der direkte Anlaß für den Selbstmord Geli Raubals ist ungeklärt, wie auch über ihr Verhältnis zu Hitler Unterschiedliches kolportiert wird. Manches spricht dafür, daß das junge Mädchen Hitlers Geliebte war, möglicherweise auch zu anderen Männern Beziehungen hatte. Sicher ist, daß Hitler in der ihm zwanghaften Art mehr und mehr in ihr Leben einzugreifen und es zu reglementieren suchte, so daß Spannungen und Differenzen in dieser ungleichen wie - unter verschiedenen Aspekten - belasteten Beziehung nicht ausblieben. Kein Zweifel besteht auch daran, daß die Bedeutung dieser Nichte für Hitlers Biographie nicht hoch genug zu bewerten ist: Ihr Suizid ist als "eines der Schlüsselereignisse seines individuellen Lebens" (Fest) zu deuten. Vgl. Joachim C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973, S. 446 ff.; Christa Schroeder, Er war mein Chef. Aus dem Nachlaß der Sekretärin von Adolf Hitler. Hrsg. von Anton Joachimsthaler, München 1985, S. 153 ff., 234 ff., 296 f.; Frauen um Hitler. Nach Materialien von Henriette von Schirach, München 1983, S. 44 ff.
Ernst Hanfstaengl schreibt in seinen Erinnerungen, der bayerische Justizminister Franz Gürtner habe dafür gesorgt, daß Polizei und Staatsanwaltschaft im Fall Raubal ihre Ermittlungen nicht weitergeführt hätten. Vgl. Ernst Hanfstaengl, 15 Jahre mit Hitler. Zwischen Weißem und Braunem Haus, München [2]1980, S. 240 f.

5 Kurz nach der Beerdigung von Geli Raubal am 23.9.1931 besuchte Hitler ihr Grab auf dem Wiener Zentralfriedhof. Laut Bericht der Bundes-Polizeidirektion Wien vom 26.9.1931 hatte Hitler seine Einreisegenehmi-

Ich mache Sie auf die gesetzlichen Folgen einer Unterlassung der Wiedergabe dieser Berichtigung ausdrücklich aufmerksam [6].

Hochachtungsvoll!

gez.: Adolf *Hitler* [7]

## 24. September 1931 Dok. 37
## Rede auf NSDAP-Versammlung in Hamburg [1]

Hamburger Nachrichten vom 25.9.1931, "'Erlösung Deutschlands aus eigener Kraft!' Drei Massenversammlungen der Nationalsozialisten" [2].

Wenn ich seit 12 Jahren in Deutschland meine Aufgabe verfolgt und in meinen Voraussagen recht behalten habe, so liegt das daran, daß ich mich nicht beirren ließ durch zeitliche Ereignisse und Schwankungen. Ich habe stets die großen Gesetzmäßigkeiten in der geschichtlichen

---

gung für die Beerdigung selbst nicht wahrgenommen. Am 26.9.1931 wurde jedoch sein Auto bei der Einreise nach Österreich beobachtet. Dieses sei um etwa 10 Uhr vor dem Zentralfriedhof vorgefahren. Hitlers Fahrer Julius Schaub habe dort "einen Erlaubnisschein zum Einfahren in den Friedhof" erwirkt, um 10.30 Uhr habe das Auto den Friedhof wieder verlassen. Bericht Pr. Zl. IV-4367/Zl. der Bundes-Polizeidirektion Wien vom 26.9.1931 (Abschrift); Polizeidirektion Wien, Archiv.

6 Druck von Hitlers Erklärung: Münchener Post vom 22.9.1931, "Eine rätselhafte Affäre. Selbstmord der Nichte Hitlers".

7 In der Vorlage wird Hitlers Erklärung kurz eingeleitet und abschließend wie folgt kommentiert: "Eine dem Inhalt dieser Berichtigung des Führers entsprechende Erklärung hat, wie wir hören, auch die Mutter der so unglücklich aus dem Leben Geschiedenen abgegeben. Im übrigen ist amtsärztlich festgestellt, entgegen den Behauptungen der 'Münchener Post', daß das Nasenbein der Verunglückten nicht verletzt war und daß die Leiche keine über die Schußfolgen hinausreichenden Verletzungen irgendwelcher Art aufwies."

1 In den Sagebielsälen, nach 20.30 Uhr. Die überfüllte Versammlung, an der 10.000 (*Schleswig-Holsteinische Tages-Zeitung*: 12.000) Personen teilnahmen, wurde von MdR und Gauleiter Karl Kaufmann geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Vor Hitler sprach MdR Hermann Göring. Parallel hierzu veranstaltete die NSDAP zwei weitere Versammlungen in Bans Gesellschaftshaus und im Conventgarten, auf denen jeweils Göring sowie MdR und Gauleiter Bernhard Rust bzw. MdR und Gauleiter Josef Wagner sprachen. Hierzu berichtet die Vorlage: "Hitler erschien nicht in den beiden Nebenversammlungen, da er - wie mitgeteilt wurde - erkrankt war und Fieber hatte."
Vgl. ferner BA, NL Krebs/1, Tagebucheintrag vom 24.9.1931: "Am Abend Hitler-Versammlung. Hitler sieht sehr angegriffen aus, spricht aber sehr gut."

2 Vgl. auch Der Angriff vom 25.9.1931, "Hitler in Hamburg"; Hamburger Fremdenblatt vom 25.9.1931, "Die Nationalsozialisten"; Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 26.9.1931, "Adolf Hitlers letzter Appell"; VB vom 26.9.1931, "'Unterliegt Deutschland heute, so verliert nicht ein König seine Krone, sondern Millionen ihr Brot!'"; Bildbericht in Illustrierter Beobachter vom 17.10.1931, "Zum nationalsozialistischen Wahlsieg in Hamburg". Ferner Polizeidirektion Hamburg/Nachrichtenstelle, Lagebericht Nr. 2 vom 28.11.1931; StA Bremen 4,65/1591/260 sowie Okraß, Hamburg, S. 239 f.

Entwicklung verfolgt. Dabei fand ich, daß es noch niemals eine Regierung gegeben hat, die ihre Fehler zugegeben hätte. Stets war sie überzeugt von ihrer Unfehlbarkeit. Das ist überall in der Geschichte zu beobachten. Nicht um Hamburg handelt es sich heute, sondern um Deutschland; wenn Deutschland sich nicht wieder erhebt, dann bleibt auch Hamburg am Boden[3]. Es gibt für Deutschlands Entwicklung nur eine große Linie, für die die Geschichte Lehrmeister sein muß.

*Deutschland hat heute zu viel Menschen auf zu wenig Raum.*

Wir brauchen für 15 Millionen zusätzliche Lebensmittel. Solange wir der Welt gegenüber nicht die Kraft gewinnen, unsere Lebensbedingungen zur Geltung zu bringen, solange wird unser Volk leiden müssen. Diese Kraft heißt:

*Politische Kraft.*

Unser Volk kann nicht mehr normal leben, es fehlt uns an den nötigsten Rohstoffen[4]. Aber die Welt hat sich gegen uns verriegelt. Und das schreitet immer weiter fort. Was soll erst geschehen, wenn der Bolschewismus in seiner Machtergreifung des großen asiatischen Erdteils weitere Fortschritte macht wie bisher[5]? Die deutsche Industrie und der Handel sind aufs schwerste getroffen[6]. Unsere Häfen sind verödet und werden es immer mehr sein. Wir brauchen Pioniere in der Welt. Der erste Pionier aber ist die politische Kraft, dann erst kommt der Kaufmann. Sehen sie auf Hamburgs Geschichte, wie die stolze Hanse Hamburgs und Deutschlands Handel in die Welt trug. Von Hamburg aus streckte Deutschland das Schild seiner Kraft in die Welt hinaus. Vor dem Kriege schien es, Hamburg sollte der größte Hafen des Kontinents werden[7]. Nach dem Kriege hat Deutschland seine Macht verschleudert. An die Stelle der Macht trat das Recht.

*Was ist Recht ohne Macht?*

Seine Existenzfragen kann Deutschland nicht mit der Feder und dem Recht entscheiden. Hinter dem Recht muß die Macht stehen. Das hat Bismarck das deutsche Volk gelehrt. Die deutsche Regierung kann nicht zu den anderen sagen: Das ist mein Recht. Es nützt nichts, wenn nicht hinter diesem Anspruch

*die ganze Macht eines 65-Millionen-Volkes*[8] *steht.*

---

3 Vgl. Dok. 23, Anm. 15.

4 Vgl. Dok. 2, Anm. 28.

5 Zur sowjetischen Außenpolitik in Asien vgl. Peter Sturm, Die Sowjetunion und ihre asiatischen Nachbarn in der Zwischenkriegszeit - das Problem "Großbritannien". In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 39 (1991), S. 1-32.

6 Vgl. Dok. 2, Anm. 3 ff.

7 Nach der 1867 erfolgten Aufnahme Hamburgs in den Norddeutschen Bund entwickelte sich die Hansestadt in wenigen Jahrzehnten zu einer Handelsmetropole, die nur noch von London und New York übertroffen wurde. 1875 waren in Hamburg 93 Dampfer mit einer Gesamttonnage von 84.300 BRT und 336 Segler mit 149.350 BRT registriert, 1914 764 Dampfer mit insgesamt 2.618.040 BRT. Wurden 1880 Güter mit einem Gesamtgewicht von 4.500.000 t und einem Gesamtwert von rund 1,7 Millionen Mark eingeführt, so stieg die Einfuhr bis 1900 auf 14.818.000 t, bzw. 3,8 Milliarden Mark. Die Ausfuhr stieg im selben Zeitraum von 2.870.000 t auf 9.345.000 t, bzw. von 1,6 Milliarden Mark auf 3,3 Milliarden Mark. Vgl. Werner Jochmann, Handelsmetropole des Deutschen Reiches. In: Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner. Hrsg. von Werner Jochmann und Hans-Dieter Loose, Bd. II: Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Hamburg 1986, S. 15-129.

8 Vgl. Dok. 2, Anm. 22.

Bismarck wäre nicht zu seinem großen Ziel gelangt, wenn nicht Roon die Macht des preußischen Staates begründet hätte[9]. (Großer Beifall!) Wenn heute ein deutscher Reichskanzler sagt: "Ich will Deutschland retten" [10], dann frage ich: Womit? Mit Zentrum, mit Pazifisten, mit Marxisten, mit Demokraten oder Staatspartei [11] oder sonstigem Splitterunfug? Ich antworte:

*Damit retten Sie Deutschland niemals!*

Glauben Sie, Bismarck hätte sein großes Werk nach Theorien durchgeführt, wenn er sich nicht überzeugt hätte, daß er die Macht hatte, daß er sich nicht unter Parteien und dergleichen beugen mußte?

Wenn Deutschland heute zugrunde geht, dann ist es nicht um den König von Preußen geschehen, dann verlieren

*Millionen Menschen ihr tägliches Brot.* (Bewegung.)

Es handelt sich nicht um die Staatsform und um den Staat, sondern darum, daß ein Volk in den Abgrund geht. Kein Volk kann auf die Dauer zwei Staaten vertragen, einen, dessen Glieder arbeiten müssen, und einen, dessen Glieder hungern und betteln gehen. (Bewegung.) Mit Verwaltungsmätzchen ist unserem Volk nicht mehr zu helfen. Die Finanzgewaltigen verderben unser Volk. Nicht einmal im Frieden [12] hätte das deutsche Volk diese wahnsinnigen Tribute nebst internationalem Zinsendienst aufbringen können [13]. Um alles zu decken, müßten wir jährlich 60 Milliarden exportieren können. Stattdessen wird unser Export immer geringer [14]. Die ganze Welt sieht jetzt, daß der deutsche Tribut unmöglich ist [15]. Deutschland kann nicht

9 Der preußische Kriegsminister Albrecht von Roon (1803-1879) hatte 1859 eine Reorganisation der preußischen Armee eingeleitet, welche die militärische Schlagkraft Preußens während der deutschen Einigungskriege möglich machte.

10 Möglicherweise eine Anspielung auf den Aufruf der Reichsregierung, mit dem sie die Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen am 6.6.1931 veröffentlicht hatte. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1931, S. 120 f. Vgl. auch Dok. 2, Anm. 12.

11 Am 27.7.1930 hatten sich führende Politiker der DDP, angeführt vom Parteivorsitzenden Erich Koch-Weser, mit der von Artur Mahraun geleiteten Volksnationalen Reichsvereinigung zur Deutschen Staatspartei (DStP) zusammengeschlossen. Einzelne Vertreter der DVP wie Rochus Freiherr von Rheinbaben und der Jungliberalen wie Theodor Eschenburg und Josef Winschuh kamen dazu. Dennoch gelang es der neuen Partei nicht, eine Sammlungsbewegung der politischen Mitte zu initiieren, schon weil die DVP an der überstürzten Gründung der DStP nicht beteiligt wurde. Vgl. Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973, S. 439 ff. sowie Larry Eugene Jones, German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System 1918-1933, Chapel Hill 1988, S. 366 ff.

12 Gemeint ist die Zeit vor 1914. Die Verwendung des Wortes "Frieden" für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg war auch über zwölf Jahre nach seinem Ende im damaligen deutschen Sprachgebrauch weit verbreitet.

13 Im Haushaltsjahr 1930/31 betrugen die äußeren Kriegsfolgelasten 1.906,6 Millionen RM, für den Haushaltsplan 1931/32 wurden diese mit 1.004,4 Millionen RM veranschlagt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 439.
Die in der Zeit vom 11.11.1918 bis 30.6.1931 erbrachten deutschen Reparationsleistungen wurden von der interalliierten Reparationskommission mit 20.778, 9 Millionen RM, von deutscher Seite mit 67.673 Millionen RM bewertet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 197*.

14 1913 hatte das Deutsche Reich Güter im Wert von 10.097,5 Millionen Mark exportiert. 1926 hatte es mit einem Export im Gesamtwert von 10.414,6 Millionen RM etwa denselben Stand, 1929 mit einem Gesamtwert von 13.486,3 Millionen RM seinen Höchststand in der Zwischenkriegszeit überhaupt erreicht. 1930 fiel der deutsche Gesamtexport auf 12.035,6 Millionen RM, 1931 auf 9.591,8 Millionen RM, 1932 schließlich auf 5.741,1 Millionen RM. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch Bd. III, S. 75.

15 Anspielung auf das Hoover-Moratorium. Vgl. Dok. 12, Anm. 4 und 6.

mehr, Deutschland ist zusammengebrochen. Und die andern fangen auch an, unter dem grausamen Unfug zu erbeben. Man könnte an deutsche Schadenfreude denken. Das aber wäre kindisch.

Zur Zeit Bismarcks wurden die Geschicke der Völker durch die Armeen entschieden; heute ist das Gewicht an Gold ausschlaggebend. Dabei sieht es im Innern Deutschlands trostlos aus. Können Sie sich denken, daß eine Familie gedeihen kann, in der Mann und Frau ganz entgegengesetzte Grundsätze verfolgen, z. B. in der Erziehung ihrer Kinder? Der eine Teil will eine ehrliche, arbeitsame Jugend, und der andere ermuntert zur Lüge, zur Faulheit und zum Stehlen? Eine solche Familie muß in die Brüche gehen. So ist es aber bei uns im Staat, der uns mit Notverordnungen bombardiert, deren Recht viele nicht einsehen[16]. Unser Volk hat keine Einheitlichkeit mehr in Fragen der Staatsauffassung, der Religion, der Erziehung, der Sitte, der Treue. Können Sie sich eine Kompanie denken, in der 50 Mann das feige Überlaufen, das Drücken für erlaubt halten, während der andere Teil fest steht auf dem Boden vaterländischer Disziplin? Auf der einen Seite wird die deutsche Ehre preisgegeben, während die andere festhält an guter deutscher Tradition. Kann man eine solche Kompanie zum Kampf und zum Sieg führen? Der Staat sieht heute zu, wie auf der Ehre unseres Volkes herumgetrampelt wird. Deshalb verlangen wir:

*Hoch die deutsche Ehre!*

Das erste, was in einem Volk nötig ist, ist eine einheitliche Auffassung in einigen Grundfragen, so in der Frage

*des Blutes, der Ehre und des Kampfes.*

1914 hatten wir im deutschen Volke die große einheitliche Auffassung[17]. Nach dem Kriege haben fünf Jahre genügt die Anschauungen über Deutschlands Kraft und Ehre zu zersplittern. (Sehr richtig.) Die Zukunft des deutschen Volkes liegt in einer gemeinsamen Basis für ein einheitliches Denken, damit

*Deutschland nach außen wieder zu seiner geschichtlichen Kraft kommt.* (Stürmischer Beifall.)

In diesen Fragen spielen die Wahlen, auch die Hamburger[18], keine ausschlaggebende Rolle. Von unten herauf in unserem Volke muß die Gesundung kommen, die uns die innere

---

16 Vgl. Dok. 2, Anm. 13.

17 Vgl. Dok. 25, Anm. 18.

18 Das Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl vom 19.2.1928 und vom 27.9.1931 lautete: Stimmenanteile in Prozent

| Landtagswahl: | 19.2.1928 | 27.9.1931 |
|---|---|---|
| KPD | 16,6% | 21,9% |
| SPD | 35,9% | 27,8% |
| DDP/DStP | 12,8% | 8,7% |
| Wirtschaftspartei | 2,9% | 1,5% |
| Volksrecht-Partei | 0,8% | - |
| Zentrum | 1,4% | 1,4% |
| Christlich-Sozialer Volksdienst | - | 1,4% |
| DVP | 12,5% | 4,8% |
| DNVP | 13,7% | 5,6% |
| NSDAP | 2,2% | 26,2% |
| Sonstige | 1,0% | 0,7% |

Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 94.

Wiedergeburt, die neue Weltanschauung von der alten deutschen Ehre bringt. Dann kommt der freie Wettbewerb mit den Völkern.

*Einer muß Sieger sein,*

und das wird Deutschland sein. (Stürmischer Beifall.)

Die Geschichte nimmt ihren strengen Verlauf, wir stehen unter ihrem Schicksal. Jedes Volk hat seinen Wert und kann nur groß werden durch seinen eigenen Wert. Wehe ihm, wenn ein Volk in seiner Seele vergeht. (Große Bewegung.) *Das* Volk wird sich am besten halten, das seinen Hauptwert in seine besten Hirne und Fäuste legt. (Gewaltiger Beifall.) Ein Volk darf nur auf seine eigene Kraft vertrauen, nicht auf Barmherzigkeit und Hilfe anderer. Sonst bist du verlassen genug. (Bewegung.) Sei nur ein Mann und schaffe dir selbst dein Glück, ein anderes gibt es nicht. Das ist dein Glück, daß dein Fleiß belohnt, deine Arbeit anerkannt und deine Liebe erwidert wird. (Beifall.) Unser ganzes Volk ist unglücklich; Unfriede überall. Millionen laufen dem internationalen Phantom nach. Seht ihr Glück auf ihren Gesichtern? Sorge und Kummer haben sie gezeichnet. Uns nützt kein Völkerbund[19].

*Was wir sind, das sind wir aus uns selbst, das halten wir fest.*

(Stürmischer, minutenlanger Beifall.) Was mir am meisten Schmerzen gemacht und Arbeit gekostet hat, das liebe ich am meisten. Das ist unser Volk. Wir müssen unser Volk erziehen zur Ehre, zur Kraft und zum Stolz. Dann werden wir glücklich sein. Wollen Sie Beweise? Dann sehen Sie auf diese Jugend[20], auf diese Bewegung, die in fünf Jahren zur

*größten deutschen Organisation*

geworden ist[21]. Betet zu Gott, daß einst ganz Deutschland so sich sein eigenes Leben schaffen kann. (Stürmischer Beifall.) Vor den großen Zielen müssen kleine Vorbedingungen erfüllt werden, dazu gehören auch die Hamburger Wahlen. Mag unser Erfolg groß oder geringer sein, am Montag, dem 28. September [*1931*], gehen wir an unsere Arbeit, wie die Tage zuvor. Klassen- und Standesdünkel müssen im deutschen Volke zu Ende sein[22]; denn wir sind Glieder eines Volkes und uns alle bindet ein Schicksal. Aufhören muß es, daß man sich trennt in Bürger, Beamte, Arbeiter, Proleten [*sic!*] usw. Wir müssen zuerst Deutsche sein. (Beifallssturm.) Dieser Wahlkampf ist nur ein Glied in unseren Kämpfen für die Zukunft. Wir wollen, wenn das Schicksal uns segnet, die deutsche Einheit schaffen, für die wir uns opfern werden. Dann kommen wir zu einem Reich der Kraft, der Größe und der Herrlichkeit[23].

19 Vgl. Dok. 2, Anm. 18.
20 Vgl. Dok. 25, Anm. 29.
21 Vgl. Dok. 2, Anm. 61 und 62.
22 Vgl. Dok. 25, Anm. 34.
23 Zu den religiösen Bezügen in der Selbstdarstellung Hitlers und der nationalsozialistischen Ideologen vgl. Werner Reichelt, Das Braune Evangelium. Hitler und die NS-Liturgie, Wuppertal 1990.
In der Vorlage folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

## 25. September 1931 Dok. 38
## Rede in der Reichsführerschule der NSDAP[1] in München[2]

Schreiben des Polizeipräsidenten von Berlin, Landeskriminalpolizeiamt (I). I[7] (Reichsführerschule) an die Polizeidirektion München vom 9.2.1932 mit Anlage: Tagebuch Reichsführerschule München vom 6.9.-26.9.1931, S. 25 f.; StA München, Polizeidirektion München 6812.

*Hitler* sprach zunächst über den Begriff des Führers, insbesondere des Volksführers. *Hitler* wies in diesem Zusammenhang speziell auf die heutigen Volksführer hin, welche gerade in den Parteien des Volkes speziell sich zu 60% aus Juden rekrutierten[3]. Die restlichen 40% schimpfen sich intellektuell und seien es ja gar nicht, da die Intelligenz des heutigen Deutschlands von den Juden und roten Bonzen, welche den heutigen Staat dank des Gummiknüppels[4] regierten, fast ganz zum Zuschauen verurteilt sei. In Rußland z. B., dem Traumland des KPD-Mannes, setzten sich die Intellektuellen sogar zu fast 95% aus Juden zusammen[5] und die Regierungsweise dieser Intellektuellen spiegele sich am besten in der katastrophalen Lage der UdSSR wieder[6].

Über das Dritte Reich[7] führte *Hitler* etwa folgendes aus:

Was wir von der Zukunft erwarten, muß bereits heute in uns vorhanden sein. Unsere jetzige Organisation müsse bereits das verkörpern, was das Dritte Reich sein soll. Bei Auflehnung

1 In der Schwanthalerstraße 68, von 15.15 bis 17.00 Uhr. Vgl. ferner Dok. 1, Anm. 1.

2 Vor dem IV. Lehrgang (6.9.-26.9.1931). Während dieses sowie des V. Lehrgangs ("vom 11. Gilbhardts bis zum 1. Nebelungs 1931") hielt Hitler jeweils Vorträge zu den Themen "Wesen des Führertums", "Idee der nat[*ional*]soz[*ialistischen*] Bewegung, Notwendigkeit der Organisation und der Schaffung und Erziehung des SA-Führerkorps", "Die wirtschaftspolitische Zukunft des deutschen Volkes". Genaue Daten oder Mitschriften dieser Reden liegen nicht vor. Vgl. "Erfahrungsbericht zum 4. Lehrgang vom 6. bis 27. September 1931" (NSDAP/RFS Nr. 1172/31) vom 5.10.1931; "Erfahrungsbericht zum 5. Lehrgang vom 11. Gilbhardts bis zum 1. Nebelungs 1931" (NSDAP/RFS Nr. 1460/31) "vom 6. Nebelungs 1931"; StA München Polizeidirektion 6808.

3 Die Angaben entsprechen nicht der Realität. Vgl. Peter Pulzer, Jews and the German State. The Political History of a Minority, 1848-1933, Oxford 1992, S. 214 ff.

4 Vgl. Dok. 25, Anm. 24.

5 1929 waren ca. 2% der sowjetischen Bevölkerung und 4,8% der Mitglieder der Kommunistischen Allunionspartei jüdischer Herkunft. Vgl. Alec Nove and J. A. Newth, The Jewish Population: Demographic Trends and Occupational Patterns. In: The Jews in Soviet Russia since 1917, Ed. by Lionel Kochan, Oxford [3]1978, S. 132-167.

6 Die Sowjetunion gehörte zu den wenigen Staaten, die nicht direkt von den Folgen der Weltwirtschaftskrise betroffen waren. Jedoch hatte die sowjetische Führung unter dem Stichwort Kollektivierung der Landwirtschaft seit 1929/30 begonnen, die bislang dominierenden privatwirtschaftlichen Strukturen in der Landwirtschaft systematisch zu zerschlagen. Stalins neue Agrarpolitik führte nicht nur zu einem wirtschaftlichen Desaster - die landwirtschaftliche Produktion sank unter das Niveau von 1914 -, sondern kostete auch Millionen Menschen - in erster Linie als Folge der Zwangsumsiedlungen und der Hungersnöte - das Leben. Vgl. R. W. Davies, The Socialist Offensive. The Collectivization of the Soviet Agriculture 1929-1930, London 1980; Stephan Merl, Die Anfänge der Kollektivierung der Sowjetunion. Der Übergang zur staatlichen Reglementierung der Produktions- und Marktbeziehungen im Dorf (1928-1930), Wiesbaden 1985.

7 Der Terminus "Drittes Reich" ist der 1923 erschienenen gleichnamigen Schrift von Arthur Moeller van den Bruck entlehnt. Mit dem Begriff wurde eine bestimmte zeitliche Abfolge der deutschen Geschichte verbunden und, darauf aufbauend, eine neue Form "aristokratischer" Herrschaft in Europa, die Idee und Wirklichkeit versöh-

und Reibereien rücksichtslos durchgreifen, im allgemeinen aber vermittelnd und propagandistisch das Volk erfassen. Hinstrebend auf die Gemeinsamkeit und innere Verbundenheit von Volk und Staat. Gemeinsamkeit des Denkens und des Handelns. Alles - Bewegung, Volk, Heer, Kirche - habe auch auf den geringsten Befehl rücksichtslos und striktest zu reagieren. Keinen Parlamentarismus, keine Abstimmung, nur Führerprinzip. Restlose Disziplinerhaltung.

Alle Waffen, die der Mensch ersinnen könne, müßten wir nehmen, um die Macht zu erreichen. Jedes Mittel, jeder Weg sei dazu recht, gemäß dem Wahlspruch der Engländer: "Right or wrong, my country!" [8]

Über die militärische Gestaltung des Dritten Reiches [9] sagte *Hitler:*

Jugend von Schulbeginn an, sechstes Lebensjahr, ähnlich italienischer Balilla [10] erfassen, dann HJ (Hitler-Jugend) [11]. Ab 18. Lebensjahr bis 20. zur SA. Die SA sei eine Propagandatruppe [12], siehe faschistische Schwarzhemden [13], Miliz. 20.-22. Lebensjahr: Gründliche waffen-

---

nen sollte. Als Schlagwort wurde es bald von nationalistischen Kreisen übernommen und fand über die Brüder Straßer Eingang in die nationalsozialistische Terminologie. Vgl. Hans Fenske, Das "Dritte Reich". Die Perversion der Reichsidee. In: Deutschland in Europa. Ein historischer Rückblick. Hrsg. von Bernd Martin, München 1992, S. 210-230.

8 Die Sentenz, die gewöhnlich in dieser verkürzten Form zitiert wird, geht zurück auf den US-Marineoffizier Stephen Decatur (1779-1820), der im April 1816 folgenden Toast ausbrachte: "Our country! In her intercourse with foreign nations, may she always be in the right - but our country, right or wrong!"

9 Zur Wehrtheorie der NS-Bewegung vor 1933 vgl. Wolfgang Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt, Bd. III: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Frankfurt a. M. 1974, S. 85 ff. Ferner Bd. III/2, Dok. 6, 7 dieser Edition.

10 Bei der Balilla handelte es sich zunächst um eine von mehreren faschistischen Jugendorganisationen; in ihrer Frühphase war sie für Jungen zwischen 8 und 14 Jahren konzipiert. Mit der Gründung des Opera Nazionale Balilla am 3.4.1926 wurde eine Organisation unter Leitung von Renato Ricci geschaffen, in der alle faschistischen Jugendverbände zusammengefaßt wurden. Seit 1927/28 wurde die Mitgliedschaft allen Kindern und Jugendlichen durch das Unterrichtsministerium nahegelegt, die meisten Jugendverbände außerhalb der Balilla wurden nicht mehr geduldet. Hauptanliegen der weit gefächerten Jugendorganisation, deren Gliederungen 1931 etwa 2.412.000 Kinder und Jugendliche angehörten, war neben der politischen Indoktrinierung die sportliche und vormilitärische Ausbildung sowie die Organisation von kulturellen Aktivitäten und sozialen Programmen. Vgl. Niccolò Zapponi, Il partito della gioventù. Le organizzazioni giovanili del fascismo 1926-1943. In: Storia Contemporanea 13 (1982), S. 569-633; The "Opera Nazionale Balilla", Rome o. J.

11 Zu den verschiedenen nationalsozialistischen Jugendorganisationen vgl. Dok. 59 mit Anm. 6.

12 Vgl. Hitlers Anordnung vom 26.2.1925, in der betont wird, daß der Wiederaufbau der SA nach den Grundsätzen erfolgen solle, "die bis zum Februar 1923 maßgebend waren". Damit sollte jegliche Bewaffnung oder militärische Ausbildung ausgeschlossen werden zugunsten einer primär propagandistisch ausgerichteten Tätigkeit sowie eines "Ordner- und Aufklärungsdiensts der Bewegung". Druck: Bd. I, Dok. 4.

13 Gemeint ist die Milizia Volontaria per la Sicurezza Nazionale, die offiziell am 1.2.1923 gegründet wurde und u. a. mit schwarzen Hemden uniformiert war. In ihr waren die sog. Squadristi aufgegangen, die seit 1920 der faschistischen Bewegung als Kampftruppe dienten. Übergreifendes Merkmal dieser heterogenen Gruppen, die als Leibwache Mussolinis, aber auch als lokale Machtbasis der regionalen Parteiführer in Erscheinung traten, war ihre extreme Gewalttätigkeit und ihre radikale antisozialistische aber auch antibürgerliche Gesinnung. Mit der Konsolidierung seiner Herrschaft versuchte Mussolini dieses, anfangs nur schwer zu kontrollierende Gewaltpotential aufzufangen, indem er es als Miliz in den Staatsdienst übernahm. Die Kontrolle der lokalen Verbände wurde verschärft, ihre Aktivitäten auf paramilitärische Ausbildung beschränkt, ohne daß jedoch Armee und Miliz miteinander verschmolzen wurden: Während ein Teil der Miliz mit quasi polizeilichen Funktionen öffentliche Einrichtungen sicherte, wurden nur wenige Teile in der Armee oder im Kolonialdienst eingesetzt. Vgl. Adrian Lyttelton, The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919-1929, London 1973, S. 52 ff., 244 ff.; Alberto Aquarone, L'organizzazione dello Stato totalitario, Torino 1965.

technische Ausbildung in deutscher Reichswehr (als stehendes Heer, mit allgemeiner Wehrpflicht), nach Ausbildung in R[*eichs*]W[*ehr*] zurück zur SA. SA besoldet, bewaffnet, staatsbeamtet.

## 26. September 1931 Dok. 39
## Rede in der Reichsführerschule der NSDAP[1] in München[2]

Schreiben des Polizeipräsidenten von Berlin, Landeskriminalpolizeiamt (I). I[7] (Reichsführerschule) an die Polizeidirektion München vom 9.2.1932 mit Anlage: Tagebuch Reichsführerschule München vom 6.9.-26.9.1931, S. 28; StA München, Polizeidirektion München 6812.

*Hitler* führte hierbei noch folgendes über die nächste Zukunft aus:

Regierung noch dieses Jahr zahlungsunfähig[3] an Beamte, Angestellte, Erwerbslose, Wohlfahrt. Folgen davon: Kommune[4] Aufstand, Straßenkämpfe, Schupos gegen Kommune, welche sich gegenseitig aufreiben werden. Dann sind Nazis legal und illegal berechtigt einzugreifen, verbunden SA und Stahlhelm, unterdrücken blutig Kommune, überrennen geschwächte Schu[*tz*]po[*lizei*]. R[*eichs*]W[*ehr*] auf Nazi-Seite[5] und ergreifen Regierung und Macht. Dann Abrechnung und "Köpferollen"[6].

1 In der Schwanthalerstraße 68, von 10.30 bis 12.00 Uhr. Vgl. ferner Dok. 1, Anm. 1.
2 Es handelte sich um den Abschiedsappell des IV. Lehrgangs (6.9.-26.9.1931). Vgl. Dok. 38, Anm. 2.
3 Vgl. Dok. 2, Anm. 14 und 15.
4 Gemeint ist die KPD.
5 Zum - im großen und ganzen distanzierten - Verhältnis zwischen Reichswehrführung und NSDAP vgl. Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP.
6 Anspielung auf Hitlers Zeugenaussage vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig am 25.9.1930, die damals für großes Aufsehen gesorgt hatte: "Wenn unsere Bewegung in ihrem legalen Kampfe siegt, wird ein deutscher Staatsgerichtshof kommen, und der November 1918 wird seine Sühne finden, und es werden auch Köpfe rollen." Vgl. Bd. III/3, Dok. 123 mit Anm. 40.
In der Vorlage folgt Bericht über den weiteren Ablauf der Veranstaltung.

## 30. September 1931 Dok. 40
## "Verfügung"
## Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 30.9.1931.

Als sich die Leitung der NSDAP, einer Anregung des Parteigenossen Streicher [1] folgend, entschloß, der neuen Zentralgeschäftsstelle der Partei die einfache Bezeichnung "Braunes Haus" [2] zu geben, beabsichtigte sie damit einen Begriff zu schaffen, der von vorneherein und für immer nur auf ein einziges Objekt bezogen werden kann. In letzter Zeit beginnen nun verschiedene Ortsgruppen ihre Geschäftsstellen bzw. Parteigebäude ebenfalls mit der Bezeichnung "Braunes Haus" zu versehen [3]. Damit wird nicht nur der ursprüngliche Zweck der Verwendung dieses Namens beseitigt, sondern wie es nicht anders möglich ist, die Bezeichnung selbst allmählich entwertet. Ich verfüge daher, daß der Name "Braunes Haus" ausschließlich auf die Reichsgeschäftsstelle beschränkt bleibt und ein zweites Mal in der Partei nicht wiederkehren darf. Die Ortsgruppen und Gaue müssen für ihre, wenn auch parteieigenen Geschäftsstellen neue Bezeichnungen finden und wählen. Die Partei besitzt eine so große Anzahl hervorragender Mitkämpfer, die ihre Treue zum deutschen Volk und zur Bewegung schon mit dem Tode besiegelt haben, daß es nicht schwer fällt, ihnen zu Ehren die einzelnen Parteihäuser zu benennen [4].

*München,* den 30. September 1931

Adolf *Hitler*

---

1 Julius Streicher (1885-1946), Volksschullehrer, 1918 Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1920 führendes Mitglied der Deutschsozialistischen Partei (DsP), 1921 Führer der Deutschen Werkgemeinschaft in Nürnberg, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Teilnahme am Hitler-Putsch, Entlassung aus dem Schuldienst, 1923-1945 Herausgeber des antisemitischen Hetzblattes *Der Stürmer*, 1924 Erster Vorsitzender der GVG, 1924-1932 MdL in Bayern (Völkischer Block, ab September 1925: NSDAP), 1925-1928 Ortsgruppenleiter der NSDAP in Nürnberg, 1928 Gauleiter des Untergaues Nürnberg-Fürth, 1929-1940 Gauleiter des (Unter)Gaues Mittelfranken (ab 1936: Franken), 1932/33 MdR, 1946 hingerichtet.

2 Vgl. Dok. 4, Anm. 2.

3 Vgl. z. B. das Rundschreiben des österreichischen Vereins "Braunes Haus" vom März 1932; dieser Verein hatte es sich zur Aufgabe gemacht, Spenden aufzutreiben, die der Gauleitung der Wiener NSDAP (Hitler-Bewegung) den Kauf von neuen Räumlichkeiten ermöglichen sollten. In dem Rundschreiben heißt es, daß dieses Haus (Wien VI, Hirschengasse 25) "über Bewilligung des Führers den stolzen Namen 'Adolf-Hitler-Haus' tragen" solle, womit wohl kaum der ursprünglichen Bezeichnung des Vereins Rechnung getragen wurde. Wien VerwArchiv/NS-Parteistellen, K 1.

4 Zum Totenkult der NSDAP für ihre bei politischen Auseinandersetzungen getöteten Parteimitglieder vgl. z. B. Dok. 45 sowie Dok. 43, Anm. 16 und 17.

# 30. September 1931 Dok. 41
# Schreiben an Sefton Delmer[1]

Masch. Ausfertigung mit hs. Unterschrift; faksimilierter Druck: Sefton Delmer, Die Deutschen und ich, Hamburg 1962, S. 144.

Sehr geehrter Herr Delmer!

So ehrend für mich Ihre liebenswürdige Aufforderung ist, meine Ansichten über die derzeitige Krise in England[2] mitzuteilen, so groß sind aber auch meine Bedenken, mich einer solchen Aufgabe zu unterziehen[3]. Ich fürchte, daß vielleicht ein Teil des englischen Publikums es als anmaßlich [*sic!*] empfinden würde, wenn ich als Deutscher Auffassungen in einer englischen Zeitung vertrete, die nach meinem besten Wissen und Gewissen nichts anderes sein könnten als eine Kritik politischer Maßnahmen und Vorgänge, die bisher leider auch von einem großen Teil des englischen Volkes sicherlich als richtig angesehen worden sind[4]. Ich hoffe ja allerdings, daß gerade aus dieser Krise heraus in England die Geneigtheit wachsen wird, aus eigenem Ermessen die letzten zwölf Jahre einer Nachprüfung zu unterziehen. Ich würde glücklich sein, wenn sich daraus eine Überwindung jener unseligen Kriegspsychose in solchem Umfange ergeben könnte, daß die von mir und meiner Bewegung ersehnte Anbahnung eines wirklich herzlichen Verhältnisses zwischen dem englischen und deutschen Volk endlich Wirklichkeit würde[5]. Denn ich glaube, daß die nunmehr hereinbrechende Krise überhaupt nur durch ein engstes politisches Zusammenarbeiten jener Nationen gelöst werden kann, die in der Wiederaufrichtung eines natürlichen europäischen Gleichgewichtes die erste Voraussetzung zur Beschäftigung mit jenen großen Weltfragen sehen, unter denen auch England heute leidet.

---

1 (Denis) Sefton Delmer (1904-1979), 1917 Austausch als Zivilinternierter nach Großbritannien, 1927 Journalist des *Daily Express*, 1928 Korrespondent in Berlin, 1933 Leiter des Pariser Büros des *Daily Express*, zugleich Tätigkeit als Sonderkorrespondent, Juni 1934 nach kurzfristigem Aufenthalt Ausweisung aus Deutschland, 1936 Korrespondent in Spanien, 1937 Chefredakteur des *Daily Express*, 1939/40 Kriegsberichterstatter, 1941-1945 Leiter der Rundfunk-Feindpropaganda des Foreign Office.

2 Anspielung auf die Arbeitslosigkeit, nach dem Ersten Weltkrieg und erst recht während der Weltwirtschaftskrise *das* zentrale innenpolitische Problem in Großbritannien. 1931 waren in Großbritannien 2.718.400 Arbeitslose registriert; das entsprach einer allgemeine Arbeitslosenquote von 16,4%, bzw. einer Quote der gegen Arbeitslosigkeit Versicherten von 21,3%. Vgl. Johannes Paulmann, Arbeitslosigkeit in Großbritannien 1931-1939. Sozial- und Wirtschaftspolitik zwischen Weltwirtschaftskrise und Weltkrieg, Bochum 1989, S. 14.

3 Hitler hatte bereits am 1.5.1931 Delmer ein Interview gegeben. Vgl. Bd. IV/1, Dok. 111.
Zum Verhältnis zwischen Hitler und Delmer vgl. Hanfstaengl, 15 Jahre mit Hitler, S. 266.

4 Die Regierung MacDonald hatte seit 1929 vergeblich versucht, mit Staatsinvestitionen und Sonderprogrammen der steigenden Arbeitslosigkeit gegenzusteuern. In Abgrenzung hierzu ging die im August 1931 gebildete Nationale Regierung zu rigorosen Sparmaßnahmen und einer konsequenten Deflationspolitik über. Vgl. The Managed Economy. Essays in British Economic Policy and Performance since 1929. Edited by Charles Feinstein, Oxford 1983.

5 Ein deutsch-britisches Bündnis bildete eine der Leitlinien in Hitlers außenpolitischer Vorstellungswelt. Vgl. Bd. II A, S. 124 ff. sowie Josef Henke, England in Hitlers politischem Kalkül 1935-1939, Boppard a. Rh. 1973, S. 20 ff.

Ich bitte daher nochmals, von dem mich so ehrenden Ersuchen absehen zu wollen, und ich verbleibe

Ihr sehr ergebener

Adolf Hitler

## 4. Oktober 1931 Dok. 42
## Rede auf Führertagung des Gaues München-Oberbayern der NSDAP in München [1]

Bericht Nr. VI/N 1679/31 (Abschrift) der Polizeidirektion München an das bayerische Ministerium des Innern vom 9.10.1931; StA München, Polizeidirektion München 6735.

In ähnlichem Sinne [2] äußerte sich Adolf Hitler in seiner Schlußansprache.

## 11. Oktober 1931 Dok. 43
## Rede auf Versammlung der "Nationalen Opposition" in Bad Harzburg [1]

Braunschweigische Staatszeitung vom 12.10.1931 (Beilage), "Die Ansprache Adolf Hitlers" [2].

Die Überzeugung wächst, daß die Gesetzgebungsmaschine vollständig leer läuft. Wir lebten [*sic!*] in einer Zeit, da über die primitivsten Belange des Lebens nicht mehr eine einheitliche Grundauffassung vorhanden ist. Sie reden, so fuhr Hitler fort, von Rettung der Wirtschaft und

---

1 Genaue Ort- und Zeitangaben sind der Vorlage nicht zu entnehmen; vermutlich fand die Versammlung in der Reichsführerschule der NSDAP, Schwanthalerstraße 68, statt. Die Versammlung, zu der sämtliche Bezirks-, Ortsgruppenleiter und sonstigen Amtswalter des Gaues München-Oberbayern der NSDAP von MdL und Gauleiter Adolf Wagner für die Zeit vom 2.-4.10.1931 eingeladen worden waren, sollte "die Notwendigkeit einer verschärften Winterarbeit" in den Vordergrund stellen. Vor Hitlers Schlußansprache wurden verschiedene Referate gehalten, die sich mit einzelnen Aspekten der Arbeit im Gau München-Oberbayern beschäftigten: nationalsozialistische Presse, Kampfgemeinschaft gegen Warenhaus und Konsumvereine, Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß, Betriebszellenabteilung [*sic!*].

2 "In dem an alle Mitglieder der Schulungstagung gehaltenen Vortrag des Gauleiters Adolf Wagner über die Richtlinien für die kommende Arbeit faßte er noch einmal alle, in den einzelnen Tagungen zutage getretenen Erfordernisse zusammen, richtete an die Amtswalter die dringende Aufforderung, auch in den jetzigen schweren Zeiten, wo die Partei nach außen hin kaum arbeiten könne, die Fahne nicht im Stiche zu lassen. Die Zeit arbeite für den Nationalsozialismus. Wie 'Die Front' während des Verbotes die Abonnentenzahl fast verdoppeln konnte, so sei auch jedes Versammlungsverbot eine Propaganda für die Partei. Er habe die bestimmte Zuversicht, daß der kommende Winter die Entscheidung bringe."

1 Im Kurhaus, nachmittags. Hitlers Rede war Teil der vom Parteivorsitzenden der DNVP Alfred Hugenberg initiierten Tagung der "Nationalen Opposition" in Bad Harzburg. Die Veranstaltung, an der in erster Linie Vertreter von DNVP, NSDAP, Stahlhelm, Reichslandbund und Alldeutschem Verband teilnahmen, ferner einige Politiker der DVP und der Wirtschaftspartei, pensionierte Militärs sowie einige Vertreter des deutschen Hochadels, der Wirtschaft und Landwirtschaft, sollte die Einheit aller rechtsstehenden Gruppierungen demonstrieren, insbesondere in Frontstellung gegenüber den Regierungen Brüning und Braun. Wegen seines Empfangs beim Reichspräsidenten von Hindenburg (vgl. Dok. 46, Anm. 12) verließ Hitler jedoch erst am 10.10.1931 um 19.00 Uhr Berlin und nahm nicht - wie ursprünglich vorgesehen - an der für 22.00 Uhr anberaumten Besprechung aller Führer der verschiedenen Gruppen teil. Auch am Vormittag des folgenden Tages blieb Hitler der Fraktionssitzung der NSDAP, der gemeinsamen Sitzung aller parlamentarischen Vertreter sowie dem sich anschließenden "Feldgottesdienst" fern; lediglich bei einer geschlossenen Sitzung der NSDAP-

haben unten ein Volk, daß keine einheitliche Auffassung mehr vom Begriff Wirtschaft besitzt, sie reden von einer Rettung der Wirtschaft, und die eine Hälfte der Nation ist überzeugt, daß die Voraussetzung für jede Wirtschaft, für jede kulturelle Höherentwicklung im Privateigentum zu suchen ist, und die andere Hälfte erklärt, Privateigentum ist Diebstahl. Sie reden *oben* von der Rettung des Staates und haben *unten* ein Volk, bei dem 50 v[*on*] H[*undert*] im Staate eine nationale Organisation des Volkes erblicken und 50 v[*on*] H[*undert*] eine schandbare Vorherrschaft einer Klasse über andere. Sie reden von Verteidigung des Staates und haben unten eine Nation, von der die eine Hälfte in dem Gedanken der Verteidigung eine sittliche und ethische Pflicht erblickt, und 50 v[*on*] H[*undert*] in der Verteidigung den Ausdruck einer Dummheit sieht. Sie haben eine Gesetzgebungsmaschine, die rechnet mit einer allgemein vorhandenen Moral, und sie haben unten ein Volk, bei dem die grundsätzlichsten Auffassungen über den Gedanken Moral und Sitte vollständig auseinanderklaffen. Für den einen ist der Held vorbildlich, für den anderen ist der Held ein Dummkopf. Dieser *Spaltungsprozeß* macht nicht halt bei der Wurzel unseres heutigen sittlichen moralischen Ideals, selbst nicht vor der Religion. Ein Teil sieht in der Religion eine notwendige Grundlage für sittliche, moralische Erziehung des Volkes, ein anderer Teil erklärt den Begriff Gott als nicht gegeben. Der Staat kämpft nicht gegen diese Erscheinungen, er kämpft nur gegen die letzten brachialen Auswirkungen dieser weltanschaulichen Differenzen. Er duldet die Organisation[*en*], die erklären, daß Eigentum Diebstahl ist[3]. Der Staat erklärt allerdings: Du stürzest das Kruzifix. Du bist ein Verbre-

---

Fraktion verlas Hitler ein Manifest (Dok. 44), das er in der Veranstaltung am Nachmittag nochmals vortrug. Bei dem sich anschließenden Vorbeimarsch von ca. 3.000 Angehörigen des Stahlhelm und ca. 2.000 SA-Männern beschränkte sich Hitler darauf, den Vorbeimarsch der nationalsozialistischen Verbände abzunehmen, um sich dann vorzeitig zu entfernen und auch dem gemeinsamen Mittagessen fernzubleiben. Wegen Meinungsverschiedenheiten mit Hugenberg, die es zunächst ungewiß erschienen ließen, ob er überhaupt sprechen würde, verspätete sich Hitler um etwa 40 Minuten bei der für 14.30 Uhr vorgesehenen gemeinsamen Kundgebung, die Hugenberg leitete. Vor Hitler sprachen der braunschweigische Ministerpräsident Werner Küchenthal, dann Hugenberg, der eine "Gemeinsame Entschließung der Nationalen Front" verlas; nach Hitlers Rede sprachen der Erste und Zweite Bundesführer des Stahlhelm Franz Seldte und Theodor Duesterberg, der Präsident des Reichslandbunds Eberhard Graf von Kalckreuth, Reichsbankpräsident a. D. Hjalmar Schacht, dessen Redebeitrag zunächst nicht vorhergesehen war, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbands Heinrich Claß und der Vorsitzende der Vereinigten Vaterländischen Verbände Rüdiger Graf von der Goltz, abschließend nochmals Hugenberg. Zusammen mit Göring, Goebbels und Magnus von Levetzow verließ Hitler Harzburg um ca. 20.00 Uhr und traf tags darauf um 4.00 Uhr in Berlin ein.

2 Vgl. auch Berliner Tageblatt vom 12.10.1931 (AA), "Verbrecherische Rede Schachts in Bad Harzburg"; Deutsche Allgemeine Zeitung vom 12.10.1931 (MA), "Systemwechsel und Neuwahlen"; Deutsche Tageszeitung vom 12.10.1931, "Kampfansage aus Harzburg"; Frankfurter Zeitung vom 12.10.1931 (MA), "Forderungen der Harzburger Tagung"; Le Matin vom 12.10.1931, "Nationalistes et hitlériens scellent leur alliance contre M. Brüning"; Der Montag vom 12.10.1931, "Rücktritt von Brüning und Braun und sofortige Neuwahlen gefordert"; Morning Post vom 12.10.1931, "Great Gathering at Harzburg"; Münchner Neueste Nachrichten vom 12.10.1931, "Tagung der Rechtsopposition in Harzburg"; Pester Lloyd vom 12.10.1931 (AA), "Die Offensive der deutschen Rechtsopposition gegen das zweite Kabinett Brüning"; Vossische Zeitung vom 12.10.1931 (AA), "Harzburg"; Westdeutscher Beobachter vom 12.10.1931, "Hitlers Manifest an das deutsche Volk!"; Der Führer vom 13.10.1931, "Hitlers Kundgebung an alle Nationalsozialisten"; Germania vom 13.10.1931 (MA), "Der Bund von Harzburg"; Jüdische Rundschau vom 13.10.1931, "Die Heerschau von Harzburg"; Der Jungdeutsche vom 13.10.1931, "Die Harzburger Opposition"; VB vom 13.10.1931, "An der Spitze des Kampfes zur Überwindung des herrschenden Systems marschiert die N.S.D.A.P.!"; C.V.-Zeitung vom 16.10.1931, "Hindenburg, Hitler, Harzburg"; Illustrierter Beobachter vom 24.10.1931, "Bad Harzburg im

cher [4] -, aber er duldet und konzessioniert die Verbreitung von Weltanschauungen, die den Begriff Gott in das Lächerliche ziehen.

Es ist die *Schuld unserer Staatsmänner,* daß sie nicht das Volk reformieren. Man verkündet der Welt den Plan einer *Zollunion* [5]; man tut es nicht aus dem Gedanken heraus, die wirtschaftliche Grundlage Deutschlands zu erweitern, sondern man glaubt, damit eine billige, national schillernde Propaganda machen zu können, und die Welt hat es denn auch von diesem Gesichtspunkt beurteilt. Der heutigen Regierung muß man sagen: Ihr erklärt, daß euch die Hände gebunden sind mit hunderttausend Mann [6]. In Zukunft aber kämpfen nicht formale Heeresorganisationen, in Zukunft wird die Kraft der Nation nicht gewogen nach der äußerlichen, rein technischen Bewaffnung [7]:

*Die Völker werden gewogen nach ihrem eigenen, inneren Goldgehalt.*

Wir gehen einer Zeit entgegen, in der wir mit dem heutigen deutschen Volk unterliegen müssen. Ich kenne den schönen Gedanken: "Wir müssen uns in Genf unterwerfen, weil wir zu Hause keine Kraft besitzen [8]; wir dürfen keine nationale Stärke entwickeln, weil wir sonst nicht die Politik der Verständigung führen können!" Es ist der sich gegenseitig ergänzende Satz. Damit gehen wir einer Zeit entgegen, die mit Völkern aufräumen wird, wenn sie mit solcher Schwäche in der Welt versuchen wollen, ihre Existenz in der Welt zu vertreten.

*Niemand wünscht den Frieden mehr als wir. Niemand kann den Krieg entsetzlicher finden als wir, die wir ihn erlebt haben* [9].

Aber ich bin überzeugt, daß, wenn im harten Wettkampf um das nackte Dasein die Interessen der Nation sich gegenseitig kreuzen, kein Volk verzichten wird, das Gewicht seiner Kräfte in die Waagschale zu werfen.

---

Zeichen des Hakenkreuzes". Schreiben Martin Blanks an Paul Reusch vom 12.10.1931. Druck: Politik und Wirtschaft in der Krise, Bd. 2, Dok. 341. Druck bzw. Zusammenfassung der übrigen Reden: Ursachen und Folgen, Bd. VIII: Die Weimarer Republik. Das Ende des parlamentarischen Systems, Berlin o. J., S. 362 ff.; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1931, S. 224 ff. Ferner Otto Schmidt-Hannover, Umdenken oder Anarchie. Männer - Schicksale - Lehren, Göttingen 1959, S. 280 ff.; Berghahn, Stahlhelm, S. 179 ff.; Turner, Großunternehmer, S. 217 ff. Gerhard Schulz, Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschlands 1930-1933, Berlin 1992, S. 554 ff.

3 Vgl. Dok. 25, Anm. 21.

4 Vgl. Dok. 25, Anm. 22.

5 Vgl. Dok. 23, Anm. 9.

6 In Artikel 160 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 wurde die Stärke des deutschen Heeres auf 100.000 Mann, in Artikel 183 die Stärke der deutschen Kriegsmarine auf 15.000 Mann festgelegt. Druck: RGBl. 1919, S. 919, 943.

7 Zur Wehrtheorie der NS-Bewegung vor 1933 vgl. Dok. 38, Anm. 9.

8 Vgl. Dok. 2, Anm. 18.

9 Hitler war am 16.8.1914 als Kriegsfreiwilliger in das Rekruten-Depot VI des 2. bayerischen Infanterie-Regiments eingetreten; am 1.9.1914 wurde er in das bayerische Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 16 (List) versetzt und vom 22.10.1914 bis 14.10.1918 an der Westfront eingesetzt. Am 3.11.1914 wurde er zum Gefreiten befördert, am 31.3.1920 endgültig aus dem Militärdienst entlassen. Ausgezeichnet wurde Hitler am 2.12.1914 mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse, am 18.5.1918 mit dem Verwundeten-Abzeichen in Schwarz, am 4.8.1918 mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 99 ff.
Zur Bedeutung des Kriegserlebnisses für die übrige nationalsozialistische Führung vgl. Kater, Nazi Party, S. 182, 194 f. Ferner Barbara Fait, Die Kreisleiter der NSDAP - nach 1945. In: Von Stalingrad zur Währungsunion. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. Hrsg. von Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, München 1988, S. 213-299, hier S. 247 ff.

Kein Staatsmann kann den Frieden erhalten im Zustand der Wehrlosigkeit. Einmal muß die Zeit kommen, in der an Stelle der Erpressung wieder ein wirklicher Friede eintritt zwischen gleichberechtigten Nationen.

*Daher wünschen wir von der anderen Welt nichts als die Anerkennung als gleichberechtigte Nation, wissen aber auch, daß diese Anerkennung nicht in Genf erfochten wird, sondern in deutschen Landen, im Dorf, in der Gemeinde, im Kreise, in der Großstadt, überall müssen wir die Gleichberechtigung erfechten.*

Wir können nicht denen folgen, die sagen, Deutschland ist zerrissen, hier ist Bolschewismus, hier ist Nationalismus. Wir müssen demgegenüber die Auffassung vertreten:

*Wehe, wenn in Deutschland zu seiner konfessionellen Spaltung auch noch eine ewig dauernde politische kommt*[10]. *Wehe, wenn die Weltanschauungen politischer Natur genau so versteinern, wie wir das in unserer Konfession erlebt haben. Es muß in Deutschland entweder Kommunismus regieren oder Nationalismus* [*sic!*].

Wir treten in die Zeit hinein mit dem Entschluß, diese chronische Krankheit eines Tages in eine akute zu verwandeln, wir glauben, daß, wie immer dann, wenn wir den Ereignissen offen ins Auge blicken, der Deutsche seinen Mann gestellt hat, er ihn auch in Zukunft stellen wird. Mit politischen Verordnungen kann man nicht Weltanschauungen vertilgen, mit Notverordnungen kann man nicht ihre Folgen beseitigen[11].

*Es muß in Deutschland ein Kampf um die Seele des einzelnen beginnen, ein Ringen um jeden Menschen, jeden Mann, jedes Weib, jedes Kind. Wenn aber der Gegner dem Geiste den Terror entgegensetzt, dann wollen wir auch davor nicht verzagen. Wir hoffen, daß die Zeit kommt, schneller vielleicht als wir es ahnen*[12], *daß wir ganz legal*[13] *das aktive Notwehrrecht derer wiederherstellen können, die niemals an Kampf, an Angriff, an Überfall gedacht haben, sondern immer nur an einen Gedanken: an Deutschland,*

in diesem Gedanken allerdings sich wehren gegen jeden, der die Vertretung dieses Ideals mit Gewalt zu verhindern versucht. Es ist denkbar, daß Deutschland kommunistisch regiert wird, es ist sicher, daß es nationalistisch regiert werden kann, es ist unmöglich, daß es ein Deutschland gibt, bei dem eine Hälfte kommunistisch, die andere nationalistisch denkt. Hier muß die Entscheidung gesucht und herbeigeführt werden. Das ist die größte Aufgabe, die uns die Zeit gestellt hat. Heute müssen wir über negative Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten hinausgehen und zum aktiven Kampf schreiten. Dazu sind wir entschlossen.

---

10 Vgl. die Schilderung des damaligen Stabschefs der SA Otto Wagener, der berichtet, daß die Oberste SA-Führung 1930 eine Karte über die Dislozierung der SA- und SS-Verbände angefertigt habe. Hitler habe daraufhin die sehr heterogene regionale Verteilung dieser Verbände, die sich vor allem im Norden und Osten Deutschlands konzentriert hätten, mit der konfessionellen Spaltung erklärt und anhand eines historischen Atlasses nachgewiesen, daß die jeweiligen Trennlinien weitgehend identisch seien. Vgl. Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932. Hrsg. von H. A. Turner, jr., Frankfurt a. M. 1978, S. 76 ff.

11 Am 6.10.1931 war die Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen erlassen worden. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 542 ff. Druck: RGBl. 1931, I, S. 537 ff. Generell zur Notverordnungspolitik der Reichsregierung vgl. Dok. 2, Anm. 13.

12 Vermutlich eine Anspielung auf Hitlers Gespräche mit Reichspräsident von Hindenburg. Vgl. Dok. 46, Anm. 12.

13 Vgl. Dok. 2, Anm. 19 und Dok. 31, Anm. 12.

Adolf Hitler schloß mit folgenden Worten [14]:

Nationalsozialisten! Parteigenossen und Parteigenossinnen! Ihr wißt, wir haben nie Versprechungen gegeben und tun es auch heute nicht. Wir versichern nur, daß es unser heiliger Ernst ist, aus dem Deutschland des politischen, kulturellen und sozialen Verfalles wieder ein Reich zu zimmern, das seinen Bürgern in Ehren Freiheit und Brot [15] zurückgeben wird. Hunderte aus unseren Reihen sind für dieses Ziel in den bitteren Tod gegangen. Zehntausende haben dafür Wunden und Siechtum davongetragen [16]. Ihr Geist soll für immer unser Mahner sein! Kameraden! Wir alle wollen beweisen, daß wir ihrer Opfer würdig sind [17]! Es lebe unsere herrliche nationalsozialistische Bewegung! Es lebe Deutschland!

Sodann verlas er das bereits in der Fraktionssitzung der Nationalsozialisten [18] bekanntgegebene *Manifest* [19].

---

14 Die folgende Passage entspricht weitgehend dem Ende des im Anschluß von Hitler verlesenen Manifests. Vgl. Dok. 44.

15 Die Wendung "Freiheit und Brot" war eine der ältesten Parolen der NSDAP; mit ihr war bis 1945 die Titulatur des *Völkischen Beobachters* überschrieben.

16 Nach parteieigenen Angaben starben bis Ende 1931 112 Nationalsozialisten bei politischen Auseinandersetzungen, im Zeitraum von Januar bis September 1931 verzeichnet die parteiamtliche Statistik 29 Tote. Zwischen 1927 und 1931 wurden der SA-Versicherung 10.164 Verletzte gemeldet. Vgl. Hans Volz, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [10]1939, S. 72; Halbmast. Ein Heldenbuch der SA. und SS. Erste Folge. Den Toten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Gedächtnis, Berlin 1932, S. 44 ff.; Werner, SA und NSDAP, S. 412.

In seiner Reichstagsrede vom 25.2.1932 registrierte der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Erich Roßmann bis Dezember 1931 etwa 1.500 Überfälle von seiten der SA, bei denen 62 Personen getötet worden seien. Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2362 ff., hier S. 2370. Generell zum Gewaltpotential der SA vgl. Peter H. Merkl, Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925-1933. In: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982, S. 422-440 sowie die von der Werbeabteilung der SPD erarbeitete, 238 Seiten starke Dokumentation „Gewalttaten der Nationalsozialisten", die für die Zeit von Dezember 1929 bis November 1931 alle einschlägigen Zeitungsmeldungen über nationalsozialistische Gewalttaten aufführt; IfZ, Fa 30.

17 Vgl. mit dem Bericht des italienischen Konsuls in München, Capasso Torre, über seine Unteredung mit Hitler am 18.6.1931; Hitler habe die Verluste der SA bedauert, sie aber als politisch notwendig bezeichnet und hätte unter diesem Gesichtspunkt mit Begeisterung ("con entusiasmo") davon gesprochen. De Felice, Hitler e Mussolini, S. 232.

18 Vgl. Anm. 1.

19 Vgl. Dok. 44.

## 11. Oktober 1931 Dok. 44
## Rede auf Versammlung der "Nationalen Opposition" in Bad Harzburg[1]

VB vom 13.10.1931, "An der Spitze des Kampfes zur Überwindung des herrschenden Systems marschiert die N.S.D.A.P. Großes Manifest Adolf Hitlers"[2].

Nationalsozialisten!
Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Seit wir vor 12 Jahren die Gründung unserer nationalsozialistischen Partei erlebten[3], stehen wir in einem ununterbrochenen Kampf gegen die Novemberrevolte[4] und das aus ihr erwachsene System. 12 Jahre lang haben wir damit vor einer Entwicklung gewarnt, die heute als sichtbare Katastrophe ihren grauenerregenden Ausdruck findet.

Außen-, innen- und wirtschaftspolitisch sind unsere Prophezeiungen restlos in Erfüllung gegangen. Mit unheimlicher Sicherheit vollzieht sich der politisch-gesellschaftliche

*Zerfall unseres Volkes,*

und damit sinkt die Kraft, die Interessen unseres Reiches nach außen hin zu wahren, von Monat zu Monat. Im harten Kampf um das Dasein der Völker und Nationen bleibt Deutschland mehr und mehr zurück!

Eine vernichtete Wirtschaft[5], Millionen von Arbeitslosen[6], ein zerbrochener Mittelstand[7], von Haus und Hof getriebene Bauern[8] sind die Zeugen dieses Verfalls und die Opfer jener unheilvollen Illusionen, denen sich in erster Linie die heutige Reichsregierung seit bald zwei Jahren unentwegt hingegeben hat.

---

1 Das Manifest war der zweite Teil von Hitlers Redebeitrag bei der Tagung der "Nationalen Opposition". Vgl. Dok. 43, Anm. 1 und 19.

2 Hitlers Manifest fand in der gesamten nationalsozialistischen Presse Verbreitung. Vgl. z. B. Illustrierter Beobachter vom 24.10.1931, "Wir übernehmen die Macht! Adolf Hitlers denkwürdiges Manifest an alle seine Mitkämpfer, verkündet zu Harzburg am 11. Oktober 1931".

3 Zur Frühgeschichte der DAP, die am 5.1.1919 von dem Eisenbahnschlosser Anton Drexler und dem Sportjournalisten Karl Harrer gegründet worden war, vgl. Dok. 2, Anm. 60 und Dok. 4, Anm. 10.

4 Anspielung auf die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

5 Vgl. Dok. 2, Anm. 3 ff.

6 Im Oktober 1931 waren bei den deutschen Arbeitsämtern 4.623.480 Arbeitslose gemeldet. Vgl. Statistische Beilage zum Reichsarbeitsblatt 11 (1931), Teil II, Nr. 34, S. 685. sowie Dok. 2, Anm. 4.

7 Der gewerbliche Mittelstand im Deutschen Reich wurde hart von der seit 1929 einsetzenden Weltwirtschaftskrise getroffen. So verringerte sich etwa der Umsatz des Handwerks in den Jahren 1928-1932 auf 50%, seine Gewinne auf 33,5%. Im Vergleich zur wirtschaftlich desolaten Lage der Großunternehmen erwiesen sich Handwerk, Einzelhandel und Gaststättengewerbe jedoch teilweise als relativ krisenresistent; dies änderte allerdings nichts an der tief sitzenden Verunsicherung, welche die Weltwirtschaftskrise im unabhängigen und bislang relativ protegierten Mittelstand hinterließ. Vgl. Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, S. 31 ff.

8 Vgl. Dok. 2, Anm. 34.

Die Politik der Selbstentwürdigung, die Unterwerfung und die daraus sich ergebende Politik der Erfüllung[9] drohen alles zu vernichten, was jahrhundertelanger Fleiß geschaffen hat und durch ungeheure Opfer an Gut und Blut beschützt worden ist.

*Das letzte Ergebnis dieser Politik des Verzichtes auf die nationale Kraft und ihre bewußte Regierung* [*sic!*] *muß der Bolschewismus sein.*

Vor der ganzen Welt erheben wir gegen die bisherigen deutschen Regierungen und besonders gegen die derzeitige Reichsregierung die

*feierliche Anklage,*

daß sie durch das Versäumen einer pflichtgemäßen Aufklärung über die furchtbare innere Lage Deutschlands *in erster Linie mitschuldig sind* an einer Katastrophe, die heute in ihrer zwangsläufigen Auswirkung alle kulturellen Nationen bedroht. Die Verschleierung der tatsächlichen Lage der deutschen Wirtschaft aus Gründen innerpolitischer Zweckmäßigkeit gegenüber der anderen Welt[10], der Versuch, Möglichkeiten einer Erfüllungspolitik vorzutäuschen, während in Wahrheit die gesamte Wirtschaft vor dem Zusammenbruch steht, ist verantwortungslos. Die Gewinne, die uns als Gegenleistung für diese Politik der Illusionen aufgezeichnet werden, sind demgegenüber gänzlich belanglos. Während die Not in unserem Volk Staat und Wirtschaft zu vernichten droht, erhebt sich die militärische Macht einer europäischen Nation zu einer, den Frieden auf das ernstlichste gefährdenden, Hegemonie[11]. Der *"Friedensvertrag" von Versailles*[12]*, einst als Grundlage für eine Befriedung der Welt versprochen*[13]*, dient ihr nunmehr als Instrument zur Vernichtung unseres Volkes,* ohne Rücksichtnahme sogar auf die Interessen der übrigen Welt. Milliarden und Milliarden, aus dem Fleiß und Schweiß unseres Volkes herausgepreßt, verwandeln sich als Tribute in eine ewig neue Belastung der Welt: Ein in Waffen starrendes Frankreich[14] zwingt Volk um Volk zu immer größeren Rüstungen.

Wir werfen der heutigen Regierung demgegenüber vor, daß sie ohne jedes klare Ziel in der Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik den Zustand einer maßlosen Verwirrung teils selbst angerichtet, teils erhalten hat und ersichtlich überhaupt keine klaren Gedanken über irgendeinen rettenden Weg aus unserer Not besitzt.

---

9 Mit dem polemischen Begriff der "Erfüllungspolitik" wurde jene demonstrative Bereitschaft zur ruinösen Erfüllung der alliierten Reparationsforderungen charakterisiert, die deren Undurchführbarkeit beweisen sollte. Erstmals verwendet wurde der Begriff nach der Annahme des Londoner Ultimatums durch das Kabinett Wirth am 11.5.1921. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 132 ff.

10 Vgl. jedoch Dok. 2, Anm. 12.

11 Zur weitgehend defensiven Strategie der französischen Militärführung vgl. Robert Allan Doughty, The Seeds of Disaster. The Development of French Army Doctrine 1919-1939, Hamden 1985.

12 Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.

13 Zum Scheitern der Politik des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, mit der Beendigung des Ersten Weltkriegs eine neue internationale Ordnung zu konstitutieren, vgl. Thomas J. Knock, To End All Wars. Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order, New York 1992.

14 Das französische Heer verfügte 1932 über 31.252 Offiziere und ca. 573.000 Unteroffiziere und Mannschaften, die französische Luftwaffe über 2.375 Offiziere und ca. 38.000 Unteroffiziere und Mannschaften, die französische Kriegsmarine über 4.745 Offiziere und ca. 59.000 Unteroffiziere und Mannschaften. 1933 waren die französischen Streitkräfte mit etwa 4.800 Geschützen und Minenwerfern, 1.700 Kampfwagen und 3.000 Flugzeugen ausgestattet. Vgl. Histoire Militaire de la France, III: De 1871 à 1940. Sous la Direction de Guy Pedroncini, Paris 1992, S. 347 ff., 405 ff., 443 ff.; Rüstung und Abrüstung. Eine Umschau über das Heer- und Kriegswesen aller Länder. Hrsg. von K. L. von Oertzen, Berlin 1934, S. 66 ff.

Um engstirniger Parteiinteressen willen muß so eine Nation zugrundegehen.

Fest entschlossen, unser Land um jeden Preis vor dem Chaos des Bolschewismus zu bewahren und damit nicht nur uns, sondern auch der übrigen Welt die Garantie für ein friedliches, kulturelles und wirtschaftliches Weiterleben zu verbürgen, erklären wir Nationalsozialisten außerdem folgendes:

*Wir sind bereit und gewillt, im Reich und in den Ländern zur Bildung nationaler Regierungen jede und die gesamte Verantwortung zu übernehmen.*

Im Geiste dieser höchsten Verantwortlichkeit dem deutschen Volk gegenüber reichen wir den in der nationalen Opposition zusammengeschlossenen Parteien und Verbänden in loyaler Zusammenarbeit die Hand [15]. Wir halten sie auch weiterhin für jeden offen, der entschlossen ist, mit uns das bisherige System zu überwinden, den internationalen marxistischen Geist zu bekämpfen und die Ehre und die Freiheit unseres Volkes wiederherzustellen.

Wir sehen die Möglichkeit der Rettung der deutschen Nation nur in einem gigantischen *Appell an die in uns selbst vorhandenen Kräfte.* Wir erklären jeden Versuch, in unserem Volke die Hoffnung auf Hilfe von außen zu erwecken, als bewußten Betrug an der Nation ebenso wie an der übrigen Welt.

*Feierlich erheben wir Protest gegen die weitere Aufrechterhaltung des sogenannten Friedensvertrages von Versailles*, der nicht nur unser deutsches Volk zerstört, sondern in zwangsläufiger Folge die ganze Welt in einen Zustand ewiger Unruhe und Unsicherheit werfen muß. Die von uns allen gewünschte Zusammenarbeit der zivilisierten Nationen zur Behebung der schweren internationalen Schäden ist so lange undenkbar, als die Welt durch diesen Vertrag in zwei feindselige Hälften zerrissen ist. Der Kampf gegen die bolschewistische Zertrümmerung aller bestehenden menschlichen Gemeinschaft setzt eine aufrichtige Aussöhnung aller derjenigen Nationen voraus, die vor allem im Interesse ihrer hand- und kopfarbeitenden Menschen ein Hinabsinken in den sozial grauenhaften Zustand des bolschewistischen Sklavenstaates vermeiden wollen.

Wir sehen in der von uns als Pflicht aufgefaßten Aufgabe der *Überwindung unserer inneren Klassengegensätze sowie der gerechten Befriedigung jener sozialen Ansprüche, die dem hohen Lebensstandard unseres Volkes entsprechen,* für die Zukunft nicht nur einen Garanten der inneren Ruhe Deutschlands, sondern einen wichtigen weiteren Schritt in der Reihe jener Maßnahmen, die zur Sicherung der Stabilität der menschlichen Gesellschaft international notwendig sind. Wir sehen in dieser *inneren sozialen und damit politischen Befriedung unseres Lebens* aber auch die *einzige Voraussetzung* zur Erfüllung jener nichtpolitischen finanziellen Verpflichtungen, die wir als Verpflichtungen von Kaufmann zu Kaufmann aufgenommen haben.

Wir sind überzeugt, daß ein national regiertes, und damit von der übrigen Welt wieder geachtetes Deutschland mehr befähigt ist, aufrichtige friedliche Beziehungen zu den anderen Nationen anzuknüpfen und zu pflegen, als unser heutiges, von den Fieberkrisen des Bolschewismus durchschütteltes [16] und am Ende gar vollkommen zerstörtes Volk.

---

15 Vgl. Dok. 43, Anm. 1.

16 Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 hatten 4.590.160 Wähler (13,1 %) KPD gewählt. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 ff.

*Unser Kampf gegen den Bolschewismus um eine neue Zukunft der Nation ist damit zugleich ein leidenschaftlicher Kampf für die Interessen der deutschen Arbeiterschaft, die am schwersten von den Auswirkungen der tributpolitischen Bedrückung geschlagen ist.*

*Unsere ganze Kraft und Arbeit gehört dem schaffenden deutschen Volk!*

Unser Kampf aber gilt jenen marxistischen Verführern, die dem deutschen Arbeiter Freiheit, Schönheit und Würde versprachen [17], ihn aber durch Betrug der eigenen Nation entfremdeten und durch Verrat dem heutigen Elend überlieferten.

Wir sind daher entschlossen, die Auseinandersetzung zwischen dem Bolschewismus und dem Antibolschewismus in Deutschland mit allen Mitteln bis zur letzten Konsequenz im Sinne der Erhaltung der deutschen, abendländischen und christlichen Kultur [18] durchzuführen. *Die Sympathie und Freundschaft verbinden uns daher mit jenen Nationen, die uns in der Durchführung dieses Kampfes entweder schon vorangeschritten sind oder gleiche Ziele mit uns verfolgen [19]!*

Aus dieser Überzeugung und aus diesem Willen heraus erklären wir somit: Die Regierung Brüning und jede ihr wesensgleiche oder verwandte Regierung in den Ländern besitzen heute nicht mehr die Zustimmung und das Vertrauen jenes Teiles unseres deutschen Volkes, der ziffern- und wertmäßig allein der verantwortliche Träger unseres Lebens und unserer Zukunft sein kann: *Sie sind deshalb reif zum Sturz!*

Wir fordern, daß die Macht und Verantwortung in die Hand der nationalen Opposition gelegt werden. Parteien, die gegen diesen von uns bekundeten Willen stehen oder Stellung nehmen, werden wir bis aufs äußerste bekämpfen. Regierungen, die ohne oder gegen uns gebildet werden oder zu regieren versuchen, lehnen wir ab. Ein System aber, das uns verfolgt, darf auch in der Zeit der Not, ja selbst der Todesgefahr von jetzt ab nicht mehr auf unsere Hilfe oder unseren Schutz hoffen.

Nationalsozialisten! Parteigenossen und Parteigenossinnen [20]! Ihr wißt, wir haben nie Versprechungen gegeben und tun es auch heute nicht. Wir versichern nur, daß es unser heiliger Ernst ist, aus dem Deutschland des politischen, kulturellen und sozialen Verfalls wieder ein Reich zu zimmern, das seinen Bürgern

*Ehre, Freiheit und Brot* [21]

zurückgeben wird. Hunderte aus unseren Reihen sind für dieses Ziel in den bitteren Tod

---

17 Mit der Parole "Freiheit, Schönheit und Würde" war ein Aufruf des Rats der Volksbeauftragten vom 13.11.1918 überschrieben. Die NSDAP nahm diese Parole auf, um damit gegen die bestehenden politischen und sozialen Verhältnisse zu polemisieren, so etwa im Reichstagswahlkampf 1928, als sie einen erweiterten Nachdruck dieses Aufrufs verbreitete. Druck: Paul, Aufstand der Bilder, Dok. 42.

18 Zum Verhältnis der NSDAP zum Christentum vor 1933 vgl. Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a. M. 1977, S. 110 ff., 160 ff.

19 Anspielung auf die Alleinherrschaft des Partito Nazionale Fascista in Italien: Nach der Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Giacomo Matteotti am 10.6.1924 wurde zunächst die oppositionelle Presse unterdrückt, im Oktober 1925 wurde als erste Partei der Partito Socialista Unitario verboten. Nach einem Attentat auf Mussolini am 31.10.1926 folgten am 5.11.1926 Verbot und Ausschaltung aller übrigen oppositionellen Organisationen in Italien, Einführung der Pressezensur und Errichtung einer politischen Polizei. Vgl. Lyttelton, Seizure of Power, S. 257 ff.

20 Vgl. Dok. 43, Anm. 14.

21 Vgl. Dok. 43, Anm. 15.

gegangen. Zehntausende haben dafür Wunden und Siechtum davongetragen[22]. Ihr Geist soll für immer unser Mahner sein!

Kameraden, wir alle wollen beweisen, daß wir ihrer Opfer würdig sind!

*Es lebe unsere herrliche nationalsozialistische Bewegung!*

*Es lebe Deutschland!*

Bad Harzburg, 11. Oktober 1931

Adolf *Hitler*

## 12. Oktober 1931 Dok. 45
## "Standarten-Verleihung"
## Anordnung

Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung vom 12.10.1931.

Für das Jahr 1931 werden der SA folgende 28 neue Standarten [1] verliehen:

1. Danzig
2. Fehrbellin
3. Potsdam
4. Kolberg
5. Altona
6. Harz
7. Mittelweser
8. Ostfriesland
9. Bergisch Land
10. Bautzen
11. Osterland
12. Kyffhäuser
13. Wartburg
14. Halle
15. Anhalt
16. Oberschlesien
17. Schweidnitz
18. Görlitz
19. Horst Wessel
20. Rheinhessen
21. Koblenz
22. Ulm
23. Kurpfalz
24. Emil Müller
25. Königsberg
26. Stralsund
27. Niederlausitz
28. Starkenburg.

Wegen der Knappheit der zur Verfügung stehenden Mittel [2] mußte ich die ursprünglich beabsichtigte Anzahl neuer Feldzeichen auf die vorstehend genannte Reihe beschränken. Von dem Ausfall wurde bedauerlicherweise auch eine ganze Reihe alter, verdienter Standarten betroffen.

22 Vgl. Dok. 43, Anm. 16 und 17.

1 Vgl. Dok. 28 mit Anm. 2.
24 dieser Standarten wurden auf dem SA-Treffen in Braunschweig von Hitler persönlich verliehen. Vgl. Dok. 48, Anm. 1.

2 Vgl. Dok. 28, Anm. 3.

Die zurückgestellten Feldzeichen sind als die ersten für das kommende Jahr zur Verleihung vorgesehen.

Adolf *Hitler*

*1. Betrifft: Namensverleihungen*

*Gruppe Berlin-Brandenburg.*

Dem Sturm 24 der Standarte 3, Berlin, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den in der Nacht vom 9./10. September 1931 von Kommunisten zusammengeschossenen SA-Mann Hermann Thielsch[3] künftig die Bezeichnung

"Sturm 24 Hermann Thielsch"

zu führen.

Dem Sturm 1/4, Berlin, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den im SA-Dienst im Schneesturm umgekommenen SA-Mann Werner Wessel[4] künftig die Bezeichnung

"Sturm 1 Werner Wessel"

zu führen.

*Gruppe Nord.*

Dem Sturm 1/76, Hamburg, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 7. September 1930 von Kommunisten erschlagenen Truppführer Dreckmann[5] künftig die Bezeichnung

"Sturm 1 Dreckmann"

zu führen.

*Gruppe Südwest.*

Dem Sturm 8 der Standarte 8, Pirmasens, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 4. Dezember 1924 von Marxisten erschossenen SA-Mann Arthur Prack[6] künftig die Bezeichnung

"Sturm 8 Arthur Prack"

zu führen.

---

3 Hermann Thielsch (1911-1931), Autoschlosser in Berlin, Angehöriger des Stahlhelm, dann SA-Mann, am 9.9.1931 erschossen.
Zu den Umständen von Thielschs Tod vgl. den Vermerk im Bericht des Preußischen Ministerium des Innern o. D. zu der im VB vom 8./9.11.1931 "veröffentlichten Liste der angeblich von Gegnern ermordeten Mitglieder der NSDAP": "Bei einem Überfall von Kommunisten auf das nationalsozialistische Verkehrslokal in der Gneisenaustraße/Ecke Solmsstraße wurde der Nationalsozialist Thielsch tödlich verletzt." GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 120.

4 Werner Wessel (1910-1929), Bruder von Horst Wessel, Student, 1928 Eintritt in die NSDAP, SA-Mann in Berlin, am 22.12.1929 bei einer Skitour im Riesengebirge erfroren.

5 Heinrich Dreckmann (1885-1930), Bankbote in Hamburg, 1930 Eintritt in die SA, SA-Truppführer, am 7.9.1930 erstochen.

6 Arthur Prack (1896-1924), Kaufmann in Pirmasens (Pfalz), Angehöriger des Frontbanns, am 5.12.1924 an den Folgen einer Schußverletzung gestorben.

*Gruppe Mitte.*

Dem Sturm 184, Einsiedel in Sachsen, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 16. März 1930 von Marxisten durch einen Dolchstoß ermordeten Gründer des Sturmes Kurt Günther[7] künftig die Bezeichnung

"Sturm 184 Kurt Günther"

zu führen.

*Gruppe Nordwest.*

Dem Sturm 85 der Standarte 57 wird die Berechtigung verliehen, zum Andenken an den am 18. Oktober 1929 von Kommunisten erstochenen Heinrich Bauschen[8] künftig die Bezeichnung

"Sturm 85 Heinrich Bauschen"

zu führen.

Der Oberste SA-Führer:

Adolf *Hitler*

## 14. Oktober 1931[1] Dok. 46
## Schreiben an Heinrich Brüning

VB vom 16.10.1931, "Offener Brief Adolf Hitlers an den Reichskanzler".

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

In Ihrer großen Rede am 13. Oktober [*1931*] anläßlich der Wiedereröffnung des deutschen Reichstages[2] finde ich in einem Teile, der sich gegen die in der nationalen Opposition zusam-

7 Kurt Günther (1904-1930), Tischler in Einsiedel (Sachsen), 1924 Eintritt in die Großdeutsche Volksgemeinschaft, 1926 Eintritt in die NSDAP, seit November 1929 SA-Mann, am 16.3.1930 erstochen.

8 Heinrich Bauschen (1901-1929), Eisenbahnarbeiter in Duisburg, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, Mitbegründer der NSDAP-Ortsgruppe Duisburg, SA-Mann, am 18.10.1929 erstochen.

1 Datierung nach: Antwort Hitlers auf die Rede des Reichskanzlers in einem Offenen Brief vom 14. Oktober 1931. In: Hitlers Auseinandersetzung mit Brüning, München 1932, S. 17-40.

2 Nach der Umbildung des Reichskabinetts in der Zeit vom 7.-9.10.1931 gab Brüning in der Reichstagssitzung vom 13.10.1931 - auf dieses Datum hatte sich der Reichstag am 26.3.1931 vertagt - eine Regierungserklärung ab und dankte den ausgeschiedenen Ministern. Aus der Regierung ausgeschieden waren der Reichsminister des Auswärtigen Curtius, der Reichsminister des Innern Joseph Wirth und Reichsverkehrsminister Theodor von Guérard, Brüning hatte in Personalunion das Reichsministerium des Auswärtigen, Groener in Personalunion das Reichsministerium des Innern übernommen. Neu hinzugekommen in die Reichsregierung waren als Reichswirtschaftsminister Hermann Warmbold, als Reichsjustizminister Curt Joël, seit 7.11.1931 als Reichskommissar für die Osthilfe Hans Schlange-Schöningen. Die sich anschließende Aussprache im Reichstag dauerte bis 16.10.1931; an diesem Tag beschloß der Reichstag, sich erneut bis 23.2.1932 zu vertagen. Vgl. Karl

mengeschlossenen Parteien wendet, einen Passus, der mich als Führer der größten, in Opposition stehenden nationalen Bewegung zwingt, zur Verteidigung unserer Absichten und unseres Handelns eine öffentliche Entgegnung und Rechtfertigung zu geben.

Herr Reichskanzler, Sie sagen:

"Ich werde mich lieber als Vaterlandsverräter und alles mögliche jeden Tag beschimpfen lassen, als nur einen Augenblick die Nerven zu verlieren und von demjenigen Wege, den ich mir vorgenommen habe, zurückweichen" [3].

Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Ich darf an die Spitze dieser Ausführungen die Versicherung stellen, daß niemand von uns, und am wenigsten ich selbst, an der Unantastbarkeit Ihrer Person und Ihres persönlichen Wollens auch nur den leisesten Zweifel hegt [4]. Ich sehe es von vornherein als gegeben an, daß alle Maßnahmen und Handlungen, die Sie, Herr Reichskanzler treffen, nach Ihrem eigenen besten Wissen und Gewissen erfolgen. *Ich darf aber, Herr Reichskanzler, bitten, daß unser eigenes Wollen und unsere Absichten nicht mit anderem Maßstabe bemessen werden. Angefangen vom kleinsten S.A.-Mann, der ohne jeden persönlichen Vorteil Leben und Gesundheit für Deutschlands Zukunft einzusetzen bereit ist, bis zu uns Führern, die wir es vorgezogen haben, zwölf Jahre lang in der verachteten und unterdrückten Stellung einer durch das innere Gewissen diktierten Opposition zu stehen, beherrscht uns alle nur ein einziges Gesetz:*

*Wichtiger als unser eigenes Leben ist das Leben unseres Volkes, der Bestand Deutschlands.*

Herr Reichskanzler, Sie beanspruchen für sich als Vorbild die großen Männer der preußischen und deutschen Geschichte, die den "Mut zur Unpopularität" in sich getragen hätten [5]. *Diesen Mut trug die nationalsozialistische Bewegung vom ersten Tag ihrer Gründung an als einen heiligen Talisman in sich.* Zwölf Jahre lang, Herr Reichskanzler, haben wir es auf uns genommen, von den erdrückenden geistigen und brachialen Machtmitteln des heutigen Systems vor aller Öffentlichkeit verfemt und geschlagen zu werden. Die Gedankengänge, die wir heute verfechten, sind in einem wahren Fegefeuer an Verfolgungen jeglicher Art gehärtet worden.

*Der "Mut zur Unpopularität"*

*Es war populärer und vor allem leichter, in diesen zwölf Jahren in der geistigen Front der heutigen Regierung zu stehen als in der Front unserer Bewegung.*

---

Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Düsseldorf [5]1978, S. 367 ff.; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 548 ff.

Druck von Brünings Rede vom 13.10.1931: Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, Berlin 1932, S. 2069 ff. Soweit die folgenden Anspielungen Hitlers auf diese Rede Brünings nicht oder nur geringfügig von der Vorlage abweichen, werden die jeweiligen Zitate in den Anmerkungen nicht wiederholt.

3 Wie Anm. 2, S. 2074.

4 Zum Verhältnis Hitlers zu Brüning vgl. Dok. 9, Anm. 7.

5 "Ich habe gute, *größere Vorbilder* in der Geschichte des preußischen und deutschen Volkes. Auch damals sind die Männer, die die Nerven nicht verloren haben und die den Mut gehabt haben, eine unpopuläre Politik zu betreiben, aufs äußerste verleumdet und verspottet worden. Nachher, wenn die Dinge gut gegangen sind, dann werden diese Persönlichkeiten als Monopol für die *nationale Gesinnung* monopolisiert." Wie Anm. 2, S. 2074.

Und selbst jetzt arbeitet der gesamte ungeheure Apparat des Staates erneut über dem Wege und mit den Mitteln der Notverordnungen[6] an der geistig-moralischen und körperlichen Züchtigung der Menschen, die das heutige System als für Deutschland verderblich ansehen und es so zu bezeichnen wagen.

Als einer der Sprecher bei der Harzburger Tagung[7] und als Führer der nationalsozialistischen Bewegung sehe ich mich verpflichtet, gerade um einer erneuten irrigen Unterschiebung von Beweggründen für unser Handeln vorzubeugen, die Gründe in aller Öffentlichkeit klarzulegen, die uns auch zur Stellungnahme gegen das heutige Kabinett zwingen.

Herr Kanzler, Sie sprechen in Ihrer Rede folgenden Satz aus:

"Die Ereignisse der Vergangenheit beweisen es, daß man den ungeheuren Druck, den die Weltkrise auf das gesamte wirtschaftliche, soziale und politische Leben ausübt, nur dann durchhalten kann, wenn man zwar nach einem wohlüberlegten Plan, aber schrittweise den Weg zur Heilung geht"[8].

*Ich und wir alle haben das Gefühl und die Überzeugung, daß, wenn nun wirklich alle Maßnahmen der heutigen Regierung nach einem wohlüberlegten Plane erfolgt sein sollten, dann dieser Plan selbst schlecht gewesen sein muß.* Die Öffentlichkeit hat ja trotz der Demokratisierung, die nach den Absichten der Weimarer Verfassung unser politisches Leben sinnvoll beherrschen soll, von einem solchen Plan im allgemeinen kaum eine Kenntnis. Das, was mir und den anderen im politischen Leben stehenden Menschen aber an grundsätzlichen Erwägungen und Plänen bekannt ist, wird - das ist meine unzerstörbare Überzeugung - keiner heutigen und noch viel weniger einer geschichtlichen Prüfung standhalten können.

Herr Reichskanzler, Sie betonen in dieser Rede den Wunsch, daß sich zur Stärkung der inneren Position Deutschlands die Parteien zu gemeinschaftlicher Arbeit zusammenfinden möchten[9]; und an einer anderen Stelle Ihrer Rede beklagen Sie das Scheitern solcher Hoffnungen und Wünsche, indem Sie sagen:

"Aber alle Versuche, die ich seit Wochen und Monaten unternommen habe, haben ergeben, daß ein Zusammenfinden der Parteien, die für eine solche Regierung notwendig sind, leider Gottes in Deutschland ausgeschlossen ist. In der schwersten und schicksalsreichsten Stunde des deutschen Volkes gehen die Tendenzen leider Gottes darauf hinaus, schärfste Fronten gegeneinander aufzurichten, statt sich zusammenzufinden in der einfachen Pflichterfüllung für das ganze Volk"[10].

Aus diesen Sätzen soll für die Öffentlichkeit hervorgehen, daß wohl Versuche für ein Zusammenleben unternommen worden seien, aber aus Verschulden der Parteien zu keinen praktischen Erfolgen geführt hätten.

6 Vgl. Dok. 2, Anm. 13 und Dok. 43, Anm. 11.
7 Vgl. Dok. 43 und 44.
8 Wie Anm. 2, S. 2074.
9 "In einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Grundlagen in der ganzen Welt wanken, in einer Zeit, wo kein Notenbankpräsident und kein Finanzminister in der Welt einen Zeitraum über einen Monat sicher überblicken kann, in einer solchen Zeit, wo unter Umständen täglich neue Maßnahmen getroffen werden müssen, da gäbe es allerdings eine zweckmäßige politische Lösung vor allem in Deutschland, das am schwersten unter den Verhältnissen leidet, das wäre eine Regierung aller verantwortungsvollen und verantwortungsbereiten Parteien." Wie Anm. 2, S. 2074.
10 Wie Anm. 2, S. 2074.

*Die nationalsozialistische Bewegung wurde von der Verantwortung bewußt ausgeschaltet*

*Soweit es sich hierbei um die nationalsozialistische Bewegung handelt, an die doch mit in erster Linie als zweitgrößte und heute sicherlich tatsächlich überhaupt stärkste Partei* [*sic!*] *gedacht werden müßte*[11], *muß ich vor aller Öffentlichkeit feststellen, daß mir nichts bekannt ist von irgendeinem Schritt, den der Herr Reichskanzler in dieser Richtung unternommen hat und der bewußt eine Heranziehung unserer Bewegung zur Verantwortung hätte bedeuten können*[12].

*Auch die hinter Ihnen, Herr Reichskanzler, stehende Presse hat seit dem 14. September* [*1930*] *keinen Tag verstreichen lassen, ohne immer wieder, und zwar von vornherein festzustellen, daß eine verantwortliche Mitarbeit der nationalsozialistischen Partei an der derzeitigen Regierung weder erwünscht noch möglich sei*[13].

Es ist aber selbstverständlich, daß, wenn ein Kanzler sich überhaupt mit dem Gedanken einer parteimäßigen Untermauerung seiner Position trägt, er eine innere geistige Übereinstimmung wenigstens über die großen Ziele und Absichten seines Handelns herbeiführen muß. Die Erfahrungen der letzten zwölf Jahre über die staatsmännischen Qualitäten sowohl als über die Ziele und Programme der leitenden Führer der aus dem Boden und der Welt der Weimarer Verfassung erwachsenen Parteien sind nicht so bestechende, als daß sie eine verantwortungsbewußt geführte Bewegung ohne weiteres veranlassen könnten, Vertrauen zu geben, wo es aller Beweise der politischen Würdigkeit hierzu ermangelt. *Was allein eine solche Zusammenfassung ermöglichen kann, ist das Herausschälen großer, allgemein als richtig erkannter leitender Gedanken für die beabsichtigte außen-, innen- und wirtschaftspolitische Tätigkeit.*

---

11 Umfragen oder Schätzungen über die Zahl potentieller NSDAP-Wähler zum damaligen Zeitpunkt liegen nicht vor. Bei der Reichstagwahl vom 14.9.1930 votierten 6.379.672 Wähler (18,3%) für die NSDAP, bei der Reichstagswahl vom 31.7.1932 13.745.781 (37,3%). Die NSDAP war damit seit 1930 die zweitstärkste, seit 1932 die stärkste Partei im Reichstag. Die zwischen diesen beiden Wahlen stattfindenden Landtags-, Kommunal- und Reichspräsidentenwahlen deuteten darauf hin, daß das nationalsozialistische Wählerpotential auch weiterhin kontinuierlich wuchs. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen, S. 72 ff.; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 ff.; 1932, S. 541 ff.; Falter, Hitlers Wähler, S. 30 ff.

12 Bereits nach der Reichstagswahl vom 14.9.1930 hatte Brüning am 5.10.1930 mit Hitler verhandelt, ohne daß dieser zu einer parlamentarischen Duldung der Regierung Brüning gewonnen werden konnte. Am 10.10.1931 war Hitler erneut von Brüning, dann von Reichspräsident von Hindenburg empfangen worden. Auch diese Unterredungen blieben ergebnislos: Weder konnte Hitler dazu bewegt werden, die Regierung Brüning künftig zu tolerieren, noch war Hindenburg vorerst bereit, mit Hitler weiter zu verhandeln. Dennoch bemühte sich Brüning damals, die Fäden zur NSDAP nicht abreißen zu lassen. Vgl. Josef Becker, Brüning, Prälat Kaas und das Problem einer Regierungsbeteiligung der NSDAP 1930-1932. In: Historische Zeitschrift 196 (1963), S. 74-111; Andreas Dorpalen, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966, S. 230 ff.; Schreiben Levetzows an Donnersmarck vom 14.10.1931. Druck: Granier, Levetzow, S. 307 ff.; Brüning, Memoiren 1918-1934, S. 192 ff., 391 f.; Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 1, S. 510 f.

13 Bis auf wenige Ausnahmen waren die führenden Politiker des Zentrums sich zunächst darüber einig, daß auch nach dem Wahlerfolg der NSDAP vom 14.9.1930 eine nationalsozialistische Regierungsbeteiligung nicht in Frage komme. Am 15.9.1930 stellte die *Germania* fest: "Die rechte Opposition ist regierungsunfähig, [...]". Tags darauf erklärte der Reichsminister des Innern Joseph Wirth, eine "Rechtsfront" sei "nicht diskutierbar. [...] Eine solche Entwicklung liege [...] außerhalb der politischen Möglichkeit." Im Herbst 1931 begann man jedoch auch im Zentrum die Möglichkeit zu diskutieren, die NSDAP durch eine Beteiligung an der politischen Verantwortung zu verschleißen. Vgl. Germania vom 15.9.1930 (AA), "Ruhig Blut!"; vom 17.9.1930 (MA), "Schach dem Radikalismus! Reichsinnenminister Wirth über die politische Lage nach den Wahlen"; Becker, Regierungsbeteiligung, S. 79 ff. Ferner Dok. 78, Anm. 2.

Soweit uns Nationalsozialisten nun solche Gedanken bekannt geworden sind, mußten wir sie leider als irrig ablehnen. Schon jetzt hat dabei die Geschichte unsere Auffassungen bestätigt.

*Dadurch erscheint auch die Einstellung der nationalsozialistischen Bewegung als Oppositionspartei gegen das Kabinett Brüning nicht nur moralisch berechtigt, sondern im Interesse unseres deutschen Volkes als eine geschichtliche Notwendigkeit.*

Wie fast alle Tagesereignisse im politischen Leben der Völker letzte Auswirkungen grundsätzlicher, geistiger Einstellungen und praktischer Maßnahmen sind, so werden die zahllosen Fehlschläge der Absichten und Handlungen der heutigen Regierung auch nur verständlich, wenn man die Irrtümer der Gedankengänge kennt und berücksichtigt, die ihnen allen zugrunde lagen.

Herr Reichskanzler Brüning, Sie haben das Nachfolgeamt des großen Reichsgründers [14] in einer Zeit übernommen [15], da eine mehr als zehnjährige politische Reichsführung ihre allgemeine historische Verurteilung bereits gefunden hatte. Da der Weg seit dem Jahre 1918, den die deutsche Nation unter ihren verschiedenen Regierungen nahm, ein dauernder Weg nach abwärts war, sämtliche Regierungen in dieser Zeit aber die Kontinuität der leitenden politischen Gedanken und Tendenzen auf das schärfste betonten, muß es die erste Aufgabe eines neuen Staatsmannes sein, gerade diese Unentwegtheit der politischen Linienführung zu beenden, wenn nicht ansonsten auch die Fortführung der Linie im gleichen Ergebnis weiterlaufen soll.

*Zehn Jahre innere Entmannungs-, äußere Unterwerfungs- und wirtschaftliche Erfüllungspolitik* [16] *waren bei Ihrem Regierungsantritt, Herr Reichskanzler Brüning, bereits gerichtet. Wenn jede neue Regierung es nunmehr als ihre oberste Aufgabe ansieht, gemäß den Tendenzen der bisherigen Regierungen weiter zu verfahren, ist, erstens, nicht einzusehen, inwiefern sich dann die Resultate ändern sollen und weshalb man dann, zweitens, überhaupt Regierungswechsel vornimmt!*

*Trotz zehnjährigem Bankrott des Systems Fortsetzung der Erfüllungspolitik*

Das Bestreben, die gesamten politischen Tendenzen über alle Regierungsveränderungen hinweg gleichförmig zu erhalten, wird allerdings verständlich, wenn man weiß, daß es sich bei solchen Vorgängen immer nur um äußere Personalveränderungen gehandelt hat, während die endgültig bestimmenden Kräfte, soweit sie parteimäßig in Erscheinung treten, ununterbrochen dieselben blieben.

*Die Parteien, die den November [19]18 verschuldeten, regieren heute noch*

Und wenn Sie, Herr Reichskanzler Brüning, nunmehr erklären, daß Sie

"zu der Erkenntnis kamen, daß kein anderer Weg möglich sein werde, eine Regierung zu bilden, als der, eine Regierung zu bilden, die noch unabhängiger von den Parteien ist, als es das bisherige Kabinett war" [17],

14 Otto Fürst von Bismarck-Schönhausen.

15 Hindenburg hatte den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion des Zentrums, Heinrich Brüning, am 28.3.1930 mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt, die nach schwierigen Verhandlungen am 30.3.1930 ernannt wurde. Vgl. Schulz, Deutschland am Vorabend der Großen Krise, S. 483 ff.

16 Vgl. Dok. 44, Anm. 9.

17 Wie Anm. 2, S. 2074.

so ist dies in Wahrheit ja nur ein Versuch, die innere geistige Linie, die in den bisherigen Regierungsparteien ihre Wurzel hat, auch weiterhin aufrechtzuerhalten, obwohl rein äußerlich parteimäßig dafür die Voraussetzungen bereits fehlen. Herr Reichskanzler, *Sie bemühen sich, eine Regierung zu bilden, die allerdings von Parteien unabhängig ist, insofern es sich um jene Partei handelt, die heute die Majorität der deutschen Nation repräsentiert.* Sie können diese Majorität nicht der Minorität irgendwelcher Regierungsparteien [18] gegenübersetzen - aber indem Sie auf diese prononciert parteimäßige Vertretung Verzicht leisten, garantieren Sie als letztmögliche Konzession wenigstens deren geistige Repräsentanz.

Daß diese meine Behauptung von der unveränderlichen Fortführung der Geschäfte des Reiches in den Linien einer zehn Jahre lang als unheilvoll bewiesenen politischen Auffassung richtig ist, geht aber am eindeutigsten aus jenen Gedankengängen hervor, die Sie, Herr Reichskanzler, Ihren Maßnahmen selbst zugrunde legten.

Auch die früheren Regierungen konnten in den Jahren ihrer fortschreitenden Tätigkeit die Meinung der Möglichkeit der Durchführung der finanziellen Forderungen der Friedensverträge nicht mehr voll aufrechterhalten. Allerdings vermochten Sie, entsprechend ihrer inneren Verflechtung mit den geistigen und politischen Vorkämpfern des Versailler Vertrages [19], nicht an diesem selbst zu rütteln. Der harte Zwang der Wirklichkeit ließ Sie stattdessen immer wieder neue Wege suchen, Verpflichtungen zu erfüllen, die de facto unerfüllbar sind [20]. Die Auswechslung des Dawes-Paktes [21] durch den jeglicher Einsicht in wirtschaftliche Möglichkeiten erman-

---

18 Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 erhielten die Parteien, die damals dem 1. Kabinett Brüning angehörten - DStP (3,8%), Wirtschaftspartei (3,9%), Deutsches Landvolk (3,2%), Zentrum (11,8%), BVP (3,0%), DVP (4,5%), Konservative Volkspartei (0,8%) - , zusammen 31,0% der Stimmen bzw. 183 Mandate im Reichstag. Nach der Kabinettsumbildung vom 9.10.1931 waren noch Zentrum, BVP, DStP, Deutsches Landvolk sowie Konservative Volkspartei in der Regierung vertreten, was ca. 22,6% der Stimmen bzw. 125 Mandaten entsprach. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 44, 72 sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 ff.
Durch die Tolerierungspolitik der SPD - sie hatte am 14.9.1930 24,5% der Stimmen bzw. 143 Reichstagsmandate erhalten - sowie die Unterstützung einiger kleinerer Fraktionen verfügte die Regierung Brüning auch nach der Kabinettsumbildung über knappe parlamentarische Mehrheiten. Vgl. Rainer Schaefer, SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930-1932, Frankfurt a. M. 1990.

19 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

20 Brüning erkannte in den Reparationsverpflichtungen das Kernstück des Versailler Vertrags; zugunsten ihrer Streichung war er bereit, seine übrigen außenpolitischen Ziele, die territoriale Revision und die militärische Gleichberechtigung, vorerst zurückzustellen. Vor dem Hintergund der Weltwirtschaftskrise benützte er seine rücksichtslose Deflationspolitik als Druckmittel, um die Reparationsgläubiger vom guten Willen Deutschlands, zugleich aber von der objektiven Unmöglichkeit eines weiteren Transfers der Reparationen zu überzeugen. Ein erster greifbarer Erfolg dieser Strategie zeichnete sich damals mit dem Hoover-Moratorium ab. Vgl. Dok. 2, Anm. 8 sowie Dok. 12, Anm. 4.
In seiner Unterredung am 5.10.1930 hatte Brüning Hitler darüber informiert, daß die "Streichung der Reparationen [...] das erste Streben der Außenpolitik der Regierung sein" werde. Mit der Reparations- sowie der Abrüstungsfrage hoffe er, "im Laufe von anderthalb bis zwei Jahren den ganzen Versailler Vertrag, ohne darüber zu reden, ins Wanken zu bringen". Vgl. Brüning, Memoiren, S. 193.

21 Der am 29.8.1924 vom Reichstag angenommene Dawes-Plan stellte eine vorläufige Regelung der deutschen Reparationsleistungen dar. Sie sollten bis 1927/28 jährlich 1-1,75 Milliarden RM, danach mindestens 2,5 Milliarden RM betragen und aus dem Reichshaushalt sowie aus Leistungen der Reichsbahn und der Industrie finanziert werden. Der tatsächliche Transfer der deutschen Reparationen sollte sich dann an der deutschen Zah-

gelnden Young-Plan[22] war ein Versuch, die politische Erpressung der deutschen Nation auf einem als unmöglich erkannten Weg in eine als möglich angenommene neue Methode zu wandeln. Ich habe als Führer der nationalsozialistischen Bewegung dieses Vorgehen als eine Selbsttäuschung oder als eine bewußte Täuschung anderer gebrandmarkt. *Tatsächlich hat der Kampf für und gegen den Young-Plan die Nation gespalten*[23]. Herr Reichskanzler Dr. Brüning, Sie beklagen diese Spaltung, indem Sie in Ihrer Rede erklären:

"In der schwersten und schicksalsreichsten Stunde des deutschen Volkes gehen die Tendenzen leider Gottes darauf hinaus, schärfste Fronten gegeneinander aufzurichten, statt sich zusammenzufinden in der einfachen Pflichterfüllung für das ganze Volk"[24].

Herr Reichskanzler, Sie können und dürfen nicht erwarten, daß Menschen, die sehen, wie durch ein herrschendes Regiment eine unheilvolle Katastrophe für ein Volk angerichtet wird, sich einfach in das "unabwendbare" Schicksal ergeben und ihre Mitschuld dann als "Pflichterfüllung" vor dem Gewissen abschreiben.

*Es gibt im Völkerleben Zeiten, in denen die höchste Pflichterfüllung der Kampf gegen diejenigen ist, die, ganz gleich, ob aus guten oder schlechten Motiven heraus, eine Nation ersichtlich dem Verderben entgegenführen.*

*Die Geschichte kennt keinen Freispruch von Fehlern im Völkerleben nur deshalb, weil sie gut gemeint waren. Würde die Auffassung, die Sie, Herr Kanzler, in Ihrer Rede vertreten, der Befehl für das Handeln der Völker seit Ewigkeit her gewesen sein, so wäre jede geschichtliche Wende aus schlimmen zu besseren Zeiten unmöglich gewesen.*

*Kein Kanzler kann sich auf die Dauer selbst die Rechtfertigung seines Handelns aussprechen, außer er vermag den Erfolg als Zeugen anzuführen.*

Die deutsche Nation wird einmal den Männern dankbar sein, die es unternommen haben, gegen die Front der auf dem Boden der Erfüllungs- und Unterwerfungspolitik stehenden Parteien eine andere Front aufgerichtet zu haben. Denn wenn heute überhaupt in der Welt ein langsames Verständnis für die Unhaltbarkeit der Friedensverträge[25] und ihrer unvernünftigsten Bestimmungen aufdämmert, dann nicht aus Sympathie für die Front der Erfüllungsparteien - denn diese hätte ja zehn Jahre lang der Welt alle Voraussetzungen zur Bestätigung einer solchen Zuneigung schon längst geboten -, sondern ausschließlich aus den Empfindungen heraus, die die Aufrichtung unserer Front ausgelöst hat.

Der "ethische Wille" ist nicht nur für Regierungen empfehlenswert, sondern eine *allgemeine* Notwendigkeit. Die Frage, wer sich auf diesen Willen mehr berufen kann, Regierungen oder

---

lungsbilanz orientieren. Reichsbahn und Reichsbank wurden zur Sicherung der Ansprüche einer internationalen Kontrolle unterstellt. Bereits 1930 wurde der Dawes-Plan durch den Young-Plan ersetzt. Druck: RGBl. 1924, II, S. 289 ff. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 201 ff.

22 Vgl. Dok. 2, Anm. 8.

23 Vgl. Dok. 2, Anm. 10 und 11.

24 Vgl. Anm. 10.

25 Gemeint sind die Friedensverträge von Versailles (28.6.1919), St.-Germain-en-Laye (10.9.1919), Neuilly (27.11.1919), Trianon (4.6.1920) und Sèvres (10.8.1920), die auf der am 18.1.1919 eröffneten Pariser Friedenskonferenz unterzeichnet wurden. Vgl. Max Gunzenhäuser, Die Pariser Friedenskonferenz 1919 und die Friedensverträge 1919-1920. Literaturbericht und Bibliographie, Frankfurt a. M. 1970.

Völker, ist in der Geschichte schon sehr unterschiedlich beantwortet worden. Letzten Endes gibt es aber auch keinen ethischen Willen, der nicht durch die Vernunft für ein Volk als zweckmäßig erwiesen wird. Uns hat aber, Herr Reichskanzler Brüning, gegen Sie nichts in die Front einer Opposition geführt, was nicht in der Vernunft seine tiefste Begründung und damit seinen kategorischen Befehl erhalten hätte.

Herr Reichskanzler Brüning, Sie haben einst - in Fortführung der bisherigen politischen Auffassungen unserer Regierungsparteien - grundsätzlich die Meinung vertreten, daß

*1. das Reparationsproblem wohl aufgerollt werden müsse, daß aber*

*2. ein praktisches Verhandeln für eine deutsche Regierung erst dann in Frage komme, wenn sie eine solche innere Sanierung ihrer Finanzen durchgeführt habe, daß sie "gerüstet" am Verhandlungstisch erscheinen könne*[26].

Herr Reichskanzler! Ich habe - und mit mir meine gesamten Mitarbeiter - diese Auffassung als falsch angesehen. *Ich war der Überzeugung, daß ohne restlose Beseitigung der Reparationen an eine wirtschaftliche Sanierung überhaupt nicht zu denken sei.* Der Gedanke, aus einem Volk fortlaufend jährlich zwei oder zweieinhalb Milliarden Tribute[27] - und noch dazu nach so schweren vorausgegangenen Opfern - herauszuholen, verliert auch dann nichts von seiner absurden Einfalt, wenn sogenannte "wirtschaftliche Sachverständige" ihn für möglich oder meinetwegen sogar für gut erklären.

*Durch die Tatsachen widerlegt*

Tatsache ist, daß ja alle die Versprechungen und Zusicherungen und Versicherungen aus dem Lager der Parteiwelt, deren geistiges Erbe Sie selbst, Herr Kanzler, verwalten, durch die Wirklichkeit glatt widerlegt worden sind.

*Wo sind alle Versprechungen über die durch den Young-Plan endlich garantierte Wiederherstellung der Finanzen im Reich, in den Ländern und in den Kommunen*[28]*?*

---

26 In seiner ersten Unterredung mit Hitler am 5.10.1930 hatte Brüning diesen relativ offen über seine Pläne ins Bild gesetzt. Die "Streichung der Reparationen" werde "das erste Streben der Außenpolitik der Regierung sein". Hierzu sei es notwendig, die Ausgaben auf allen Gebieten einzuschränken, "verbunden mit einer Senkung der Preise und Löhne". Durch diese finanziell-wirtschaftliche Sanierung könne Deutschland "jeden Druck von außen her aushalten" und "seinerseits jederzeit die Weltkrise [...] benutzen, um durch sie einen Druck auf alle übrigen Mächte auszuüben". Vgl. Brüning, Memoiren, S. 192 ff., Zitat S. 193; Gotthold Reinhold Treviranus, Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf 1968, S. 161; Krebs, Tendenzen und Gestalten, S. 140 ff. Vgl. ferner Anm. 20.

27 Die durchschnittliche Höhe der jährlichen Reparationszahlungen nach dem Young-Plan beliefen sich auf 59 Raten in Höhe von durchschnittlich 2,05 Milliarden RM. De facto sah der Young-Plan vor, daß die Zahlungen im Annuitätenjahr 1929/30 mit 742,8 Millionen RM einsetzen und im Annuitätenjahr 1965/66 mit 2.428,8 Millionen RM ihren Höhepunkt erreichen sollten, um schließlich im Annuitätenjahr 1987/88 mit einer Zahlung von 897,8 Millionen RM zu enden. Vgl. Gesetze über die Haager Konferenz und das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen. Druck: RGBl. 1930, II, S. 39 ff., hier S. 432 ff.
Die bis zum 30.6.1931 tatsächlich erbrachten deutschen Reparationsleistungen nach dem Dawes-Plan beliefen sich nach Schätzung der Reparationskommission auf 7.553,2 Millionen RM, nach deutscher Berechnung auf 7.993 Millionen RM; die bis zum 30.6.1931 erbrachten deutschen Reparationsleistungen nach dem Young-Plan nach Schätzung der interalliierten Reparationskommission auf 2.800 Millionen RM, nach deutscher Berechnung auf 3.103 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 197*.

28 Vgl. Dok. 2, Anm. 14 und 15.

*Wo ist die wirtschaftliche Sanierung oder Ankurbelung der Wirtschaft*[29]*?*
*Wo blieb die dadurch herabgeminderte Zahl der Arbeitslosen*[30]*?*
*Wo sind die Erfolge bei der "Rettung der Landwirtschaft"*[31]*?*
*Und wann endlich, Herr Reichskanzler Brüning, hat der damals versprochene Steuerabbau begonnen*[32]*?*

Herr Reichskanzler, Sie sagen in Ihrer Rede, daß das Fehlschlagen aller dieser Versprechungen - das wohl durch die heutige Entwicklung genugsam bewiesen ist - , eine "Katastrophe sei, die man zum Teil schon, zum Teil nicht vorhersehen konnte"[33].

*Herr Reichskanzler Brüning! Ich darf hier der geschichtlichen Wahrheit wegen feststellen, daß die richtige Formulierung dieses Satzes heißen müßte: daß wir uns in einer Katastrophe befinden, die ein Teil vorhergesehen hat und der andere Teil nicht.*

*Und ich darf wieder um der geschichtlichen Wahrheit willen feststellen, daß ich und eine Reihe weiterer Parteiführer und zahllose sonstige im politischen und wirtschaftlichen Leben stehende Männer diese Katastrophe nicht nur vorhergesehen, sondern sogar genau vorausgesagt haben*[34]*!*

*Von uns vorausgesagt*

Und ich darf weiter feststellen, Herr Reichskanzler Brüning, daß unsere damaligen Voraussagen genauso als *"unwahrhafte Agitation"* abgeurteilt worden sind[35], wie Sie, Herr Reichskanzler, unser heutiges Verhalten zu brandmarken belieben.

---

29 Vgl. Dok. 2, Anm. 3 ff.

30 Vgl. Dok. 44, Anm. 6.

31 Vgl. Dok. 2, Anm. 34. Zur Agrarpolitik der Regierung Brüning vgl. Dieter Gessner, Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930-1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977.

32 In seiner Regierungserklärung hatte Brüning als neuernannter Reichskanzler vor dem Reichstag am 1.4.1930 verkündet: "Neue Steuerlasten zur Sanierung der Kassenlage sind nur tragbar, wenn sie im Rahmen eines auf weite Sicht gestellten, Schritt für Schritt durchzuführenden Gesamtprogramms stehen. Eingehende *Sparvorschläge* auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens werden in kürzester Frist seitens der Reichsregierung den zuständigen Körperschaften unterbreitet werden. Diese Sparmaßnahmen werden nicht von einem antisozialen Geist getragen sein. Sie haben lediglich den Zweck, ihrerseits zur Senkung der Steuern, zur Hebung der Produktivität der Wirtschaft, zur Stärkung der Kreditwürdigkeit Deutschlands beizutragen. Sie sollen Raum schaffen für die Senkung der auf dem Handwerk und dem gesamten städtischen und ländlichen Mittelstand schwer lastenden Realsteuern." Druck: Verhandlungen des Reichstags. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 427, Berlin 1930, S. 4728 ff., hier 4729.

33 "Sie wissen alle, meine Damen und Herren, daß die Krise, in der sich Deutschland seit längerer Zeit befindet, durch eine Reihe von Umständen, die zum Teil vorauszusehen waren, zum Teil unerwartet gekommen sind, sich im Laufe des vergangenen Monats zum äußersten verschärft und mit dazu beigetragen hat, daß Entwicklungen einer Weltkrise ohnegleichen zu einem Zustande geführt haben, wie ihn die Geschichte der modernen Wirtschaft noch nicht gekannt hat." Wie Anm. 2, S. 2073.

34 Vgl. Dok. 2, Anm. 10 und 11, ferner Anm. 43 dieses Dokuments.

35 "Meine Damen und Herren! Ich kann mit Befriedigung feststellen, daß jetzt auch nicht mehr aus den Kreisen der *Rechtsopposition*, wie es in den vergangenen Monaten und im vergangenen Jahre geschehen ist, *die Tatsache einer bestehenden Weltkrise* abgeleugnet wird. Das ist immerhin ein erheblicher Fortschritt! Die Dinge sind in der Erkenntnis des deutschen Volkes so weit vorgeschritten, daß man mit diesen Formen der Agitation, die man gegen die Reichsregierung glaubte noch bis zum Sommer anwenden zu können, keinen Erfolg mehr haben zu können glaubt." Wie Anm. 2, S. 2073.

*Jedenfalls hat die Wirklichkeit Monat für Monat schärfer erwiesen, daß Ihre Meinung, Herr Kanzler, erst das Reich finanziell und wirtschaftlich sanieren zu können, um dann in Revisionsverhandlungen einzutreten, ein Irrtum war, ja, daß im Gegenteil ohne vorhergehende Beseitigung des Reparationswahnsinns überhaupt an keine Ordnung unserer wirtschaftlichen und finanziellen Zerrüttung zu denken ist.*

Allein noch viel schärfer und größer mußte die Differenz in jenen Auffassungen sein, die die Frage der Vorbereitung und Einleitung von Revisionsverhandlungen überhaupt betrafen.

Herr Reichskanzler Brüning! Sie waren der Überzeugung, daß man - um in Revisionsverhandlungen einzutreten - erst selbst finanziell saniert sein müsse.

Ich, Herr Reichskanzler Brüning, war der Überzeugung, daß man sich ohne vorhergehende Beseitigung der Reparationen nicht sanieren kann und daß man aber, zweitens, selbst wenn man dies könnte, dann unter keinen Umständen mehr zu Revisionsverhandlungen käme. Denn ich nehme den schlimmsten Fall an, Herr Reichskanzler Brüning: Angenommen, Ihre Auffassung wäre richtig gewesen, angenommen, es wäre Ihnen durch Ihre ersten beiden Notverordnungen[36] gelungen - so wie sie dies als Zweck hinstellten und des Erfolges sicher zu sein behaupteten -, den öffentlichen Haushalt von Reich, Ländern und Kommunen zu sanieren und in Ordnung zu bringen[37], mit welchen Begründungen hätten wir dann überhaupt eine Revision der Reparationsbelastungen fordern können?

*Lag nicht die einzige wirtschaftliche Rechtfertigung der Reparationsbeseitigung gerade im Nachweis, daß ohne diese Entlastung ein wirtschaftlicher Zusammenbruch kommt, der in seinen weiteren Folgen natürlich auch die andere Welt in das Verderben hineinziehen muß?*

Konnte man dem deutschen Volk einen Dienst erweisen, wenn man durch Maßnahmen, die ebenso drückend wie letzten Endes innerlich doch unwahr sein mußten, der Welt eine Sanierung vortäuschte, aus der man dann, wenn schon nicht das Recht, so aber doch die Möglichkeit der Reparationserfüllung zu folgern in der Lage war?

*Wenn Ihnen, Herr Reichskanzler Brüning, selbst nur vorübergehend das Ziel einer wirtschaftlichen Sanierung gelungen wäre, hätte kein Mensch in der Welt an eine Revision auch nur des Young-Planes gedacht!*

Hier sind Gegensätze der Auffassung, die natürlich nicht überbrückt werden können.

*Es ist unmöglich, von jemandem zu fordern, ein System zu decken, das sein Handeln aus Gedankengängen ableitet, die man bei bestem Wissen und Gewissen für falsch hält.*

Nicht minder groß aber ist der Unterschied in den Auffassungen über das, was man überhaupt einer Revision unterziehen muß, und das, was man keiner Revision unterziehen darf.

Als Nationalsozialist habe ich mich einst auf das schärfste gegen die Umänderung des Dawes-Paktes in den Young-Plan gesträubt. Ich vertrat schon damals die Auffassung, daß alle diese Pakte und Pläne Ausführungsbestimmungen zu einem Grundvertrag sind, der nicht ausgeführt werden kann.

---

36 Gemeint sind die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1.12.1930 und die Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5.6.1931. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 185 ff., 341 ff. Druck: RGBl. 1930, I, S. 517 ff.; 1931, I, S. 279 ff.

37 Vgl. Dok. 2, Anm. 14 und 15.

*Der Friedensvertrag von Versailles*

*ist kein Friedensvertrag. Er gehört im Gegenteil in die Kategorie jener politischen Tributdiktate, die in sich den Keim späterer Kriege tragen.*

Wie jeder Vertrag, schafft auch der Friedensvertrag von Versailles Tatsachen, die man vielleicht innerlich ablehnen mag, die aber eine reale historische Wirklichkeit sind und damit Bedeutung besitzen. Ganz gleich, wie man sich zu den Gestaltungen der Staats- und Volksgrenzen, die in diesem Vertragswerke niedergelegt sind, im einzelnen stellen mag, ob man sie anerkennt oder ob man sie ablehnt, sie müssen zunächst als etwas Tatsächliches hingenommen werden. Es ist nicht nötig, daß aus solchen geographisch-politischen Neugestaltungen in zwangsläufiger Folge weitere Kriege erwachsen müssen, sondern sehr oft war in der Welt das Ergebnis politischer Grenz- und Staatsverschiebungen eine Periode darauffolgender Beruhigung und innerer Genesung! Was aber dem Friedensvertrag von Versailles den giftigen Stachel einer ewigen Menschheitsbedrohung gibt, ist die Klassifikation der Völker und Nationen in zwei streng voneinander geschiedene Hälften.

*Gegen Versailles: Uns genügt keine Änderung der Ausplünderungsmethode, wir fordern Änderung des ganzen Unterjochungssystems*

*Die moralische Minderwertigkeitserklärung der Unterlegenen und die daraus gefolgerte Berechtigung ihrer ewigen wirtschaftlichen Ausplünderung ist auf die Dauer unerträglich. Das deutsche Volk hat eine Geschichte, die älter ist als die des Friedensvertrages von Versailles. Es hat eine Ehre, die ihm nicht durch einen verlorenen Krieg einmal für immer abgesprochen werden kann*[38].

*Es hat das Recht auf ein eigenes Leben, das größer ist als alle Rechte, die aus diesem Vertrage scheinbar das Recht zur Zerstörung dieses Lebens ableiten wollen.*

*Für uns alle handelt es sich nicht mehr um eine Änderung der Methodik unserer Ausplünderung, sondern um eine Änderung der schein-rechtlichen Ausgangsbasis für dieses System einer unwürdigen Unterjochung.*

*Die junge, neue deutsche Generation fordert stürmisch die tatsächliche Gleichberechtigung unseres Volkes mit den anderen Kulturnationen.*

Der Gedanke an die in dem Versailler Vertrag niedergeschriebene moralische Unwürdigkeit unseres Volkes ist uns genauso unerträglich, wie die praktisch daraus abgeleiteten finanziellen Verpflichtungen.

*Wir protestieren schärfstens gegen alle Versuche, aus dem Young-Plan wieder einen anderen Reparationsplan mit irgendeiner neuen Mechanik oder Methodik zu entwickeln.*

Zwölf Jahre lang hat Deutschland diese Zuchthausketten getragen. Die Friedensgeneration, die allein die Welt verantwortlich machen könnte für unser entsetzliches Geschick, ist entweder auf den Schlachtfeldern geblieben, oder sie ist heute alt und morsch. Das deutsche Volk von jetzt - wir alle - sind uns keiner Schuld bewußt an irgendeinem Vorgange, der eine Rechtfertigung sein könnte für den Versailler Vertrag. *Die Forderung nach Beseitigung derjenigen Bestimmungen des Versailler Vertrages, die unser Volk rechtlich und wirtschaftlich zu Menschen zweiter Klasse verdammen, ist nicht nur unser ethischer Wille, sondern auch eine ethische Pflicht.*

38 Vgl. Dok. 12, Anm. 7.

*Ich erhebe nun auch gegen die heutige Regierung den Vorwurf, daß sie die günstige Situation nach dem 14. September 1930 ungenützt vorübergehen ließ.*

*Damals war - etwas Neues seit den Tagen des Zusammenbruches - in einem großen und beachtlichen Teile der Weltpresse eine Bereitwilligkeit zu spüren, die Ausgangsbasis aller Reparationsverpflichtungen selbst einer kritischen Prüfung zu unterziehen*[39]. In *Amerika* und in *England* haben es hervorragende Herausgeber großer Zeitungen mit anerkennenswertem Mute und dankbar zu begrüßender Offenherzigkeit versucht, entgegen der bisherigen allgemeinen Weltpsychose in vernünftig objektiver Weise die Zweckmäßigkeit eines Vertragswerkes anzuzweifeln, das die Menschheit, je länger um so mehr, von der ihr so nötigen vertrauensvollen Zusammenarbeit entfernt[40]. In *Italien* wurden diese Auffassungen nahezu allgemein auf das wärmste unterstützt. Dort haben nicht nur die gesamte wesentliche Presse, sondern auch der verantwortliche überragende Staatsmann[41] die Unmöglichkeit des heutigen Zustandes bestätigt, ja sogar die Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht, an seiner Beseitigung in groß empfundener Weise mitzuwirken[42].

Das Ergebnis dieser Bemühungen war, soweit es sich um die Stellungnahme der verantwortlichen deutschen Regierungspresse handelte, allerdings kläglich. Ein Teil der hinter den Regierungsparteien stehenden Zeitungen brachte es sogar fertig, die Männer, die es in England und Amerika auf sich genommen hatten, einer Änderung der Beurteilung unseres Volkes das Wort zu reden, zu beschimpfen und herabzusetzen[43]. Man täuschte Zweifel an der Aufrichtig-

39 Die britische Presse versuchte den, in dieser Form unerwarteten Wahlerfolg der NSDAP vom 14.9.1930 auch mit dem Versailler Friedensvertrag zu erklären. Die Stimmen, die deshalb auf seine Revision drängten, blieben jedoch die Ausnahme. Vgl. Brigitte Granzow, A Mirror of Nazism. British Opinion and the Emergence of Hitler 1929-1933, London 1964, S. 91 ff.; Gerhard Schreiber, Hitler. Interpretationen 1923-1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung, Darmstadt 1984, S. 73 ff.; Angela Schwarz, Die Reise ins Dritte Reich. Britische Augenzeugen im nationalsozialistischen Deutschland (1933-39), Göttingen 1993, S. 52 ff. Ferner Bd. III/3, Dok. 124, Anm. 4.

40 Die britischen und amerikanischen Journalisten, mit denen Hitler nach dem 14.9.1930 Interviews führte, ließen teilweise ein gewisses Verständnis für seine Ideen und Forderungen erkennen. Vgl. Bd. III/3, Dok. 124, 126; Bd. IV/1, Dok. 1, 2, 7, 8, 9.

41 Benito Mussolini (1883-1945), Lehrer, 1910 Sekretär der sozialistischen Provinzialföderation von Forlì, 1912 Direktor des Parteiorgans *l'Avanti!*, 1914 Parteiausschluß, 1914 Gründer der Tageszeitung *Il popolo d'Italia*, 1919 Gründer und Führer (Duce) der Fasci di Combattimento (ab 1921: Partito Nazionale Fascista), 1922-1943 italienischer Ministerpräsident (Capo del Governo), 1938 Oberster Befehlshaber der italienischen Streitkräfte, 1943-1945 Staatschef der Republik von Salò (Repubblica Sociale Italiana), am 28.4.1945 erschossen.

42 Vgl. das Schreiben des Reichsministers des Innern Wirth an den Reichsminister des Auswärtigen Curtius vom 15.4.1931, in dem Wirth über sein Gespräch mit Mussolini vom 13.4.1931 berichtet: "Ich hatte es nicht schwer, im Anschluß daran unsere Bedenken gegen die Zahlungen aus dem Young-Plan zu vertiefen. Mussolini verwarf den Young-Plan und forderte seine schleunige Revision. [...] Mussolini äußerte die kühne Ansicht, daß man überhaupt keinen Plan mehr aufstellen solle. Jeder Plan sei verderblich."
Ferner das Telegramm des deutschen Botschafters in Rom Carl von Schubert an das Auswärtige Amt vom 15.4.1931, in dem er über seine Unterredung mit Mussolini am selben Tag berichtet: "Hierauf fragte mich Herr Mussolini, was meiner Ansicht nach geschehen würde, wenn wir ganz plötzlich erklären würden, wir zahlten nicht mehr. Indem er das Buch des Herrn Schacht erwähnte, mit dessen Lektüre er augenblicklich beschäftigt sei, ließ er durchblicken, daß in diesem Falle nichts Besonderes sich ereignen würde." Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XVII, Göttingen 1981, Dok. 85 f.

43 Der am 2.4.1930 vom Amt des Reichsbankpräsidenten zurückgetretene Hjalmar Schacht hatte die Reparationspolitik der Reichsregierung in seiner Darstellung *Das Ende der Reparationen* (Oldenburg 1931) sowie in öffent-

keit ihrer Gesinnung sowohl als am Recht ihrer Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten vor!

*Sie, Herr Kanzler, haben damals keine Initiative ergriffen, um den*
*Wahlausgang des 14. Sept*[*ember 1930*]
*in diese von der Welt aus hingehaltene Waagschale zu werfen.* Allerdings liegt der Grund auch hier wieder in einer tiefgehenden Verschiedenheit unserer Auffassungen.

Denn in Ihren Augen, Herr Reichskanzler, ist die Lösung aller dieser Aufgaben Pflicht und Recht einer Regierung, die, wie Sie glauben, nicht unbedingt in lebendiger Beziehung zu den ihr gleichdenkenden Massen der Nation stehen muß. *Ihr Versuch, ein überparteiliches Kabinett zu bilden, ist ja an sich ein Widerspruch in einer Zeit, da die Weimarer Verfassung wenigstens nach außen hin noch als Grundlage unseres politischen Handelns ausgegeben wird*[44]. Denn auch dieses unparteiische Kabinett ist nach dieser Verfassung abhängig von der Gunst oder Mißgunst, vom Wollen oder von der Ablehnung der Parteien. Aber abgesehen von diesem Widerspruch, ist der Gedankengang, aus dem eine solche Auffassung kommt, an sich falsch. Solange sich der Wille des Volkes in den organisierten Formen der Parteien ausdrückt, muß eine Regierung ihr Wollen in Übereinstimmung bringen mit den analog denkenden Parteien. *Das Ziel, den Friedensvertrag von Versailles zu überwinden, setzt bei einer Regierung aber immer voraus, daß dieses bestimmte politische Wollen nicht eine reine Reservatauffassung von ihr, sondern die allgemeine Auffassung der hinter ihr stehenden und sie tragenden Kräfte ist.*

So wie besonders außenpolitische Maßnahmen einer Regierung nicht in einer gleichen Absicht und Willensbildung der Nation verankert sind, wird die Kraft zu ihrer Durchfechtung nur eine sehr mäßige sein können. Der Gedanke, eine Revision eines Reparationsplanes aus "wirtschaftlichen" Erkenntnissen oder Erfahrungen heraus vorzunehmen, hat viel Bestechendes an sich. Er wird aber am Ende daran scheitern, daß die Reparationsidee überhaupt in der Minderwertigkeitsfeststellung des Friedensvertrages von Versailles begründet ist, die unser Volk als schuldig und damit verantwortlich für alle Schäden einmal für immer festnagelt. *Damit ist aber die Aufgabe des Ankämpfens gegen den Friedensvertrag von Versailles aus dem Bereich einer beschränkten Regierungsaktion wesentlich herausgehoben und in die Größe einer allgemeinen nationalen Aufgabe eingerückt.*

---

lichen Vorträgen während verschiedener Auslandsreisen kritisiert. Die *Germania* berichtete z. B. am 4.3.1931 über Schachts Reise nach Schweden und bemerkte zu Schachts USA-Reise im Oktober 1930: "Daß er dabei in der Wahl des Augenblicks und in der Form seiner Ausführungen eine besonders glückliche Hand gehabt hat, wird bekanntlich von Sachkennern bestritten." Gleichwohl gab es in der bürgerlichen Presse auch zurückhaltende oder wohlwollende Berichte. Vgl. Germania vom 4.10.1930, "Schacht über das Reparationsproblem"; vom 10.10.1930, "Schachtrede in Neuyork"; vom 20.10.1930 (AA), "Washingtoner Gerüchte"; vom 4.3.1931 (AA), "Zweimal Schacht"; vom 6.3.1931 (AA), "Schacht will ernst genommen werden". Ferner Die Entstehung des Youngplans dargestellt vom Reichsarchiv 1931-1933. Durchgesehen und eingeleitet von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970, S. 11 ff.; Heinz Pentzlin, Hjalmar Schacht. Leben und Wirken einer umstrittenen Persönlichkeit, Berlin 1980, S. 126 ff., 150 ff.

44 In der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11.8.1919 wurde die staatsrechtliche Funktion der Parteien kaum definiert, weder in den Bestimmungen über den Ursprung der Staatsgewalt (Artikel 1) und die Stellung der Abgeordneten (Artikel 21), noch in denen über die Regierungsbildung (Artikel 53). Artikel 53 lautete stattdessen: "Der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen." Vgl. Bracher, Auflösung, S. 37 ff. Druck: RGBl. 1919, S. 1383, 1388, 1393.

*Die Bewertung einer deutschen Regierung für diese Aufgabe wird ausschließlich stattfinden nach der Bewertung der sie tragenden nationalen Kraft.* Nicht

*der "ethische Wille"*

einer Regierung oder gar eines einzelnen Regierungschefs ist damit entscheidend, sondern der ethische Gehalt der ganzen Nation. *Es ist daher in erster Linie die Aufgabe einer Regierung, diese innere Kraft ins Leben zu rufen, um mit ihr äußere Politik machen zu können.*

Es sind hier tiefgehende und unüberbrückbare Gegensätze in den Grundauffassungen vorhanden.

Sie, Herr Reichskanzler Brüning, sind überzeugt, daß eine Regierung, gestützt und getragen von Zentrum, Sozialdemokratie, den Parteien des Pazifismus[45] usw., in der Lage sein kann, eine aktive nationale Außenpolitik zu betreiben.

Ich, Herr Reichskanzler Brüning, bin demgegenüber der Überzeugung, daß eine solche Regierung unter diesen Voraussetzungen meinetwegen die beste Absicht haben kann, im Effekt aber die Stärke ihrer Politik nach der Schwäche ihrer inneren Deckung ausfallen muß.

Daher ist Ihre Berufung, Herr Reichskanzler Brüning, auf die großen Führer aus der preußischen und deutschen Geschichte, die erst den Mut zur Unpopularität in sich trugen, dann aber nach einer Periode äußerster Verleumdung und Verspottung als Monopol für die nationale Gesinnung benutzt wurden[46], ebenso unverständlich wie unberechtigt.

*Denn alle diese Männer haben sich grundsätzlich nicht auf überlebte Parteien international-demokratisch-pazifistischer Einstellung gestützt, sondern immer den Weg zu den wirklichen Quellen der nationalen Kraft gefunden. Sie haben ihre politischen Maßnahmen mit jener Welt verteidigt, aus der sie stammten. Daher ist ihnen aber auch der Erfolg beschieden gewesen, den wir heute bei den meisten Maßnahmen der derzeitigen Regierungen vergeblich suchen.*

Ich darf noch einmal zurückkommen, Herr Reichskanzler, auf Ihre Äußerung[47], daß Sie "nach einem wohlüberlegten Plan schrittweise den Weg zur Heilung gingen".

*Darf ich mir daran anschließend die Frage erlauben, ob zum Beispiel die Einleitung der deutsch-österreichischen Zollunion*[48]

*nach einem solchen "wohlüberlegten Plan" erfolgt ist oder nicht? Da die Versicherung gegeben wird, daß das erstere der Fall sei, gibt es nur zwei Möglichkeiten zur Erklärung der ka-*

---

45 Das Zentrum stand der Reichswehr ohne Ressentiments gegenüber und unterstützte in der Regel die Forderungen der Reichswehrführung. Bei der SPD war dagegen das Spektrum der Meinungen ungleich breiter, vom extremen Pazifismus bis hin zur Bereitschaft einer weitgehend vorurteilsfreien Kooperation mit der Bewaffneten Macht. Die auf dem Magdeburger Parteitag (26.-31.5.1929) angenommenen *Richtlinien zur Wehrpolitik* waren ein mißglückter Versuch eines Konsenses, die SPD blieb in der Wehrpolitik tief gespalten. Vgl. Rainer Wohlfeil, Heer und Republik. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungamt, Bd. 3/VI, München 1979, S. 5-304, hier S. 142 ff., 148.
Mit ca. 30.000 Mitgliedern war die "Deutsche Friedensgesellschaft" (DFG) 1927 die größte und einflußreichste pazifistische Vereinigung; von ihren Mitgliedern gehörten fast die Hälfte der SPD, ein Viertel der DDP und etwa 5% dem Zentrum an. Die übrigen Mitglieder waren parteipolitisch nicht gebunden. Vgl. Wolfram Wette, Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen der Kriegspolitik des Dritten Reiches. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. I: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1979, S. 25-173, hier S. 86.

46 Wie Anm. 5.

47 Wie Anm. 2, S. 2074.

48 Vgl. Dok. 23, Anm. 9.

*tastrophalen Niederlage: Entweder der Plan war trotz aller Überlegung falsch, oder die Fundierung des Planes war nicht genügend.*

Ich bin überzeugt, daß *beides* zutrifft.

Ich habe sofort nach Bekanntwerden des Zollunionprojektes die Auffassung vertreten, daß außerordentlich gewichtige Gründe sowohl gegen die Zeit, als auch gegen die Art der Durchführung dieses Unternehmens sprächen[49].

Ich habe, zweitens, die rein machtmäßige Fundierung Ihrer Regierung, Herr Reichskanzler Brüning, für diesen Zweck und diese Aufgabe als gänzlich ungenügend angesehen und dies auch ausgesprochen.

*Es ist einfach unmöglich, eine außenpolitische Maßnahme durchzuführen, wenn innenpolitisch die Kräfte zu einer konsequenten und andauernden Verfechtung nicht vorhanden sind oder gar nicht verwendet werden.*

Als - um wieder auf die von Ihnen, Herr Reichskanzler, [*her*]angezogenen großen Männer der preußischen Geschichte zurückzukommen[50] - Bismarck ebenfalls nach einem wohlüberlegten Plan, Schritt für Schritt vorgehend, den wirtschaftlichen Zweckverband des Deutschen Zollvereins[51] zur machtpolitischen Einheit des Deutschen Reiches ausbaute, da war in jeder Phase dieses Prozesses die absolute *Übereinstimmung* zwischen seinem außenpolitischen Wollen und der im Innern hierfür bereitgestellten Kräfte vorhanden. Sein Vorgehen lag geistig ebenso klar und bestimmt in der Tradition und Linie des besten Preußentums, wie umgekehrt Ihr beabsichtigter Vorstoß in der Zollunionsangelegenheit außerhalb des Sinnes und der Geisteswelt des Weimarer Staates liegt.

Die innersten Gedanken und Wesenszüge der marxistischen und bürgerlichen Demokratie in Deutschland, die seit dem November 1918 unser unglückliches Volk belasten, werden durch *keine* Brücke mit einem Handeln verbunden, das von Ihnen selbst, Herr Reichskanzler, als national gedacht und von der übrigen Welt natürlich auch als ähnlich angesehen wird.

*Darüber hinaus aber hat Bismarck sich und seinem Wollen nicht nur die allgemeine geistige Unterstützung der Nation gesichert, sondern auch alle rein machtmäßigen Voraussetzungen geschaffen, die zur Durchfechtung seiner Absichten erforderlich schienen. Denn letzten Endes wird der Erfolg im Leben vom Können mindestens genau so viel abhängen als wie vom Wollen* [*sic!*].

*Man kann aber nicht nach außen hin eine nationale Politik betreiben, wenn man als einzige Kraftreserve hinter sich Marxisten, Pazifisten und Demokraten besitzt.*

*Die Auffassung, daß für eine solche Aufgabe dann auf den anderen Teil der Nation zurückgegriffen werden könnte, muß zurückgewiesen werden.*

*Entweder Nationalsozialismus oder - Bolschewismus!*

Es geht nicht an, heute zu beklagen, daß eine zweite Front gebildet ist, und morgen wieder zu hoffen, daß man von ihr unterstützt wird, um außenpolitisch wichtige Entschlüsse von vornherein nur auf diese, nunmehr auf einmal höchst erwünschte, ja sogar als nötig erkannte

49 Gemeint ist Hitlers Rede vom 7.4.1931 in München. Druck: Bd. IV/1, Dok. 86.
50 Wie Anm. 5.
51 Vgl. Dok. 25, Anm. 7.

zweite Front aufzubauen. Es geht dies auch deshalb nicht an, weil natürlich jede der Fronten ihre sehr geschlossene allgemeine Anschauungswelt besitzt. *Es ist aber nun ein Unding, Innenpolitik in der Anschauungswelt des Pazifismus und Außenpolitik in der Anschauungswelt des nationalistischen Aktivismus machen zu wollen.*

Die katastrophale Niederlage Ihrer Außenpolitik in der Frage der Zollunion, Herr Reichskanzler, kam daher nicht von ungefähr. Nein - sie ist das Ergebnis der klaren Erkenntnis der

*Schwäche und Ohnmacht,*

die hinter Ihrem Wollen stand. Auch Bismarck hätte nicht mit dem Geist von Olmütz[52] in den Knochen einem Königgrätz[53] entgegenmarschieren können. Und wenn schon, es wäre nie Königgrätz geworden.

Aber selbst wenn, Herr Reichskanzler, die nationale Front, insonderheit wir Nationalsozialisten es wagen wollten, Sie auf einzelnen derartigen außenpolitischen Exkursionen zu begleiten, so würde dies trotzdem für das Ergebnis belanglos, für unsere Partei vernichtend und für Deutschland sehr schädlich sein. Denn die Maßnahmen, die zur Entscheidung des Seins oder Nichtseins der Völker in letzter Konsequenz eingesetzt werden können und eingesetzt werden müssen, sind undenkbar, wenn nicht ein Volk selbst in den wesentlichsten Grundauffassungen zu den Problemen des Lebens eine einheitliche Stellung einnimmt. *Und hier ist wieder die Frage, Herr Reichskanzler Brüning:*

*Glauben Sie, daß man Völker mit marxistisch-pazifistisch-demokratischen Lebensauffassungen in der Weltgeschichte als erfolgreich ansprechen kann, oder daß nicht vielmehr das Gegenteil der Fall ist? Ich bin überzeugt, daß es keine Nation und keinen Staat gibt, die auf die Dauer mit solchen Ideen zu bestehen vermögen. Sicher aber ist eines: Beide Gedanken können nicht zugleich in einer Brust wohnen.*

*Die konsequente Weiterverfolgung der in Deutschland seit 12 Jahren eingeschlagenen offiziellen politischen Linie endet im Bolschewismus.*

*Die nationalsozialistische Bewegung setzt dieser Entwicklung den stursten Widerstand entgegen. Und sie ist von der Überzeugung durchdrungen, daß - wenn eben nicht der Bolschewismus siegen soll - der Antipode siegen muß.*

*Diese geistige Auseinandersetzung und weltanschauliche Klärung unseres Volkes ist für die spätere außenpolitische Vertretung unserer Interessen genauso nötig und unentbehrlich, wie die Arbeit Friedrich Wilhelms I. dem großen König erst die Möglichkeit für sein unvergängliches Wirken schuf*[54]*, die Reorganisation der preußischen Armee unter Roon die Vorbedingung der Proklamation des Kaiserreiches war*[55]*!* Die staatspolitische Aufgabe Bismarcks bestand in der Überwindung einzelner staatlicher Widerstände gegen die Bildung eines,

52 In der Olmützer Punktation vom 29.11.1850 einigten sich Preußen und Österreich auf ein gemeinsames Vorgehen in Holstein und Kurhessen. Diese außenpolitische Niederlage zwang Preußen, das zunächst eigenständig im kurhessischen Verfassungsstreit zu intervenieren versucht hatte, seine Pläne für eine politische Neugestaltung Deutschlands vorerst aufzugeben.

53 Vgl. Dok. 25, Anm. 8.

54 Gemeint ist der Aufbau des absolutistisch geprägten, preußischen Militär- und Beamtenstaats unter Friedrich Wilhelm I. (1713-1740); dieser Staat und seine Armee boten dem Sohn des "Soldatenkönigs", Friedrich II., dem Großen (1740-1786), das Potential für seine erfolgreichen Eroberungskriege.

55 Vgl. Dok. 37, Anm. 9.

alle deutschen Stämme umfassenden Reiches. Die Voraussetzung hierzu war die Schaffung des *machtpolitischen* Instrumentes zu diesem Zweck, der preußischen Armee!

*Die staatspolitische Aufgabe von heute heißt Gleichberechtigung unseres Volkes mit den anderen Nationen. Die Voraussetzung dazu aber ist die geistig-sittliche und moralische Regeneration unseres Volkes.*

Damit wird die staatspolitische Aufgabe von einst zu einer *völkisch*-politischen von jetzt. Jedes Vorbeigehen an der Lösung dieser Aufgabe muß zu politischen Resultaten führen, wie sie am Ende des Zollunionsversuches sich ergeben haben.

Auch die Fortsetzung der in Ihrer Rede rühmend erwähnten Besprechungen von Chequers, Paris, London und Rom[56] wird nicht zu dem Resultat führen, das Sie, Herr Reichskanzler Brüning, als "tatsächliche Solidarität der Nationen" ansprechen[57]. Denn auch hier kann die Solidarität nicht der Ausdruck einer *äußeren* Höflichkeitserweisung einem Staatsmann gegenüber sein als vielmehr der *inneren* Anerkennung des gleichen Wertes eines Volkes.

Wäre das anders, dann müßte das Urteil der Geschichte über die Personen, die in den letzten zwölf Jahren die zum Teil unverständliche Ehre besaßen, die deutsche Nation nach außen vertreten zu dürfen, noch viel härter ausfallen, als es ohnehin sein wird.

*Deutschland wird erst von dem Augenblick an als gleichgeachtetes Mitglied der zivilisierten Staatsgemeinschaft angesehen werden, in dem es als gesamtpolitische Erscheinung wieder den Anspruch auf Machtgeltung aus dem eigensten inneren Wert heraus erheben kann. Auch von der übrigen Welt wird nicht nur das außenpolitische Wollen, sondern mindestens ebenso sehr die innenpolitische Kraft gewogen!*

Ich habe volles Verständnis für die Warnung, die Sie, Herr Reichskanzler, an die Welt vor "Augenblickslösungen, die unter dem Druck dringender materieller Not entstehen", richten[58]. Um so mehr, als wir ja am praktischen Beispiel unserer Notverordnungen selbst erleben können, wie zweifelhaft solche aus dem Drang des Tages herausgeborene Abhilfs- und Aushilfsmaßnahmen sind. Allein, ich hege leider die Befürchtung, daß dieser Appell ein vergeblicher sein wird. *Denn wenn Sie, Herr Reichskanzler Brüning, auch von einer "allgemeinen Weltkrise" sprechen*[59] *und diese uns als Entschuldigung für das eigene Unglück vorzuhalten versuchen, dann muß ich doch bekennen, daß zwischen den Krisen in allen anderen Ländern und der Krise bei uns ein turmhoher Unterschied besteht*[60]. Wirtschaftliche Katastrophen hat es

---

56 Gemeint sind die Gespräche, die Reichskanzler Brüning und der Reichsminister des Auswärtigen Curtius vom 5.6. bis 9.6.1931 in London, bzw. am 6./7.6.1931 in Chequers, am 18./19.7.1931 in Paris und am 7./8.8.1931 in Rom mit dem Ziel einer Revision des Young-Plans führten. Vgl. Krüger, Außenpolitik, S. 542 ff. sowie Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XVII, Dok. 169, 172; Bd. XVIII, Dok. 25, 67, 112, 123. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 2, Dok. 329, 408, 428, 440.

57 "Schon die Ungewißheit in den Fragen der politischen Zahlungen übt fortgesetzt eine lähmende Wirkung auf den internationalen Wirtschafts- und Finanzverkehr aus. Unmittelbare und offene Aussprachen, wie sie in Chequers, Paris, London, Rom und hier, in Berlin, gepflogen wurden und weiterhin zu führen sind, sollen den Weg zur tatsächlichen *Solidarität der Nationen* ebnen; denn es muß die Möglichkeit gefunden werden, klare und ehrliche Stimmungen zwischen den Völkern der Welt zu schaffen." Wie Anm. 2, S. 2070.

58 "Ich warne vor Augenblickslösungen unter dem Drucke dringender materieller Not." Wie Anm. 2, S. 2070.

59 Wie Anm. 33.

60 Zu den internationalen Folgen der Weltwirtschaftskrise vgl. Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise 1929-1939, S. 111 ff.

oft, wirtschaftliche Panikstimmungen desgleichen gegeben. Sie beruhen mehr oder weniger stets auf korrigierbaren wirtschaftlichen Erscheinungen. *Unsere* Krise fußt auf einem

*allgemeinen politischen Zusammenbruch,*

bei dem es nur verwunderlich ist, daß der enorme moralische und sachliche Kredit von *früher* her überhaupt ein wirtschaftliches Fortfretten[61] bis heute gestattete.

Deutschland darf gar nicht hoffen, sich durch ein Anhängen an den wirtschaftlichen Genesungsprozeß anderer Nationen auch aus der Krise herausziehen zu lassen. Denn die Ursachen dieser Krise sind, wie schon betont, ganz verschiedene. Was in den anderen Nationen, dank der Intaktheit ihrer Volkskörper und der daraus resultierenden machtmäßigen Kräfte sowie der günstigeren räumlichen Dimensionen jederzeit wieder korrigiert werden kann, ist bei uns solange vergeblich zu ändern, als nicht die Änderung der Mentalität unseres Volkskörpers andere Vorbedingungen schafft. *Die Erkenntnis der unzertrennlichen Verbundenheit von Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik und die Folgerungen sind damit wichtiger für die Wiederaufrichtung unseres Volkes als tausend Erklärungen vor dem Reichstag.*

Das große Lob, das sich die Regierung Brüning mit der Feststellung aussprach, "sie sei als erste den übrigen Nationen mit einschneidenden Sparmaßnahmen vorangegangen"[62], kann wesentlich gedämpft werden durch die einfache Feststellung, daß seit undenkbaren Zeiten her die Maßnahmen von Regierungen in ähnlichen Situationen immer dieselben waren und auch in der Zukunft dieselben bleiben dürften.

Wenn die öffentlichen Ausgaben durch die öffentlichen Einnahmen nicht mehr gedeckt sind, dann möge man nicht von einer großen Tat sprechen, wenn entweder die Einnahmen erhöht oder die Ausgaben gesenkt werden. Im übrigen ist ja selbst dieses der Regierung Brüning in beiden Fällen mißlungen. Trotz aller Bemühungen ist es weder gelungen, die Gesamtausgaben wesentlich zu senken, noch die Gesamteinnahmen wesentlich zu steigern[63]. Nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß es sich dabei durchgehend um Maßnahmen handelt, die Sie, Herr Reichskanzler Brüning, selbst in der übrigen Welt als "Augenblickslösungen unter dem Druck dringender materieller Not"[64] bedenklich finden und daher ablehnen. *Im übrigen ist auch hier ausschließlich der Erfolg entscheidend, und zwar nicht nur der Erfolg des Ausgleichs im Staatshaushalt,* sondern, *in viel höherem Sinne, der Erfolg in der Rettung der Gesamtnation und damit natürlich auch ihrer Wirtschaft.*

Bei dem Lesen dieser letzten Regierungserklärung und der darin aufgezählten fortlaufenden Erfolge auf allen Gebieten des Lebens unseres deutschen Volkes wurde ich unwillkürlich an

61 Österreichischer Begriff für: sich abmühen, sich wund reiben.

62 "Die Reichsregierung nimmt es für sich als einen Erfolg in Anspruch, daß sie rechtzeitig und als erste im Kreis der großen Nationen mit entscheidenden Sparmaßnahmen an den öffentlichen Ausgaben und mit möglichster Senkung der Erzeugungskosten begonnen hat." Wie Anm. 2, S. 2070.

63 Die Ausgaben im Reichshaushalt betrugen in Millionen RM: Haushaltsjahr 1927/28: 7.154,8; Haushaltsjahr 1929/30: 8.043,2; Haushaltsjahr 1930/31: 8.190,2; Haushaltsjahr 1931/32: 6.815,2.
Die Steuer- und Zolleinnahmen des Deutschen Reichs (einschließlich Sonderleistungen und Reparationssteuern) betrugen in Millionen RM: Haushaltsjahr 1927/28: 9.368,5 (davon Reichsanteil: 6.356,8); Haushaltsjahr 1929/30: 10.033,6 (davon Reichsanteil: 6.740,7); Haushaltsjahr 1930/31: 9.684,4 (davon Reichsanteil: 6.634,0); Haushaltsjahr 1931/32: 8.385,3 (davon Reichsanteil: 6.064,2). Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 434 ff., 441 f.

64 Wie Anm. 58.

das Bulletin jenes Arztes erinnert, der der fragend zuhörenden Gemeinde die befriedigende Auskunft gibt: *Operation gelungen, Patient gestorben...*

Wie gering auch heute noch die Bedeutung der inneren seelischen und geistigen *Harmonie* des Volkes angeschlagen wird, geht aus einer ganzen Anzahl weiterer Stellen Ihrer Kundgebung hervor. Da ist zunächst jener Passus, der besagt, daß

"die Öffentlichkeit die Gewißheit haben muß, daß Auswüchsen des politischen Kampfes mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird und daß der Staat entschlossen ist, die Grundlagen der Ruhe und Ordnung im Zusammenleben sicherzustellen. Aus diesem Grunde sind durch mehrere Notverordnungen eine Reihe von scharfen Maßnahmen getroffen, die dem arbeitsamen und ordnungsliebenden deutschen Volk die Gewißheit geben sollen, daß die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit auch für die Zukunft gewährleistet ist" [65].

Einschränkend heißt es dann weiter:

"Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß Notverordnungen und polizeiliche Maßnahmen nicht ausreichen, sondern nur den Weg freimachen können. Sie bedurfte dabei der hingebenden Arbeit eines unter Opfern und erschwerenden Umständen pflichttreu tätigen Berufsbeamtentums" [66].

*Herr Reichskanzler Brüning! Sie sehen auch hier zum Unterschied von uns das Problem einer von Weltanschauungen zerrissenen Zeit nur in der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung!*

*Ruhe und Ordnung!*

Es ist dies eine Auffassung, die von dem römischen Landpfleger Pontius Pilatus an bis zu den kaiserlichen und königlichen Ministern der ersten Novembertage von 1918 sich immer gleich geblieben ist.

Eine Weltanschauungs- und Glaubenskrise beginnt sich in äußere Bewegung umzusetzen. Staatsaufgabe: Man hindere die *äußere* Bewegung, und der Kranke wird damit "gesund"!

*Herr Reichskanzler Brüning! Mit denselben Methoden, nur in viel schärferer Anwendung, hat einst der Zarismus den Bolschewismus zu überwinden versucht, glaubte man in Deutschland die Sozialdemokratie wieder auszurotten* [67]*, und meinen Sie heute, den Kommunismus zu töten* [68].

*Ich will dabei ganz schweigen von den furchtbaren Verfolgungen, die meine eigene Bewegung seit einem Jahrzehnt zu erdulden hat. Ich kann darüber schweigen, weil ja auch hier die Wirksamkeit eines solchen Verfahrens an der Gewalt einer Idee glatt zerschellte.*

---

65 "Die Öffentlichkeit muß die Gewißheit haben, daß *Auswüchsen des politischen Kampfes* mit aller Entschiedenheit entgegengetreten wird und daß der Staat entschlossen ist, die Grundlagen der Ruhe und Ordnung im Zusammenleben sicherzustellen. Aus diesem Grunde sind durch mehrere Notverordnungen eine Reihe von scharfen Maßregeln getroffen, die dem arbeitsamen und ordnungsliebenden deutschen Volke die Gewißheit geben sollen, daß die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit auch für die Zukunft gewährleistet ist." Wie Anm. 2, S. 2072.

66 Wie Anm. 2, S. 2072.

67 Anspielung auf das am 30.9.1890 ausgelaufene, aus Anlaß zweier Attentate auf Kaiser Wilhelm I. am 21.10.1878 in Kraft getretene Gesetz "wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", das Vereine mit sozialdemokratischer, sozialistischer oder kommunistischer Zielsetzung verbot.

68 Vgl. Dok. 31, Anm. 5.

Auf eine Tatsache, die nicht abgestritten werden kann, darf ich Sie, Herr Reichskanzler Brüning, hinweisen, daß nämlich, seit Sie Ihren Kampf gegen den Radikalismus mit Hilfe der Notverordnungen aufgenommen haben, die

*Zunahme der Terrorakte*

gewaltig ist. In der praktischen Auswirkung haben diese Maßnahmen zu demselben Ergebnis geführt wie ähnliche Versuche in früheren Zeiten. Die Tatsache der Entwaffnung eines reisenden Kaufmanns hat noch nie den lauernden Strolch im Überfall abgehalten. *Die Tatsache der Entwaffnung, der körperlichen Wehrlosmachung Ihres bürgerlichen Staates, Herr Reichskanzler, wird die Angriffswucht des Bolschewismus nicht nur nicht lähmen, sondern im Gegenteil außerordentlich fördern.*

Ich darf weiter darauf hinweisen, Herr Reichskanzler, daß seit Monaten nicht nur hin und wieder Polizeioffiziere niedergeschossen werden[69], sondern daß, was Ihnen vielleicht im Drang der Geschäfte entgangen sein mag, im Laufe der wenigen Monate rund

*ein halbes Hundert*

von Mitgliedern *meiner* Bewegung zum größten Teil aus dem Hinterhalt niedergeschossen oder niedergestochen wurden[70]. Jede neue Notverordnung hat diese Entwicklung beschleunigt. Eine sichtbare Gegenwirkung durch das Gesetz, eine Bestrafung der Täter, ist bisher selten erfolgt, jedenfalls aber gänzlich wirkungslos geblieben[71]. Es ist daher nur zu bedauerlich, daß unser altes Berufsbeamtentum in diesem aussichtslosen Kampf verbraucht wird.

*Die wahre Aufgabe des Reichsheeres: Landesverteidigung statt Systemschutz*

*Am allerbedauerlichsten aber ist es, wenn das letzte, weltanschaulich noch nicht angefressene Instrument, auf das Sie allein sich heute noch zu stützen vermögen, die Reichswehr, nunmehr durch ihren in der Regierung befindlichen Vertreter direkt und indirekt an diesen Kämpfen beteiligt und in ihren Strudel hineingerissen wird.*

Auch die Übergabe des Innenministeriums an den Reichswehrminister[72] ist wieder nur verständlich aus der absoluten Kluft, die rein gedanklich zwischen Ihren und unseren Auffassungen, Herr Reichskanzler, vorhanden ist.

---

69 Nach Angaben des preußischen Ministeriums des Innern wurden zwischen dem 1.1.1928 und 31.10.1932 bei politischen Auseinandersetzungen in Preußen elf Polizeibeamte getötet und 1.155 verletzt. Der Aufstellung zufolge waren Angehörige der KPD für acht Tote und 870 Verletzte verantwortlich, Angehörige der NSDAP für 137 Verletzte, Angehörige des Reichsbanners für 37 Verletzte und übrige Wehrorganisationen für 27 Verletzte. Bei den restlichen drei Toten und 84 Verletzten war die politische Zugehörigkeit der Täter nicht zu ermitteln. Vgl. Christian Striefler, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993, S. 253. Ferner Dok. 94, Anm. 28.

70 Vgl. Dok. 43, Anm. 16 sowie Dok. 71.

71 Umfassende Zahlen über die damalige Entscheidungspraxis bei politischen Prozessen liegen nicht vor. Die vorhandenen Zeugnisse lassen jedoch in den ersten Jahren der Weimarer Republik Einseitigkeiten in der Urteilsfindung erkennen, die klar zu Lasten der politischen Linken gingen; danach bietet die Rechtssprechung ein differenziertes Bild. Allerdings galt die KPD seit Mitte der 20er Jahre - im Gegensatz zur NSDAP - als hochverräterische Organisation, so daß die Beweislast gegebenenfalls bei deren Angehörigen lag. Lag der Vorwurf des Hochverrats vor, wurde gegen die KPD und ihre Nebenorganisationen regelmäßig das vollständige Instrumentarium des Straf- und Verwaltungsrechts eingesetzt. Vgl. Gusy, Weimar, S. 178, 354 ff.

72 Wilhelm Groener (1867-1939), 1886 württembergischer Leutnant, 1899 Hauptmann im Großen Generalstab, 1912 Oberstleutnant, Chef der Eisenbahnabteilung im Großen Generalstab, 1915 Generalmajor, Chef des Feld-

*Für uns ist die Armee der repräsentative und tatsächliche Ausdruck der Kraft einer Nation zur Verteidigung ihrer Interessen nach außen*[73]. Für Sie, Herr Reichskanzler Brüning, ist sie letzten Endes eine Einrichtung zum Schutz der Regierung nach *innen*[74]. Der Sieg unserer Gedanken wird der gesamten Nation ein politisches und weltanschauliches Denken vermitteln, das die Armee in eine wirklich innere geistige Beziehung zum gesamten Volk bringt und sie damit von der peinlichen Tatsache erlöst, ein Fremdkörper im eigenen Volk zu sein. Der Erfolg Ihrer Auffassung, Herr Reichskanzler, wird sein die Verpflichtung der Armee zur Erhaltung eines politischen Systems, das in Tradition und innerer Auffassung dem Geiste eines Heeres *todfeindlich* gegenübersteht.

In der letzten Konsequenz muß dies dem Heer, ob gewollt oder ungewollt, den Stempel einer mehr oder weniger für innere Zwecke gedachten Polizeitruppe aufdrücken. Die Frage, ob eine solche Entwicklung in der Zukunft zu einer Besserung der außenpolitischen Situation des Reiches führen wird, kann nur der bejahen, der in der Schwäche eine Empfehlung sieht.

Wenn ich nun von diesen grundsätzlichen Unterschieden in der Auffassung absehe und zu einzelnen Punkten Stellung nehmen will, so stoße ich auch hier auf eine endlose Reihe von Anschauungen und Behauptungen, die nicht unwidersprochen bleiben können, obwohl der Raum und die Zeit ein näheres Eingehen verbieten. Zum Beispiel: Herr Reichskanzler Brüning, Sie sagen:

"Die verderblichen Folgen der politischen Zahlungen ohne wirtschaftliche Gegenleistungen hat die gesamte Welt ohne Ausnahme in heute noch unabsehbare Bedrängnis geführt"[75].

Herr Reichskanzler! *Diese Auffassung haben wir seit 12 Jahren unentwegt vertreten und sind dafür ebenso unentwegt von den heute regierenden Parteien 12 Jahre lang angegriffen und heruntergesetzt worden!*

Oder, wenn Sie, Herr Reichskanzler, weiter beklagen, daß

"unsere deutsche Wirtschaft zu viel Kredite aufgenommen, die mittleren Unternehmungen und insbesondere das Kleinhandwerk und der Bauer zu schwer und zu wenig Kredite bekommen haben"[76],

so ist dies das endliche Zugeben von Behauptungen, die wir ebenfalls seit vielen Jahren aufstellen. Allerdings mit einer Einschränkung: Wie denkt man sich überhaupt eine nationale

---

eisenbahnwesens, 1916/17 Generalleutnant, Chef des Kriegsamts im preußischen Kriegsministerium, 1918 Erster Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung, 1919 Verabschiedung, Juni 1920 bis August 1923 Reichsverkehrsminister (parteilos), Januar 1928 bis Mai 1932 Reichswehrminister, Oktober 1931 bis Mai 1932 Reichsminister des Innern (Rücktritt).
Groener hatte am 9.10.1931 kommissarisch die Geschäfte des Reichsministers des Innern übernommen. Vgl. Johannes Hürter, Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928-1933), München 1993, S. 307 ff.

73 Vgl. Dok. 38, Anm. 9.

74 Anspielung auf Artikel 160 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919, der u. a. bestimmte: "Das Heer ist nur für die Erhaltung der Ordnung innerhalb des deutschen Gebiets und zur Grenzpolizei bestimmt." Druck: RGBl. 1919, S. 919.

75 Wie Anm. 2, S. 2070.

76 "Die Schwierigkeiten, in denen sich Deutschland durch Krieg, Inflation und Reparationslasten befand, haben dazu geführt, daß die großen Unternehmungen vielfach durch ausländische Kredite eine sehr starke Expansion betreiben konnten, während Mittelstand, kleinere und mittlere Industrie in ihren Betätigungs- und Entfaltungsmöglichkeiten demgegenüber zurückgeblieben sind." Wie Anm. 2, S. 2071.

Wirtschaft ohne *fremden* Kapitalzufluß, wenn man über den Umweg von Reparationen und eines zum äußersten aufgetriebenen Staatshaushaltes rein steuertechnisch die Finanzen zugrunde richtet?

Herr Reichskanzler Brüning! Sie sagen in Ihrer Rede:

"Der Weg könne zu Ende gegangen werden, wenn unser Volk die Überzeugung hat, daß Lasten gleichmäßig verteilt und Gerechtigkeit und Verantwortungsbewußtsein überall wiederhergestellt sind"[77].

Herr Reichskanzler, heute gibt es in Deutschland eine erdrückende Überzahl von Menschen, deren Glaube an die "Gerechtigkeit" auf den *Nullpunkt* gesunken ist. Wie aber will man von "Verantwortungsbewußtsein" reden, wenn ein Volk erleben muß, daß seine Staatsmänner einen Vertrag von so furchtbaren Folgen wie den

*Young-Plan*

unterschreiben, obwohl sie samt und sonders wissen müßten, daß er erstens unerfüllbar ist[78] und zweitens ein ganzes Volk mit tödlicher Sicherheit in eine *Katastrophe sondergleichen* führen muß. *Herr Reichskanzler, das deutsche Volk hat in überwältigender Zahl heute nicht das Gefühl, daß es in den letzten 12 Jahren im Bewußtsein dieser Verantwortlichkeit geleitet worden ist. Es hat stattdessen das Gefühl, daß man nur zu oft entweder nackte Parteiinteressen in den Vordergrund rückte oder schwächliche Angst bestimmen ließ.*

Herr Reichskanzler, Sie sagen:

"Entscheidend im ganzen ist der richtunggebende ethische Wille, der Wille zur nationalen Selbstbehauptung, zur Freiheit, aber auch zur Selbstzucht und zum Opfer für das Vaterland. Diesen Willen in unserem Volk und besonders in unserer Jugend zu wecken, sieht die Reichsregierung als ihre wichtigste Aufgabe an. Das Volk und vor allem die Jugend muß vor den Einflüssen der Zersetzung geschützt und vom Geiste der Vaterlandsliebe und Opferwilligkeit erfüllt sein. Die Reichsregierung wird alle Kraft in den Dienst dieser ihrer vornehmsten Aufgabe zur Rettung des Vaterlandes stellen."

Ich darf nur fragen, *worin* bestehen die positiven Leistungen, um diesen ethischen Willen zur nationalen Selbstbehauptung, zur Freiheit, zur Selbstzucht, zum Opfer für das Vaterland zu fördern, zu stärken, ja, ihm zum Siege zu verhelfen?!

*Schutz der Jugend*

Als Nationalsozialist kann ich mit Stolz diese Tugenden als Grundpfeiler des Erfolges unserer Bewegung bezeichnen! Und wie werden wir dafür verfolgt! *Gehört es zum "Schutz der Jugend vor Zersetzung"*[79]*, wenn im Film und im Theater, in der Presse und in der Literatur ein wilder Krieg gegen alles geführt wird, was dieser Jugend, wenn sie überhaupt einmal einen*

77 Wie Anm. 2, S. 2072.

78 Auch bei den Parteien, die sich für eine Annahme des Young-Plans eingesetzt hatten, bestand Konsens darüber, daß es sich bei diesem Plan nur um eine Interimslösung handeln könne, deren Revision unabdingbar sei. Vgl. Gerd Meyer, Die deutsche Reparationspolitik von der Annahme des Young-Plans im Reichstag (12. März 1930) bis zum Reparationsabkommen auf der Lausanner Konferenz (9. Juli 1932), Diss. phil. Bonn 1991, S. 11 ff.

79 "Das Volk und vor allem die Jugend muß vor den Einflüssen der Zersetzung geschützt und vom Geiste der Vaterlandsliebe und Opferwilligkeit erfüllt werden." Wie Anm. 2, S. 2073.

*Wert für Deutschland haben soll, heilig sein müßte?* Die Reichsregierung hat nicht nur nicht alle Kräfte in den Dienst dieser Aufgabe gestellt[80], sondern sie setzt eher ihre Kräfte ein zum Schutz der verderblichen Zersetzung vor dem nationalen Widerstand.

Herr Reichskanzler, Sie sprechen weiter von der Aufrechterhaltung des Mitbestimmungsrechtes des Arbeiters an den Löhnen und an der Aufrechterhaltung der Tarife[81].

Herr Reichskanzler, in Wahrheit ist das alles schon heute eine blasse Illusion. Gewiß, es steht dem einzelnen frei, an der Lohnbestimmung mitzureden[82], aber über ihn hinweg nimmt sich die Regierung die Freiheit, auf dem Wege von Notverordnungen die realen Lebensgrundlagen, d. h., die Löhne und Gehälter durch schwerste Besteuerung so zu kürzen[83], daß die Erlaubnis, bei den Tariffestlegungen mitzusprechen, nur noch den Gewerkschaftssekretär zu befriedigen vermag. Die Tarife bleiben, aber der Lebensstandard sinkt.

Weiter verkünden Sie[84], Herr Reichskanzler, dem deutschen Volk die Einberufung eines wirtschaftlichen Beirates[85]. Wenn es nun richtig ist, daß heute die Situation sich schon in den

---

80 Zur Jugendpolitik in der Weimarer Republik vgl. Elizabeth Harvey, Youth and the Welfare State in Weimar Germany, Oxford 1993.

81 "Die *Sozialpolitik* muß derart gestaltet und gehandhabt werden, daß sie sich den finanziellen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten einfügt. Dabei kann an dem verfassungsmäßig verbrieften *Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerschaft* nicht vorbeigegangen werden. Vor allem gilt das auch für den Tarifgedanken, der als solcher gesund ist und erhalten werden muß, aber größerer Elastizität in der Handhabung bedarf. Die *Tarife* müssen veränderten Verhältnissen schneller angepaßt werden." Wie Anm. 2, S. 2072.

82 Mit der Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23.12.1918 hatte das Tarifvertragsrecht in Deutschland erstmals eine juristische Grundlage erhalten und war durch Artikel 165 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 auch verfassungsrechtlich garantiert worden. Ungeachtet kleinerer juristischer Änderungen behielt diese Tarifvertragsverordnung während der Weimarer Republik ihre Gültigkeit. Allerdings ermöglichten verschiedene Verordnungen des Jahres 1919, zusammengefaßt in der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30.10.1923, einen staatlichen Eingriff in die Tarifautonomie in Form des Schiedsspruchs. Vgl. Thomas Bohle, Einheitliches Arbeitsrecht in der Weimarer Republik. Bemühungen um ein deutsches Arbeitsgesetzbuch, Tübingen 1990, S. 34 ff. Druck der genannten Verordnungen: RGBl. 1918, S. 1456 ff.; 1919, S. 8, 100, 1415, 1500 ff.; 1923, I, S. 1043 ff.

83 Über den Weg der Zwangsschlichtung versuchte die Regierung Brüning von Anfang an auf eine Senkung der Tariflöhne einzuwirken, beispielsweise im Oeynhausener Schiedsspruch vom 10.6.1930. Mit der Verordnung des Reichspräsidenten über die Beilegung von Schlichtungsstreitigkeiten öffentlichen Interesses vom 9.1.1931 wurden die wichtigeren Schlichtungsverfahren nicht mehr dem Reichsarbeitsminister, sondern der Reichsregierung zur Entscheidung übergeben. Insgesamt kamen 1931 73,1% aller Tarifabschlüsse nach behördlicher Schlichtung zustande.
Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst wurden bereits am 16.7.1930 mit der Verordnung über Deckungsmaßnahmen für den Reichshaushalt 1930 (2,5%) und am 5.6.1931 mit der Zweiten Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen (4-8%) eingeleitet. Vgl. Johannes Bähr, Staatliche Schlichtung in der Weimarer Republik. Tarifpolitik, Korporatismus und industrieller Konflikt zwischen Inflation und Deflation 1919-1932, Berlin 1989, S. 296 ff. Druck der genannten Verordnungen: RGBl. 1930, I, S. 207 ff.; 1931, I, S. 1, 279 ff. Vgl. ferner Dok. 2, Anm. 20.

84 "Die Reichsregierung, die sich schon in den vergangenen Monaten des Rates hervorragender wirtschaftlicher Sachverständiger bedient hat, hat in Übereinstimmung mit dem Herrn Reichspräsidenten beschlossen, einen *Wirtschaftsbeirat* zu ernennen, der der Reichsregierung in der wechselvollen Entwicklung der Krise zur Seite stehen soll." Wie Anm. 2, S. 2071.

85 Dem auf Initiative Brünings gebildeten Wirtschaftsbeirat beim Reichspräsidenten, der am 29.10.1931 erstmals zusammentrat, gehörten Vertreter aus Industrie, Handwerk, Handel, Landwirtschaft und den Gewerk-

Aussichten auf Genesung wie 50 [%] zu 50 [%] verhält, so erhebt sich nur die Frage: *Warum ist dieser Beirat nicht schon längst zusammengerufen worden?* Und zwar zusammengerufen in der Zeit, da die Situation im ungünstigen Sinne zum günstigen wie 90 [%] zu 10 [%] stand?!

Nein, es gibt wirklich keine Wunderlösungen! Es gibt keine Patentlösungen!

*Es gibt nur eine einzige Lösung, und sie heißt:*

*Ein Volk zur inneren Gesundung bringen!*

Wenn Sie, Herr Reichskanzler, betonen, daß der Winter überstanden werden wird[86], so hat die deutsche Nation bisher schließlich noch jeden Winter überstanden. Denn wenn Sie einen Winter nicht überstanden hätte, gäbe es heute kein deutsches Volk mehr. Es kann dies also unter gar keinen Umständen als das besondere Verdienst einer Regierung gebucht werden, wenn unser Volk, das sicherlich eine jahrhunderttausendelange Entwicklung hinter sich hat und zweitausend Jahre geschichtlich verfolgbar ist, auch noch das Jahr 1932 erlebt.

*Allein, es handelt sich nicht darum, ob wir den nächsten Frühling sehen, sondern wie wir ihn sehen.*

*Es handelt sich darum, ob unser Volk endgültig in den Abgrund des Bolschewismus hinuntertaumeln wird oder ob es sich noch einmal in die Höhe der anderen gesitteten Kulturnationen erhebt.*

*Es handelt sich weiter darum, ob wir uns zu solchen inneren Lebensauffassungen und Grundsätzen durchringen, daß aus der Einheit dieser Auffassungen dereinst wieder die Kraft zur Selbstbehauptung kommen kann.*

Herr Reichskanzler Brüning! Sie sehen die Zukunft in einer friedlich-schiedlichen Anpassung der Völker aneinander [*sic!*]. Ich und wir Nationalsozialisten möchten sicherer gehen. Ob wir die Freundschaft aller Völker je erwerben, weiß ich nicht. Aber die Achtung kann sich ein Volk immer erringen, wenn es statt auf fremde Hilfe auf seine eigene Kraft baut. 12 Jahre lang wurde eine Politik der Illusionen betrieben. Das heutige Ergebnis ist schon grausam genug. Wird es später einmal für unser Volk eine Erleichterung sein, wenn zu den Illusionen der 12 Jahre die Illusion von fünf weiteren kommt? *Und wenn die Welt nicht in den Zustand dieser friedlichen Zusammenarbeit gerät, sondern in ihrer Zerrissenheit zwischen Bolschewismus und Antibolschewismus eines Tages wieder die Kraft zu Hilfe ruft, wird dann Deutschland sein*

---

schaften an; damit sollten alle Interessenverbände an der Vorbereitung einer umfassenden finanz- und wirtschaftspolitischen Notverordnung beteiligt werden. Obwohl die Vertreter der Landwirtschaft bereits während der Verhandlungen ausschieden und die übrigen Interessenvertreter sich im nachhinein vom Verhandlungsergebnis distanzierten, versuchte die Reichsregierung im Kommuniqué über die Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirats vom 23.11.1931 den Eindruck zu erwecken, als bestünde auch in diesem Gremium allgemeiner Konsens über die geplanten wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 526 f., 531, 546 f., 550 f., 554, 559, 563 f.; Rainer Meister, Die große Depression. Zwangslagen und Handlungsspielräume der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland 1929-1932, Regensburg 1991, S. 256 f.

86 "Sie [*die Reichsregierung*] bemüht sich, nicht mehr zu verteidigen, wie sie sie in den Wintermonaten verteidigen mußte: sie braucht nicht mehr zu sagen, daß sie bislang keine sichtbaren Erfolge in der Außenpolitik und auf manchen anderen Gebieten habe, sondern heute kann sie sagen, daß der Weg frei ist und daß auch *der kommende schwere Winter unter allen Umständen überstanden werden kann.* Denn die deutsche Wirtschaft ist in ihrem Produktionsapparat gesund. Nahrungsmittel haben wir genug im eigenem Volke." Wie Anm. 2, S. 2077.

*Schicksal mit Palmzweigen verteidigen, oder wird es nicht dann doch gezwungen sein, im Zusammenschluß mit anderen Kulturnationen der Welt auch für sein Leben einzutreten?*

Herr Reichskanzler Brüning, Sie haben in Ihrer Rede nur in einem recht, wenn Sie nämlich erkennen, daß wir uns an der Wende einer Zeit befinden, daß eine Weltkrise ohnegleichen vor der Tür steht[87], eine Krise, die aber nicht in wirtschaftlichen Dingen und Erscheinungen ihren Ausdruck findet, sondern

*neue Grundauffassungen des Lebens*

entstehen sieht.

Und wir selbst sind nur ein Teil der Bewegung dieser Zeit.

Am deutschen Lande hat sich schon oft der Anprall Asiens gebrochen. Das Schicksal hat uns bestimmt, in einer Zeit zu kämpfen, die uns abermals vor eine schwere und entscheidende Aufgabe des Lebens stellt. In Deutschland wird der Kommunismus entweder seinen Weltsieg erringen oder er wird gebrochen.

*Unsere Bewegung ist die Kraft, die vor der Geschichte diese historische Aufgabe lösen wird. Der Kommunismus ist der angreifende Feind, das Bürgertum ist der letzte schwindende Widerstand. Sie, Herr Reichskanzler Brüning, stehen zwischen den Erscheinungen der Waage. Wir aber werden das Gewicht für die Erhaltung des Lebens unseres Volkes sein.*

*So sehr ich daher die höchste Achtung, Herr Reichskanzler Brüning, vor Ihrer Person hege, so sehe ich in der Überwindung Ihres Systems und Ihrer Regierung die Beseitigung des letzten Hindernisses zum Sieg der klar zutage tretenden Kraft unseres Volkes!*

*Die Zeit soll später einmal urteilen, wer die große Frage des Lebens unseres Volkes richtiger sah: Sie oder wir[88]!*

gez. Adolf *Hitler*

## 14. Oktober 1931 Dok. 47
## Erklärung[1]

VB vom 15.10.1931, "Eine Erklärung Adolf Hitlers".

Unsere Nationalsozialistische Partei ist die stärkste politische Organisation, die Deutschland je besaß, nicht nur ziffernmäßig[2]. Unsere Stärke liegt in der in unserer Bewegung zum ersten

87 Wie Anm. 33.

88 Zu Brünings Reaktion auf Hitlers Brief vgl. seine Rede im Reichstag vom 16.10.1931, in der er mehrfach auf Hitlers Brief eingeht; zu Beginn seiner Rede bemerkte Brüning: "Ich danke außerordentlich den Rednern der einzelnen Parteien ebenso wie dem Führer der Nationalsozialistischen Partei für die Vornehmheit, mit der sie sich meiner Person gegenüber bei aller Kritik eingestellt haben. Das ist zweifellos eine Besserung mancher politischen Methoden gegen früher, von der ich wünschen möchte, daß sie bis in die letzte und kleinste Versammlung im kleinsten Orte des Landes überall eingeführt würde, eine Besserung der politischen Methoden, die uns zu unserer Freude dann einer großen Anzahl von Maßnahmen entheben würde, die wir nicht zu unserem

Male verwirklichten Volksgemeinschaft[3], die allein Träger unserer Zukunft sein kann. Die siegreiche Kraft aber liegt in dem fanatischen Glauben, den unsere Partei nach mehr als 40jährigem Niedergang des nationalen Gedankens zum ersten Male wieder Millionen von Deutschen einzubrennen vermochte. Das Dritte Reich[4] wird unsere Fahne tragen, genauso wie seine Vorkämpfer unter ihr heute ihr Blut vergießen[5]. Die Partei wünscht die Verantwortung und ist bereit, sie restlos zu übernehmen. Wenn der Reichspräsident uns ruft, leisten wir zur Bildung des Kabinetts diesem Rufe selbstverständlich Folge[6].

## 18. Oktober 1931 Dok. 48
## Rede auf SA-Versammlung in Braunschweig[1]

Braunschweigische Staatszeitung vom 19.10.1931, "Die Braunschweiger Hitlertage"[2]

S.A., S.S. und Hitlerjugend!

Vor 12 Jahren ist die Bewegung zum ersten Male an die Öffentlichkeit getreten[3]. Eine Handvoll Menschen hat damals die Fahne hochgehoben, die Ihr heute nun hier zu Tausenden vor

eigenen Genuß oder aus freiem Willen in die Notverordnungen haben hineinnehmen müssen." Druck: Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, Berlin 1932, S. 2193 ff.

1 Laut Vorlage verlas MdR Hermann Göring Hitlers Erklärung im Anschluß an eine Rede, die er am 14.10.1931 in Berlin-Wilmersdorf hielt.
2 Vgl. Dok. 46, Anm. 11 und Dok. 2, Anm. 62.
3 Vgl. Dok. 25, Anm. 34.
4 Vgl. Dok. 38, Anm. 7.
5 Vgl. Dok. 43, Anm. 16 und 17, ferner Dok. 28 und 45.
6 Vgl. auch Dok. 44.

1 Auf dem Franzschen Feld, ab 10.50 Uhr. Hitler übergab der SA bei dieser Gelegenheit 24 neue Standarten. Vgl. hierzu Dok. 28 und 45.
Hitlers Rede war Teil des bislang größten SA-Treffens, mit dem er auf seine ergebnislose Unterredung mit Hindenburg am 10.10.1931 (vgl. Dok. 46, Anm. 12) und den Verlauf der Harzburger Veranstaltung (vgl. Dok. 43 und 44) reagierte, aber auch auf die Veränderungen in der braunschweigischen Regierung (vgl. Dok. 27, Anm. 9 und 15). Hierfür wurden aus dem gesamten Deutschen Reich SA-Verbände zusammengezogen, die u. a. mit 26 Sonderzügen nach Braunschweig transportiert wurden. Am 17.10.1931 beteiligten sich etwa 5.500 SA-Männer an einem Fackelzug, tags darauf marschierten von 6.30 bis 10.00 Uhr etwa 55.000 SA-Männer, 3.000 SS-Männer, 2.000 Hitler-Jungen sowie 250 Mädchen und Frauen auf dem Franzschen Feld auf, begleitet von ca. 230 Autos und Motorrädern des NSKK. (*VB* sowie ein Teil der übrigen Presse: 104.000 Teilnehmer, 500 Fahrzeuge; vgl. Dok. 49, Anm. 6). Nach der "Standartenweihe" auf dem Franzschen Feld zogen diese Formationen von 11.45 bis 17.45 Uhr an Hitler vorbei, der sich mit seinem Stab auf dem Schloßplatz aufgestellt hatte. Der Bericht des Polizeipräsidenten in Hannover, dem sämtliche Zahlen entnommen sind, vermerkt, daß insgesamt 32 SA-Kapellen, 65 SA-Spielmannszüge, 1.006 SA-Abteilungen, 5 SS-Kapellen und ein Spielmannszug der Hitler-Jugend gezählt wurden, ferner, daß der größte Teil der SA "feldmarschmäßige Ausrüstung (Tornister, Brotbeutel mit Feldflasche, Decken und Kochgeschirr usw.)", einige auch Stahlhel-

Euch seht. 12 Jahre unerhörter Verfolgung und Unterdrückung, aber auch 12 Jahre eines unermeßlichen Siegeszuges liegen hinter uns, und nun befinden wir uns an der Wende[4].

*Ihr habt heute 24 neue Standarten empfangen. Ich glaube, es werden die letzten sein, die Ihr vor dem Siege der Bewegung in Eure treue Obhut nehmt.* (Stürmische Heilrufe.)

Ich weiß, daß die, die mich 12 Jahre hindurch auf diesem Wege begleitet haben, unerhörte Opfer bringen mußten[5], Opfer, wie sie von keiner anderen Bewegung in Deutschland verlangt worden sind und die mit dem Willen gebracht wurden, ein neues Reich der Ehre, der Kraft und der Freiheit zu errichten.

Ich weiß, daß gerade in diesen Wochen und Monaten von Euch, meine lieben Kameraden, das Schwerste verlangt wurde. Ich kann an Euch nur die Mahnung richten:

*Haltet die Nerven! Haltet Euch zusammen! Wanket nicht einen Meter vor dem Ziel!*

Vergeßt nicht die Jahre des Weltkrieges, sondern seid angesichts der Wende der Zeit härter und entschlossener denn jemals zuvor! (Erneute stürmische Heilrufe.)

Wenn wir in letzter Minute nicht die Nerven verlieren, nicht selbst schwach werden und uns als Deutsche, wie so oft in der Geschichte, selbst besiegen, dann wird keine Macht in Deutschland uns niederzwingen können. (Heilrufe.) Mit Euch sind die Wünsche der Besten unseres Volkes, mit Euch ist auch die Sehnsucht nach einer besseren Zukunft.

*Kameraden! In der Stunde, da ganz Deutschland auf unsere Bewegung blickt, kann ich nicht anders, als von Euch erneut das Gelöbnis abzunehmen, daß Ihr, so wie bisher, in Treue*

---

me und feldgraue Mäntel trugen. Während der Veranstaltung kreisten vier Propagandaflugzeuge der NSDAP über der Stadt. Der Polizeibericht hebt hervor, "daß an einzelnen verkehrsreichen Stellen die Verkehrsregelung durch uniformierte SS-Leute erfolgte". Bereits in der Nacht von Samstag auf Sonntag kam es zu zahlreichen politisch motivierten Zusammenstößen, bei denen der Erwerbslose Heinrich Fischer erstochen und der Arbeiter Karl Engelke erschossen, außerdem etwa 60 Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Zum weiteren Verlauf der Veranstaltung vgl. Dok. 49.

2 Vgl. auch VB vom 17.10.1931, „Das mitteldeutsche S.A.-Treffen in Braunschweig“; Braunschweigische Landeszeitung vom 18.10.1931, "Zweck und Ziel des Hitlertages"; Berliner Börsen-Zeitung vom 19.10.1931, "Hitler: 'Nerven behalten!'"; Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger vom 19.10.1931, "Die SA.-Tage in Braunschweig"; Braunschweigische Landeszeitung vom 19.10.1931, "Verlauf des Braunschweiger S.A.-Treffens"; Le Matin vom 19.10.1931, "Hier à Brunswick. Hitler a passé en revue 75.000 racistes"; Der Montag vom 19.10.1931, "Der Aufmarsch der nationalsozialistischen S.A. in Braunschweig"; Volksfreund vom 19.10.1931, "Die Fratze des Faschismus"; Vossische Zeitung vom 19.10.1931, "Braunschweiger Treffen"; Berliner Börsen-Zeitung vom 20.10.1931, "Die Wahrheit über Braunschweig"; Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger vom 20.10.1931, "Nachklänge vom Hitlertage"; Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 20.10.1931, "Hitlers Rede in der Braunschweiger Stadthalle"; Neue Arbeiter Zeitung vom 20.10.1931, "Rotes Braunschweig in Front gegen Faschismus u. SA-Terror!"; Volksfreund vom 20.10.1931, "Klagges muß sich verantworten"; VB vom 20.10.1931, "Unter den Fahnen des Dritten Reiches marschieren 100.000 S.A.-Männer"; Der Angriff vom 21.10.1931,"104.000 in Braunschweig"; Illustrierter Beobachter vom 31.10.1931, "Das braune Heer in Braunschweig"; vom 7.11.1931, "Nachklänge von Braunschweig". Ferner Bericht Nr. I.2256/31 des Polizeipräsidenten in Hannover an den Oberpräsidenten in Hannover vom 20.10.1931; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 313; Bericht I A. No. 4022 des Polizeipräsidenten in Köln an den Regierungspräsidenten in Köln vom 23.10.1931; GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 313 sowie Reinhard Bein, Widerstand im Nationalsozialismus. Braunschweig 1930 bis 1945, Braunschweig 1985, S. 15 ff.

3 Vgl. Dok. 2, Anm. 60 und Dok. 4, Anm. 10.

4 Zu den damaligen Erwartungen Hitlers und der Führung der NSDAP vgl. z. B. Dok. 2, Anm. 19, Dok. 13, Anm. 18, Dok. 39, 44, 46 und Dok. 65, Anm. 13.

5 Vgl. Dok. 43, Anm. 16 und 17.

*zu der Bewegung steht, die aus Not und Kampf heraus dem neuen Reich sein Symbol, seine Ehre und seine Freiheit geben wird.*

Es liegt an Euch und an uns, daß sich die Zeit eines zwölfjährigen Niederganges endlich wendet und übergeht in die Zeit eines neuen Aufstieges unseres Volkes. Unserem heiligen Deutschen Reich und unserem deutschen Volk die Treue jetzt und immer!

Hitler schloß mit dem Ruf: "*Deutschland erwache!*[6]", in den die Masse der Braunhemden begeistert einstimmte.

## 18. Oktober 1931 Dok. 49
## Rede auf SA-Versammlung in Braunschweig[1]

VB vom 20.10.1931, "Mit der N.S.D.A.P. zur deutschen Freiheit!"[2].

Adolf Hitler ging davon aus, daß Brüning in der letzten Reichstagssitzung erklärt habe, er möchte verhindern, daß sich in Deutschland aufrichte eine Front von Arbeitnehmern und Arbeitgebern[3]. Damit habe er den Kern des Problems nicht getroffen.

*Er habe vergessen, daß sich gegenüber der bürgerlichen Welt und der international-marxistischen eine dritte Front aufgerichtet habe: die Front, die weder bürgerlich noch marxistisch*[4]*, sondern die [die] man heute in Braunschweig in einem kleinen Abschnitt über sechs Stunden lang habe marschieren sehen*[5]*:*

*die neue Front.*

---

6 Bei der Parole "Deutschland erwache" handelt es sich um einen Kehrreim des 1919 entstandenen Gedichts *Sturm* von Dietrich Eckart (1868-1923); seit Januar 1923 diente die Parole als Aufschrift der SA-, später auch der SS-Standarten. Vgl. Halcomb, SA, S. 251 ff.

1 In der Stadthalle, von 20.00 bis 22.00 Uhr. An der Versammlung, die von MdR und Gauleiter Bernhard Rust geleitet und eröffnet wurde, nahmen laut Polizeibericht etwa 5.000 (*VB*: 10.000) Personen teil. Wegen Überfüllung fand im Schützenhaus eine Parallelversammlung statt, in die Hitlers Rede durch Lautsprecher übertragen wurde. Zur Gesamtveranstaltung vgl. Dok. 48 mit Anm. 1.

2 Zur Parallelüberlieferung vgl. Dok. 48, Anm. 2.

3 Brüning hatte am 16.10.1931 in seiner Rede im Reichstag die Gespräche erwähnt, die er mit den Vertretern der verschiedensten Interessengruppen geführt habe. Es sei nicht zu verantworten, wenn "mitten in diese Verhandlungen hinein vielleicht gutgemeinte Aufrufe von Spitzenorganisationen hineinplatzen, die sofort zwei scharfe, sich restlos verneinende Fronten im deutschen Volk schaffen". Druck: Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, Berlin 1932, S. 2193 f.

4 Vgl. Dok. 25, Anm. 34. Zum Sozialprofil der SA vgl. Dok. 2, Anm. 55.

5 Vgl. Dok. 48, Anm. 1.
Für den "Vorbeimarsch am Führer Adolf Hitler" wurden Eintrittskarten zum Preis von 50 Pfennig verkauft. Eintrittskarte für "SA-Treffen Braunschweig 17.-18. Oktober 1931"; Niedersächsisches StA Wolfenbüttel 30 Slg. 10, Nr. 16.

6 Die Zahlen über die Teilnehmer an dem SA-Treffen differieren stark. Während die Pressestelle der NSDAP und alle ihr nahestehenden Zeitungen sie stereotyp mit 104.000 Personen angeben, liefert die *Neue Arbeiter Zei-*

Hinter den 100.000, die heute in Braunschweig aufmarschiert seien[6], ständen mehr als 10 oder 12 oder 15 Millionen Menschen[7], die überzeugt seien, daß die Erlösung aus dieser, hier so überzeugend zum Ausdruck gekommenen Kraft einmal Wirklichkeit werden wird. *Was wollen wir? Nicht mehr und nicht weniger, als daß man die Nation frage um ihre Meinung.*

Man befürchtet eine Erschütterung. *Wenn ein System schlecht regiert, dann wird immer die Abrechnung eine Erschütterung bedeuten! Aber die Herren mögen sich merken, daß sie nicht mit mehr Recht Anwalt der öffentlichen Ruhe und Ordnung sind als wir.* Wenn sie Ruhe und Ordnung aus wirklicher Überzeugung wollen, dann können sie doch eines tun, denen den Platz freimachen, die willens und in der Lage sind, Ruhe und Ordnung zu schaffen. Die zwei Instrumente, mit denen die Regierung nur noch in der Lage ist, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, Reichswehr und Schu[*tz*]po[*lizei*], ständen uns genauso zur Verfügung. *Aber uns stände noch etwas mehr zur Verfügung, was die anderen nicht haben, nämlich die Kraft unserer Bewegung. Die Reichswehr würden wir ihrer eigentlichen Bestimmung zuführen können, die Heimat nach außen zu schützen*[8]. *Den Feind zwischen uns, den zwingen wir selber zu Boden.*

Nur den Winter zu überstehen[9], ist ein außerordentlich beschränktes und unrühmliches Ziel. Das Überstehen dieses Winters wird nicht so ungeheuerlich sein. *Aber etwas Ungeheuerliches ist es, daß unser deutsches Volk die Regierungen der letzten 12 Jahre überstanden hat!*

Die Zahl derer, die heute nichts mehr auf Versprechungen geben, ist ins Gigantische gewachsen. Sie wissen es in der Regierung, daß sie heute eine schwere Niederlage erleiden würden. Darum verhindern sie die Fragestellung, selbst wenn sie gegen den Geist der Verfassung verstoßen[10].

*Wir sind heute die Verfassungstreuen*[11], *die anderen haben Angst vor ihrer eigenen Verfassung.*

Heute handelt es sich nicht um einzelne Regierungsmaßnahmen, sondern es handelt sich darum, ob unser ganzes Volk noch in geschlossener Kraft und Macht einzusetzen ist. Diese Frage ist glatt zu verneinen. Die Regierung könnte sich heute ihre Notverordnungen ersparen[12], wenn sie das *Volk* selbst in den 12 Jahren zur Ordnung gebracht hätte. Aber sie haben das Volk von einer Illusion in die andere hineingeschaukelt, um ihre unmögliche Situation zu retten. Wir halten es für wichtig, dem Volk die ungeschminkte Wahrheit zu sagen. Wir geben keine Versprechungen, sondern wollen nur die Voraussetzungen schaffen, aus denen eines Tages nach menschlicher Voraussicht die Rettung aus der Not kommen muß. *Wir treiben daher keine Opposition gegen einzelne Minister, sondern gegen ein System, das das Volk in zwei Teile spaltet* - Teile, die sich gegeneinander versteinern und für immer eine Gesundung und Aufwärtsentwicklung unterbinden. Wir sind nicht so weltentrückt, um keine Unterschiede an-

---

*tung* die niedrigste Zahlenangabe: "72.000 schwindelt die faschistische Landeszeitung, während es noch nicht einmal die Hälfte waren." Vgl. ferner Dok. 48, Anm. 1.

7 Vgl. Dok. 2, Anm. 61 und 62, Dok. 46, Anm. 11.

8 Vgl. Dok. 38, Anm. 9 sowie Dok. 46, Anm. 74.

9 Vgl. Dok. 46, Anm. 86.

10 Vgl. Dok. 2, Anm. 13.

11 Zur Frage nach der "Legalität" der Politik der NSDAP vgl. Dok. 2, Anm. 19 sowie Dok. 31, Anm. 12.

12 Vgl. Dok. 2, Anm. 13 und Dok. 43, Anm. 11.

zuerkennen. Aber wir betonen die Notwendigkeit der Einheitlichkeit in allen wichtigen Fragen der Nation.

Niemand hat heute Veranlassung, sich besser zu dünken als die anderen. Seit wann können Sklaven sich als Bürger oder Aristokraten bezeichnen? *Sie sind höchstens etwas gehobene Verwalter des heutigen Elends.*

Heute sahen wir 100.000 marschieren, die über allen Klassen-Parteien hinweg die Kraft und die Gedanken der geeinten Nation verkörpern. *In wenigen Jahren werden Millionen marschieren, und aus den Millionen wird einmal das ganze deutsche Volk. Wer diese Kolonnen sah, der kann nicht sagen, es wären Bürger oder Proletarier. Diese waren*

*das junge Deutschland*

*und das alte, so weit es sich jung im Herzen erhalten hat.*

Der Weg, den wir seit 12 Jahren genommen haben [13], ist viel gewaltiger, als es der Weg sein wird, der von heute zum Endziel führt.

Damals noch hätten sie uns vielleicht besiegen können. Sie hätten jeden einzelnen totschlagen müssen, um uns zu vernichten. Heute ist es zu spät.

*Was ganz groß gewesen ist in der Welt, war immer nur der Idealismus.*

Und ist es nicht unerhörter Idealismus, der die Hunderttausend beseelt, die wir heute sahen? Und kann man daraus nicht allein schon den Glauben entnehmen, daß unser Volk dennoch bestehen wird? Viele sind im Hunger nach Braunschweig gekommen und marschieren hungrig wieder ab [14] und haben doch nur einen Glauben in sich:

*Deutschland und immer nur Deutschland.*

Kann das nicht das edelste Band sein, das uns wieder auf immer zusammenschweißt? Ich möchte nicht der Freund sein eines Menschen um seines Vermögens und seiner Stellung willen. *Ich bin glücklich, der Freund und Kamerad von all denen zu sein, die dieses große gemeinsame Opfer auf sich nehmen, die sie um dieses Tages willen brachten.* Ob sie aus Palast oder Hütte kamen [15], was sie alle adelt, ist ihr Herz, ihr Opfersinn, ihr glühender Idealismus, und das macht aus dem Ärmsten der Armen doch einen Adeligen unseres Volkes.

Aus diesem wundervollen Geist heraus wollen wir ein neues Volk aufbauen. *Wenn das ganze deutsche Volk die Gesinnung besitzt, die wir alle besitzen, dann würde man uns in der Welt vielleicht nicht lieben, aber die Achtung würde uns niemand auf der Welt verweigern können. Wir denken dabei nicht an Krieg. Aber jeder von uns will einen Frieden, der unser Volk am Leben läßt.* Und wenn wir das alle wollen, dann wird auch die Welt Verständnis für diesen Frieden besitzen.

12 Jahre innerer Kampf liegen hinter uns. Aber auch vor uns liegt noch ein großes Ringen, das immer ein Ringen bleiben wird, um nicht in träger Sattheit zu erschlaffen. Wenn der Himmel es gut meint mit dieser Bewegung, dann läßt er sie immer kämpfen. Heute ringen wir um die Zukunft des deutschen Volkes, morgen um die Zukunft unserer Rasse.

---

13 Vgl. Dok. 2, Anm. 60.

14 Vgl. Dok. 28, Anm. 3 sowie Dok. 2, Anm. 55.

15 Anspielung auf den Kampfruf aus der Französischen Revolution: "Krieg den Palästen! Friede den Hütten!" Er findet sich erstmals in Bd. I der 1795 erstmals erschienenen Werken des französischen Schriftstellers Sébastien Roch Nicolas, gen. Chamfort (1741-1794).

Wir sind vom Glück gesegnet worden.

*Noch niemals in der Welt ist eine umwälzende Idee schneller vorwärtsgestoßen als die unsrige.*

Ohne Rücksicht auf Terror, Lügen und Gewalt werden die Fahnen weitergetragen, bis einmal die große Stunde kommt, die ich heute aus hunderttausend Augenpaaren herausleuchten sah. *Das ist die Stunde, da die Fahne der nationalsozialistischen Opposition zur Fahne des neuen Reiches wird.*

*Wir glauben an den Sieg, weil in uns die besten Kräfte lebendig sind.*

*Wir hoffen auf den Sieg, weil mit uns Deutschlands Jugend ist*[16].

*Wir sind überzeugt, daß der Sieg kommt, weil unser Wille die Not zerbrechen wird*[17].

## 20. Oktober 1931 Dok. 50
## Schreiben an Heinrich Suske[1]

Masch. Schreiben mit hs. Zeichnung; PA-AA, Chef AO, Schriftwechsel betr. Österreich 1931.

Sehr geehrter Herr Parteigenosse!

Durch den Reichsorganisationsleiter[2] wird mir Ihre Bitte vorgetragen, von Ihrem Amt als Leiter des Westgaues enthoben zu werden[3]. Ich bedaure an und für sich diesen Entschluß, den Sie mit der Neuregelung in Österreich[4] begründen, willfahre aber Ihrer Bitte und enthebe Sie von Ihrem Posten, indem ich Ihnen gleichzeitig für die jahrelange Arbeit im Dienste der Bewegung[5] ebenso wie für Ihre Treue zu meiner Person und zur nationalsozialistischen Idee meinen Dank und meine Anerkennung zum Ausdruck bringe.

gez. Adolf Hitler

16 Vgl. Dok. 25, Anm. 29.

17 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Heinrich Suske (1879-1946), Ingenieur, Eisenbahnbeamter, 1926 Eintritt in die österreichische NSDAP (Hitler-Bewegung), 1927 Gauleiter des Gaues Tirol, 1928-1931 Gauleiter des Westgaues (Tirol, Salzburg, Vorarlberg), 1932 Parteiausschluß.

2 Gregor Straßer.

3 Nach der Ernennung von Alfred Proksch zum Landesleiter der österreichischen NSDAP (vgl. Dok. 5) war Suske schon bald mit diesem in Konflikt geraten. Streitpunkte waren etwa - wie Suske am 24.8.1931 in seinem Schreiben an die Reichsleitung der NSDAP ausführlich schilderte - die Überlegungen der Landesleitung, das Land Salzburg zu einem eigenen Gau der NSDAP auszubauen, Suskes Kooperation mit Wehrverbänden außerhalb der NSDAP sowie die differierenden Vorstellungen beim Aufbau einer eigenen Gauzeitung. Suske, der den "Hausknecht-Ton" der neuen Landesleitung nicht akzeptieren wollte, hatte Hitler mit Schreiben vom 27.8.1931 gebeten, ihn "von der Leitung des Westgaues zu entheben". PA-AA, Chef AO, Schriftwechsel betr. Österreich 1931.

4 Vgl. Dok. 5 und 8.

5 Einem parteiinternen Bericht zufolge soll aus dem Westgau unter der Führung Suskes ein "Sauhaufen" geworden sein. Vgl. Harald Walser, Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933-1938, Wien 1983, S. 30.

## 21. Oktober 1931 Dok. 51
## "Verfügung"
## Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 31.10.1931.

Auf Vorschlag des Reichsorganisationsleiters-I [1], Pg. Gregor Straßer, ernenne ich den Pg. Gauleiter Dr. Robert *Ley* [2] im Rahmen der Organisationsleitung I zum Reichsorganisations-Inspektor [3]. Über Arbeitsgebiet und Aufgabenbereich der Reichsorganisations-Inspektoren erhalten die Gauleiter direkte Benachrichtigung [4].

*München,* den 21. Oktober 1931

Adolf *Hitler*

---

1 Die Organisations-Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP entwickelte sich aus der Propaganda-Abteilung, mit deren Leitung Gregor Straßer am 16.9.1926 beauftragt worden war. Am 2.1.1928 wurde Straßer offiziell Reichsorganisationsleiter der NSDAP, um der stetig wachsenden Partei eine straffe wie schlagkräftige organisatorische Struktur zu geben, aber auch um den Kontakt wie die Kontrolle der Parteibasis sicherzustellen. Die Bedeutung der Organisations-Abteilung (seit 1930: I), aus dem Organigramm kaum ersichtlich, kann für die Entwicklung der NSDAP nicht hoch genug veranschlagt werden. Während sich Hitler der Routine eines solchen Tagesgeschäfts mehr und mehr entzog, andere Parteifunktionäre sich hierfür als unfähig oder zu schwach erwiesen, war es der unermüdlich tätige wie in der Partei außergewöhnlich geschätzte Straßer, der die organisatorischen Voraussetzungen für den politischen Aufstieg der NSDAP schuf. Vgl. Udo Kissenkoetter, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978, S. 28 ff. Ferner Bd. II/1, Dok. 29; II/2, Dok. 211 sowie Dok. 53, Anm. 1 dieses Bandes. Zur Gliederung der Abteilung vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 356 ff.

2 Robert Ley (1890-1945), Lebensmittelchemiker, 1920 Dr. phil., 1921-1928 Chemiker bei der IG-Farben, Leverkusen, 1924 Eintritt in die NSFB, 1925 Übertritt zur NSDAP, 1925-1931 Gauleiter des Gaues Rheinland-Süd (ab 1926: Gau Rheinland), 1928-1932 MdL in Preußen (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1931 Reichsorganisationsinspekteur in der Reichsleitung der NSDAP, 1932 Reichsinspekteur II der NSDAP, Dezember 1932 nach Rücktritt Gregor Straßers Reichsorganisationsleiter der NSDAP, 1933 Präsident des Preußischen Staatsrats, 1933-1945 Führer der Deutschen Arbeitsfront (DAF), 1945 Selbstmord.

3 Ley und Straßer hatten im Mai 1931 die Initiative zur Errichtung dieses Amts ergriffen: Straßer war allein nicht mehr in der Lage, die organisatorischen Aufgaben der zur Massenpartei angewachsenen NSDAP zu bewältigen und benötigte einen Vertreter, der die Entwicklung der Partei an ihrer Basis kontrollierte. Ley wiederum fühlte sich nach der am 1.6.1931 erfolgten Teilung seines Gaus (vgl. Bd. IV/1, Dok. 123) deklassiert, so daß diese "Beförderung" seinen Ehrgeiz befriedigte. Am 9.6.1932 wurde die Reichsinspektion der NSDAP geteilt; Ley übernahm die Leitung der Reichsinspektion II, Paul Schulz die der Reichsinspektion I. Vgl. Ronald Smelser, Robert Ley. Hitlers Mann an der "Arbeitsfront". Eine Biographie, Paderborn 1989, S. 93 ff., Dok. 93 sowie Bd. V/1, Dok. 86.

4 Vgl. Dok. 93.

## 21. Oktober 1931 Dok. 52
## "Verfügung"
## Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 31.10.1931.

An Stelle des zum Reichsorganisations-Inspektor ernannten Gauleiter, Pg. Dr. Robert *Ley*[1], ernenne ich mit sofortiger Wirkung den Pg. Josef *Grohé*[2] in Köln zum Gauleiter des Gaues *Köln-Aachen*[3].

Ich spreche bei dieser Gelegenheit dem Pg. Dr. Robert Ley für seine jahrelange Arbeit im Rheinland meinen besten Dank und meine vollste Anerkennung aus [4].

*München,* den 21. Oktober 1931

Adolf *Hitler*

## 22. Oktober 1931 Dok. 53
## "Verfügung"
## Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 16.11.1931.

Im Amtsbereich des Reichsorganisationsleiter II[1] werden errichtet:

*Die ingenieur-technische Abteilung,*

Abteilungsleiter (mit dem Rang eines Amtsleiters) Pg. *Feder*[2].

---

1 Vgl. Dok. 51.

2 Josef Grohé (1902-1987), kaufmännischer Angestellter, 1919 Eintritt in den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1924 Gaugeschäftsführer des Völkisch-Sozialen Blocks, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, stellvertretender Gauleiter des Gaues Rheinland-Süd (ab 1926: Gau Rheinland), 1926-1931 Hauptschriftleiter des *Westdeutschen Beobachters*, 1929 Stadtverordneter in Köln, 1931-1945 Gauleiter des Gaues Köln-Aachen, 1932/33 MdL in Preußen, 1933 Preußischer Staatsrat, 1944 Reichskommissar für die besetzten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich, 1946-1950 inhaftiert.

3 Der Gau Rheinland der NSDAP war am 1.6.1931 in Anlehnung an die Gliederung der Wahlkreise in den Gau Köln-Aachen und den Gau Koblenz-Trier geteilt worden. Vgl. Bd. IV/1, Dok. 123.
Zur Tätigkeit Grohés vgl. Adolf Klein, Köln im Dritten Reich. Stadtgeschichte der Jahre 1933-1945, Köln 1983, S. 34 ff.

4 Zur Tätigkeit Leys als Gauleiter des Gaues Rheinland vgl. Smelser, Ley, S. 41 ff.

1 Konstantin Hierl (1875-1955), 1895 bayerischer Leutnant, 1911-1914 Lehrer an der Kriegsakademie München, 1919 Führer eines Augsburger Freikorps, 1921-1924 Tätigkeit im Reichswehrministerium, Abschied als Oberst, 1925-1927 Mitglied der Führung des Tannenberg-Bundes, 1927 Eintritt in die NSDAP, 1929-1932 Leiter der Organisationsabteilung II in der Reichsleitung der NSDAP, 1930-33 MdR, 1931 Beauftragter des Führers der NSDAP für den Arbeitsdienst, 1933 Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium für den Arbeitsdienst, 1934 Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst, 1935-1945 Reichsarbeitsführer.

*Die rechtspolitische Abteilung,*
Abteilungsleiter (mit dem Rang eines Amtsleiters) Pg. *Dr. Frank II.*
*Die innerpolitische Abteilung,*
Abteilungsleiter Pg. *Dr. Nicolai* [3].
*Die Abteilung für Arbeitsdienstpflicht,*
Abteilungsleiter Pg. *Schulz* [4].

*München,* den 22. Oktober 1931

gez. Adolf *Hitler*

f.d.R.: der Chef des Personalamtes:

*Loeper* [5]

---

Zweck der im Juni 1929 gegründeten Organisations-Abteilung II war - so Hierl in seinen Erinnerungen - die "Vorbereitung künftiger Staatsaufgaben". Wesentliche Erfolge konnte die Abteilung jedoch nicht vorweisen, so daß beide Organisationsabteilungen am 9.6.1932 wieder unter der Leitung Gregor Straßers vereinigt wurden. Vgl. Konstantin Hierl, Im Dienst für Deutschland 1918-1945, Heidelberg 1954, S. 64; Horn, Führerideologie und Parteiorganisation, S. 381 f. sowie Bd. III/2, Dok. 86, Bd. V/1, Dok. 85 sowie Dok. 51, Anm. 1 dieses Bandes. Zur Gliederung der Abteilung vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 361 ff.

2 Gottfried Feder (1883-1941), Diplomingenieur, 1918 Gründer des Deutschen Kampfbundes zur Brechung der Zinsknechtschaft, 1919 Eintritt in die DAP/NSDAP, 1920 Verfasser des 25-Punkte-Programms der NSDAP, 1924-1933 MdR, ab 1926 Herausgeber der *Nationalsozialistischen Bibliothek*, 1931 Leiter der Ingenieurtechnischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP, Vorsitzender des Wirtschaftsrats der Wirtschaftspolitischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP, 1933 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, 1934 Reichskommissar für das Siedlungswesen, 1934-1941 Professor an der Technischen Universität Berlin für Siedlungswesen.

3 Helmut Nicolai (1895-1955), 1920 Dr. jur., 1921 Gerichtsreferendar, 1924 Regierungsassessor im Landratsamt Wittenberg (Halle), 1925 Tätigkeit im Regierungspräsidium in Münster (Westf.), 1928 Tätigkeit im Regierungspräsidium in Oppeln, 1930 Eintritt in die NSDAP, 1931 vom Amt suspendiert, Leiter der Innerpolitischen Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP, 1932/33 MdL in Preußen (NSDAP), 1933 Regierungspräsident von Magdeburg, 1934 Ministerialdirektor im Reichsministerium des Innern, Leiter der Abteilung Verfassung und Gesetzgebung, Verfasser von *Rassengesetzliche Rechtslehre* (1932), *Recht und Rasse* (1933), *Der Staat im nationalsozialistischen Weltbild* (1934), 1934 Anklage vor dem Obersten Parteigericht, 1935 Ausschluß aus der NSDAP.

4 Paul Schulz (1898-1960), Oberleutnant a. D., 1919 Angehöriger des Freikorps Eulenburg, 1922/23 Offizier der "Schwarzen Reichswehr", 1927 wegen Fememordes zum Tode verurteilt, zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt, 1930 amnestiert und Eintritt in die NSDAP, 1930-1932 Stellvertreter und Stabsleiter des Reichsorganisationsleiters der NSDAP, 1931 kommissarischer OSAF-Stellvertreter Ost, Leiter der Abteilung für Arbeitsdienstpflicht in der Reichsleitung der NSDAP, 1932 Reichsinspekteur I der NSDAP, Dezember 1932 Parteiaustritt, anschließend Tätigkeit für eine Baugesellschaft, 1934 Emigration in die Schweiz.

5 Wilhelm Friedrich Loeper (1883-1935), 1904 preußischer Leutnant, 1924 wegen Teilnahme am Hitler-Putsch als Hauptmann aus der Reichwehr entlassen, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925 Gaugeschäftsführer von Anhalt, 1926 stellvertretender Gauleiter des Gaues Anhalt-Sachsen-Nord, 1927-1932 und 1933-1935 Gauleiter (ab 1928: Gau Magdeburg-Anhalt), 1928-1932 MdL in Anhalt (NSDAP), 1930-1933 MdR, 1930-1932 Chef des Personalamts in der Reichsleitung der NSDAP, 1932 Landesinspekteur der NSDAP für Mitteldeutschland-Brandenburg.

## 23. Oktober 1931 Dok. 54
## Rede auf NSDAP-Versammlung in Dessau [1]

Der Angriff vom 24.10.1931, "Am Vorabend der anhaltischen Wahlen" [2].

Adolf Hitler unterzog die *Interessenparteien* einer *schonungslosen Kritik* und ging dann auf die heutige *Weltwirtschaft* und ihre Folgen für Deutschland ein [3]. Die verheerende *Reparationspolitik* habe Deutschland völlig *bargeldlos gemacht* [4]. Die kommende Zeit werde *schwere Auseinandersetzungen* bringen. Wenn wir aber nach *außen hin* stark werden wollen, dann bedürfe es zuerst einmal der *inneren Ruhe.* Kennzeichnend und verheißend sei es, daß in der nationalsozialistischen Bewegung heute der *General* [5] und der *Musketier des Weltkrieges* [6] gemeinsam zum Volke sprächen.

Mit einem Appell an das *Nationalgefühl* und dem Verlangen, daß wir *zuerst* einmal *Deutsche, dann* erst *"Standesmenschen"* sein müßten [7], beendete Hitler unter *orkanartigem Jubel* seine Rede.

## 24. Oktober 1931 Dok. 55
## "Kameraden der SA, der SS, der HJ und des NSKK!" Aufruf

VB vom 24.10.1931.

Die Tage von Braunschweig sind vorbei [1]. Die Welt hat den gewaltigsten Aufmarsch erlebt, der je in Deutschland gesehen wurde. Ein Abschnitt des harten Kampfes liegt wieder hinter uns.

---

1 Im Kristallpalast, ab 21.00 Uhr. Anlaß für die zweistündige Rede Hitlers waren die am 25.10.1931 in Anhalt stattfindenden Wahlen für die Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen, bei der die NSDAP stärkste Partei wurde (vgl. Dok. 57, Anm. 2). An der überfüllten Versammlung, die vom Ortsgruppenführer der NSDAP in Dessau, Theodor Hofmann, geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet wurde, nahmen etwa 3.000 (*VB*: 5.000) Personen teil. Vor Hitler sprach General a. D. und SA-Gruppenführer Karl Litzmann.
Ergänzend berichtet der *Anhalter Anzeiger*: "Gegen 21 Uhr kam Hitler. Man hörte schon im Vorraum vereinzelte Heil-Rufe. General Litzmann unterbrach seine Rede, und es herrschte dann zwei Minuten lang eine vollständige Ruhe in dem überfüllten Raum."

2 Vgl. auch Anhalter Anzeiger vom 24.10.1931, "Hitlers Appell in Dessau"; Volksblatt für Anhalt vom 24.10.1931, "Hitler war doch in Dessau"; VB vom 28.10.1931, "Adolf Hitler in Dessau vor 5.000 Zuhörern".

3 Vgl. Dok. 2, Anm. 3 ff.

4 Vgl. Dok. 2, Anm. 8, 14 und 15.

5 Anspielung auf: Karl Litzmann (1850-1936), 1868 preußischer Leutnant, 1901 Generalleutnant, 1902-1905 Direktor der Kriegsakademie in Berlin, 1914 Kommandeur der 3. Garde-Infanteriedivision, 1919 Abschied als General, 1929 Eintritt in die NSDAP, 1931 SA-Gruppenführer, 1932/33 MdR und MdL in Preußen, 1933-1936 Preußischer Staatsrat.
In seiner Rede hatte sich der pensionierte General zur nationalsozialistischen Bewegung bekannt und dann - so der *Anhalter Anzeiger* - "mit trockenem Humor und frischer Begeisterung von seinen Kriegstaten in Rußland" erzählt.

6 Vgl. Dok. 43, Anm. 9.

7 Vgl. Dok. 25, Anm. 34.

Ich kenne die Opfer, die Ihr gebracht habt zum Gelingen des großen Tages, Opfer, wie nur Ihr sie bringen könnt, sonst keine Partei, keine Bewegung der Welt.

Dafür danke ich Euch! Und ich spreche Euch meine freudige Anerkennung aus für das, was Ihr geleistet.

Der Kampf geht weiter! Und daß er zum Siege führt, diesen Glauben hat in Euch und der Welt das S.A.-Treffen von Braunschweig unerschütterlich verankert.

Adolf *Hitler*

## 24. Oktober 1931 Dok. 56
## "Germany at the Crossroads!"
## Artikel [1]

The Saturday Review vom 24.10.1931 [2].

It is impossible to understand and to appreciate correctly from a political point of view the Germany of to-day without a knowledge of the structural changes which are taking place in the country and will form the Germany of to-morrow. The German people are at the cross-roads, where the signposts point two ways, where the old is still desperately fighting with the new, where National Socialism is already beginning to emerge clearly as the image of a new Germany.

National Socialism is intent on realizing in Germany a new political ideal out of the ruins of bourgeois and proletarian ideology which is already on the point of collapse; to realize a political ideal according to which it is not the individual or humanity, but the people, which represents the only real organic whole as the highest standard of value. By reason of this attitude National Socialism refuses to rule over and exploit foreign peoples and nations [3]. National

1 Vgl. Dok. 48 und 49.

1 Eine spanische Übersetzung dieses Artikels erschien am 28.11.1931 unter der Überschrift "Mis planes para el futuro. El hitlerismo, de victoria en victoria. Cuando lleguemos al poder" [*Meine Pläne für die Zukunft. Der Hitlerismus von Sieg zu Sieg. Wann wir an die Macht gelangen*] in der 1917 von Nicolás M. Urgoiti y Achúcarro und José Ortega y Gasset gegründeten madrilenischen Zeitung *El Sol*.

2 Zur Reaktion in der deutschen Presse vgl. z. B. Braunschweigische Landeszeitung vom 25.10.1931, "Hitler an England"; VB vom 25.10.1931, "'Der Friede und die Ordnung Europas hängt am Sieg des Nationalsozialismus'". Der zuletztgenannte Artikel bestätigt, daß es sich hier um einen Originalbeitrag Hitlers handelt.

3 Zur bereits damals absehbaren Haltung der NSDAP zu Themen wie Antipazifismus, Kriegsvorbereitung, Abrüstung und Eroberung von Lebensraum vgl. die Aufzeichnung des Auswärtigen Amts über "Die Einstellung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zur Auswärtigen Politik" vom 7.12.1931, die tags darauf mit Runderlaß des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts von Bülow an die diplomatischen Vertretungen versandt wurde. Druck: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XIX, Dok. 105. Generell zum imperialistischen Charakter der nationalsozialistischen Ideologie vgl. Eberhard Jäckel, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Stuttgart $^{3}$1991, S. 29 ff.

Socialism demands no less and no more than sufficient room for the German nation to live by right of existence as a great and free people.

The victory of the Hitler movement in Germany will not be the victory of pre-war Germany which belongs to history, which National Socialists, as sons of an honourable nation, refuse to belittle. The rule of National Socialism will not bring back the old Germany. It is a young German race which is here, fighting for its right to live.

This young Germany, which is free from all guilt for the war and did not put its signature to Germany's confession of her alleged war guilt[4], has entrusted its fate to the hands of the National Socialist movement in order to throw off the terrific burden of crippling debts[5] which deprive it and its descendants for generations to come of all hope of a better existence.

This young Germany, which is determined to solve, simultaneously with the question of war debts, the question of peaceful internal reconstruction, means to put down with a strong hand those destructive Marxist elements which are to-day leading Germany to the verge of financial and moral destruction.

It means to make an end in Germany of the pestilence of Asiatic Bolshevism[6] which threatens the thousand-year-old-civilization of Europe and has thrown the incendiary bomb of chaos into every country of the world. It means to restore and strengthen the moral fibre to which the German people owe their good name among the nations of the world.

In order to fulfil this great task, and also as a matter of honesty, National Socialism cannot assume the responsibilty of promising to shoulder financial obligations in connexion with war debts which the economically exploited and now impoverished German people is unable to pay, which render impossible all economic construction, to the detriment not only of Germany, but of the rest of the world.

On the other hand, the Hitler movement is determined to take over and pay private debts[7]. National Socialism attaches considerable importance to making this fact public, in order to counter the false rumours which are being spread about its intentions.

Here ist the truth. Private creditors will find that the operation of National Socialist economic principles in Germany constitutes a better and safer guarantee of the settlement of their financial claims[8], than the irresponsible mismanagement of Germany under the present system[9].

---

4 Vgl. Dok. 12, Anm. 7.

5 Gemeint ist der Young-Plan. Vgl. Dok. 2, Anm. 8.

6 Vgl. Dok. 9, Anm. 6.

7 Zum Stand der privaten deutschen Auslandsverschuldung vgl. Dok. 29, Anm. 7, ferner Dok. 23, Anm. 5.

8 Der Erfolg der NSDAP bei der Reichstagswahl am 14.9.1930 hatte nicht nur die deutsche Wirtschaft stark verunsichert, auch ausländisches Kapital wurde in Höhe von über 700 Millionen RM abgezogen, so daß innerhalb weniger Wochen die deutschen Börsenkurse durchschnittlich um 10% fielen. Derartige Reaktionen resultierten nicht zuletzt aus der Unsicherheit von Banken und Industrie über die sozialistischen Elemente in der wirtschaftspolitischen Programmatik der NSDAP. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 153 ff.

9 Auf der Grundlage des Layton-Berichts, der erstmals die finanzielle Situation Deutschlands systematisch bilanzierte, hatten Vertreter aller interessierten Gläubigerländer am 19.8.1931 in Basel mit einem deutschen Bankenkomitee ein sog. Stillhalteabkommen, gültig für die Zeit vom 1.9.1931 bis 29.2.1932, unterzeichnet. Durch dieses Abkommen wurden die meisten kurzfristigen Kredite ausländischer Gläubigerbanken an deutsche Banken, Industrie- und Handelsfirmen in Höhe von 6,3 Milliarden RM auf sechs Monate gestundet, um damit - parallel zum Hoover-Moratorium (vgl. Dok. 12, Anm. 4) - die deutsche Zahlungsfähigkeit langfristig zu

We are convinced that upon the success of the National Socialist regime in Germany rests the peace and order of Europe, and that the continuance of the present system is definitely leading towards the abyss.

The National Socialist movement does not intend to make war [10], and sincerely desires peace in order to be able to devote itself to the reconstruction of the country. However, in its honest conviction, it warns the world against the folly of the illusion that it is possible to erect the structure of peace on foundations continually eaten away by cancer of exacting reparations. This way lies chaos and crash, and the economic devastation of a great and vital nation in the heart of Europe.

Those who really desire peace must see, above all, that the nations are able to live together in peace and are not driven to explosions by their immanent forces.

The National Socialist movement believes that peace would be assured for Europe if the political treaties by which Germany is imprisoned [11] were revised and abrogated rather than if efforts are made to maintain them, just as France's mania for armaments [12] endangers rather than ensures the security of the world.

The National Socialist movement is firmly convinced that the young Germany which it represents, whose eyes are directed towards the future under the sign "Poor but Honest", will alone succeed in restoring the confidence of foreign countries in the German people, and hopes that no nation, realizing that the peace of Europe can only be ensured by the existence of prosperous, free and happy countries, will refuse them their respect and confidence.

The result of the Prussian plebiscite [13], regarded by many countries as a National Socialist defeat [14], does not by any means signify the failure of the basic idea of our movement, as our opponents would like to have it. On the contrary, it has proved that National Socialism is the only movement in Germany which could successfully combat social democratic mismanagement and the consequent process of decay.

As a matter of national discipline the National Socialists did not refuse their support to the people's decision, although they had missed no opportunity to voice in good time their doubts with regard to the will of the people as represented by other organizations because, according to German laws, such plebiscites are rendered so difficult that it is often impossible to obtain a result at all. National Socialism succeeded, by the appeal of the animating idea behind it and

---

sichern und die internationalen Konsequenzen der deutschen Finanzkrise nach Möglichkeit abzuschwächen. Vgl. Born, Bankenkrise, S. 134 ff.

10 Vgl. Dok. 43, Anm. 7.

11 Anspielung auf den Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 und die sich daran anschließenden Verträge zur Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen.

12 Vgl. Dok. 44, Anm. 11 und 14.

13 Vgl. Dok. 20, Anm. 15.

14 Das Ergebnis des Volksentscheids vom 9.8.1931 über eine vorgezogene Auflösung des preußischen Landtags wurde von der ausländischen Presse in der Regel als Niederlage der radikalen Parteien gewertet. Vgl. z. B. *The Times* vom 11.8.1931, "Referendum failure", wo es u. a. heißt: "The failure of the Referendum has given general satisfaction among the moderate parties in Germany, and, to judge from telegraphed Press comments, also in foreign countries."
In *Le Temps* vom 12.8.1931 ("La crise allemande") ist u. a. zu lesen: "Les milieux officiels ont exprimé une vive satisfaction des résultats du referendum prussien, dont l'échec consolide la situation de M. Brüning et favorisera la restauration de la confiance en Allemagne."

because of the inflexible spirit of its adherents, in mobilizing enormous masses of people to vote against the "black" and "red" Prussian Government[15]. Among the ten million of Prussians who demonstrated against the Prussian Government[16], at least six or seven million were in sympathy with the National Socialist Party.

In view of this, we believe we are justified in calling this a decisive victory for our movement. By the customary rules of election, the present Government received a clear minority of votes. According to the result of this polling, a new election would reveal the Hitler Party as the strongest individual party in Prussia, the rising power in the German Empire.

Instead of falsely imputing aggressive and destructive tendencies to the movement, the cause of European peace would be far better served if this fact were recognized and efforts were made to understand better the aims of the Hitler movement, and to arrange the future of Europe in such a way that Germany should at least be enabled to escape from her present unfortunate predicament and to participate in the reconstruction of Europa without hindrance.

The rise of the National Socialist Party within the German Empire is an inevitable process. The people bear the impress of the Hitler movement far more completely than is imagined outside Germany.

If ever Youth faced fearful odds it is here and now[17], but we have taken an avowed stand and face the future undaunted, fraught with danger though it be.

## 26. Oktober 1931 — Dok. 57
## Telegramm an den Gau Magdeburg-Anhalt der NSDAP[1]

Der Angriff vom 26.10.1931, "Hitlers Dank an die Kämpfer".

An Nationalsozialisten Dessau (Anhalt)

Ich und [*die*] ganze Partei sind stolz auf Euren Sieg[2]. Unsere Bewegung allein wird einmal Deutschland retten.

Adolf Hitler

---

15 Vgl. Dok. 20, Anm. 14.

16 Von etwa 26.899.000 Stimmberechtigten votierten beim Volksentscheid vom 9.8.1931 9.793.603 (37,1%) für eine vorgezogene Auflösung des preußischen Landtags, so daß sich am Termin der für Frühjahr 1932 vorgesehenen Neuwahl nichts änderte. Vgl. Möller, Parlamentarismus, S. 322.

17 Vgl. Dok. 25, Anm. 29.

1 Bei Hitlers Rede in Dessau am 23.10.1931 (Dok. 54) hatte der Gauleiter des Gaues Magdeburg-Anhalt, Wilhelm Friedrich Loeper, verkündet. "Wir werden Ihnen Sonntag abend telegraphieren, daß Dessau nationalsozialistisch ist." Bei Hitlers Telegramm handelt es sich offenbar um die Antwort. Vgl. Anhalter Anzeiger vom 24.10.1931, "Hitlers Appell in Dessau".

## 27. Oktober 1931 Dok. 58
## Rede auf NSDAP-Versammlung in Weimar [1]

Der Nationalsozialist vom 29.10.1931, "Hitlers Dank an Sauckel" [2].

Der Führer betonte, daß er sich *besonders* freue, gerade an diesem Tage in Weimar zu weilen, denn er stehe *in vollstem Vertrauen zum Gauleiter* [3]. Dieser sei einer der ältesten Parteigenossen und habe in schwerster Zeit und mühevoller Arbeit einen Gau aufgebaut, der sich sehen lassen könne [4]. Die Bewegung und alle Thüringer Parteigenossen seien daher dem Gauleiter Sauckel Dank schuldig. Die Versuche bürgerlicher Parteien, von Bünden, Gruppen usw., Mißtrauen in die Bewegung zu säen, indem sie von Differenzen zwischen ihm, dem Führer, und seinem Gauleiter sprächen [5], seien zum Scheitern verurteilt.

Es werde niemals solche Differenzen geben! Er decke alles, was Sauckel in Thüringen getan habe [6] und müsse betonen, daß ohne seinen Willen und ohne seine Kenntnis nichts in Thü-

---

2 Am 25.10.1931 hatten in Anhalt Gemeinde- und Kreistagswahlen stattgefunden, mit erheblichen Stimmengewinnen für die NSDAP. Im Gemeinderat von Dessau verfügte die NSDAP jetzt über 15 (1927: 0) von 36 Sitzen, im Gemeinderat von Köthen über 12 (1927: 1) von 30 Sitzen, womit sie in beiden Fällen stärkste Partei war. Im Kreistag von Zerbst war die NSDAP nun mit 7 (1927: 0) Abgeordneten vertreten, bei insgesamt 16 Abgeordneten; im Kreistag von Dessau betrug das Verhältnis 8 (1927: 0) zu insgesamt 20 Sitzen, im Kreistag von Köthen 6 (1927: 0) zu 16 Sitzen. Mit Ausnahme des Kreistags von Köthen, wo die NSDAP über dieselbe Stärke verfügte wie die SPD, stellte die NSDAP in den anderen beiden Kreistagen die stärkste Fraktion. Vgl. Anhalter Anzeiger vom 26.10.1931, "Nationaler Sieg in Anhalt", "Die Wahlergebnisse aus dem Lande"; VB vom 27.10.1931, "Die N.S.D.A.P. die stärkste Partei in Anhalt". Ferner Dok. 54.

1 Im Kolonialheim, nachts. An der geschlossenen Veranstaltung nahmen etwa 200 Personen teil. Hitler hatte seine Fahrt von Berlin nach München unterbrochen und abends eine Vorstellung im Deutschen Nationaltheater besucht. Anschließend erschien er, begleitet von Goebbels, MdL Paul Hennicke und SA-Oberführer Gustav Zunkel, überraschend auf dem Kameradschaftsabend im Kolonialheim.

2 Vgl. auch Weimarische Zeitung vom 28.10.1931, "Sauckel hat Hitlers Vertrauen"; VB vom 31.10.1931, "Adolf Hitlers Dank an Pg. Sauckel".

3 Fritz Sauckel (1894-1946), Matrose und Schlosser, 1919/20 Gauleiter des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes in Unterfranken, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, Gaugeschäftsführer, 1927-1945 Gauleiter des Gaues Thüringen, 1929-1933 MdL in Thüringen und Vorsitzender der NSDAP-Landtagsfraktion, 1932/33 thüringischer Ministerpräsident und Innenminister, 1933-1945 Reichsstatthalter in Thüringen, 1942-1945 Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, 1946 hingerichtet.

4 Sauckel war am 30.9.1927 zum Gauleiter des Gaues Thüringen ernannt worden. Vgl. Bd. II/2, Dok. 183. Zur Frühgeschichte der NSDAP in Thüringen vgl. Donald R. Tracey, The Development of the National Socialist Party in Thuringia, 1924-30. In: Central European History VIII (1975), S. 23-50.

5 Verschiedene Anfragen der nationalsozialistischen Fraktion im thüringischen Landtag hatten nochmals eine Diskussion über die am 1.4.1931 beendete Koalitionsregierung zwischen Thüringer Landbund, NSDAP, Wirtschaftspartei, DNVP und DVP entfacht. Dabei mußte sich auch Sauckel "wegen übler Nachrede auf eigenen Antrag seiner Fraktion" verantworten. Vgl. Thüringer Allgemeine Zeitung vom 16.10.1931, "Nachklänge aus Thüringens Frick-Zeit".

6 Sauckel hatte im März 1931 in *Der Nationalsozialist* einen Leitartikel veröffentlicht, in dem er die Vertreter der DVP als "trottelhafte Greise" und "bürgerliche Schlappschwänze" beschimpfte sowie als "Verräter und Betrüger, die in ihrer bodenlosen Unfähigkeit und Unverschämtheit mit dem Schicksal unseres Volkes ein frevelhaftes Spiel treiben". Die thüringische Landtagsfraktion der DVP nahm dies zum Anlaß, die Koalition mit der NSDAP endgültig aufzukündigen und die Mißtrauensanträge von KPD und SPD zu unterstützen. Die NSDAP hatte eine solche Reaktion nicht erwartet; obwohl Hitler persönlich zu vermitteln suchte und Sauckel

ringen geschehen sei und geschehen werde. Die Bewegung sei heute so geschlossen und diszipliniert, daß die Gauleiter und politischen Führer in ihrem Handeln instinktiv das Richtige träfen. Er warne alle Parteigenossen, auf Einflüsterungen zu hören, die nur den einen Zweck hätten, die Geschlossenheit unserer Bewegung zu sprengen [7].

Am Schluß seiner Ausführungen dankte der Führer dem Gauleiter nochmals [8].

## 30. Oktober 1931 Dok. 59
## "Verfügung"
## Anordnung

Masch. Manuskript (Abschrift); StA München, Polizeidirektion München 6808 [1].

1. Im Rahmen der Obersten SA-Führung wird eine neue Dienststelle "Reichsjugendführer" (R.J.F.) errichtet [2].

2. Der Reichsjugendführer untersteht dem Chef des Stabes [3] unmittelbar. Zum Reichsjugendführer ernenne ich den Pg. von Schirach [4].

---

seine Ausfälle zurücknahm, gelang es der NSDAP vorläufig nicht, in die thüringische Regierung zurückzukehren. Vgl. Geschichte Thüringens. Hrsg. von Hans Patze und Walter Schlesinger, Bd. V/2: Politische Geschichte der Neuzeit, Köln 1978, S. 512 f.; Witzmann, Thüringen, S. 175 f.; Dok. 27, Anm. 5 sowie Bd. IV/1, Dok. 75 ff. Ferner Der Nationalsozialist vom 12.3.1931, "Sprengung der Thüringer Koalition?"; vom 13.3.1931, "Unsere Antwort an Witzmann".

7 Vgl. Dok. 23, Anm. 16 und 17.

8 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Kopf: "Der Oberste SA-Führer I/IIa Nr. 6466/31 München, den 30. Oktober 1931".

2 Baldur von Schirach berichtet in seinen Memoiren, Hitler habe mit der Einrichtung dieser Dienststelle auf Schirachs Erfolg auf dem 14. Deutschen Studententag in Graz (19.7.-22.7.1931) reagiert. Damals war es Schirach gelungen, mit Walter Lienau einen Vertreter des NSDStB zum Ersten Vorsitzenden der Deutschen Studentenschaft zu machen. Vgl. Baldur von Schirach, Ich glaubte an Hitler, Hamburg 1967, S. 99 ff. sowie Dok. 96.

3 Ernst Röhm. Die Hitler-Jugend war als geschlossene Organisation am 1.5.1931 der Obersten SA-Führung unterstellt worden. Am 13.6.1932 wurde Schirach als Amtsleiter in der Reichsleitung der NSDAP Hitler direkt unterstellt, die Reichsjugendführung also der Obersten SA-Führung gleichgestellt. Vgl. Bd. IV/1, Dok. 106 sowie Bd. V/1, Dok. 90.

4 Baldur von Schirach (1907-1974), 1925 Eintritt in die NSDAP, 1928-1932 Reichsführer des NSDStB, 1928 Berufung in die Reichsleitung der NSDAP, 1931-1940 Reichsjugendführer der NSDAP, 1932 Reichsleiter der NSDAP für die Jugenderziehung, 1933 Jugendführer des Deutschen Reiches, 1940-1945 Reichsstatthalter und Gauleiter des Gaues Wien, 1946 vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt.

5 Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) war im Februar 1926 von dem Jurastudenten Wilhelm Tempel gegründet worden. Mit der Ernennung Schirachs zum Reichsführer im Juli 1928 gelang es dem NSDStB an den meisten deutschen Hoch- und Fachschulen Fuß zu fassen; die Ergebnisse des NSDStB bei den hochschulinternen Wahlen lagen zunächst weit über den Wahlergebnissen der NSDAP. Gleichwohl blieb nicht nur die Zahl an Mitgliedern, die im Sommer 1931 etwa 2.500 betrug, vorerst begrenzt, seit Frühjahr 1931 schwächten auch heftige innere Konflikte den NSDStB. Vgl. Faust, Studentenbund, passim. Vgl. ferner Dok. 96 sowie Bd. III/1, Dok. 5, 69; Bd. IV/1, Dok. 112.

3. In den Arbeitsbereich des Reichsjugendführers gehören:
a) der Nationalsozialistische Studentenbund[5] (Reichsführer Pg. von Schirach),
b) die Hitler-Jugend[6] (mit der Führung beauftragt: Pg. von Renteln[7]),
c) der Nat[*ional*]-soz[*ialistische*] Schülerbund[8] (Reichsführer Pg. von Renteln).

4. Der R.J.F. ist Referent für alle unter 3 genannten Gliederungen und bearbeitet im Stabe des Obersten SA-Führers die gesamten Jugendangelegenheiten. Er hält den Chef des Stabes über alle organisatorischen Fragen der Jugendgliederungen auf dem laufenden und trägt insbesondere alle Angelegenheiten, welche die SA berühren, vor.

Er steht im Range eines Gruppenführers; sein Dienstanzug wird noch gesondert festgesetzt.

5. In Fragen der inneren Organisation, der Stellenbesetzung und des Zusammenwirkens mit der SA hat der Reichsführer der Hitler-Jugend unmittelbares Vortragsrecht beim Chef des Stabes. Er hat darüber dem R.J.F. vorher zu berichten.

6. Der bisherige Reichsführer der Hitler-Jugend, Gruber[9], wird in die Reichsleitung der NSDAP (Jugendausschuß)[10] berufen[11]. Er tritt unter besonderer Anerkennung der im Auf- und Ausbau der HJ geleisteten Dienste zur besonderen Verfügung der Obersten SA-Führung[12].

---

6 Auf dem Weimarer Parteitag der NSDAP war am 4.7.1926 eine Jugendorganisation unter dem Namen "Hitler-Jugend. Bund deutscher Arbeiterjugend" gegründet worden. Der im Vergleich zu den übrigen Gliederungen der NSDAP eher locker organisierte Jugendverband, in den 1928 sog. Schwesternschaften (seit 1930: Bund Deutscher Mädel in der Hitler-Jugend) und 1930 das Deutsche Jungvolk aufgenommen wurden, besaß im Oktober 1931 26.198 Mitglieder. Da sich diese zu 69% aus Arbeitern und Lehrlingen sowie zu 9% aus Arbeitslosen rekrutierten, wurde die damalige Hitler-Jugend weltanschaulich stark von sozialrevolutionären Vorstellungen geprägt. Vgl. Peter D. Stachura, Nazi Youth in the Weimar Republic, Santa Barbara, Ca. 1975. Ferner Bd. III/2, Dok. 96; Bd. IV/1, Dok. 106.

7 Theodor Adrian von Renteln (1897-1946), 1924 Dr. rer. pol., Journalist, 1928 Eintritt in die NSDAP, 1929-1931 Gründer und Reichsführer des Nationalsozialistischen Schülerbunds, 1931/32 Reichsführer der HJ, 1932 MdR, 1932/33 Führer des NS-Kampfbundes des Gewerblichen Mittelstands, 1933-1935 Präsident des Deutschen Industrie- und Handeltags, 1935 Stabsleiter der Deutschen Arbeitsfront, Leiter des Instituts für angewandte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Leipzig, 1940 Hauptamtsleiter Handel und Handwerk in der Reichsleitung der NSDAP, 1941 Generalkommissar in Litauen, 1946 hingerichtet.

8 Der Nationalsozialistische Schülerbund (NSS) wurde 1929 von Renteln in Berlin gegründet und war vor allem auf den Gymnasien und Realschulen verbreitet. Die eher mittelständisch geprägte Jugendorganisation, die am 1.9.1931 über 8.906, am 1.12.1931 über 14.881 Mitglieder verfügte, konnte zunächst ihre Unabhängigkeit gegenüber der HJ behaupten und mit ihr konkurrieren. Vgl. Daniel Horn, The National Socialist Schülerbund and the Hitler-Youth, 1929-1933. In: Central European History 11 (1978), S. 355-375.

9 Kurt Gruber (1904-1943), Student, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, 1926-1931 Reichsführer der HJ, 1931-1932 Jugendfachberater der Reichsleitung der NSDAP, 1932 zur Gauleitung Sachsen versetzt, 1943 SA-Standartenführer.

10 Der Ausschuß für Jugendorganisation der NSDAP war am 27.10.1927 gegründet worden, um alle entsprechenden Aktivitäten der NSDAP zu koordinieren. Der Ausschuß, den zunächst Franz von Pfeffer, ab 9.6.1930 Walter Buch leitete, blieb jedoch ein relativ bedeutungsloses Führungsgremium, dem jede Exekutivgewalt fehlte. Vgl. Stachura, Nazi Youth, S. 119 ff. sowie Bd. III/3, Dok. 56.

11 Die Reichsführung der Hitler-Jugend hatte ihren Sitz zunächst in Plauen gehabt; erst am 27.4.1931 entschied die Reichsleitung der NSDAP, sie zum 1.5.1931 nach München zu verlegen. Vgl. Stachura, Nazi Youth, S. 135 f.

12 Gruber war es nicht gelungen, den Aufbau der Hitler-Jugend dem sprunghaften Wachstum der NSDAP anzupassen; sein mangelndes Organisationsvermögen, persönliche Konflikte und Alkoholprobleme führten dazu, daß er am 29.10.1931 Hitler gegenüber seinen Rücktritt erklärte. Vgl. Stachura, Nazi Youth, S. 138 ff.

7. Die Zusammensetzung der Stäbe des R.J.F. und der Jugendverbände schlägt der R.J.F. der Obersten SA-Führung baldigst zur Genehmigung vor.

gez. Adolf *Hitler*

## 2. November 1931 Dok. 60
## "Verfügung"
## Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 16.11.1931.

Die Wirtschaftspolitische Abteilung [1] bildet zu ihrer Beratung einen Wirtschaftsrat. Sie zieht ihn bei der Bearbeitung aller parteiamtlichen Kundgebungen, bei allen amtlichen Lehrschriften, bei den Vorarbeiten für die wirtschaftliche Gesetzgebung sowie überhaupt in allen wirtschaftspolitischen Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung zu Rate [2].

Der Wirtschaftsrat ist berechtigt, auch seinerseits der Wirtschaftspolitischen Abteilung Anregungen zu geben.

In den Wirtschaftsrat werden berufen:
Die Parteigenossen: Feder, München, als Vorstand [3], ferner
Dr. Albrecht [4], Altenburg,
Staatsminister Klagges [5], Braunschweig,
Dr. Pfaff [6], Solln bei München,

---

1 Die Wirtschaftspolitische Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP wurde am 1.1.1931 gegründet; Leiter wurde der bisherige Stabschef der SA Otto Wagener. Die Abteilung, die über acht Referenten verfügte und einen eigenen Wirtschaftspolitischen Pressedienst (W.P.D.) herausgab, sollte ein Wirtschaftsprogramm konzipieren, nachdem weder die Bürokratie noch die Ideologen der NSDAP hierzu in der Lage gewesen waren. Diese Entwürfe, gedacht als wirtschaftspolitische Eventualplanung für den Moment der Machtübernahme, wurden immer wieder in gemeinsamen Sitzungen mit Hitler und Gregor Straßer durchgesprochen. Gleichzeitig sollte die Abteilung über ein Netz von elf Beauftragten Kontakte zu wirtschaftlichen Spitzenverbänden aufbauen und durch 44 Gauwirtschaftsreferenten den Kontakt zur Parteibasis aufrechterhalten. Vgl. Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945, Frankfurt a. M. 1988, S. 34 ff.; Turner, Hitler, passim.
Zur Tätigkeit der Wirtschaftspolitischen Abteilung vgl. Joachim Petzold, Wirtschaftsbesprechungen der NSDAP in den Jahren 1930 und 1931. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (1982, II), S. 189-223.

2 Der Wirtschaftsrat der Reichsleitung der NSDAP, "der allem Anschein nach hauptsächlich als Briefkopf existierte und nur selten zusammentrat", erlangte keine größere Bedeutung und wurde bereits am 15.12.1932 wieder aufgelöst. Vgl. Barkai, Wirtschaftssystem, S. 32.

3 Zur zunehmenden Skepsis Hitlers gegenüber Feder vgl. den Brief Levetzows an Donnersmarck vom 20.11.1931. Druck: Granier, Levetzow, S. 312 ff., hier S. 315.

4 Herbert Albrecht (1900-1945), 1919 Angehöriger des Freikorps Halle, Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbunds, 1924 Mitarbeiter im *Völkischen Beobachter*, 1925 Dr. phil. agr., 1926 Eintritt in die NSDAP, 1930-1933 MdR, 1930/31 Gauleiter des Gaues Mecklenburg, 1933/34 Bevollmächtigter Thüringens zum Reichsrat und Sonderbeauftragter der thüringischen Regierung in Berlin, 1934 Aberkennung aller Parteiämter für die Dauer von 3 Jahren, Delegierter des Aufsichtsrats im Vorstand der reichseigenen Deutschen Revisions- und Treuhand-A.-G.

5 Dietrich Klagges (1891-1971), Mittelschullehrer, 1925 Eintritt in die NSDAP, dann Stadtverordneter in Benneckenstein, 1930 Entlassung aus dem Staatsdienst, 1931 Regierungsrat im braunschweigischen Volksbildungsministerium, braunschweigischer Innen- und Volksbildungsminister, 1932/33 MdR, 1932 Leiter der Unterabteilung Wirtschaftswissenschaft in der Reichsleitung der NSDAP, 1933-1945 zugleich braunschweigischer Ministerpräsident, 1950 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, 1957 aus der Haft entlassen.

6 Alfred Pfaff (geb. 1872), Elektro-Chemiker, 1896 Dr., seit 1896 Betriebsleiter, dann Direktor in der elektrochemischen Bergwerks- und Eisenhüttenindustrie, 1932/33 MdR (NSDAP).

Reinhardt[7], Herrsching a. Ammersee,
Funk[8], Berlin,
Daitz[9], Lübeck.
Eine Erweiterung des Wirtschaftsrates bleibt vorbehalten.

*München*, den 2. November 1931

gez. Adolf *Hitler*

f.d.R.: der Chef des Personalamtes:

*Loeper*

## 3. November 1931 Dok. 61
## "Verordnung"
## Anordnung[1]

Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung vom 30.11.1931.

Ich genehmige, daß das anläßlich des SA-Treffens in Braunschweig am 17. und 18. Oktober 1931[2] ausgegebene Abzeichen[3] zum Dienstanzug getragen wird. Die Berechtigung zum Tragen ist im Mitgliedsbuch zu bestätigen.

gez. Adolf *Hitler*

---

7 Fritz Reinhardt (1895-1969), Kaufmann, 1919-1924 Direktor der Thüringischen Handelsschule und der Akademie für Wirtschaft und Steuern in Ilmenau, 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924 Gründer der Fernhandelsschule in Herrsching am Ammersee, 1926 Ortsgruppenleiter der NSDAP, 1927 Bezirksleiter von Oberbayern-Süd, 1928 Gauleiter des Gaues Oberbayern-Schwaben, 1928-1930 Gauleiter des Gaues Oberbayern, 1928-1933 Leiter der NSDAP-Rednerschule in Herrsching, 1929-1933 2. Bürgermeister von Herrsching, 1930-1933 Leiter der Reichspropagandaabteilung II der NSDAP, 1930-1933 MdR, 1933 Staatssekretär im Reichsministerium der Finanzen, 1935 Leiter des Sachgebiets für Arbeitsbeschaffung, Finanz- und Steuerpolitik im Stab des Stellvertreters des Führers, 1937 SA-Obergruppenführer, 1945-1949 inhaftiert.

8 Walther Funk (1890-1960), Journalist, 1916 Redakteur der *Berliner Börsen-Zeitung*, 1922-1930 Chefredakteur, 1931 Eintritt in die NSDAP, 1932 MdR, 1933-1937 Pressechef der Reichsregierung und Staatssekretär im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, 1938-1945 Reichswirtschaftsminister und Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft, 1939-1945 Reichsbankpräsident, 1946 vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu lebenslänglicher Haft verurteilt, 1958 aus Gesundheitsgründen entlassen.

9 Werner Daitz (geb. 1884), 1907 Dipl.-Ing.-Chemiker, Unternehmer, Erfinder, Publizist, 1912 Generaldirektor der Kautschuk-Gesellschaft Schön & Co., Harburg, 1919 Inhaber der Firma Daitz & Co., Lübeck, Mitglied verschiedener Aufsichtsräte, 1931 Eintritt in die NSDAP, 1933 Leiter des Amts für Außenhandel im Außenpolitischen Amt der NSDAP, seit 1934 Amt III, zugleich Gesandter, Bevollmächtigter der Freien und Hansestadt Lübeck bei der Reichsregierung.

1 Kopf: "Der Oberste SA-Führer I a Nr. 6648/31 v. 3. 11. [*19*]31".

2 Vgl. Dok. 48 und 49.

## 3. November 1931 Dok. 62
## "Verfügung" [1]
## Anordnung

Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung vom 30.11.1931.

1.) Die bisherige selbständige Untergruppe München-Oberbayern wird mit Wirksamkeit vom 15.11.[*19*]31 in die "Gruppe Hochland" umgewandelt.

Aus der bisherigen Gruppe Bayern wird der Gruppe noch der Gausturm Schwaben, aus der Gruppe Österreich der Westgau (Tirol, Vorarlberg und Salzburg) zugeteilt.

Bezüglich Stellenbesetzung siehe Führerbefehl Nr. 5 [2].

2.) Die bisherige Gruppe Bayern erhält die Bezeichnung "Gruppe Mittelland". Zu ihr tritt, außer den ihr verbleibenden U[*nter*]Gr[*uppen*] Franken und Gausturm Oberpfalz-Niederbayern, ab 15.11.[*1931*] die Untergruppe Thüringen.

3.) Der Gausturm Oberfranken (Standarten 5 und 7) wird ab 15.11.[*1931*] von der Untergruppe Franken abgetrennt und bildet eine besondere Untergruppe "Oberfranken" (OF), Stabssitz Bayreuth. Bezüglich Stellenbesetzung siehe Führerbefehl Nr. 5.

*Adolf Hitler*

## 3. November 1931 Dok. 63
## Rede auf NSDAP-Versammlung in Sonneberg [1]

Der Nationalsozialist vom 10.11.1931, "Riesige Massenkundgebung mit Adolf Hitler und Dr. Frick in Sonneberg" [2].

Dann sprach Adolf Hitler, abermals mit stürmischen Ovationen begrüßt. In 2 $^{1}/_{2}$stündiger, großangelegter, staatsphilosophischer Rede sprach der Führer über das Wollen des Nationalsozialismus. Ausgehend von dem Unterschied zwischen uns und den anderen Parteien legte

---

3 Abbildung: Organisationsbuch der NSDAP. Hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, München [3]1937, S. 44.

1 Kopf: "(I Nr. 6647/31 v. 3.11.31)".

2 Vgl. Führer-Befehl Nr. 5 (Der Oberste SA-Führer IIa Nr. 6644/31) vom 13.11.1931; StA München, Polizeidirektion München 6822.
Da es sich bei diesem Dokument um eine formalisierte Massenernennung handelt, wurde von einer Aufnahme in die Edition abgesehen. (Vgl. S. XIII).

1 Im Gesellschaftshaus, von 21.00 bis 23.30 Uhr. An der Versammlung, die vom Kreisleiter der NSDAP Hans Sauer geleitet und mit einer kurzen Begrüßung eröffnet wurde, nahmen laut Polizeibericht etwa 2.000-2.200 (*Sonneberger Zeitung*: 2.500-3.000) Personen teil. Vor Hitler sprach MdR und Staatsminister a. D. Frick über das Thema "Unser Kampf um Deutschland". Da die Versammlung völlig überfüllt war, wurden die Reden durch Lautsprecher in das Schießhaus übertragen, wo sich weitere 800 Personen versammelt hatten, doch gelang - so der Bericht des *VB* - "die Übertragung infolge eines Sabotageaktes unserer Gegner nicht in dem ge-

der Führer dar, daß nicht, wie es die Anschauung der Demokraten und Pazifisten lehre, die Summe der Einzelschicksale das Schicksal eines Volkes bestimme, sondern

*über dem Schicksal jedes einzelnen stehe das Schicksal der Nation.*

Unter Hinweis auf den Zerfall alter großer Reiche und dessen Ursachen ging Hitler auf das Regierungssystem in Deutschland über. Man glaube heute, man könne das Gesetz der Kraft und der Stärke ausschalten. An die Stelle dieses geistigen Zerfalls müsse wieder *eine tragbare natürliche Weltanschauung* gesetzt werden. "Dabei will ich ein Dogma in den Vordergrund rücken", fuhr Adolf Hitler fort, "das einzige, das ich anerkenne, das ich aber auch anbete:

*Ich finde alles recht, als richtig und notwendig, was meinem Volke nützt und es erhält."*

Man müsse zu den Forderungen des Lebens zurückkehren. Nicht die Gesellschaftsordnung bestimme das Leben, sondern die Lebensbedingungen, der Lebensraum.

*Jedes Volk sehe deshalb das Recht auf Erweiterung seines Lebensraumes als etwas Natürliches an. Wenn man sage, das sei Imperialismus, dann sei jeder Vater und jede Mutter Imperialist, wenn sie Kinder zeugten.*

Sodann rechnete der Führer scharf mit den Anbetern der Wirtschaft ab. Nicht die Wirtschaft sei das Schicksal, sondern die Politik. Lasse man Deutschland weiter politisch so verkommen, wie es in den letzten zwölf Jahren der Fall gewesen sei, dann werde auch die Wirtschaft noch völlig zugrunde gehen.

Wir müssen uns wieder *auf unsere Kraft besinnen.* Wenn ein Wille da sei, dann könne sich jedes Volk wieder frei machen. Wir müßten wieder zur eigenen Wirtschaft zurückkehren. Dazu sei es aber nötig zu erkennen, daß wir, ganz gleich, ob wir teilnehmen wollen an der Weltwirtschaft[3] oder ob wir uns eine Nationalwirtschaft aufbauen wollten, dazu *Macht* brauchen.

*Nicht das Einzelindividuum sei das Entscheidende, sondern die Gemeinschaft.* Der einzelne ist nichts, die Gesamtheit alles. Menschen kommen und vergehen, aber wichtig ist, *daß das Volk gesund erhalten bleibt.* Zur Erreichung dieses Zieles sei es notwendig, *aufzuräumen einerseits mit dem Hochmut, dem Stolz und dem Standesdünkel und andererseits mit dem Klassenkampf.*

Dieses erforderliche Gemeinschaftsgefühl habe er in seiner Bewegung geschaffen[4]. Hitler fuhr fort:

*"Darauf bilde ich mir am meisten ein, daß ich Millionen von Intellektuellen gelehrt habe, wieder den deutschen Arbeiter schätzen zu lernen[5], und Millionen zurückgeführt habe zur Nation!"*

---

wünschten Maße". Der Veranstaltung ging ein Fackelumzug durch Sonneberg voraus, an dem sich etwa 300 SA-Männer beteiligten.

2 Vgl. auch Sonneberger Zeitung vom 3.11.1931, "Adolf Hitler spricht heute in Sonneberg"; vom 4.11.1931, "Hitlers Programm einer kraftvollen und willenstarken deutschen Nation"; Thüringer Volksfreund vom 4.11.1931, "An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen"; Allgemeine Thüringische Landeszeitung Deutschland vom 5.11.1931, "Hitler und Frick in Sonneberg"; VB vom 11.11.1931, "Ganz Sonneberg war auf den Beinen"; Vorwärts vom 19.11.1931, "Parteioffizielle Morddrohung"; Sonneberger Zeitung vom 20.4.1939, "Zweimal sprach der Führer in Sonneberg"; Schreiben des Stadtvorstands Sonneberg o. Nr. an das thüringische Ministerium des Innern vom 4.11.1931; Polizeibericht der thüringischen Bereitschaftspolizei o. Nr. vom 4.11.1931; StA Weimar, MdI, P 163. Ferner Neue Presse vom 21.11.1992, "Die Anfänge des Nationalsozialismus".

3 Vgl. Dok. 2, Anm. 33.

4 Vgl. Dok. 25, Anm. 34.

5 Vgl. Dok. 25, Anm. 33.

Hitler schloß dann seine Ausführungen mit dem Bekenntnis, daß die Bewegung, die er geschaffen habe, sich unter allen Umständen durchsetzen werde. *Entweder siege in Deutschland dann in der letzten Entscheidung das deutsche Volk oder der internationale, bolschewistische Jude.* Jede neue Wahl zeige, daß unsere Bewegung siegreich sei[6]. Aus den Einzelsiegen werde sich dann der Schlußsieg ergeben. *Dann wird Deutschland wieder ein Reich der Freiheit, der Macht und der Ehre*[7].

## 4. November 1931 — Dok. 64
## "Tagesbefehl. SA-Kameraden!"
## Anordnung[1]

Gedrucktes Exemplar; BA, Sammlung Schumacher Nr. 403[2].

Am 4.11.[*19*]31 besteht die SA 10 Jahre[3].

In einem Jahrzehnt opfervollen und fanatischen Kampfes[4], unermüdlicher und zäher Arbeit und Hingabe ist aus einer kleinen Schar einsatzbereiter Kämpfer ein Heer vom Hakenkreuz [*sic!*] erwachsen, das heute schon das 2. Hunderttausend überschritten hat[5].

Wenn ich Euch an diesem Gedenktage meinen und der Gesamtbewegung Dank und die uneingeschränkte Anerkennung ausspreche, so weiß ich, daß sie Euch nur ein Ansporn sein wird, auf dem bisherigen Wege fortzuschreiten dem unaufhaltsamen Siege entgegen.

Vorwärts sei auch die Losung für die Tage und Wochen des Kampfes, die vor uns liegen.

*Adolf Hitler*

---

Vgl. auch den Bericht des *VB*, in dem es u. a. heißt: "Es fiel besonders auf, daß sich unter der wartenden Menge *viele Handarbeiter* befanden."

6 Vgl. z.B. Dok. 2, Anm. 62, Dok. 37, Anm. 18 und Dok. 57, Anm. 2.
Anlaß für das Auftreten Hitlers und Fricks war die am 8.11.1931 stattfindende Stadtratswahl in Sonneberg, bei der die NSDAP die Zahl ihrer Sitze von fünf auf zehn verdoppeln konnte. Die SPD erhielt bei dieser Wahl fünf, die KPD vier und der Nationale Bürgerblock zwei Sitze. Damit wurde der Nationalsozialist Gustav Biermann zum 2. Bürgermeister gewählt. Vgl. VB vom 10.11.1931, "Wir siegen".

7 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Kopf: "Der Oberste SA-Führer Nr. 6643/31. München, den 4. November 1931."

2 Vgl. auch VB vom 4.11.1931, "10 Jahre S.A.".

3 Seit Januar 1920 begann die DAP/NSDAP einen Saalschutz einzusetzen, der am Ende des Jahres unter Leitung von Emil Maurice zur "Turn- und Sportabteilung" der NSDAP zusammengefaßt wurde. Nachdem sich diese am 4.11.1921 bei einer Saalschlacht im Münchner Bürgerbräukeller "bewährt" hatte, galt sie - nun unter der Bezeichnung Sturm-Abteilung - als offizielle Parteitruppe der NSDAP mit einer damaligen Gesamtstärke von etwa 300 Mann. Vgl. Longerich, Bataillone, S. 22 ff. sowie Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 513 ff.

4 Zum Gewaltpotential der SA vgl. Dok. 43, Anm. 16.

5 Laut Bericht der Obersten SA-Führung Ib/Nr. 80/32 vom 11.1.1932 besaß die SA im Oktober 1931 eine Gesamtstärke von 192.439 Mann, im November 1931 eine Gesamtstärke von 221.136 Mann; Sächsisches HStA, Min.d.Innern Nr. 19088.

# 4. November 1931 Dok. 65
# Erklärung

VB vom 4.11.1931, "Wie sie lügen!".

Es ist unwahr, daß ich in der Unterredung mit Generalleutnant *v. Schleicher*[1] fest versprochen hätte, die S.A. sofort nach der Regierungsübernahme[2] restlos aufzulösen und zu entlassen[3].

Wahr ist, daß in keiner der beiden Unterredungen mit Generalleutnant v. Schleicher oder mit sonst jemandem überhaupt die Rede von einer Auflösung oder Entlassung der S.A. war.

Es ist unwahr, daß ich erklärt hätte, auf die Besetzung der Polizeipräsidentenposten in den hauptsächlichsten Städten und Ländern [*sic!*] zu verzichten und alle radikalen Elemente meiner Partei rücksichtslos auszuschalten, insbesondere Dr. Goebbels[4] in keiner Weise zu irgendeiner verantwortlichen Regierungsstelle heranzuziehen[5].

---

1 Kurt von Schleicher (1882-1934), 1900 preußischer Leutnant, 1913 Hauptmann in der Eisenbahnabteilung im Großen Generalstab, 1918/19 Chef der politischen Abteilung in der OHL, 1919 Übernahme in die Reichswehr als Major, 1919-1926 Leiter des politischen Referats im Truppenamt/Reichswehrministerium, 1926-1929 Oberst, Chef der Wehrmachtsabteilung im Reichswehrministerium, 1929-1932 Generalmajor, Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium, 1931 Generalleutnant, 1932 General, 1.6.1932 bis 28.1.1933 Reichswehrminister, 3.12.1932 bis 28.1.1933 zugleich Reichskanzler, 1934 im Zuge des sog. Röhm-Putsches ermordet. Schleicher besaß seit März 1931 über den Stabschef der SA Röhm direkten Kontakt zur Führung der NSDAP. Zur genauen Datierung der Unterredungen zwischen Hitler und Schleicher, über die Brüning informiert war, liegen unterschiedliche Angaben vor; nachgewiesen ist eine Unterredung vor dem (Anfang Oktober) und eine nach (22. oder 29.10.1931) dem Empfang Hitlers durch den Reichspräsidenten am 10.10.1931, bei dem sich Schleicher und Hitler ebenfalls kurz unterhielten. Hatten dabei zunächst militärpolitische Fragen im Vordergrund gestanden, so entsprach es den Interessen wie der Schlüsselstellung Schleichers, wenn zunehmend politische Grundsatzfragen beraten wurden. Schleicher resümierte, Hitler habe "seine Loyalität und Legalität beteuert"; dieser sei - so Schleicher an anderer Stelle - "jetzt doppelt und dreifach an den Legalitätspfahl gebunden". Vgl. Staat und NSDAP, Dok. 27 f., 38; Brüning, Memoiren 1918-1934, S. 460; Kunrat Frhr. von Hammerstein, Spähtrupp, Stuttgart 1963, S. 20 f.; Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP, S. 129, 135 ff.; Axel Schildt, Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1981, S.120 f. Von den zeitgenössischen Zeitungsberichten besonders wichtig: Frankfurter Zeitung vom 30.10.1931, "Adolf Hitler bei General Schleicher" mit offizieller Stellungnahme des Reichswehrministeriums.

2 Die *Welt am Montag* hatte am 2.11.1931 gemeldet ("Hitler vor den Toren"), daß Hitlers geheime Verhandlungen mit den Reichsbehörden "vor ihrem Abschluß" stünden. Durch seine Unterredung mit Schleicher habe er auch die Reichswehr auf seine Seite gebracht. Als Gegenleistung habe Hitler versprochen, die SA "nach der Regierungsübernahme restlos aufzulösen", auf die Besetzung der wichtigsten Polizeipräsidentenposten zu verzichten und Goebbels mit keiner wichtigen Aufgabe zu betrauen. Ferner habe Hitler erklärt, daß er sich das Programm des Reichsverbands der Deutschen Industrie zu eigen gemacht und - auf Druck westdeutscher Industrieller - Kontakte zu französischen Politikern aufgenommen habe. Beim Besuch Lavals in Berlin habe er sich - wenn auch vergeblich - um eine geheime Unterredung mit diesem bemüht, wie er auch verschiedene Reisen ins Ausland plane, u. a. nach Paris und London. Als "Termin für seine Regierungsübernahme" habe Hitler "spätestens Ende November" genannt. Der Artikel schließt mit den Worten: "Sobald aber außenpolitische Klarheit geschaffen worden ist, dürften einer *vorläufig geteilten* Machtübernahme [*Hitlers*] nennenswerte Schwierigkeiten kaum noch im Wege stehen."

3 Zur Bedeutung der SA in den damaligen politischen und militärischen Planungen Hitlers vgl. Dok. 31 und 38.

4 Joseph Goebbels (1887-1945), Journalist, 1922 Dr. phil., 1925 Eintritt in die NSDAP, 1925/26 Mitglied der Gauleitung des Gaues Rheinland-Nord, 1925 Schriftleiter der *Nationalsozialistischen Briefe*, 1926 Gauleiter des Gaues Ruhr (zusammen mit Karl Kaufmann und Franz von Pfeffer), 1926-1945 Gauleiter des Gaues Berlin,

Wahr ist, daß weder von der Besetzung der Polizeipräsidentenposten, noch von der Ausschaltung der radikalen Elemente meiner Partei, noch von einer Verwendung oder Nichtverwendung von Dr. Goebbels die Rede war.

Es ist unwahr, daß ich weiter erklärt hätte, daß ich mir das Programm des Reichsverbandes der [*Deutschen*] Industrie[6] in jeder Beziehung zu eigen mache und den Abbau der Sozialversicherung, der Arbeitslosenunterstützung und des Tarifrechtes unbedingt unterstütze[7].

Wahr ist, daß weder vom Programm des Reichsverbandes der [*Deutschen*] Industrie noch vom Abbau der Sozialversicherung, der Arbeitslosenunterstützung und des Tarifrechtes die Rede war.

Es ist unwahr, daß ich durch verschiedene Vertrauensleute Beziehungen zu französischen Politikern aufgenommen hätte und mich anläßlich des Besuches der französischen Minister in Berlin[8] um eine geheime Unterredung mit Laval[9] bemühte[10].

---

1927-1934 Herausgeber der Zeitung *Der Angriff*, 1928-1933 MdR (NSDAP), 1930-1945 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1932/33 MdL in Preußen, 1933-1945 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, 1945 Selbstmord.

5 Zum damaligen Verhältnis zwischen Hitler und Goebbels vgl. Ralf Georg Reuth, Goebbels, München 1990, S. 206 ff.

6 Der Reichsverband der Deutschen Industrie hatte gemeinsam mit den wichtigsten Wirtschaftsverbänden am 29.9.1931 eine öffentliche Erklärung veröffentlicht, in der "schärfste Kritik" geäußert wurde "gegenüber einem politisch diktierten Hin- und Herschwenken zwischen Kapitalismus und Sozialismus". Im einzelnen forderte man einen umfangreichen Abbau der öffentlichen Ausgaben, "Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse", Abbau der sozialpolitischen Leistungen einschließlich der Arbeitslosenversicherung, Senkung der Bahn- und Posttarife und eine Befreiung des Geldmarkts vom Druck der öffentlichen Schulden. Vgl. Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981, S. 99 ff. Druck: Das Deutsche Reich von 1918 bis heute. Hrsg. von Cuno Horkenbach, Berlin 1931, S. 318 ff.

7 Vgl. jedoch den Brief von Rudolf Heß an Klara und Fritz Heß vom 3.9.1931, in dem u. a. steht: "H[*itler*] ist jetzt mehr in Berlin als in München. Er hat es sich zur Aufgabe gesetzt, die noch vorhandenen Stützen der jetzigen Regierung in Industrie- und Bankwelt zum Wanken zu bringen. Er betreibt dies mit großem Erfolg. Sogar führende Bankleute haben sich nun dahin geäußert, daß H[*itler*] der einzige sei, der die Lage noch retten könne." Druck: Rudolf Heß, Briefe 1908-1933. Hrsg. von Wolf Rüdiger Heß, München 1987, S. 413. Zum damaligen Verhältnis zwischen NSDAP und Großindustrie vgl. Turner, Großunternehmer, S. 207 ff.

8 Erstmals seit 1878 waren am 27./28.9.1931 mit dem französischen Ministerpräsidenten Pierre Laval und dem französischen Außenminister Aristide Briand französische Staatsmänner zu einem offiziellen Besuch in Berlin eingetroffen. Angesichts der äußeren Bedeutung dieses Ereignisses waren die Ergebnisse der Besprechungen der französischen Politiker mit Brüning, Curtius und Hindenburg verhältnismäßig gering, die großen Themen Reparationen und Abrüstung wurden kaum angesprochen. Vereinbart wurde in erster Linie eine Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen, vor allem durch die Einsetzung einer deutsch-französischen Wirtschaftskommission. Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XVIII, Dok. 77, 134, 209, 212, 214 f., 224, 230; Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 2, Dok. 488. Ferner André François-Poncet, Als Botschafter im 'Dritten Reich'. Die Erinnerungen des französischen Botschafters in Berlin September 1931 bis Oktober 1938, Mainz 1980, S. 28 ff.

9 Pierre Laval (1883-1945), 1907 Rechtsanwalt, 1914 Mitglied der französischen Abgeordnetenkammer (Section Française de l'Internationale Ouvrière), 1923-1940 Bürgermeister von Aubervilliers, seit 1925 Inhaber verschiedener Ministerposten in den Regierungen Painlevé, Briand und Tardieu, seit 1927 Senator, 1931/32 und 1935/36 Ministerpräsident, 1932 und 1934-1936 zugleich Außenminister, 1940 stellvertretender Ministerpräsident der französischen Regierung in Vichy, 1942-1944 Chef du Gouvernement, 1944 Flucht nach Belfort, dann Sigmaringen, 1945 hingerichtet.

Wahr ist, daß ich weder direkt noch indirekt Beziehungen zu französischen Politikern aufgenommen habe. Wahr ist, daß ich mich um keine Unterredung mit Laval bemühte.

Unwahr ist demgemäß auch, daß ich meiner Presse eine Änderung ihrer Haltung Frankreich gegenüber[11] befohlen hätte[12].

Es ist weiter unwahr, daß ich als Termin für eine Regierungsübernahme spätestens Ende November bezeichnet hätte[13].

Wahr ist, daß ich keinen Termin für eine Regierungsübernahme genannt habe.

*Adolf Hitler*

## 7. November 1931 — Dok. 66
## Rede auf NSBO-Versammlung in München[1]

VB vom 11.11.1931, "Reichsschulungskurs der N.S.B.O.".

Redetext nicht ermittelt[2].

---

10 Eine solche Unterredung läßt sich weder nachweisen, noch erscheint dies wahrscheinlich. Hitler war damals noch nicht einmal bereit, französische Journalisten zu empfangen. Vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XIX, Göttingen 1983, Dok. 98 sowie Excelsior vom 5.1.1932, "Le Pouls de l'Allemagne en Fièvre". Ferner Bd. IV/1 dieser Edition, Dok. 15, 24.

11 Vgl. etwa die Berichterstattung in *Der Angriff* vom 26.9.1931 ("Die Franzosen kommen!"); dort ist u. a. zu lesen: "Die französischen Minister werden das deutsche Berlin nicht auf der Straße sehen. In Scham und Zorn über das uns von Frankreich angetane Unrecht wird es diesem Versuch gegenüber die kälteste und schneidendste Reserve bewahren und es den Männern des Herrn Hörsing überlassen, mit Triumphgeschrei die Vertreter der feindlichen Nation zu bewillkommnen." Generell zur nationalsozialistischen Pressepolitik gegenüber diplomatischen Vertretern vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 573.

12 In seinen Memoiren (S. 460 ff.) schreibt Brüning, er habe sich - zwei Tage vor dem Besuch - mit Goebbels darauf verständigt, daß der Empfang der französischen Politiker nicht durch die NSDAP gestört werde. Er habe Goebbels als Gegenangebot eine gewisse Unterstützung im sog. Kurfürstendamm-Prozeß gegen SA-Oberführer Graf Helldorf zugesichert. Vgl. auch Le Matin vom 26.9.1931, "Avant la visite à Berlin des Ministres Français", wo bereits vor dem Besuch von einem entsprechenden Verbot Hitlers berichtet wird.

13 Vgl. jedoch etwa Dok. 48. Ferner das Schreiben des preußischen Ministers des Innern an den Reichsminister des Innern Nr. II 1420 al/316 vom 21.10.1931, wo über eine geheime Unterredung zwischen einem ehemaligen Polizeibeamten und Hitler am 11.10.1931 berichtet wird. "Hitler habe dem Polizeibeamten versichert, daß 'alle ehemaligen Polizeibeamten wieder herankämen', wenn er die Macht ergriffen habe. Auf die Frage nach dem Zeitpunkt der Machtergreifung habe Hitler immer nur geäußert, daß das noch 'heuer' geschehe. Auf die eingehendere Frage, wann das 'heuer' sei, habe Hitler geantwortet, daß er 'noch vor Weihnachten' die Macht ergreifen werde." BA Potsdam, RMdI, Deutschvölkische und Nationalsozialistische Partei, November 1931-Mai 1932, 25792.

1 In der Reichsführerschule der NSDAP. Mit Hitlers Rede, die knapp eine Stunde dauerte, wurde ein Lehrgang der Gau-Betriebszellenleiter der NSDAP abgeschlossen. Der Lehrgang, der von Reichsbetriebszellenleiter, MdR Walter Schuhmann, geleitet wurde, war am 2.11.1931 in der Reichsführerschule eröffnet worden.

2 Laut Vorlage vermittelte Hitler den Hörern "Einblick in *grundsätzliche* Aufgaben und das Wesen der nationalsozialistischen Weltanschauung".

## 9. November 1931 Dok. 67
## Rede auf NSDAP-Versammlung in Gießen [1]

Gießener Anzeiger vom 10.11.1931, "Hitler spricht in Gießen" [2].

Er [*Hitler*] erklärte den aus Gießen und in sehr großer Zahl auch von auswärts (aus allen Teilen Oberhessens und aus den benachbarten preußischen Gebieten) erschienenen Besuchern einleitend, daß das deutsche Volk jetzt an einem *großen historischen Wendepunkt* seiner Geschichte stehe, der von einschneidendster Bedeutung für das ganze Volk sein werde. *Die NSDAP weiche den Tagesfragen nicht aus*, die sie mit übernehmen müsse, wenn sie in die Regierung eintrete [3]. Aber alle diese Tagesfragen seien nur zu verstehen und zu lösen, wenn das deutsche Volk ein gesundes und natürliches Feld für seine Arbeit wiedergewinne. Es müsse aber jedermann klar sein, daß nicht das Einzelschicksal das Gesamtschicksal ausmache, sondern [*daß*] *das Schicksal der Gesamtheit über den Einzelschicksalen stehe.*

---

Tags zuvor hatte eine Unterredung zwischen Hitler, Gregor Straßer und Rudolf Heß auf der einen Seite sowie dem Vorstand des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbands, Hans Bechly, und dem Vorstandsmitglied, Max Habermann, auf der anderen Seite stattgefunden. Während Habermann am 25.11.1931 in der *Deutschen Handels-Wacht* schrieb, die nationalsozialistischen Politiker hätten "sich so eindeutig auf den Boden der gegebenen sozial- und gewerkschaftspolitischen Notwendigkeiten gestellt, daß Harzburg als Hoffnung der sozialpolitischen Reaktionäre erledigt" sei, äußerten die Vertreter des DHV intern ihre Enttäuschung über den Verlauf des Gesprächs. Hitler habe einen dreiviertelstündigen Monolog gehalten, sie selbst seien nur eine Viertelstunde zu Wort gekommen. Vgl. Iris Hamel, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893-1933, Frankfurt a. M. 1967, S. 249 f.; Krebs, Tendenzen und Gestalten, S. 32 f.

1 In der Volkshalle, von 21.00 bis 23.30 Uhr. An der Versammlung, die von MdR und Gauleiter Karl Lenz geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet wurde, nahmen etwa 8.000 Personen teil.

2 Vgl. auch Der Angriff vom 10.11.1931, "Wir trommeln in Hessen"; VB vom 11.11.1931, "Große Hitlerkundgebung in Gießen"; Hessenhammer vom 13.11.1931, "Der Führer spricht in Mainz und Gießen"; Illustrierter Beobachter vom 28.11.1931, "Adolf Hitler im hessischen Wahlkampf". Ferner Jörg-Peter Jatho, Zur Durchsetzung des Nationalsozialismus in der Provinz Oberhessen - unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Gießen. In: Werner Wolf, Antonio Peter (Hrsg.), Als es mit der Freiheit zu Ende ging. Studien zur Machtergreifung der NSDAP in Hessen, Wiesbaden 1990, S. 75-101.

3 Anlaß für Hitlers Rede war der Wahlkampf für die am 15.11.1931 stattfindende hessische Landtagswahl. Ihr Ergebnis und das der vorhergehenden Landtagswahl am 13.11.1927 lautete:
Stimmenanteile in Prozent

| Landtagswahl: | 13.11.1927 | 15.11.1931 |
|---|---|---|
| KPD | 8,6% | 13,6% |
| SPD | 32,6% | 21,4% |
| DDP/DStP | 7,8% | 1,4% |
| Zentrum | 17,7% | 14,3% |
| Volksrecht-Partei | 5,0% | 0,2% |
| Christlich-Sozialer Volksdienst | - | 2,1% |
| Hessischer Bauernbund | 12,7% | 2,6% |
| DVP | 10,7% | 2,3% |
| DNVP | 4,9% | 1,4% |
| NSDAP | - | 37,1% |
| Sonstige | - | 3,5% |

Vgl. Falter u.a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 95.

Die verschiedenen Parteien hätten immer nur vom Interessenstandpunkt der jeweiligen Wählerschichten aus gehandelt[4]. Man könne aber keinen bestimmten Berufsstand retten, sondern allenfalls nur dessen Interessen vertreten. Man könne *nur entweder Deutschland retten, oder Deutschland gehe zugrunde!* (Stürmischer Beifall.) Jeder unterliege dem Lebensgesetz der Nation, das alle Teile in natürlicher gesetzmäßiger Folgerichtigkeit beherrsche. Der Redner lenkte dann die Blicke auf die wirtschaftlichen Verfallserscheinungen hin und betonte, solange eine Nation sich *politisch und moralisch in Ordnung* befinde, werde sie die Erneuerung des Volkskörpers sicherstellen können; erst wenn ein *Volk politisch* zerbreche, als *Machtfaktor ausscheide,* beginne die Wirtschaft ähnliche Wege zu gehen. Der tiefste Grund der wirtschaftlichen Katastrophe liege in einem Verhängnis, das uns Deutsche ununterbrochen verfolge: Das *Leben* dränge unbegrenzt nach Vermehrung, der aber der *Lebensraum* in seiner Begrenzung Widerstand entgegensetze. An die Schaffung des erforderlichen *Lebensraumes* durch die *Exportwirtschaft* sei nicht zu glauben, es sei vielmehr noch mit einer Verschärfung der Lebensraumkrise zu rechnen. Das Leben sei bedingt, erstens, durch den Lebensraum, durch die Mutter Erde, und, zweitens, durch den Menschen in seiner Zahl und Qualität. Der Redner wandte sich gegen die marxistische mechanische Auffassung des Lebens, die besage, die Konstruktion in allem sei entscheidend für das Leben. Er, als Nationalsozialist sage dagegen, entscheidend sei, erstens, der Raum, zweitens, der Mensch, nicht nur als Zahlenproblem, sondern auch als Qualität und Faktor der Güte; der Mensch könne sich von der Erde nicht loslösen.

*Man gebe dem Volke den Lebensraum, und es werde sich sein Leben wieder gestalten.*

Der Boden sei die erste Voraussetzung zum menschlichen Leben, die zweite liege in dem Menschen selbst und in seinem grundsätzlichen blutmäßigen Wert.

Der Redner beschäftigte sich dann mit der Frage, was zu tun ist, wenn das *Volk wächst* und über seinen Lebensraum hinauskomme. Auch hier trenne ihn eine grundsätzliche Überzeugung vom Marxismus. Niemals hätten Veränderungen des Raumes friedlicher Natur stattgefunden. *Immer seien Völker verdrängt worden durch stärkere Völker.* Die Not habe die Völker immer auf die Suche nach neuem Lebensraum getrieben. Das Gesetz der *Kraft* habe bisher die Welt verteilt. *England und Frankreich* hätten ein Interesse daran zu sagen, die Welt solle so bleiben, wie sie heute sei[5]. Er verstehe nicht, daß es Deutsche gebe, die glauben, daß der jetzige Zustand der Welt andauern solle.

---

4 Vgl. Dok. 25, Anm. 34.
Vgl. ferner das Schreiben Gregor Straßers an den hessischen Gauleiter Lenz vom 3.11.1931 (BA, NS 22-370), in dem es u. a. heißt: "Ich möchte Sie von folgender Stellungnahme des Führers unterrichten: Unbeschadet der Fortführung unserer Agitation im alten Rhythmus und Jargon wünscht der Führer, daß der Wahlkampf in Hessen ausgesprochen gegen die Weimarer Koalition geführt wird. Parteien, die zur Nationalen Opposition gehören, werden am besten gar nicht erwähnt, d. h. weder für noch gegen [*sie*] gesprochen. Das gleiche gilt für die Deutsche Volkspartei."

5 Zum Selbstverständnis des außenpolitischen Handelns Großbritanniens vgl. eine Denkschrift des Foreign Office von 1926, in der es u. a. heißt: "We [...] have no territorial ambitions nor desire for aggrandisement. We got all that we want - perhaps more. Our sole object is to keep what we want and live in peace." Zit. bei: Bernd Ebersold, Machtverfall und Machtbewußtsein. Britische Friedens- und Konfliktlösungsstrategien 1918-1956, München 1992, S. 15, Anm. 26. Zum Sicherheitsdenken der französischen Außenpolitik vgl. Jacques Bariéty, Les Relations Franco-Allemandes après la Première Guerre Mondiale. 10 Novembre 1918 - 10 Janvier 1925 de l'Exécution à la Négociation, Paris 1977.

*Alle Völker hätten Lebensraum gewonnen nur aus ihrer eigenen Kraft. Die grundsätzliche Auffassung der Nationalsozialisten sei, daß im Völkerleben die Nation zu Grunde gehe, die sich nicht ihr Leben selbst sichere und selbst dafür eintrete.*

Leider hätten aber Millionen deutsche Menschen das natürliche Denken verlernt und kein Verständnis mehr für den eigenen Lebensraum. Der *eigene Boden* müsse die Plattform sein, auf der ein Volk stehe, nicht der Welthandel! *Hitler* wandte sich dann entschieden gegen das Geschrei, die *Grenzen zu öffnen*[6], *während die deutsche Landwirtschaft zugrunde gehe*[7], es dann immer noch mehr Entwurzelte gebe und schließlich das eigene Volk von seiner Lebensbasis entwurzelt sei. Von einem gewissen Punkt der weltwirtschaftlichen Entwicklung ab heiße der Schlüssel nicht mehr Preis, sondern *politische Macht!* Angesichts der ungeheuren Veränderung in Deutschland seit 1918 sei eine *grundsätzliche Umstellung im Denken* zu fordern. Der Redner wies dann auf die Schattenseiten der Überrationalisierung unserer Industrie hin[8], die mit Erzeugungsmöglichkeiten für den vier- bis fünffachen Bedarf ausgestattet sei, während sie dafür aber keinen Absatz habe[9]. Dem Volke, das auf Export angewiesen sei, werde durch dieses Mißverhältnis zwischen Produktionsfähigkeit und Absatz der Lebensraum noch mehr beengt, die Weltschwierigkeiten würden noch größer, dazu komme als politischer Faktor der *russische Bolschewismus* hinzu, der von Millionen unseres Volkes noch gar nicht begriffen werde. Der *russische Fünfjahresplan*[10] bedeute bei seinem Gelingen für Hunderttausende von deutschen Volksgenossen nur Arbeitslosigkeit[11]; ebenso sei es, wenn England Indien verliere[12]. Das sei nicht belanglos für uns, deren Leben auf Export aufgebaut sei[13].

---

6 Das Gesetz über Zolländerungen vom 28.3.1931 ermächtigte die Reichsregierung, "unter sorgfältiger Schonung der bestehenden handelspolitischen Beziehungen die Zollbehandlung für einzelne Erzeugnisse des ersten Abschnitts des Zolltarifs abweichend von den geltenden Vorschriften zu regeln". Die sich zunehmend verschärfende Zollpolitik der Reichsregierung trug jedoch in erster Linie den Problemen der Agrarwirtschaft Rechnung, was heftige Diskussionen zwischen den Agrarverbänden auf der einen und den Industrie- und Handelsverbänden, aber auch SPD und Gewerkschaften auf der anderen Seite auslöste. Vgl. Dieter Gessner, Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930-1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977, S. 32 ff. Druck des Gesetzes über Zolländerungen vom 28.3.1931 und der Verordnung des Reichspräsidenten über Zolländerungen und über die vorläufige Anwendung zweiseitiger Wirtschaftsabkommen vom 1.12.1931: RGBl. 1931, I, S. 101, 689.

7 Vgl. Dok. 2, Anm. 34.

8 Vgl. hierzu Thomas von Freyberg, Industrielle Rationalisierung in der Weimarer Republik. Untersucht an Beispielen aus dem Maschinenbau und der Elektroindustrie, Frankfurt a. M. 1989.

9 Veranschlagt man die Produktivität der deutschen Wirtschaft im Jahr 1928 auf 100, so stieg die Produktion an Investitionsgütern 1929 auf 103, um 1930 auf 84, 1931 auf 54 und 1932 auf 35 zu fallen. Bei den Produktionsgütern belief sich die Quote 1929 auf 103, 1930 auf 86, 1931 auf 61 und 1932 auf 46. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III, S. 84. Ferner Dok. 37, Anm. 14.

10 Vgl. Dok. 2, Anm. 38.

11 Vgl. Dok. 2, Anm. 37.

12 Zur damaligen wirtschaftlichen Bedeutung Indiens vgl. Dietmar Rothermund, Indiens wirtschaftliche Bedeutung. Von der Kolonialherrschaft bis zur Gegenwart, Paderborn 1985, S. 93 ff.; The Cambridge Economic History of India, Vol. 2: c. 1757-c. 1970. Ed. by Dharma Kumar with the editorial assistance of Meghnad Desai, Cambridge 1983.

13 1931 belief sich der deutsche Gesamtexport im reinen Warenverkehr auf 9.598,6 Millionen RM; hiervon gingen Waren im Wert von 157,5 Millionen RM (1,6%) nach Britisch Indien. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 212 f.

*Wenn der bisherige Weg der Weltwirtschaft von uns weitergegangen werde, gehe unser Volk in rasender Schnelligkeit einem Zusammenbruch entgegen, der noch gewaltiger sein werde als der bisherige*[14]*. Dieser Weg führe zum absoluten Ruin, nicht nur zu einer Finanzkatastrophe, sondern zu einer Lebenskatastrophe. Bei dieser Sachlage gebe es für uns nur zwei Möglichkeiten, um der Katastrophe zu entgehen: entweder wir schüfen uns einen neuen Binnenmarkt durch Anpassung des Lebensraumes an unsere Volkszahl, oder wir stellten hinter unsere Produktion in Zukunft wieder die Gesamtheit unserer politischen Macht.*

Der Redner betonte hierauf das *Recht* des deutschen Volkes auf *Leben* und erklärte, wenn ein Volk nicht bereit sei, für sein Recht als Kläger aufzutreten und auch zu *streiten*, habe es kein Recht. (Stürmischer Beifall.) Wenn man ihm sage, er bete die Gewalt an, so erklärte er, er bete das Recht seines Volkes zum Leben an, indem er es ableite von der Würdigkeit zum Leben[15]. Würdig zum Leben sei das Volk, das gesund und kraftvoll sei und sein Leben selbst verfechte. (Erneuter stürmischer Beifall.) *Wir wollen uns nicht unterwerfen* und uns nicht feige vom Schicksal erwürgen lassen. Die Zukunft unseres Volkes hänge ab von der *Wiedererringung einer gesunden, natürlichen Widerstandskraft.* Von der blutsmäßigen Gemeinschaft ausgehend, predige er einen gesunden Nationalismus, der sich frei mache von allen Vorurteilen; baue er eine Brücke, über die Millionen zu ihm herübermarschieren könnten; zertrümmere er Vorurteile und hole den *deutschen Menschen* hervor. *Sein Nationalismus sei brüderliche Gemeinschaft* mit dem Volke, und daß er sich *freimache von Vorurteilen,* sei *Sozialismus im edelsten Sinne des Wortes.* Turmhoch über allem stehe ihm aber das Schicksal seines Volkes. Um wieder als politische Realität angesehen zu werden, müsse *Deutschland* wieder als ein *machtbesitzender und machtbedeutender Faktor* vor die Welt hintreten. Die Kraft dazu liege in uns allen, nur was aus uns selbst komme, sei stark. Der Redner richtete dann eine entschiedene Absage an die Weltbürgerschaft, die Weltmeinung, das Weltgewissen usw., die alle uns um die eigene Kraft betrogen hätten. Er erklärte:

*Zu lieben, brauche man uns nicht; anzuerkennen, brauche man uns auch nicht, wenn man uns nur als eine tatsächliche, geschichtliche Realität respektiere, das sei vollständig ausreichend.*

Weiter lehnte der Redner die Demokratie, Mehrheitsbildung usw. entschieden ab und bekannte sich zu dem Grundsatz der persönlichen Verantwortlichkeit. Gegen den Internationalismus und gegen die Demokratie sei der Kampf zu führen. Unser Volk glaube an alles, nur *nicht* an die *Notwendigkeit der eigenen Rettung,* an das *Vertrauen auf die eigene Kraft.* Diese Denkweise müsse dem Volke ausgebrannt werden. An Stelle des zerrissenen deutschen Volkes, des vom Klassenkampfgedanken durchsetzten Körpers sei der *einheitliche Wille zur deutschen Volksgemeinschaft* zu setzen. Wenn ganz Deutschland so denke wie die "Frankfurter Zeitung"[16], dann sei das Ende unseres Volkes gekommen, wenn ganz Deutschland aber so denke wie die NSDAP,

14 Vgl. Dok. 2, Anm. 3 ff.

15 Vgl. Dok. 56, Anm. 3.

16 Die *Frankfurter Zeitung* geht zurück auf die seit 1856 erscheinende *Frankfurter Handelszeitung*, seit November 1866 *Frankfurter Zeitung und Handelsblatt.* Um politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit bemüht, entwickelte sich die *Frankfurter Zeitung* schon vor 1914 zu einer der führenden liberalen Zeitungen in Deutschland mit zunehmender internationaler Bedeutung. 1934 erreichte die *Frankfurter Zeitung*, deren Geschäftsführung 1910 die Brüder Heinrich und Kurt Simon übernommen hatten, eine Auflagenhöhe von über 100.000. Vgl. Günther Gillessen, Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich, Berlin 1986, S. 12 ff.

dann werde Deutschland vor dem Ausland ganz anders bestehen. Die NSDAP kämpfe nicht um Wahlen, sie wolle nur die *Macht im Staate* mit legalen Mitteln erkämpfen[17]. Heute seien 20 Millionen Menschen bei der NSDAP[18], bald würden es 30 Millionen sein, und daraus werde einmal das neue Deutschland, die *neue Gemeinschaft der deutschen Menschen* werden. Das Ringen gehe um ein deutsches Volk, das frei und würdig sei und bestehen könne vor dem großen, ewigen Gericht, das sich sein Schicksal wieder selbst gestalten könne. Die NSDAP kämpfe für ein

*Deutsches Reich, das nicht geknechtet und versklavt sei,*

für ein Reich, das wieder frei sein werde, für ein Deutschland, das als Schirm und Schutz auch des ärmsten seiner Bürger dastehe! (Langanhaltender stürmischer Beifall und Jubel.)[19]

## 10. November 1931 Dok. 68
## Anordnung[1]

Masch. Aufzeichnung; StA München, Polizeidirektion München 6826.

Allen SA und SS-Ärzten und allen Sanitätsmännern[2] sage ich für ihre aufopfernde und uneigennützige Tätigkeit bei dem Aufmarsch in Braunschweig[3] sowie ihre sonstige Bereitwilligkeit, mit der sie sich in den Reihen der SA und SS betätigen, meinen herzlichen Dank und beauftrage den Reichsarzt[4] mit der Bekanntgabe.

Der Oberste SA-Führer:

gez. Adolf Hitler

Der Reichsarzt:

gez. Dr. Hocheisen

f. d. R. Dr. Lang[5]

---

17 Vgl. Dok. 2, Anm. 19 und Dok. 31, Anm. 12.

18 Gemeint sind offenbar die Wähler der NSDAP, wobei es sich hier lediglich um eine Schätzung handelt. Vgl. Dok. 2, Anm. 61 und 62, Dok. 29, Anm. 24 sowie Dok. 46, Anm. 11.

19 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Kopf: "Der Oberste SA-Führer. Reichsarzt. München, den 10.11.1931. Verteiler: Sanitätsdienstweg. Anweisung 7. Hiermit gebe ich nachstehenden Befehl unseres Führers Adolf Hitler bekannt:"

2 Zur Organisation des Sanitätswesens von SA und SS vgl. Bd. IV/1, Dok. 104.

3 Vgl. Dok. 48 und 49.

4 Paul Hocheisen (1870-1944), Dr. med., 1892 württembergischer Sanitätsoffizier, 1919 Übernahme in die Reichswehr, 1929 Abschied als Generaloberstabsarzt (Generalleutnant), Eintritt in die NSDAP, 1930 Eintritt in die SA, 1931 Reichsarzt im Stab der Obersten SA-Führung, 1932 MdR, 1933 SA-Sanitätsobergruppenführer, Generalinspekteur des Sanitätswesens der SA und SS, 1933-1936 Stellvertretender Präsident des Roten Kreuzes.

## 11. November 1931 Dok. 69
## Rede auf NSDAP-Versammlung in Mainz[1]

Mainzer Tageszeitung vom 12.11.1931, "Hitler in Mainz"[2].

Der Nationalsozialismus sei eine Weltanschauung. Überall wo er hinkomme, erlebe er dasselbe Bild. Zehntausende fänden sich zu den Kundgebungen der Nationalsozialisten ein. Aber alle, die da versammelt seien, sollten einmal, wenn auch nur für zwei Stunden, vergessen, daß der eine Arbeiter, der andere Beamte oder Mittelständler oder Bauer sei[3]. Alle sollten sich als Menschen deutscher Nation fühlen und erkennen, daß nur in der innigen Volksgemeinschaft das Heil unseres Volkes liegen könne. Die nationalsozialistische Bewegung erstrecke sich infolgedessen nicht auf die einzelnen Stände.

*Das Schicksal der Gesamtheit hänge nicht ab von dem Schicksal des einzelnen, sondern das Wohl und Wehe des einzelnen hänge von dem Schicksal der Gesamtheit ab.*

Die Menschen müßten lernen, geistig auf *einer* Plattform zu stehen. Millionen Deutscher werden hingeführt zur Erkenntnis des Nationalsozialismus, daß über aller Leibesnot die Not des Geistes und die Freiheit steht [*sic!*].

*Die Partei des Nationalsozialismus ist dazu da, daß sie dem deutschen Volk aus seiner Not heraushilft.*

Unter Hinweis auf den Zerfall alter Reiche und dessen Ursachen ging Hitler auf das heutige Regierungssystem in Deutschland ein. An Stelle des geistigen Zerfalles müsse wieder eine tragbare natürliche Weltanschauung treten. Nicht die *Gesellschaftsform* bestimme das Leben, sondern die Lebensbedingungen, der Lebensraum.

*Die Erweiterung des Lebensraumes sei das natürliche Recht eines jeden Volkes.*

Innerhalb der Reichsgrenzen habe sich ein 65-Millionenvolk angesammelt[4], für das die Existenzvoraussetzungen nicht mehr beständen. Durch Finanzmanipulationen seien die heutigen Zustände nicht zu bessern, das sei heute eine politische Frage. Der Weltabsatzmarkt für

---

5 Theobald Lang (geb. 1898), 1923 Eintritt in die NSDAP, 1924 Dr. med., 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, 1931 Stellvertreter des Reichsarztes im Stab der Obersten SA-Führung, 1932 SA-Oberarzt, 1933 Ausschluß aus der NSDAP, 1941 Emigration in die Schweiz.

1 In der Stadthalle, von 21.00 bis 23.00 Uhr. An der Versammlung, die von MdR und Gauleiter Lenz geleitet und mit einer kurzen Ansprache eröffnet wurde, nahmen etwa 20.000 Personen teil. Da die Versammlung - ungeachtet des Faschingsanfangs - völlig überfüllt war, wurde Hitlers Rede mit Lautsprecheranlagen in sämtliche Nebenräume übertragen. Im Anschluß an seine Rede hielt Hitler eine weitere Ansprache in einem Zelt neben der Stadthalle, das etwa 15.000 Personen faßte.

2 Wortgleicher Bericht in Rhein- und Hesse-Bauer vom 12.11.1931, "Hitler in Mainz". Vgl. auch Der Angriff vom 12.11.1931, "Hitler spricht in Mainz"; Mainzer Anzeiger vom 12.11.1931, "Adolf Hitler in Mainz"; Mainzer Journal vom 12.11.1931, "Zweimal drei Fragen!"; Volkszeitung vom 12.11.1931, "Hitlerei statt Karneval"; Hessenhammer vom 13.11.1931, "Der Führer spricht in Mainz und Gießen"; VB vom 15./16.11.1931, "20.000 deutsche Menschen im Banne unseres Führers"; Der Vorposten vom 20.11.1931, "Eindrücke eines Wiesbadeners. Im Mainzer 'Hitler'-Zelt"; Illustrierter Beobachter vom 28.11.1931, "Adolf Hitler im hessischen Wahlkampf"; Mainzer Anzeiger vom 11.11.1933, "Hitlers erster Besuch in Mainz".

3 Vgl. Dok. 25, Anm. 34.

4 Vgl. Dok. 2, Anm. 22.

die Wirtschaft sei auf zwei Wegen zu erschließen, einmal durch Güte und Billigkeit der Waren und in der Hauptsache durch politischen Willen. Wir sind als politische Macht zerbrochen worden, und der wirtschaftliche Zusammenbruch folgte nach. Die Frage der Wiedergeburt des deutschen Volkes ist eine Frage der Wiedergewinnung der politischen Macht. Der Gedanke des Internationalismus, der Demokratie und des Pazifismus sind die eigentlichen Ursachen des Niederganges unseres Volkes. Über den Begriff des Nationalsozialismus sagte Hitler, daß Nationalismus und Sozialismus unzertrennlich sein müssen.

*Richtig ist, was meinem Volke nützlich ist.*

Damit kommt *Hitler* zurück auf die Erkenntnis, daß das *Wohl der Gesamtheit über das Wohl des Einzelindividuums* zu stellen sei. Zur Erreichung dieses Zieles sei es notwendig, aufzuräumen mit Hochmut, Standesdünkel und Klassenkampf. Das erforderliche Gemeinschaftsgefühl habe er in seiner Bewegung geschaffen.

*Er sei stolz darauf, daß er Millionen Intellektueller gelehrt habe, wieder den deutschen Arbeiter zu schätzen*[5] *und Millionen zurückgeführt zu haben zur Nation.*

Es stehe niemand so hoch, als daß er dem Einfachsten aus dem Volke nicht entgegengehen könne. Die Rettung unseres Volkes könne nur im Besinnen auf seine eigene Kraft und im Gedenken an seine kulturgeschichtliche Aufgabe erfolgen. Demokratie bedeute nichts anderes, als Verantwortungslosigkeit zum System zu erheben. Nur die Herrschaft der Köpfe sei ein erstrebenswertes Ziel.

*Die junge Bewegung des Nationalsozialismus erklärt, daß sie den Frieden liebt, aber zum Kampfe gerüstet ist.*

Die NSDAP habe heute über eine Million Mitglieder, und über 12 Millionen Deutscher ständen in der Bewegung[6]. Der Nationalsozialismus ringe um die Seele des deutschen Volkes.

Die Nationalsozialisten würden, falls sie in die Regierung eintreten, in keiner Weise den Tagesfragen ausweichen[7]. Jedoch müsse zum Verständnis und zur Lösung dieser Tagesfragen ein gesundes und natürliches Arbeitsfeld für das deutsche Volk wiedergewonnen werden.

Wenn das Volk politisch und moralisch nicht mehr in Ordnung sei, zerbreche es. Wenn es dadurch auch als Machtfaktor ausscheide, werde in kurzer Zeit auch die Wirtschaft denselben Weg gehen. Als Kardinalpunkt hob Hitler in diesem Zusammenhang die bedeutsame Frage der

*Wiedergewinnung von Lebensraum für das Volk*

hervor. Er betonte, daß für das deutsche Volk ein Verhängnis darin liege, daß sein Leben unbegrenzt nach Vermehrung dränge, während sein Lebensraum durch Begrenzung diesem Drängen nach Leben Widerstand entgegensetze. Aus der Exportwirtschaft könne der notwendige Lebensraum nicht gewonnen werden. Dagegen sei es wichtig, den Lebensraum durch die Mutter Erde, also durch bewußte Bodenständigkeit und durch qualitativ hochstehende Menschen wieder zu schaffen. Die marxistische Lebensauffassung der rein betonten mechanischen Konstruktion lehnte Hitler entschieden ab. Er stellte dieser These die Forderung nach Raum

---

5 Vgl. Dok. 25, Anm. 33.

6 Vgl. Dok. 2, Anm. 61 und 62, Dok. 29, Anm. 24 sowie Dok. 46, Anm. 11.

7 Vgl. den Bericht der *Volkszeitung*: "Plötzlich kommt Leben in die Versammlung. Alles reckt die Köpfe. *Hitler* betritt das Podium! Der 'Retter' spricht! Aber *nichts* vernimmt das Ohr von dem Mittel, den Wegen der einzuleitenden Rettung. *Kein* Wort über Außenpolitik, über Wirtschaftsfragen, kein Berühren der *sozialen Fragen*, kein Eingehen auf die Tagesprobleme, nur eine historische Betrachtung über den Sinn des Nationalismus."

und Qualitätsmenschen [*sic!*] gegenüber, Menschen nicht nur als Zahlen, sondern auch als Güterfaktoren, die sich nicht von der Erde loslösten [*sic!*]. Wenn unser Volk auf dieser Grundlage wieder Lebensraum schaffen werde, könne es auch sein Leben neu gestalten. Sodann erklärte Hitler, daß es zur Sicherung des Lebensraumes auch erforderlich sei, sich auf die eigene Kraft zu besinnen und immer daran zu denken, daß *schwächere* Völker in der Geschichte bisher stets durch *stärkere verdrängt* worden seien.

Die Nationalsozialisten seien grundsätzlich der Auffassung, daß im Leben der Völker jede Nation zugrunde gehe, die ihr Leben nicht selbst sichert und selbst mit aller Kraft dafür eintritt. Weiter wandte sich Hitler mit Entschiedenheit dagegen, daß dem Drängen auf immer weitere Öffnung der Grenzen nachgegeben werde [8], weil durch eine solche Politik der deutsche Bauer ruiniert [9] und das Volk in seiner Lebensbasis immer mehr entwurzelt werde [10]. Er bezeichnete als Schlüssel in dieser Frage das bewußte Bekenntnis und die Wiedereinsetzung der *politischen Macht* hinter die wirtschaftlichen Aufgaben unseres Volkes. Ebenso notwendig sei eine grundsätzliche Umstellung im Denken unserer Nation. Er übte Kritik an der starken Rationalisierung unseres Wirtschaftssystems, bei der der Ausbau des Produktionsapparates viel weiter gegangen sei, als zur Bedarfsdeckung heute und auch für absehbare Zeit überhaupt notwendig sei [11]. Von der *Durchführung des russischen Fünfjahresplanes* [12] *sei für Hunderttausende deutscher Volksgenossen nur Arbeitslosigkeit* zu befürchten [13], eine Tatsache, die für unser auf Export eingestelltes Volk nicht belanglos sei. Mit Nachdruck warnte Hitler vor dem weiteren Beschreiten der bisherigen Wege in der Weltwirtschaft [14], weil dadurch der deutsche Zusammenbruch noch schneller als bisher vor sich gehen und nicht nur zur Katastrophe der Finanzen, sondern auch zur Katastrophe des deutschen Lebens führen werde. Er erklärte als dringend notwendig die Schaffung eines neuen deutschen Binnenmarktes durch Abstimmung des Lebensraumes auf die Volkszahl und durch die Einsetzung unserer politischen Macht hinter unsere Produktion in der Zukunft. Gegenüber allen Widerständen betonte er mit Nachdruck das deutsche Recht auf Leben und die Verpflichtung für das deutsche Volk, für sein gutes Recht zu streiten, wenn es sich nicht unterwerfen und vom Schicksal erwürgen lassen wolle. Deutschland müsse wieder ein Machtfaktor in der Welt werden, damit es von ihr als politische Realität gewertet werde. Er forderte vom deutschen Volk die Notwendigkeit des Erkennens der Rettung aus eigener Kraft, Vertrauen auf die eigene Kraft, Beseitigung des Klassenkampfes und Systemersetzung [*sic!*] durch den einheitlichen Willen zur deutschen Volksgemeinschaft. Auf dieser Grundlage ringe die NSDAP mit legalen Mitteln [15] um die Macht im Staate. Sie sei sich darüber klar, daß aus ihren Millionen eine neue deutsche Lebensgemeinschaft erstehen werde. Sie kämpfe für ein freies Deutsches Reich, das unter keiner Knechtschaft und Sklaverei mehr stehe, sondern jedem deutschen Bürger wieder Schirm und Schutz in der Welt gewähren könne [16].

8 Vgl. Dok. 67, Anm. 6.
9 Vgl. Dok. 2, Anm. 34.
10 Vgl. Dok. 24, Anm. 3.
11 Vgl. Dok. 67, Anm. 8.
12 Vgl. Dok. 2, Anm. 38.
13 Vgl. Dok. 2, Anm. 37.
14 Vgl. Dok. 2, Anm. 33.
15 Vgl. Dok. 2, Anm. 19 und Dok. 31, Anm. 12.

## 13. November 1931 Dok. 70
## Rede auf NSDAP-Versammlung in Darmstadt [1]

Hessenhammer vom 20.11.1931, "Adolf Hitlers Weltanschauungsrede" [2]

Ich glaube, daß nichts besser einen Blick in die Bewegung einzuführen vermag [*sic!*] als unsere Opfer[3]. Glaubt man wirklich, daß eine Bewegung ein Volk so wieder aufzurütteln verstände, wenn sie nichts anderes wollte, als zu den Tagesfragen Stellung zu nehmen? Es handelt sich heute darum, unserem deutschen Volk eine willensmäßige Geschlossenheit zu geben. Ich stelle mich nicht zu den Fragen der Mieter, der Hausbesitzer, der Bauern usw. [4],

*ich stelle mich nur zu einer Frage, und die heißt Deutschland!*

(Stürmischer Beifall.)

Seit 13 Jahren haben die Parteien angeblich ihre Berufs- und Klassengruppen gerettet, und wo ist nun diese Rettung? Es sind also entweder die Köpfe schlecht gewesen oder die Gedanken. Schlechte Gedanken kommen aber immer nur aus schlechten Köpfen.

*Unsere* Bewegung setzt sich aus allen Berufsgruppen des deutschen Volkes, aus Arbeitern und Arbeitgebern, aus Bauern und Städtern zusammen[5]. Wir verlangen, daß jeder Deutsche nicht zuerst sich, sondern das Große der Nation sieht.

---

16 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 In der Festhalle, von 20.30 bis 23.00 Uhr. An der Versammlung, die von MdR und Gauleiter Lenz geleitet und mit einer kurzen Ansprache sowie einem Nachruf auf den verstorbenen Gauleiter Gemeinder (vgl. Dok. 32, Anm. 3) eröffnet wurde, nahmen etwa 20.000 (*VB*: 30.000) Personen teil. Wegen der Überfüllung der Versammlung war die Halle kurzfristig durch ein Festzelt erweitert worden.
Vgl. auch die Schilderung des *Hessischen Volksfreunds*: "Im Rampenlicht sieht der Mann, dem die Massen zuströmen, für einen nüchternen Beobachter so aus: *Wilhelminische Allüren,* die Ähnlichkeit mit jenem anderen Größenwahnsinnigen auch dadurch unterstrichen, daß die Beleuchtung das Zahnbürstenbärtchen in einer scharfen Doppelfalte um die Nase nach oben gestrichen fortzusetzen scheint. Die sich fortwährend überschlagende Stimme, die plötzlich wieder in einen fast weinerlichen Ton verfällt, scheint einem Manöverkritik abhaltenden Oberst zu gehören. Die unversieglichen Mengen Schweiß, die dieser Mann absondert, wischt er sich hastig mit dem Zeigefinger aus der haarverklebten Stirn fort. Die Hände, Schauspielerhände, verkrampfen sich unausgesetzt in der Luft, als wollte er sich daran halten, die Finger krallen und zittern, als wollten sie das Unfaßbare mit Zaubergesten hervorholen. *Der ganze Mann ist ein dauernder Krampf.* Und so redet und redet er geschlagene drei Stunden wie ein Wasserfall, der manchmal sekundenlang aussetzt, gleichsam aufschluckt. Und wenn man das Fazit zieht - ja, was hat dieser Apostel der Hakenkreuz-Seligkeit eigentlich gesagt? Wo steckt das Geheimnis dieser 'Persönlichkeit', die nichts als übernommene Phrasen von sich gibt und eine 'Weltanschauung' aus Ungereimtheiten zusammenpappt? Man ist entsetzt über die Hohlheit und Alltäglichkeit der Phrasen, die er von sich gibt."

2 Vgl. auch Darmstädter Tagblatt/Hessische Neueste Nachrichten vom 14.11.1931, "'Volk ohne Raum'. Hitler in Darmstadt"; Darmstädter Zeitung vom 14.11.1931, "Hitler in Darmstadt"; Hessischer Volksfreund vom 14.11.1931, "Gemeinplatzpatrone Hitler"; VB vom 15./16.11.1931, "'Ich glaube nicht an den Internationalismus, sondern an die innere Mission der Völker'"; Westdeutscher Beobachter vom 16.11.1931, "Hitler vor 30.000 in Darmstadt"; Der Vorposten vom 20.11.1931, "Hitler erobert Hessen"; Illustrierter Beobachter vom 28.11.1931, "Adolf Hitler im hessischen Wahlkampf".

3 Vgl. Dok. 43, Anm. 16 und 17.

4 Vgl. Dok. 25, Anm. 34.

5 Vgl. Dok. 2, Anm. 55.

Was ist denn heute die Schicksalsfrage des deutschen Volkes? Wir gehen heute einem Verhängnis entgegen und dieses kann man nicht abwenden, wenn man nur zu den jeweiligen Tagesfragen Stellung nimmt.

Am 11. November 1918 fuhr ein deutscher Wagen einem französischen entgegen[6], aus dem Herr Erzberger[7] mit seinen Begleitern entstieg und jenen Waffenstillstand unterschrieb, der die Ursache zu all den weiteren Schandverträgen[8] ist. Alle diese Ereignisse wirken nun auf das deutsche Volk und somit auf jeden einzelnen mit verhängnisvoller Macht ein. Wir Nationalsozialisten erklären jetzt seit 12 Jahren, daß der seinerzeit beschrittene Weg zwangsläufig zum Verhängnis führt. Und hier setzt nun der Nationalsozialismus ein, der zuerst zu dem großen Schicksal der deutschen Nation Stellung nimmt.

Vor uns steht heute drohend die Gefahr, daß die 65 Millionen Menschen[9] von dem, dem deutschen Volke gelassenen, Boden nicht mehr ernährt werden können[10]. Keine doktrinäre Konstruktion kann Brot schaffen, wo kein Boden mehr vorhanden ist. Das unterscheidet uns vom Marxismus.

Und noch ein zweites: Der Nationalsozialismus erkennt die marxistische Lehre von der Gleichheit der Menschen nicht an.

*Von der Güte der Erde und der Qualität der Menschen ist das Schicksal eines Volkes abhängig.*

Es muß daher einmal der Kampf um den Raum kommen. Und hier scheiden wir nun wieder scharf von den Marxisten [*sic!*], denn der Kampf ist ein ehernes Gesetz auf dieser Welt. Wir setzen nicht den Begriff Recht außer Kraft, sondern wir klären ihn nur, denn das Recht haben wir in Deutschland gegenüber dem Ausland seit 12 Jahren gehabt, aber nicht die Kraft. Im Völkerleben wird die Volkszahl im Gegensatz zu einem beschränkten Bodenraum stehen. Das deutsche Volk ist jetzt seit zweitausend Jahren von der Göttin der Not immer wieder gezüchtigt worden ... [*sic!*]. Die Welt war nie etwas anderes als ein Wanderpokal für die Völker, die sich durch ihre Kraft durchgesetzt haben. Und da trat um 1919 eine Kommission

6 Zum Verlauf der Waffenstillstandsverhandlungen zwischen den Alliierten und dem Deutschen Reich in der Zeit vom 8.11. bis 11.11.1918 vgl. Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928.

7 Matthias Erzberger (1875-1921), Volksschullehrer, 1903-1921 MdR (Zentrum), Juli 1917 Initiator der Friedensresolution des Reichstags, 1918 Staatssekretär und Mitglied der Waffenstillstandskommission, 11.11.1918 Unterzeichner des Waffenstillstands, 1919 Mitglied der Nationalversammlung, Februar bis Juni 1919 als Reichsminister ohne Portefeuille zuständig für die Durchführung des Waffenstillstands, Juni bis Oktober 1919 Vizekanzler, Juni 1919 bis März 1920 Reichsminister der Finanzen (Rücktritt), am 26.8.1921 ermordet.

8 Gemeint ist der Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 und die sich anschließenden Verträge zur Regelung der deutschen Reparationsverpflichtungen.

9 Vgl. Dok. 2, Anm. 22.

10 Seit Mitte des 19. Jahrhunderts erzeugte Deutschland mit Ausnahme des Roggens - keine landwirtschaftlichen Überschüsse mehr. 1930 wurden lebende Tiere im Wert von 118,4 Millionen RM, 1931 im Wert von 54,9 Millionen RM in das Deutsche Reich importiert. Die entsprechende deutsche Ausfuhr betrug 1930 68,7 Millionen RM, 1931 46,9 Millionen RM. Die Einfuhr an ausländischen Lebensmitteln und Getränken betrug im Jahr 1930 2.969 Millionen RM, im Jahr 1931 1.969,6 Millionen RM. Entsprechende deutsche Waren wurden im Jahr 1930 in Höhe von 479,8 Millionen RM, im Jahr 1931 in Höhe von 359,0 Millionen RM exportiert. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 174 f.

im Völkerbund zusammen, die die Unveränderlichkeit der Welt auf dem Papier festsetzen wollte [11].

Nach welchem Rechtsstandpunkt wollt Ihr Herren von den bürgerlichen Parteien z. B. beweisen, daß die heutige Verteilung des Bodens nicht mehr geändert werden darf [12]? Es gibt zwei Wege, um das bestehende Mißverhältnis zu beheben,

*entweder mehr Raum für ein Volk oder weniger Volk auf dem zur Verfügung stehenden Raum.*

Das vergangene Jahrhundert glaubte nun, einen dritten Weg entdeckt zu haben, und dieser Weg hieß: Wirtschaft. Die Fabriken schossen aus dem Boden, und die Wirtschaft wurde auf Export eingestellt. Neue Schäden entstanden da für uns, erstens die Millionenstädte [13], die Menschen emporzüchteten [*sic!*], die in keiner Verbindung mehr mit dem Boden und der Scholle standen [14]. Man sprach daher dort nur noch von Weltexport, Weltindustrie, Weltwirtschaft [15] usw. Die Millionen in der Großstadt forderten nun: Grenzen auf, wir wollen billigere Lebensmittel. Und diese strömten herein und vernichteten allmählich die eigene Landwirtschaft. Eines Tages wird aber dann die Frage nicht mehr so lauten, ob man noch billigere Lebensmittel hereinlassen soll, sondern so, ob man überhaupt noch die Kaufkraft besitzt, die Lebensmittel zu bekommen. Heute konkurrieren auf dem Weltmarkt noch eine Reihe neu hochgekommener Völker, und unter diesen wird nicht nur das Volk sich durchsetzen, das die beste Ware zu bieten hat, sondern vor allem ein Volk, hinter dem eine politische Macht steht.

Wir Deutsche können uns den Weltmarkt mit der billigen Ware allein nicht erkämpfen, denn wir sind schon einmal im Jahre 1914 durch politische Mächte und Kräfte daran gehindert worden [16].

Die ganze heutige Entwicklung muß dazu führen, daß der Absatzmarkt in einigen Jahren vollkommen verriegelt sein wird, und es fragt sich nur, *für welches Volk* er verriegelt sein wird.

*Und eines Tages wird neben dem Gewicht der Ware wieder das Gewicht des Schwertes eingesetzt werden müssen.*

Als Nationalsozialist sage ich, daß diese Fragen der Zukunft nur von einem einheitlichen Volkswillen gelöst werden können. Wenn unser Volk den Weg weiter einhält, den es seit 13 Jahren geht, dann wird unser Volk in 10 Jahren so am Boden liegen, daß es nicht mehr über die 1. oder 2. Internationale diskutieren wird [17].

---

11 Vgl. Dok. 2, Anm. 46.

12 Obwohl die Revision des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 eine zentrale Forderung nahezu aller Parteien der Weimarer Republik darstellte, fand sich nur in den Grundsätzen der DNVP die dezidierte Forderung nach einer Grenzrevision: "Auf freiem Boden ein neu erstarktes Reich, die abgerissenen deutschen Lande ihm wieder vereint, das ist und bleibt Ziel aller deutschen Politik. Darum erstreben wir die Änderung des Versailler Vertrages, die Wiederherstellung der deutschen Einheit und den Wiedererwerb der für unsere wirtschaftliche Entwicklung notwendigen Kolonien." Vgl. Mommsen (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme, S. 535 f.

13 Vgl. Dok. 2, Anm. 32.

14 Vgl. Dok. 24, Anm. 3.

15 Vgl. Dok. 2, Anm. 33.

16 Zum Forschungsstand zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs vgl. z. B. Gregor Schöllgen (Hrsg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

17 Die Erste Internationale wurde am 28.9.1864 in London gegründet und umfaßte zeitweise fast alle Gruppen und Strömungen der internationalen Arbeiterbewegung. Ihr Ziel einer Koordinierung und Bündelung im interna-

4 1/2 Jahre hatten wir, die heutigen Kämpfer, geschwiegen und nur unsere Pflicht als Soldaten getan. Nach dem Kriege, nachdem alle anderen versagt hatten, haben *wir* dann gesprochen, zu einer Zeit, als die Nation in die 2 Begriffswelten "national" und "sozial" gespalten war.

Solange Völker eine Einheit in dieser Willensbildung besitzen, ist die ganze Kraft nach außen ansetzbar. Ist das aber nicht mehr der Fall, dann wenden sich alle vorhandenen Kräfte nach innen und zerreiben sich gegenseitig. Im August [*19*]14 schien es so, als ob alle inneren weltanschaulichen Gegensätze überwunden wären und alle Kraft sich nach außen richtete[18]. Aber nach 4 1/2 Jahren zeigte es sich, daß das Ringen gegen eine Welt von Waffen damit ausging, daß die vorhandenen deutschen Kräfte sich wieder gegenseitig befehdeten[19]. Da hatten wir wenigen, die wir *keiner* Gruppe angehörten, uns zusammengefunden und eine neue Kampfgemeinschaft zusammengeschweißt, die sich eine Verbindung des nationalen und sozialen Teils des deutschen Volkes in der nationalsozialistischen Bewegung zum Ziel gesetzt haben. Für uns ist das einzig wesentliche, daß wir *ein* Volk sind. Und so sagen wir auch, daß nur *der* national sein kann, der nie das gesamte Wohl der Nation aus den Augen verliert. (Jubelnde Zustimmung.)

Wir marschieren heute in eine neue Zeit hinein,

*in der nicht um eine Goldwährung diskutiert wird*[20]*, sondern um die Bewährung des Volkes selbst.*

Wenn es heute keinen Nationalsozialismus geben würde, gäbe es auch keine bürgerlichen Gruppen und Parteien mehr.

Unsere neue Gedankengrundlage soll nur 3 Grundsätze in sich aufnehmen:

1. Die Bedeutung eines Volkes liegt in seinem Wesen, in seiner Seele. Die Größe unserer Zukunft ist die Größe unseres Volkes überhaupt. Ich glaube nicht an die Kraft des internationalen Gedankens, sondern [*an*] uns, an die *innere* Kraft eines Volkes.

*Ich will weder Nachbeter von anderen sein, noch Kulturdünger für andere.*

---

tionalen Kampf des Proletariats um politische und wirtschaftliche Emanzipation scheiterte schließlich an den Differenzen zwischen Karl Marx und Michael Bakunin, so daß sich die Erste Internationale 1872 spaltete und 1876 auflöste. Zur Zweiten Internationale schlossen sich im Juli 1889 in Paris verschiedene sozialistische Vereine und Gewerkschaften zusammen, um in einem internationalen Gremium theoretische, nicht aber taktische Fragen zu klären und abzustimmen. Die Zweite Internationale zerfiel während des Ersten Weltkriegs, als die meisten Mitgliedsparteien die Position des Burgfriedens vertraten. Als sich im März 1919 die Zweite Internationale wiederbegründete, initiierte Lenin in bewußter Abgrenzung die Dritte, Kommunistische Internationale. Um einen Ausgleich zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bemühte sich die im Februar 1921 gegründete Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien. Vgl. Julius Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 1-2, Hannover 1961-1963.

18 Vgl. Dok. 25, Anm. 18.

19 Anspielung auf die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

20 Nachdem Großbritannien am 21.9.1931 verkündet hatte, die Bindung an den Goldstandard für seine Währung aufzuheben, gefolgt von Schweden (28.9.1931), Dänemark (29.9.1931) und Finnland (12.10.1931), war auch im Deutschen Reich ein solches Vorgehen diskutiert worden. In einer Sitzung des Reichskabinetts am 7.12.1931 stellte Reichsbankpräsident Hans Luther jedoch fest: "Für die Währung sei nicht die Golddeckung entscheidend, sondern das Verhältnis zwischen Warenumlauf und Geldumlauf. Die Inflation beginne, wenn sich der Geldumlauf vermehre, ohne daß die Warenmenge wachse. Durch Vermehrung des Geldumlaufs könne die Warenmenge nicht gesteigert werden. [...] Gold und Deckung seien nur Hilfskonstruktionen." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 592. Ferner Barry Eichengreen, Golden Fetters. The Gold Standard and the Great Depression, 1919-1939, New York 1992, S. 258 ff.

Auch für uns gilt der Grundsatz:
*Mensch und damit Volk hilf dir selbst, dann hilft dir Gott*[21].

2. Auf der Welt wird nur dasjenige Volk bestehen, das seinem fähigsten Kopf die Leitung gibt. Alles, was auf der Welt geschaffen wird, verdankt seine Entstehung der Qualität und nicht der Quantität.

Die Demokratie ist der Schirm der Unverantwortlichkeit. Wenn eine Partei zugrunde geht, dann haben die Schuld Parteitage, und wenn ein Reich zugrunde geht, dann haben die Schuld Reichstage. Könige, Diktatoren, ja sogar Tyrannen kann man verantwortlich machen, aber nicht Majoritäten.

Die Demokratie wird immer ein Feind der Köpfe sein. Und die Voraussetzung für das Bestehen eines Volkes wird immer die Überwindung der Demokratie sein.

3. Ein Volk wird dann bestehen, wenn es seinen Blutwert erkennt.

Heute baut der eine auf Genf[22], der andere auf Moskau[23], der dritte auf Weltwirtschaft usw. *Wir* werden nur auf eines bauen,
*auf unsere eigene Kraft.*

Das ist keine Theorie, denn auf der Basis dieser Ideenwelt ist heute die größte deutsche Organisation[24] entstanden. Wenn man diese Jammerpolitik der bürgerlichen Parteien ansieht, die zum Leben zu krank und zum Sterben zu feige sind, wo ist da das stolze Deutschland?

Demgegenüber haben wir heute eine Armee von Hunderttausenden zu stellen, die nicht Bürger und nicht Marxisten sein wollen,
*sondern Deutsche und nur Deutsche.*

Was wollen Sie, meine Herren, von den bürgerlichen Parteien, denn von mir? Mit 25 Jahren bin ich ins Feld, mit 30 Jahren kam ich zurück[25], und heute mit 42 Jahren stehen Millionen hinter mir.

---

21 Nach Justus Georg Schöttel (1612-1676): "Mensch, hilf dir selbst, so hilfet Gott mit."
22 Vgl. Dok. 29, Anm. 19.
23 Vgl. Dok. 29, Anm. 20.
24 Für die Zeit der Weimarer Republik lassen sich etwa folgende Mitgliederstärken der großen deutschen Parteien ermitteln:

| Partei | Gesamtzahl der Mitglieder | Zeitpunkt |
|---|---|---|
| KPD | ca. 200.000 | 1931 |
| SPD | 1.037.384 | 1.1.1931 |
| DDP/DStP | 113.323 | 1929 |
| Zentrum | ca. 200.000 | 1933 |
| DVP | ca. 250.000 | 1930 |
| DNVP | ca. 696.000 | 1928 |
| NSDAP | ca. 650.000 | Oktober 1931 |

Vgl. Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, S. 575; Bd. 2, S. 414, 477; Hans Fenske, Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Paderborn 1994, S. 151 ff.; Flechtheim, KPD, S. 321; Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1930. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, o. O. o. J., S. 191; Rudolf Morsey, Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und 'Nationaler Erhebung' 1932/33, Stuttgart 1977, S. 34; Tyrell, Führer befiehl, S. 352; Ferner Dok. 2, Anm. 61 und 62 sowie Dok. 46, Anm. 11.
25 Vgl. Dok. 43, Anm. 9.

Es liegt mir nicht daran, Sie zu bitten, geben Sie uns Ihre Stimme. Denn für uns ist diese Wahl[26] auch nur ein kleiner Abschnitt in unserem Aufstieg. Wir wissen, daß das deutsche Volk aus 1.000 Nöten sich wieder emporkämpfen muß.

*Das neue Reich muß aus uns heraus geboren werden.*

Wir glauben an die Wiedergewinnung der Kraft und an die Wiedergewinnung des Mutes unseres Volkes. Wir kämpfen nicht um ein einzelnes Land, sondern wir ringen um den deutschen Menschen. Und wenn am 15. November die Schlacht vorbei ist, wird am 16. wieder weitergearbeitet,

*bis die Stunde kommt, wo ein neues deutsches Volk entstanden ist, bis neu errichtet ist das Reich der Größe und der Freiheit*[27].

## 14. November 1931 Dok. 71
## Schreiben an Wilhelm Groener

Masch. Schreiben mit hs. Unterschrift; BA Potsdam, RMdI, Deutschvölkische und Nationalsozialistische Partei, November 1931-Mai 1932, 25793/1 [1].

Euer Exzellenz!

Namens der NSDAP, der stärksten politischen Partei Deutschlands [2], wende ich mich heute an Sie, Herr Reichsminister, als den verfassungsmäßig berufenen Wahrer des Lebens und der Sicherheit der deutschen Staatsbürger, um Unterlagen zu überreichen, die ein klares Bild der Recht- und Schutzlosigkeit der in meiner Partei zusammengeschlossenen Millionen nationaler Deutscher geben.

In den Anlagen unterbreite ich:

1) Totenliste der NSDAP [3],

2) Bericht der Hilfskasse der NSDAP über gemeldete Schadenfälle in *einem* Berichtsmonat (10.10. bis 13.11.[*19*]31) [4],

26 Vgl. Dok. 67, Anm. 3.

27 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

1 Kopf: "N.S.D.A.P. Der Oberste SA-Führer München, 14. November 1931 Ch. Nr. 6973/31".

2 Vgl. Dok. 70, Anm. 24 sowie Dok. 2, Anm. 61 und 62, Dok. 46, Anm. 11.

3 Die von der Hilfskasse der NSDAP zusammengestellte undatierte "Totenliste der N.S.D.A.P." enthält insgesamt 90 Namen, beginnend mit Rudolf Eck - Todesdatum 5.3.1924 - und endend mit Martin Martens, Todesdatum 11.11.1931.

4 Der Bericht der Hilfskasse der NSDAP an die Oberste SA-Führung vom 14.11.1931 meldet für den Zeitraum vom 10.10.1931 bis 13.11.1931 267 Verletzte und 11 Tote. Der Bericht erwähnt jedoch im folgenden, daß 15-20 % hiervon auf Sportverletzungen zurückzuführen seien.

3) Vorlage des Gruppenführers Nord [5] für seinen Dienstbereich (Hannover-Süd und Ost, Hamburg, Nordmark, Weser-Ems) [6],

4) Vorlage des Gruppenführers Ost für seinen Dienstbereich (Pommern, Mecklenburg, Ostmark) [7],

5) Vorlage des Gausturms München-Oberbayern für seinen Dienstbereich [8],

6) Verluste der Berliner SA ab 1.1.[*19*]31 [9],

7) Telegramm Berliner SA-Männer an den Herrn Reichspräsidenten und dessen Antwortschreiben [10],

8) Letzte Drahtung über Verhaftung von SA-Führern und Reichstagsabgeordneten in Elberfeld [11],

---

5 Viktor Lutze (1890-1943), 1912 preußischer Leutnant, 1919 Abschied als Oberleutnant, Tätigkeit als Kaufmann, 1922 Eintritt in die NSDAP, 1923 Eintritt in die SA, Teilnahme am Ruhrkampf, 1927 stellvertretender Gauleiter des Gaues Ruhr, 1928 SA-Oberführer Ruhr, 1930-1933 MdR, 1930/31 SA-Gruppenführer, Führer der SA-Gruppe Nord, 1932 SA-Obergruppenführer, Führer der SA-Obergruppe West, 1933 Polizeipräsident von Hannover, 1933-1941 Oberpräsident der Provinz Hannover, 1.7.1934 Stabschef der SA, 1943 bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen.

6 Der Bericht des Gruppenführers Nord, SA-Gruppenführer Viktor Lutze, an die Oberste SA-Führung vom 12.11.1931 setzt darüber in Kenntnis, daß während der letzten drei Tage im Bereich dieser SA-Gruppe drei SA- bzw. SS-Männer getötet und 30 schwer verletzt worden seien. In dem Bericht wird ferner erwähnt, daß die SA-Verbände "mit ganz wenigen, absolut zu verstehenden Ausnahmen völlig unbewaffnet" seien, und schildert das - angeblich zu laxe - Verhalten der Polizei bei bewaffneten Zusammenstössen mit KPD- und Reichsbannerangehörigen sowie die polizeilichen Maßnahmen zur Einhaltung des Uniformverbots. Dem Bericht liegt ein Bericht des Sturmbanns II/163 vom 12.11.1931 bei "Über den Feuerüberfall der K.P.D. auf S.A. und S.S. am 11.11.[*19*]31".

7 Der Bericht des Gruppenführers Ost, SA-Oberführer Friedrich-Wilhelm Krüger, an die Oberste SA-Führung vom 13.11.1931 führt Klage über die sich häufenden bewaffneten Angriffe von KPD-Angehörigen auf die SA und behauptet, daß die Polizei bei der Ermittlung der Täter "in vielen Fällen nur einen sehr geringen Eifer an den Tag" lege. "Das Verhalten der Polizei bei diesen Überfällen läßt häufig eine sehr einseitige Einstellung gegen die SA-Leute erkennen. Entweder wird gegen die Täter nichts unternommen oder das Eingreifen erfolgt so langsam und zögernd, daß die Täter entkommen können." Die Anlage führt eine Liste von Fällen auf, "die eine offenkundig einseitige Einstellung der Polizei erkennen lassen".

8 Der Bericht des kommissarischen Führers des SA-Gausturms München-Oberbayern, Karl Friedrich Frhr. von Eberstein, an die Oberste SA-Führung vom 14.11.1931 enthält verschiedene Anlagen, die das polizeiliche Verbot dokumentieren, am 8.11.1931 nationalsozialistische Gedenkfeiern abzuhalten: Für eine geplante Feier im Zirkus Krone liegt ein Schriftwechsel zwischen der Leitung des Gaues München-Oberbayern und der Polizeidirektion München vor, für entsprechende Feiern in Schliersee, Hausham und Miesbach ein Schriftwechsel zwischen Rechtskonsulent Martin Weise, Bezirkspropagandaleiter der NSDAP in Miesbach, und dem Bezirksamt Miesbach.

9 Der Bericht des Führers der selbstständigen SA-Untergruppe Groß-Berlin, SA-Oberführer Wolf Heinrich Graf von Helldorf, an die Oberste SA-Führung vom 13.11.1931 über die personellen Verluste der Berliner SA ab 1.1.1931 verzeichnet die Todesfälle von Gerhard Liebsch (gest. 25.5.1931), Fritz Schröder (gest. 3.8.1931), Hans Hoffmann (gest. 17.8.1931), Hermann Thielsch (gest. 9.9.1931), Kurt Nowack (gest. 11.10.1931), Heinrich Böwe (gest. 18.10.1931), Erwin Moritz (gest. 5.11.1931).

10 Liegt der Vorlage nicht bei.
Der Reichspräsident hatte am 13.11.1931 durch Staatssekretär Meißner einigen SA-Leuten, die um einen Empfang gebeten hatten, mitteilen lassen, "daß er mit großem Bedauern die in der letzten Zeit vorgekommenen Mordtaten und Überfälle verfolgt und den Herrn Reichsmin[*ister*] des Innern ersucht hat, der Bekämpfung dieser sich in letzter Zeit häufenden Vorfälle seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Von einem Empfang wolle er jedoch absehen. Er stelle es ihnen anheim, "dem Herrn Reichsmin[*ister*] des Innern Ihr Material zu unterbreiten". Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1931, S. 252 f.

9) Bericht über Schließung der SA-Heime und -Verkehrslokale in Berlin[12],

10) Nr. 262 der "Münchener Post"[13].

Ich darf dazu anfügen:

Um die Übersichtlichkeit nicht zu erschweren, habe ich nur die Berichte einzelner Gruppen herausgegriffen und den letzten Berichtsmonat der Hilfskasse der NSDAP beigefügt. Diese Anlage enthält nur die Liste der tödlich oder schwer Verletzten in *einem* Monat[14].

Der Vorlage dürfte besonders insoferne ein ganz erheblicher Wert beizumessen sein, als die Angaben der Verletzten und der Zeugen eidesstattlich gemacht und diese Aussagen der unmittelbar Beteiligten durch die nachprüfenden Vorgesetzten wieder eidesstattlich versichert wurden.

Die Angriffe erfolgten ausnahmslos durch Kommunisten und Reichsbanner-Leute; unsere SA- und SS-Männer waren meist in der Minderzahl und stets in Notwehr[15]. In der Regel wurden unsere Leute überfallen, wenn sie, von Versammlungen kommend, einzeln sich auf dem Nachhauseweg befanden.

Vielfach wird mir gemeldet, daß die Polizei sich gegenüber den Angriffen untätig verhält, unsere Leute nichts weniger wie in Schutz nimmt [*sic!*], ja sogar versteckt und offen für die angreifenden Linksradikalen Partei nimmt[16].

---

11 Das Telegramm der SA-Gruppe Nordwest an die Reichsleitung der NSDAP vom 14.11.1931 lautet: "Gruppenführer von Fichte und Untergruppenführer Feller, MdR, und zahlreiche SA-Führer nach Führerbesprechung von Elberfelder Polizei schwer mißhandelt und verhaftet. Erbitten Freilassungserwirkung durch Dr. Frank II bei Polizeipräsidium Elberfeld."

12 Der Bericht des SA-Oberführer Krüger vom 11.11.1931 undatierte schildert Ablauf und Folgen der Schließung einiger Berliner SA-Heime. Die Erbitterung hierüber sei - so Krüger - in der SA besonders groß, da es sich bei diesen Heimen um "rein soziale Hilfswerke" handele. Krüger warnt davor, daß die SA künftig nicht mehr in der Hand ihrer Führer zu halten sei, wenn die - angebliche - Parteilichkeit der preußischen Polizei durch solche Maßnahmen noch verschärft würde. Krügers Bericht liegt ein detaillierter Bericht über die Schließung der sechs Berliner SA-Heime und SA-Lokalen bei, ferner ein juristisches Gutachten von Rechtsanwalt Reinhard Neubert, Berlin, vom 12.10.1931.

13 Unter der Überschrift "Mobilmachungs-Vorbereitungen zum Bürgerkrieg" berichtete die *Münchener Post* am 12.11.1931 auf ihrer Titelseite, daß in der SA "eine seltsame Geschäftigkeit" eingesetzt habe, "die bei den Prätorianern den Eindruck erwecken soll, als ginge es morgen oder übermorgen los". Zum Beweis diente der Zeitung ein vollständig abgedruckter Befehl des OSAF-Stellvertreters vom 4.10.1931, dessen Einzelmaßnahmen darauf hinauslaufen, die SA kurzfristig einsatzbereit zu machen (Überprüfung und Ergänzung der Ausrüstung, Abmeldung bei Entfernung vom "Standort", zentrale Lagerung der Ausrüstung, Versetzungen zur SS, Führerbesprechungen usw.). Die genaue Zielsetzung dieser Maßnahmen bleibt unklar, doch wird in diesem Befehl vom "Falle der Machtergreifung" gesprochen. Der Bericht, dem kleinere Meldungen über ähnliche Vorgänge im gesamten Deutschen Reich folgen, schließt mit den Worten: "Durch diesen Befehl an *Hitlers Privatarmee* wird erneut die Frage aufgeworfen, wie lange die zuständigen Amtsstellen die kriegsmäßig ausgerüsteten Prätorianerorganisationen der Nazi noch dulden wollen. Sind diese Organisationen etwa keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung?"

14 Generell zu den personellen Verlusten der NSDAP vgl. Dok. 43, Anm. 16 und 17.

15 Der preußische Minister des Innern Carl Severing hatte am 14.10.1931 vor dem preußischen Landtag die Folgen des politischen Terrors seit Jahresbeginn bilanziert. Bei gewaltsamen politischen Auseinandersetzungen waren von seiten der KPD 34 Tote und 186 Schwerverletzte zu verantworten, Angehörige der NSDAP trugen die Verantwortung für insgesamt 3 Tote, 8 tödlich Verletzte und 78 Schwerverletzte. Vgl. Verhandlungen des Preußischen Landtags, III. Wahlperiode 1928-1932, Bd. 16, Berlin 1931, Sp. 22100 f.
Zum Gewaltpotential der SA vgl. Merkl, Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung.

Grundsätzlich darf ich dazu folgendes bemerken:

Die Aufgabe der Polizei ist eine rein präventive zunächst, d. h., sie hat für den Schutz der Staatsbürger zu sorgen. Das Ergebnis einer nunmehr übersehbaren zwölfjährigen Polizeipraxis ist aber gerade das Gegenteil: Bewaffnete marxistische Horden bringen Tag für Tag, insbesondere in erschreckender Steigerung in den letzten Wochen, deutsche Volksgenossen ums Leben. Die Polizei hat also ganz offensichtlich versagt. Es besteht daher die ernste Gefahr, daß entsprechend der Steigerung dieser Mordüberfälle begreiflicherweise auch die Erregung in den Anhängerkreisen wächst, so daß allenfalls das persönliche Notwehrrecht zum Schutze des eigenen Lebens selbst mit der Waffe den Ausschlag gibt gegenüber einem noch so starken Willen, die gesetzlichen Vorschriften über Waffengebrauch zu beachten[17]. Der schutzlos dem Blutrausch preisgegebene Deutsche wird je unter Umständen eher eine Gefängnisstrafe wegen Waffentragens in Kauf nehmen als sein Leben infolge der nur einseitig von uns befolgten Waffenverordnung[18] verlieren.

Daraus ergibt sich, daß das Reichsministerium des Innern als oberste Hüterin der Sicherheit die endgültig entscheidende Umstellung der deutschen Polizeibehörden zur Unterdrückung des marxistischen Blutterrors übernehmen und sicherstellen müßte.

Sollte die dadurch allein mögliche Wiederherstellung einer Rechtssicherheit nicht erreichbar sein, so sehe ich nur den einen Weg, der Bewegung das generelle Notwehrrecht[19] offiziell zuzubilligen.

---

16 Zum Einsatz der Polizei gegen den politischen Extremismus vgl. Gusy, Weimar, S. 272 ff. Zur Praxis der politischen Auseinandersetzungen am Beispiel Berlin vgl. Striefler, Kampf um die Macht, S. 305 ff. Vgl. ferner Dok. 46, Anm. 69.

17 Mit dem Gesetz gegen Waffenmißbrauch vom 28.3.1931 versuchte die Reichsregierung der zunehmenden Gewalt bei politischen Zusammenstößen Herr zu werden. § 1, Abs. 1 bestimmte, daß das Tragen von Hieb- und Stoßwaffen in der Öffentlichkeit mit Gefängnis bis zu einem Jahr und/oder Geldstrafe bestraft werden kann. Ergänzend hierzu legte die Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6.10.1931 (Siebenter Teil, § 8) fest: "Wer auf frischer Tat bei einem Verbrechen oder Vergehen betroffen wird, das mittels einer Waffe begangen ist [...], ist in polizeiliche Haft zu nehmen, wenn dies im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich ist, und so lange festzuhalten, als diese Voraussetzung vorliegt." Noch einmal verschärft wurden die Bestimmungen über den Waffenbesitz durch die Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens vom 8.12.1931 (Achter Teil, Kapitel I). Druck: RGBl. 1931, I, S. 77, 567, 742 f.

18 Einer Übersicht des Berliner Polizeipräsidenten aus dem Jahr 1931 zufolge wurden bis November 1931 die folgenden Waffen bei Angehörigen von KPD und NSDAP beschlagnahmt:

| Art der Waffen | NSDAP | KPD |
|---|---|---|
| Schußwaffen | 47 | 153 |
| Hieb- und Stoßwaffen | 17 | 138 |
| Andere Waffen | 55 | 127 |
| Infanteriemunition | - | 212 |
| Pistolenmunition | 68 | 525 |

Vgl. Striefler, Kampf um die Macht, S. 315 f.

19 Anspielung auf § 53 StGB. Druck: Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nebst dem Einführungsgesetz. Hrsg. von Reinhard Frank, Tübingen [18]1931, S. 159.

Ich füge in diesem Zusammenhange auch einen Bericht über die Schließung der SA-Heime und -Verkehrslokale Berlins deshalb bei, weil hier offensichtlich auch die Maßnahmen der Polizei eine Rechtlos- und Schutzlosmachung meiner Anhänger zur Folge haben.

Übersieht man das Gesamtergebnis der gegen die NSDAP gerichteten Ausnahmeverfügungen (Uniformverbot[20], Aufmarschverbot, Schließung der Heime, Verbote usw.), so ergibt sich sichtbar eines: der damit verfolgte Zweck, den Vormarsch der Partei aufzuhalten, hat zu einer grandiosen Stärkung meiner Bewegung geführt[21]. Gerade das Gegenteil der Absicht wurde erreicht.

Die Verbote des Uniformtragens, der Aufmärsche usw. haben aber ebensowenig den Schutz der SA-Männer, sondern gerade das Gegenteil, ihre Schutzlosigkeit herbeigeführt.

Ich glaube, Eure Exzellenz werden mit mir in der Anerkennung übereinstimmen müssen, daß meine Leute dem rechtswidrig bewaffneten Gesindel der Großstädte und dem laxen Verhalten der Polizei gegenüber die von der gesamten anständigen Bevölkerung längst anerkannte und geradezu heldenhafte unerschütterliche Ruhe bewahren.

Das Ertragen der brutalen Gewalt kann aber einmal seine Grenze finden, so sehr mir und meinen Unterführern darum zu tun ist, die Leute zurückzuhalten. Ich habe nicht nötig, auch hier wieder die völlige Legalität der Partei[22] zu betonen und hervorzuheben, daß jedem rechtswidrigen Besitz und Gebrauch von Waffen[23] aller Art seitens der Führung entgegengetreten wird[24].

Endlich füge ich noch einen Ausschnitt aus der marxistischen "Münchener Post"[25] an[26].

Daß der Bericht von Anfang bis zu Ende eine infame Fälschung ist, brauche ich wohl nicht zu betonen. Hervorheben will ich aber nur, daß die Anhänger der marxistischen Parteien durch derartige Hetzberichte systematisch zum Bürgerkrieg und Blutterror getrieben werden. Die Verantwortung für die Untaten der Mordgesellen trifft also neben ihnen nicht minder die marxistische Presse, die durch ihre verantwortungslose Hetze der intellektuelle Urheber der Mordtaten ist.

---

20 Vgl. Dok. 2, Anm. 58 sowie Dok. 4, Anm. 3 und 7.

21 Vgl. Dok. 2, Anm. 62, Dok. 37, Anm. 18, Dok. 57, Anm. 2, Dok. 63, Anm. 6 und Dok. 67, Anm. 3.

22 Anspielung auf Hitlers sog. Legalitätseid vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig am 25.9.1930; vgl. Bd. III/3, Dok. 123. Vgl. ferner Dok. 2, Anm. 19 sowie Dok. 31, Anm. 12.

23 Vgl. z. B. Hitlers Anordnung vom 26.2.1925 (Bd. I, Dok. 4), 29.9.1925 (Bd. I, Dok. 69), seine Erklärung vom 11.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 28), die Satzung der SA vom 17.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 31), sein SA-Befehl 1 vom 1.11.1926 (Bd. II/1, Dok. 44), sein Rundschreiben an die Gauleitungen und selbständigen Ortsgruppen der NSDAP vom 5.2.1927 (Bd. II/1, Dok. 75), seine "Grundsätzliche Anordnung der SA II" vom 31.5.1927 (Bd. II/1, Dok. 135), seine Anordnung vom 3.12.1928 (Bd. III/1, Dok. 60), sein Schreiben vom April 1930 (Bd. III/3, Dok. 39) und seinen Aufruf vom 18.2.1931 (Bd. IV/1, Dok. 59).

24 In einem Bericht des preußischen Ministeriums des Innern wurden 1931 71 Fälle registriert, in denen Nationalsozialisten wegen unerlaubten Waffenbesitzes verurteilt, jedoch nicht aus der Partei ausgeschlossen wurden. Vgl. Striefler, Kampf um die Macht, S. 303.

25 Die *Münchener Post* war 1887 gegründet worden und erschien als sozialdemokratische Tageszeitung 1930 in einer geschätzten Auflage von 15.000 Exemplaren. Chefredakteur des Blattes, das zur Konzentrations-A.G. gehörte, war seit 1921 Erhard Auer. Vgl. Paul Hoser, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1990, passim.

26 Vgl. Anm. 13.

Ich habe zu Euer Exzellenz das absolute Vertrauen, daß Sie das hier vorgelegte Material sorgfältig prüfen[27] und kraft Ihres Amtes die Maßnahmen treffen, die dem Blutrausch des Marxismus Einhalt gebieten und wieder gesetzmäßige Zustände in Deutschland herbeiführen[28].

Mit der Versicherung persönlicher Hochachtung
bin ich Euer Exzellenz sehr ergebener

Adolf Hitler

## 15. November 1931 Dok. 72
## Rede auf HJ-Reichsführertagung in München[1]

VB vom 19.11.1931, "'Das Dritte Reich ruht auf der Auslese der heroischen Menschen'".[2]

Ein Volk zieht seine Kraft aus den mannigfaltigen Wurzeln seiner *Rasse*. Die Auslese des Lebens allein entscheidet über die rassisch bedingten wirtschaftlichen, künstlerischen und sonsti-

27 Hitlers Angaben zu den Überfällen auf Nationalsozialisten (vgl. Anm. 4) wurden von den jeweiligen Landesregierungen überprüft; die Vorlage Nr. I A 2100/28.1.II. des Reichsministeriums des Innern vom 25.5.1932 faßte die Ergebnisse zusammen: Von den genannten 278 Überfällen seien "26 Fälle auszuscheiden, die sich außerhalb des Reichsgebiets zugetragen haben", 58 Fälle seien der Polizei nicht zur Kenntnis gekommen. "Von den danach übrigbleibenden 194 Fällen sind weiter 18 Fälle auszuscheiden (8 Fälle, wo Nationalsozialisten selbst die Täter waren, 5 Fälle von Privatstreitigkeiten, 3 Unglücksfälle, 2 Fälle, wo die Verletzungen durch Polizeibeamte erfolgt sind)." Bei 63 Fällen seien die Täter nicht zu ermitteln, bei 10 Fällen läge die Schuld auf beiden Seiten. "In den dann noch übrig bleibenden 103 Fällen sind in 74 Fällen die Kommunisten, in 29 Fällen Mitglieder des Reichsbanners usw. als die Schuldigen festgestellt." BA Potsdam, RMdI, Deutschvölkische und Nationalsozialistische Partei, November 1931-Mai 1932, 25792.

28 Hitlers Schreiben war am 17.11.1931 u. a. Thema einer Besprechung des Reichsministers des Innern mit den Innenministern der Länder, bei der Groener vorerst konstatierte, "daß die gesetzlichen Bestimmungen zur Bekämpfung des politischen Terrors ausreichten". Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 556; Staat und NSDAP 1930-1932, Dok. 41 a.
Eine Antwort Groeners an Hitler liegt nicht vor; vgl. jedoch das Schreiben von Arno Schickedanz an Alfred Rosenberg vom 21.12.1931 (BA, NS 8-116), in dem ein Schreiben erwähnt wird, "das von dem Reichsinnenminister resp. dem Reichswehrminister eben an Hitler abgegangen ist, dessen Unterzeichneter Groener und dessen Verfasser der Herr General von Sch[*leicher*] ist".

1 Ort der Veranstaltung nicht zu ermitteln, möglicherweise die Reichsführerschule. Hitler sprach nach persönlicher Begrüßung aller Anwesenden am Nachmittag etwa eine Stunde. Laut *VB* vom 18.11.1931 nahmen an der Veranstaltung "sämtliche Mitglieder der Hitler-Jugend-Reichsleitung, die Gebietsführer der H.J. Schlesien, Österreich, West, Nordwest, Nord, Südwest, Berlin, Ostpreußen und München und die Gauführer von Tirol und Baden teil. Die Oberste SA-Leitung, der Nationalsozialistische Studentenbund und der Nationalsozialistische Schülerbund waren vertreten." Am Vormittag sprachen Buch, Schirach, Röhm und Renteln. Offenbar diente die Veranstaltung dazu, die neue Organisation der Reichsjugendführung der NSDAP vorzustellen. Vgl. Dok. 59.

2 Vgl. auch VB vom 18.11.1931, "Reichsführertagung der Hitler-Jugend"; Hessenhammer vom 20.11.1931, "'Das Dritte Reich ruht auf der Auslese der heroischen Menschen'".

gen Fähigkeiten des Einzelmenschen. Auf dem *politischen* Gebiet aber wurde die natürliche Auslese des Lebens in Deutschland außer Kraft gesetzt.

Die Führung einer Nation wird anerkannt, solange sich ihre *Fähigkeit* mit ihren *Ansprüchen* deckt; denn das Eine trägt den Beweis für das Andere in sich. Jede Volksführung hat die politische Aufgabe, die in der Nation wirkenden Fähigkeiten zu verwerten. In Deutschland fungierten als politische Führer Menschen, denen die Kraft zum Zerbrechen der Widerstände fehlte. Das Volk lebt in der

*Sehnsucht zum wirklichen Führertum,*

es wird mit sicherem Instinkt den wahrhaften Führer erkennen. Wollen die Deutschen ihren gegenwärtigen Elendszustand überwinden, so müssen sie aus dem Gesetz der bewiesenen Leistung eine neue Führerauslese treffen. *Wie der Magnet des Pazifismus mit unwiderstehlicher Gewalt die feigen Naturen anzieht, so wird unser Magnet des Mutes, des Opfers und der Hingabe für die Nation die wertvollen Kräfte erobern.*

Die Regeneration des gesamten Volkes gehört zu den ersten und wichtigsten Aufgaben des Nationalsozialismus. *Eine neue Führerschicht der Leistung hat das zur politischen Gestaltung unfähige bürgerliche Führerelement zu ersetzen.*

Mit der Einfügung von einer Million Menschen in unsere Bewegung[3] schließen wir eine Etappe unseres Werkes ab; wir verzichten auf die übrigbleibenden alten Schichten. Wir ringen dem Schicksal die *Leistungsfähigkeit* ab, sie werden die politische Führung übernehmen und die Unfähigkeit verdrängen.

*Später wird die dauernde Ergänzung der politischen Führer- und Kämpferschicht des Nationalsozialismus nur noch durch die Jugendorganisation der Bewegung[4] erfolgen.*

Sie hat in erster Linie an der planmäßigen Schaffung jener Auslese zu arbeiten, die nach ihrem Werte reif zur politischen Führung ist. *Die Hitler-Jugend ist Vorläuferin der S.A., durch sie soll die heutige Million durch eine neue eiserne Million ergänzt werden.*

Die politische Aufgabe der Hitler-Jugend, die sich in die nationalsozialistische Gedankenwelt hineingelebt hat, lautet:

*Gewinnung aller heroischen Menschen unserer Nation.*

Dabei gilt für uns Nationalsozialisten das Gesetz des alten Heeres[5], nach dem ein jeder den Marschallstab in seinem Tornister trägt[6].

Das sind die Wege zur Herrschaft und zum letzten Ziele! Geben wir niemals den Willen zur Herrschaft auf, sonst steht Deutschland am Ende seiner Geschichte, und ein anderes Volk rückt an seine Stelle. *Gelingt es uns, den neuen politischen Kämpfertyp zu gestalten - und ich glaube zuversichtlich, daß es uns gelingen wird -, so wird die Welt eine Nation erleben, deren ungeheure Kraft unbesiegbar ist.*

---

3 Vgl. ferner Dok. 2, Anm. 61 und 62 sowie Dok. 46, Anm. 11.

4 Vgl. Dok. 59.

5 Gemeint ist das deutsche Heer vor 1914.

6 Der Satz, "Tout soldat français porte dans sa giberne le bâton de maréchal de France", wird gewöhnlich dem französischen Kaiser Napoleon I. zugeschrieben. Erstmals nachweisen läßt er sich jedoch in Elzéar Blaze, La vie militaire sous l'Empire, Paris 1837, S. 1, 5.

## 23. November 1931 Dok. 73
## Erklärung [1]

Masch. Aufzeichnung mit hs. Unterschrift; BA, NS 26/18.

Zu den mir nachstehend bekanntgegebenen Fragen:

1. Frage: Hat Adolf Hitler irgendwie, irgendwann im Verlauf seiner politischen Tätigkeit auf Südtirol Verzichtserklärungen abgegeben?

2. Frage: Hat Adolf Hitler erklärt, daß die NSDAP an Südtirol nicht das geringste Interesse habe, sondern dieses Südtirol auch für den Fall preisgäbe, daß durch die nationalsozialistische Politik Deutschland wieder ein aktiver Machtfaktor geworden sein sollte, es also auch für den Fall nicht dem Deutschtum zurückerstattet wissen will, daß die Italiener, sei es durch Gewalt oder Entgegenkommen, dazu bereit wären?

3. Frage: Hat Adolf Hitler irgendwelche direkte finanzielle Beziehungen zum Faschismus in Rom? Bekam er oder seine Bewegung irgendwie Gelder vom Faschismus oder von den mit dem Faschismus irgendwie in Verbindung stehenden Verbänden, Banken usw.?

4. Frage: Es wird behauptet, daß die Mutter Adolf Hitlers von Geburt eine Tschechin gewesen sei, die kein Wort Deutsch verstanden habe. Herr Hitler wird gebeten zu diesem dauernd wiederkehrenden Vorwurf Stellung zu nehmen,

habe ich folgendes zu erklären:

Zu Frage 1.: *Nicht ich habe eine Verzichterklärung auf Südtirol abgegeben,* sondern jene Parteien, die durch ihre vaterlandslose und korrupte Politik die Widerstandskraft der Mittelmächte [2] gebrochen haben. Diese Parteien, Sozialdemokraten, Klerikale und Demokraten unterzeichneten auch die Friedensverträge [3], durch die nicht nur ein *theoretischer* Verzicht auf die

---

1 Anlaß für Hitlers Erklärung war ein Beleidigungsprozeß, den Otmar Seitlinger, Vorsitzender des Lueger-Bunds in Klagenfurt, gegen Stefan Tischler, Redakteur der nationalsozialistischen Zeitung *Vormarsch*, beim Bezirksgericht Klagenfurt angestrengt hatte. Seitlinger hatte öffentlich behauptet, daß Hitlers Mutter Tschechin gewesen sei und daß Hitler "in blinder Bewunderung des Faschismus Südtirol und sein Deutschtum verraten habe". Der *Vormarsch* hatte daraufhin auf Plakaten den Lueger-Bund und Seitlinger der Lüge beschuldigt - für Seitlinger Anlaß zu einer Beleidigungsklage. In seiner ersten Sitzung am 2.10.1931 beschloß das Gericht, Hitler, Wilhelm Frick und Hans Frank zu den Behauptungen Seitlingers im Rechtshilfeweg durch deutsche Gerichte vernehmen zu lassen. Vgl. Berichte Nr. 269/31, 33/32 und 54/32 des Deutschen Konsulats in Klagenfurt an das Auswärtige Amt vom 8.9.1931, 20.1.1932 und 9.2.1932; PA-AA, Abteilung II, Italien, Politik 6A: Nationalitätenfrage, Fremdvölker, Südtiroler Frage, Bd. 30, 36. Abteilung II, Österreich, Politik 5: Innere Politik, Parlaments- und Parteiwesen, Bd. 11. Zitat in Bericht Nr. 54/32.

2 Während des Ersten Weltkriegs Bezeichnung für die Verbündeten Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich und Bulgarien.

3 Der Friedensvertrag zwischen Österreich, den Alliierten sowie den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns war am 10.9.1919 in Saint-Germain-en-Laye unterzeichnet worden. Als Vertreter Österreichs fungierte der sozialdemokratische Staatskanzler Karl Renner. Vgl. Fritz Fellner, Der Vertrag von St. Germain. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. 1, Graz 1983, S. 85-106. Druck: Jahrbuch des Völkerrechts, Bd. VIII: Die Friedensschlüsse 1918-1921, München 1922, S. 250 ff.
Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten war am 28.6.1919 in Versailles unterzeichnet worden. Als Vertreter Deutschlands fungierten der Reichsminister des Auswärtigen Hermann Müller (SPD) und Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum). Die verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung stimmte am 9.7.1919 dem Friedensvertrag mit 208 gegen 115 Stimmen zu. Vgl. Gerhard Schulz, Revolutionen und Friedensschlüsse 1917-1920, München 1967, S. 225. Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.

seitdem abgetrennten deutschen Gebiete ausgesprochen wurde, sondern durch die diese Gebiete auch *praktisch* in den Besitz fremder Staaten einverleibt worden sind. Heute kann nur eine bodenlose Infamie von einem "Verzicht" auf ein Gebiet reden, das man tatsächlich gar nicht mehr besitzt. Ich selbst habe bis zum 13. Oktober 1918, dem Tage einer schweren Gasverletzung[4], als deutscher Soldat gekämpft[5] und damit tatsächlich für die Erhaltung der Gebiete gerungen, die von den defaitistischen Parteien Deutschlands und Österreichs dann dem Ausland ausgeliefert worden sind[6].

Zu Frage 2: *Ich habe nie erklärt, "daß wir kein Interesse an Südtirol besitzen", sondern wie jeder Deutsche Mitleid mit dem von unseren defaitistischen Parteien einst verlassenen und preisgegebenen Volksgenossen empfunden*[7]. Ich habe aber auch umgekehrt stets erklärt, daß ich es niemals verantworten würde, Millionen Menschen auf das Schlachtfeld zu führen, Hunderttausende verkommen zu lassen, um etwa durch Gewalt wieder gutzumachen, was die November-Parteien[8] einst verbrochen haben. Die Nationalsozialistische Partei sieht vor sich nicht das Schicksal Südtirols als das Entscheidende für die deutsche Nation, sondern das Schicksal von 65 Millionen Menschen[9], die geknebelt und entrechtet der langsamen Verelendung und dem langsamen Verkommen ausgeliefert sind. Die Nationalsozialistische Partei macht keine Protestpolitik auf dem Berliner Schloß- oder dem Wiener Heldenplatz, sondern eine praktische Politik der Sicherung der Lebensgrundlagen der deutschen Nation. Von rund über 100 Millionen lebenden Deutschen[10] sind mehr als 30 Millionen außerhalb der heutigen Reichsgrenzen[11]. Ich lehne es ab, ihre Bedeutung weniger gewürdigt zu sehen als die Bedeutung irgendeines herausgegriffenen Splitters dieser Zahl[12]. Wenn Italien aus "Entgegenkommen" bereit wäre,

4 Hitler erlitt in der Nacht vom 13. auf 14. Oktober 1918 auf der Montagne-Höhe bei Werwick-Süd, zusammen mit mehreren Soldaten des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 16, eine Gasverletzung; am 21.10.1918 wurde der kurzfristig erblindete Hitler in das preußische Reserve-Lazarett Pasewalk bei Stettin eingeliefert und dort bis zum 19.11.1918 behandelt. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 176 ff.

5 Vgl. Dok. 43, Anm. 9.

6 Zum Stellenwert Südtirols in der deutschen Diplomatie und in der deutschen Öffentlichkeit vgl. Leopold Steurer, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919-1939, Wien 1980, S. 64 ff.

7 Hitlers Einschätzung des Südtirol-Problems - Verzicht auf Südtirol zugunsten einer deutsch-italienischen Freundschaft - , fand anfangs weder im bürgerlichen und erst recht nicht im rechtsextremen Lager Verständnis, so daß Hitler immer wieder gezwungen war, diesen "Sündenfall" in seinen außenpolitischen Zielvorstellungen zu rechtfertigen. Vgl. z. B. seine Broschüre "Die Südtiroler Frage und das Deutsche Bündnisproblem" vom Februar 1926, ein Sonderdruck aus "Mein Kampf" (Druck: Bd. I, Dok. 100), Hitlers ausführliche Darlegungen im Kapitel XV seiner "Außenpolitischen Standortbestimmung nach der Reichstagswahl" (Bd. II A, S. 189 ff.) sowie seine Ausführungen im Beleidigungsprozeß gegen Albrecht von Graefe, Josef Osterhuber, Thomas Wimmer, Adolf Dichtl und Julius Zerfaß. Druck: Bd. III/2, Dok. 34 f.; Bd. III/3, Dok. 13. Generell zu dieser Thematik vgl. Wolfgang Schieder, Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Krise der Weimarer Republik. In: Historische Zeitschrift 262 (1996), S. 73-125, hier S. 110 ff.

8 Gemeint sind die deutschen Parteien, die während und nach der Revolution 1918/19 an der Macht waren.

9 Vgl. Dok. 2, Anm. 22.

10 Vgl. Dok. 20, Anm. 17.

11 Ende 1925 wurden auf den einzelnen Kontinenten die folgenden Zahlen an Deutschsprachigen ermittelt. Europa: 82.862.800; Asien: 197.480; Amerika: 11.080.800; Afrika: 126.700; Australien/Polynesien: 160.650.
In Europa lebten zum damaligen Zeitpunkt schätzungsweise 20.362.800 Deutschsprachige außerhalb des Deutschen Reichs, davon 9.160.000 in Österreich und der Schweiz. Vgl. Winkler, Statistisches Handbuch, S. 18 ff., 25.

Südtirol an Deutschland zurückzugeben, so kann nur ein Lügner behaupten, daß ich oder meine Bewegung es ablehnen würden, das Land etwa entgegenzunehmen. Allerdings scheint mir die Erörterung dieses Gedankens allein schon die schärfste Charakterisierung der politischen Phantastik [*sic!*] zu sein, mit der diese Kreise ihre Verleumdungen untermauern.

Zu Frage 3: Ich habe *niemals* weder direkt noch indirekt *finanzielle* Beziehungen zum Faschismus in Rom unterhalten [13]. Ich habe nie vom Faschismus oder von mit ihm in Verbindung stehenden Verbänden, Banken usw. Gelder verlangt oder empfangen. Ebensowenig die von mir geführte und unter meiner Aufsicht stehende Bewegung [14]. Ich habe zum Unterschied der tatsächlich öfter als ein Mal vom Ausland subventionierten, internationalen Parteien [15] meinen Ehrgeiz darein gesetzt, die *Erkämpfung der deutschen Freiheit ausschließlich aus Mitteln und Kräften der deutschen Nation zu besorgen.*

Zu Frage 4: *Meine Mutter* [16] *war eine rein deutsche Frau* [17], von rein deutscher Herkunft, weder meine Mutter noch mein Vater [18] konnten daher auch nur ein Wort Tschechisch. In meinem Elternhause ist daher auch niemals ein tschechisches Wort gesprochen worden. Der Mädchenname meiner Mutter lautete *Klara Pölzl.* Sie stammt aus einer rein deutschen Bauernfamilie aus dem Waldviertel. Mein Vater desgleichen. Es entspricht dem Charakter meiner politischen Gegner, daß sie das, was sie politisch nicht brechen können, persönlich verleum-

---

12 Bei der Volkszählung vom 31.12.1910 wurden in Südtirol 220.644 Deutschsprachige gezählt. Vgl. Walter Freiberg, Südtirol und der italienische Nationalismus. Entstehung und Entwicklung einer europäischen Minderheitenfrage, Innsbruck 1989, Bd. 1, S. 145 ff. hier S. 146.

13 Fasziniert von den Erfolgen der italienischen Faschisten hatte Hitler bereits im September 1922 durch seinen außenpolitischen Berater Kurt Lüdecke Kontakte zu Mussolini aufgenommen, während Mussolini wiederum durch ein Netz von Vertrauensleuten versuchte, Fühlungnahme zu den verschiedenen deutschen Rechtsgruppen zu halten. "Eine direkte italienische Einflußnahme und Unterstützung des bayerischen Rechtskartells um Kahr, Lossow, Seisser, Ludendorff und Hitler" ist "zwar nicht schlüssig nachzuweisen, aber denkbar." Vgl. Alan Cassels, Mussolini and German Nationalism, 1922-1925. In: The Journal of Modern History XXXV (1963), S. 137-157; Jens Petersen, Hitler - Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933-1936, Tübingen 1973, S. 14 ff. Zitat S. 15; Schieder, Das italienische Experiment, S. 110 ff.

14 Zum damaligen Verhältnis zwischen NSDAP und Italien vgl. Dok. 13, Anm. 15 und Dok. 93, Anm. 7.

15 Das *genaue* Ausmaß der finanziellen Unterstützung der KPD durch das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationalen in Moskau ist bislang unbekannt. Wahrscheinlich wurden die Geheimapparate der KPD ausschließlich, die KPD selbst dagegen etwa zu einem Drittel durch die Komintern finanziert, was an dem chronischem Geldmangel der deutschen Kommunisten allerdings nur wenig änderte. Während die Partei das Thema offiziell zu vertuschen suchte, wurde die finanzielle Abhängigkeit der KPD von Moskau in der deutschen Öffentlichkeit meist weit überschätzt. Vgl. Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1969, S. 308 ff.

16 Klara Hitler, geb. Pölzl (1860-1907), Hausgehilfin im Haushalt von Alois und Franziska Hitler, 1885 Heirat mit Alois Hitler.

17 Klara Pölzl wurde am 12.8.1860 in Spital in Niederösterreich als Tochter des Kleinbauern Johann Baptist Pölzl (1828-1902) und der Johanna Hüttler (1830-1906) geboren. Ihre Vorfahren, aber auch die väterliche Linie der Vorfahren Adolf Hitlers entstammten dem Waldviertel zwischen Donau und böhmischer Grenze. Der Name Hitler, Hiedler oder Hüttler läßt sich hier bis in die dreißiger Jahre des 15. Jahrhunderts zurückverfolgen und ist möglicherweise deutschen oder - in der Form Hidlar, Hidlarcek - tschechischen Ursprungs. Vgl. Fest, Hitler, S. 31 ff.; Werner Maser, Adolf Hitler. Biographie, München [7]1978, S. 9 ff.

18 Alois Hitler (bis 1876: Schicklgruber, 1837-1903), 1851 Schuhmacherlehrling, 1855 Eintritt in den österreichischen Zolldienst, 1870 Kontrollassistent, 1895 Pensionierung als Zollamts-Oberoffizial.

den [19], und es entspricht *weiter ihrer Erbärmlichkeit, dabei in den Kreis ihrer Lügen und Verleumdungen nicht nur die Lebenden, sondern sogar die Toten, ja die Eltern einzubeziehen* [20].

Diese abgegebenen Erklärungen bin ich bereit, jederzeit auf meinen Eid zu nehmen.

*München,* den 23. November 1931

*Adolf Hitler*

## 25. November 1931 Dok. 74
## Anordnung für die SA-Gruppe Hochland [1]

Masch. Aufzeichnung; IfZ, MA 1225.

Ich bestimme, daß die Angehörigen der Untergruppe München-Oberbayern [2] zum Dienstanzug kurze Lederhose mit weißen Strümpfen und Halbschuhen tragen dürfen. Der Anzug hat bei Ausrückungen gleichmäßig zu sein.

Ferner genehmige ich der Untergruppe München-Oberbayern als Gausturmabzeichen das Edelweiß in der von der Reichszeugmeisterei vorgelegten Ausführung. Es ist an der linken Seite der Mütze hart über dem Sturmriemenknopf zu tragen.

gez. Adolf Hitler

19 Zu den zeitgenössischen Behauptungen und Gerüchten über Hitlers Herkunft vgl. Günter Scholdt, Autoren über Hitler. Deutschsprachige Schriftsteller 1919-1945 und ihr Bild vom "Führer", Bonn 1993, S. 252 ff. sowie Maser, Hitler, S. 9 ff. Ferner Bd. IV/1, Dok. 53.

20 Hitlers familiäre Herkunft ist nicht in allen Punkten sicher zu rekonstruieren und gab deshalb immer wieder zu Spekulationen und Gerüchten Anlaß: Sein Vater, Alois Schicklgruber, war unehelicher Herkunft und erst 1876 von Johann Nepomuk Hüttler legitimiert worden; wer Adolf Hitlers Großvater war, konnte allerdings nie sicher geklärt werden. Hitlers Vater war dreimal verheiratet, wobei die Mutter Adolf Hitlers mit ihrem ersten Sohn, Gustav Hitler (1885-1887), vermutlich schon schwanger war, als die zweite Frau von Alois Hitler, Franziska Hitler, noch lebte. Vor allem aber war Klara Hitler - vorausgesetzt Johann Nepomuk Hüttler war tatsächlich der leibliche Vater von Alois Hitler - dessen Nichte. Sicher belegt ist der Dispens, den die katholische Kirche nach anfänglichem Zögern am 7.1.1885 für die Heirat von Alois Hitler und Klara Pölzl erteilte. Vgl. Fest, Hitler, S. 31 ff. sowie Maser, Hitler, S. 9 ff.

1 Kopf: "Der Oberste SA-Führer I Nr. 7261/31. München, den 25.11.1931."

2 Die Anordnung wendet sich sowohl an die SA-Gruppe Hochland als auch an die SA-Untergruppe München-Oberbayern. Zur organisatorischen Umgestaltung dieses SA-Verbands vgl. Dok. 62.

## 25. November 1931 Dok. 75
## "Sieg des Nationalsozialismus: Sieg der deutschen Jugend![1]"
## Rede auf NSDStB-Versammlung in München[2]

PND-Bericht VI/d Nr. 2559/31 vom 26.11.1931; StA München, Polizeidirektion München 6737[3].

Man hat das Wesen unserer Bewegung so verstanden, daß wir eine Art streitbaren Dienst zu leisten haben. Man meinte, wir würden den Teil, der nicht erfaßt werden könnte, so präparieren, daß ihre Angriffe zwischen Politik und Wirtschaft so hineingezogen werden, wie es stets mit seinem Wesen geschieht und was außerdem noch geschehen wird [*sic!*]. Es ist das größte Unglück der Nation, wenn eine wirtschaftliche Geistigkeit politische Interessen in Anspruch nimmt [*sic!*]. Es ist in den meisten Fällen unmöglich, daß ein wirtschaftlich eingestellter Mensch politisch zu führen vermag. Die Wirtschaft wird den Staat aufbauen; es ist aber ausgeschlossen, bei nur wirtschaftlichem Denken einen Staat aufrechtzuerhalten. In dem Geschehen der letzten 12 Jahre sehen wir den furchtbaren Beweis von nur wirtschaftlichem Denken. Hier Städter, hier Bauer, hier Hausbesitzer, hier Mieter, hier Arbeitgeber, hier Arbeitnehmer u.s.w. - nur Gegensätzlichkeiten. Dadurch verlieren sie das Wesen für die notwendige Gemeinschaft. Sogenannter Reichswirtschaftsrat löst sich auf[4], weil man glaubte, man könne bei einem Gegensatz ohne die absolute Autorität nicht handeln. Wirtschaftliche Fähigkeit hat gar nichts zu tun mit der politischen. Die politische Fähigkeit des einzelnen ist, das Zusammenfassen der entstehenden Leistungen, die die Menschen auf ihre übrige Mitwelt abgeben. Wirtschaftliche Gesichtspunkte treten für politische Organisationen nicht hervor. Ein Mensch, der politisch eingestellt ist, kann nicht wirtschaftlich [*eingestellt*] sein und umgekehrt. Wo in jeder Bewegung sich wirtschaftliche Dinge zu organisieren beginnen, hört der politische Kampf auf. Ein Mensch der wirtschaftlich denkt, kann nicht mehr Kämpfer sein. Die Demokratie ist und bleibt der Todfeind eines wahrhaften Kämpfers. *Das vernichtendste Urteil für die deutsche Revolution[5] ist, daß sie keinen Bismarck und keinen Napoleon hervorbrachte.*

Die Demokratie zeigte hier ihre inneren Schwächen. Die brutale Gewalt war verherrlicht. Das deutsche Volk mußte dieser Gesellschaft erst zeigen, daß sie kein Anrecht besitzt, die politische Führung zu übernehmen. Der Teil, der dem Einfluß der Revolution entzogen war, hat

---

1 Titel laut Ankündigung im VB vom 25.11.1931.

2 Im Bürgerbräukeller, Rosenheimer Straße 29, von 20.15 bis 22.00 Uhr. Wegen Überfüllung der Versammlung wurde Hitlers Rede - so die Vorlage - "mittels Mikrophon durch die Reichspost in die Parallelversammlung" im Franziskanerkeller übertragen.
Anlaß für Hitlers Rede waren die AStA-Wahlen an den Münchner Hochschulen, die tags darauf stattfanden. Der NSDStB, bislang schon stärkste Fraktion, verbesserte sich dabei an der Universität München von 10 auf 11 Sitze, an der Technischen Hochschule München von 11 auf 14 Sitze. Vgl. VB vom 28.11.1931, "Astasieg in München".

3 Vgl. auch München-Augsburger Abendzeitung vom 26.11.1931, "Warum schweigt Hitler?"; Bayerischer Kurier vom 27.11.1931, "Warum schweigt Herr Hitler?"; VB vom 27.11.1931, "Adolf Hitler spricht vor den Münchener Studenten".

4 Gemeint ist der Wirtschaftsbeirat beim Reichspräsidenten, der am 23.11.1931 seine Schlußsitzung gehabt hatte. Vgl. Dok. 46, Anm. 85.

5 Gemeint sind die ab November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich.

sich politisch organisiert. *Wir wollen unser Volk vom internationalen Judentum nicht rauben lassen* [*sic!*].

Glauben Sie mir, jede menschliche Gemeinschaft baut sich auf Grundverträge auf[6]. Es ist unmöglich, daß ein Teil nationalistisch und der andere Teil bolschewistisch denkt. Solange in Deutschland die Frage Marxismus und Nationalismus nicht geklärt ist, wird Deutschland gegenüber anderen Völkern nicht mehr in Erscheinung treten.

Wir haben in Deutschland zuviel Menschen auf einem zu kleinen Grund. Deutschland hat Menschen angehäuft, die eigentlich gar nicht mehr existieren können. Millionen von Deutschen sind ganz aufgegangen in der Überzeugung, daß die Landwirtschaft eigentlich ein lästiges Anhängsel sei. Millionen Menschen sehen auf Welthandel, Weltexport etc. Wir haben im Laufe der letzten 40 bis 50 Jahre eine Wirtschaft aufgebaut, deren bestimmte Voraussetzungen heute nicht mehr da sind[7]. Können wir heute noch mit dem Absatzmarkt rechnen, den wir brauchen? Ja oder nein! Sie können gut studieren und lernen. Sie wissen nicht, ob Sie als Torfstecher enden[8]. Eines aber wissen Sie, was die Nation in ihrer gewaltigen Kraft einst leisten kann. Ich glaube, daß es ganz gleich ist, wie die Würfel in Zukunft fallen. Wenn nur ein unbedingt sicheres Deutschland entsteht. Ein Volk kann nur bestehen, wenn es seinen inneren Kampf beendet hat. *Staatsmann ist nur derjenige, der dieses Volk wieder zu einer Einheit zusammenbringt.*

Wir müssen ein neues Volk sein und eine neue Führung schaffen, und nur dann kann das Leben seinen Sinn und seinen Zweck erfüllen. Der Geist eines Menschen zieht diesen immer nur dahin, wo er hingehört. Treten sie ein in das Programm der nationalen Bewegung. Die Bedeutung unserer Bewegung liegt darin, daß sie das Prinzip entwickelt hat, und zwar das Prinzip der Autorität nach unten und der Verantwortlichkeit nach oben. Noch keine organisierte Intelligenz hat eine solche Aufwärtsbewegung wie wir [*sic!*]. *Parteien zerschellen, und ein neues Volk steigt empor.*

Wen die Bewegung einmal erfaßt hat, geht in ihr auf. Was sich heute im Kampf bildet, führt sich selbst. Wer nicht Kämpfer war zur Zeit der größten Not, der kann auch nicht deutscher Führer sein. Fassen sie die nächste Wahl[9] als eine kleine Stufe auf für das große Ziel, das wir uns gestellt haben [*sic!*]. Ein neues großes Deutsches Reich wollen wir, das frei und unabhängig ist, und daß uns dann wieder die Welt frei spricht von der größten Schande des 20. Jahrhundert[10].

Hitler betonte in seiner Rede die allgem[*eine*] politische Entwicklung nach der Revolution, ohne dabei irgendwelche Maßnahmen der Reichsregierung und der Länderregierungen anzugreifen.

---

6 Vgl. Dok. 25, Anm. 15.

7 Anspielung auf die sich seit Herbst 1929 abzeichnende Weltwirtschaftskrise.

8 Noch mehr als von ihren dürftigen Lebensbedingungen wurde die soziale Situation der deutschen Studenten in der Weimarer Republik von den düsteren beruflichen Zukunftsperspektiven geprägt. 1931 wurde der jährliche Neubedarf an Akademikern auf 10.500 geschätzt, was nach damaligen Berechnungen zu einer Zahl von etwa 100.000 stellenlosen Akademikern führen mußte. Im Winter 1932/33 standen nach Auskunft des Reichsarbeitsministeriums schließlich 300.000 beschäftigten Akademikern im Deutschen Reich 150.000 arbeitslose gegenüber. Vgl. Faust, Nationalsozialistische Studentenbund, Bd. 1, S. 112 ff., Zahlen S. 116 f.

9 Vgl. Anm. 2.

10 Anspielung auf Artikel 231, den sog. Kriegsschuldartikel des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919. Vgl. Dok. 12, Anm. 7.

## 28. November 1931 Dok. 76
## "Verfügung"
## Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 31.12.1931 [1].

Die Erfahrungen in Hessen [2] haben gezeigt, daß der beabsichtigte Eintritt in die NSDAP von Personen, welche in der Öffentlichkeit bereits eine Rolle spielten [3], mit besonderer Sorgfalt überprüft werden muß. Während bisher beim Übertritt von politischen Führern anderer Parteien in unsere Bewegung eine mehrmonatliche Prüfungszeit bis zur endgültigen Aufnahme eingeschoben wurde [4], verfüge ich für die Zukunft folgendes:

Dem Ersuchen von Personen, welche bisher in der Öffentlichkeit hervortraten, insbesondere wenn diese bereits als politische Führer anderer Parteien eine Rolle spielten, in die NSDAP aufgenommen zu werden, ist nicht vor Ablauf einer Prüfungszeit von einem Jahr, gerechnet vom Tage der Einreichung des Aufnahmegesuches an, stattzugeben [5].

*München,* 28. November 1931

gez. Adolf *Hitler*

1 Vgl. auch VB vom 22.12.1931, "Verfügung".

2 Der ehemalige Kreisleiter der NSDAP, Karl Wilhelm Schäfer, hatte am 25.11.1931 dem Polizeipräsidenten von Frankfurt Dokumente übergeben, die am 5.8.1931 Thema einer Besprechung der Gaufachberater des Gaues Hessen-Darmstadt der NSDAP im Gasthaus *Boxheimer Hof* im Kreis Bensheim gewesen waren. Diese Dokumente - als Autor bezeichnete sich der Leiter der Rechtsabteilung des Gaues, Gerichtsassessor Werner Best, - enthielten Entwürfe, die im Fall einer bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzung mit der KPD durch die NSDAP veröffentlicht werden sollten. Vorgesehen waren u. a. die Todesstrafe bei Widerstand gegen die SA, die zwangsweise Requirierung von Lebensmitteln, die vorläufige Zwangsbewirtschaftung aller Privatvermögen sowie eine Arbeitsdienstpflicht ab 16 Jahren, ohne deren Erfüllung kein Anspruch auf Ernährung bestehen sollte. Diese "Boxheimer Dokumente" wurden vom preußischen Minister des Innern, Carl Severing, der Presse übergeben, sorgten dort jedoch für mehr Aufregung als bei den Reichsbehörden. Best wurde am 12.10.1932 durch den IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig mangels Beweisen von der Anklage des Hochverrats freigesprochen. Vgl. Schulz, Brüning zu Hitler, S. 604 ff.; Martin Loiperdinger, "Das Blutnest vom Boxheimer Hof". Die antifaschistische Agitation der SPD in der hessischen Hochverratsaffäre. In: Eike Hennig (Hrsg.), Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen, Frankfurt a. M. 1983, S. 433-468; Staat und NSDAP, Dok. 43, 47 ff.

3 Anspielung auf: Karl Wilhelm Schäfer (1896-1933), Diplom-Handelslehrer, Syndikus in Offenbach, Kreisleiter der NSDAP in Offenbach, 1925 Verfasser von *Die deutsche Judenfrage*, 1931/32 MdL in Hessen, November 1931 Ausschluß aus der NSDAP, seit März 1933 in "Schutzhaft", am 16./17.7.1933 im Frankfurter Stadtwald erschossen.

4 Mitgliedern der NSDAP war eine gleichzeitige Mitgliedschaft in anderen politischen Organisationen und Wehrverbänden verboten. Vgl. z. B. Hitlers Rundschreiben an die Gauleitungen und selbständigen Ortsgruppen der NSDAP vom 5.2.1927. Druck: Bd. II/1, Dok. 75. Zur Aufnahme von Mitgliedern vgl. die Satzung der NSDAP/NSDAV e. V. vom 21.8.1925 und 22.5.1926. Druck: Bd. I, Dok. 64, 146.

5 Im Auftrag Hitlers schrieb Göring am 26.11.1931 an den Reichspräsidenten, daß die "Nachrichten über angebliche Hochverratshandlungen der Partei in Hessen [...] der Parteileitung erst durch die Presse bekannt geworden" seien. "Die Reichsleitung sowie die maßgebenden Parteistellen haben damit nicht das geringste zu tun." Vgl. Staat und NSDAP, Dok. 48 mit Anm. 1.
Daß Hitler damals jedoch eine ganz ähnliche Strategie verfolgte, verdeutlichen seine geheimen Ansprachen vom 25.9. und 26.9.1931. Druck: Dok. 38 f.

## 28. November 1931 Dok. 77
## "Erlaß Nr. 4"
## Anordnung[1]

Gedrucktes Exemplar; BA, NS 23 (SA), Nr. 123.

1. Sämtliche in der SA (SS) diensttuenden Pg sind in der Sammelbezeichnung "SA- (SS-) Männer" zusammengefaßt. Sie gliedern sich in SA- (SS-)Führer und SA- (SS-)Männer im engeren Sinn.

2. Die Gesamtführerschaft der SA und SS gliedert sich künftig in das untere, mittlere und höhere Führerkorps.

Die Gliederung ist aus der Anlage 1[2] ersichtlich.

3. Künftig wird unterschieden zwischen Dienstgrad und Dienststellung[3].

Jeder Angehörige der SA und SS hat einen Dienstgrad, der mit der Dienststellung gleicher Bezeichnung nicht übereinzustimmen braucht. Es gibt:

| | |
|---|---|
| höhere Führer | Obergruppenführer |
| | Gruppenführer |
| | Oberführer |
| | Standartenführer |
| mittlere Führer | Sturmbannführer |
| | Sturmführer |
| untere Führer | Truppführer |
| | Scharführer |

SA- (SS-)Männer; (die Bezeichnung SA- (SS-)Leute ist unzulässig).

4. Der Eintritt in die SA oder SS erfolgt in der Regel als SA- (SS-)Mann. Hat der Betreffende schon früher in der SA (SS) oder in mit dieser verbündeten oder zusammengeschlossenen Verbänden (Kampfbund[4], Reichskriegsflagge[5], Oberland[6], Frontbann[7]) gedient oder

1 Kopf: "Der Oberste SA-Führer. I/II a Nr. 7162/31. München, den 28. November 1931. Betrifft: Dienstgrad- und Dienststellungsverhältnisse." Ferner Verteiler.

2 Beilage "Dienststellenverzeichnis" und "Dienstgradverzeichnis"; BA, NS 23 (SA), Nr. 123. Zur damaligen Gliederung der SA vgl. ferner Bd. IV/1, Dok. 60.

3 Für den Führungsstil und das Selbstverständnis der SA war dies eine einschneidende Veränderung. Vgl. z. B. Punkt 6 der "Grundsätzlichen Anordnung der SA V" vom 5.6.1927: "Die Abzeichen sind Dienststellen-Abzeichen, nicht Rangabzeichen. Es gibt bei uns keinen Rang; alle SA-Männer haben denselben Rang. Also gibt es niemanden, der Rang und Abzeichen eines Sta[*ndarten*]f[*ührers*] trägt, aber keine Sta[*ndarte*] führt; ebenso gibt es niemanden, der eine Sta[*ndarte*] führt, dem aber nur Rang und Abzeichen eines Tr[*upp*]f[*ührers*] zuständen. Die (Dienststellen-)Abzeichen sind vielmehr mit dem Wechseln der Stelle an- und abzulegen. Wechsel und Rücktritt sind also keine Schande und keine Degradierung." Druck: Bd. II/1, Dok. 142.

4 Die NSDAP hatte im Januar 1923 die Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns verlassen und kurz darauf einen eigenen Dachverband gegründet, die Arbeitsgemeinschaft der Kampfverbände. Unter dem Einfluß von Erich Ludendorff und Hitler formierte sich hieraus im September 1923 der sog. Kampfbund, zu dessen politischem Führer Hitler am 25.9.1923 gewählt wurde. Mit diesem straff organisierten Dachverband wurde nicht nur die SA zu einem paramilitärischen Verband umstrukturiert, Hitler beanspruchte damit auch die Führung aller rechtsradikalen Wehrverbände. Der Kampfbund - zu seinen wichtigsten Teilen zählten SA, der Bund Oberland und die Reichskriegsflagge - wurde mit etwa 4.000 Mann zum Träger von Hitlers mißlunge-

war er durch seine Zugehörigkeit zur Reichswehr usw. bisher am Eintritt verhindert[8], so kann er ausnahmsweise mit einem höheren Dienstgrad eingestellt werden.

5. Die SA- (SS-)Männer werden zu nächsthöheren Dienstgraden *befördert.*

Die Beförderung ist vom Dienstalter unabhängig und erfolgt ausschließlich nach Leistung und Eignung. Auch das Überspringen von Dienstgraden ist zulässig.

Die Beförderung spricht aus: zum Schar- und Truppführer (Sturmgeldverwalter), der Sturmbannführer, zu allen übrigen Dienstgraden der Oberste SA-Führer[9] oder in seinem Auftrag der Chef des Stabes[10].

Unabhängig davon wird jeder SA-Führer vom Sturmführer aufwärts durch den Obersten SA-Führer als SA-Führer bestätigt und erhält durch das Personalamt die vom Führer unterzeichnete Bestallung.

Der einmal verliehene Dienstgrad bleibt auch bei Wechsel der Dienststelle oder der Verbandszugehörigkeit aufrecht. Er kann nur durch die Dienststelle aberkannt werden, die für die Beförderung zuständig ist. Ausschluß aus der SA hat ohne weiteres den Verlust des Dienstgrades zur Folge.

---

nem Putschversuch am 8./9.11.1923. Kurz darauf verboten, versuchte die Organisation vergeblich in der Illegalität zu überleben. Vgl. Harold J. Gordon jr., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt a. M. 1971, S. 87 ff., 169 ff., 213 ff., 313 ff., 380 ff.

5 Die Reichskriegsflagge hatte sich im Oktober 1923, im Vorfeld des Hitler-Putsches, auf Initiative von Ernst Röhm von der Reichsflagge abgespalten. Vereinigte die Reichsflagge - ein im wesentlichen auf Bayern beschränkter Wehrverband, der 1922 von bayerischen Reichswehroffizieren gegründet worden war - die eher gemäßigteren und älteren Elemente der völkischen Bewegung, so handelte es sich bei Reichskriegsflagge um seinen politisch radikaleren paramilitärischen Ableger, vornehmlich in Südbayern. Der Verband, der vermutlich zwischen 250 und 500 Mitglieder hatte, wurde nach dem gescheiterten Hitler-Putsch verboten. Vgl. ebenda, S. 97 ff.

6 Das Freikorps Oberland (ab 1921: Bund Oberland) war im April 1919 unter maßgeblicher Mitwirkung von Rudolf von Sebottendorff, Vorsitzender der Thule-Gesellschaft, gegründet worden. Der antimarxistisch, großdeutsch und antisemitisch ausgerichtete Bund, der seine Schwerpunkte in Bayern und Oberschlesien besaß, beteiligte sich an den Kämpfen im Ruhrgebiet, in Oberschlesien und am Hitler-Putsch; im November 1923 verfügte er in Bayern über etwa 2.000 Mitglieder. Nach seinem Verbot im November 1923 wurde der Bund Oberland 1925 neugegründet, bis er sich Ende 1930 endgültig auflöste. Vgl. Hans Jürgen Kuron, Freikorps und Bund Oberland, Diss. phil., Erlangen 1960.

7 Der Frontbann wurde im August 1924 von Ernst Röhm und Wolf Heinrich Graf von Helldorf offiziell gegründet, um nach dem gescheiterten Hitler-Putsch die organisatorischen Reste der SA aufzufangen und eine reichsweite Wehrbewegung zu konstituieren. Der rein militärischen Organisation schlossen sich einige kleinere Verbände wie die Altreichsflagge oder der Völkische Wehrring an, so daß dieser Wehrverband damals etwa 30.000 Mitglieder besaß. Nach der Wiedergründung der NSDAP im Februar 1925 begann der Verband rasch wieder zu zerfallen, schon weil Hitler sich gegen Putschpläne entschieden hatte; die Masse der Mitglieder stießen wieder zur NSDAP bzw. zur SA, die organisatorischen Reste vereinigten sich mit Ludendorffs Tannenberg-Bund. Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 45 ff. David Jablonsky, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989, passim.

8 § 36 des Wehrgesetzes vom 23.3.1921 verbot den aktiven Soldaten jede politische Betätigung. Für den Dienstbereich galt dies auch für Militärbeamte. Dieses Verbot galt nicht nur für "die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen", sondern auch für "das Recht zum Wählen oder zur Teilnahme an Abstimmungen im Reiche, in den Ländern oder in den Gemeinden". Druck: RGBl. 1921, S. 329 ff., 337.

9 Hitler.

10 Ernst Röhm.

6. Die Besetzung der Dienststellen erfolgt gleichfalls ausschließlich nach dem Leistungsprinzip auf dem Wege der *Ernennung*. In der Regel werden die Dienststellen durch einen mit dem entsprechenden Dienstgrad ausgestatteten SA-Führer besetzt, z[*um*] B[*eispiel*] die Standarte durch einen Standartenführer, oder es wird der hierfür in Aussichtgenommene gleichzeitig zur Beförderung zu diesem Dienstgrad vorgeschlagen. Zum Inhaber einer Dienststelle kann aber auch ein im Dienstgrad Höherer oder Niederer ernannt werden, z[*um*] B[*eispiel*] zum Führer einer Standarte ein Oberführer oder Sturmbannführer.

Zur *Ernennung* (sowie zur Enthebung) sind zuständig:

| | | |
|---|---|---|
| zum | Scharführer | der Sturmbannführer |
| " | Truppführer | |
| " | Sturmgeldverwalter | |
| zum | Sturmführer | der Oberste SA-Führer |
| " | Sturmbannführer | bzw. Chef des Stabes. |
| " | Standartenführer | |
| " | Untergruppenführer | |
| " | Gruppenführer | |
| " | Gruppenstabsführer | |
| " | Untergruppenstabsführer | |
| " | Adjutanten und sonstigen Führern in einem Stabe | |
| " | SA-Arzt in jeder Dienststellung | |
| " | Geldverwalter vom Sturmbanngeldverwalter an | |

7. Unabhängig davon kann bei voraussichtlich längerem Freiwerden einer Dienststelle ein Führer zunächst "mit der Führung beauftragt" werden. Die Zuständigkeit hierzu ist aus Ziff[*er*] 145 der S.A.D.V. [11] ersichtlich.

8. Ein zum Inhaber einer Dienststelle ernannter oder mit der Führung beauftragter Führer ist Vorgesetzter aller Führer des ihm unterstehenden Verbands, auch wenn sie im Dienstgrad höher oder dienstälter sind. Z[*um*] B[*eispiel*] ein zum Führer einer Standarte ernannter Sturmbannführer ist Vorgesetzter auch eines Standartenführers, der einen Sturmbann in seiner Standarte führt.

9. Die Personalverfügungen (Führerbefehle) werden daher künftig z[*um*] B[*eispiel*] lauten:

"Der Führer der Standarte 9, Standartenführer M., wird zum Oberführer befördert und zum Führer der Untergruppe B ernannt" oder "Der Führer des Sturmbanns I/6, Sturmbannführer N., wird zum Standartenführer befördert und zum Stabsführer der Untergruppe B ernannt."

---

11 "Ist eine SA-Führerstelle durch Enthebung oder Rücktritt offen oder läßt sich von vorneherein übersehen, daß die Behinderung länger wie [*sic!*] einen Monat dauern wird, so wird ein geeigneter SA-Führer 'mit der Führung beauftragt'. Zuständig hierfür ist b[*e*]z[*ü*]gl[*ich*] der Sturm- und Sturmbannführer der Standartenführer, b[*e*]z[*ü*]gl[*ich*] der Standarten- und Untergruppenführer der Gruppenführer, b[*e*]z[*ü*]gl[*ich*] der Gruppenführer der Chef des Stabes der Obersten SA-Führung. Ein mit der Führung eines Verbandes beauftragter Führer trägt die Abzeichen seiner bisherigen Dienststellung und wird mit der diesen entsprechenden Anrede angesprochen. Er unterzeichnet: 'M.d.F.b.' (mit der Führung beauftragt), darunter Name und Dienstrang." Vgl. Ziffer 145 der Dienstvorschrift für die SA der NSDAP, Dießen 1931, S. 77.

10. Schriftliche Meldungen, Befehle usw. sind künftig zu unterzeichnen, z[*um*] B[*eispiel*]:
Der Führer der Untergruppe (Berlin)
K.
Oberführer
Ist der Führer lediglich "mit der Führung beauftragt", so unterzeichnet er:
Der Führer der Standarte 21
M.d.F.b.
L.
Sturmbannführer
Vertritt er lediglich den Führer, so unterzeichnet er:
Der Führer des Sturmbanns I/21
I.V.
G.
Sturmführer.

11. Referenten und Adjutanten der Obersten SA-Führung und der ihr unterstellten Gliederungen [12] sowie aller Stäbe haben den Dienstgrad, zu dem sie durch den Obersten SA-Führer befördert sind, und tragen die Abzeichen ihres Dienstgrades.

Als Dienststellungsabzeichen tragen die Adjutanten (die Referenten nicht!) eine rote, mit Silber durchwirkte Fangschnur an der rechten Schulter.

Die Stabsleiter der Gruppen und Untergruppen, des RFSS [13], der RFS [14], und der General-Inspektion führen künftig die Dienststellungsbezeichnung "Stabsführer". Ihr Dienstgrad wird jeweils durch Führerbefehl bestimmt.

13. Änderung der S.A.D.V., soweit sie mit diesen Bestimmungen in Widerspruch steht, wird erfolgen [15]. Der SS sind Abweichungen im Rahmen dieser Bestimmungen, soweit sie durch ihre besonderen Verhältnisse bedingt sind, anheimgestellt [16].

Adolf *Hitler*

---

12 Dem Chef des Stabes in der Obersten SA-Führung waren damals unmittelbar unterstellt: SS, NSKK, Hitler-Jugend, General-Inspektion, Reichsarzt, Reichsführerschule. Vgl. Nationalsozialistisches Jahrbuch 1932. Hrsg. unter Mitwirkung der Reichsleitung der NSDAP, München o. J., S. 155. Mit Anordnung vom 30.10.1931 wurden der neuen Dienststelle "Reichsjugendführer" in der Obersten SA-Führung NSDStB, HJ und NSS unterstellt. Vgl. Dok. 59.

13 Heinrich Himmler (1900-1945), Diplom-Landwirt, 1918-1923 Mitglied der BVP, 1923 Eintritt in die NSDAP und Teilnahme am Hitler-Putsch, 1925 Wiedereintritt in die NSDAP, 1926-1930 stellvertretender Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1927 stellvertretender Reichsführer der SS, 1929-1945 Reichsführer (der) SS, 1930-1933 MdR, 1933 Polizeipräsident von München, 1934 stellvertretender Chef und Inspekteur der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) in Preußen, 1936 Chef der Deutschen Polizei, 1939-1945 Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, 1943-1945 Reichsminister des Innern und Generalbeauftragter für die Reichsverwaltung, 1944/45 Oberbefehlshaber des Ersatzheeres und Chef der Heeresrüstung, April 1945 Entlassung aus allen Ämtern und Parteiausschluß, Mai 1945 Selbstmord.

14 Reichsführerschule der NSDAP, vgl. Dok. 1, Anm. 1.

15 Vgl. die mit Wirkung vom 1.10.1932 ausgegebene SA-Dienstvorschrift, welche die SA-Dienstvorschrift vom 30.5.1931 ersetzte.

16 Mit Ergänzungsbefehl zum Erlaß Nr. 4 des Obersten SA-Führers vom 21.12.1931 definierte der Reichsführer-SS Himmler die formalen Besonderheiten in der Organisation, Dienstgradbezeichnung und Uniformierung der SS; StA München, Polizeidirektion 6829.

## 29. November 1931 Dok. 78
## Erklärung

VB vom 1.12.1931, "'Hitler und Zentrum'. Eine Erklärung Adolf Hitlers".

Seit Monaten versucht ein Teil der deutschen Presse, insbesondere aber deutschnationaler Herkunft, zu durchsichtigen Verdächtigungen die Behauptung zu verbreiten, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, und an der Spitze ich[1], ständen in Verhandlungen mit dem Zentrum zum Zwecke eines Eintritts der N.S.D.A.P. in die Reichsregierung[2]. Der deutschnationale Chefredakteur der "Nachtausgabe", Berlin, Kriegk[3], stellte in einem Artikel die Behauptung auf, daß Führer der nationalsozialistischen Bewegung erklärt hätten, die Partei sehe nicht mehr im Sturze des heutigen Systems ihre Aufgabe, sie habe daran kein Interesse[4]. *Herr Kriegk wurde durch den Pg. Goebbels aufgefordert, die Namen dieser nationalsozialistischen Führer bekanntzugeben*[5]. *Er konnte dieser Aufforderung bisher deshalb nicht nachkommen,*

---

1 Im Gegensatz zu verschiedenen nationalsozialistischen Politikern scheint Hitler selbst nicht auf eine Koalition mit dem Zentrum hingearbeitet zu haben. Krebs, der Hitler am 27.11.1931 besuchte, stellte fest, "daß man auf eine engere Verbindung zu Brüning wenig Wert legte. Man war sicher, auch ohne und gegen ihn an die Regierung zu kommen." Vgl. Krebs, Tendenzen und Gestalten, S. 34.

2 Brüning schreibt, er habe im Oktober 1931 eine "dauernde geheime Fühlungnahme mit dem Straßer-Flügel der NSDAP" unterhalten, in erster Linie um Hindenburgs Wiederwahl vorzubereiten, aber auch, um die "Nationale Opposition" zu spalten. Weitere, sich allerdings verselbständigende Kontakte zur Führung der NSDAP bestanden über Generalleutnant von Schleicher (vgl. Dok. 65, Anm. 1). Nach der Landtagswahl in Hessen intensivierte sich jedoch im Spätherbst 1931 auch die öffentliche Diskussion über eine mögliche Koalition zwischen Zentrum und NSDAP, unter Ausschluß der DNVP. So bewertete Prälat Georg Schreiber in einer Rede in Münster am 31.10.1931 Hitlers Brief vom 14.10.1931 (Dok. 46) als ein "Dokument der Selbstbesinnung, in dem der Wille zu einer positiv gerichteten Legalität ausgedrückt sei". Kurz darauf verkündete der nationalsozialistische Politiker Franz Stöhr in München, die NSDAP sei bereit, mit dem Zentrum zu regieren, wenn es sich "aus den Klauen des gottleugnerischen Marxismus" befreit habe. Vgl. Becker, Regierungsbeteiligung, S. 88 ff.; Brüning, Memoiren 1918-1934, S. 460 ff.; Cuno Horkenbach (Hrsg.), Das Deutsche Reich von 1918 bis Heute, Jahrgang 1931, Berlin o. J., S. 341. Ferner Dok. 46, Anm. 12 und 13.

3 Otto Kriegk (geb. 1892), seit 1914 Journalist bei der *Weser-Zeitung*, Bremen, 1915 Dr. phil., Publizist, Mitglied der DNVP, seit 1922 außen- und innenpolitischer Redakteur bei der *Berliner Illustrierte Nachtausgabe*, ferner bei weiteren Blättern des Scherl-Verlags wie *Berliner Lokalanzeiger* oder *Der Montag*.

4 Kriegk hatte in einem ausführlichen Bericht über die Veranstaltung in Bad Harzburg (Vgl. Der Montag vom 12.10.1931, "Rücktritt von Brüning und Braun und sofortige Neuwahlen gefordert") ihren angeblich harmonischen Verlauf herausgestellt und die Geschlossenheit der "Nationalen Opposition" betont. Daß Hitler - Kriegk zufolge - angeblich gesagt habe, die NSDAP sei überzeugt, "daß sie mit den anderen den Sieg erringen werde", war vermutlich der eigentliche Grund für die Verärgerung auf nationalsozialistischer Seite. Goebbels kritisierte darauf im *Angriff* diesen Bericht (vgl. Anm. 5), worauf Kriegk in der *Berliner Illustrierten Nachtausgabe* vom 28.10.1931 ("Angriff?") antwortete: "Leider hat der Leitartikel des 'Angriff' im Augenblick dieses sympathischen Eingeständnisses wieder 'danebengeschlagen'. Er hat die unwahre Behauptung aufgestellt, daß im 'Montag' den Führern der Nationalsozialisten der Vorwurf der 'nationalen Unzuverlässigkeit' gemacht sei. *Das Gegenteil war im 'Montag' zu lesen.* Es war ausdrücklich festgestellt, daß die nationalsozialistische Bewegung 'mit den lautesten Worten die Befreiung der deutschen Nation von der Vorherrschaft fremden Großkapitals fordert', was im Zusammenhang des Artikels die selbstverständliche Tatsache bedeutet, daß die Nationalsozialisten mit aller Kraft gegen das heutige System kämpfen."

5 Vgl. *Der Angriff* vom 27.10.1931, "Ausgerechnet Herr Kriegk", in dem Goebbels gegen Kriegks Behauptung polemisierte, einzelne Führer der NSDAP hätten auf der Harzburger Tagung ihr Desinteresse am Sturz des politischen Systems zu erkennen gegeben; Kriegk habe ferner behauptet, die Regierung Brüning wolle die

*weil diese Behauptung genauso unwahr ist, wie alle ähnlichen vom Anfang bis zum Ende erlogen sind.* Unter Bezugnahme auf ein kleines Berliner Skandalblättchen gibt nun die *"München-Augsburger Abendzeitung"*, ebenfalls ein deutschnationales Organ, dessen Lügen wieder[6] und fordert mich zu einer Stellungnahme auf. Da ich damit persönlich apostrophiert werde, will ich nun auch persönlich Antwort geben:

Alle diese Meldungen sind vom Anfang bis zum Ende frei erfunden und erlogen, und zwar zu dem Zwecke, die nationalsozialistische Bewegung vor allem in den Augen der deutschnationalen Wählerschaft, wenn irgend möglich, zu *diskreditieren*. Nur zu diesem Zweck werden auch die Bälle zwischen Zentrum und bürgerlichen, auch "nationalen" Parteizeitungen hin- und hergeworfen, was die Schreiber der "München-Augsburger Abendzeitung" ebenfalls sehr genau wissen. Denn aus einer inneren Herzensbesorgnis heraus kann die Angst dieses deutschnationalen Parteiblättchens bezüglich einer Kapitulation der Nationalsozialisten vor dem heutigen System wirklich nicht kommen. Sonst müßte das besagte Parteiblättchen ja ganz übersehen haben, daß sich im Koalitionskabinett der Bayerischen Volkspartei, sprich bayerischen Zentrums[7], noch ununterbrochen ein vergessener deutschnationaler Herr Minister[8] befindet, und daß diese selbe Deutschnationale [*Volks*]partei 10 Jahre lang in engster Bundesbrüderschaft mit dem bayerischen Zentrum einen mehr oder weniger erfolgreichen, aber immer aufrichtig ernstgemeinten Krieg gegen die Feinde des heutigen Systems geführt hat[9]. In derselben Zeit,

---

NSDAP in ihre Politik integrieren. "Herr Dr. *Kriegk* wird hiermit aufgefordert, diese 'einzelnen Führer' zu *nennen* und zu sagen, wann und wo sie diesen Eindruck erweckt haben."

6 Die *München-Augsburger Abendzeitung* hatte immer wieder über die Schaukelpolitik der NSDAP zwischen DNVP und Zentrum berichtet und bereits am 30.10.1931 ("Hitler bei General von Schleicher") konstatiert, daß die nationalsozialistische Fühlungnahme zur Regierung Brüning "in weiten nationalen Kreisen eine starke Beunruhigung" erzeuge. Am 28./29.11.1931 erschien unter Berufung auf *Die Schwarze Front*, dem Organ des nationalsozialistischen Renegaten Otto Straßer, die Meldung, daß sich die Verhandlungen zwischen Brüning und Hitler über eine nationalsozialistische Regierungsbeteiligung konkretisiert hätten; inzwischen gäbe es eine genaue Kabinettsliste, in der für Frick der Posten des Reichskanzlers, für Hitler die Kandidatur zum Reichspräsidenten vorgesehen sei. Brüning, der lediglich auf der Wiederwahl Hindenburgs bestehe, wolle im Februar 1932 die NSDAP in die Reichsregierung aufnehmen. Vgl. München-Augsburger Abendzeitung vom 31.10.1931, "Sollen die Spaltungspolitiker triumphieren?"; vom 17.11.1931, "Nach der Wahlschlacht in Hessen"; vom 20.11.1931, "Keine Verhandlungen der NSDAP mit Zentrum oder Reichsregierung"; vom 21./22.11.1931, "Zentrum und Hitler"; vom 26.11.1931, "Warum schweigt Hitler?"; vom 28./29.11.1931, "Immer wieder: Hitler - Zentrum".

7 Als Ableger des bayerischen Zentrums wurde die BVP am 12.11.1918 auf einer Tagung in Regensburg gegründet, zu welcher der Direktor der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft bayerischer Bauernvereine Georg Heim, der Landtagsabgeordnete Sebastian Schlittenbauer und der Kreissekretär des Oberpfälzischen Bauernvereins Georg Klier die Vertrauensleute der Christlichen Bauernvereine eingeladen hatten. Vgl. Klaus Schönhoven, Die Bayerische Volkspartei 1924-1932, Düsseldorf 1972, S. 17 ff.

8 Gemeint ist: Franz Gürtner (1881-1941), 1909 III. Staatsanwalt beim Landgericht München I, 1912 Amtsrichter beim Amtsgericht München, Tätigkeit im bayerischen Justizministerium, 1921 Landgerichtsrat im bayerischen Justizministerium, 1922-1932 bayerischer Justizminister, Eintritt in die Bayerische Mittelpartei (seit 1924: DNVP), 1932-1941 Reichsminister der Justiz, 1937 Eintritt in die NSDAP.

9 Vgl. jedoch den Bericht des württembergischen Gesandten in München, Carl Moser von Filseck, vom 9.9.1931, in dem er über eine Unterredung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held berichtet. Held habe sich davor mit dem Fraktionsvorsitzenden der bayerischen DNVP, Hans Hilpert, unterhalten, der ihm für den Fall von Neuwahlen die Bildung einer Koalition aus BVP, DNVP und NSDAP vorgeschlagen habe. Held "habe dem Dr. Hilpert gesagt, die Deutschnationalen seien ja doch nur ein Schwanzstück der National-

da der Nationalsozialismus den Begriff einer nationalen Opposition erst geschaffen hat, hockten im Reich und in den Ländern Deutschnationale und Zentrum an mehr als einer Stelle, und öfter als einmal [10], einträchtlich [*sic!*] beisammen.

*Ich darf mir also sowohl die Belehrungen als auch die Besorgnisse dieser Herrschaften einmal für immer* [*sic!*] *verbitten.* Wenn in Deutschland das heutige System gestürzt wird - und der Tag wird trotz aller Zentrums- und bürgerlichen Intrigen kommen - , dann wird die Kraft, die diesen Sturz herbeiführt, nicht die Deutschnationale [*Volks*]partei oder ihre Presse gewesen sein, sondern ausschließlich der Nationalsozialismus. Das heute laufende Intrigenspiel ist jedenfalls ebensowenig geeignet, die "Harzburger Front" [11] zu festigen wie das derzeitige System zu erschüttern.

Adolf *Hitler*

## 30. November 1931 Dok. 79
## "Betrifft: Nationalsozialistisches Fliegerkorps (NSFK)"
## Anordnung

Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung vom 30.11.1931.

1.) Ab 1.1.1932 soll das Nationalsozialistische Fliegerkorps (N.S.F.K.) errichtet werden, um auch auf dem Gebiete des Flug- und Luftfahrtwesens die Führung zu übernehmen [1].

---

sozialisten. Dieser habe selbst zugegeben, daß seine Partei immer mehr abbröckele, sei aber weit entfernt, daraus die Konsequenzen zu ziehen." Druck: Politik in Bayern 1919-1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck. Hrsg. und kommentiert von Wolfgang Benz, Stuttgart 1971, S. 247 f.

10 Die DNVP war in zwei Reichsregierungen vertreten gewesen - mit dem Reichsminister des Innern Martin Schiele, Reichsminister der Finanzen Otto von Schlieben und Reichswirtschaftsminister Albert Neuhaus vom 15.1.1925 bis 25.10.1925 im (ersten) Kabinett Luther sowie im (vierten) Kabinett Marx, dem von seiten der DNVP vom 29.1.1927 bis 12.6.1928 als Vizekanzler und Reichsjustizminister Oskar Hergt, als Reichsminister des Innern Walter von Keudell, als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Schiele sowie als Reichsverkehrsminister Wilhelm Koch angehörten. Vgl. Michael Stürmer, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924-1928, Düsseldorf 1967, S. 107 ff., 225 ff.
Vertreter der DNVP oder der ihr entsprechenden regionalen Organisationen waren u. a. in den folgenden Ländern in Koalitionsregierungen vertreten: Württemberg: Wilhelm Bazille (1924-1933, bis 1930 DNVP), Alfred Dehlinger (1924-1945); Thüringen: Emil Herfurth (1924-1927), Karl Kiem (1930/31); Mecklenburg-Schwerin: Hermann Steinmann, Fritz Dettmann (1920/21), Joachim Frhr. von Brandenstein, Dietrich von Oertzen (1924-1926), Carl Eschenburg (1929-1932). Außerdem war die DNVP zeitweise an den Regierungen in Anhalt, Bayern (vgl. Anm. 8), Mecklenburg-Strelitz und Schaumburg-Lippe beteiligt.

11 Vgl. Dok. 43 und 44.

1 Mit der Vereinnahmung des Luftsports durch die NSDAP verfolgte diese nicht nur propagandistisch-organisatorische sowie langfristig militärische Absichten. Die Gründung dieser Gliederung war ebenso Ausdruck jenes Technikmythos, der in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg von der Öffentlichkeit, allen voran den radikalen Parteien, auch den linksradikalen, begeistert aufgegriffen wurde. Innerhalb der NSDAP blieb das NSFK

2.) Das N.S.F.K. wird als e. V. eingetragen; an der Spitze steht als Präsident Hauptmann Göring, M.d.R., im Kriege Kommandeur des Jagdgeschwaders Frhr. von Richthofen, dem der Senat, der Geschäftsführer (Korpsführer) und ein stellv[*ertretender*] Geschäftsführer (stellv. Korpsführer) beigegeben sind[2].

3.) Das Nationalsozialistische Fliegerkorps wird der Obersten SA-Führung unterstellt, Korpsführer ist der Chef des Stabes[3], stellv. Korpsführer: Standartenführer Ziegler, zugleich Inspekteur der Fliegerstürme und -staffeln und Referent Fl. (Flieger) im Stabe der Obersten SA-Führung.

4.) Die Reichsgeschäftsstelle befindet sich in Berlin NW 7, Georgenstraße 44.

5.) Aufgabe des N.S.F.K. ist Förderung des Deutschen Flugwesens, insonderheit Pflege des Flugsportes; es schafft die technischen und verwaltungsmäßigen Voraussetzungen für die Aufstellung der Fliegerstürme und -staffeln unserer Sturmabteilungen[4]. Das N.S.F.K. wird als Verbandsorganisation die rechtlichen und wirtschaftlichen Interessen seiner Vereine wahrnehmen, insbesondere durch Verträge mit Versicherungsgesellschaften und Abkommen mit den fliegerischen Interessenverbänden. Das N.S.F.K. wird zu gegebener Zeit Antrag auf Aufnahme in den Deutschen Luftrat[5] stellen und damit auch die sportlichen Belange seiner Vereine vertreten können.

Dem N.S.F.K. unterstehen alle Vereine und Organisationen der Partei, die sich mit dem Flugwesen beschäftigen und den Flugsport betreiben. Die Eingliederung der Vereine in das N.S.F.K. erfolgt korporativ. Der Beitrag beträgt bis auf weiteres pro Mitglied monatlich 20 Reichspfennige. Einzelpersonen können bei einem Mindestbeitrag von 1.- RM pro Monat und 2.- RM Aufnahmegebühr fördernde Mitglieder werden.

Es wird angestrebt, daß jeder Gau der N.S.D.A.P. über mindestens einen flugsporttreibenden Verein verfügt und daß jeder Verein neben theoretischem Unterricht über alle Gebiete des Flugwesens sich auch praktisch im Modellflugzeugbau, im Segelflug und Motorflug betätigen kann.

---

eine kleine elitäre Splittergruppe, die zusammen mit anderen Flugsportgruppen im März 1933 mit dem Deutschen Luftsport-Verband verschmolzen wurde. Erst später versuchte man den politischen Gedanken wieder in den Vordergrund zu stellen, indem man 1937 den Deutschen Luftsport-Verband insgesamt in NSFK umbenannte. Vgl. Peter Fritzsche, A Nation of Fliers. German Aviation and the Popular Imagination, Cambridge (Massachusetts) 1992, S. 185 ff.

2 Zu den ersten Organisationsansätzen für ein nationalsozialistisches Flugwesen vgl. Dok. 26.

3 Ernst Röhm.

4 Angesichts der technischen und finanziellen Grenzen sowie einer nur geringen Anzahl ausgebildeter Piloten blieben die Aktivitäten des NSFK zunächst recht begrenzt und kamen über einzelne Privatinitiativen nicht hinaus. Dem Bericht des Polizeipräsidenten in Berlin Nr. $I^{7}$ $42^{02}$ f. 31 an den preußischen Minister des Innern vom 8.2.1932 zufolge wurde bei der Ortsgruppe der NSDAP in Frankfurt a. M. 1930 eine "Fliegerstaffel" gegründet, die über ein Flugzeug verfüge; registriert wurden außerdem zwei Motorflugzeuge, die auf den Namen von Hitlers Privatsekretär Rudolf Heß zugelassen seien und die von Hitler "bei eiligen Reisen" genützt würden, sowie ein "rein nationalsozialistisches Unternehmen" in Hamburg, das zwei Motorflugzeuge und ein Segelflugzeug besitze. Da die, beim SA-Aufmarsch in Braunschweig am 18.10.1931 (vgl. Dok. 48 und 49 eingesetzten fünf bis sechs Flugzeuge zum Teil als diese Maschinen identifiziert wurden, dürfte der Flugpark des NSFK zum damaligen Zeitpunkt kaum sehr viel größer gewesen sein. GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 68a, 15.

5 Der 1924 gegründete Deutsche Luftrat war die oberste deutsche Behörde im Flugsport. Die Organisation hatte ihren Sitz in Berlin und unterhielt die Zeitschrift *Luftschau*. Vgl. Fritzsche, Nation, passim.

6.) Die Satzungen werden, wenn behördlich genehmigt, den Gruppen zur Weiterverteilung zugeschlossen.

7.) Da dieses Ziel nur bei schärfster Zusammenfassung aller Kräfte zu erreichen ist, muß angestrebt werden, daß im N.S.F.K. möglichst alle SS-Männer erfaßt werden, die in Flug- und Luftfahrtverbänden vor und während des Krieges und die als Flugzeugführer, Beobachter usw. im oder nach dem Kriege tätig waren oder sind. Ob dieser Rahmen noch erweitert wird, kann erst später und von Fall zu Fall entschieden werden.

8.) Ich ordne daher an:

Der Obersten SA-Führung sind bis zum 20.12.[*19*]31 von den Gruppen und dem Reichsführer SS [6] Sammelvorlagen aller derjenigen SA- und SS-Männer vorzulegen, die bereit und in der Lage sind, sich im Flugwesen zu betätigen und dem N.S.F.K. beitreten wollen.

Die Meldungen müssen folgende Punkte enthalten:

Vor- und Zuname
Straße
Bisherige Tätigkeit in der Luftfahrt
Beruf
Geburtsdatum
Seit wann der Partei angehörig
Wohnort
Geburtsort
Mitgliedsnummer.

Zeiteingabe der Standarten an die Untergruppen: 10.12.[*19*]31

Zeiteingabe der Untergruppen und unmittelbar unterstellten Standarten an die Gruppen: 15.12.[*19*]31.

Adolf Hitler

6 Heinrich Himmler.

## 30. November 1931 Dok. 80
## "Betrifft: Namensverleihungen"[1]
## Anordnung

Verordnungsblatt der Obersten SA-Führung vom 30.11.1931.

*SA*

*Gruppe Ost*

Dem Sturm 58/I/6 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 20. September 1931 von Kommunisten erschossenen Scharführer Gustav Seydlitz[2] künftig die Bezeichnung

*"Sturm 58 Gustav Seydlitz"*

zu führen.

Dem Sturm 62/III/52 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 28. Juni 1931 von einem politischen Gegner niedergeschossenen SA-Mann Karl Fiedler[3] künftig die Bezeichnung

*"Sturm 62 Karl Fiedler"*

zu führen.

*Gruppe Nord*

Dem Sturm 3/85, Lunden, wird die Berechtigung verliehen, zur Erinnerung an den am 7. März 1929 von Kommunisten erstochenen SA-Mann Hermann Schmidt[4] künftig die Bezeichnung

*"Sturm 3 Hermann Schmidt"*

zu führen.

---

1 Zum Totenkult der NSDAP vgl. auch Dok. 28 und 45, ferner Dok. 43, Anm. 16 und 17.

2 Gustav Seydlitz (1906-1931), Arbeiter in Schwiebus (Neumark), SA-Mann, dann SA-Scharführer im SA-Sturm 58, am 20.9.1931 erschossen.
Zu den Umständen von Seydlitz' Tod vgl. den Vermerk im Bericht des Preußischen Ministeriums des Innern o. D. zu der im VB vom 8./9.11.1931 "veröffentlichten Liste der angeblich von Gegnern ermordeten Mitgliedern der NSDAP": "Am 20. September [*1931*] wurde ein Nationalsozialist nach einer öffentlichen Kundgebung der KPD vor dem Standquartier der NSDAP in Meseritz von einem Kommunisten mit einer Stange geschlagen. Als die Nationalsozialisten dem Kommunisten, der sich mit seinen Begleitern in ein in der Nähe gelegenes Haus zurückgezogen hatte, nachdrängten, wurden sie von den Kommunisten beschossen. Hierbei wurde Seydlitz tödlich getroffen. Gegen 2 Mitglieder der KPD, die an der Schießerei beteiligt waren, ist ein Verfahren wegen Totschlags eingeleitet worden." GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 120.

3 Karl Fiedler (1889-1931), Transportarbeiter in Crossen an der Oder, 1930 SA-Mann, am 28.6.1931 angeschossen, am 7.7.1931 verstorben.
Zu den Umständen von Fiedlers Tod vgl. den Vermerk im o. g. Bericht des Preußischen Ministeriums des Innern: "Fiedler gehörte früher der NSDAP an und trat alsdann zur Stennes-Bewegung über. Bei einer Auseinandersetzung mit dem örtlichen Führer der NSDAP ist er von diesem in Notwehr getötet worden." Dagegen behauptete die NSDAP, es seien Stennes-Anhänger gewesen, die Fiedler getötet hätten. Vgl. Halbmast, S. 46.

4 Hermann Schmidt (1908-1929), Landarbeiter in St. Annen (Schleswig-Holstein), SA-Mann, am 7.3.1929 erstochen.
Zu den Umständen von Schmidts Tod vgl. Bd. III/2, Dok. 9.

Dem Sturm 13/85, Baregenstedt, wird die Berechtigung verliehen, zur Erinnerung an den am 7. März 1929 von Kommunisten erstochenen SA-Mann Otto Streibel[5] künftig die Bezeichnung

*"Sturm 13 Otto Streibel"*

zu führen.

Dem Sturm 11/85 wird die Berechtigung verliehen, zur Erinnerung an den am 26. März 1931 im SA-Dienst tödlich verunglückten Standartenführer[6] Peter Uhr[7] künftig die Bezeichnung

*"Sturm 11 Peter Uhr"*

zu führen.

*Gruppe Mittelland*

Dem Sturm 137, Gehren in Thüringen, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 5. März 1924 von Marxisten erschlagenen Rudolf Eck[8] künftig die Bezeichnung

*"Sturm 137 Rudolf Eck"*

zu führen.

*Gruppe West*

Dem Sturm 53/V/28 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 19. März 1931 von Kommunisten erschlagenen SA-Mann Joseph Felzen[9] künftig die Bezeichnung

*"Sturm 53 Joseph Felzen"*

zu führen.

Dem Sturm 32/II/80 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 6. März 1927 von Gegnern erschossenen SA-Mann Wilhelm Wilhelmi[10] künftig die Bezeichnung

*"Sturm 32 Wilhelm Wilhelmi"*

zu führen.

---

5 Otto Streibel (1894-1929), Tischler in Röst (Schleswig-Holstein), SA-Mann, am 7.3.1929 erstochen. Zu den Umständen von Streibels Tod vgl. ebenda.

6 Der von Uhr geführte SA-Verband im Raum Süderdithmarschen hatte zunächst den Status einer Standarte, dann den (niedrigeren) eines Sturmbanns. Vgl. Schleswig-Holsteinische Tageszeitung vom 29.3.1931, "Aus der Bewegung".

7 Peter Uhr (1898-1931), Schulamtsdiener in Albersdorf (Schleswig-Holstein), 1928 Eintritt in die NSDAP, SA-Mann, 1929 SA-Sturmführer, Führer des SA-Sturm 81, SA-Sturmbannführer, Führer des SA-Sturmbanns V Süderdithmarschen, am 26.3.1931 bei einem Motorradunfall tödlich verunglückt.

8 Rudolf Eck (1907-1924), Schlosserlehrling in Langewiesen (Thüringen), Mitglied der Jungbruderschaft des Jungdeutschen Ordens, in der Nacht vom 4. auf 5.3.1924 erschlagen. Zu den Umständen von Ecks Tod vgl. Der Jungdeutsche vom 15. Lenzings [*März*] 1924, "Kommunistisches Mordgesindel".

9 Joseph Felzen (1903-1931), Metzgergeselle in Wittlich (Eifel), SA-Mann, dann SA-Truppführer im SA-Sturm 53, am 19.3.1931 schwer verletzt, am 29.3.1931 verstorben. Zu den Umständen von Felzens Tod vgl. den Vermerk im o. g. Bericht des Preußischen Ministeriums des Innern: "Der Tatbestand ist noch nicht einwandfrei geklärt. Nach den bisherigen Feststellungen kam es am 19. März [*1931*] zwischen dem der KPD angehörenden Arbeiter Lohnert und dem Nationalsozialisten Metzger Joseph Felzen zu einer Prügelei, bei der weder Stöcke noch sonstige gefährliche Schlagwerkzeuge gebraucht worden sind. Scheinbar haben weniger politische Gesichtspunkte als Zwistigkeiten, die beide in einem Sportverein hatten, bei dem Streite mitgespielt. Felzen soll auch aus Anlaß seines Namenstages betrunken gewesen sein. Es ist auch bekannt, daß er in betrunkenem Zustande sehr streitsüchtig war."

10 Wilhelm Wilhelmi (1909-1927), Hilfsarbeiter in Singhofen (Hessen), SA-Mann, am 6.3.1927 erschossen.

Dem Sturm 38/I/80 wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den von Kommunisten erschlagenen SA-Mann Karl Ludwig [11] künftig die Bezeichnung

*"Sturm 38 Karl Ludwig"*

zu führen.

*SS*

Dem SS-Sturm 1/I/20 SS-Standarte, Düsseldorf, wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 3. September 1931 durch Kommunisten erstochenen SS-Mann Vobis [12] künftig die Bezeichnung

*"1. SS-Sturm Vobis"*

zu führen.

Dem 1. SS-Sturm I/25 SS-Standarte wird die Berechtigung verliehen, in Erinnerung an den am 5. Oktober 1931 von Kommunisten erschossenen SS-Trupp-Geldverwalter Garthe [13] künftig die Bezeichnung

*"1. SS-Sturm Garthe"*

zu führen.

Adolf *Hitler*

---

11 Karl Ludwig (1907-1927), Kellner in Wiesbaden, 1926 Eintritt in die NSDAP, SA-Mann, am 7.4.1927 schwer verletzt, am 10.4.1927 gestorben.

12 Karl Vobis (1899-1931), Zimmermann in Düsseldorf, SS-Mann, am 3.9.1931 erstochen.
Zu den Umständen von Vobis' Tod vgl. den Vermerk im o. g. Bericht des Preußischen Ministeriums des Innern: "Der der SS der NSDAP angehörende Vobis erhielt am 4. September [*1931*] bei einem schweren Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Düsseldorf einen Messerstich in den Rücken, der den Tod durch Verbluten herbeiführte. Täter konnte bisher nach den vorliegenden Berichten nicht ermittelt werden. Nach einer Mitteilung der 'Frankfurter Zeitung' vom 8.11.1931 (Nr. 833-35) sollen jedoch die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Florian und Weitzel der Polizei den nationalsozialistischen Arbeiter Schöll als Täter übergeben haben, der Vobis irrtümlich für einen Kommunisten gehalten habe. [...] Für die sonst in der Presse erhobene Beschuldigung, Schöll sei ein Spitzel gewesen, hat sich keinerlei Anhaltspunkt ergeben. Schöll hat früher weder der KPD noch heute der NSDAP angehört; er war vielmehr früher Mitläufer der kommunistischen Jugend und jetzt Mitläufer der SA der NSDAP und hielt sich als solcher etwa 14 Tage in einem SA-Heim auf. Als die übrigen Insassen dieses Heims einen kommunistischen Überfall auf das Heim zurückwehrten, hat Schöll nach seinen Angaben, die sich nicht widerlegen lassen, aus dem Heim ein Messer geholt und auf den ersten besten Mann losgestochen. Er will Vobis weder gekannt noch erkannt haben."

13 Erich Garthe (1901-1931), Vertreter in Essen, SS-Mann, Trupp-Geldverwalter, am 5.10.1931 erschossen.
Zu den Umständen von Garthes Tod vgl. den Vermerk im o. g. Bericht des Preußischen Ministeriums des Innern: "Im Verlaufe von gegenseitigen Überfällen von Nationalsozialisten und Kommunisten wurde Garthe am 5. Oktober [*1931*] in Essen durch einen von kommunistischer Hand abgegebenen Schuß so schwer verletzt, daß er kurze Zeit darauf verstarb. Gegen den Täter, der geständig ist, ist ein Strafverfahren eingeleitet."

## 1. Dezember 1931 Dok. 81
## "Tagesbefehl an die SA und SS"
## Aufruf

VB vom 3.12.1931.

Eine Welle von Haß und Verleumdung will sich in letzter Stunde dem Siegesmarsch[1] der N.S.D.A.P. entgegenwerfen[2].

Stützpunkt um Stützpunkt, Ort um Ort habt Ihr Männer der S.A. und S.S. in jahrelangem zähen Ringen, nur getragen von Eurem heiligen Glauben und unbändigen Siegeswillen, erkämpft und gehalten. Eure Kraft und Euer Wille bürgt für den endlichen Sieg. Keine Macht der Erde kann Euch den Lorbeer entreißen, wenn Ihr, ohne nach rechts oder links zu blicken, Euren Weg geradeaus geht wie bisher. Das weiß auch der Feind. Und so versucht er, Euch zu reizen, herauszufordern und aufzuputschen. In letzter Stunde sollt Ihr noch die Nerven verlieren, soll Euch der heilige Zorn zu unüberlegtem Handeln hinreißen.

*Wir kennen den feindlichen Plan, wir werden auch ihn zunichte machen.*

Die nächsten Wochen werden Eure Geduld und Eure Selbstbeherrschung auf eine harte Probe stellen.

Haltet die Ohren steif, behaltet die Nerven!

*Laßt Euch nicht provozieren, laßt Euch nicht verführen!*

*Ganz von selbst, mit gesetzmäßiger Sicherheit[3] wird uns das Schicksal die Gewalt in die Hand geben.*

*Bis dahin beißt die Zähne zusammen und erfüllt Eure Pflicht.* Hart und verschlossen, eisern und unerschütterlich nach außen, glühend und gläubig im Innern.

Wer in den letzten Tagen der Prüfung versagt, ist nicht wert, Zeuge des Sieges zu sein.

Ihr habt Härteres schon getragen, jetzt bleibt Euch selbst treu!

*Denn unser ist der Sieg, unser ist Deutschland!*

*München,* 1. Dezember 1931

Der Oberste S.A.-Führer:

gez. *Adolf Hitler*

---

1 Zum damaligen Optimismus Hitlers und der Führung der NSDAP vgl. z. B. Dok. 48 und Dok. 65, Anm. 13.

2 Die Affäre um die sog. Boxheimer Dokumente hatte in der Öffentlichkeit die Gerüchte angeheizt, ein nationalsozialistischer Putsch stünde unmittelbar bevor, die NSDAP werde nun ihren "Legalitätskurs" aufgeben. Vgl. Dok. 76 sowie 90.

3 Vgl. Dok. 2, Anm. 19 sowie Dok. 31, Anm. 12.

## 1. Dezember 1931 Dok. 82
## Schreiben an Franz Seldte [1]

Druck: Der Stahlhelm B.d.F., Die Bundesführer, Führerbrief vom 31.12.1931, S. 5 ff.; BayHStA, Abt. IV, Stahlhelm, Nr. 12.

Sehr geehrter Herr Seldte!

In einem mir unter dem 23. November [*1931*] geschriebenen und gestern vorgelegten Brief [2] beklagen Sie eine Reihe von Vorkommnissen, die Sie im Interesse reibungsloser Zusammenarbeit und unter besonderer Bezugnahme auf Berliner Besprechungen zwischen Hauptmann Göring und Rittmeister von Morozowicz [3] geklärt und beseitigt wissen möchten.

Ich darf Ihnen gleich eingangs dieses Briefes versichern, daß auch ich für diese Wünsche volles Verständnis empfinde. Ich muß aber betonen, daß, wenn in dieser Richtung überhaupt von bedauerlichen Vorgängen gesprochen werden kann, die Schuld wirklich nicht bei meiner Partei liegt.

Ich sehe zunächst nicht ohne Erstaunen in Ihrem Briefe einen Hinweis auf schwere Kränkungen, die dem Stahlhelm in Harzburg zugefügt worden sein sollen dadurch, daß ich die zum Vorbeimarsch angetretenen Kameraden erst 25 Minuten warten ließ und dann die Parade des Stahlhelms verließ [4].

Erstens hatte ich bis zum Moment des Vorbeimarsches keine Ahnung, daß dieser Nationalsozialisten und Stahlhelm gemeinsam umfassen sollte. Mir wurde in Berlin im Gegenteil erklärt, daß der Stahlhelm überhaupt nur mit ein paar Hundert Mann vertreten sei.

Zweitens begab ich mich zum Platze des Vorbeimarsches im selben Augenblick, in dem mir dienstlich das Eintreffen der S.A. gemeldet worden war.

---

1 Ein Durchschlag des Schreibens ging an den 2. Bundesführer des Stahlhelm, Theodor Duesterberg.

2 Wegen verschiedener Querelen zwischen Stahlhelm und NSDAP (vgl. Anm. 9) hatten der 1. und 2. Bundesführer des Stahlhelm, Seldte und Duesterberg, in einem Schreiben vom 23.11.1931 Hitler um "restlose Aufklärung" und um Stellungnahme zu den Ereignissen in Bad Harzburg gebeten. Der Stahlhelm habe Hitlers Verhalten "als eine schwere Kränkung und einen Verstoß gegen beste deutsche soldatische Auffassung" empfunden. "Der Stahlhelm, B. d. F., hält den Zusammenhalt der gesamten Nationalen Opposition für notwendiger denn je. Er ist an und für sich bereit, für diese große nationale Aufgabe auch weiter Opfer zu bringen. Das kann aber nicht dazu führen, daß der Stahlhelm sich eine Behandlung gefallen läßt, die er bisher nicht erfahren und anderen Verbündeten gegenüber nicht angewandt hat." Die laufenden Verhandlungen zwischen NSDAP und Stahlhelm über eine weitere Zusammenarbeit, wie sie von Göring und dem Landesverbandsführer des Stahlhelm in Brandenburg, Elhard von Morozowicz, geführt würden, erforderten "eine klare Antwort" Hitlers. Druck: Der Stahlhelm B.d.F., Die Bundesführer, Führerbrief vom 31.12.1931, S. 5; BayHStA, Abt. IV, Stahlhelm, Nr. 12.

3 Elhard von Morozowicz (1893-1934), 1912 preußischer Leutnant, 1919 Abschied als Rittmeister, Gutsbesitzer, Eintritt in den Stahlhelm, 1924 Landesverbandsführer des Stahlhelm in Brandenburg, 1933 Wehrstahlhelm-Reichsführer, SA-Gruppenführer im Stab der Obersten SA-Führung, 1934 bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen.
Morozowicz hatte sich Ende Oktober 1931 bei Gesprächen mit Göring vergeblich darum bemüht, die Kooperation zwischen NSDAP und Stahlhelm zu verbessern. Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 190.

4 Zum Ablauf der Kundgebung, welche die "Nationale Opposition" am 11.10.1931 in Bad Harzburg abhielt, vgl. Dok. 43, Anm. 1.

Drittens nehme ich an sich grundsätzlich niemals den Vorbeimarsch von Verbänden ab oder nehme an diesem Vorbeimarsch teil, wenn diese nicht mir bzw. meiner Partei unterstellt sind. Ein Abgehen von dieser Gepflogenheit war in diesem Fall um so weniger geboten, als ich - wie schon betont - vorher überhaupt keine Kenntnis von dem ebenfalls beabsichtigten Vorbeimarsch des Stahlhelms hatte, noch von einem Offizier des Stahlhelms gebeten wurde, bei dem Vorbeimarsch anwesend zu sein. Wäre ein solcher Wunsch mir gegenüber ausgesprochen worden, dann hätte ich die entsprechende Erklärung sofort gegeben. Denn wenn ich schon bei anderen Verbänden die Teilnahme an den Vorbeimärschen bisher abgelehnt habe, dann muß ich es dem Stahlhelm gegenüber um so mehr tun, als mir gar nicht klar ist, in welcher Form ich als Nationalsozialist die vorbeimarschierenden Formationen des Stahlhelms oder ihre Fahnen überhaupt grüßen könnte. Es dürfte Ihnen, Herr Seldte, vielleicht ganz entgangen sein, daß der zweite Bundesführer des Stahlhelms, Duesterberg, in einem bekannten Führerbrief, der durch einen mir nicht bekannten Vorgang seinen Weg in die ganze Presse gefunden hatte, den Gruß der Nationalsozialisten[6] indirekt so abfällig kritisierte[7], daß ich es sowohl meiner persönlichen Selbstachtung, als auch der Achtung meiner Anhänger gegenüber ablehnen muß, mich mit diesem also kritisierten Gruß etwa am Ende bloßzustellen.

Im übrigen habe ich noch nie Anlaß genommen, das, wie Sie sicher wissen, aus dem Französischen abgeleitete Salutieren[8] meinerseits mit heruntersetzenden Bemerkungen zu versehen.

Da Sie nun weiter von Harzburger Vorgängen schreiben, und mir nun durch Parteigenossen ähnliche Briefe vorgelegt wurden, in denen weitere Vorkommnisse als verletzend angeführt erscheinen[9], so will ich an dieser Stelle auch dazu die nötigen Aufklärungen geben.

---

5 In ihrer Antwort vom 11.12.1931 bemerkten Seldte und Duesterberg, daß Vertreter des Stahlhelm den verantwortlichen SA-Führer genau über den geplanten Vorbeimarsch der angetretenen Verbände informiert hätten. Druck wie Anm. 2, S. 7.

6 Der nationalsozialistische Gruß mit erhobenem rechten Arm kann seit dem "Deutschen Tag" in Nürnberg im September 1923 fotographisch belegt werden. Vermutlich geht er zurück auf das Vorbild der italienischen Faschisten, die damit an römische Vorbilder anzuknüpfen suchten. Für den Reichsparteitag in Nürnberg 1927 wurde diese Grußform als einheitlicher Gruß in der NSDAP eingeführt, wobei selbst hier der "Faschisten"-Gruß - so Rudolf Heß im Juni 1928 im *Völkischen Beobachter* - nicht unumstritten blieb.
Die damit verbundene Grußformel "Heil Hitler" läßt sich bis Mitte der zwanziger Jahre zurückverfolgen und war seit 1930 für die NSDAP verbindlich. Das Wort "Heil" war der mittelalterlichen Tradition der Fürstenakklamation entlehnt und wurde im 19. Jahrhundert von der Turner- und Sport-, sowie der Wandervogelbewegung, dann auch von völkischen Gruppen aufgegriffen. Vgl. Paul, Aufstand der Bilder, S. 177 ff.; Schieder, Das italienische Experiment, S. 108 f.

7 Duesterberg hatte in einem Führerbrief des Stahlhelm den nationalsozialistischen Gruß als "römischen" Gruß kritisiert. Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 188, Anm. 3.
In seiner Reichstagsrede vom 25.2.1932 ging der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Erich Roßmann auch auf Duesterbergs Kritik am Hitler-Gruß ein, der in diesem Zusammenhang erklärt haben soll: "Laß dich durch einen Hitler-Gruß nie aus der Ruhe bringen, denk immer an den Kernspruch des Götz von Berlichingen." Vgl. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2362 ff., hier S. 2367.

8 Das Anlegen der Hand an die Kopfbedeckung als militärische Ehrenbezeugung läßt sich erstmals in der österreichischen Armee des beginnenden 18. Jahrhunderts nachweisen. Dieses "Salutieren", mit dem das Abnehmen der Kopfbedeckung angedeutet werden sollte, wurde 1769 in der gesamten österreichischen Armee, 1817 für alle Dienstgrade der preußischen Armee eingeführt. Vgl. Walter Transfeldt, Wort und Brauch in Heer und Flotte. Hrsg. von Hans-Peter Stein, Stuttgart [9]1986, S. 152 ff.

Es wurde bedauert, daß ich am Vortage statt gegen Abend erst um Mitternacht kam. Der Grund lag in dem Versuch der Berliner Polizeidirektion, mir an diesem Samstag 44 S.A.-Heime zu schließen[10]. Es wären damit über 1.000 Mann meiner treuesten Anhänger obdachlos geworden, während über 4.000 dadurch ihre Verpflegungsmöglichkeit verloren hätten[11]. Ich habe es daher als wichtiger angesehen, in einem solchen Augenblick meinen Kameraden zu helfen[12], als in Harzburg an der Redigierung eines Aufrufes[13] teilzunehmen, der mir vom ersten Moment an so unmöglich erschien, daß jede noch weiter dafür angewandte Zeit ohnehin nur einen Verlust bedeutet hätte.

Als übles Harzburger Vorkommnis wurde es weiter gedeutet, daß ich nicht an dem gemeinsamen Mittagessen teilnahm. Ich habe nie erklärt, daran teilnehmen zu wollen, und bin persönlich auch nie darum gefragt worden. Hätte man mich persönlich dazu aufgefordert, würde ich abgelehnt haben. Ich kann einen sehr begründeten Widerwillen gegen sog[*enannte*] gemeinsame Essen bei Anlässen nun einmal nicht unterdrücken, bei denen tausende meiner Anhänger unter sehr großen persönlichen Opfern, ja zum Teil mit hungrigem Magen, Dienst tun[14]. Die Struktur meiner S.A. ist eine andere als die des Stahlhelms. Ich habe in manchen Gebieten durch die ebenso unglaublichen wie schamlosen Terrorakte eines sich zum Teil auch als national gebärdenden Unternehmertums mehr als 80% der Stärke meiner Stürme arbeitslos[15]. Es würde sicher manchem meiner Kameraden wehe tun, wenn er wüßte, daß, während ihm selbst gerade infolge der Ausübung seines Dienstes der Magen knurrt, sein Führer an irgendeiner Tafel sitzt, ganz gleich, wie nun das Essen aussehen mag. Ich hasse alle sog[*enannten*] gemeinsamen Es-

9 Ursache für den Schriftwechsel zwischen Hitler und der Führung des Stahlhelm waren verschiedene Schreiben von Vertretern des Stahlhelm an Hitler und weitere nationalsozialistische Funktionäre vom Oktober, November 1931, die entweder unbeantwortet geblieben waren oder nach Vorstellung des Stahlhelm keine adäquate Antwort gefunden hatten. Vgl. z. B. den Schriftwechsel zwischen dem Führer des Bayerischen Stahlhelm, Hermann Ritter von Lenz, und der Reichsleitung der NSDAP, bei dem sich Lenz vergeblich über Werbungen der SA im Stahlhelm beschwerte, oder den Schriftwechsel zwischen dem Landesführer des Stahlhelm in Sachsen, Hans Brückner, und der dortigen Gauleitung der NSDAP über eine mögliche Kooperation für den Fall von Auseinandersetzungen mit linken Wehrverbänden. Druck wie Anm. 2, S. 1 ff. Vgl. ferner Berghahn, Stahlhelm, S. 187 ff.

10 Dem *VB* zufolge wurden am 10.10.1931 aufgrund von § 7 der Dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6.10.1931 vier Berliner SA-Heime ganz, vier weitere "Verkehrslokale radikaler Parteien" für die Zeit von 18.00 bis 6.00 Uhr geschlossen. Dadurch seien 1.000 SA-Männer obdachlos geworden, für 6.000 hätte keine Verpflegungsmöglichkeit mehr bestanden. Vgl. VB vom 13.10.1931, "1.000 S.A.-Männer obdachlos!" Ferner Dok. 71, Anm. 12.

11 Zur sozialen Funktion der SA-Heime vgl. Longerich, Braune Bataillone, S. 126 ff.

12 Eigentlicher Grund für Hitlers Abwesenheit war seine Unterredung mit Hindenburg und Brüning, die am 10.10.1931 um 19.00 Uhr in Berlin stattfand. Vgl. Dok. 43, Anm. 1.

13 Druck der "Entschließung der Nationalen Front", die von den Organisatoren der Veranstaltung nicht unterschrieben worden war: Ursachen und Folgen, Bd. VIII, S. 365 f.

14 Zur materiellen Situation der SA vgl. Dok. 28, Anm. 3.

15 Die Arbeitslosigkeit unter den Angehörigen der SA war eminent hoch. Vor Januar 1933 schwankte die Arbeitslosenquote in der SA zwischen 67% (Berlin, 1930) und 58% (Niederbayern, 1932). Die durchschnittliche Arbeitslosenquote unter Männern betrug im Deutschen Reich im Jahr 1931 17,4%. Vgl. Michael H. Kater, Zum gegenseitigen Verhältnis von SA und SS in der Sozialgeschichte des Nationalsozialismus von 1925 bis 1939. In: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62 (1975), S. 339-379, Zahlen S. 361.

sen. Die Partei selbst hat niemals derartige Veranstaltungen gemacht. Ich nehme daher auch persönlich an solchen nicht teil.

Weiter wurde mir vorgehalten, daß die gemeinsame Kundgebung durch meine Weigerung zu sprechen um eine halbe Stunde verzögert worden sei. Diese Verzögerung brauchte nicht stattzufinden, denn es waren ansonsten genügend Redner verfügbar. Die Gründe, die mich zunächst zu meiner Weigerung veranlaßten, waren aber einwandfrei, und ich habe später aufrichtig bedauert, daß ich nicht bei meinem Entschluß geblieben bin.

Die Art der Aufziehung dieser Tagung [*sic!*] war für jeden Nationalsozialisten schwer verständlich. Ich gebrauche hier als Führer der größten nationalen Bewegung Deutschlands [16] den mildesten Ausdruck, der mir zur Verfügung steht.

Ich muß mir nach dieser Darstellung nun aber auch noch eine Bemerkung erlauben: Warum hat die Stahlhelm-Leitung, die nach dieser Tagung mich noch in Berlin in meinem Hotel aufsuchte [17], mit keinem Wort diese Dinge berührt, sondern nur schreibweise [*sic!*] und damit mir unerreichbar, und natürlich auch nicht widerlegbar die Weiterverbreitung besorgt?

Ich halte gerade ein solches Verfahren im Interesse der gewünschten reibungslosen Zusammenarbeit für sehr bedenklich.

Sie beklagen sich nun, Herr Seldte, in Ihrem Brief über eine Ihnen zugefügte Behandlung, die sich der Stahlhelm nicht gefallen lassen will. Zu dieser Bemerkung haben nicht Sie, Herr Seldte, ein Recht, sondern ich und die nationalsozialistische Bewegung.

Als die nationalsozialistische Partei in einem sehr schweren Ringen in Thüringen zum ersten Male einen bewußt deutsch handelnden Minister in die Regierung entsandte [18], dessen nationale Bedeutung durch nichts besser demonstriert wurde, als durch den fanatischen Widerstand aller marxistisch zentrümlerischen Kräfte in Deutschland, da war es das heutige Stahlhelm-Mitglied Baum, das in zäher und zielklarer Arbeit den nationalen "Verbündeten" zu Fall brachte [19]. Der Stahlhelm hat einen Mann heute als amtierenden Minister in Thüringen [20], der mit Hilfe der Sozialdemokratie nationalsozialistische Beamte ihrer Stellung enthebt, sie versetzt [21], genauso wie er erst den nationalsozialistischen Minister zum Sturz brachte. Herr Seldte, es ist für uns eine ungeheure Überwindung, überhaupt von "Verbündeten" zu reden, wenn ihr praktisches Verhalten sich so diametral zum Geredeten verhält. Was würde man wohl sagen, wenn wir Nationalsozialisten in einem Land, das wir beherrschen, hohe Beamte nur wegen ihrer Stahlhelm-Zugehörigkeit oder gar, sagen wir, wegen ihrer Zugehörigkeit zur Deutschnationalen [*Volks*]partei von ihren Ämtern entfernen würden? Welches Urteil würde man aber erst dann fällen, wenn diese famose nationale Tat sogar am Ende nur mit Marxisten vollzogen

16 Vgl. Dok. 46, Anm. 11 und Dok. 70, Anm. 24.

17 Seldte und Duesterberg hatten am 17.10.1931 versucht, in einem persönlichen Gespräch mit Hitler jene Diskrepanzen auszuräumen, die während der Veranstaltung in Bad Harzburg offenkundig geworden waren. Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 187; Theodor Duesterberg, Der Stahlhelm und Hitler, Wolfenbüttel 1949, S. 14.

18 Wilhelm Frick. Vgl. Dok. 27, Anm. 3.

19 Vgl. Dok. 27, Anm. 5 und Dok. 58, Anm. 5 und 6.

20 Erwin Baum.

21 In ihrer Antwort vom 11.12.1931 erwiderten Seldte und Duesterberg, daß Baum erst als Minister dem Stahlhelm beigetreten sei. Baum habe insgesamt zwei nationalsozialistische Beamte versetzt, wofür dienstliche Gründe vorgelegen hätten. Druck wie Anm. 2, S. 7.

werden könnte. Würde Thüringen nur von Stahlhelm-Leuten beherrscht, dann könnte man mit dem Hinauswerfen nationalsozialistischer Beamter meinetwegen eigene Kraft vortäuschen, aber wenn man sich mit Marxisten verbündet, um den sog[*enannten*] nationalen Bundesgenossen auf die Straße zu setzen oder strafweise zu verschieben, dann ist ein solches Gebaren nach meiner Auffassung von Bundestreue einfach erbärmlich. Nennen Sie mir einen Mann meiner Partei, Herr Seldte, der mit Marxisten zusammen das tut, was Ihr Mann in Thüringen getan hat und auch heute noch nicht lassen will, und ich brandmarke ihn öffentlich und schlage ihn aus meiner Partei hinaus [*sic!*]. Das Allerbärmlichste [*sic!*] aber ist es, wenn in einem Lande tatsächlich von heut' auf morgen der Marxismus endgültig gestürzt werden könnte, und dieser Sturz nur deshalb unterbleiben muß, weil sog[*enannte*] nationale Kräfte lieber mit der Sozialdemokratie paktieren, als den Interessen der Nation zu dienen.

Ich unterhalte mich nicht über die zum Teil mehr als verletzenden Briefe, die mir von Parteigenossen zur Verfügung gestellt worden sind und die sie von Stahlhelm-Führern erhalten haben. Aber ich denke, daß Sie zumindest nicht von mir erwarten werden, mich in Korrespondenzen einzumischen, ehe nicht die allerprimitivsten Voraussetzungen hierzu geschaffen sind.

Ich möchte allerdings hier noch hinzufügen, daß ich hiermit keine Beschwerde vorbringe. Wir werden trotz des Verhaltens des Thüringer Stahlhelm-Ministers dennoch auch dort den Marxismus aus eigener Kraft überwinden.

Ich darf am Ende des Briefes noch bemerken, daß nicht Hauptmann Göring auf meine Anweisung hin in politische Verhandlungen mit Herrn von Morozowicz eingetreten ist, sondern daß der Vorgang umgekehrt erfolgte.

Im übrigen bin ich in den letzten Monaten von der Presse meiner Verbündeten so konsequent und hinterhältig verdächtigt und angegriffen worden[22], daß es wirklich nur der Beweis für meine grenzenlose Loyalität ist, wenn ich diese kleinen heimtückischen Ehrabschneidereien nicht in der dafür zweckmäßigen drastischen Form zurückgewiesen habe. Man soll sich aber nicht irren: Die nationalsozialistische Bewegung verdankt ihre Existenz nicht der Protektion anderer Verbände. Die Ziele der sog[*enannten*] nationalen Opposition, der Kampf gegen das heutige System war unser Programm zu einer Zeit, da so manche der auf der Harzburger Tagung erschienenen Vereinigungen politischer und bündischer Natur noch sehr brav im Lager der Weimarer Demokratie standen.

Am unerbittlichen Kampf meiner Partei gegen das heutige System hat sich nie etwas geändert. Versuche, Einfluß auf die Führung meiner Bewegung in irgendeiner offenen oder vertarnten [*sic!*] Form zu gewinnen, muß ich allerdings schärfstens zurückweisen. Das besagt aber nicht, daß ich nicht ebenfalls vom aufrichtigsten Wunsch erfüllt bin, eine gemeinsame

22 Vgl. z. B. Dok. 78.

23 In ihrer Antwort an Hitler vom 11.12.1931 versuchten Seldte und Duesterberg, Hitlers Vorwürfe im einzelnen zu widerlegen (vgl. Anm. 5 und 21), ohne daß sie damit die Auseinandersetzung als abgeschlossen betrachtet hätten: "Der Stahlhelm ist zur Mitarbeit bereit, muß aber daran festhalten, daß die von uns genannten Beschwerden Bayern, Sachsen, Nordmark geklärt und beseitigt werden. Ein politisches Unfehlbarkeits-Dogma kann der Stahlhelm jedoch niemanden zubilligen." Druck wie Anm. 2, S. 7 f.
Mit Schreiben vom 23.12.1931 wies Carl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha Hitler darauf hin, "daß die Bundesführer des Stahlhelm auf eine Antwort, sehr verehrter Herr Hitler, zu einem Ihnen kürzlich zugegangenen Schreiben warten. Soweit ich etwas von den Dingen verstehe, würden Sie mit einer Beantwortung

Kampfbasis mit all den Parteien und Verbänden zu suchen und aufrechtzuerhalten, die das gleiche Ziel verfechten wollen wie wir[23].

*München,* den 1. Dezember 1931

Mit deutschem Gruß und Heil!

gez. *Adolf Hitler*

N[*ach*]S[*chrift:*] Nur zur Illustration erlaube ich mir einen Artikel beizufügen, der das bundesbrüderliche Verhältnis beleuchtet[24].

## 4. Dezember 1931 Dok. 83
## Pressekonferenz in Berlin [1]

The Times vom 5.12.1931, "Herr Hitler's Policy" [2].

He was astounded, he said, that so much notice had been taken of a document produced out of personal interest in a hypothetical case by a single member of a party[3] now numbering over 700,000 registered members[4]. His (Herr Hitler's) will was paramount in the National-

---

bis zum 28. ds. Mts. nicht nur der nationalen Bewegung außerhalb der NSDAP, sondern auch dem Nationalsozialismus selbst einen Gefallen tun. Vielleicht läßt sich eine Formulierung finden, die die Freundschaft temperiert aufrechterhält." BA Potsdam, 62, Ka 1. Zum weiteren Verlauf der Auseinandersetzung vgl. Bd. IV/3.

24 Liegt der Vorlage nicht bei.

1 Im Hotel *Kaiserhof*, Berlin, Mohrenstraße 1-5. Zum Verlauf der Veranstaltung vgl. Hanfstaengl, 15 Jahre mit Hitler, S. 257 f.; J[*ulek*] K[*arl*] von Engelbrechten, Hans Volz, Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt, München 1937, S. 63 f. Ferner Anm. 2.
Für den Dezember 1931 liegen ungewöhnlich viele Berichte ausländischer Pressevertreter über Hitler und die NSDAP sowie über Interviews mit Hitler vor. Diese Interviews sind nicht immer eindeutig zuzuordnen, da die einzelnen Artikel oft wenige oder keine Angaben zum äußeren Ablauf enthalten, insbesondere über Zeit und Ort sowie die Frage, ob es sich hier um ein Exklusivinterview handelte. Mit Sicherheit läßt sich sagen, daß Hitlers Auslandspressechef Ernst Hanfstaengl für Hitler am 4.12.1931 eine Pressekonferenz mit ausländischen, meist britischen und amerikanischen Korrespondenten veranstaltete, während eine weitere, für den 11.12.1931 vorgesehene nicht stattfand (vgl. Dok. 91 mit Anm. 1). Interviews sind nur dann in diese Edition aufgenommen, wenn Inhalt und das Datum des Erscheinens dafür sprechen, daß es sich um ein Exklusivinterview oder eine Pressekonferenz gehandelt hat, auf der Hitler selbst sprach.

2 Vgl. auch Chicago Tribune vom 5.12.1931, "Hitler Pledges to Pay Berlin's Debts to World"; Sonntagsblatt Staats-Zeitung und Herold (New York) vom 6.12.1931, "Adolf Hitler erklärt, er strebe nicht nach dem Präsidentenamt"; The Daily Express vom 5.12.1931, "Hitler Flings His Challenge to the World"; The Daily Mail vom 5.12.1931, "Hitler Talks to 'Daily Mail'"; The New York Times vom 5.12.1931, "Hitler Backs Debts Bars Reparations; Sees Victory Soon"; Volksblatt und Freiheits-Freund (Pittsburgh) vom 7.12.1931, "60 Jahre lang politische Schulden zu bezahlen, wird Hitler, zur Macht gelangt, ablehnen" [*sic!*].

Socialist Party[5]. With the exception perhaps of the Italian Fascists, there was not a political party or movement in the world to-day so entirely governed by one will. It was absurd to suppose that he, after a 12-year struggle in which he had raised the party from seven[6] to 700,000 members and some 15,000,000 supporters[7], and brought it to the threshold of power, would dream of throwing overboard at the last moment the principle of legality which he had held so tenaciously[8]. There was no need to do so. It was beyond all possible doubt now that the party would attain power before long, whether this month or next, or in five months' or 10 months' time[9].

Nevertheless, Herr Hitler, assuming that the Hessian plan was, as it purported to be, worked out on the hypothesis of a Communist revolt, found excuses for the Hessian Nazis' zeal[10]. As often before, he painted in lurid colours the dangers of a Communist uprising in Germany[11]. It stood to reason, he said, that there was a Bolshevist peril in a country containing 6,000,000 to 7,000,000 Communists and 4,000,000 left-wing Socialists[12] who might easily be carried away by them, to say nothing of foreign allies to the East[13]. It was only after big upheavals that people understood the few who had tried to foresee and forearm. At present most people had not the faintest idea of the immensity of such a struggle, which would sweep away everything as we knew it and leave an entirely new "basis of facts", so that such questions as that of private property would have to be considered in an entirely new light. Herr Hitler said that he

---

Inländische Kommentare: Berliner Tageblatt vom 5.12.1931 (AA), "Hitler wirbt um das Ausland"; Vossische Zeitung vom 5.12.1931 (AA), "Hitler an die Auslandspresse"; Münchener Post vom 5./6.12.1931, "Hitler beschwichtigt das Ausland"; Frankfurter Zeitung vom 6.12.1931, "Hitler spricht - Brüning schweigt"; Neue Leipziger Zeitung vom 6.12.1931, "Hitler empfiehlt sich dem Ausland".

3 Gemeint ist die sog. Boxheimer Affäre. Vgl. Dok. 76 und 90.

4 Die NSDAP vergab im Dezember 1931 die Mitgliedsnummer 800.000. Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 352 sowie Dok. 2, Anm. 61.

5 Vgl. Dok. 23, Anm. 16 und 17.

6 Vgl. Dok. 4, Anm. 10.

7 Bei der Reichstagwahl vom 14.9.1930 votierten 6.379.672 Wähler (18,3 %) für die NSDAP. Bei den sich anschließenden Landtags- und Kommunalwahlen zeichnete sich insgesamt eine relativ kontinuierliche Zunahme der NSDAP-Wähler ab, ohne daß es möglich gewesen wäre, ihre Zahl so exakt zu bestimmen. Bei der Reichspräsidentenwahl vom 13.3.1932 stimmten 11.339.446 (30,9%) Wähler für Hitler, im zweiten Wahlgang am 10.4.1932 13.418.547 (36,8%), Hitlers Schätzungen sind also übertrieben. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen, S. 72 ff. sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 ff.; 1932, S. 541 ff. Falter, Hitlers Wähler, S. 30 ff. Ferner Dok. 2, Anm. 62 sowie Dok. 46, Anm. 11.

8 Zur Frage nach der "Legalität" der damaligen Politik der NSDAP vgl. Dok. 2, Anm. 19 sowie Dok. 31, Anm. 12.

9 Zur damaligen Erwartungshaltung Hitlers vgl. z. B. Dok. 48 und Dok. 65, Anm. 13.

10 Vgl. Dok. 76, Anm. 2.

11 Vgl. Dok. 9, Anm. 6.
Vgl. ferner den Kommentar am Ende der Vorlage: "It should be understood that Herr Hitler's belief in the Bolshevist menace has always been exceptionally strong and that his remarks on the continual Nazi-Communist clashes in Germany, while undoubtedly sincere, present only one side of the picture. Responsibility for aggression is often almost as difficult to fix in these cases as in international wars."

12 Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 hatten 4.590.160 Wähler KPD (entsprechend 13,1%) und 8.575.244 Wähler SPD (entsprechend 24,5%) gewählt. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, S. 72 sowie Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 545 ff.

13 Vgl. Dok. 73, Anm. 15.

could not forbid individual members of his party to reflect on the problems that would thus be raised, but to put them into documentary form, as in Hesse, was downright effrontery [14].

*Anti-Communist "Mission"*

Herr Hitler explained the bitterness and determination of the rank and file of his movement by the constant guerrilla warfare with the Communists, in which the Nazis had had 5,000 wounded and many killed during the first 11 months of this year [15]. It had often been insinuated, he said, that there was much of Bolshevism in National-Socialism, but if that were true, surely the Communists and Socialists - the "Marxists" - would not fight the Nazis so fanatically. The constant struggle and casualties were making his party hard and great. The decisive battle against Bolshevism would be fought out in Germany; the Nazis felt it their mission to win this fight for the whole world, and they would win it.

Turning to the question of foreign debts Herr Hitler brought forth the argument, which is heard to-day throughout a large part of the world, that Germany cannot pay both political debts and private commercial debts [16] without exporting on a scale which could only be described as mad [17], and which could only lead to world-wide economic chaos. The Nazis acknowledged commercial debts as between one merchant and another, and were prepared to pay these if Germany were enabled to do so [18]. But they refused to submit to political extortion. Everything depended upon whether the world was going to allow France to insist on priority for political exactions. It was a question of what one could, not what one would.

The National-Socialists, Herr Hitler continued, were a party of young people [19] who were not responsible for the War. Those of them who were old enough had done their duty in the trenches [20] like the young people of other countries, but they could not be held responsible for the War or for the Revolution or for the Treaty of Versailles. When they attained power they would talk really frankly for the first time and present a plain picture of things as they were. They would not sign anything that could not be fulfilled [21].

14 Vgl. jedoch Dok. 90, Anm. 7.
15 Vgl. Dok. 43, Anm. 16 und 17 sowie Dok. 71, Anm. 3 und 4.
16 Zum Stand der deutschen Verschuldung vgl. Dok. 2, Anm. 14 und 15 sowie Dok. 29, Anm. 7.
17 Zum damaligen deutschen Export vgl. Dok. 2, Anm. 26 und 28 sowie Dok. 37, Anm. 14.
18 Zur Wirkung derartiger Äußerungen vgl. z. B. den Bericht des deutschen Generalkonsuls in Pretoria, Friedrich von Keßler, an das Auswärtige Amt vom 8.12.1931, in dem er über eine Unterredung mit dem Premierminister der Südafrikanischen Union, James Hertzog, berichtet: "Er [*Hertzog*] kam dabei auf die Tätigkeit des Herrn Hitler zu sprechen, dessen Erklärung, seine Partei träte für Zahlung der Privatschulden ein, er als erfreulich bezeichnete. Dadurch und durch die sich jetzt anscheinend in legalen Bahnen bewegende Politik der Partei sei viele Sorge genommen. Die offene Erklärung, daß die Partei keinerlei Reparationen bezahlen wolle, halte er vom Standpunkt der Wirkung auf das Ausland für gut. Man sähe daraus deutlich, daß es für das deutsche Volk Grenzen gäbe. In diesem Zusammenhang darf ich berichten, daß gerade in den letzten Tagen die gesamten hiesigen und Johannesburger Zeitungen - afrikanische und englische - voll waren von Artikeln über Herrn Hitler, alle geschmückt mit dessen Bildern. Dabei zeigte sich überall eine gemäßigte, sachliche Beurteilung über die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung." Druck: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XIX, Dok. 107.
19 Vgl. Dok. 25, Anm. 29.
20 Vgl. Dok. 43, Anm. 9, aber auch Dok. 94, Anm. 37.
21 Anspielung auf den Young-Plan. Vgl. Dok. 2, Anm. 8.

*Reduction of Imports*

In reply to questions about economic policy Herr Hitler laid down three main aims: a ruthless reduction of the huge German administrative apparatus, an equally ruthless throttling of imports, and the elimination of political obligations. The drastic reduction of imports, to which after all the Brüning Government and the Governments of other countries have already been compelled to resort, figured again and again in his remarks, and he advanced the theory that if, by not buying unnecessary foreign products, especially foodstuffs, a milliard marks were kept in the country[22], it would stimulate the home market and, with a turnover six or seven times a year, be in effect equivalent to six or seven milliards.

In conclusion, Herr Hitler spoke of international relations in general. Hatred, he said, was comprehensible in time of war, but he could not understand its being nourished for years afterwards. It would be foolish, for instance, for Germany to gloat over the prospect of the loss of India by the British Empire[23], which would be a misfortune for the rest of the world, including Germany[24]. With one exception[25], friendly relations had been restored between Germany and her former enemies, and he claimed that his party had contributed most towards this achievement[26]. For 12 years he had been preaching that the old War-time cry of "Gott strafe England"[27] should be forgotten[28].

---

22 Vgl. Dok. 70, Anm. 10.

23 Ungeachtet des großen militärischen Engagements Indiens während des Ersten Weltkriegs blieben nach 1918 die Hoffnungen der indischen Unabhängigkeitsbewegung auf politische Gleichberechtigung und langfristig auf politische Unabhängigkeit unerfüllt; die indische Unabhängigkeitsbewegung entwickelte sich daraufhin zu einer Massenbewegung, deren Politik sich auf den gewaltlosen Widerstand gegen die britische Kolonialmacht konzentrierte. Vgl. Penderel Moon, The British Conquest and Dominion of India, London [2]1990, S. 957 ff.

24 Vgl. Dok. 67, Anm. 12 und 13.
Mit Schreiben vom 10.12.1931 beschwerte sich der Vertreter der Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry in Berlin, Chempakaraman Pillai, bei Hitler über diese Äußerung: "Wir Inder können Ihre Politik der Annäherung an England nicht beglückwünschen, auch wird Ihre Erklärung, daß, wenn England Indien verlieren würde, dies zugleich ein Unglück für Deutschland und die gesamte Welt sein würde, von der Mehrheit des deutschen Volkes nicht geteilt." Mit Schreiben vom 24.12.1931 ließ Rudolf Heß ausrichten, daß Hitler nach wie vor der Überzeugung sei, "daß eine Aufgabe der englischen Herrschaft in Indien gleichbedeutend wäre mit der Ausbreitung des Bolschewismus in Indien und daß somit die Aufrechterhaltung der britischen Herrschaft dort im Interesse der ganzen civilisierten Welt" liege. Beide Schreiben in PA-AA, Presse-Abteilung, England, P 16: Maßnahmen zur Hebung des deutschen Ansehens in England, Bd. 3.

25 Gemeint ist Frankreich.

26 Die Äußerungen wie überhaupt die Politik der NSDAP hatten im Ausland Interesse, in manchen Fällen auch ein gewisses Verständnis hervorgerufen, gewöhnlich aber für Irritationen gesorgt, obwohl die Nationalsozialisten nach ihrem Wahlerfolg vom 14.9.1930 versuchten, das Ausland so gut es ging zu beschwichtigen. Zu den außenpolitischen Aktivitäten der NSDAP vor 1933 vgl. Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933-1938, Frankfurt a. M. 1968, S. 1 ff., 90 ff. Zur Rezeption durch das Ausland vgl. Schreiber, Hitler. Interpretationen, S. 73 ff. sowie Dok. 46, Anm. 39.

27 Die Wendung "Gott strafe England", welche Alfred Funkes Roman *Schwert und Myrte* (Berlin 1914) entstammt, fand während des Ersten Weltkriegs im Deutschen Reich weite Verbreitung, etwa in Form von Briefaufklebern, Plakaten, Haussegen oder Zeitungs- und Illustriertenüberschriften (Freundliche Mitteilung des Archivs der Bibliothek für Zeitgeschichte, Stuttgart).

28 Vgl. Dok. 41, Anm. 5.

With France it was another matter[29]. *Rapprochement* must proceed from France, and was impossible as long as France could not bring herself to cease trying to treat 65,000,000 Germans[30] as a second-class nation. After 1871 Germany had imposed no political conditions, and the indemnity had been completely cleared off within three years[31]. No conditions had been imposed to prevent France's rearming again immediately[32]. Germany had acted with this magnanimity after winning the 1870 war entirely unaided[33]. France, having "won" the late War in very different circumstances[34], was still endeavouring to keep her heel on the neck of Germany 12 years after. The Disarmament Conference[35] would be the great test of the common sense of the entire world. If the world allowed France to keep her armaments at their present high level[36], which was quite unnecessary for her security, it would mean that the world wanted France to continue her system of hegemony[37] by means of blackmail[38].

29 Zum Frankreichbild Hitlers vgl. Eberhard Jäckel, Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966, S. 13 ff.

30 Vgl. Dok. 2, Anm. 22.

31 Frankreich war es bereits bis September 1873 gelungen, die deutschen Kriegskontributionen in Höhe von 5 Milliarden Francs abzubezahlen, so daß die letzten deutschen Besatzungstruppen 18 Monate früher als vorgesehen das Land verließen. Vgl. Fritz Stern, Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder, Frankfurt a. M. 1978, S. 191 ff., 394 ff.

32 Hauptpunkte des am 10.5.1871 abgeschlossenen Friedensvertrags von Frankfurt waren die Abtretung des Elsasses und des östlichen Teils Lothringens mit der Festung Metz an das Deutsche Reich sowie die Zahlung von Kriegskontributionen in Höhe von 5 Milliarden Francs; die militärischen Bestimmungen des Vertrags hielten sich dagegen in Grenzen und galten nur bis zum Abzug der deutschen Besatzungstruppen. Vgl. Eberhard Kolb, Der Weg aus dem Krieg. Bismarcks Politik im Krieg und die Friedensanbahnung 1870/71, München 1989, S. 327 ff. Druck: Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes hrsg. von Johannes Lepsius u. a., Bd. 1, Berlin 1922, S. 38 ff.

33 Zur Beendigung des deutsch-französischen Krieges 1870/71 vgl. Kolb, Weg.

34 Anspielung auf die Dauer des Ersten Weltkriegs und die Unterstützung Großbritanniens und der USA, ohne die die französische Front zusammengebrochen wäre.

35 Der Beginn der "Konferenz für die Herabsetzung und die Begrenzung der Rüstungen" des Völkerbunds in Genf war von der "Vorbereitenden Abrüstungskommission" des Völkerbunds im Dezember 1930 auf den 2.2.1932 festgesetzt worden. Vgl. die Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts von Bülow vom 18.12.1931. Druck: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XIX, Dok. 130.

36 Vgl. Dok. 44, Anm. 14.

37 Vgl. Dok. 44, Anm. 11.

38 Folgt Kommentar über Hitlers Aussagen.
Mit Telegramm Nr. 500 vom 7.12.1931 berichtete der Botschaftsrat an der deutschen Botschaft in London, Albrecht Graf von Bernstorff, u. a. an das Auswärtige Amt: "Hitler-Interview auch heute noch stärkstens beachtet. Leitartikel Financial Times und Manchester Guardian unterstreichen Äußerungen zu Reparationsfrage, Korrespondentenberichte meister Blätter erörtern in Erwartung Gegenerklärung Reichsregierung innerpolitisches Kräfteverhältnis und hinweisen auf Unmöglichkeit sofortiger Machtergreifung durch Nazi, wenn auch mit Regierungsbeteiligung Nazi im Laufe nächster Monate allgemein fest gerechnet wird." PA-AA, Presse-Abteilung, England, P 6: Presseübersichten, Bd. 6.

## 5. Dezember 1931 [1] Dok. 84
## Interview mit Sunday Graphic and Sunday News [2]

Sunday Graphic and Sunday News vom 6.12.1931, "Berlin Reaches Fever Pitch".

"The crisis which is developing in the Government", he said, "takes us earlier than we expected, but the plans of the party to take over the affairs of Germany are complete.

"They were completed this morning. Every public provision is mapped out and allotted, and we are expecting a call to power hourly [3].

*"All this talk about my becoming President of Germany is rubbish. I have no such plan* [4].

*"If there is another President it will be somebody else whom I have in mind* [5].

"Germany has been thrown into the present crisis by the extravagance of its previous Governments.

*Dependent on France*

"Germany's financial policy has been totally dependent upon the attitude of France, who has been forcing the country to organise to maintain a system of foreign financial dictation [6].

"The country has never been financially sound since the war. Successive Governments have borrowed one loan to pay another at any interest and under any conditions.

"The time has come to call a halt. I am not prepared to continue on those lines. I will not promise to carry the burdens of reparations any longer.

"I refuse to see Germany crushed and the world thrown into economic chaos in order to keep to the letter of the Versailles Treaty [7] - the most infamous document in history.

"Reparations must count together with war debts, and they are the millstone which has dragged the whole world into the eddy of depression.

---

1 Datierung nach dem Tag des Interviews.

2 Im Hotel *Kaiserhof*, Berlin, Mohrenstraße 1-5. Das Interview führte Donald Mackenzie.
Die vorhergehende Schilderung des Interviews, sein Inhalt, aber auch die Artikel in der deutschen Presse machen es wahrscheinlich, daß es sich hier um ein Exklusivinterview Hitlers handelt. Vgl. auch Fränkischer Kurier vom 7.12.1931, "Ein neues Hitler-Interview?"; Münchener Zeitung vom 7.12.1931, "Hitlers Auslandspropaganda".
Laut *Münchener Zeitung* vom 7.12.1931 ("Hitlers Auslandspropaganda") bezeichnete die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP das in dieser Form veröffentlichte Interview "als in wesentlichen Teilen unzutreffend".

3 Zur damaligen Erwartungshaltung Hitlers vgl. z. B. Dok. 48 und Dok. 65, Anm. 13.

4 Hitler hatte auch intern - so auf einer Abendgesellschaft in Berlin am 18.11.1931 - zu erkennen gegeben, "er denke nicht daran", Reichspräsident zu werden; er fände es unter seiner Würde, einen Titel anzunehmen, "den die verbrecherische Revolution geschaffen habe". Vgl. Schreiben Levetzows an Donnersmarck vom 20.11.1931. Druck: Granier, Levetzow, S. 312-317, hier S. 313.

5 Bis zu seinem Entschluß am 2.2.1932, selbst für das Amt des Reichspräsidenten zu kandidieren, überlegte Hitler, Franz Ritter von Epp oder Wilhelm Frick als Kandidaten aufzustellen. Vgl. Dietrich Orlow, The History of the Nazi Party: 1919-1933, Pittsburgh 1969, S. 245 f.
In derselben Ausgabe der *Sunday Graphic and Sunday News* ist zu lesen, Ernst Hanfstaengl werde als Präsidentschaftskandidat gehandelt. Vgl. Sunday Graphic and Sunday News vom 6.12.1931, "The Next President?"

6 Anspielung auf die politischen Bedingungen, welche die französische Seite am 19.7.1931 an die Vergabe weiterer Kredite an Deutschland geknüpft hatte. Vgl. Dok. 12, Anm. 6.

7 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

"The money spent in this way must be diverted into the pockets of the people of the world. People must be able to purchase; consumption must be kept up so that production can be maintained and prosperity return.

"The stabilisation of nations must depend upon healthy balances of trade rather than through artificial standards of metal.

"Any attempt to maintain reparations means the murder of commercial life. If they remain, any promises of repayments for private loans are *de facto* illusionary.

*"Germany must meet her private commitments if she is to maintain her integrity in trade*[8], *and it is my intention to see that every nation which has helped Germany by private loan since the war is fully reimbursed with interest and capital.*

"Disarmament must be faced resolutely[9]. I agree with Senator Borah[10] that France is the enemy of disarmament[11].

"Although France is not threatened by any nation, she is determined to increase her gigantic superiority over world nations in arms[12] and in gold reserves[13] in order to be in a position to enforce regular payments under the Versailles Treaty and to bring about the economic ruin of Germany.

"That policy is a menace to the world, because if Germany collapses in the present state of world depression many other nations will follow her.

*"It is my hope, although I am not very optimistic, that France will realise the extremes to which she is pushing Europe, and when the Nazi Party comes into power it may find itself able to modify its present position to meet a more rational outlook in Paris.*

---

8 Vgl. Dok. 56, Anm. 9.

9 Vgl. Dok. 83, Anm. 35. Zur Wehrtheorie der NS-Bewegung vgl. Dok. 38, Anm. 9.
Zur Haltung der NSDAP zur internationalen Abrüstung vgl. auch die Aufzeichnung des Auswärtigen Amts über "Die Einstellung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zur Auswärtigen Politik" vom 7.12.1931, die tags darauf mit Runderlaß des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts Bernhard Wilhelm von Bülow an die diplomatischen Vertretungen versandt wurde. Druck: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B, Bd. XIX, Dok. 105.

10 William E. Borah (1865-1940), 1889 Zulassung als Rechtsanwalt, 1907-1940 Senator für Idaho (Republican), 1911-1940 Mitglied, 1924-1933 Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses.

11 Aus Anlaß der Eröffnung des Freien Internationalen Pariser Abrüstungskongresses hatte Borah am 26.11.1931 eine kurze Ansprache gehalten, die durch Radio in den Tagungsort des Palais du Trocadéro übertragen worden war. Dabei hatte Borah "seine völlige Unzufriedenheit mit dem bisherigen Verhalten der Siegerstaaten zu dem in Versailles feierlich abgegebenen Versprechen einer Rüstungsminderung" zum Ausdruck gebracht. Borahs Kritik aber auch die Äußerungen der übrigen Delegierten aus aller Welt wurden von französischen Rechtsradikalen mit Tumulten beantwortet, mit denen sie die Veranstaltung zu sprengen versuchten. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 27.11.1931 (MA), "Der freie internationale Pariser Abrüstungskongreß"; Vossische Zeitung vom 28.11.1931 (AA), "Tribünensturm im Trocadero"; Germania vom 29.11.1931, "Paris schreit Abrüstung nieder"; VB vom 4.12.1931, "Kundgebungen und Pläne zur Abrüstungskonferenz".

12 Vgl. Dok. 44, Anm. 11 und 14.

13 Aufgrund der vergleichsweise günstigen volkswirtschaftlichen und währungspolitischen Rahmenbedingungen besaß die Banque de France im Juni 1928 Goldreserven in Höhe von 28.935 Millionen Francs, im November 1932 in Höhe von 83.342 Millionen Francs. Vgl. Kenneth Mouré, Managing the Franc Poincaré. Economic Understanding and Political Constraint in French Monetary Policy, 1928-1936, Cambridge 1991.
Im internationalen Vergleich verfügte Frankreich 1931 über Goldreserven in Höhe von 11.325,9 Millionen RM, das Deutsche Reich in Höhe von 1.055, Großbritannien in Höhe von 2.723,9, die Schweiz in Höhe von 2.072,4, die UdSSR in Höhe von 1.378,1 und die USA in Höhe von 18.487,4 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 176*.

*"I will have no truck with Bolshevism. You may be assured that Bolshevism is a danger which is threatening the entire world at present* [14].

*"And if the nations of the world recognize the Soviet* [15] *it will be the worst day's business they have ever done.*

*"There must be a combined international front against Moscow.*

"Contrary to reported statements, Germany, or that major section of it represented by the Nazis or National Socialists [16], is of this opinion also.

*"The sincere desire of German patriots is a close rapprochement between Germany, England and Italy* [17]*, whose interests in the present condition of world affairs most closely interlock.*

"The Nazi Party has swept the country so rapidly during the past few weeks [18] that it has astonished even its organisers. The results of recent elections have been many hundreds per cent, more favourable than I had even dreamt of.

"The condition at the present moment is that even if I wished to avoid taking the helm in Germany the weight of popular opinion would not allow me to do so.

"The coming week will shape the history of Europe for the next ten years. Any attempt to exercise financial pressure on Germany will react disastrously on the world."

---

14 Vgl. Dok. 9, Anm. 6.

15 Mit dem Vertrag von Rapallo vom 16.4.1922 hatte das Deutsche Reich die diplomatischen Beziehungen zur Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik wiederaufgenommen. Nachdem die britische Regierung unter Premierminister MacDonald die UdSSR am 2.2.1924 diplomatisch anerkannt hatte, folgten am 7.2. Italien, am 25.2. Österreich, am 18.3. Schweden, am 31.5. China, am 4.8. Mexiko, am 28.10. Frankreich und am 20.1.1925 Japan. Wegen unüberbrückbarer Spannungen unterbrach Großbritannien seine diplomatischen Beziehungen zur UdSSR erneut in der Zeit vom 27.5.1927 bis 3.10.1929. Vgl. Wolfgang Eichwede, Der Eintritt Sowjetrußlands in die Internationale Politik, 1921-1927. In: Osteuropa-Handbuch Sowjetunion. Außenpolitik 1917-1955. Unter Mitarbeit von Heinz Brahm u. a. hrsg. von Dietrich Geyer, Köln 1972, S. 150-212.

16 Vgl. Dok. 2, Anm. 62 und Dok. 83, Anm. 7.

17 Bündnisse zwischen Deutschland und Großbritannien sowie Italien bildeten die Leitlinien in Hitlers außenpolitischer Vorstellungswelt. Vgl. Bd. II A, S. 124 ff., S. 136 ff.

18 Zum Wachstum der NSDAP-Wähler vgl. z. B. Dok. 2, Anm. 62, Dok. 37, Anm. 18, Dok. 57, Anm. 2, Dok. 67, Anm. 3 und Dok. 83, Anm. 7.

## 5. Dezember 1931 Dok. 85
## Interview mit The Associated Press[1]

Sonntagsblatt Staats-Zeitung und Herold (New York) vom 6.12.1931, "Adolf Hitler erklärt, er strebe nicht nach dem Präsidentenamt".

Adolf Hitler, der Führer der Nationalsozialisten, erklärte heute dem Vertreter der Associated Press gegenüber, daß er unter keinen Umständen für das Präsidentenamt der deutschen Republik kandidieren werde[2].

"Auch wenn wir die Macht ergreifen", sagte er, "beabsichtige ich nicht, als Kandidat für das Präsidentenamt aufzutreten."

Mit fast knabenhaftem Lächeln fügte er hinzu: "Dafür ist bereits gesorgt[3]." Er wollte sich nicht darüber äußern, ob er damit vielleicht meinte, daß Präsident von Hindenburg nach den Plänen seiner Partei auch weiterhin das Oberhaupt der deutschen Republik bleiben sollte[4].

---

1 In Berlin. Das Interview führte der Leiter des Berliner Büros von Associated Press, Louis P. Lochner.

2 Vgl. Dok. 84, Anm. 4.

3 Vgl. Dok. 84, Anm. 5.

4 Folgt Bericht über die Pressekonferenz vom 4.12.1931. Vgl. Dok. 83.
Mit Bericht No. 1326 vom 7.12.1931 informierte der amerikanische Botschafter in Berlin, Frederic M. Sackett, den amerikanischen Außenminister, Henry L. Stimson, über eine Besprechung zwischen ihm und Hitler anläßlich einer Abendveranstaltung beim Direktor der Deutschen Bank und Discontogesellschaft, Emil von Stauß. Auch bei dieser Unterredung erörterte Hitler, "speaking as if he were addressing a large audience", dieselben Themen wie gegenüber den ausländischen Pressevertretern: Arbeitslosigkeit, Verlust der deutschen Kolonien, eingeschränkter deutscher Lebensraum, Grenzen des deutschen Exports, Bereitschaft zur Zahlung privater Schulden, jedoch nicht von Reparationen, Hegemonie Frankreichs über Europa, die kommende Abrüstungskonferenz usw. In einem Schreiben vom 9.12.1931 an Stimson faßte Sackett nochmals seinen persönlichen Eindruck dieses Treffens zusammen: "The impression I gained of Hitler is that of a fanatical crusader. He has a certain forcefulness and intensity which gives him a power of leadership among those classes that do not weigh his outpourings. His methods are those of an opportunist. While he talked vigorously, he never looked me in the eye. He could not make an intellectual appeal and I do not believe his followers in that class, and they are many, can have been influenced by any personal contact with him, but are turning to his party in despair that former political allegiances provide no relief from present intolerable conditions. I sensed the feeling during the interview that if this man comes into power he must very shortly find himself on the rocks, both of international and internal difficulties. He is certainly not the type from which statesmen evolve." NA, RG 59, GC 862.50/721, FP 862.50/723.

## 5. Dezember 1931 Dok. 86
## Schreiben an Wilhelm Groener [1]

Hs. Schreiben mit hs. Unterschrift; BA Potsdam, RMdI, Deutschvölkische und Nationalsozialistische Partei, November 1931-Mai 1932, 25793/1 [2].

Euere Exzellenz,

beehre ich mich, in der Anlage Drohung des Gruppenführers Nord Hannover [3] zu überreichen mit der Bitte, die hier gemeldeten Übergriffe der preußischen Polizei zu prüfen.

Hochachtungsvoll

Adolf Hitler

## 6. Dezember 1931 Dok. 87
## Interview mit Gazzetta del Popolo [1]

Gazzetta del Popolo vom 7.12.1931, "A colloquio con Hitler" [2].

"Das Gelärme der linken Presse über die Enthüllung eines angeblichen nationalsozialistischen Komplotts in Hessen [3] - so Hitler auf meine erste Frage - hat sich in Nichts aufgelöst wie alle aufgebauschten Presse-

"Il baccano della stampa di sinistra sulle rivelazioni del preteso complotto nazionalsocialista dell'Assia - ha detto Hitler rispondendo alla mia prima domanda - si è risolto in nulla, come tutte le montature di stampa.

1 Das Schreiben ist eine Ergänzung zum Schreiben Hitlers vom 14.11.1931. Druck: Dok. 71.
2 Kopf: "N.S.D.A.P. Der Oberste SA-Führer München, z. Z. Berlin, 5. 12. [*19*]31".
Von Hitlers Hand sind lediglich Grußformel und Unterschrift.
3 Die Anlage zum Schreiben des Gruppenführers Nord, SA-Gruppenführer Viktor Lutze, vom 16.11.1931 enthält einen Stimmungsbericht der SA-Untergruppe Nordmark. Er schildert die Auseinandersetzungen mit Angehörigen von KPD und Reichsbanner am 3.11., 9.11., 11.11. und 13.11.1931, bei denen zwei SS-Männer und ein SA-Mann getötet sowie 12 Angehörige von SA, SS und Hitler-Jugend zum Teil schwer verletzt worden seien. Klagen über das parteiische Verhalten der Polizei, die angeblichen Schikanen von seiten des Staates und die gespannte Stimmung in der Bevölkerung, insbesondere bei den Bauern und Arbeitslosen, schließen sich an.

1 In Berlin; das Interview führte der Berliner Korrespondent der *Gazzetta del Popolo*, Pietro Solari. Eine gekürzte Version des Interviews ist veröffentlicht in: Pietro Solari, Hitler e il Terzo Reich, Milano 1932, S. 103-106.
2 Vgl. auch 8-Uhr-Abendblatt vom 8.12.1931, "Hitler gibt weiter Interviews..."; Danziger Allgemeine Zeitung vom 9.12.1931, "Wieder ein Interview Hitlers"; Augsburger Postzeitung vom 10.12.1931, "Die Nationalsozialisten als Fischfänger im Ausland"; Germania vom 11.12.1931, "Hitlers Werben in Rom". Ferner Jutta Bohn, Das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und faschistischem Staat in Italien und die Rezeption in deutschen Zentrumskreisen (1922-1933), Frankfurt a. M. 1992, S. 198 ff.
3 Vgl. Dok. 76 und 90.

meldungen. Unnötig zu sagen, daß die nationalsozialistische Bewegung wie zuvor das Gesetz respektiert, d. h. sie beschränkt sich darauf, auf dem Boden der Verfassung zu kämpfen[4]. Im übrigen liegt es angesichts der Größe, den die Bewegung erreicht hat[5], auf der Hand, daß gewalttätige Abweichungen keinen Sinn und keine Berechtigung hätten. Wir sind nunmehr reif für die Macht, die wir auch erobern werden. Die Zeit arbeitet für uns, und es braucht nicht mehr viel Zeit[6]."

[...][7]

"Absolut nichts. Der deutsche Nationalsozialismus ist gezwungen, das katholische Zentrum genau so zu bekämpfen[8], wie der italienische Faschismus sich von den Popolari befreien mußte[9]."

[...][10]

"Der Nationalsozialismus bekämpft nicht die katholische Kirche[11]. Wir sind keine re-

Inutile dire che il movimento nazional-socialista rimane, come per l'innanzi, fedele all'azione legale, cioè si limita a battersi sul terreno costituzionale. È ovvio del resto, date le proporzioni assunte del movimento, che una deviazione verso la violenza non avrebbè né scopo, né giustificazione. Siamo ormai maturi per il potere, che conquisteremo. Il tempo lavora per noi, e non occorrerà molto tempo.

[...][12]

Assolutamente nulla. Il nazional-socialismo tedesco si trova a dover combattere il Centro cattolico esattamente come il Fascismo italiano dovè sbarazzarsi dei popolari.

[...][13]

Il nazional-socialismo non combatte la Chiesa cattolica. Noi non siamo un movimento reli-

4 Zur Frage nach der "Legalität" der damaligen Politik der NSDAP vgl. Dok. 2, Anm. 19 sowie Dok. 31, Anm. 12.

5 Vgl. Dok. 2, Anm. 61 und 62, Dok. 46, Anm. 11 sowie Dok. 83, Anm. 4 und 7.

6 Zur damaligen Erwartungshaltung Hitlers vgl. z. B. Dok. 48 und Dok. 65, Anm. 13.

7 "Es kursierten jüngst Gerüchte über Kontakte zwischen dem Nationalsozialismus und dem katholischen Zentrum. Was ist daran wahr?"

8 Zu den damaligen Kontakten zwischen Zentrum und NSDAP vgl. Dok. 46, Anm. 12 und 13 sowie Dok. 78, Anm. 2 und 6, ferner Dok. 94.

9 Der Partito Popolare Italiano (PPI) wurde am 18.1.1919 als demokratische Volkspartei mit deutlich christlichem Akzent, doch unabhängig von der katholischen Kirche gegründet. Bei der Parlamentswahl vom 16.11.1919 wurde der PPI mit 100 Sitzen nach den Liberaldemokraten und den Sozialisten drittstärkste Partei, so daß er seitdem verschiedenen Kabinetten angehörte, ab Oktober 1922 auch dem ersten Kabinett Mussolini. Wegen des Konflikts über die Frage der Wahlrechtsänderung schieden die beiden Minister des PPI bereits im April 1923 wieder aus dieser Regierung aus. Die nun einsetzende antifaschistische Opposition des PPI wurde jedoch entscheidend geschwächt, als Papst Pius XI. den Gründer und Generalsekretär des PPI, Luigi Sturzo, bis zum 10.7.1923 zum Rücktritt zwang. Die Popolari, die inzwischen nur noch über 39 Sitze im Parlament verfügten, wurden ab Januar 1925 mehr und mehr illegalisiert, ihre Reste am 5.11.1926 ganz aufgelöst. Vgl. Richard A. Webster, The Cross and the Fasces. Christian Democracy and Fascism in Italy, Stanford (California) 1960, S. 50 ff.; Gabriele De Rosa, Luigi Sturzo, Torino 1977, S. 191 ff.

10 "In Deutschland ist der Kampf kompliziert durch die entschieden antinationalsozialistische Stellungnahme der katholischen Kirche."

11 Vgl. Dok. 44, Anm. 18.
Hitler hatte im Februar 1929 die Lateranverträge, die am 11.2.1929 zwischen Italien und dem Vatikan unterzeichnet worden waren, ausdrücklich begrüßt. Vgl. Bd. III/1, Dok. 89 und 90.

12 "Sono corse voci recentemente di prese di contatto fra il nazional-socialismo ed il Centro cattolico. Quanto c'è di vero in tutto ciò?"

13 "In Germania la lotta è complicata dalla recisa presa di posizione anti-nazional-socialista della Chiesa cattolica."

ligiöse, sondern eine politische Bewegung. Wenn der Katholizismus sich auf politischem Gebiet mit dem Zentrum identifiziert[14], so ist das nicht unsere Schuld."

[...][15]

"Sie ergibt sich klár aus der Art der deutschen Lage. Wir hätten keine Probleme, die Reparationen anzuerkennen und zu bezahlen, wenn Frankreich und die Unterzeichnerstaaten des Versailler Vertrags[16] uns erlauben würden, unsere Exporte zu erhöhen, um uns in die Lage zu versetzen, leben und bezahlen zu können. Wir würden es in diesem Fall wie ein ehrlicher Händler machen, der um seine Geschäfte zu verbessern, es in Kauf nimmt, eine Provision zu zahlen, selbst eine hohe, wenn sie einigermaßen erträglich ist. Aber wie sollen wir zahlen, wenn um Deutschland herum immer höhere Zollschranken errichtet werden[17], die unsere Exporte blockieren und ersticken[18]? Wie sollen wir gleichzeitig private Schulden der deutschen Industrie und die Reparationen zahlen, wenn ohne Kredite die deutsche Industrie nicht mehr in der Lage ist zu produzieren[19]? Schulden und Reparationen sind so eng miteinander verbunden, daß man zwischen ihnen nur einen rein formalen Unterschied machen kann. Im wesentlichen können die Privatschulden bezahlt werden[20], die Reparationen

gioso, ma politico. Se sul terreno politico il cattolicesimo si identifica col Centro, non è colpa nostra.

[...][21]

Risulta nettamente dalla natura stessa della situazione tedesca. Noi non avremmo nessuna difficoltà a riconoscere e pagare le riparazioni, se la Francia e gli Stati firmatari del Trattato di Versaglia ci permettessero di aumentare le nostre esportazioni, in modo da renderci possibile di vivere e di pagare. Faremmo in tal caso come un onesto commerciante, il quale, pur di sviluppare il suo giro di affari, si sottopone al pagamento d'una provvigione, magari elevatissima, ma relativamente sopportabile. Ma come pagare quando intorno alla Germania si elevano barriere doganali sempre più alte, che fermano e strozzano la nostra esportazione? Come pagare insieme debiti privati della industria tedesca e riparazioni, se senza crediti l'industria tedesca non è più in grado di produrre? Debiti e riparazioni sono connessi così strettamente, che fra di essi non si può fare se non una distinzione formale. In sostanza i debiti privati si possono pagare, le riparazioni no. E si deve far rilevare che qui si tratta di potere, non di volere. Se il mondo continuerà a pretendere dalla Germania il prezzo dei ricatti politici

---

14 Das Zentrum war am 13.12.1870 als Partei des deutschen politischen Katholizismus gegründet worden und hatte auch während der Weimarer Republik dieses politisch-weltanschauliche Profil behalten. Vgl. Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966; Karsten Ruppert, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930, Düsseldorf 1992; Detlef Junker, Die Deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Ein Beitrag zur Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland, Stuttgart 1969.

15 "Welcher außenpolitischen Linie wird der Nationalsozialismus folgen?"

16 Der Versailler Friedenvertrag wurde am 28.6.1919 von den alliierten Hauptmächten USA, Großbritannien und seinen Dominions, Frankreich, Italien und Japan sowie 22 weiteren alliierten Staaten einerseits sowie Deutschland andererseits unterzeichnet. Druck: RGBl. 1919, S. 687 ff.

17 Vgl. Dok. 29, Anm. 14 und Dok. 67, Anm. 6.

18 Zum damaligen deutschen Export vgl. Dok. 2, Anm. 26 und 28 sowie Dok. 37, Anm. 14.

19 Zur damaligen Verschuldung der deutschen Wirtschaft vgl. Dok. 29, Anm. 7.

20 Vgl. Dok. 56, Anm. 9.

aber nicht[22]. Und es muß klargemacht werden, daß es sich hier nicht um eine Frage des Wollens, sondern um eine des Könnens handelt. Wenn die Welt nicht aufhört, von Deutschland den Preis, in Form von Tributen, für Erpressungen Frankreichs zu fordern, so muß sie sich auf einen kompletten Zusammenbruch Deutschlands einstellen. Die Tribute sind eine Verrücktheit, und die politischen Forderungen Frankreichs führen die Welt in den Ruin. Wir werden jetzt bei der Abrüstungskonferenz[23] sehen können, ob der gesunde Menschenverstand sich durchsetzen wird oder ob Frankreich, bewaffnet bis an die Zähne[24], mit gesündesten Staatsfinanzen, wirtschaftlich noch nicht von der Krise berührt[25], sich in seiner Sicherheit von einer vollständig entwaffneten Nation wie Deutschland[26] noch immer bedroht fühlen wird."

[...][27]

"Versuche einer Annäherung müssen von Frankreich kommen[28]. Aber sie werden solange zum Scheitern verurteilt sein, wie Frankreich die 65 Millionen Deutschen[29] als eine Nation zweiten Ranges betrachten wird. Andererseits muß man sehen, daß die nationalsozialistische Bewegung, die aus dem

della Francia, sotto forma di tributi, deve prepararsi anche ad assistere ad un completo fallimento della Germania. I tributi sono una pazzia, e le richieste politiche della Francia conducono il mondo alla rovina. Vedremo ora alla Conferenza del disarmo se il buon senso riuscirà a farsi strada e se la Francia, armata fino ai denti, finanziariamente solidissima, economicamente ancora non intaccata dalla crisi, continuerà a sentirsi minacciata nella sua sicurezza da una Nazione completamente disarmata, come la Germania.

[...][30]

I tentativi di avvicinamento devono venire dalla Francia; ma essi saranno sempre destinati al fallimento fino a che la Francia continuerà a considerare i 65 milioni di tedeschi come una Nazione di second'ordine. D'altra parte bisogna tener presente che il movimento nazional-socialista, che è sorto dalla nuova

21 "Qual'è la linea di politica estera che il nazional-socialismo seguirà?"
22 Vgl. Dok. 83, Anm. 18.
23 Vgl. Dok. 83, Anm. 35.
24 Vgl. Dok. 44, Anm. 14.
25 Die französische Wirtschaft wurde erst relativ spät voll von den Folgen der Weltwirtschaftskrise erfaßt; veranschlagt man die Produktivität der französischen Industrie für das Jahr 1929 mit 100, so besaß sie im folgenden Jahr noch denselben Wert, um 1931 auf eine Quote von 86, 1932 auf 72 zu fallen. Auch der Banque de France gelang es vorerst, die Staatsverschuldung weitgehend zu begrenzen. Der französische Staatshaushalt hatte bis 1929 Überschüsse ausgewiesen, erst 1930 verzeichnete er ein Defizit von 4.918, 1931 dann von 5.484 Millionen Francs. Vgl. Mouré, Managing the Franc Poincaré, Zahlen S. 20 f. Ferner Dok. 84, Anm. 13.
26 Vgl. Dok. 43, Anm. 6 und Dok. 94, Anm. 56.
27 "Sieht der Nationalsozialismus keine Möglichkeit eines Einverständnisses zwischen Deutschland und Frankreich?"
28 Zum Frankreichbild Hitlers vgl. Dok. 83, Anm. 29.
29 Vgl. Dok. 2, Anm. 22.
30 "Tra la Germania e la Francia il nazional-socialismo non vede possibilità di intesa?"

neuen Deutschland entsprungen ist, eine neue Generation repräsentiert, die für den Versailler Vertrag nicht verantwortlich gemacht werden kann. Es ist eine Generation, die keine Verträge anerkennen wird, die Deutschland nicht einhalten kann. Wir werden nicht um 11 Uhr einen Vertrag unterzeichnen, um um Viertel vor 12 festzustellen, daß es uns unmöglich ist, diesen einzuhalten[31]."

[...][32]

"Im nächsten Frühling sind die Wahlen für den preußischen Landtag[33]. Der nationalsozialistische Sieg wird erdrückend sein. Wir werden das Zentrum und die Sozialdemokraten[34] hinwegfegen und dem Nationalsozialismus die Macht im größten und wichtigsten Land des Reiches[35] erobern."

[...][36]

Hitler macht zu diesem Punkt eine Zwischenbemerkung und bittet, die Antwort auf diese Frage nicht zu veröffentlichen[37]. Ich gebe ihm darauf mein Wort, und der Chef der Nationalsozialisten verabschiedet mich mit einem zackigen römischen Gruß[38] und einem herzlichen Händedruck und bemerkt dabei: "Die italienische Presse hat sich immer äußerst loyal und korrekt verhalten[39]."

Germania, rappresenta una nuova generazione, la quale non può essere resa responsabile per il Trattato di Versaglia. È una generazione che non riconoscerà dei trattati che la Germania non è in grado di rispettare. Non firmeremo alle 11 un trattato per riconoscere alle 11,45 che ci troviamo nell'impossibilità di rispettarlo.

[...][40]

Avremo nella primavera prossima le elezioni per la Dieta prussiana. La vittoria nazional-socialista sarà schiacciante. Spazzeremo il Centro e la social-democrazia, conquistando il potere al nazional-socialismo nel più grande e più importante degli Stati confederati del Reich.

[...][41]

Hitler fa a questo punto una parentesi, chiedendo che la risposta a questa domanda non sia resa di pubblica ragione. Gli dò la mia parola, e il Capo del nazional-socialismo mi congedà con un rigido saluto romano ed una cordiale stretta di mano osservando: "La stampa italiana è stata sempre della maggior lealtà e correttezza."

31 Anspielung auf den Young-Plan. Vgl. Dok. 2, Anm. 8.
32 "Wie wird sich der politische Kampf in Deutschland demnächst entwickeln?"
33 Am 24.4.1932.
34 Vgl. Dok. 20, Anm. 14.
35 Von der Gesamtfläche des Deutschen Reichs mit Saargebiet, die am 31.12.1931 mit 470.682,38 $km^2$ angegeben wurde, entfielen 294.250,84 $km^2$ auf das Land Preußen. Von der Wohnbevölkerung - am 16.6.1925 wurden im Deutschen Reich mit Saargebiet 63.180.649 Menschen ermittelt - lebten 38.846.008 Menschen im Land Preußen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 5.
36 "Wie sind Ihre Pläne für die Präsidentschaftswahlen von 1932?"
37 Vgl. Dok. 84, Anm. 4 und 5.
38 Vgl. Dok. 82, Anm. 6.
39 Zu Hitlers Interviews mit italienischen Pressevertretern vgl. Bd. III/3, Dok. 127; Bd. IV/1, Dok. 110.
40 "Quali sviluppi avrà prossimamente la lotta politica in Germania?"
41 "Quali sono i vostri programmi per le elezioni presidenziali del 1932?"

## 6. Dezember 1931 Dok. 88
## Interview mit The Associated Press[1]

New York Herald Tribune vom 7.12.1931, "March on Berlin Idea Nonsense, City Already 'Ours', Hitler Says".[2]

"Some day, maybe very soon, there will be new Reichstag elections," he said.

"That will be our 'march on Berlin'[3], for an overwhelming section of the German people will sweep our candidates into power."

The leader of Germany's "Brown Shirts"[4] broke into an amused chuckle [*when we*] were speaking of the impending march on the capital.

"What?" he exclaimed. "March on Berlin?" Why should we march on Berlin when I am here quite as much as I am in other parts of the Reich[5]?

"We need not march on Berlin when we already are sure of the capitulation of this citadel. Supposing an army beleaguers a fortress and knows that within a few days the enemy inside will be starved and must surrender? Would it not be arrant nonsense to organize a storm attack?

"The enemies of Nazi-ism are dying of starvation, politically speaking. That is, their adherents are dwindling while ours constantly increase[6]. Wherever elections are held we land on top[7]. Only today at Breslau in the university elections 75 per cent of the votes were National Socialists[8].

"March on Berlin? Nonsense!"

He declined to reveal to his interviewer the National Socialists' economic program[9], but intimated there would be many changes in the laws of Germany if his party came into power. He was asked what he proposed to do about the gold standard[10] in event he seized control of the country. After reflecting for a moment, he shrugged his shoulders.

---

1 In Berlin. Möglicherweise führte auch dieses Interview der Leiter des Berliner Büros von Associated Press, Louis P. Lochner. Vgl. Dok. 85.

2 Vgl. auch Der Landbote (Winterthur) vom 10.12.1931, "Hitler-Hausse".

3 Anspielung auf Mussolinis "Marsch auf Rom" am 27./28.10.1922, mit dem dieser die Errichtung der faschistischen Diktatur in Italien einleitete.

4 Vgl. Dok. 2, Anm. 59.

5 Hitler begann seit dem Wahlerfolg vom 14.9.1930 seine Aufenthalte immer mehr in die Reichshauptstadt zu verlagern. Bis Februar 1931 pflegte er relativ bescheiden im Hotel *Sanssouci* (Bezirk Tiergarten, Linkstr. 37) abzusteigen; mit seinem Umzug in eines der ersten Berliner Häuser, dem Hotel *Kaiserhof* (Bezirk Mitte, Mohrenstr. 1-5), schräg gegenüber der Reichskanzlei, wollte er auch räumlich seinen Führungsanspruch demonstrieren. Gleichwohl hielt Hitler an München als Parteizentrale der NSDAP fest. Am 18.6.1931 bemerkte er gegenüber dem italienischen Konsul in München, Capasso Torre, daß er in Berlin nicht die Ruhe zur Arbeit finde. Berlin sei eine Stadt ohne Traditionen, zur Häfte amerikanisiert, zur Hälfte kulturlos. Vgl. Engelbrechten/Volz, Wir wandern, S. 63, 68; De Felice, Hitler e Mussolini, S. 230 f.

6 Vgl. Dok. 2, Anm. 61 und 62 sowie Dok. 83, Anm. 4 und 7.

7 Vgl. z. B. Dok. 37, Anm. 18, Dok. 57, Anm. 2, Dok. 63, Anm. 6 und Dok. 67, Anm. 3.

8 Der NSDStB hatte bei den Wahlen der Freien Breslauer Studentenschaft am 3./4.12.1931 1.528 von 1.963 abgegebenen Stimmen und damit 24 von 31 Mandaten erhalten. Vgl. VB vom 6./7.12.1931, "N.S.-Studentensieg in Breslau".

9 Zu den damaligen Diskussionen in der Führung der NSDAP über das künftige Wirtschaftsprogramm vgl. Dok. 60. Ferner Turner (Hrsg.), Hitler, S. 105 ff., 202 ff., 318 ff.

10 Vgl. Dok. 70, Anm. 20.

*Says Little on Gold Standard*

"Our economic ideas are something we do not propose to uncover now," he said. "They are, if you please, patented[11].

"We saw what happened in connection with the present government's emergency decrees: The government took our ideas for three-fourths of them[12], but changed and falsified them and you see for yourself what the result is. Hence we do not propose to divulge our economic ideas hereafter until we are in control of the situation and can give effect to them."

He reflected for a moment, while he vigorously rubbed his chin, then spoke again.

"Let me make this general observation," he said. "The question of the gold standard depends much on the attitude of France as the strongest European gold power[13].

"If France insists on drawing to itself all the gold and will disgorge it only on the basis of holdup political deals, I can well conceive of a united front of the remaining world to abandon the gold standard and select some other standard.

"For Germany this question is not so important anyway since we have but very little gold."

*Looks to France for Solution*

"To repeat: it depends upon France, what shall happen to the gold standard. National socialism desires to restore to the German people work, bread and, last, but not least, honor. How that is to be done we will show you later."

There would be many changes in the law, in the event of his gaining power, Hitler intimated.

"The Leipzig Supreme Court decided that right goes hand in hand with might," he said, "and whoever has might, may decree what's right[14].

---

11 Vgl. mit der Vernehmung von Hitlers damaligem Wirtschaftsberater Wilhelm Keppler vom 1.9.1948; Keppler war von Hitler im Dezember 1931 gebeten worden, für die Wirtschaftspolitische Abteilung in der Reichsleitung der NSDAP zu arbeiten: "Hitler selbst benutzte häufig den Satz, daß die Wirtschaft keine Frage der Politik sei, daß man ausschließlich die wirtschaftliche Vernunft zur Geltung kommen lassen müsse, und weiterhin müßte bei jeder Maßnahme erwogen werden, ob dadurch das Vertrauen gefördert werde oder nicht. Ich bat Hitler zunächst, die Behandlung von Wirtschaftsfragen völlig aus der Propaganda zu streichen, und Hitler hat diesem Wunsch sofort entsprochen, denn er hat, wie fast jeder andere Politiker damals im Reich, bei seinen Propagandareden keine Versprechungen gemacht, und die Behandlung von Wirtschaftsfragen in der Propaganda führten ja automatisch zu Versprechungen." Vgl. Aussage W. Keppler vom 1.9.1948; IfZ, MB 26/94, Nürnberger Folgeprozesse, Fall XI, S. 19220 f.

12 Über den Inhalt der am 8.12.1931 erlassenen Vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens wurde in der Öffentlichkeit schon zum damaligen Zeitpunkt viel spekuliert. Vgl. Vossische Zeitung vom 2.12.1931, "Angriff auf Preis und Lohn. Pläne im Reichskabinett für die neue Notverordnung"; Frankfurter Zeitung vom 4.12.1931 (AA), "Was die Notverordnung bringen wird. Noch keine endgültige Entscheidung in den Einzelfragen"; Ferner Dok. 94, Anm. 4, 77, 82, 90, 92 und 103.

13 Vgl. Dok. 84, Anm. 13. Auch zum Folgenden.

14 Anspielung auf das von Georg Jellinek (1851-1911) formulierte Prinzip der "normativen Kraft des Faktischen", mit dem die Gültigkeit der aus der Revolution hervorgegangenen Weimarer Verfassung begründet wurde. Obwohl dieses dezidiert positivistische Rechtsverständnis, das die normschaffende und daher auch normverändernde Kraft der realen politischen Machtverhältnisse betonte, unter den führenden deutschen Staatsrechtslehrern nicht unumstritten war, bestimmte es doch das damalige Verfassungsdenken. Auch die Rechtsprechung folgte der These von der rechtschöpferischen Kraft der Revolution. Bereits am 28.4.1919 sah das Reichs-

"National socialism will enact new laws. Much of what in the present system is now established by law will be changed by law. I do not think you or anyone else can claim our present laws are particularly apt."

Hitler indicated that he expected his own flag[15] eventually to fly over Germany. When asked what flag his government would fly if it gained power, he rose from his chair and rubbed his hands together.

*Question of the Flag*

"Ah, there's a question concerning which we will have a little argument with certain gentlemen responsible for 1918," he said. "The Red, Black and Gold [*sic!*][16] most certainly will cease to be the national flag."

"Will you substitute the National Socialists flag for it?" he was asked.

"As 75 per cent of the German people are behind that flag already[17], why shouldn't it become the national flag?" he replied.

As the interviewer was bowed out of Hitler's presence by an adjutant, he posed a final question - what impression repercussions of the Nazi leader's Friday interviews[18] in newspapers of the world had made upon him.

"I am happy that I apparently gave the gentlemen of the opposition such a good time," he replied, with a broad smile.

"Judging by the way the German opposition press is jumping on me[19], they now at least have something to write about[20]."

---

gericht die Rechtsetzungsmacht der revolutionären Reichsregierung begründet in ihrer "tatsächlichen Ausübung der Herrschergewalt". In seinen Urteilen vom 12.10 und 21.12.1921 stellte der Vereinigte II./III. Strafsenat fest, daß das alte Hochverratsrecht dem Schutz der Verfassung "in ihrer jeweils bestehenden Form" diene, womit *alle* politischen Umsturzversuche prinzipiell kriminalisiert wurden. Auch der endgültige Reichsstaatsgerichtshof argumentierte in einem Urteil vom 16.10.1926, "daß im Staatsleben der tatsächlichen Herrschaft, die sich gegenüber Widerständen durchzusetzen vermocht" habe, "staatsrechtliche Anerkennung" gebühre. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. VI, S. 8 ff., 546 ff.

15 Das Hakenkreuz galt seit Beginn des 19. Jahrhunderts als Symbol für die Rückbesinnung auf vermeintliche germanische Traditionen; Anfang des 20. Jahrhunderts erhielt es einen eindeutig völkisch-antisemitischen Charakter. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Zeichen von einzelnen Freikorpsverbänden getragen, bis es am 7.8.1920 in der Form der Hakenkreuzfahne, welche zugleich die Farben schwarz-weiß-rot aufgriff, zum offiziellen Parteiabzeichen der NSDAP erklärt wurde. Vgl. Karlheinz Weißmann, Schwarze Fahnen, Runenzeichen. Die Entwicklung der politischen Symbolik der deutschen Rechten zwischen 1890 und 1945, Düsseldorf 1991, S. 55 ff., 132 ff.

16 Ursprung der schwarz-rot-gelben Farbkombination war vermutlich die Uniformierung des Lützowschen Freikorps während der Befreiungskriege. Nach 1815 galt diese Farbkombination in den Burschenschaften als Symbol der Freiheit und der deutschen Einheit, bis sie die deutsche Nationalversammlung mit Gesetz vom 31.7.1848 zur deutschen Kriegs- und Handelsflagge bestimmte. Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 versuchte, zumindest teilweise, an diese Tradition anzuknüpfen; Artikel 3 legte fest: "Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold. Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke." Druck: RGBl. 1919, S. 1383. Vgl. Hans Hattenhauer, Deutsche Nationalsymbole. Zeichen und Bedeutung, München 1984, S. 20 ff.

17 Vgl. mit Anm. 7 und 8. Zur Quantifizierung der NSDAP-Anhänger vgl. Dok. 83, Anm. 7.

18 Gemeint ist Hitlers Pressekonferenz am 4.12.1931. Vgl. Dok. 83.

19 Zur Reaktion der deutschen Presse auf Hitlers Interviewserie mit ausländischen Journalisten vgl. Dok. 83, Anm. 2, Dok. 84, Anm. 2 und Dok. 87, Anm. 2.

20 "After the interview Hitler left for Munich." Folgt Bericht über die allgemeine politische Entwicklung.

## 7. Dezember 1931 Dok. 89
## Artikel[1]

The New York Times vom 8.12.1931, "Constructive Rule Pledged by Hitler"[2].

What the Germany of today needs is a totally new diagnosis of its economic and industrial situation. Even a blind man realizes that Germany is at the end of its power today.

The talk of fulfillment of both private and political debts[3] is the most laughable thing imaginable, if it were not so sad and so tragic. Unfortunately, this is the case.

Anybody familiar with the speech Premier Laval delivered recently in Paris[4] must admit that official French opinion has not progressed one inch, and has not even begun to realize the gravity of the economical problem of the world today.

To be sure, enlightened British and American opinion years ago recognized the suicidal insanity of the economic arrangement forced by the victorious powers on Germany in 1918-19. It will be remembered that Professor Maynard Keynes[5] of Cambridge University raised his

1 Das World Copyright 1931 lag bei der North American Newspaper Alliance.

2 Vgl. auch Tidens Tegn (Oslo) vom 11.12.1931, "Tyskland på skilleveien".
Überarbeitete und kritisch kommentierte Auszüge von Hitlers Artikel erschienen am 16.12.1931 auch auf der Titelseite der polnischen Zeitung Ilustrowany Kuryer Codzienny (Krakau) unter dem Titel "Co zrobię, jeżeli dojdę do władzy?" [*Was werde ich tun, wenn ich an die Macht komme?*"].

3 Zum Stand der deutschen Verschuldung vgl. Dok. 2, Anm. 14 und 15 und Dok. 29, Anm. 7.
Mit Bezug auf diesen Artikel Hitlers teilte der deutsche Generalkonsul in New York, Otto Carl Kiep, mit Bericht Nr. Ha. 925 vom 9.12.1931 dem Auswärtigen Amt mit, daß Hitlers ergänzende Erklärungen "zweifellos beruhigend und vielleicht sogar fördernd auf die hiesige Einstellung zum deutschen Kredit gewirkt [*hätten*], indem man daraus den bisher fraglichen Tatbestand zu entnehmen glaubte, daß die nationalsozialistische Partei mit dem proklamierten Schutz der deutschen Privatverbindlichkeiten gegenüber dem Auslande sich vorbehaltlos zum kapitalistischen System bekenne". PA-AA, Referat Deutschland, Politik 5: Akten betr. Nationalsozialistische Bewegung, Bd. 1.

4 Der französische Ministerpräsident Laval hatte am 26.11.1931 vor der Abgeordnetenkammer eine grundsätzliche Rede zur außenpolitischen Lage Frankreichs gehalten, in der er auf den Besuch Brünings und Curtius' in Paris eingegangen war, auf seinen Gegenbesuch in Berlin, auf die Londoner Konferenz und die Gespräche, die er mit dem amerikanischen Präsidenten Hoover (vgl. Anm. 32) geführt hatte. Zum französisch-deutschen Verhältnis und die Spekulationen über eine Streichung der deutschen Reparationen erklärte Laval u. a.: "Je comprends la misère du peuple allemand, misère qui explique certains excès. Mais imaginons les rôles renversés. Si la France était débitrice de l'Allemagne; si elle offrait un pareil spectacle, que penserait-on outre-Rhin? Sans porter atteinte à la dignité du peuple allemand, j'ai le droit de tenir ce langage. J'ai le devoir de parler franchement. [...] Que l'Allemagne recouvre sa solvabilité, c'est son intérêt, l'intérêt de tous, c'est notre interêt évident. Nous aurons à défendre les intérêts de notre pays sous le contrôle vigilant des Chambres. Nos délégués veilleront à ce qu'il ne soit pas porté atteinte aux droits que nous confèrent les accords de la Haye [*i. e. Young-Plan*]." Vgl. Le Temps vom 28.11.1931, "Discours de M. Pierre Laval"; vom 29.11.1931, "Le Discours de M. Laval et L'Opinion Allemande".

5 John Maynard Keynes (1883-1946, ab 1942: 1st Baron Keynes of Tilton), 1906 Tätigkeit im India Office, 1908 Lecturer in Economics am King's College in Cambridge, 1912 Herausgeber des *Economic Journal*, 1913 Schriftführer der *Royal Economic Society*, 1915-1919 Berater der British Treasury, Delegationsleiter der British Treasury auf der Pariser Friedenskonferenz, 1939-1945 Berater der British Treasury, Werke u. a.: *Indian Currency and Finance* (1913), *The Economic Consequences of the Peace* (1919), *The General Theory of Employment, Interest and Money* (1936), *How to Pay the War* (1940).

voice in the critical days, calling the attention of the world public to the economic disaster working behind the tyrannical paragraphs and the whole hideously insane Versailles document[6].

Although Austro-German and American protests were heard at the time, alas, the malady of victory beclouded the brains of responsible European statesmen in those days.

*Treaty of "Blind Hatred"*

In vain Count von Brockdorff-Rantzau[7], the German delegate to Versailles, refused to sign the Versailles Treaty. His protests were howled down and he himself was forced to leave his post, making room for representatives, then supreme of the Catholic, Centre and International Socialist parties[8].

The world remembers what happened then. The keynote of the Versailles encyclopedia was blind hatred[9], solemnized by the signatures of all the great statesmen of the world, the German delegation having been forced previously to endorse this document. The Versailles treaty was signed under duress, yet this circumstance, which alone would suffice to disqualify any agreement in the eyes of the law, was canonized and sanctified by the concerted efforts of a large majority of the world governments and the world press.

This continued long years, without any noticeable effort on the part of the weak-kneed German Government to bring things to an issue. Yet economic conditions claimed, in their increasingly sinister development, a revision rearrangement for Germany and the rest of the world.

---

6 Keynes hatte 1919 seinen Posten als Delegationsleiter der British Treasury auf der Pariser Friedenskonferenz niedergelegt, weil er die vorgesehenen Bedingungen des Versailler Friedensvertrags für volkswirtschaftlich nicht vertretbar hielt. Unter diesem Gesichtspunkt unterzog er den Vertrag in seinen weit verbreiteten und bald ins Deutsche übersetzten Schriften *The Economic Consequences of the Peace* (1919), *A Revision of the Treaty* (1922) einer vernichtenden Kritik. Die gewaltigen deutschen Reparationszahlungen zerstörten nach Keynes' Meinung nicht nur das internationale Wirtschaftssystem, auch bot der Vertrag keine Alternative zu jenen instabilen Strukturen, welche die Wirtschaft bereits vor 1914 geprägt hatten. Vgl. Matthias Peter, John Maynard Keynes und die britische Deutschlandpolitik. Machtanspruch und ökonomische Realität im Zeitalter der Weltkriege 1919-1946, München 1997 [in Vorbereitung].

7 Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau (1869-1928), 1891 Dr. jur., 1894-1896 als Attaché der deutschen Gesandtschaft in Brüssel zugeteilt, 1897-1901 Legationssekretär an der deutschen Botschaft in St. Petersburg, 1901-1909 an der deutschen Botschaft in Wien, 1905 Botschaftsrat, 1909-1912 politischer Generalkonsul in Budapest, 1912-1918 deutscher Gesandter in Kopenhagen, Dezember 1918 bis Februar 1919 Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Februar bis Juni 1919 Reichsminister des Auswärtigen, Leiter der deutschen Friedensdelegation in Versailles, 1922-1928 deutscher Botschafter in Moskau.

8 Zusammen mit dem Kabinett Scheidemann war Brockdorff-Rantzau in der Nacht vom 19. auf 20.6.1919 zurückgetreten, da sich das Kabinett auf seiner Sitzung in Weimar nicht über den alliierten Friedensvertragsentwurf einigen konnte. Nachdem die DDP einer neuen Regierung nicht mehr beitreten wollte, erklärte sich Gustav Bauer (SPD) bereit, ein neues Kabinett aus Vertretern von Zentrum und SPD zu bilden, von dessen elf Ministern schon acht dem Kabinett Scheidemann angehört hatten. Das neue Kabinett signalisierte daraufhin seine Bereitschaft zur Unterzeichnung des Friedensvertrags, der am 28.6.1919 in Versailles unterzeichnet wurde, von seiten Deutschlands durch den Reichsminister des Auswärtigen Hermann Müller (SPD) und Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum). Vgl. Udo Wengst, Graf Brockdorff-Rantzau und die außenpolitischen Anfänge der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. [2]1986.

9 Anspielung auf Artikel 231, den sog. Kriegsschuldartikel des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919. Vgl. Dok. 12, Anm. 7.

I need only allude to the tremendous army of the unemployed[10] as an accursed consequence of the Versailles arrangement[11]. I need only call attention to the gigantic sums necessary in various countries of the world to prevent the perishing and revolting of the unemployed masses.

Does the world realize that if Germany actually could fulfill her political payment under the Versailles treaty that this could only be effected by screwing up German exports in the fantastic figures of $ 15,000,000,000 to $ 20,000,000,000 yearly[12]? Does the world realize the consequences, that it automatically means the break-down of almost all the existing economic systems[13]?

*Vast Dumping Would Follow*

It would mean dumping compared with which Russian dumping dwarfs to nothingness[14]. Roughly speaking, Germany would be the only country in the world without unemployed, while the reverse would be true in most other countries. This sounds like a paradox, but it is perhaps an instance where what George Meredith[15] would have called "the artistry of fate" turns the tables on world history[16].

If Germany were enabled by a world agreement and tariff arrangements to export the above-mentioned quantities of goods, and that is necessary if Germany is expected to pay tributes, then Germany probably would be the only thriving country on the planet. It would be German goods over all. That is hardly the sense or the purpose of the Versailles treaty, and proves the absurdity of the entire arrangement.

---

10 Im Dezember 1931 waren bei den deutschen Arbeitsämtern 5.668.187 Arbeitslose gemeldet. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, Berlin 1932, S. 298 sowie Dok. 2, Anm. 4.

11 Vgl. Dok. 9, Anm. 4.

12 1930 betrug der deutsche Gesamtexport 12.035,6 Millionen RM, 1931 9.591,8 Millionen RM, 1932 schließlich 5.741,1 Millionen RM. Für die äußeren Kriegsfolgelasten waren im Haushaltsjahr 1930/31 1.906,6 Millionen RM veranschlagt, im Haushaltsplan 1931/32 1.004,4 Millionen RM. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 439, S. 197* sowie Dok. 2, Anm. 26 und 28, Dok. 37, Anm. 13 und 14.

13 In seiner Unterredung mit Hitler am 5.10.1930 (vgl. Dok. 46, Anm. 12 und 20) hatte Brüning diesem mitgeteilt, daß es sein Ziel sei, "im nächsten Jahr die Reparationen ausschließlich durch unsern Ausfuhrüberschuß zu bezahlen und dadurch das Gefüge des gesamten Weltmarkts auseinanderzubrechen". Vgl. Brüning, Memoiren, S. 193.

14 Wegen des hohen Bedarfs an Devisen, welche die Realisierung des sowjetischen Fünfjahresplans (vgl. Dok. 2, Anm. 38) erforderte, ging die Sowjetunion immer mehr dazu über, Waren zu beinahe jedem Preis abzusetzen. Das sowjetische Dumping nahm solche Ausmaße an, daß Folgen für die Weltmarktpreise nicht ausblieben und die westlichen Industriestaaten, deren Außenhandel ohnehin unter der Weltwirtschaftskrise litt, zu Gegenmaßnahmen übergingen. So versuchten z. B. die USA seit Juli 1930, Frankreich seit Oktober 1930 durch ein Lizenzsystem den sowjetischen Import einzuschränken; die Sowjetunion beantwortete seit Oktober 1930 diese "Anti-Dumping-Kampagne", indem sie ihre Bestellungen in den betreffenden Ländern annullierte oder Transitrechte verweigerte. Durch die "Anti-Dumping-Kampagne" verlagerte sich lediglich der sowjetische Außenhandel, vor allem nach Deutschland und Großbritannien. Vgl. Alexander Fischer, Sowjetische Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933. In: Josef Becker/Klaus Hildebrand (Hrsg.), Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933, München 1980, S. 65-83.

15 George Meredith (1828-1909), britischer Schriftsteller, Werke u. a.: *Ordeal of Richard Feverel* (1859), *Rhoda Fleming* (1865), *Vittoria* (1866), *Beauchamp's career* (1875), *The egoist* (1879), *Diana of the Crossways* (1885), *Lord Ormont and his Aminta* (1894).

16 Nicht ermittelt.

We are obviously near the end of a vicious circle. The Versailles Treaty proved to be within thirteen years the most formidable boomerang in the history of modern Europe. The world's political wisdom reached its end in a blind alley.

What will be done if our party gets power?

The world must not expect fireworks from me. The contrary is the case. True, Germany, which is on its sick-bed today, will need an entirely different treatment from that prescribed by the Versailles quack doctors since 1919.

As will be remembered, Germany's reputation as a commercial nation of the first order before the war was based on Germany's progressive conservatism, and her solid honesty was almost a proverbial trade-mark. One of my chief aims is to restore the world-wide credit of German commerce, industry and finance [17].

It must not be believed that Germany and I stand for anything but the old, forgotten virtues of our forefathers the frugality, inner discipline and honesty which are the cornerstones of any State and Commonwealth. Saving must take place along the whole line. I mean a stop must be put to the extravagant methods used in obtaining loans, municipal and national.

*Would Curb Capital Borrowing*

Germany and I stand for this because, while respecting all private debts [18], we will cease to borrow capital as far as possible, and cease to enter loan arrangements at wicked interest, such as 12, 15 and more per cent [19].

I say all promiscuous borrowing must stop [20]. I am confident the world will soon feel vastly different about Germany when it is proved that her sole aim is to reconquer and create confidence in our entire business dealings.

It is inevitable that a firm, thoughtful impression made thus is going to do more good than a thousand silly conferences. This does not mean we refuse to listen to reason. The very contrary is the case.

It will be in Berlin that the unvarnished state of Germany's condition will be put before the world. It will be in Berlin where we will inform the world of our program, which is based on the Spartan State ideal [21].

---

17 Die Exporte des Deutschen Reichs besaßen 1880 einen Gesamtwert von 2.923 Millionen Mark, 1913 von 10.097 Millionen Mark. 1926 hatte es mit einem Export im Gesamtwert von 10.414,6 Millionen RM etwa denselben Stand, 1929 mit einem Gesamtwert von 13.486,3 Millionen RM seinen Höchststand in der Zwischenkriegszeit überhaupt erreicht. 1930 fiel der deutsche Gesamtexport auf 12.035,6 Millionen RM, 1931 auf 9.591,8 Millionen RM, 1932 schließlich auf 5.741,1 Millionen RM. Vgl. Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch Bd. II, S. 85; Bd. III, S. 75.

18 Vgl. Dok. 83, Anm. 18.

19 Von der öffentlichen Gesamtverschuldung (Stand: 31.3.1930) waren folgende Beträge zu Spitzenzinssätzen angelegt: Deutsches Reich 9.629,6 Millionen RM, davon Spitzenzinssatz 8-9%: 210 Millionen RM; Länder 2.098,8 Millionen, davon Spitzenzinssatz über 10%: 13,3 Millionen RM; Gemeinden 10.284,3 Millionen RM, davon Spitzenzinssatz über 10%: 417,9 Millionen RM. Die jeweiligen Durchschnittzinssätze beliefen sich auf 5,2%, 6,7% und 7,0%. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1932, S. 484.

20 Entspricht Punkt 12 des Programms der NSDAP vom 24.2.1920: Brechung der Zinsknechtschaft. Druck: Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 547 ff., hier 549.

21 Zur Rezeption Spartas durch Hitler und die NS-Führung vgl. Karl Christ, Spartaforschung und Spartabild. In ders. (Hrsg.), Sparta, Darmstadt 1986, S. 1-72, hier S. 51 ff.

Necessarily, the feeding, warming, clothing and housing of our suffering masses of men, women and children will be one of the first problems of our government. That it must be effected largely in a more or less summary manner is readily understood.

Only one method is adoptable and that is what will make the mark go furthest in order to feed our people and pay our debts. I regret very much that I am unable to give further details on this point. Why should I, by promulgating carefully thought out plans, act as a prompter to the moribund system of today?

Regarding unemployment, doubtless the German State will be able to solve this problem in a large degree through public works, carefully calculated, however, not to interfere with existing industries. Touching the gold standard[22], I regret that I am compelled to shroud myself in silence, for reasons similar to the above.

I wish to say, however, that I see no reason why Germany should take the initiative.

It must be understood, notwithstanding, that the gold standard dogma, like all dogmas, has a limit, especially when overdone to the degree that France is doing it today[23]. As is well known, France is hoarding practically the entire gold of the world in bank vaults in Paris, and this is being done not only on financial grounds, but is primarily political.

*Moves to Dominate World*

French imperialism, the desire to dominate Europe[24], yes, the world is back of the sinister political decisions of the present day from Washington, London, Vienna, Rome and Budapest. All are practically paralyzed by France's domination of the gold situation and therewith the political situation.

If France is permitted to continue to pursue her policy of financial bullying and political extortion, as is now the case, the world in a certain sense will become French. France [*is*] thus realizing her program of world domination, compared with which certain dreams of Louis XIV[25] appear insignificant and innocent. The area between Cadiz, Calais, Copenhagen and Constantinople has become virtually French territory.

The rest of Europe will have to bow down before the new factor whose man power in case of war will come from Africa[26]. The meaning every American school child can realize, Europe under French domination will cease to be European and will be in danger of becoming African. A parallel is the Roman Empire in decline using increasing numbers of Teutonic soldiers and falling gradually into the hands of various Germanic races[27].

---

22 Vgl. Dok. 70, Anm. 20.

23 Vgl. Dok. 84, Anm. 13.

24 Vgl. Dok. 44, Anm. 11 und 14.

25 Anspielung auf die zwischen 1679 und 1681 eingeleitete Reunionspolitik des französischen Königs Ludwig XIV. (1643/61-1715), die auf eine völlige Kontrolle von Frankreichs Grenzräumen im Norden und Osten zielte.

26 1926 wurde im französischen Mutterland eine Wohnbevölkerung von 40.228.481 Menschen ermittelt, in den französischen Kolonien in Afrika von 33.174.057 Menschen. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 1* ff.

27 Germanen im römischen Militärdienst hatte es bereits während der römischen Republik gegeben. Doch erst in der Spätantike versagte das System der Ansiedlung geschlossener germanischer Stammesverbände (foederati) als Teil der römischen Grenzpolitik, begannen sich die germanischen Verbände im römischen Heer aufzublähen

Europe and the world have the choice. If world conscience suffers defeat through French militarism, Europe is lost and the ultimate outcome will be chaos.

America is daily turning more from an observer into a sufferer in the European drama[28]. The time is coming when America will be forced to discard the old Washingtonian doctrine of political isolation[29]. She will find it impossible to expand commercially throughout the world while simultaneously preserving her political aloofness. America will have to "talk up" in this hour of destiny.

As a matter of fact, the United States have already started to express an opinion on the present situation. I refer to the statements[30] of Senator William F. Borah and Congressman Louis T. McFadden[31].

There you have genuine Americanism asserting itself in plain everyday language. That is perhaps the reason why the man in the street has taken an interest in the involved problem. Senator Borah today is almost as well known in the world as any of the great statesmen of the past fifty years.

The now historic clash between Premier Laval and Senator Borah[32] has served to illuminate the world problem. On one side is regional, revengeful narrowness; on the other side, a vast capacity to visualize problems, so to speak, from above. That is and always has been the only way to lead mankind out of threatening situations onto common ground, good-will and mutual understanding.

---

und zu verselbständigen und gelangten germanische Offiziere in militärische Spitzenstellungen, so daß sich das germanische Element schließlich nicht mehr in den römischen Reichsverband integrieren ließ. Stattdessen zerfiel das Imperium Romanum zunehmend in Subsysteme, die von einzelnen germanischen Stämmen und Fürsten dominiert wurden. Vgl. Karl Friedrich Stroheker, Germanentum und Spätantike, Zürich 1965.

28 Zum damaligen Stellenwert Europas in der Außenpolitik der USA vgl. Melvyn P. Leffler, The Elusive Quest. America's Pursuit of European Stability and French Security, 1919-1933, Chapel Hill 1979.

29 Anspielung auf die isolationistische Tradition der US-Außenpolitik, die bereits vom ersten Präsidenten der USA, George Washington (1732-1799), gefordert worden war und die am 2.12.1823 durch die Erklärung des amerikanischen Präsidenten James Monroe (1758-1831) den Status einer außenpolitischen Doktrin erhielt. Der Monroe-Doktrin zufolge wurden alle Kolonisationsversuche, Gebietsübertragungen und Interventionen nichtamerikanischer Mächte gegenüber unabhängigen amerikanischen Staaten als unfreundlicher Akt betrachtet, die gegen den Frieden und die Sicherheit der USA zielten; diese wiederum erklärten ihre Bereitschaft, sich nicht in europäische Angelegenheiten einzumischen. Vgl. Klaus Schwabe, Der amerikanische Isolationismus im 20. Jahrhundert. Legende und Wirklichkeit, Wiesbaden 1975.

30 Während Borah das Hoover-Moratorium (vgl. Dok. 12, Anm. 4) unterstützte und von Konzessionen an Frankreich nichts wissen wollte, lehnte McFadden das Moratorium ab. Vgl. Leffler, Elusive Quest, S. 240 ff.

31 Louis T. McFadden (1876-1936), 1892 Eintritt in die First National Bank, Canton (Pennsylvania), 1899 Kassierer, 1916 Präsident, 1915-1935 Mitglied im Repräsentantenhaus (Republican), 1920-1932 Vorsitzender der Commission of Banking and Currency.

32 Anläßlich des Besuchs des französischen Ministerpräsidenten Laval in den USA vom 22.-26.10.1931 hatte Borah am 24.10. eine Presseerklärung abgegeben, in der er für eine Revision des Versailler Friedensvertrags plädierte; es sei sinnvoller, die Zahlungen zu reduzieren, als zu verschieben, auch könne man nicht mehr an einer territorialen Regelung wie der des polnischen Korridors festhalten. Frankreich müsse ferner bestimmen, wie mit einer internationalen Abrüstung zu beginnen sei. Laval ließ daraufhin erklären, "er sei nicht nach Washington gekommen, um sich mit dem ehrenwerten Senator über den Vertrag von Versailles zu unterhalten". Nachdem Borah und Laval abends an einem Bankett teilgenommen hatten, äußerte Borah tags darauf gegenüber der Presse, sie seien sich in nichts nähergekommen. Vgl. Frankfurter Zeitung vom 25.10.1931 (Reichsausgabe), "Laval 20 Stunden bei Hoover"; vom 26.10.1931 (Reichsausgabe), "Keine Verlängerung des Hooverjahres?".

*German Masses Seek Change*

Of course, things in Germany must be reshaped entirely. You must realize the masses who are going to sweep our delegates into control are thoroughly disgusted and disappointed with all events since Germany signed the Versailles Treaty. Those millions behind me today[33] are not expecting me to preserve the present system.

Quite the contrary is the case. They are yearning for a new State, new ideals and heroic conceptions instead of the banal platitudes our parliamentarism has bestowed on them these last years. Those masses want to feel some one single head is responsible and not the ubiquitous anonymity of the State bourgeois party system.

Seventy-five per cent of all my followers are hand laborers and belong to the proletariat[34]. This will in itself suffice to put at ease any one who might fear secret monarchial plotting behind our party[35].

It stands to reason that the new State which will emerge in the not distant day will not be abused for the pleasure of some selfish cliques. That would be utter insanity.

Nevertheless, new Germany will not hesitate to re-employ whatever was useful in the old pre-war régime.

Here let me say that the absurdity of all rumors concerning a Nazi march on Berlin[36] and the like is evident. The collapse of the present régime is only a question of weeks or months[37]. Why, then, try to hasten the process whose inevitability is a mere matter of organic necessity? It is like trying to hasten the coming of spring with a pocket lantern.

---

33 Vgl. Dok. 83, Anm. 7. Zu den übrigen Wahlerfolgen der NSDAP vgl. z. B. Dok. 37, Anm. 18, Dok. 57, Anm. 2, Dok. 63, Anm. 6 und Dok. 67, Anm. 3.

34 Genaue statistische Angaben über die Mitglieder der NSDAP, geschweige denn über die Wähler liegen für diesen Zeitraum nicht vor. Umfassende Wahlanalysen lassen vermuten, daß bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 ca. 13% der wahlberechtigten Arbeiter NSDAP wählten - zum Vergleich: alle Berufsgruppen durchschnittlich 15%. Bei der Reichstagswahl vom 31.7.1932 wählten ca. 27% der wahlberechtigten Arbeiter NSDAP, bei einem Durchschnittswert von 31%. Unter den Wählern der NSDAP waren die Arbeiter also leicht unterrepräsentiert, starke regionale und berufsspezifische Schwankungen eingeschlossen. Dennoch würde dies bedeuten, "daß ab Juli 1932 mehr Arbeiter NSDAP gewählt hätten, als jeweils der KPD oder der SPD ihre Stimme gaben" (Falter, S. 225).
Mitgliederuntersuchungen deuten darauf hin, daß der Anteil an Arbeitern bei den neu eingetretenen NSDAP-Mitgliedern während der Jahre 1930-1932 bei 35,9%, also ebenfalls unter dem Reichsdurchschnitt lag. Vgl. Kater, Nazi Party, S. 52 ff., 250 f.; Falter, Hitler Wähler, S. 198 ff. mit Angaben zur Berechnung und den zugrundegelegten Definitionskriterien. Ferner Detlef Mühlberger, Hitler's Followers. Studies in the Sociology of the Nazi Movement, London 1991.

35 Das Parteiprogramm der NSDAP enthält keine eindeutige Aussage über eine künftige Staatsform. Hitler, der im übrigen die strukturellen Schwächen des Kaiserreichs sehr genau erkannt und analysiert hatte (vgl. z. B. Bd. II A, S. 42 ff.), dachte nicht im entferntesten daran, die politische Machtübernahme mit einer monarchischen Restauration zu verbinden. Bereits im Januar 1930 hatte er beispielsweise bei einem Prozeß gegen den Münchener Journalisten Karl Rabe seine deutliche Skepsis gegenüber jeder Form einer monarchischen Restauration öffentlich klargestellt. Vgl. Bd. III/3, Dok. 5. sowie Bd. I, Dok. 101; Bd. III/2, Dok. 91, 94, 99; Bd. III/3, Dok. 111. Ferner Turner (Hrsg.), Hitler, S. 86 ff.

36 Anspielung auf Mussolinis "Marsch auf Rom" am 27./28.10.1922, mit dem dieser die Errichtung der faschistischen Diktatur in Italien einleitete.

37 Zur damaligen Erwartungshaltung Hitlers vgl. Dok. 48, Dok. 65, Anm. 13 sowie Dok. 88.

Spring is surely coming for our poor, unhappy Germany, but we cherish no illusions that the beginning of our régime will be easy. However, we are entering on this effort with a solemn determination to give Germany back to the Germans[38].

## 9. Dezember 1931 Dok. 90
## "Betr.: Parteidisziplin"
## Anordnung[1]

Masch. Ausfertigung mit masch. Unterschrift; BA, NS 23 (SA), Nr. 123.

Der Fall Hessen[2] hat gezeigt, daß Parteigenossen[3] sich berufen fühlen, Ausarbeitungen für den Fall eines kommunistischen Aufstandes, Übernahme der Macht durch den Nationalsozialismus usw. zu machen.

Soweit legale Vorarbeiten[4] hier von einzelnen geleistet werden wollen, sind sie unnötig; das Erforderliche wird von der Obersten SA-Führung bzw. von der Parteileitung veranlaßt[5].

Daß der Nationalsozialismus nach Übernahme der Macht mit unerbitterlicher [*sic!*] Strenge gegen alle Schädlinge an Volk und Vaterland vorgehen wird, ist eine Selbstverständlichkeit, die keiner Erwähnung bedarf[6].

Alle Besprechungen und Stilübungen aber, die illegale Handlungen zur Voraussetzung oder zum Ziele haben und dadurch die Partei schädigen und gefährden, verbiete ich nachdrücklich.

---

38 Das Schlagwort "America for the Americans" ist Teil der sog. Monroe-Doktrin (vgl. Anm. 29). Seitdem wurde die Parole immer wieder aufgenommen und auch auf andere Nationen und Kontinente übertragen.

1 Kopf: "Der Oberste SA-Führer. Nr. 7525/31. München, den 9. Dezember 1931." Folgt Verteiler.

2 Vgl. Dok. 76, Anm. 2.

3 Anspielung auf: Werner Best (1903-1989), 1923 Eintritt in die DNVP, 1924 von einem französischen Militärgericht zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, von April bis September 1924 inhaftiert, 1925 Referendar am Amtsgericht Mainz, 1927 Dr. jur., 1929 Gerichtsassessor bei verschiedenen Amtsgerichten, 1930 Eintritt in die NSDAP, Leiter der Rechtsabteilung des Gaues Hessen-Darmstadt, 1931 Entlassung aus dem Staatsdienst, 1931-1933 MdL in Hessen, ab 1932 Fraktionsvorsitzender, 1931 Eintritt in die SS, 1933 Regierungsrat, Staatskommissar für das Polizeiwesen, dann Landespolizeipräsident in Hessen, 1935 SS-Standartenführer, Chef des Amts Verwaltung und Recht im Hauptamt Sicherheitspolizei im Reichsministerium des Innern sowie Abteilungsleiter und oberster Rechtsberater im Geheimen Staatspolizeiamt, 1939 SS-Brigadeführer, Leiter des Amts II im Reichssicherheitshauptamt, 1940 Kriegsverwaltungschef des deutschen Militärbefehlshabers in Frankreich, 1942 "Reichsbevollmächtigter in Dänemark", 1944 SS-Obergruppenführer, 1948 in Kopenhagen zum Tod verurteilt, dann begnadigt, 1951 aus der Haft entlassen, Rückkehr nach Deutschland.

4 Zur Frage der "Legalität" der Politik der NSDAP vgl. Dok. 2, Anm. 19 sowie Dok. 31, Anm. 12. Zum Versuch Hitlers, den aus der sog. Boxheimer Affäre erwachsenen Schaden zu begrenzen, vgl. auch Dok. 94.

5 Vgl. hierzu Hitlers geheime Ansprachen vom 25.9. und 26.9.1931. Druck: Dok. 38 f.

6 Reichspräsident von Hindenburg empfing am 11.12.1931 Göring, der ihm im Auftrag Hitlers mitteilte, daß sich die NSDAP "nur legal betätige und ihre Ziele nur auf legalem Wege verfolge. Diese Legalitätsversicherung gelte auch für den Fall, daß die Nationalsozialisten in der Regierung säßen, und auch dann, wenn sie etwa allein die Regierung in Händen hätten. Auch dann würden sie unter Beachtung der Gesetze und der Verfassung legal arbeiten." Vgl. Staat und NSDAP, Dok. 48.

Erfahrungsgemäß befassen sich oft gerade Parteigenossen, die der SA und der Partei erst seit kurzer Zeit angehören, mit solchen Entwürfen, um damit den Nachweis ihrer "Aktivität" und Kampffreudigkeit zu erbringen und schaden damit ungewollt der Bewegung[7]. Der ungewollte Erfolg ihres Vorgehens entspricht damit in der Wirkung dem gewollten Handeln von Spitzeln und Provokateuren.

Parteigenossen, die dem hier nochmals ausdrücklich ausgesprochenen Verbot zuwiderhandeln, haben den Ausschluß aus der Partei zu gewärtigen.

gez. *Adolf Hitler*

F.d.R.

Röhm

## 11. Dezember 1931 — Dok. 91
## Rundfunkrede[1]

New York American vom 13.12.1931, "Hitler Pleads for Hands off Reich Affairs"[2].

"I wish to thank Mr. William Randolph Hearst[3], the Hearst Newspapers and the Columbia Broadcasting Network[4] for the opportunity to present to the American people a short exposition of the ideas and purposes of the National Socialist movement in Germany.

---

7 Best hat rückblickend berichtet, daß er Ende November 1931 von Hitler persönlich in München empfangen worden sei, der ihm wegen der Affäre keine Vorwürfe gemacht habe. Wie Bests weitere Karriere verdeutlicht, hätten ihm - so Best - die "Vorgänge um die sog. 'Boxheimer Dokumente' [...] in der Folgezeit keineswegs geschadet". Vgl. Loiperdinger, Blutnest, S. 440.

1 Hitler hatte ursprünglich geplant, am 11.12.1931 eine zweite Pressekonferenz für britische und amerikanische Journalisten zu veranstalten (vgl. Dok. 83). Obwohl die Reichsregierung dem Plan des preußischen Innenministers Carl Severing nicht zustimmte, diese Konferenz zu verbieten, wurde sie durch die NSDAP selbst abgesagt; offenbar hatte Hitler von Severings Plan erfahren, der zusammen mit dem Berliner Polizeipräsidenten Albert Grzesinski erwog, Hitler bei dieser Gelegenheit aus Preußen auszuweisen. Als die NSDAP am Abend desselben Tages versuchte über ein Rundfunkkabel nach London einen Rundfunkrede Hitlers für das Ausland vorzubereiten, wurde dies von Reichspostminister Georg Schätzel verboten, so daß Hitlers geplante Rede erst zwei Tage später in der amerikanischen Presse publiziert wurde. Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 597; Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG), Amsterdam, NL Grzesinski, Aufzeichnung vom 11.12.1931.

2 Vgl. auch Le Matin vom 12.12.1931, "Hitler voulait faire de nouvelles déclarations"; Paris-Midi vom 12.12.1931, "Les tribulations héroï-comiques d'Hitler à la recherche d'un poste de radio"; Vossische Zeitung vom 12.12.1931, "Hitler an Hearst"; VB vom 13./14.12.1931, "Adolf Hitler spricht zur amerikanischen Öffentlichkeit über die bolschewistische Weltgefahr"; Münchener Zeitung vom 21.12.1931, "Das vereitelte Interview".

3 William Randolph Hearst (1863-1951), Journalist, 1887 Kauf des *San Francisco Evening Examiner*, 1895 Übernahme des *Morning Journal*, New York, seit 1900 Aufbau eines die gesamte USA umfassenden Presse-

*Party's fast growth*

"The National Socialist Party is the biggest in Germany[5]. In 1919, only a few months after the World War, a few men including myself, founded a small political circle[6]. There were about seven of us[7], none prominent politically. A year later, there were six men and women[8]. After a short period of persecution and suppression[9], the party rose under my leadership. Today, with a following of between 14,000,000 and 15,000,000[10], we are the largest party in all Germany.

"In 1918, Germany suffered the most terrific collapse in all history. Practically all existent parties are more or less responsible for that catastrophe[11], and the formation of an entirely new party composed of the nation's youth[12] seemed to me to be absolutely imperative.

*Near Bolshevism*

"That was a critical moment for Germany. For the first time in history, we stood on the brink of Bolshevism[13]. From that day, our supreme aim has been to prevent Bolshevism and barbarism. Now, as then, we are convinced a Communist victory in Germany would signalize the beginning of a world catastrophe.

"Civilized nations are so closely interwoven politically, economically and culturally that a blow directed at Germany would be felt throughout the world and all hopes of recovery from

---

konzerns, 1903-1907 Mitglied des Repräsentantenhauses (Democrat), um 1930 größter Zeitungsverleger der Welt, Besitzer von 9 Morgen-, 11 Abend- und 13 Sonntagsblättern sowie 7 Zeitschriften mit einer Gesamtauflage von 11 Millionen Exemplaren.

4 Gemeint ist das Columbia Broadcasting System (CBS), das im April 1927 unter der Bezeichnung Columbia Phonograph Broadcasting System, Inc. (CPBS) von der Rundfunkgesellschaft United Independent Broadcasters, Inc. und der Schallplattenfirma Columbia Phonograph Record Company gegründet worden war und am 25.9.1927 seinen Sendebetrieb aufnahm. Nach finanziellen Verlusten zog sich die Schallplattenfirma aus der Rundfunkgesellschaft zurück, die seit 19.11.1927 Columbia Broadcasting System hieß. Die seit 1930 von Edward Klauber geleitete Gesellschaft verfügte zu Beginn der dreißiger Jahre über sieben Sendestationen in den USA sowie über ein Netz von Korrespondentenbüros in verschiedenen amerikanischen Städten und in London. Vgl. Robert V. Hudson, Mass Media. A Chronological Encyclopedia of Television, Radio, Motion Pictures, Magazines, Newspapers and Books in the United States, New York 1987, S. 195 f.

5 Vgl. Dok. 46, Anm. 11, Dok. 2, Anm. 61 und Dok. 83, Anm. 4 und 7.

6 Vgl. Dok. 2, Anm. 60.

7 Vgl. Dok. 4, Anm. 10.

8 Ein alphabetisches Mitglieder-Verzeichnis der DAP vom Herbst 1919 nennt jedoch bereits Namen und Berufe von insgesamt 193 Mitgliedern; IfZ, SV 136. Ein Mitgliederverzeichnis der NSDAP für die Zeit von Februar 1920 bis August 1921 verzeichnet unter der Mitgliedsnummer 555 Hitlers Eintritt am 2.2.1920, unter der Mitgliedsnummer 2.882 den Eintritt von Ulrich Graf am 16.2.1921. Druck: Tyrell, Führer, S. 22 f.

9 Die NSDAP war in Bayern am 9.11.1923 durch den Bayerischen Generalstaatskommissar Gustav Ritter von Kahr, im Deutschen Reich am 23.11.1923 durch General Hans von Seeckt als Inhaber der Vollziehenden Gewalt verboten worden. Nach seiner Haftentlassung wurde die NSDAP am 26.2.1925 durch Hitler wiederbegründet. Vgl. Jablonsky, Nazi Party in Dissolution. Ferner Bd. I, Dok. 1, 2, 3, 4 und 6.

10 Vgl. Dok. 83, Anm. 7.

11 Zu den Ursachen und Trägern der seit November 1918 beginnenden revolutionären Ereignisse vgl. Ulrich Kluge, Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt a. M. 1985.

12 Vgl. Dok. 25, Anm. 29.

13 Vgl. Dok. 9, Anm. 6.

the world crisis would have been buried the moment the red flag of the Soviets was carried from Moscow to Hamburg and Heidelberg [*sic!*]. The effects on the world would be inconceivable.

*Blames Treaty*

"The Versailles Treaty, dictated by blind hatred, created more than 6,000,000 Communists in Germany [14], claiming they are the advance guard of the world revolution. The Communist movement in the United States is as yet comparatively weak [15]. If the United States possessed the same percentage of Communists, there would be about 12.000.000 to deal with. The danger of such a situation would drive home to the American people the necessity for a movement like ours directed against the Red pest of Moscow. In view of this tremendous danger, I sincerely hope the United States will sympathize with us and help in removing this impending disaster.

*70,000,000 Involved*

"National Socialists believe peace does not signify only the cessation of hostilities on the battlefield, but must also find expression in the everyday life of nations.

"Perpetuation of war hatred by the Versailles treaty led to the disruption of nations and is leading toward world revolution. Our movement embodies the youth of 70,000,000 people [16], whose cultural importance is attested by names like Duerer, Holbein, Bach, Handel, Beethoven, Mozart, Schubert, Wagner, Kant, Goethe, Schiller, Schopenhauer and others.

"For what crimes shall we be responsible to justify being branded as a second-class nation, or being subjected again, possibly tomorrow, to the brutality of French colonial troops on the Rhine [17]?

"If the world permits such degradation for Germany, it must not be surprised if some day the spectre of Communism stalks through the land.

---

14 Vgl. Dok. 83, Anm. 12.

15 Bei der amerikanischen Präsidentschaftswahl 1928 wurden für die Communist Party 48.000 Stimmen (0,13%), für die Socialist Party 268.000 Stimmen (0,73%) abgegeben, während der demokratische Kandidat Al Smith 15 Millionen, der republikanische Kandidat Herbert Hoover 21,4 Millionen Stimmen erhielten. Vgl. Klehr/Haynes, American Communist Movement, S. 47.

16 Vgl. Dok. 2, Anm. 22.

17 Die Besetzung der linksrheinischen Gebiete des Deutschen Reichs war vor allem aufgrund französischer Initiative zustande gekommen. Nach dem Inkrafttreten des Waffenstillstands vom 11.11.1918 zwischen den Alliierten und dem Deutschen Reich (Punkt V-VIII) wurden diese Gebiete bis Mitte Dezember 1918 von alliierten Truppen besetzt. In Artikel 428-432 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 wurde eine schrittweise Räumung dieser Gebiete in einem Zeitraum von fünfzehn Jahren vorgesehen, "um die Ausführung des gegenwärtigen Vertrags durch Deutschland sicherzustellen". Erst mit der Annahme des Young-Plans wurde eine vollständige und vorzeitige Räumung zugesichert, so daß sich die französischen Truppen bis zum 30.6.1930 aus allen noch besetzten Gebieten des Deutschen Reiches zurückzogen. Druck: Der Waffenstillstand 1918-1919, S. 22 ff.; RGBl. 1919, S. 1309 ff. Vgl. ferner Walter A. McDougall, France's Rhineland Diplomacy 1914-1924. The last Bid for a Balance of Power in Europe, Princeton 1978, S. 15 ff.; David G. Williamson, The British in Germany 1918-1930. The Reluctant Occupiers, New York 1991, S. 11 ff.; Krüger, Außenpolitik, passim.

*Wants Peace*

"I know what war is like[18]. Our party wants peace in Germany and Europe[19]. It fails to understand why peace should be *thwarted* everlastingly by French tyranny and armaments[20]. French militarism, together with Russian Bolshevism, represent the greatest menace to the peaceful development of mankind.

"My party recognizes private property, contracts and private debts[21]. My party, however, will never recognize political debts and tribute imposed in order to keep Germany in eternal bankruptcy.

"My party is not a movement of desperation, but of hopefulness. We are convinced we can assume power in Germany by lawful means[22]. In power, our slogan will be:

*"Germany for Germans[23]"*

"Give the world what it is rightfully due. Give the German people what, as a sovereign people, it must have to live.

"We want nothing but a Monroe Doctrine[24] for German men, women and children. Our watchword will always be:

"'Germany for Germans.'"

## 12. Dezember 1931 — Dok. 92
## "Dienstanweisung"
## Anordnung

Verordnungsblatt der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei vom 17.12.1931.

1. Die Reichsinspektionen sind beratende Stellen des Obersten Führers[1] und dem Reichsorganisationsleiter I[2] unterstellt. Dienstsitz der Reichsinspektionen ist München.

2. Zweck und Aufgabe der Reichsinspektion ist die oberste Führung im Ausbau der politischen Organisation nach einheitlichen Gesichtspunkten durch persönliche Fühlung und Inaugenscheinnahme zu unterstützen.

3. Zu diesem Zweck sind zahlreiche Reisen der Reichs-Inspekteure notwendig. Um überblikken zu können, in welcher Reihenfolge die verschiedenen Organisationen besucht werden und allenfalls nötige Anregungen geben zu können, legen die Reichsinspekteure zum 1. III., 1. VI.,

18 Vgl. Dok. 43, Anm. 9.
19 Vgl. Dok. 56, Anm. 3.
20 Vgl. Dok. 44, Anm. 11 und 14.
21 Zum Stand der deutschen Verschuldung vgl. Dok. 2, Anm. 14 und 15 sowie Dok. 29, Anm. 7.
22 Zur Frage nach der "Legalität" der damaligen Politik der NSDAP vgl. Dok. 2, Anm. 19 sowie Dok. 31, Anm. 12.
23 Vgl. Dok. 89, Anm. 38.
24 Vgl. Dok. 89, Anm. 29.

1 Hitler.
2 Gregor Straßer. Vgl. Dok. 51, Anm. 1.

1. IX., 1. XII. einen Besichtigungsplan für das kommende Vierteljahr dem Reichsorganisationsleiter vor; durch besondere Verhältnisse nötig werdende Abweichungen davon sind ihnen überlassen. Nach Abschluß jeder Besichtigungsreise berichtet der Reichsinspekteur[3] dem Organisationsleiter [*über*] die dabei gemachten Beobachtungen und Erfahrungen.

4. Um die Reisetätigkeit der Reichsinspekteure noch weiter nutzbar zu machen, werden ihnen außerdem folgende Aufgaben übertragen:

a) Beseitigung von Unstimmigkeiten innerhalb der politischen Organisation. Ihr Eingreifen kann sowohl aus eigenem Antrieb wie auf Weisung der Reichsorganisationsleitung oder auf Antrag eines Gauleiters erfolgen. Die Reichsinspekteure erhalten für diese Tätigkeit eine von mir ausgestellte Vollmacht;

b) Mitwirkung in der Fürsorge durch Anregungen auf Grund der bei den Besichtigungsreisen gemachten Beobachtungen.

c) Die Reichsinspekteure werden ferner zur Ausarbeitung von Vorschriften sowie zur Beurteilung von Vorschlägen und Anregungen herangezogen.

Der Reichsinspekteur ist Amtswalter der Reichsleitung.

5. Der gemeinschaftliche Besichtigungsplan (Ziffer 3) zur Besichtigung in Aussicht genommener Organisationen wird den betreffenden Organisationen von der Reichsorganisationsleitung mitgeteilt. Etwaige Einwendungen haben sie umgehend sowohl der Reichsorganisationsleitung wie der betreffenden Reichsinspektion unmittelbar zu melden.

Den weiteren Schriftwechsel bezüglich Einzelheiten der Besichtigung führt die Reichsorganisation mit den betreffenden Dienststellen unmittelbar.

6. Von allen in ihrem Bereich stattfindenden größeren Tagungen und Aufmärschen insonderheit Gautagungen haben die Gauleitungen der Reichsinspektion unmittelbar Mitteilung zu machen, um ihr die allenfallsige [*sic!*] Teilnahme zu ermöglichen.

7. Diese Dienstanweisung tritt mit sofortiger Wirksamkeit in Kraft.

*München,* den 12. Dezember 1931

gez.: *Adolf Hitler*

F. d. R.:

*Loeper,* Chef des Pers[*onal*]-Amtes

3 Gemeint ist vermutlich der Reichsorganisations-Inspektor Robert Ley. Vgl. Dok. 51.

## 12. Dezember 1931 [1] Dok. 93
## Erklärung [2]

VB vom 12.12.1931, "Die sudetendeutschen Nationalsozialisten bei Adolf Hitler" [3].

*In England vollzieht sich gegenwärtig ein bedeutsamer Umschwung in der öffentlichen Meinung. Frankreich ist mit seiner Militär- und Goldpolitik*[4] *auf dem besten Wege, sich zum Weltschuldigen zu machen. Auch in Amerika und Italien wächst die antifranzösische Strömung von Tag zu Tag, ja man kann sagen von Stunde zu Stunde.* Die unhaltbare Lage am Weltwirtschaftsmarkte drängt die anderen Staaten förmlich in eine Abwehrfront gegen den einseitigen Nutznießer der Verhältnisse. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, man könne Deutschland auf Jahrzehnte hinaus zum Weltsklaven erniedrigen. Die Unhaltbarkeit der Reparationen, auf die wir zuerst und immer wieder hinweisen, wird heute auch in Italien, England und Amerika erkannt[5]. Es grenzt an Lächerlichkeit, wenn uns unsere Gegner unterschieben, daß wir die Tributfrage mit kriegerischen Mitteln lösen wollen. *Wir wollen keinen Krieg*[6], *aber wir wollen die Gleichberechtigung des Deutschtums in der Welt.* Dafür kämpfen wir mit der ganzen Kraft unserer nationalsozialistischen Bewegung und dafür werden wir mit der ganzen Kraft eines von uns auf nationaler Grundlage errichteten Deutschland kämpfen. Es wurden Nachrichten verbreitet, daß ich beabsichtige, demnächst nach Rom[7] oder London[8] zu reisen. Es ist natürlich

---

1 Datierung nach dem Erscheinungstag der Erklärung.

2 Hitlers Erklärung wurde in Form einer wörtlichen zitierten Mitschrift durch die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP publiziert. Anlaß war eine Unterredung Hitlers mit den tschechoslowakischen Abgeordneten Hans Krebs und Rudolf Kasper (DNSAP) sowie mit Max Karg.

3 Vgl. auch VB vom 22.12.1931, "Das Reich, Frankreich und die Welt. Eindrücke aus einer Unterredung mit Adolf Hitler".

4 Vgl. Dok. 44, Anm. 11 und 14 sowie Dok. 84, Anm. 13.

5 Die Reichsregierung hatte am 19.11.1931 bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel die Einberufung des Beratenden Sonderausschusses gefordert; dieses Gremium sollte klären, ob Deutschland nach Ablauf des Hoover-Jahres (vgl. Dok. 12, Anm. 4) noch in der Lage sein würde, seine Reparationszahlungen, aber auch die Zahlung seiner kommerziellen Schulden fortzusetzen. Der Ausschuß, dem je ein italienischer, belgischer, britischer, deutscher, japanischer, französischer und amerikanischer Vertreter angehörte, nahm seine Arbeit am 8.12.1931 auf. In seinem Bericht vom 23.12.1931 kam der Ausschuß zu dem Ergebnis, daß Deutschland "nicht in der Lage sein wird, in dem im nächsten Juli beginnenden Jahr den geschützten Teil der Annuität zu transferieren". Deshalb empfahl der Ausschuß für "das deutsche Problem, das in weitem Maße die Ursache für die steigende finanzielle Lähmung der Welt ist, ein gemeinsames Handeln, das nur von den Regierungen ausgehen kann". Vgl. Schulz, Brüning zu Hitler, S. 674 ff. Druck der Dokumente: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1931, S. 515 ff.

6 Vgl. Dok. 56, Anm. 3.

7 Hitler hatte seine Pläne für eine Reise nach Rom nicht aufgegeben (vgl. Dok. 13, Anm. 15). Der italienische Verbindungsmann Renzetti erhielt jedoch am 20.11.1931 aus Rom die Weisung, es sei besser, wenn Hitler vorerst nicht nach Italien komme. Erst die damaligen Wahlerfolge der NSDAP durchbrachen für kurze Zeit Mussolinis Ablehnung, so daß er vorschlug, Hitler am 11.12.1931 als privaten Gast der faschistischen Partei zu empfangen. Hitler hatte bereits sein österreichisches Visum erhalten, als Renzetti ihn am 6.12.1931 erneut um eine Verschiebung seiner Reise bat - aus Gründen, 'die nur der Duce kenne', womit wohl die sogenannte Boxheimer Affäre und ihre politischen Folgen gemeint war. Während die Spekulationen der Presse über Hitlers Auslandsreisen nicht abrissen, ließ dieser keine Gelegenheit aus, um deswegen bei der italienischen Seite vorstellig zu werden. Vgl. De Felice, Mussolini e Hitler, S. 232 ff.; I Documenti Diplomatici Italiani.

nicht ausgeschlossen, daß sich solche Notwendigkeiten ergeben können. Unsere Aufgabe ist es derzeit, den weltpolitischen Boden für unsere Politik zu bereiten. *Es besteht für mich kein Zweifel, daß der Nationalsozialismus in der nächsten Zukunft im Reiche mit legalen, verfassungsmäßigen Mitteln*[9] *zur Macht kommen wird.*

Jede Wahl bringt neue Beweise für den unaufhaltsamen Aufstieg[10]. Wir sind keine Partei im üblichen Sinne des Wortes, sondern wir sind eine mit elementarer Kraft hervorbrechende Volksbewegung. Die Zeit wird reif für den Endkampf im Innern mit dem Marxismus und Bolschewismus. Ein gegen die bolschewistisch-marxistische Pest immunisiertes Deutschland wird ein neuer, gewaltiger Posten in der Weltpolitik sein[11].

Es wird nicht nur das Vertrauen in die deutsche Lebens- und Wirtschaftskraft wiederherstellen, sondern auch in politischer Hinsicht ein Faktor sein, dessen Freundschaft für die anderen Wert und Anziehungskraft besitzt.

Was die politischen Fragen des *europäischen Südostens*, darunter der Tschechoslowakei betrifft, so können sie nur unter dem Gesichtswinkel unserer Einstellung zu Frankreich beurteilt werden. Frankreich ist in den letzten Monaten intensiv bestrebt, im Donaugebiet, besonders in Österreich und Ungarn neuen Boden zu gewinnen[12]. Die in den Vordergrund geschobene *Habsburger Frage* gehört zu diesen Bestrebungen. Abgesehen von Einzelheiten, wird unser Verhältnis zum Ring der Kleinen Entente[13] stets abhängig sein von unserem Verhältnis

---

Settima Serie: 1922-1935, Vol. XI, Roma 1981, Doc. 79, 110. Ferner die Berichte des deutschen Botschafters in Rom Carl von Schubert; PA-AA, Referat Deutschland, Politik 5: Akten betr. Nationalsozialistische Bewegung, Bd. 1.

8 Es entsprach Hitlers außenpolitischer Vorstellungswelt, wenn er sich auch um Kontakte mit Großbritannien bemühte. Nachdem Rosenberg Anfang Dezember dort das Terrain sondiert hatte (Dok. 94, Anm. 32), bemerkte Hitler am 7.12.1931 gegenüber Renzetti, daß er noch vor Übernahme der Macht Italien und auch Großbritannien bereisen wolle. Philipp Prinz von Hessen, Schwiegersohn des italienischen Königs Viktor Emanuel III., fühlte deshalb am 30.11.1931 beim britischen Botschafter in Rom, Ronald Graham, vor. Dieser bezeichnete die Angelegenheit als "question of considerable delicacy and difficulty". Wenn Hitler London besuchen wolle, sei das seine Privatangelegenheit, wenn er jedoch den Kontakt mit führenden britischen Politikern suche, eine andere. Die britische Regierung werde nichts unternehmen, um die Regierung Brüning zu schwächen. Vgl. I Documenti Diplomatici Italiani. Settima Serie, Vol. XI, Doc. 110; Documents on British Foreign Policy 1919-1939, Second Series, Volume II: 1931, London 1947, Doc. 304.

9 Zur Frage nach der "Legalität" der damaligen Politik der NSDAP vgl. Dok. 2, Anm. 19 sowie Dok. 31, Anm. 12.

10 Vgl. z. B. Dok. 37, Anm. 18, Dok. 57, Anm. 2, Dok. 63, Anm. 6 und Dok. 67, Anm. 3.

11 Vgl. Dok. 9, Anm. 6.

12 Die *Wiener Neuesten Nachrichten* hatten am 31.10.1931 über ein französisches Projekt zur Sammlung der Kräfte auf dem Gebiet der alten k.u.k.-Monarchie berichtet. Geplant war die Bildung eines "zentraleuropäischen Bundes", dem Österreich, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, die Tschechoslowakei und eventuell auch Polen angehören sollten; dieser Bund sollte zunächst vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit dieser Staaten intensivieren. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1931, S. 293. Ferner Holm Sundhaussen, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum und ihre Bedeutung für den Wandel der deutschen Außenpolitik unter Brüning. In: Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze Hans Rothfels zum Gedächtnis. Hrsg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml, Stuttgart 1976, S. 121-164, hier S. 141 f.

13 Seit August 1920 hatte sich zwischen der Tschechoslowakei, Rumänien und dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (ab 1929: Jugoslawien) ein System bilateraler Defensivverträge herausgebildet. Frankreich, das 1924/25 mit der Tschechoslowakei, 1926 mit Rumänien und 1927 mit dem Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen Freundschaftsverträge abschloß, unterstützte dieses, auch als "Kleine Entente" bezeichnete, Bündnissystem in der Absicht, den durch die Pariser Vorortverträge 1919/20 entstandenen Status quo

zu Frankreich. In der österreichischen Frage werden wir den Standpunkt des Selbstbestimmungsrechtes unseres Bruderstammes nie aufgeben[14], ob nun wirtschaftliche Donaukonföderationspläne oder dynastische Interessen von anderer Seite dagegen aufgeboten werden. *Ebensowenig wie gegen Frankreich hegen wir die uns immer wieder angedichteten, kriegerischen Absichten gegen die französischen Vasallen im Südosten*[15]. Ein Krieg europäischer Staaten untereinander hieße heute soviel, wie dem Bolschewismus Tür und Tor öffnen. Mit dem ersten Kanonenschuß würde gleichzeitig die bolschewistische Revolution ihre erste Visitenkarte in den europäischen Hauptstädten aller Länder abgeben.

*Adolf Hitler* schloß seine Ausführungen mit den Worten: *"Ich bin glücklich, daß heute alle Voraussetzungen für meine Politik bis nahe an die Entscheidung gediehen sind*[16]*. Der Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland bedeutet nicht nur in unseren Augen, sondern auch schon zum großen Teil im Urteil des deutschfreundlichen Auslandes den Beginn einer neuen Ordnung im Innern und einer neuen Wendung in der Weltpolitik. Ein nationalsozialistisches Deutschland wird und muß die Liquidierung der Schande des 9. November 1918*[17] *bringen."*

in Südost- und Ostmitteleuropa zu sichern. Vgl. Magda Adám, Richtung Selbstvernichtung. Die Kleine Entente 1920-1938, Wien 1988.

14 Anspielung auf Artikel 80 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: "Deutschland erkennt die Unabhängigkeit Österreichs innerhalb der durch Vertrag zwischen diesem Staate und den alliierten und assoziierten Hauptmächten festzusetzenden Grenzen an und verpflichtet sich, sie unbedingt zu achten; es erkennt an, daß diese Unabhängigkeit unabänderlich ist, es sei denn, daß der Rat des Völkerbunds einer Abänderung zustimmt." Ebenso bezeichnete Artikel 88 des Friedensvertrags von St. Germain vom 10.9.1919 die Unabhängigkeit Österreichs als unabänderlich und verbot jede Beteiligung an den Angelegenheiten einer anderen Macht. Druck: RGBl. 1919, S. 833; Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkrieges. Hrsg. von Theodor Niemeyer u. a. VI. Band: Die Friedensschlüsse 1918-1921, München 1922, S. 250 ff., hier S. 276. Ferner Norbert Schausberger, Der Griff nach Österreich. Der Anschluß, Wien 1978, S. 31 ff.

15 Am 20.11.1931 hatte Renzetti Hitler vertraulich mitgeteilt, daß Italien nicht beabsichtige, seine Position auf dem Balkan aufzugeben. Hitler habe - so Renzetti - dafür Verständnis geäußert und dies als völlig richtig bezeichnet. Deutschland müsse sein Desinteresse am Balkan zum Ausdruck bringen und woanders, vor allem im Osten, Märkte finden. Vgl. I Documenti Diplomatici Italiani. Settima Serie, Vol. XI, Doc. 80.

16 Zur damaligen Erwartungshaltung Hitlers vgl. z. B. Dok. 48, Dok. 65, Anm. 13 und Dok. 87.

17 Die im November 1918 einsetzenden revolutionären Ereignisse im Deutschen Reich erreichten am 9.11.1918 ihren ersten Höhepunkt: der Thronverzicht Kaiser Wilhelms II. und des Kronprinzen Wilhelm wurde veröffentlicht, Prinz Max von Baden übergab das Kanzleramt an Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann proklamierte die "Deutsche Republik" und Karl Liebknecht die "Freie Sozialistische Republik". Zur Chronologie der Ereignisse vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918, Teil I, S. 422 ff.

## 13. Dezember 1931 Dok. 94
## Schreiben an Heinrich Brüning [1]

VB vom 17.12.1931, "Offener Brief Adolf Hitlers an den Reichskanzler" [2].

Herr Reichskanzler!

In dem von Ihnen gegebenen Kommentar [3] über die Notwendigkeit und den Inhalt der vierten Notverordnung des Reichspräsidenten [4] lese ich folgende Sätze:

"Ich werde mich weiter allen Versuchen von Parteien entgegensetzen, das deutsche Volk in dieser seelischen Spannung und materiellen Not in zwei feindliche Lager zu zerreißen. Ein uralter Instinkt ermahnt alle Völker, den innenpolitischen Meinungsstreit ruhen zu lassen, wenn das Vaterland in der entscheidenden Stunde des politischen Handelns steht [5]".

Obwohl das Inkrafttreten jeder der von Ihrer Regierung herausgegebenen Notverordnungen als eine "entscheidende Stunde" des politischen Handelns bezeichnet wurde [6], entnehme ich aus der umfangreichen Einleitungsrede doch, daß dieser letzten Notverordnung eine noch we-

---

1 Laut Anzeige im *VB* vom 20./21.12.1931 wurde Hitlers Brief wegen großer Nachfrage durch den Eher-Verlag als Sonderdruck verkauft: Einzelnummer 5 Pf; 500 gr. (ca. 18 Stück) 1,- RM; 1 kg (ca. 35 Stück) 2,- RM; 2 kg (ca. 75 Stück) 4,- RM; 5 kg (ca. 185 Stück) 9,- RM. Alle weiteren 20-kg-Pakete ab 26,- RM. 1932 wurde der Brief als Heft 5 in der Reihe Kampfschrift, Broschürenreihe der Reichspropagandaleitung der NSDAP, aufgelegt, Kaufpreis 10 Pf.

2 Hitler hatte dem Pressekonzern von William Randolph Hearst die Genehmigung erteilt, 24 Stunden vor Erscheinen seines Briefes in der deutschen Presse eine Zusammenfassung in amerikanischer Sprache ausschließlich in der Presse des Hearst-Konzerns abzudrucken. In dieser Fassung sind die Zitate aus Brünings Rede sowie die zahlreichen direkten Anspielungen auf die Vierte Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8.12.1931 nicht enthalten. Vgl. z. B. New York American vom 16.12.1931, "Hitler in Defiance. Calls Bruening's Decrees Worthless".

3 Brüning hatte am 8.12.1931 ab 21.00 Uhr über alle deutschen Rundfunksender Rechenschaft abgelegt über die am selben Tag erlassene Vierte Notverordnung des Reichspräsidenten. Vgl. Vossische Zeitung vom 9.12. 1931 (MA), "Brüning nimmt den Kampf auf" und "Die Rundfunkrede des Kanzlers".
Soweit die folgenden Anspielungen Hitlers auf diese Rede Brünings nicht oder nur geringfügig von der Vorlage abweichen, werden die jeweiligen Zitate in den Anmerkungen nicht wiederholt.

4 Nach langen Diskussionen hatte sich die Reichsregierung auf einen wirtschafts-, finanz- und innenpolitischen Maßnahmenkatalog geeinigt, den der Reichspräsident am 8.12.1931 als Vierte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens verabschiedete. Kernstück dieser Vierten Notverordnung waren die deflationistischen Zins-, Preis- und Lohnsenkungen, ferner die Senkung der Eisenbahntarife, Abbau der Hauszinssteuer, Mietsenkung, Erhöhung der Umsatzsteuer oder eine Reichsfluchtsteuer, außerdem einschneidende Sparmaßnahmen im sozialpolitischen Bereich (vgl. Anm. 82) sowie verschiedene Verordnungen gegen die zunehmende Radikalisierung der politischen Auseinandersetzungen (vgl. Anm. 92 und 103). Mit dieser gewaltsamen "Adjustierung aller Lebens-, Preis-, Produktions- und Verteilungsbedingungen an eine völlig neue Wirtschaftslage" (Brüning, Memoiren S. 477) versuchte Brüning in einer Art Flucht nach vorn eine Wende in der Wirtschafts-, aber auch in der Reparationspolitik zu erzwingen. Vgl. Schulz, Brüning zu Hitler, S. 626 ff. Druck: RGBl. 1931, I, S. 699 ff.

5 "Ich werde mich weiterhin mit allen verfassungsmäßigen Mitteln solchen Parteiversuchen entgegensetzen, das deutsche Volk in dieser ungeheuren materiellen und seelischen Not in zwei feindliche Lager zu zerreißen. Ein uralter Instinkt gesunder Völker ermahnt, den innenpolitischen Meinungsstreit zurücktreten, ja völlig schweigen zu lassen, wenn das Vaterland in entscheidenden Stunden politischen Handelns steht." Wie Anm. 3.

sentlich gesteigerte Bedeutung innewohnen soll, daß die Stunde dieses Handelns als besonders ernst angesehen wird. *Dennoch vermisse ich in der bemerkenswerten Einleitung Ihrer Notverordnung, Herr Reichskanzler, den angeführten "uralten Instinkt" der Völker,* der meines Erachtens nicht nur von Parteien zu verlangen ist, sondern auch von Staatsmännern.

*Ein Angriff ohne Not*

In Ihrer Rede, Herr Reichskanzler, greifen Sie bewußt die nationalsozialistische Bewegung an und stellen sie damit indirekt in Gegensatz zur Geschlossenheit des übrigen Volkes. Da in diesem Angriff gegen einen Teil der deutschen Nation ich selbst als Führer eine besondere Erwähnung erfahre[7], sehe ich mich verpflichtet, diesem Angriff gegenüber, Herr Reichskanzler, die von mir geführte Masse unseres Volkes zu verteidigen. *Ich bedaure dies aufrichtig, da mir an sich nicht einleuchtet, in welchem ursächlichen Zusammenhang die Angriffe gegen einen so großen Teil des deutschen Volkes mit der neuen Notverordnung stehen sollen.* Weder politisch noch materiell lag für diese Angriffe eine Notwendigkeit vor. Sie tragen mithin rein parteipolitischen Charakter.

Materielle Gründe lassen sich aus dieser Notverordnung für den Angriff gegen die nationalsozialistische Bewegung um so weniger ableiten

*als Sie selbst, Herr Reichskanzler, in Ihrer Rede zugeben, daß die materielle Not wenigstens teilweise den Fehlern früherer Regierungen zuzuschreiben sei*[8].

---

6 Gemeint sind die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1.12.1930, die Zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 5.6.1931 sowie die Dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung von politischen Ausschreitungen vom 6.10.1931. Druck: RGBl. 1930, I, S. 517 ff.; 1931, I, S. 279 ff., 537 ff.

Zu Brünings Argumentation vgl. z. B. seine Rede vor dem Reichstag vom 5.12.1930: "Meine Herren, es ist meine Pflicht, in dieser ernsten Stunde Sie zu bitten, daß die Notverordnung so, wie sie ist, nicht aufgehoben wird, daß die Entscheidung darüber ehestens gefällt wird, und, meine Herren, seien Sie sich Ihrer Verantwortung bewußt! Stellen Sie Wünsche und Kritiken in einer wirklich ernsten Stunde zurück! Sie wissen nicht, wenn etwa die Dinge zum Scheitern kommen könnten, was hinter diesem Scheitern stehen kann!" Druck: Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 444, Berlin 1931, S. 311.

7 "Wenn der *Parteiführer der Nationalsozialisten* die *legalen* Wege und Ziele seiner politischen Absichten betont hat, so stehen *im grellen Kontrast dazu* die heftigen Beteuerungen sich nicht weniger verantwortlich dünkender Führer, die zum sinnlosen Bruderkampf und zu außenpolitischen Torheiten auffordern. Wenn man erklärt, daß man, auf legalem Wege zur Macht gekommen, die legalen Schranken durchbrechen werde, so ist das keine Legalität, und sie ist es noch weniger, wenn zur gleichen Zeit im engeren Kreis Rachepläne verfaßt und vorgetragen werden. Dagegen wende ich mich als verantwortlicher Staatsmann auf das schärfste." Wie Anm. 3.

Intern äußerte sich Brüning damals jedoch "über die Persönlichkeit Hitlers eher lobend", so am 1.12.1931 gegenüber dem polnischen Gesandten in Berlin, Alfred Wysocki: "Hitler zeige in Wirklichkeit mehr Mäßigung als sein Ruf erwarten lasse." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 578.

8 "Die zu treffenden Maßnahmen sind bedingt durch die Lage der Weltwirtschaft und des Kapitalmarktes der Welt. Sie sind bedingt durch die unerträglichen Lasten, die dem deutschen Volke im vergangenen Jahrzehnt auferlegt wurden. Aber sie gehen ebenso auch zurück auf *Fehler, die wir selbst* in den vergangenen Jahren gemacht haben." Wie Anm. 3.

*Wir Nationalsozialisten hatten mit diesen Regierungen nicht nur nichts gemein, sondern haben sie im Gegenteil wegen ihrer nunmehr endlich erkannten Fehler immer abgelehnt und bekämpft.*

Politische Gründe können aber ebensowenig ein innerer Anlaß für diesen Angriff gegen die nationalsozialistische Bewegung und meine Person gewesen sein. Denn wenn schon eine objektive Prüfung meiner Opposition keine Rechtfertigung unseres Handelns ergeben hätte, dann müßte zumindest die allgemeine politische Gerechtigkeit, deren auch ein Staatsmann nicht entsagen darf, zur Feststellung gelangt sein, daß es außer der nationalsozialistischen Partei noch andere Bewegungen und Parteien in Deutschland gibt, die zum Teil ebenfalls sehr scharf das heutige System und Ihre Regierung ablehnen. Wenn auch von einer anderen Weltanschauung ausgehend, so bekämpft die Kommunistische Partei [*Deutschlands*] zum Beispiel nicht nur das heutige System, sondern sogar den Staat, ja die gesamte Ordnung, *und zwar bewußt und gewollt mit illegalen Methoden*[9].

*Politische Gründe für das Bekämpfen von Parteien angesichts dieser in schwerer Stunde des deutschen Volkes aufgebürdeten neuen Notverordnung wären demnach nur dann zuzubilligen, wenn Sie, Herr Reichskanzler, gegen die Gesamtheit derjenigen Stellung genommen hätten, die Sie und Ihre Regierung ablehnt.*

*Es ist das allerdings die nach Millionen zählende überwältigende Mehrheit unseres Volkes*[10].

Da dies unterblieben ist, können es nur *parteimäßig* bedingte Erwägungen gewesen sein, die der Anlaß waren, die nationalsozialistische Bewegung allein mit Vorwürfen zu überschütten, die ebenso ungerechtfertigt wie leicht zu widerlegen sind. Dieser Umstand zwingt mich zu den nachstehenden Ausführungen:

*Über den Wert des Schweigens, des Redens und des Handelns*

In Ihrer nunmehr gedruckten Rede finde ich folgende Sätze:

"Man hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich oft zu lange schweige. Die Pflicht des gewissenhaften Arbeitens scheint mir trotz allem größer zu sein als die des Redens, und ich habe die Zuversicht, daß das deutsche Volk sich auf die Seite des Sachlichen, Ernsten stellen wird[11]."

---

9 Der Rote Frontkämpferbund war seit Mai 1929 verboten. Die paramilitärisch geschulte und teilweise bewaffnete Organisation wurde jedoch illegal fortgeführt. Im Sommer 1931 sollen ihr noch etwa die Hälfte ihrer früheren Mitglieder angehört haben, was etwa 40.000 entsprochen hätte. Vgl. Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 603 f.

10 Vgl. Dok. 46, Anm. 18.

11 Wie Anm. 3.
Angesichts der sich häufenden Hitlerschen Interviews mit ausländischen Journalisten war in der deutschen Presse Kritik darüber geäußert worden, daß allmählich Hitler, nicht mehr jedoch die Reichsregierung das Deutsche Reich nach außen zu vertreten schien; vgl. z. B. Frankfurter Zeitung vom 6.12.1931 (Reichsausgabe), "Hitler spricht - Brüning schweigt": "Sozusagen am Vorabend entscheidender Verhandlungen, die ausschließlich der derzeitigen Regierung zustehen, macht sich Herr Hitler zum Sprecher Deutschlands. Wir erlauben uns die bescheidene Frage: *Wer regiert* eigentlich in Deutschland? Herr Hitler, der bei den letzten Wahlen nicht weniger, aber auch nicht mehr als 6,4 Millionen Stimmen erhielt, oder Herr Dr. *Brüning*, der sich immerhin noch auf eine klare und feste Mehrheit im Reichstag zu berufen vermag. Wir meinen, Herr Dr. Brüning, der ja nicht bloß Kanzler, sondern auch Außenminister ist, sollte darauf verzichten, sich lebendig begraben zu lassen."

Herr Reichskanzler! Diesen Ihren Auffassungen scheinen mir einige nicht unbedeutende Irrtümer zugrunde zu liegen. Gewiß wird nicht jede Rede, die auf der Welt gehalten wird, als eine "sachliche Leistung", der man mit Ernst entgegentreten muß, gewürdigt werden können. *Seit ich den deutschen Rundfunk in den regelmäßigen Dienst der Regierungspropaganda gestellt sehe*[12]*, kann auch ich mich dem Eindruck der nur allzu begründeten leichten Vergänglichkeit rednerischer Leistungen nicht mehr verschließen.* Allein, es würde doch verkehrt sein, aus solchen etwa durch die Gegenwart illustrierten Beispielen auf eine allgemeine Minderwertigkeit des geistigen Gehaltes von Reden schließen zu wollen gegenüber der Bedeutung schriftlicher Elaborate, selbst wenn sie das Glück oder Unglück besitzen, durch die Maschinerie einer Gesetzgebung gelaufen zu sein. Die Gesamtsumme aller Verordnungen, angefangen von denen der Dorfschulzen bis zu denen höchster Stellen, weist sowenig von höherer Bedeutung auf, daß demgegenüber viele Reden als beachtliche Dokumente gewissenhaften und pflichtgemäßen Arbeitens angesehen werden dürfen. *So manche Verordnung, die - ich will es nicht bestreiten - der grübelnde menschliche Verstand in emsigem Fleiß und in anerkennenswerter Ausdauer zuwege brachte, ist in ihrem endgültigen und tatsächlichen Wert spezifisch leichter gewesen als das Blatt Papier, das das Unglück hatte, diese Verheißung der Menschheit vermitteln zu müssen.*

*Der Wert eines Gesetzes liegt weder in der dafür aufgewendeten Zeit noch im äußeren Umfang, sondern ausschließlich im endgültigen geistigen Gehalt. Der Blitz des Genies hat die Welt zu allen Zeiten gründlicher aufgehellt als tausend qualmende Pechfackeln mancher Verordnungs- und Gesetzgebungskunst.*

Ich weiß, daß nach einer vormärzlichen Auffassung Regierungen das Recht besitzen, zu handeln, und die Völker die Pflicht haben sollen, zu schweigen[13]. Schon das alte Deutschland hat demgegenüber beharrlich die Auffassung vertreten, daß außer dem Recht der Regierung zu *handeln* auch noch das Recht der Stellungnahme der Regierten vorhanden sei. *Außer der Pflicht der Regierten, eine Regierung hinzunehmen, gibt es auch eine Pflicht der Regierung, die Einwände der Regierten gnädigst würdigen zu wollen.*

*Insbesondere seit der Revolution des Jahres 1918 glaubt das deutsche Volk, eine Berechtigung der Kritik, und zwar der offenen Kritik um so mehr zu besitzen, als ja dieses behauptetermaßen früher nicht vollständig zugebilligte Recht der freien Rede mit ein Grund zum Sturz des alten Systems gewesen sein soll*[14].

12 Die Richtlinien über die Regelung des Rundfunks vom 2.12.1926 legten fest, daß der Rundfunk im Deutschen Reich keiner Partei diene; sein gesamter Nachrichten- und Vortragdienst sei "streng überparteilich zu gestalten". In der Praxis wurde das Prinzip der Neutralität allerdings rasch durchbrochen, schon weil sich die parteipolitischen und staatlichen Funktionen der Politiker nicht immer auseinanderhalten ließen. Während in der Reichstagwahl von 1928 Wahlsendungen der Parteien grundsätzlich verboten waren, wurde 1930 allen Parteien - mit Ausnahme von KPD und NSDAP - die Möglichkeit gegeben, ihr Programm der Öffentlichkeit vorzustellen. Aufgrund der angespannten politischen und wirtschaftlichen Lage begann sich die Regierung Brüning seit Herbst 1930 der Möglichkeiten des Rundfunks verstärkt, manchmal sogar täglich zu bedienen. Vgl. Heinz Pohle, Der Rundfunk als Instrument der Politik. Zur Geschichte des deutschen Rundfunks von 1923/38, Hamburg 1955, S. 51 ff., 91 ff.; Winfried B. Lerg, Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, München 1980, S. 267 ff., 386 ff.

13 Anspielung auf die Ära vor der im März 1848 beginnenden Revolution im Deutschen Bund.

In der Verfassung des neuen Reiches lautet es daher auch nicht: Alle Macht geht von der *Regierung* aus, sondern: Alle Macht geht vom *Volke* aus [15].

Sie selbst, Herr Reichskanzler, wachen nun eifersüchtig darüber, daß niemand anderes in Deutschland handlungsberechtigt sei als die Regierung. *So aber ergibt sich von selbst die Beschränkung der Opposition auf das Gebiet der Kritik und damit der Rede.*

*Wenn das heutige Deutschland einen Oliver Cromwell, einen George Washington oder einen Otto v. Bismarck sein eigen nennen würde, dann müßten augenblicklich alle drei sich begnügen, ihre oppositionellen Auffassungen gegenüber dem derzeitigen Regiment lediglich durch Wort oder Schrift der Nation zur Kenntnis zu bringen. Aber wenn diese drei heute auch nur reden könnten, wäre damit wahrhaftig nicht gesagt, daß dem Inhalt ihrer Reden etwa weniger Wert zukäme als dem Gehalt von Regierungs-Verordnungen, Herr Reichskanzler!*

Bei dieser Geringschätzung der Rede wird mir allerdings die bescheidene geistige Potenz neuerer deutscher Redeleistungen amtlicher Herkunft ebenso erklärlich, wie mir umgekehrt die Häufigkeit dieser unternehmenden Versuche eine gewisse Bewunderung abnötigt.

Warum benützen denn überhaupt Regierungsstellen immer wieder ein Instrument, das ihnen in seinem inneren Wert so bedenklich, um nicht zu sagen verächtlich erscheint, und das sie wohl auch aus diesem Grunde so mangelhaft beherrschen?

*Der Erfolg allein ist Gradmesser*

Die Regierung, Herr Reichskanzler, kann handeln. Sie kann den Flug der Gedanken und Ideen auf dem Wege der Gesetzgebung verwirklichen. Sie kann die Richtigkeit ihrer Auffassungen durch die Tat beweisen. Und sie ist eifersüchtig darauf bedacht, daß kein anderer als sie diese Möglichkeiten wahrnimmt. *Was bleibt uns denn anderes übrig, Herr Reichskanzler, als die Rede, um unsere Auffassungen über die Verderblichkeit Ihrer Pläne, über die Irrtümer, die ihnen zugrunde liegen, und über die Fehlschläge, die kommen müssen, dem deutschen Volk zur Kenntnis zu bringen?*

Natürlich kann man durch die blinde Gewalt auf dem Wege der Anwendung staatlicher Machtmittel der Opposition das Reden und Schreiben verbieten [16]. *Allein, dann muß der Erfolg gegen die Redner und für die Gewaltinhaber sprechen, und zwar nicht etwa der Erfolg,*

---

14 Das Recht auf Meinungsfreiheit war - im Gegensatz zur preußischen Verfassung vom 31.1.1850 - in der Verfassung des Deutschen Reichs vom 16.4.1871 nicht verankert. Während des Ersten Weltkriegs versuchten die Militärbehörden die öffentliche Meinung engmaschig zu überwachen und zu reglementieren; 1915 wurde die Oberzensurstelle und das Kriegspresseamt ins Leben gerufen, bis Ende 1916 existierten über zweitausend Zensurbestimmungen. Der Interfraktionelle Ausschuß, der sich am 6.7.1917 im Reichstag gebildet hatte, forderte in seinem Minimalprogramm vom 22.10.1917 die Beseitigung der politischen Zensur. Nachdem dieser Punkt im September 1918 in das Programm der Mehrheitsparteien aufgenommen worden war, hob der preußische Kriegsminister Heinrich Scheüch mit Erlaß vom 2.11.1918 die meisten Beschränkungen der freien Meinungsäußerung auf. Vgl. Udo Bermbach, Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung in Deutschland. Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18 und die Parlamentarisierung der Reichsregierung, Köln 1967, passim; Kurt Koszyk, Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1968.

15 Artikel 1 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 lautet: "Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Druck: RGBl. 1919, S. 1383.

*der sich im gelungenen Verbot einer Versammlung oder Zeitung ausdrückt, sondern in der gelungenen Führung einer Nation.*

*Die Richtigkeit oder die Unrichtigkeit einer geistigen Leistung, ganz gleich, ob sie sich im geschriebenen oder im gesprochenen Worte äußert, beweist am Ende nur der wirkliche Verlauf der Ereignisse. Als der Reichskanzler Bismarck sich mit seinen ihn kritisierenden Gegnern auseinandersetzte, verdammte er sie schließlich zu ehrerbietigem Schweigen durch die Proklamation eines neuen Deutschen Reiches von gewaltigem internationalen Ansehen und steigender innerer Wohlfahrt.*

*Der Kurs des heutigen Systems hat aber bisher nicht den Regierungen, sondern den kritisierenden Rednern Recht gegeben.*

*Wenn man heute dennoch höheren Ortes in dieser unserer Rede-Tätigkeit etwas Ungehöriges erblicken möchte, dann erspare man uns das Reden und gebe uns die Macht!*

*Herr Reichskanzler, wir sind jederzeit bereit zu handeln.*

Oder haben wir uns etwa je geweigert, die Verantwortung zu übernehmen?

Es ist allgemein bekannt, daß Sie, Herr Reichskanzler, die Übernahme der Regierung durch die nationalsozialistische Bewegung und durch die nationale Opposition überhaupt ablehnen [17]. Die Motivierung dieser Stellungnahme ist nicht leicht.

*Das System,*

*dessen Wesen sich in unserer heutigen Regierung verkörpert, wird von der überwältigenden Mehrheit der deutschen Nation verworfen* [18]. Wenn man trotzdem versucht, das gerade vom demokratischen Standpunkt aus unverständliche Bleiben der augenblicklichen Gewalten zu rechtfertigen, muß man natürlich nach irgendwelchen Gründen suchen. Ich glaube daher, daß das Gefühl für die Notwendigkeit einer Verteidigung der an sich unverständlichen Haltung des derzeitigen Systems gegenüber dem Drängen der überwiegenden Mehrheit des Volkes mit ein Grund zur Einleitungsrede Ihrer Notverordnung, Herr Reichskanzler, war.

*Mit fadenscheinigen Anschuldigungen gegen die N.S.D.A.P. sucht sich das System zu halten*

Zwei Erwägungen sollen nach Ihrer Rede das heutige Regierungs-System innerlich verpflichten, die öffentliche Gewalt nicht aus der Hand zu geben:

---

16 Teil acht, Kapitel III ("Verstärkung des Ehrenschutzes") der Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8.12.1931 verschärfte die Strafen für üble Nachrede und Verleumdung für den Fall, daß es sich bei den Verletzten um Personen des öffentlichen Lebens handelt. Kapitel IV ("Sicherung des Weihnachtsfriedens") enthielt darüber hinaus Maßnahmen, die für die Zeit bis zum 3.1.1932 so gut wie jede politische Agitation verboten. Druck: RGBl. 1931, I, S. 743 f.

17 Brüning fehlte für die NSDAP jegliche Sympathie. Gleichwohl scheute er nicht davor zurück, die Nationalsozialisten von sich aus in sein politisches Kalkül miteinzubeziehen - auch aus Rücksichtnahme gegenüber dem Reichspräsidenten und dessen Beratern, aber auch um die Radikalität der nationalsozialistischen Forderungen außenpolitisch zu instrumentalisieren. Brünings Konzept lief damals wohl darauf hinaus, "der NSDAP in Preußen viel, in der Reichsregierung einiges, jedoch Hitler nichts zu bieten" (Gerhard Schulz). Vgl. Gerhard Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M. 1975, S. 599 ff., Zitat S. 602 sowie Staat und NSDAP, Dok. 373.
Zu den damaligen Kontakten zwischen Zentrum und NSDAP vgl. Dok. 46, Anm. 12 und 13 sowie Dok. 78, Anm. 2 und 6.

18 Vgl. Dok. 46, Anm. 18.

1. Die nationalsozialistische Bewegung als stärkster Faktor der nationalen Opposition soll kein legaler Verband sein und muß daher vom Gesamtgewicht der zur Regierungsübernahme berechtigten gegnerischen Wähler- und Parteimasse abgezogen werden[19]. Damit kann dann die Regierungskoalition von Zentrum und Marxismus als einzige Lösung auch demokratisch sachlich verantwortet werden.

2. Die nationalsozialistische Bewegung und im weiteren Sinne die gesamte nationale Opposition verfolgen angeblich ein Programm der Illusionen und Wunschbilder[20]. Die derzeitige Regierung aber und überhaupt das herrschende System sollen demgegenüber im Sinne einer "ernsten Sachlichkeit" und einer "praktischen Wirklichkeit" arbeiten. Damit können sie dann die Stimme der inneren Unruhe auch noch durch die pathetische Beteuerung einer "moralischen Verantwortlichkeit" zum Schweigen bringen[21].

Beide Einwände können an der Hand Ihrer Einleitungsrede der Notverordnung - und der tatsächlichen Wirklichkeit - unschwer widerlegt werden.

1. In Ihrer Rede, Herr Reichskanzler, sagten Sie wörtlich folgendes:

"Wenn der Parteiführer der Nationalsozialisten die legalen Wege und Ziele seiner politischen Absichten betont hat, so stehen in grellem Kontrast dazu die heftigen Beteuerungen sich nicht weniger verantwortlich dünkender Führer, die zu sinnlosem Bruderkampf und außenpolitischen Torheiten auffordern. Wenn man erklärt, daß man, auf legalem Weg zur Macht gekommen, die legalen Schranken durchbrechen werde, so ist das keine Legalität. Dagegen wende ich mich als Staatsmann aufs schärfste[22]".

*Zunächst ist es unrichtig, daß etwa nur ich als Führer der nationalsozialistischen Bewegung die Legalität der Partei betone, während meine Unterführer einer anderen Auffassung seien*[23].

*Ich befinde mich in dieser Frage mit allen meinen Führern und Parteigenossen in voller Übereinstimmung, ausgenommen jene Elemente, die als*

*bewußte Spitzelprovokateure* [*sic!*] *in die Partei hineingeschickt*

*werden, für die dann aber nicht ich, sondern die hohen Auftraggeber verantwortlich zu machen sind.* Gewiß, Herr Reichskanzler, hat es in meiner Partei zeitweilig einzelne Führer gegeben, deren Auffassungen ich nicht immer als mit meinen legalen Auffassungen übereinstimmend angesehen habe[24]. *Allein, gerade diese Führer hatten engere Beziehungen zu amtlichen Stellen als ich, der offizielle Parteiführer*[25].

---

19 Vgl. Anm. 7.

20 "Wunschgebilde sind kein politisches Programm. Eine Rettung Deutschlands ist jetzt, wie in den vergangenen Jahren, nur möglich, wenn sich die Leitung der deutschen Politik nicht ebenfalls in das Reich der Illusionen begibt, sondern sich in heißester Liebe zu Volk und Vaterland von nüchterner Überlegung, von klarer Einsicht in die uns nach dem Krieg verbliebenen Mittel und Möglichkeiten bestimmen läßt." Wie Anm. 3.

21 Läßt sich in dieser Form nicht in Brünings Rede nachweisen; jedoch ist ihr gesamter Tenor als Appell an die moralisch-nationale Verantwortung zu verstehen.

22 Wie Anm. 7.

23 Anspielung auf die sog. Boxheimer Affäre vgl. Dok. 76 sowie 90.

24 Hitler versuchte immer wieder, den Ausschluß von nationalsozialistischen Funktionären, die nicht bereit waren, sich seinem Führungsanspruch zu unterwerfen, damit zu begründen, diese hätten angeblich gegen das von ihm vertretene "Legalitätsprinzip" verstoßen. Vgl. Bd. III/3, Dok. 39, Bd. IV/1, 79-82, 84-87, 93, 115 sowie Dok. 18.

25 Gemeint ist vermutlich der ehemalige OSAF-Stellvertreter Ost Walter Stennes, der damals einen Beleidigungsprozeß gegen Hitler vorbereitete, weil ihm in der nationalsozialistischen Presse vorgeworfen wurde, es habe sich bei ihm um einen Polizeispitzel gehandelt. Vgl. hierzu Bd. IV/3.

*Sollten Sie, Herr Reichskanzler, Wert darauf legen, diese eigenartigen Tatsachen öffentlich behandelt zu sehen, dann bin ich gerne bereit, der öffentlichen Meinung ein Material zu unterbreiten, auf daß sich auch diese ein Bild davon machen kann, wie schwer es ist, die Verantwortung für eine große Partei zu übernehmen, wenn einzelnen "Mitgliedern" so verführerische Angebote gemacht werden.*

*Ich habe aber, Herr Reichskanzler, solche Männer bisher ohne weiteres* - sehr zum Leidwesen gewisser Interessenten - *rücksichtslos aus der Partei entfernt.*

*Notwehr - nicht Bruderkampf!*

Es ist weiterhin nicht richtig, daß meine Unterführer einen "sinnlosen Bruderkampf" predigen[26]. Richtig ist, daß wir diesen Kampf auf das schmerzlichste bedauern. *Richtig ist es allerdings auch, daß wir uns nicht schutz- und wehrlos von der roten Mordbestie abschlachten lassen. Richtig ist weiter, daß wir nicht daran denken, Deutschland dem Schicksal Rußlands auszuliefern.* Und richtig ist endlich, daß wir uns nicht durch den Terror kommunistischer Meuchelmörder die politische Propaganda zusammenschlagen lassen. *Und ebenso richtig ist, daß wir in dieser reinen Notwehr die schwersten Blutopfer zu tragen haben*[27].

*Richtig ist, Herr Reichskanzler, daß seit vielen Monaten meine waffenlosen und damit praktisch wehrlosen Parteigenossen von Meuchelmördern überfallen, niedergestochen, verletzt und getötet werden, ohne daß die Regierung - Ihre Regierung, Herr Reichskanzler Brüning - es fertiggebracht hätte, diesem Wüten Einhalt zu gebieten.*

Wenn einmal der kommunistische Meuchelmord zwei Polizeioffiziere trifft[28], dann allerdings kann die Öffentlichkeit nicht gut an diesen blutigen Tatsachen vorbeigeführt werden, *daß aber diese rote Mordseuche die nationalsozialistische Bewegung in einem Jahr über fünfzig Tote und viertausend Verwundete*[29]

26 Anspielung auf die aufsehenerregende Rede, die Gregor Straßer am 4.12.1931 in Stuttgart gehalten hatte. Dem Bericht Nr. II b 33116/31 des Polizeipräsidiums Stuttgart an das Reichsministerium des Innern vom 10.12.1931 zufolge proklamierte Straßer "den rücksichtslosen und mitleidlosen Kampf gegen jeden, der sich dem Nationalsozialismus entgegenstelle". Die NSDAP werde "legal bleiben, bis sie die politische Macht errungen habe. [...] Einmal an die Macht gekommen, werde die Macht schonungslos angewendet werden. Die Regierungsvertreter, die heute ihre Plätze entgegen dem Willen des Volkes weiter behaupteten, würden für jeden Schaden, der der Nation aus ihrem Verbleiben in der Regierung entstehe, vor dem Staatsgerichtshof verantwortlich gemacht werden. Schädlinge jeder Art hätten ihr Leben verwirkt, demnach werde jede Form des Landesverrats mit dem Tode bestraft." BA Potsdam, RMdI, NSDAP-Versammlungen, 1.3.1931-April 1935, 26088. Vgl. ferner Frankfurter Zeitung vom 8.12.1931 (MA), "Keine Einigung! Rede Gregor Straßers".

27 Zum Gewaltpotential der SA vgl. Dok. 43, Anm. 16 sowie Dok. 71, Anm. 13, 15, 18 und 23 f.

28 Am 9.8.1931, dem Tag des Volksentscheids in Preußen, hatten Angehörige der KPD auf dem Bülowplatz in Berlin die Polizeihauptleute Paul Anlauf und Franz Lenck erschossen, sowie den Oberwachtmeister Richard Willig schwer verletzt. Obwohl es nicht gelang, die Täter zu fassen, ließen die Ermittlungen keinen Zweifel, daß Angehörige der KPD hinter diesen Morden standen. Vgl. z. B. Berliner Tageblatt vom 10.8.1931 (AA), "Der Mord an den Schupo-Offizieren" sowie Jochen von Lang, Erich Mielke. Eine deutsche Karriere. Unter Mitarbeit von Claus Sibyll, Berlin 1991, S. 11 ff.
Zu den personellen Verlusten der Polizei insgesamt vgl. Dok. 46, Anm. 69.

29 Nach parteieigenen Angaben starben im Zeitraum zwischen Januar bis Dezember 1931 42 Nationalsozialisten bei politischen Auseinandersetzungen. Im selben Jahr wurden der SA-Versicherung 6.307 Verletzte gemeldet. Vgl. Volz, Daten, S. 72; Halbmast, S. 44 ff.; Werner, SA und NSDAP, S. 412; Longerich, Bataillone, S. 122. Zu den individuellen Hintergründen dieser Todesfälle vgl. z. B. Dok. 80.

*gekostet hat, das wird der Welt verschwiegen. Darüber schreiben weder gewisse Zeitungen, noch reden darüber die Führer der Regierungsparteien!*

Ich habe in Verfolg meiner legalen Versicherungen schweren Herzens meinen treuen Anhängern unbedingte Waffenlosigkeit befohlen[30]. *Aber den Befehl, sich wehrlos abschlachten zu lassen, Herr Reichskanzler, können Sie nicht von mir verlangen, und ich werde ihn nicht geben.*

Es würde vielleicht zweckmäßiger gewesen sein, die Welt auf diese Tatsachen hinzuweisen, als Zweifel in die Legalität einer Bewegung zu setzen[31], die mehr als tausendfältige Beweise von der Gesetzlichkeit ihrer Gesinnung gegeben hat.

*Die Torheiten der Außenpolitik des Systems*

Es ist weiter unrichtig, Herr Reichskanzler, daß irgendein Verantwortlicher in der Partei zu "außenpolitischen Torheiten" aufgefordert hätte[32], die sich auch nur zu einem Tausendstel etwa mit jenen außenpolitischen Torheiten messen könnten, die in den letzten zwölf Jahren tatsächlich begangen wurden und heute eine geschichtlich erwiesene Tatsache sind. *Allein die Unterschrift unter die Klausel des Young-Planes*[33], *die Frankreich ein Sanktionsrecht nach eigenem*

30 Vgl. z. B. Hitlers Anordnung vom 26.2.1925 (Bd. I, Dok. 4), 29.9.1925 (Bd. I, Dok. 69), seine Erklärung vom 11.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 28), die Satzung der SA vom 17.9.1926 (Bd. II/1, Dok. 31), sein SA-Befehl 1 vom 1.11.1926 (Bd. II/1, Dok. 44), sein Rundschreiben an die Gauleitungen und selbständigen Ortsgruppen der NSDAP vom 5.2.1927 (Bd. II/1, Dok. 75), seine "Grundsätzliche Anordnung der SA II" vom 31.5.1927 (Bd. II/1, Dok. 135), seine Anordnung vom 3.12.1928 (Bd. III/1, Dok. 60), sein Schreiben vom April 1930 (Bd. III/3, Dok. 39) und seinen Aufruf vom 18.2.1931 (Bd. IV/1, Dok. 59).

31 Anspielung auf Hitlers sog. Legalitätseid vor dem IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig am 25.9.1930; vgl. Bd. III/3, Dok. 123. Zur Frage nach der "Legalität" der damaligen Politik der NSDAP vgl. Dok. 2, Anm. 19 sowie Dok. 31, Anm. 12.
Am 11.12.1931 war Göring vom Reichspräsidenten empfangen worden; "Göring gab dem Herrn Reichspräsidenten zugleich im Auftrage von Adolf Hitler die bestimmte Versicherung ab, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei sich nur legal betätige und ihre Ziele nur auf legalem Wege verfolge. Diese Legalitätsversicherung gelte auch für den Fall, daß die Nationalsozialisten in der Regierung säßen, und auch dann, wenn sie etwa allein die Regierung in Händen hätten. Auch dann würden sie unter Beachtung der Gesetze und der Verfassung legal arbeiten." Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 599.

32 Vermutlich eine Anspielung Brünings (vgl. Anm. 7) auf jene außenpolitischen Aktivitäten, die Hitler im Dezember 1931 entfaltet hatte - seine Pressekonferenz in Berlin am 4.12.1931 sowie die sich anschließenden Interviews mit ausländischen Korrespondenten, Hitlers Artikel, der kurz darauf in der internationalen Presse erschienen war, ferner eine weitere Pressekonferenz sowie ein Rundfunkinterview mit ausländischen Journalisten, die jedoch beide verboten wurden. Ferner berichtete die Presse immer wieder von Reiseplänen Hitlers nach Rom und London. Vgl. Dok. 83 ff. sowie Dok. 13, Anm. 15 und Dok. 93, Anm. 7.
Auch der Besuch von Alfred Rosenberg in London hatte in der Öffentlichkeit für Aufregung gesorgt. Anfang Dezember 1931 war es Rosenberg gelungen, Kontakte zu verschiedenen Personen des öffentlichen Lebens herzustellen, u. a. zu dem britischen Kriegsminister Douglas McGarel Hogg, 1st Viscount of Hailsham. Ungeachtet der dezidiert beschwichtigenden Absicht von Rosenbergs Reise berichtete *The New York Times*, einer Äußerung Rosenbergs zufolge werde Deutschland im Falle einer nationalsozialistischen Machtübernahme militärisch organisiert werden, der Schwerpunkt der sich anschließenden Eroberungen werde in Ost- und Mitteleuropa liegen, Südrußland würde für deutsche Siedler geöffnet. Vgl. Seppo Kuusisto, Alfred Rosenberg in der nationalsozialistischen Außenpolitik 1933-39, Helsinki 1984, S. 78 ff. Zur Reaktion der deutschen Presse vgl. z. B. Berliner Tageblatt vom 4.12.1931 (AA), "Hitlers 'Sondierung' in London"; Vossische Zeitung vom 6.12.1931 (MA), "Rosenbergs Londoner Eindrücke..."; VB vom 10.12.1931, "Londoner Reise".

33 Vgl. Dok. 2, Anm. 8.

*Ermessen zubilligt*[34], *war eine politische Torheit, die nicht durch tausend rednerische Entgleisungen einzelner aufgewogen werden könnte, auch wenn diese tatsächlich geschehen wären. Wenn die außenpolitische Situation des Deutschen Reiches dreizehn Jahre nach Beendigung des Weltkrieges noch immer so hoffnungslos verzweifelt ist, dann wahrhaftig nicht deshalb, weil etwa die Weisheit bei unserer politischen Führung Pate war, sondern, weil alle politischen Torheiten, die die Phantasie sich auszudenken vermag, in unserer außenpolitischen Führung in Erscheinung traten.*

Vielleicht schenkt ein gütiges Geschick dem deutschen Volk in der Zukunft einmal einen Staatsmann von wirklichem Format, dessen Patent nicht vom Berliner "8-Uhr-Abendblatt"[35] oder der "[*Berliner*] Morgenpost"[36], sondern von der Geschichte ausgestellt wird, und der Zeit und Muße hat, die außenpolitischen Leistungen von 1918 bis 1932 vom überlegeneren Standpunkt der Nachwelt aus durchzuprüfen. Ich fürchte, er wird sich schwer tun, die kleinen Gewichte zu finden, um die "Weisheiten" dieser Zeit wägen zu können. Aber es wird ihm vollends unmöglich sein, die großen Gewichte in die der Torheit gegenüberliegende Waagschale überhaupt auch nur hineinzubringen.

Und um dies gleich am Vorliegenden selbst zu prüfen:

*Glauben Sie, Herr Reichskanzler, daß es außenpolitisch richtig und klug ist, eine Bewegung, die, nationalpolitisch gesehen, den einzigen Aktivposten Deutschlands für eine wirkliche nationale Außenpolitik darstellt, planmäßig der Welt gegenüber als eine "illegale" und "verderbliche" Räuberbande zu qualifizieren, ohne damit aber auch nur im geringsten den Sieg dieser Bewegung verhindern zu können?*

---

34 Anlage I, Teil II des Haager Abkommens vom 20.1.1930 über die endgültige Annahme des Sachverständigenplans (Young-Plan) vom 7.6.1929 legte u. a. fest: "Wenn indes eine Gläubigerregierung oder mehrere Gläubigerregierungen den Ständigen Internationalen Gerichtshof mit der Frage befassen, ob Handlungen der deutschen Regierung ihren Willen beweisen, den Neuen Plan [*i. e. Young-Plan*] zu zerreißen, ist die deutsche Regierung mit den Gläubigerregierungen einverstanden, daß der Ständige Gerichtshof darüber befindet; sie erklärt, daß sie es im Falle einer bejahenden Entscheidung des Gerichtshofes als berechtigt ansieht, daß die Gläubigerregierung oder die Gläubigerregierungen ihre volle Handlungsfreiheit wiedergewinnen, um die Ausführung der sich aus dem Neuen Plan ergebenden finanziellen Verbindlichkeiten des Schuldnerlandes sicherzustellen." Druck: RGBl. 1930, II, S. 105.

35 Das *8-Uhr-Abendblatt* geht zurück auf die am 22.3.1848 in Berlin gegründete *National-Zeitung*, die politisch zunächst der Fortschrittspartei, seit 1866 der Nationalliberalen Partei nahestand. Aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten wurde die Tageszeitung 1910 zum ersten deutschen Spätabendblatt umgestaltet, das nun unter dem Titel *8-Uhr-Abendblatt. National-Zeitung* erschien. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Zeitung, die 1930 eine Auflage von etwa 100.000 Exemplaren erreichte, vom Mosse-Verlag erworben, dessen finanzielle Schwierigkeiten zu Beginn der 30er Jahre zum Niedergang des Blattes beitrugen. Vgl. Jürgen Kahl, National-Zeitung. In: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach 1972, S. 177-189; Peter de Mendelssohn, Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse, Frankfurt a. M. 1982, passim; sowie Anm. 94.

36 Die 1898 gegründete liberale Tageszeitung *Berliner Morgenpost* war 1930 mit einer täglichen Auflage von 621.000 Exemplaren nicht nur das Flaggschiff des Ullstein-Verlags, sondern eine der auflagestärksten Zeitungen in Deutschland. Vgl. Rainer Wagner, Berliner Morgenpost. In: Hundert Jahre Ullstein 1877-1977. Hrsg. von W. Joachim Freyburg und Hans Wallenberg, Bd. 2, Berlin 1977, S. 9-45; Kurt Koszyk, Der jüdische Beitrag zum deutschen Presse- und Verlagswesen. In: Werner E. Mosse/Hans Pohl (Hrsg.), Jüdische Unternehmer in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1992, S. 196-217.

*Ist es wirklich "staatsmännische Weisheit", eine Partei, deren Siegeszug eine zwölfjährige Unterdrückung nicht aufzuhalten vermochte, der Welt durch eine übelwollende Presse widerspruchslos als Gefahr für die menschliche Gesellschaft, für Ruhe, Frieden und Ordnung hinstellen zu lassen, und damit von vorneherein das unweigerlich kommende neue Deutschland vor der Welt zu belasten?*

*Mehr als irgendeine andere Partei zeichnet sich die nationalsozialistische Bewegung dadurch aus, daß sich in ihren führenden Stellen und unter ihren Mitgliedern zahllose Teilnehmer am großen Weltkrieg befinden*[37]*. Wir haben ihn alle in seiner grausamen Wirklichkeit kennengelernt. Niemand von uns wünscht einen Krieg. Allerdings sind wir trotzdem Männer geblieben, die, wenn nötig, weniger am Leben als an der Freiheit hängen. Wenn aber dieser Geist als "blutrünstig" verschrien und damit seine Ausrottung besiegelt werden soll, dann unterschreibt man zugleich das Todesurteil unserer Nation!*

*Untauglichkeit der Demokratie*

Der zweite Teil Ihrer Bemerkung, Herr Reichskanzler, ist mir, offen gestanden, völlig unverständlich. Sie lehnen es als "Staatsmann" ab, daß wir, legal zur Macht gekommen, dann die Legalität durchbrechen könnten[38]? Herr Reichskanzler, die Grundthese der Demokratie lautet: Alle Macht geht vom Volke aus. Die Verfassung schreibt vor, auf welchem Wege sich eine Auffassung, eine Idee und damit eine Organisation vom Volk die Legitimation zur Verwirklichung ihrer Absichten holen muß. *Das Volk selbst entscheidet aber am Ende auch über seine Verfassung.*

*Herr Reichskanzler: Wenn die deutsche Nation die nationalsozialistische Bewegung einst legitimiert, eine andere Verfassung als die heutige einzuführen, dann können Sie es nicht verhindern.*

Die Staatsmänner sind in erster Linie verantwortlich für das, was aus ihrem Geist und Wirken entsteht, und nicht für das, was ein anderer später vollzieht. Auch der Blick in die Zukunft darf das eigene Handeln nur insofern bestimmen, als es dieser Zukunft nützlich sein kann.

*Die deutsche Nation aber lebt nicht für eine Verfassung, sondern sie gibt sich die Verfassung, die zum Leben taugt, und wenn sich eine als lebensunbrauchbar erweist, dann stirbt nicht die Nation, sondern dann ändert sich die Verfassung!*

*Das System gegen die eigene Verfassung*

Wir Nationalsozialisten haben, glaube ich, den Geist der heutigen Verfassung am Ende noch richtiger erfaßt als die Exponenten des derzeitig herrschenden Systems. Denn es gibt nicht nur eine Verfassung dem Buchstaben nach, sondern auch eine Verfassung dem Geiste nach. Glauben Sie, Herr Reichskanzler, aber, daß es dem Wesensgedanken der Demokratie entspricht und damit dem innersten Sinn auch der Weimarer Verfassung, wenn eine Regierung Regierung bleibt, obwohl sie weiß, daß der Ausgangspunkt ihrer Gewalt, nämlich das Volk,

---

37 Zum Kriegsdienst nationalsozialistischer Politiker vgl. Dok. 43, Anm. 9.
Mit dem Kabinett Brüning war erstmals eine neue Generation von Politikern in politische Spitzenämter gerückt. Da sechs Kabinettsmitglieder als Frontsoldaten im Ersten Weltkrieg das Eiserne Kreuz I. Klasse erworben hatten, wurde das Kabinett Brüning immer wieder auch als das "Kabinett der Frontsoldaten" bezeichnet. Vgl. Dorpalen, Hindenburg, S. 173.

38 Wie Anm. 7.

sich schon längst von ihr gewendet hat? Glauben Sie, Herr Reichskanzler, daß der Gesetzgeber der Weimarer Verfassung die demokratische Willensbildung und Willensmeinung der Nation als letzten Träger der Gewalt verwechselt wissen wollte mit der Angst parlamentarischer Parteien als tragende Basis eines Kabinetts?

Wie untauglich die Demokratie für Deutschland ist, weil sie ihren eigenen Geist verleugnet, hat uns England in einem prachtvollen Beispiel bewiesen. Im Augenblick, da die frühere Regierung MacDonald[39] zu der Überzeugung kam, daß im englischen Volke eine weitgehende Verschiebung der politischen Willensbildung stattgefunden hatte, löste sie das englische Parlament auf und appellierte an das britische Volk[40]. Sie gab damit dem nationalen Selbsterhaltungstrieb vor der ganzen Welt deutlich Ausdruck. Das war nicht nur fair, sondern auch logisch im Sinne der Demokratie.

Was aber geschieht bei uns? Seit Monaten zeugt jede neue Wahl von der ungeheuren Umstellung, die sich im Innern unseres Volkes vollzieht. Ein Blick auf das Wachstum der Partei[41], der Ihnen, Herr Reichskanzler, jederzeit möglich ist, muß den Verlauf dieser Tendenz bestätigen. Was aber geschieht bei uns? Man beginnt den kleinlichsten Krieg gegen die nationalsozialistische Bewegung und hofft, auf dem Wege von Verordnungen und schikanösen, halb empörenden und halb lächerlichen Maßnahmen Metternichschen Geistes, das herrschende System gegen die Demokratie zu verteidigen[42]. Jawohl, *gegen* die Demokratie und *gegen* die Verfassung, Herr Reichskanzler! Denn wie soll man einen Vorgang z. B. beurteilen, in dem ein Staatsgerichtshof das Wahlgesetz eines Landtages als rechtsungültig feststellt, der Landtag selbst aber, ohne mit einer Wimper zu zucken, bleibt, weil ein ängstlicher Selbsterhaltungstrieb Parteien, - darunter die auch Sie stützenden Parteien der Bayerischen Volkspartei und der Sozialdemokratie[43] - vor dem Wandel des Urteils des Volkes zittern läßt[44]? Sie finden heute

39 James Ramsay MacDonald (1866-1937), Journalist, 1886 Mitglied der Fabian Society, 1894 Eintritt in die Independent Labour Party, 1900 Mitbegründer des Labour Representation Committee (seit 1906: Labour Party), 1906-1918 und 1922-1937 Mitglied des britischen Unterhauses, 1911-1914 Fraktionsführer der Labour Party, Januar bis November 1924 Premierminister und Außenminister, 1925 Vorsitzender der Labour Party, 1929-1935 Ministerpräsident, anschließend Lord President of the Council.

40 Wegen der sich zuspitzenden finanziellen und wirtschaftlichen Krise war das Kabinett MacDonald am 24.8.1931 zurückgetreten. Tags darauf bildete MacDonald unter seinem Vorsitz eine als National Government bezeichnete Regierung, die sich jedoch nun aus Vertretern von Labour Party, Konservativen und Liberalen zusammensetzte. Da die Labour Party MacDonald ihr Vertrauen entzog, stimmte dieser am 30.9.1931 Neuwahlen zu, nachdem im September die Haushaltsvorlagen und das Gesetz über die Aufhebung des Goldstandards parlamentarisch gebilligt worden waren. Bei der Wahl vom 27.10.1931 verbesserten sich die Konservativen von 264 auf 471 Mandate, die Liberalen gewannen 33 Mandate, während die Labour Party von 265 auf 52 Mandate fiel. Obwohl MacDonalds National Labour Group lediglich 13 Mandate erhalten hatte, blieb dieser weiterhin Premierminister eines zweiten Nationalen Kabinetts, das sich am 5.11.1931 aus Konservativen, Liberalen sowie Vertretern der National Labour Group konstituierte. Vgl. David Marquand, Ramsay MacDonald, London 1977, S. 638 ff.

41 Vgl. z. B. Dok. 2, Anm. 61 und 62, Dok. 37, Anm. 18, Dok. 57, Anm. 2, Dok. 63, Anm. 6, Dok. 67, Anm. 3 und Dok. 83, Anm. 7.

42 Anspielung auf den österreichischen Haus-, Hof- und Staatskanzler Klemens Fürst von Metternich-Winneburg (1773-1859), der Symbolfigur für die seit 1815 einsetzende politische Restauration im Deutschen Bund.

43 Vgl. Dok. 46, Anm. 18.

44 Der bayerische Staatsgerichtshof hatte am 12.2.1930 der Klage von DDP, Wirtschaftspartei und Christlichem Volksdienst gegen das bayerische Landeswahlgesetz nur teilweise stattgegeben; Artikel 42 und 58 dieses Geset-

keinen deutschen Staatsrechtslehrer wahrhaft demokratischer Gesinnung, der nicht vom sachlichen Standpunkt aus das eben geschilderte Unterfangen des Bayer[*ischen*] Landtages als verfassungswidrig ablehnt. Für eine Besorgnis hinsichtlich verfassungswidriger Akte wäre meines Erachtens also im heutigen Deutschland mehr als genug Anlaß vorhanden. Schenken Sie doch diesen nächstliegenden Gefahren Ihre geschätzte Aufmerksamkeit, statt sich *durch politischen Astigmatismus*[45] ablenken zu lassen durch die Sorge um ein von Ihnen lediglich befürchtetes illegales Handeln meiner Bewegung nach ihrer legalen Machtübernahme[46]. Herr Reichskanzler! Wir Nationalsozialisten respektieren die Verfassung in unserem Kampf um die politische Macht und hoffen, *daß es uns möglich sein wird, dem deutschen Volke eine neue und gesündere Verfassung zu geben.* Ich verspreche Ihnen aber schon jetzt, daß wir die jeweils gültige Verfassung auch dem Sinne nach treuer respektieren werden als das heutige System die von Weimar!

Ich kann dabei auch nicht ohne weiteres zugeben, daß die Berechtigung zu Ihren Zweifeln, Herr Reichskanzler, in die derzeitige und künftige Legalität meiner Partei einfach in der von Ihnen betonten Stellung als "Staatsmann" liegen soll. Sie, Herr Reichskanzler, sind heute Staatsmann kraft Ihres Amtes, aber schon jetzt sicher nicht mehr kraft der Zustimmung der nach Ihrer Verfassung auch heute dazu erforderlichen Mehrheit[47]. Ich bin Volksmann [*sic!*] und überlasse es der Zukunft und dem deutschen Volk, ob sie mir den so oft mißbrauchten Ehrentitel des Staatsmannes verleihen wollen oder nicht.

Sowenig aber die von Ihnen, Herr Reichskanzler, angezweifelte Legalität der Partei einen stichhaltigen Grund für die Notwendigkeit des Bestandes der heutigen Regierung abgibt, sowenig ist dies der Fall bei Ihren Befürchtungen hinsichtlich der angeblichen Unrealität unseres Programms.

Sie erklären in Ihrer Rede:

"Daß sich unser Volk gegen das harte Schicksal der Zeit aufbäumt, versteht niemand mehr als ich. Weite Kreise unseres Volkes haben in dieser Not ihre Zuflucht zu Traumbildern genommen.

---

zes, welche die Nominierung von 15 "Landesabgeordneten" durch die Parteien vorsahen, wurden jedoch als Verstoß gegen die Reichsverfassung bewertet. Daraufhin stellte die Landtagsfraktion der NSDAP am 22.10.1930 den Antrag, alle Beschlüsse des bayerischen Landtags nach dem 12.2.1930 für ungültig zu erklären. Dieser Antrag wurde vom bayerischen Staatsgerichtshof am 26.2.1931 abgewiesen; abgewiesen wurde ferner am 21.9.1931 ein Antrag von DVP, DStP, Wirtschaftspartei und Christlichem Volksdienst vom 30.4.1931 gegen das neue Landeswahlgesetz, das der Landtag am 10.3.1931 angenommen hatte. Am 24.10.1931 erließ der bayerische Landtag ein Gesetz über die Verfassungsmäßigkeit des Landtags, am 5.11.1931 lehnte der Staatsgerichtshof weitere Anträge der NSDAP-Fraktion ab, die Rechtsungültigkeit des Landtags festzustellen und eine einstweilige Verfügung gegen seine Einberufung zu erwirken. Vgl. Bekanntmachung der Entscheidung des Bayerischen Staatsgerichtshofs vom 26.2.1931, 21.9.1931 und 5.11.1931; Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes vom 10.3.1931; Gesetz über die Verfassungsmäßigkeit des Landtags. Druck: Gesetz- und Verordnungs-Blatt für den Freistaat Bayern 1931, S. 117 ff., 124 ff., 291 ff., 307, 325 ff.; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1930, S. 38 f.; 1931, S. 63, 110.

45 Medizinischer Terminus für Sehstörungen wegen krankhafter Veränderungen der Hornhaut.

46 Zu Hitlers damaligen Absichten vgl. z. B. Dok. 90.

47 Anspielung auf Artikel 54 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919: "Der Reichskanzler und die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags. Jeder von ihnen muß zurücktreten, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht." Druck: RGBl. 1919, S. 1393. Zu den Machtverhältnissen im Reichstag vgl. Dok. 46, Anm. 18.

Wunschbilder aber sind kein politisches Programm. Eine Rettung Deutschlands ist nur möglich, wenn sich die Politik der Regierung nicht auch in das Reich der Illusionen begibt, sondern sich bei heißer Liebe zu Volk und Vaterland nur von der Erkenntnis der uns verbliebenen Mittel leiten läßt.

Wenn die deutsche Politik der Versuchung nachgeben würde, die Leiden der Gegenwart durch Steigerung unklarer Wünsche und durch die Herausstellung unerreichbarer Ziele zu heilen, so würde es mit Deutschland zu Ende gehen. Für jeden, der in der Verzweiflung solchen Zielen nachjagt, muß ein schreckliches Erwachen kommen. Eine Regierung, die sich ihrer Verantwortung für Volk und Vaterland bewußt ist, darf Strömungen dieser Art nicht nachgeben. Sie darf und wird nicht davor zurückschrecken, dem drohenden Zerfall der Volkskräfte mit eiserner Energie entgegenzutreten. Sie duldet keine andere Macht als die verfassungsmäßige. Reichspräsident und Reichsregierung verfügen allein über die Machtmittel des Staates. Sie werden mit unerbittlicher Strenge, notfalls auch

*unter Verhängung des Ausnahmezustandes*

gegen alle eingesetzt werden, die sich unterfangen würden, in den Stunden der stärksten Nervenprobe den verfassungsmäßigen Gewalten in den Arm zu fallen[48]".

Herr Reichskanzler! Der Vorwurf der Illusionen trifft nicht die nationale Opposition, und am wenigsten die Nationalsozialistische Partei oder mich, sondern zuallererst das heutige System.

*Die Illusionen von Erzberger bis Brüning*

*Als in den Novembertagen 1918 die Revolution ausbrach, wurde mit ihr die Flagge der Illusion hochgezogen, die seitdem über allen Regierungshandlungen innen und außen weht.* Als Ihr Fraktions- und Parteigenosse Matthias Erzberger sich am 11. November 1918 als deutscher Waffenstillstandsunterhändler in den Wald von Compiègne begab und die denkwürdigen, echt staatsmännischen Worte sprach: "Wir müssen eben alles annehmen. Alles müssen wir annehmen. Dann werde sie uns am ehesten verzeihen[49]", da war das eine Illusion. Eine Illusion von entsetzlichen und furchtbaren Folgen, genauso entsetzlich wie die Illusion jener Matrosenbataillone und Schlachtschiffbesatzungen, die wähnten, daß mit ihrem Landesverrat die rote Fahne auch auf den englischen Schiffen hochgezogen würde[50].

---

48 "Daß sich jeder einzelne von uns innerlich aufbäumt gegen das harte Schicksal unserer Zeit, versteht niemand mehr als ich. Wir haben uns, niedergeworfen durch den Weltkrieg aus glänzender Höhe, im innersten Herzen aufgebäumt gegen die Erkenntnis, daß die Not eine Wirklichkeit, nicht nur ein böser Traum sei. Mit steigender Not haben sich in steigendem Maße weite Volkskreise zu Traumbildern geflüchtet. Wunschgebilde sind kein politisches Programm." Der Rest des Zitats entspricht weitgehend wörtlich der Vorlage. Wie Anm. 3.

49 Angesichts der verzweifelten militärischen Lage war Erzberger vom Reichskanzler Prinz Max von Baden ermächtigt worden, jeden Waffenstillstand, so hart er auch sei, anzunehmen. Auch der Chef der OHL, Hindenburg, empfahl in einem Telegramm vom 10.11.1918, den Waffenstillstand "trotzdem abzuschließen", selbst wenn es nicht möglich sein sollte, Erleichterungen durchzusetzen. Obwohl die alliierten Militärs nicht die geringste Konzessionsbereitschaft zeigten, gelang es Erzberger, der damals nicht mehr übernahm als die formale Verantwortung für den verlorenen Weltkrieg, bei den Verhandlungen im Wald von Compiègne noch einige technische Erleichterungen durchzusetzen. Vgl. Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962, S. 293 ff. Zum äußeren Ablauf: Der Waffenstillstand 1918-1919, Bd. 1.

50 Wie in allen kriegführenden Staaten bestand auch in weiten Kreisen der britischen Bevölkerung bei Ende des Ersten Weltkriegs ein hoher Konflikt- und Erwartungsstau, der jedoch - mit Ausnahme des Soldatenrats in Kempton Park Anfang Januar 1919 und der explosiven Stimmung in den Entlassungscamps in Nordfrankreich

Alle Programme der damaligen Zeit und alle Versprechungen, und zwar ausgegeben sowohl von den amtlichen Regierungsstellen wie von Parteiführern, waren, milde gesagt, Illusionen. Die Phrase von der nun kommenden "Schönheit, Freiheit und Würde" [51] war genauso eine traurige Illusion, wie die Phrase vom nunmehr beginnenden sozialen Glück, von der sozialen Wohlfahrt, vom sozialen Emporstieg eine verlogene war.

Eine Illusion war der versprochene Abbau der Preise, eine Illusion die "Entbürokratisierung" unserer Verwaltung, eine Illusion die "Abschaffung der Geheimdiplomatie" [52], eine Illusion die Verheißung einer wahrhaften demokratischen Gleichberechtigung! Unsere ganze Politik damals jagte nur Illusionen nach, Herr Reichskanzler. Und ich war einer der ganz wenigen, der es schon in jenen Jahren wagte, in offenen Massenversammlungen sich diesen Illusionen entgegenzustellen [53]!

*Furcht vor den Akten seiner Geschichte*

*Das heutige System darf es nicht wagen, die Dokumente seiner Erklärungen und Versprechungen aus der Zeit seiner Begründung der Öffentlichkeit in Erinnerung zu bringen, weil sie aus lauter Illusionen bestehen.* Aber *meine Reden* aus diesen Jahren, genauso wie aus den späteren, können Sie öffentlich zum Anschlag bringen lassen. Sie würden heute die Unterlage zu meiner Rechtfertigung abgeben, wie sie seinerzeit die Unterlage abgaben für meine Verfolgung durch Ihre Partei und deren marxistische Verbündete.

Es war eine Illusion, daß man eine Kriegsflotte in der Hoffnung ablieferte, sie wieder zurückzubekommen [54],

eine Illusion, daß man eine Handelsflotte auslieferte in der Meinung, sie wiederzuerhalten [55],

eine Illusion, daß man abrüstete [56], im Glauben, Frankreich würde dasselbe tun [57].

---

und Südengland - nicht auf die Streitkräfte übergriff. Dagegen kam es im zivilen Sektor zu Massenstreiks, mit insgesamt 1.165 Streiks und 1.116.000 Streikenden im Jahr 1918 die international größte Streikbewegung. Vgl. Bernd-Jürgen Wendt, "Deutsche Revolution" - "Labour Unrest". Systembedingungen der Streikbewegung in Deutschland und England 1918-1921. In: Archiv für Sozialgeschichte XX (1980), S. 1-55.

51 Vgl. Dok. 44, Anm. 17.

52 Anspielung auf Punkt 1 des Friedensprogramms des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vom 8.1.1918, demzufolge keine geheimen internationalen Vereinbarungen mehr getroffen werden sollten. Druck: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neugründung Deutschlands in der Gegenwart, Bd. II, S. 374.

53 Zu Hitlers politischen Anfängen vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 200 ff. Hitlers damalige Reden und Äußerungen in: Jäckel/Kuhn, S. 87 ff. Ferner Dok. 2, Anm. 60.

54 Die nach dem Waffenstillstand vom 11.11.1918 ausgelieferten Schiffe der deutschen Kriegsmarine - laut Artikel IV der Waffenstillstandsbedingungen sämtliche Unterseeboote, sechs Panzerkreuzer, zehn Linienschiffe, acht Kleine Kreuzer und 50 Zerstörer - wurden im britischen Flottenstützpunkt Scapa Flow interniert und am 21.6.1919, dem Tag des Ablauf des Waffenstillstands, von ihren deutschen Besatzungen versenkt. Vgl. Jost Dülffer, Die Reichs- und Kriegsmarine 1918-1939. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 4/VIII, S. 337 ff., hier S. 353 ff.; Der Waffenstillstand 1918-1919, Bd. 1, S. 25, 47, 75, 79.

55 Wegen der fortbestehenden Seeblockade hatten sich alliierte und deutsche Vertreter im Brüsseler Abkommen vom 14.3.1919 darauf geeinigt, als Gegenleistung für einen begrenzten Lebensmittelimport nach Deutschland die deutsche Handelsflotte dem Allied Maritime Transport Council zur Verfügung zu stellen. Vgl. Leo Haupts, Deutsche Friedenspolitik 1918-19. Eine Alternative zur Machtpolitik des Ersten Weltkrieges? Düsseldorf 1976, S. 293 ff.

Anlage III, § 1 und 2 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 bestimmte, daß die deutsche Regierung innerhalb von zwei Monaten dem alliierten Wiedergutmachungsausschuß "das Eigentum an allen den Reichs-

Es war eine Illusion, eine Hilfe vom Weltgewissen, vom Völkerbund oder von irgendeiner Konferenz zu erwarten.

Es war eine Illusion, als man den Friedensvertrag in der Meinung unterschrieb, es handle sich nur um ein formales Dokument und nicht um die schon damals beabsichtigte Zerstörung des deutschen Volkes und seiner Wirtschaft durch Frankreich.

Es war eine Illusion, daß man glaubte, durch die Unterzeichnung der Kriegsschuldlüge[58] Erleichterungen, ja "Verzeihung" erhalten zu können, während in Wirklichkeit in der Weltgeschichte noch jede charakterlose Handlung ihre eigene Rache in sich trug.

Es war eine Illusion, als wiederum Ihr Parteigenosse Matthias Erzberger, Herr Reichskanzler, den Alliierten als mögliche Reparationssumme hundert Milliarden Goldmark vorschlug[59] und deutsche Regierungen allen Ernstes glaubten, das erfüllen zu können, und jeden moralisch steinigten, der diesen Wahnsinn einen Wahnsinn nannte.

Es war weiter eine Illusion, als man im Ruhrkampf wähnte, durch einen bezahlten Generalstreik eine okkupierende Armee verscheuchen zu können[60], und eine noch größere Illusion,

---

angehörigen gehörenden Handelsschiffen von 1.600 Bruttotonnen und darüber, ferner die Hälfte des Tonnengehalts der Schiffe, deren Bruttotonnengehalt zwischen 1.000 und 1.600 Tonnen beträgt, und je ein Viertel des Tonnengehalts sowohl der Fischdampfer wie der anderen Fischereifahrzeuge" auszuliefern habe. § 5 verpflichtete die deutsche Regierung, für die alliierten Regierungen fünf Jahre lang Handelsschiffe mit einem Gesamttonnengehalt von jährlich max. 200.000 Tonnen zu bauen; Konditionen und Preise sollten durch den alliierten Wiedergutmachungsausschuß festgelegt werden. Druck: RGBl. 1919, S. 1019 ff.

56 Teil V des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 legte Größe, Charakter und Bewaffnung der deutschen Streitkräfte präzise fest. Dazu gehörten u. a. ihre Reduzierung auf eine Gesamtstärke von 115.000 Mann, das Verbot aller modernen und zukunftsweisenden Waffensysteme sowie der allgemeinen Wehrpflicht, ferner der Abbau aller Grenzbefestigungen und die Begrenzung aller militärischen Aufgaben auf die Aufrechterhaltung der innerstaatlichen Ordnung. Druck: RGBl. 1919, S. 919 ff. Zu Organisation von Reichsheer und Reichsmarine vgl. Edgar Graf von Matuschka, Organisation des Reichsheeres. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939, Bd. 3/VI: Reichswehr und Republik 1918-1933, München 1979, S. 305-343; Rolf Güth, Die Organisation der deutschen Marine in Krieg und Frieden 1913-1933. In: Ebenda, Bd. 4/VIII, S. 263-336, hier S. 314 ff. Vgl. ferner Dok. 37, Anm. 3.

57 Vgl. Dok. 44, Anm. 11 und 14.

58 Vgl. Dok. 12, Anm. 7.

59 Im Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 verzichteten die Alliierten darauf, ihre endgültigen Reparationsforderungen gegenüber Deutschland zu fixieren, sondern wiesen dies einem interalliierten Wiedergutmachungsausschuß zu. Allerdings wurde im Friedensvertragsentwurf eine Vorabzahlung in Höhe von 100 Milliarden Goldmark gefordert, unabhängig von weiteren deutschen Reparationen. Die deutsche Friedensdelegation versuchte daraufhin vergeblich, die alliierten Reparationsforderungen auf diese - unverzinsbare - Summe festzulegen, wobei Erzberger zunächst die Erstattung durch Sachwerte in Form eines deutschen Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich sowie einer alliierten Beteiligung an der deutschen Industrie favorisierte. Vgl. Peter Krüger, Deutschland und die Reparationen 1918/19. Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand und Versailler Friedensschluß, Stuttgart 1973, S. 161 ff. Druck von Teil VIII des Versailler Friedensvertrags: RGBl. 1919, S. 985 ff.

60 Am 11.1.1923 waren französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet einmarschiert, weil die Reparationskommission die Auffassung vertrat, daß die deutschen Reparationslieferungen bewußt verzögert worden seien. Die deutsche Regierung hatte darauf den passiven Widerstand der besetzten Gebiete gegen die Besatzungstruppen initiiert. Die Wirkungslosigkeit dieser Strategie und die damit verbundenen hohen Kosten führten jedoch am 12./13.8.1923 zur Ablösung des Kabinetts Cuno durch das Kabinett Stresemann, das den passiven Widerstand bis zum 26.9.1923 einstellte. Vgl. Klaus Schwabe (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1985.

daß man meinte, ohne Aufbau einer aktiven Front im Hinterland eines Tages besser verhandeln zu können als vorher[61].

*Es war eine Illusion, als man den Dawes-Pakt[62] unterschrieb und an das Traumbild einer damit möglich werdenden Sanierung der deutschen Wirtschaft glaubte.*

Und es war wieder eine Illusion, als man diese Fata Morgana des Dawes-Frühlings schon als den Beginn der Staatsrettung durch die Wirtschaft [*sic!*] feierte[63].

Eine Illusion war die Hoffnung, die man an Locarno[64] knüpfte, genauso, wie der Young-Plan nur auf Illusionen beruhte.

*Illusion*[*en*] *von Dawes bis Young*

*Es war eine Illusion, daß man meinte, mit dem Young-Plan die Finanzen des Reiches und der Länder sanieren zu können*[65], eine Illusion, daß man versuchte, damit auch die Wirtschaft zu retten[66].

Eine Illusion war das Versprechen, durch die Unterzeichnung des Young-Plans die *Arbeitslosigkeit*[67] zu beseitigen, und nichts anderes als eine Illusion die Beteuerung, damit die Landwirtschaft dem Verderben zu entreißen[68]. Und über allem die ungeheure Illusion, daß die deutsche Wirtschaft das leisten könne, und die noch größere Illusion, daß nunmehr der Beginn geregelter und geordneter Verhältnisse erreicht sei.

Jawohl, Herr Reichskanzler, solchen Illusionen ist unsere betont nüchtern und real denkende Staatsleitung zum Opfer gefallen und noch zahllosen anderen dazu!

*Denn auch die Notverordnungen, Herr Reichskanzler, haben sich in der von Ihnen erhofften Wirkung durchlaufend ebenfalls als Illusionen erwiesen.*

Am verhängnisvollsten waren die Illusionen aber meist dann, wenn Rundfunkreden der Dürftigkeit und Brüchigkeit unserer Verordnungen volkstümliche Lichter aufzusetzen bemüht waren.

Ich habe schon in meinem ersten offenen Brief an Sie[69], Herr Reichskanzler, auf den schweren Irrtum hingewiesen, der in Ihrer Auffassung lag, Deutschland müsse erst seine Fi-

---

61 Hitler hatte 1923 jegliche Unterstützung des passiven Widerstands gegen die Ruhrbesetzung mit der Begründung abgelehnt, daß zuerst der "innere Feind" besiegt werden müsse, bevor Frankreich bekämpft werden könne. Vgl. z. B. seine Reden vom 26.2. und 21.8.1923. Druck: Jäckel/Kuhn, Hitler, S. 835 ff., 981 ff. Ferner Fest, Hitler, S. 273 f.

62 Vgl. Dok. 46, Anm. 21.

63 Die Annahme des Dawes-Plans durch die deutsche Seite war mit einer Auslandsanleihe in Höhe von 110 Millionen $ an die deutsche Regierung verbunden, welche die wirtschaftliche Sanierung und damit die Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reichs sicherstellen sollte. Zwischen 1924 und Sommer 1930 flossen rund 28 Milliarden RM Auslandsanleihe insbesondere aus den USA, Großbritannien und den Niederlanden in das Deutsche Reich. Diese Kredite, mit denen nach 1924 etwa $^{2}/_{5}$ aller Investitionen im Deutschen Reich finanziert wurden, ermöglichten die einsetzende Konjunktur der deutschen Wirtschaft sowie zahlreiche öffentliche Investitionen, insbesondere in den Kommunen. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 315 ff, 356 ff. sowie Derek H. Aldcroft, Die zwanziger Jahre. Von Versailles zur Wall Street 1919-1929, München 1978, S. 104 f., 291 ff.

64 Vgl. Dok. 2, Anm. 17.

65 Vgl. Dok. 2, Anm. 9, 14 und 15 sowie Dok. 29, Anm. 7.

66 Vgl. Dok. 9, Anm. 4.

67 Vgl. Dok. 89, Anm. 10 sowie Dok. 2, Anm. 4.

68 Vgl. Dok. 2, Anm. 34.

69 Druck: Dok. 46.

nanzen und seine Wirtschaft saniert haben, um dann mit Aussicht auf Erfolg eine Revision des Young-Planes anstreben zu können[70]. Ich stellte damals fest, daß an sich eine solche Sanierung vor der Revision nicht nur des Young-Plans, sondern überhaupt des Friedensvertrages von Versailles ausgeschlossen wäre, daß aber, selbst wenn sie gelänge, damit jede praktische Beseitigung der uns aufgebürdeten Lasten unmöglich würde. Denn wie wollten wir der Welt die Unmöglichkeit der Verträge klar machen, wenn wir trotz ihrer die Aufrechterhaltung des finanziellen und wirtschaftlichen Lebens als möglich beweisen? Sie, Herr Kanzler, haben nun zu diesem Punkt im Reichstag Stellung genommen und meine Auffassung als Irrtum hinzustellen versucht mit der Begründung, daß durch diese, die letzte Substanz erfassenden Eingriffe in unser wirtschaftliches Leben die Unmöglichkeit der Erfüllungspolitik[71] erst der Welt bewiesen werden solle[72].

*Neue verzweifelte Erfüllungsversuche*

Herr Reichskanzler Brüning, erstens, ist das der Welt bereits bewiesen worden. Zweitens, konnte man das der Welt in jeder Stunde der Entwicklung der letzten sechs Jahre beweisen, wenn man dies gewollt hätte. Und drittens, stimmt es nicht, daß etwa die heutige Regierung zum Unterschied von den früheren durch die bewußte ausschließliche Inanspruchnahme der eigenen deutschen Möglichkeiten die Unmöglichkeit der Erfüllung des Geforderten demonstrieren wollte! Nein!

*Tatsächlich hat auch die derzeitige Regierung die ganze Welt abgetastet nach neuen Krediten[73]. Würden sie gegeben worden sein, man hätte die Fortführung der Erfüllungspolitik erneut als möglich "bewiesen".*

Denn jede noch so zarte Blüte, und wenn sie tausendmal nur eine Scheinblüte ist, muß immer wieder die Welt in ihrem Irrtum bestärken, daß der Wahnsinn der Reparationen am Ende vielleicht doch kein Wahnsinn sei. Auch das ist eine Illusions-Politik, Herr Reichskanzler.

Und ebenso war die *Zollunion*[74] ein mir unverständliches "Wunsch- und Traumbild". Die ganze Art der Einleitung und Durchführung: eine "Illusions-Politik" im Exempel! Wie es über-

70 Vgl. Dok. 46, Anm. 20 und 78.

71 Vgl. Dok. 44, Anm. 9.

72 Brüning hatte sich am 16.10.1931 im Reichstag mit Hitlers Brief vom 14.10.1931 auseinandergesetzt und u. a. erklärt: "Wir haben erfüllt, wir sind die erste Regierung gewesen, die aus eigener Kraft erfüllt hat, nicht auf Grund von Anleihen, sondern auf Grund einer bestimmten Gestaltung der Handelsbilanz mit allem, was damit zusammenhängt. In dem Augenblicke zeigte sich neben anderen Dingen, die mit der Erschütterung der Weltwirtschaft und der Kreditwirtschaft der Welt zusammenhängen, daß es so mit den Reparationen nicht geht." Druck: Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, Berlin 1932, S. 2195.

73 Die Banken- und Kreditkrise des Sommers 1931 verschärfte den Druck auf die öffentliche Hand in Deutschland, die ohnehin unter ihrer hohen Auslandsverschuldung zu leiden hatte. Seit Juni 1931 versuchten deshalb Vertreter von Reichsregierung und Reichsbank in verschiedenen Anläufen die Sicherung des Zinsen- und Tilgungsdienstes sicherzustellen, indem sie mit ausländischen Regierungen oder Banken über neue Kredite sowie über eine Verlängerung der Tilgungsfristen verhandelten. Am 25.6.1931 erhielt die Reichsbank einen internationalen Überbrückungskredit in Höhe von 100 Millionen $, alle weiteren deutschen Sondierungen wie die Reise von Reichsbankpräsident Luther nach London und Paris am 9./10.7.1931 oder die Besprechungen auf der Konferenz von London vom 20.7.-23.7.1931 blieben jedoch ergebnislos. Vgl. Rolf E. Lüke, Von der Stabilisierung zur Krise, Zürich 1958, S. 283 ff. Ferner Dok. 12, Anm. 6 und Dok. 56, Anm. 9.

74 Vgl. Dok. 23, Anm. 9.

haupt eine Illusion ist, ohne die "Sanierung" des inneren Volkskörpers eine wirklich erfolgreiche Vertretung nationaler Interessen nach außenhin durchführen zu wollen.

*Die große Illusion der Notverordnungen*

Und wieder ist es eine "Illusion" zu glauben, daß man die "Sanierung einer Nation", die von weltanschaulichen Krämpfen durchschüttelt wird, auf dem Verordnungswege durch Polizeierlasse dekretieren kann.

Die Meinung, zweieinhalb Milliarden an jährlichen Tributen und zweieinhalb Milliarden an jährlichen Zinsleistungen aufbringen zu können[75], ist eine Illusion, genauso wie der Gedanke, daß man für solche Unmöglichkeiten auf die Dauer im Innern die politische Deckung finden wird. Nein, Herr Reichskanzler! Seit dreizehn Jahren trabt ein geisterhafter Pegasus[76] durch die seligen Gefilde unbegrenzter Illusionen: Das Tier nennt sich deutsche Innen- und Außenpolitik!

Sie haben, Herr Reichskanzler, die Erwartung ausgesprochen, daß man mit der kritischen Beurteilung der neuen Gesetzesvorlage zurückhalte, bis ihre Auswirkung klar und erwiesen wäre. Dieser Wunsch erscheint mir vom Standpunkt einer selbst unsicheren Regierung verständlich. Ein Staatsmann, der sich der Richtigkeit seines Handelns bewußt ist und damit zwangsläufig den Erfolg reifen sieht, kann nur hoffen, daß seine Gegner seine Maßnahmen vorzeitig abträglich kritisieren und sich damit bei dem dennoch eintretenden Erfolg selbst widerlegen. *Eine Regierung aber, die, durch die bisherigen Erfahrungen belehrt, in der Beurteilung ihrer eigenen Erfolgsaussichten selbst schon schwankend geworden ist, wird natürlich umgekehrt am liebsten überhaupt jede Kritik verbieten.* Sie ahnt im vornehinein [*sic!*], daß das Nichteintreffen ihrer Versprechungen die Kritiker später rechtfertigt. Daher wird sie am liebsten allen die Entwicklung der Dinge vorhersehenden Männern das Reden und Schreiben verbieten, um auf diese Weise zu verhindern, daß die Opposition eines Tages später auf ihre Prophezeiungen hinweisen kann und von der Nation ihre verdiente Anerkennung erhält.

*Brünings Sozialversicherung*

Es ist mir daher die Besorgtheit für den Weihnachtsfrieden[77] auch politisch absolut verständlich. Ich will aber nun aus Ihrer Verteidigungsrede, Herr Reichskanzler, anläßlich des parlamentarischen Kampfes um die *erste* Notverordnung[78], deren Auswirkungen seitdem

75 Vgl. Dok. 46, Anm. 27.

76 Antiker Mythos eines geflügelten Pferdes.

77 In Teil acht, Kapitel IV der Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8.12.1931 ("Sicherung des Weihnachtsfriedens") wurden für die Zeit bis zum 3.1.1932 u. a. "alle politischen Versammlungen und Aufzüge, die zu politischen Zwecken oder von politischen Verbindungen oder Vereinigungen veranstaltet werden", verboten. Verboten wurden für diesen Zeitraum außerdem alle "Plakate, Flugblätter und Flugschriften politischen Inhalts". Druck: RGBl. 1931, I, S. 743 f.

78 Der Reichstag hatte am 16.7.1930 mit 256 gegen 193 Stimmen - darunter die Stimmen von SPD, DNVP, KPD, NSDAP und Volksrecht-Partei - die Deckungsvorlage der Reichsregierung abgelehnt, mit der das Haushaltsdefizit abgebaut werden sollte. Die Regierung setzte nun den abgelehnten Gesetzentwurf unter Einbeziehung einer Bürgersteuer und Gemeindegetränkesteuer als Notverordnung nach Artikel 48 in Kraft. Auf Antrag der SPD stimmte der Reichstag am 18.7.1930 mit 236 gegen 221 Stimmen für Aufhebung dieser Notverordnung. Daraufhin löste Brüning den Reichstag auf und setzte Neuwahlen für den 14.9.1930 fest. Die abge-

zweifelsfrei vorliegen, nachweisen, *wie sehr Sie sich auch rein persönlich damals Illusionen hingegeben haben, die bei einem Staatsmann unverzeihlich sind.*

In der Sitzung des Reichstages vom 16. Oktober 1930 sagten Sie, Herr Reichskanzler, wörtlich:

*"Die Reichsregierung hat den großen Wirtschafts- und Finanzplan aufgestellt zur Überwindung der Krise*[79]*".*

Herr Reichskanzler, der große Plan hat sich praktisch als eine Illusion erwiesen, denn die Krise wurde nicht überwunden.

In der angeführten Sitzung betonten Sie weiter:

*"Mit dieser Notverordnung (vom 26.7.[19]30) hat der Herr Reichspräsident zusammen mit der Reichsregierung auf dem im Art[ikel] 48 der Weimarer Verfassung vorgezeichneten Wege die ersten Schritte zur Milderung der finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Notstände getan*[80]*".*

Herr Reichskanzler, weder die finanzielle, noch die wirtschaftliche, noch die soziale Not ist gemildert worden. Diese Auffassung beruhte demnach auf einer Illusion. Weiter sprachen Sie:

*"Wichtige Teile der Sozialversicherung haben eine Gestaltung erhalten, die eine Rettung der Sozialversicherung möglich macht*[81]*".*

Herr Reichskanzler, die Sozialversicherung erscheint mir weniger denn je gerettet, sondern auf das schwerste bedroht[82]. Ich habe auch hier das Gefühl, daß diese Behauptung sich als Illusion erweisen wird.

In derselben Rede versicherten Sie, Herr Reichskanzler, daß die Grundlinien des Reformwerks von damals "Vereinfachung des behördlichen Apparates, insbesondere auf dem Gebiete der Steuerverwaltung, eine Steuerpolitik, die den Produktionsprozeß nicht unerträglich belastet, vielmehr die Kapitalbildung, namentlich auch bei den kleinen Sparern fördert, und schließlich die Vorbereitung eines endgültigen Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden" seien[83].

---

lehnte Notverordnung wurde am 26.7.1930 in verschärfter Form erneut als Notverordnung erlassen. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 103 ff.; Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte. IV. Wahlperiode 1928, Bd. 428, Berlin 1930, S. 6395 ff. Druck der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26.7.1930: RGBl. 1930, I, S. 311 ff.

79 Druck: Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 444, Berlin 1932, S. 17.

80 Ebenda.

81 Ebenda, S. 17.

82 Im Fünften Teil der Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8.12.1931 wurden viele Leistungen der Sozialversicherung drastisch reduziert: Eingeschränkt wurden die kassenärztlichen Leistungen, etwa durch eine Gesamtvergütung pro Kassenmitglied in Höhe einer festgelegten Kopfpauschale oder durch Niederlassungsbeschränkungen für Kassenärzte. Gekürzt wurden die Leistungen der Unfallversicherung, etwa durch Streichung der Leistungen bei Mitverschulden des Unfalls oder bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit bis 20%, ferner der Leistungen der Knappschaftlichen Versicherung. Außerdem wurden u. a. eingeführt: Reduzierung von Kinderzuschüssen und Waisenrenten bis zum 15. Lebensjahr, Verlängerung der Wartezeit beim Anspruch auf Invalidenrente oder Ruhen von Renten bei mehrfachen Renten- oder Pensionsansprüchen aus verschiedenen Versicherungszweigen. Schließlich wurden die obersten Landesbehörden ermächtigt, "Richtsätze für die Bemessung des notwendigen Lebensunterhalts der Hilfsbedürftigen" festzusetzen. Druck: RGBl. 1931, I, S. 718 ff.

83 Druck: Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 444, S. 18.

Nachdem von all diesen Hoffnungen in Wirklichkeit nicht *eine* in Erfüllung ging, kann man auch sie nur in das Gebiet der Illusionen verweisen.

Ebenso hat es sich als Illusion herausgestellt, daß die Durchführung dieses Wirtschaftsprogramm-Planes nichts unversucht lassen wird, um möglichst viele Arbeitsfähige in Arbeit zu bringen[84].

Endlich aber versicherten Sie:

"Angesichts der seelischen und wirtschaftlichen Not unseres Vaterlandes hält es die Regierung für eine ihrer wichtigsten Aufgaben, allen Bestrebungen kultureller Zersetzung auf das energischste sich entgegenzustellen. Die schwere Krise, die Deutschland jetzt zu überwinden hat", (das wurde, wie gesagt, schon am 10.10.[*19*]30 erklärt) "erfordert sittliche Stärke und einmütiges Zusammenhalten aller derer, die ihr Vaterland lieben[85]".

Herr Reichskanzler, war das eine Illusion, ein Traum- und Wunschbild, oder gehören die Schandfilme, die unentwegt in Deutschland laufen, und die marxistisch-jüdische Kulturzersetzung aller Art von heute etwa zu den Bestrebungen, sich der kulturellen Vernichtung entgegenzustellen?

Aber es war auch eine Illusion, wenn Sie damals erklärten, daß

"Opfer verlangt werden, die den Weg zur Freiheit und zum Aufstieg bahnen sollen[86]".

*Die Freiheit der Völker ist immer erst in zweiter Linie mit wirtschaftlichen Opfern erhandelt worden, in erster Linie aber mußte sie immer durch politische Opfer und Leistungen verdient werden.* Jede andere Auffassung ist eine Illusion.

*Brüning gesteht die Illusionen des Systems ein*

Auch die neue Notverordnung, Herr Reichskanzler, wird sich in den Hoffnungen, die man an sie knüpfen müßte, als eine Illusion erweisen. In Ihrer Rede führen Sie gleich eingangs folgendes aus:

"Am Vorabend der Veröffentlichung einer schicksalsschweren Notverordnung halte ich es für meine Pflicht, dem deutschen Volk Aufschluß über die Ziele und Entscheidungen der Reichsregierung zu geben. Die neuen Maßnahmen sind bedingt durch weltwirtschaftliche Gründe, durch die Lasten, die dem deutschen Volke auferlegt werden, und durch *eigene Fehler*. Täglich schreitet die Zerrüttung der Weltwirtschaft fort. In das Sinken der englischen Währung sind auch andere Währungen verstrickt.

Ein blinder Wirtschaftskrieg von ungeheurem Ausmaß ist entbrannt.

Die Ursachen der allgemeinen Not sind der Welt ebenso wie die besondere Rolle Deutschlands in der Weltwirtschaftskrise bekannt. Trotzdem besteht die ernste Sorge, ob die Tatkraft der Regierungen rasch die nötigen Folgerungen aus dieser Erkenntnis zieht.

Das Festhalten an formalen Rechtsauffassungen kann die Lage der Welt nicht meistern. Großzügige Lösungen, die von überholten Gedankengängen der Vergangenheit frei sind, müssen gefunden werden. Teillösungen sind für die Welt unzureichend[87]".

---

84 "Sie [*die Reichsregierung*] wird bei Durchführung ihres Wirtschafts- und Finanzplanes nichts unversucht lassen, um möglichst viele Arbeitsfähige in Arbeit zu bringen, und hofft hierbei auf die tatkräftige Mitarbeit dieses Hohen Hauses." Druck: Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 444, S. 19.

85 Druck: Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 444, S. 22.

86 Ebenda.

*Ich bin als Nationalsozialist Ihnen, Herr Reichskanzler, zu Dank verpflichtet, daß Sie in dieser Rede zum erstenmal mit die Schuld an der derzeitigen Katastrophe den Fehlern beimessen, die unsere Regierungen bisher begangen haben.* Da Sie weiter der Auffassung sind, daß das Festhalten an "formalen Rechtsauffassungen" die Lage der Welt nicht meistern kann, *geben Sie damit indirekt zu, daß auch Ihre eigene Regierung wenigstens bis zu dieser Notverordnung durch das Befangenbleiben in diesen formalen Rechtsauffassungen ebenfalls diese Politik der Fehler fortzuführen scheint.* Da ich annehmen will, daß keine der bisherigen Regierungen aus schlechter Absicht oder bösem Willen solche Fehler beging, sondern vermutlich sich später als fehlerhaft herausstellte, was von ihnen zuerst als richtig und nützlich angesehen wurde, haben sich also alle diese Regierungen in den wichtigsten und einschneidendsten Belangen *geirrt.* Sie sind "Traumbildern" erlegen und haben "Illusionen" nachgejagt.

Sie mildern allerdings diesen Vorwurf, indem Sie auch "weltwirtschaftliche" Gründe anführen. Allein in bezug auf diese haben die deutschen Regierungen sich gleichfalls den schwersten Illusionen hingegeben. Sie selbst, Herr Reichskanzler, waren doch überzeugt, daß der Young-Plan durchführbar sei[88] und eine Besserung gerade der "Weltverhältnisse" im Gefolge haben werde. Eine furchtbare Illusion! Wenn Sie aber nun von "überholten Gedankengängen" der Vergangenheit reden und großzügige Lösungen vorschlagen, die von diesen Gedankengängen frei sind, *dann darf ich wohl feststellen, daß diese überholten Gedankengänge die Ihren, Herr Reichskanzler, waren, und die großzügigen Lösungen, die von diesen Gedankengängen frei sind, von uns schon seit Jahr und Tag niedergelegt wurden.*

Immerhin steht vor allem aber Ihre Verurteilung des Festhaltens an formalen Rechtsauffassungen in schärfstem Widerspruch zu jener Angst, die auch Sie bei dem Gedanken zu verspüren scheinen, die Nationalsozialisten könnten, legal zur Macht gekommen, etwa hinterher gegen die formale Rechtsgrundlage der Verfassung sich versündigen. Warum im einen Fall so großzügig und im anderen so besorgt?

---

87 "Am Vorabend der Veröffentlichung einer schicksalsschweren Notverordnung, die soeben der Herr Reichspräsident unterzeichnet hat, halte ich es für meine Pflicht, dem deutschen Volk Aufschluß über die Ziele und Entscheidungen der Reichsregierung zu geben. Die zu treffenden Maßnahmen sind bedingt durch die Lage der Weltwirtschaft und des Kapitalmarktes der Welt. Sie sind bedingt durch die unerträglichen Lasten, die dem deutschen Volke im vergangenen Jahrzehnt auferlegt wurden. Aber sie gehen ebenso auch zurück auf *Fehler, die wir selbst* in den vergangenen Jahren gemacht haben. Tag für Tag schreitet die Zerrüttung der Weltwirtschaft fort. Mit der *englischen Währung* sinkt der Wert zahlreicher anderer Währungen. Ein blinder Wirtschaftskrieg von ungeheurem Ausmaß ist entbrannt, der die Wohlfahrt aller Völker der Welt zu untergraben droht. Weder über das Maß der die ganze Welt bedrängenden Schwierigkeiten noch über die wesentlichen Ursachen des gefahrvollen Zustandes der Gegenwart sind sich die Menschen im unklaren. Sie kennen auch die besondere Rolle, die Deutschland dabei spielt. Trotzdem muß ich die ernste Sorge äußern, daß die Tatkraft der Regierungen nicht Schritt hält mit dieser sachlichen Einsicht, mit der unabwendbaren Notwendigkeit, aus den gewaltigen Gefahren jetzt rasch die nötigen Folgerungen zu ziehen. [...] Durch Festhalten an formalen Rechtsauffassungen kann die Lage der Welt nicht gemeistert werden - *großzügige Lösungen* müssen gefunden werden, deren Wirksamkeit nicht mehr durch überholte Konstruktionen und Gedankengänge der Vergangenheit belastet ist. Wollte man bei Teillösungen stehen bleiben, die an der zwangsläufigen Gesamtlage vorbeigehen, so würde sich allerdings erweisen, daß sie nicht nur für die einzelnen Beteiligten unzureichend, sondern auch für die Welt unheilvoll sind." Wie Anm. 3.

88 Vgl. Dok. 46, Anm. 20 und 78.

Ich habe mich hier nicht mit dem sachlichen Teil der Notverordnung auseinanderzusetzen. Ich habe hier nur die Absicht, für die Zukunft festzustellen, daß auch sie in der Wirkung eine Illusion bleiben wird.

*Gesetze und Ausführungsbestimmungen*

Wenn eine Notverordnung mit so großem Aplomb in die Welt gesetzt wird, kann ihre Rechtfertigung nicht im mehr oder weniger gelungenen Anknabbern einzelner Auswirkungen der allgemeinen Not liegen, sondern in einer grundsätzlichen Behebung der Ursachen der Not. Alle großen Gesetzeswerke haben den Vorzug, sich einer gewissen lapidaren Kürze zu bedienen. Der Gesetzgeber hat in solchen Fällen die Aufgabe, am Motor des gemeinschaftlichen Lebens die schadhafte Stelle herauszusuchen und dort Wandel zu schaffen. Es müssen daher scharf getrennt werden das Gesetz und die zeitweiligen Ausführungsbestimmungen. Dem Gesetz muß der Zweck nicht nur zugrunde liegen, sondern der Zweck muß auch in jeder Zeile klar ersichtlich sein.

Was bezweckt die neue Notverordnung?

Wenn hier generell von einer "Heilung" der Schäden der Zeit[89] gesprochen wird, dann muß eine solche Absicht doch im einzelnen auch bemerkbar sein.

Die heutigen Schäden aber werden durch folgende Tatsachen charakterisiert:

*1. Die politische Krise unseres Volkes,*
*2. die Produktionskrise,*
*3. die Arbeitslosenkrise,*
*4. die Finanzkrise unseres öffentlichen Lebens,*
*5. die Finanzkrise unseres privaten Lebens.*

*Das Volk interessiert nur die Frage, inwieweit man dieser großen Krisen Herr wird oder nicht.*

Das Volk kümmert sich nicht - und mit Recht nicht - um den Umfang einer Notverordnung, auch nicht um die darauf angewendete Zeit. Es fragt nicht danach, ob dieses Werk in Tages- oder Nachtüberstunden fabriziert wurde, sondern es interessiert sich ausschließlich nur für den Effekt in der Richtung der angedeuteten Punkte.

Man versucht ja auch durch Reden und mittels der Presse, die Notwendigkeit der neuen Verordnung mit dem Nutzen zu motivieren, den sie durch die Beseitigung dieser Krisen unserem Volke bescheren wird.

*Brünings Versagen*

Und dazu, Herr Reichskanzler, möchte ich nun genauso, wie vor der Unterzeichnung des Young-Plans, meine Auffassung zur Kenntnis der deutschen Öffentlichkeit bringen.

*1. Die Meinung, daß durch die vierte Notverordnung die politische Krise unseres Volkes überwunden wird, ist eine Illusion.*

---

89 Vermutlich eine Anspielung auf Brünings Reichstagsrede vom 13.10.1931: "Die Ereignisse der Vergangenheit beweisen es, daß man den ungeheuren Druck, den die Weltkrise auf das gesamte wirtschaftliche, soziale und politische Leben ausübt, nur dann durchhalten kann, wenn man zwar nach einem wohlüberlegten Plan, aber schrittweise den Weg zur Heilung geht." Druck: Verhandlungen des Reichstags. V. Wahlperiode 1930, Bd. 446, S. 2074.

*2. Die Meinung, daß die Krise des inneren Marktes und des Exports unserer deutschen Produktion durch diese Notverordnung behoben wird, ist eine Illusion.*

*3. Die Meinung und Hoffnung, daß durch sie die Arbeitslosenkrise beseitigt wird, ist eine Illusion.*

*4. Die Auffassung, daß mit dieser Notverordnung die Finanzkrise unseres öffentlichen Lebens abgewendet wird, ist eine Illusion.*

*5. Und die Meinung endlich, daß man damit die Finanzkrise des privaten Lebens und der privaten Wirtschaft würde überwinden können, ist eine Illusion*[90].

Es wird statt des Erhofften in all diesen fünf Punkten das Gegenteil eintreten: *Die Zukunft wird es beweisen.*

Ich habe keine Veranlassung, Herr Reichskanzler, diese meine Auffassungen einem System gegenüber näher zu begründen, das von sich selbst überzeugt ist, die sachliche Vernunft zu repräsentieren, während man die Opposition als in "Traum- und Wunschbildern" befangen hinstellt. Ich habe noch viel weniger Grund zu einer solchen eingehenden Widerlegung, als ich es ja seit einer Reihe von Monaten erleben muß, *wie wenig die sogenannte "sachliche Vernunft" die heutige Regierung davon abhält, von Zeit zu Zeit in den "Phantasie- und Traumgarten" der Opposition einzubrechen, um dann die erst als giftig verschrienen Früchte in amtlicher Packung als harmlose Kostproben dem erstaunten Volke als "neue Erkenntnisse des sachlichen Denkens" vorzusetzen.*

Ich beschränke mich daher auf eine gründliche Widerlegung desjenigen Teils der Notverordnung, den Sie, Herr Reichskanzler, als letztes Kapitel folgen lassen.

Schon die Art der Gruppierung zeigt auch hier wieder die Befangenheit der Regierung in einer Illusion, nämlich in dem irrigen Glauben, daß erst die Wirtschaft und dann das politische Leben saniert werden könne. Unterstrichen wird diese Auffassung ja auch durch die verschiedenen Erklärungen unserer Regierung dem Ausland gegenüber, in denen auf peinliche Fragen das nunmehr nicht wegzuleugnende Wachsen der nationalsozialistischen Bewegung am liebsten auf die "Weltwirtschaftskrise" zurückgeführt wird. Einiges Nachdenken sollte allerdings die Regierung eines anderen belehren. Denn wenn diese Auffassungen zuträfen, dann müßte eigentlich die *Wirtschaftspartei* heute an unserer Stelle stehen[91]! Daß es umgekehrt ist, beweist nur,

*daß das, was die Regierungsparteien heute noch nicht verstehen, das Volk schon längst begriffen hat. Ohne nationalpolitische "Sanierung" des deutschen Volkskörpers gibt es auch keinen wirtschaftlichen Wiederaufstieg.*

Ich nehme an, daß Sie, Herr Reichskanzler, allen Ernstes glauben, das politische Anhängsel der Notverordnung sei das geeignete Mittel zur politischen "Sanierung" des deutschen Volkes,

---

90 Die Vierte Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8.12.1931 enthielt die folgenden Teile: Preis- und Zinssenkung (S. 700 ff.), Wohnungswirtschaft (S. 706 ff.), Maßnahmen auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung (S. 710 ff.), Sonstige wirtschaftlichen Maßnahmen (S. 714 ff.), Sozialversicherung und Fürsorge (S. 718 ff.), Arbeitsrechtliche Vorschriften (S. 726 ff.), Sicherung der Haushalte (S. 728 ff.), Schutz des inneren Friedens (S. 742 ff.). Druck: RGBl. 1931, I.

91 Bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930 hatten 1.361.762 Wähler (3,9%) für die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) votiert; damit war die Wirtschaftspartei mit 23 Abgeordneten im Reichstag vertreten. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 547.

und daß man dann eine solche "Sanierung" am zweckmäßigsten den Polizeidirektionen zur weiteren Amtshandlung anheimstelle.

Ich nehme also an, Herr Reichskanzler, daß Sie diesen Glauben haben, nehme weiterhin allerdings an, daß verschiedene Mitarbeiter an diesem großen historischen Gesetzwerk wohl auch noch andere Möglichkeiten im Auge gehabt haben werden, z. B. die, mit diesem Erlaß die nationalsozialistische Bewegung und im weiteren Sinne die nationale Opposition überhaupt, mundtot zu machen, ja vielleicht sogar zu vernichten. Man nehme einem Menschen das Hemd weg, ziehe ihm die Hose aus[92], entferne ihm die Nadel[93], und er hat aufgehört, ein Nationalsozialist zu sein! Es war von jeher bemerkenswert, wie einseitig sich oft in politisch maßgebenden deutschen Köpfen die Welt spiegelte. Das kommt aber davon, daß man, statt sich mit einer Bewegung innerlich auseinanderzusetzen, nur die wohlbekannten Berichterstatter aus den Häusern Mosse[94], Ullstein[95] und aus der "Germania"-[96] und "Vorwärts"-

---

92 Nach langwierigen Diskussionen hatte die Reichsregierung in Teil acht, Kapitel II ("Uniformverbot") der Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8.12.1931 das Verbot von politischen Uniformen für alle deutschen Länder vereinheitlicht; § 1 lautete: "(1) Das Tragen von Abzeichen oder von einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnen, ist außerhalb der eigenen Wohnung verboten. Das Verbot gilt für jedermann. (2) Wer dem Verbot zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat, wenn mildernde Umstände vorliegen, mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bestraft, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer höheren Strafe bedroht ist." Druck: RGBl. 1931, I, S. 743 f. Zur Vorgeschichte vgl. Schulz, Brüning zu Hitler, S. 610 ff., 628 f. Ferner Dok. 2, Anm. 58 sowie Dok. 4, Anm. 3 und 7.

93 Gemeint ist das Parteiabzeichen der NSDAP.
In seiner Besprechung vom 15.1.1932 stimmte das Kabinett dem Antrag des Reichsministers des Innern Groener zu, daß "das durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 ausgesprochene Verbot des Tragens von Abzeichen aufgehoben werden soll, soweit es sich um Bundesnadeln und ähnliche Knopflochabzeichen in der bisherigen Form und Größe handelt". Vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Brüning I u. II, Bd. 3, Dok. 631. Druck der Verordnung des Reichspräsidenten über das Tragen von Abzeichen vom 16.1.1932: RGBl. 1932, I, S. 19.

94 Der Mosse-Verlag war aus einer "Annoncen-Expedition" hervorgegangen, die der Buchhändler Rudolf Mosse (1843-1920) 1867 in Berlin ins Leben gerufen hatte. Diesem Metier blieb Mosse treu, 1914 betreute er die Anzeigenteile von etwa 100 Zeitungen. Seit 1872 begann sich der politisch liberal orientierte Verlag mit dem *Berliner Tageblatt* auch direkt im Zeitungsgeschäft zu engagieren, 1889 kam die *Berliner Morgenzeitung*, 1902 die Illustrierte *Weltspiegel*, 1904 die *Berliner Volks-Zeitung* hinzu. Nach dem Tod Mosses verlor der Verlag, der in Familienbesitz blieb, allmählich seine marktbeherrschende Stellung, bis er zu Beginn der 30er Jahre in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten geriet. Vgl. Koszyk, Der jüdische Beitrag, S. 196 ff.; Mendelssohn, Zeitungsstadt Berlin, passim.

95 Das 1877 von dem Papierhändler Leopold Ullstein (1826-1899) in Berlin gegründete Unternehmen war 1931 einer der größten Buch-, Zeitschrift- und Zeitungsverlage im Deutschen Reich; er befand sich damals im Familienbesitz. Die Ullstein A. G., die 1927 etwa 8.000 Mitarbeiter beschäftigte, verfügte über einen eigenen Nachrichtendienst und eine eigene Druckerei. Die bei der Ullstein A. G. erscheinenden Tageszeitungen *Berliner Morgenpost*, *B. Z. am Mittag*, *Tempo*, *Vossische Zeitung*, *Berliner Allgemeine Zeitung* gehörten zu Beginn der 30er Jahre zu den auflagenstärksten deutschen Zeitungen. Vgl. Hundert Jahre Ullstein 1877-1977, 4 Bde.

96 Im Januar 1871 von katholischen Vereinen in Berlin gegründet, entwickelte sich die Tageszeitung *Germania* schon bald zum publizistischen Sprachrohr des politischen Katholizismus. Die Zeitung, die seit 1881 zweimal täglich erschien, wurde im gesamten Deutschen Reich zum Zentralorgan des Zentrums, ungeachtet ihrer verhältnismäßig geringen Auflage, die noch für die Weimarer Republik auf ca. 10.000, evtl. 35.000 geschätzt wird. Chefredakteur des regierungstreuen Blatts, das als Aktiengesellschaft organisiert war, war seit 1927 Ernst Buhla. Vgl. Klaus Martin Stiegler, Germania (1871-1938). In: Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen, S. 299-313; Jürgen A. Bach, Franz von Papen in der Weimarer Republik. Aktivitäten in Politik und Presse 1918-1932, Düsseldorf 1977, S. 193 ff.

Redaktion[97] als politische Experten über das, was mit dem deutschen Volke geschehen soll, anerkennt!

*Der Blutterror unter Brünings Notverordnung*

Sie sehen, Herr Reichskanzler, den inneren Frieden Deutschlands bedroht. Gewiß haben wir Nationalsozialisten seit vielen Jahren darauf hingewiesen, daß dieser Friede aufhören muß, wenn eine Partei bewußt den marxistischen Klassenkampf predigt und den niedersten Abhub der Gosse als Mord-Tscheka[98] auf die menschliche Gesellschaft hetzt[99]. *Wir haben es schon vor Jahren als unverständlich empfunden, daß in marxistischen Zeitungen kaum verhüllte Aufforderungen zum Totschlagen anderer standen*[100] *und fast kein Staatsanwalt es wagte, einzuschreiten, nur weil diese anderen als Faschisten - sprich Nationalsozialisten - tituliert wurden.* Trotzdem haben sich damals diese Mordtaten und Überfälle noch in verhältnismäßig engen Grenzen gehalten. Erst seit Sie, Herr Reichskanzler, auf dem Notverordnungswege den inneren Frieden gegen Gewaltmaßnahmen und Terrorakte "in Schutz zu nehmen" begannen, ist unglücklicherweise der Terror unerträglich geworden. Die Wirklichkeit hat alle Ihre Notverordnungen in der Praxis zum Scheitern gebracht. Am erbarmungslosesten da, wo es sich um die "politische Befriedung des öffentlichen Lebens" gehandelt hätte. Statt die nun einmal vorhandene Bewegung in unserem Volke in große sichtbare Ströme zu leiten, hat man sie künstlich vom Licht weg und in die Dunkelheit hineingetrieben. Nach der genialen Methode des bekannten Philosophen-Vogels, der das, was er nicht sieht, als nicht mehr vorhanden annimmt.

Jede der politischen Behinderungs- und Auflösungsmaßnahmen der letzten Jahre hat zu einer grenzenlosen Verbitterung der Geister und Verschärfung der Situation geführt.

*Glauben Sie etwa, Herr Reichskanzler, daß Sie, indem Sie einem erwachsenen Mann das Abzeichen seiner politischen Gesinnung wegnehmen, ihn etwa dieser Gesinnung entfremden?*

---

97 Die Tageszeitung *Vorwärts* erschien als "Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" seit 1876, bzw. 1890. Chefredakteur des Blattes, das nach Ende des Ersten Weltkriegs in einer Auflagenhöhe von 300.000 Exemplaren je Morgen - und Abendausgabe erschien und seit März 1925 der von der SPD geschaffenen Konzentrations-A.G. angehörte, war Friedrich Stampfer. Vgl. Gerhard Eisfeld/Kurt Koszyk, Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie, Bonn $^{2}$1980, S. 8 ff.

98 Russische Abkürzung für "Allrussische Außerordentliche Kommission", der politischen Geheimpolizei, die am 20.12.1917 von den Bolschewiki gegründet wurde; nach dem Ende des Bürgerkriegs wurden ihre Funktionen ab Februar 1922 von einer Abteilung im Volkskommissariat des Innern, der "Staatlichen Politischen Verwaltung", abgekürzt GPU, übernommen. Hier Metapher für die Verfolgung politischer Gegner durch die Kommunisten und den sowjetischen Einfluß auf die KPD.

99 Das Zentralkomitee der KPD hatte am 10.11.1931 einen Beschluß gegen die "linken sektiererischen Stimmungen" in der Partei gefaßt und "die Propagierung des individuellen Terrors" ausdrücklich verurteilt: "Die *linke Gefahr* in der revolutionären Bewegung zeigt sich u. a. im Entstehen terroristischer Stimmungen, der Anwendung von Einzelterror gegen die Faschisten, in der Durchführung sinnloser Einzelaktionen und bewaffneter Einzelüberfälle, in abenteuerlichen Spielereien mit Sprengstoff." Vgl. Die Rote Fahne vom 13.11.1931, "Beschluß des Zentralkomitees der KP. Deutschlands".

100 Die Führung der KPD hatte zwischen August 1929 und Juni 1930 die Parole ausgegeben: "Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft!" Vgl. Eve Rosenhaft, Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929-1933, Cambridge 1983, S. 63 ff.
Von Hitler wurde diese Parole stets mißverständlich zitiert: "Schlagt die Faschisten tot [*sic!*], wo ihr sie trefft." Vgl. Bd. III/3, Dok. 15.

*Sie fanatisieren ihn, da Sie bei ihm das Gefühl fortgesetzten Mißbrauchs der öffentlichen Gewalt hervorrufen. Sowenig Frankreich mit seiner Methode Deutschland gegenüber das Emporkommen einer nationalen Kraft verhindern kann, sowenig können Sie, Herr Reichskanzler, durch ein analoges innerpolitisches Vorgehen das Wachsen dieser Kraft im eigenen Volkskörper unterbinden.*

Alle Bestimmungen des sogenannten Uniformverbots, des Abzeichenverbots usw. vermehren die Empörung gegen das heutige System, und zwar am Ende auf *allen* Seiten. Ein einziger Blick in die Geschichte müßte Ihnen, Herr Reichskanzler, zeigen, daß derartige Unterdrückungsversuche bisher noch immer zum Gegenteil geführt haben. Und *Sie,* Herr Reichskanzler, werden die Geschichte in diesem Punkte wohl schwerlich widerlegen.

Durch diese Verordnung entfernen Sie aus unserem Volk die Kommunistische Partei [*Deutschlands*] keineswegs - im Gegenteil. Sie fördern sie. Was aber die nationalsozialistische Bewegung betrifft, so wage ich es, Ihnen, Herr Reichskanzler, zu versichern, daß diese Bewegung leben und Deutschland beherrschen wird, wenn von diesen Verordnungen noch nicht einmal die Erinnerung übriggeblieben ist.

*Brüning als schlechter Psychologe*

Wie wenig man überhaupt die psychologischen Wirkungen solcher Maßnahmen begreift, ersehe ich auch aus dem für die neue Notverordnung gewählten Zeitpunkt.

Man glaubte die Zeit *vor* Weihnachten wählen zu müssen, weil man dann unter Berufung auf den heiligen Christfrieden der Opposition auf längere Zeit die politische Tätigkeit würde verbieten können. Denn, wenn man heute alle Versammlungen untersagte, so wußte man natürlich, daß damit die Regierungsparteien nicht betroffen würden. *Keinem Unabhängigen in Deutschland wird es ja auch einfallen, diese Verordnung zu verteidigen!* Es wäre also nur möglich, daß man dagegen spricht. Und nun, welch ein genialer Einfall, den Frieden des Christfestes indirekt als Schild über diese famose Notverordnung zu halten! Und trotz alledem, Herr Reichskanzler: Es ist wieder eine psychologische Illusion, der Sie sich hingegeben haben. Würde die Versammlungsfreiheit verfassungsmäßig geblieben sein, so hätte mancher seinen inneren Grimm von sich geladen. Es ist eine fragwürdige staatsmännische Klugheit, in solchen Zeitläuften alle Ventile zuzudrehen, so daß der Dampf die nötige Spannung erhält!

So psychologisch falsch schon der Zeitpunkt der Verkündigung der neuen Notverordnung war, der Millionen Deutschen selbst die bescheidenste Weihnachtsfreude raubte, so unglückselig sind die psychologischen Auswirkungen.

*Sie sind überzeugt, Herr Reichskanzler, daß es zu einer mächtigen politischen Befriedung der Gemüter führt, wenn man z. B. jetzt zehntausend nationalsozialistische Weihnachtsfeiern verbieten kann und damit Hunderttausende von darbenden deutschen Kindern um ihre Bescherung bringt*[101]*!*

Sie sind überzeugt, Herr Reichskanzler, daß es dem politischen Frieden und der Befriedung des öffentlichen Lebens dient, wenn man dieses Verbot sogar so weit treibt, *daß z. B. eine hohe bayerische Regierung Symphoniekonzerte verbietet, nur weil sie von der nationalsozialistischen*

101 Zu den nationalsozialistischen Weihnachtsfeiern vgl. z. B. Bd. III/1, Dok. 65.

*Bewegung veranstaltet werden*[102]*!* Oder sind etwa Brahms-, Bruckner- und Mozart-Symphonien republikgefährdend?

Die Geschichte wird zeigen, ob die Hoffnungen, mit solchen Methoden eine Bewegung zu ersticken, richtig waren, oder ob sie in das Reich der Illusionen gehören.

*Entwaffnung der Anständigen*

Sie hoffen endlich, Herr Reichskanzler, durch neue Waffenverordnungen[103] den Terror aus dem öffentlichen Leben zu bannen.

*Noch niemals hat die Entwaffnung der Anständigen die Unanständigen vom Angriff zurückgehalten, und noch niemals hat der Unanständige die Waffen abgegeben, sondern immer nur der Anständige.*

Es ist eine verhängnisvolle Illusion, Herr Reichskanzler, zu erwarten, auf diesem Wege etwa die Gewalttaten der kommunistischen Meuchelmörder verhindern zu können. Das Gegenteil dürfte der Fall sein. Wenn Sie heute durch das erweiterte Waffenverbot selbst das deutsche Haus wehrlos machen, wie meine S.A. wehrlos ist[104], dann wird der marxistische Terror der Straße in kurzer Zeit sogar zum Terror im Hause.

Der Bandit hat sich noch niemals um Entwaffnungsbestimmungen gekümmert. Teilen Sie ihm aber auf dem Verordnungsweg, Herr Reichskanzler, mit, daß kein anständiger Mensch in seinem Hause mehr eine Waffe besitzt, und Sie geben damit den Banditen die Stelle preis, die jedes einzelnen Menschen Burg sein sollte.

*Ich prophezeie Ihnen daher, Herr Reichskanzler, daß durch diese Bestimmung Ihrer Notverordnung der Terror und die öffentliche Unsicherheit eine abermalige Steigerung erfahren dürfte!*

Wenn man nun, Herr Reichskanzler, gerade unter Berücksichtigung der letzten Notverordnung und ihrer Einleitung die innerlich wahrhaft bedrückende Überzeugung gewinnt, daß genauso wie seit dreizehn Jahren auch in Zukunft das deutsche Volk im Banne der Illusionen belassen werden soll, dann kann man sich nicht den Verpflichtungen entziehen, die einem diese Erkenntnis aufbürdet.

Die nationalsozialistische Bewegung ist mehr wie jede andere überzeugt, daß ein Volk, um aus seiner traurigen Lage wieder herauszukommen, schwere Opfer zu bringen hat. Sie hält diese Opfer aber nur dann für fruchtbar und damit gerechtfertigt, wenn sie sich mit einer neuen Glaubensbildung vermählen. Die heutige Regierung hat psychologisch alles getan, um die Vertrauenskrise, in der wir leben, zu verewigen. Es fehlt überall das primitivste psychologi-

102 Das geplante Konzert des Nationalsozialistischen Symphonieorchesters, bei dem am 16.12.1931 im Zirkus Krone Werke von Carl Maria von Weber, Richard Wagner und Anton Bruckner gespielt werden sollten, wurde am 15.12.1931 von der bayerischen Regierung unter Bezug auf die Vierte Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8.12.1931 verboten. Vgl. Anzeige im VB vom 13./14.12.1931 sowie VB vom 15.12.1931, "Weihnachtskonzert des nat[*ional*] soz[*ialistischen*] Symphonieorchesters verboten".

103 Teil acht, Kapitel I ("Maßnahmen gegen Waffenmißbrauch") der Vierten Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8.12.1931 versuchte den Besitz von Schußwaffen und Munition sowie von Hieb- und Stichwaffen noch schärfer als bisher zu reglementieren. Den obersten Landesbehörden wurde die Möglichkeit eingeräumt, den Besitz von Schußwaffen zu registrieren und diese gegebenenfalls in Verwahrung zu nehmen. Ebenso wurden Verkauf und Erwerb von Hieb- und Stoßwaffen von der Genehmigung der obersten Landesbehörden abhängig gemacht. Druck: RGBl. 1931, I, S. 742 f. Vgl. ferner Dok. 71, Anm. 17.

104 Vgl. Dok. 43, Anm. 16 sowie Dok. 71, Anm. 13, 15, 18 und 23 f.

sche Verständnis dafür, daß ein System wohl infolge der Angst der schuldigen Parteien verfassungsmäßig noch bestehen kann, tatsächlich aber im Volke schon längst gestürzt ist. Man kann nicht zwei Jahre regieren und eine Enttäuschung auf die andere türmen, um im dritten noch an dasselbe gläubige Vertrauen zu appellieren, mit dem man zu Beginn des ersten allenfalls begrüßt wurde. Gewiß wird die systemhörige Presse jede neue Notverordnung mit aufgeregtem Geschrei begrüßen, so wie die bezahlten Claqueure im Theater bei den kümmerlichsten Darbietungen den meisten Lärm zu machen pflegen. Allein die Zuschauer bewegt dies nicht. *Das Volk nimmt an dem allen keinen Anteil mehr.* Es gibt aber keine Rettung, die nicht ihre innerste Kraft aus dem gläubigen Vertrauen der Masse ziehen kann. Die Zerrissenheit unseres Volkskörpers wird nicht beseitigt durch den Versuch der Galvanisierung miteinander kämpfender Weltanschauungen auf dem Verordnungswege. Ein täglich schrumpfender Teil des deutschen Volkes mag noch an den Marxismus glauben, der andere, täglich wachsende, glaubt an uns. An die Mitte glaubt niemand.

*Der Glaube an Deutschland!*

Weil es aber allen heutigen Regierungsmaßnahmen an innerer Verbundenheit mit einem weltanschaulichen Geiste gebricht, fehlt ihnen auch die psychologische anfeuernde Kraft und damit der Elan, der in Perioden des Volkszerfalls die allererste Voraussetzung für das tatsächliche Wirksamwerden grundlegender Gesetze ist. Man kann nicht ewig nur an die "staatsbürgerliche Disziplin" appellieren, kann nicht nur zu Paragraphen einer Verordnung seine letzte Zuflucht nehmen - nein, eines Tages muß die Forderung des wahrhaften Gesetzgebers zur Forderung der Nation werden.

Die Nation aber wird einer solchen Anforderung immer nur dann Folge leisten, wenn im Innern eine klare und einheitliche Willensbildung erfolgt ist, und hier werden die doktrinären und formalen Auffassungen von Ruhe, Frieden und Ordnung auf die Dauer den Geist der inneren Geschlossenheit nicht ersetzen können. Die Zerrüttung dieses Geistes wird aber durch keine Notverordnung beseitigt, sondern durch den endgültigen Sieg über die Zersetzung, die heute politisch-moralisch in Deutschland Platz gegriffen hat.

*Mit Ihrer Rede, Herr Reichskanzler, versuchten Sie, durch die Art des Angriffs gegen die nationalsozialistische Bewegung beizutragen zur Verhinderung unseres Sieges. Die praktische Auswirkung aber wird im Verein mit Ihrer Notverordnung zur "Sanierung" unseres Lebens am Ende doch mithelfen zur wirklichen Rettung der deutschen Nation.*

*Auch die Wirkung dieser Notverordnung wird, obwohl anders gedacht, mithelfen, meiner Partei den Sieg zu verleihen und damit die Periode der Illusionen des heutigen Systems zu beenden*[105].

*Berlin,* den 13. Dezember 1931

gez. *Adolf Hitler*

105 Brüning erwähnt Hitlers Schreiben in seinen Memoiren (S. 472); Brünings Datierung 14.12. bezieht sich offenbar auf das Empfangsdatum. Hitler habe mit diesem Schreiben - so Brüning - "Kampf auf der ganzen Linie" angekündigt. "Dieser Brief war taktisch falsch, weil er jedem Vernünftigen klarmachte, daß ich nun gezwungen war, in irgendeinem öffentlichen Schritt die Unterstützung der Sozialdemokratie zu suchen."

## 15. Dezember 1931 Dok. 95
## Rede auf Richtfest für ein Verwaltungsgebäude der NSDAP[1]

VB vom 17.12.1931, "Richtfest des Bürobaues des 'Braunen Hauses'".

Er [*Hitler*] legte dar, daß in der Politik dieselben Gesetze wie in der Baukunst Geltung haben: Man muß einen fertigen Plan haben und sich klarmachen, was will ich, mit welchem Material will ich es und welchen Zweck habe ich im Auge. Auch im Staatsleben muß man mit dem Fundament beginnen und kann nicht, wie dies bei uns heute geschieht, den Zerfall eines Hauses dadurch aufhalten, daß man seine Fassade neu anstreicht. Wären unsere Staatsmänner alle einmal eine Zeitlang Maurer gewesen, so würden sie heute, um das Auseinanderfallen der staatlichen Organisation unseres Volksaufbaues zu verhüten, nicht am Dach herumdoktern statt [*sic!*] an den Fundamenten. Der Führer zeigte insbesondere, daß die Intelligenz nur der Kitt und Mörtel für den Aufbau eines Volkes sein kann, dessen Material die Masse ist, und daß ohne gegenseitige Ergänzung beider kein Bau zustandekommen kann. Aus seinem eigenen Leben erinnerte Hitler daran, wie er, selbst von der Baukunst herkommend[2], in die Politik hineingewachsen ist und seine Erfolge in der Anwendung der gleichen Gesetze und Logik wie in jener Kunst bestehen. Er endete mit der Hoffnung, daß wir in naher Zukunft wie heute die Richtfeier dieses Baues auch die Richtfeier des neuen Deutschen Reiches begehen können[3].

---

1 In München, Brienner Straße 45, nach 16.00 Uhr. Vor Hitlers Rede in der Kantine des "Braunen Hauses" sprach Zimmermann Max Poltinger den Zunftspruch. "In scherzhafter Weise wurde weiter der Schikanen der Baubehörde gedacht, die den Bau eines dritten Stockwerkes untersagt hat. Dann wurde der Verdienste des Bauleiters, Prof[*essor*] Troost, und seiner Mitarbeiter, der Architekten Heldmann und Schiedermaier, sowie des Reichsschatzmeisters Schwarz gedacht und zuletzt auf Adolf Hitler ein begeistertes dreifaches Heil ausgebracht."
Zum Bauvorhaben der NSDAP vgl. Dok. 19.

2 Hitler hatte im Oktober 1907 die Aufnahmeprüfung an der Allgemeinen Malerschule der Akademie der Bildenden Künste in Wien nicht bestanden; man hatte ihm daraufhin das Studium der Architektur nahegelegt, wofür Hitler jedoch der notwendige Schulabschluß fehlte. In den folgenden Jahren finanzierte sich Hitler durch das Malen von Postkarten und Aquarellen, suggerierte jedoch sich und seiner Umwelt, daß er sich auf das Studium der Architektur vorbereite. Sein Interesse an der Architektur wurde auch durch seine Karriere als Parteipolitiker nicht beendet. Seine zahlreichen architektonischen Entwürfe, die teilweise schon vor 1933 in Hitlers Privatbauten sowie in Bauten der NSDAP umgesetzt wurden, dienten ihm zur Entspannung, aber auch als Beweis seiner "Begabung". Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 15 ff.; Albert Speer, Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1969, S. 42 ff.

3 Folgt Bericht über den weiteren Versammlungsablauf.

## 18. Dezember 1931 Dok. 96
## "Verfügung"
## Anordnung

VB vom 18.12.1931, "Parteiamtlich wird bekanntgegeben".

In letzter Zeit wird von gegnerischer Seite versucht, einen Gegensatz zwischen Studentenbund und Partei zu konstruieren[1]. Ich stelle demgegenüber fest: Die Vertretung der nationalsozialistischen Belange auf den Universitäten und Hochschulen erfolgt ausschließlich durch die Vertreter der N.S.D.St.B.[2]

Ich verbiete den Parteigenossen bei Androhung ihres Ausschlusses aus der N.S.D.A.P. auf anderen Listen als auf denen des N.S.D.St.B. zu kandidieren oder - falls sie schon auf solchen Listen gewählt sind - gegen den N.S.D.St.B. zu wirken.

Die hochschulpolitischen Maßnahmen des N.S.D.St.B. werden von mir restlos gedeckt. Der Kampf gegen sie ist deshalb in Wahrheit ein Kampf gegen die nationalsozialistische Bewegung überhaupt. Mitglieder der Partei, die sich an diesem Kampf beteiligen[3], schließen sich damit selbst aus der Bewegung aus.

*Adolf Hitler*[4]

---

1 Der neue Vorsitzende der Deutschen Studentenschaft Walter Lienau hatte sich seit August bei Heß über Schirach beklagt und am 22.10.1931 einen Ausschlußantrag gegen Schirach gestellt. Lienau konnte jedoch weder im NSDStB noch in der Partei mit seiner Kritik gegen den Reichsführer des NSDStB durchdringen. Fehler und Inaktivität bei seiner Tätigkeit als Vorsitzender der Deutschen Studentenschaft trugen dazu bei, daß Lienau bis Jahresende jeglichen Rückhalt in der NSDAP verlor, so daß er im Dezember 1931 von seinem Amt als Vorsitzender und im folgenden Monat auch von seinem Amt als Ältester der Deutschen Studentenschaft zurücktrat. Vgl. Faust, Studentenbund, Bd. 2, S. 22 ff. sowie Dok. 59, Anm. 2.

2 Vgl. Dok. 59, Anm. 5.

3 Lienau hatte sich nicht nur parteintern, sondern auch innerhalb der Deutschen Studentenschaft abfällig über Schirach geäußert.
Walter Lienau (1906-1941), Student, 1925 Eintritt in die NSDAP, 1929 Hochschulgruppenführer des NSDStB an der TH München, 1930 Kreisleiter VII der Deutschen Studentenschaft, dann Hochschulpolitischer Referent in der Reichsleitung des NSDStB, 1931/32 Erster Vorsitzender, dann Ältester der Deutschen Studentenschaft, danach Landwirt, 1939 Eintritt in die Waffen-SS Division "Leibstandarte Adolf Hitler", 1941 in Griechenland gefallen.

4 Folgt die Erklärung: "Einzelne Angehörige studentischer Verbände verbreiten die Behauptung, daß zwischen uns Zerwürfnisse persönlicher und sachlicher Art bestehen. Sie stützen sich dabei auf Äußerungen, die Pg. Lienau vor langer Zeit getan hat, die aber bereits ihre dienstliche Erledigung gefunden hatten, bevor sie von unbeteiligter Seite weitergegeben wurden. Wir wissen uns mit der überwiegenden Mehrzahl des deutschen Verbindungsstudenten einig in der Zurückweisung dieses unberechtigten Eingriffs einzelner Verbandsangehöriger in Angelegenheiten der nationalsozialistischen Bewegung. *Wir stellen fest, daß zwischen uns keinerlei persönliche und sachliche Differenzen irgendwelcher Art bestehen. Wir werden nach wie vor unsere Kräfte in vertrauensvoller Zusammenarbeit am gemeinsamen Werk der Eingliederung des deutschen Studenten in die Bewegung Adolf Hitlers einsetzen.*
Der Reichsführer des N.S.D.St.B. *Baldur von Schirach.* Reichsjugendführer der N.S.D.A.P.
*Walter Lienau.* Ältester der Deutschen Studentschaft. Mitglied der Reichsleitung des N.S.D.St.B."

## 20. Dezember 1931 [1] Dok. 97
## Interview mit The New York Times [2]

The New York Times vom 20.12.1931, "Herr Hitler Replies to Some Fundamental Questions. An Interview With the Nazi Leader in Which He Throws Light on His Policy in some Foreign and Domestic Matters not Explained Before and States the Main Points of His Program for Germany".

[...] [3]

"We regard them as not only unjust but unreasonable," said Herr Hitler with considerable vehemence. "The Entente demands that we pay from 2,000,000,000 to 2,500,000,000 marks annually as tribute [4]. This can only be done if we export from 20,000,000,000 to 25,000,000,000 marks worth of goods every year [5]. Since other nations build up high tariff walls to protect their own industries [6], it is extremely difficult to find markets to absorb such a huge volume of exports.

"Consequently, we rationalized and modernized our industries [7], went in intensively for mass production and borrowed heavily abroad for the purpose. That is, we took on huge loans at high interest rates [8] and have to pay 1,500,000,000 marks yearly to foreigners in interest alone [9]. The whole thing is insane. We could reduce our exports considerably if we were not obliged to pay this interest.

"Foreigners sometimes say we have lived luxuriously and spent money wastefully. They criticize us for building stadia and swimming pools [10]. But how could we employ our people

---

1 Hitlers Interviewpartner Callender erwähnt in seiner Einführung, er habe Hitler in der Nacht vor dem Interview im Münchner Bürgerbräukeller sprechen hören; gemeint ist möglicherweise Hitlers Rede am 25.11.1931 (Druck: Dok. 75). Andererseits spricht Hitler in diesem Interview Themen an, die erst in seinen Interviews im Dezember auftauchen, bzw. die zeitlich eher in diesen Monat passen. Da weitere Angaben nicht vorliegen, orientiert sich die Datierung des Interviews an seinem Publikationstermin. Vgl. ferner Hanfstaengl, 15 Jahre, S. 254 f.

2 In München, im Braunen Haus, Brienner Straße 45. Das Interview führte der Leiter des Pariser Büros der *New York Times*, Harold Callender.
In der Einführung zu diesem Interview ist u. a. zu lesen: "Herr Hitler is a born orator. Even when answering questions in his office he instinctively assumed his platform manner. He quickly warmed up to his subject and spoke at a racing speed. He rose from his chair, walked about the room, sat upon a table, but was never quite at rest. He emphasized his assertions with nervous gestures, save when he occasionally became more guarded and checked his rapid flow of speech to make sure that his words were carefully noted."

3 "'The National Socialist party considers reparations to be unjust', began the interviewer. 'But how would you do away with them?'"

4 Vgl. Dok. 46, Anm. 27 sowie Dok. 2, Anm. 8.

5 Vgl. Dok. 89, Anm. 13.

6 Vgl. Dok. 29, Anm. 14, aber auch Dok. 67, Anm. 6.

7 Vgl. Dok. 67, Anm. 8.

8 Vgl. Dok. 29, Anm. 7.

9 Zahlen für 1931 nicht zu ermitteln. Für den Zeitraum vom 1.3.1932-28.2.1933 beliefen sich die Zinsverpflichtungen für sämtliche deutschen kommerziellen und öffentlichen Auslandsschulden auf 1.225 Millionen RM, für die regelmäßigen Tilgungsraten auf 213 Millionen RM. Vgl. Wirtschaft und Statistik. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt 12 (1932), H. 16, S. 492 f.

10 Vermutlich eine Anspielung auf Parker Gilbert, der während seiner Zeit als Generalagent für die deutschen Reparationszahlungen (1924-1930) immer wieder den, in seinen Augen zu hohen, Lebensstandard der Deutschen

otherwise? These expenditures may not have been productive from the point of view of our creditors, but they were for us. We live in a time when the interest of bankers dominates, and industry goes to ruin.

"How will the reparations question be settled? We hope by the application of reason by showing what the actual facts are. For instance, our need to export on such a huge scale makes us more formidable competitors of the other industrial nations and contributes to unemployment in England and America."

[...] [11]

"If France insists that the political debt must have priority, the issue becomes one of our ability to pay, not of our will to pay. This is a question the rest of the world will have to decide. If France presses for payment, the German economy will go to smash."

[...] [12]

"We recognize it, yes. But it does not follow that it will be possible to pay them. This depends upon the economic situation and the policies of foreign countries."

[...] [13]

"There is nobody anywhere who thinks they can be paid in March [14]," Herr Hitler replied. "The money is invested in business and trade. Foreigners lent us capital at interest rates that often were as high as 10 per cent and more [15]. Only by intense production and export was it possible to bear this burden. The interests of finance and of industry were in conflict.

"We cannot and should not bring in more foreign capital, because we cannot pay the interest on what we have already borrowed. If the lenders insist upon having their funds back, we can only say that it is impossible to liquidate them now. If they were withdrawn, Germany would break down [16]. One of the things for which we reproach the present government is that it, like all other governments, has hidden the facts and kept these truths from the people. If we were to pay both the political and the commercial debts, we should have to export from 60 to 80 billion marks worth of goods a year because we cannot safely count upon more than 10 per cent profit."

---

kritisiert hatte; in seinem Memorandum vom 20.10.1927 war er beispielsweise scharf mit der exzessiven Verschuldung von Gemeinden und Ländern ins Gericht gegangen. Gerade die Gemeinden hatten mit Hilfe ausländischen Kapitals seit 1924 viel in öffentliche Einrichtungen investiert. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 415. Druck des Memorandums: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1927, München 1928, S. 489 ff.

11 "'What about the repayment of the foreign loans which have made it possible to pay reparations?' Herr Hitler was asked."

12 "'You recognize the obligation to pay back these foreign loans?'"

13 "'What would you do regarding the short-term loans which fall due in March, 1932, seeing that Germany still relies upon foreign capital whether she pays reparations or not?' the interviewer asked."

14 Anspielung auf das sog. Stillhalteabkommen, das am 29.2.1932 auslief. Vgl. Dok. 56, Anm. 9.

15 Die Nominalverzinsung der meisten Auslandsanleihen im Deutschen Reich bewegte sich zwischen 4,5% und 8%. Die *durchschnittliche* Effektivverzinsung für Auslandsanleihen im Deutschen Reich betrug für den Anleiheschuldner 1930 6,6%, 1931 6,5%. Vgl. Wirtschaft und Statistik. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt 12 (1932), H. 4, 10, S. 120, 317. Ferner Dok. 89, Anm. 19.

16 Zur damaligen Gesamtverschuldung Deutschlands vgl. Dok. 29, Anm. 7, Dok. 23, Anm. 5 und Dok. 2, Anm. 14 und 15.

*French Pressure Criticized*

[...][17]

"Of course we want peace and friendship with every country," he said. "But the vital needs of each country must be recognized. We could not propose, for instance, that England give up her colonies, her shipping and her trade so that we might live in friendship with her. Germany needs a foundation for her national life. When France recognizes this, nobody will be more pleased than I[18]. Until she does, no rapprochement is possible. Senator Borah realizes this when he says that the pressure France holds over Germany is the worst threat to peace[19]."

[...][20]

"Economic rapprochement[21]," he said, "cannot be separated from the general political situation."

[...][22]

"The gold standard[23], as everbody knows, is based upon an almost universal theory," Hitler replied. "However, everybody must realize, that even the most widely accepted theory, if overstrained, is bound to collapse in practice. Germany today possesses only a negligible quantity of gold[24]. Therefore it can hardly be expected that Germany should take the lead in this grave matter.

"As a matter of fact the country which is doing most to unbalance the world gold standard system is France. What France is doing today in the way of world gold hoarding is out of all proportion. It is a threat to world peace and happiness. But who is to check France, whose secret purpose in her gold hoarding is the re-establishment of the policy of Louis XIV of dominating Europe[25] by political extortions gained through financial scheming. If the world doesn't intervene to establish a normal balance of political power, France will be able to say not 'I am the State[26]', as did Louis XIV, but 'I am Europe'."

*Tactics of His Party*

[...][27]

"The National Socialist movement will win the power in Germany by methods permitted by the present Constitution in a purely legal way[28]. It will then give to the German people the

17 "The next question touched upon Franco-German relations. Herr Hitler was asked whether he favored a rapprochement with France and, if so, on what basis."

18 Zum Frankreichbild Hitlers vgl. Dok. 83, Anm. 29.

19 Vgl. Dok. 84, Anm. 11 sowie Dok. 89, Anm. 32.

20 "Herr Hitler was asked what he thought of the Bruening-Laval attempt to work toward an economic rapprochement while leaving political differences aside."

21 Vgl. Dok. 65, Anm. 8.

22 "'I have read in numerous National Socialist pamphlets', said the interviewer, 'that the party would abolish the gold standard in favor of a currency based on goods. May one assume that this is your purpose?'"

23 Vgl. Dok. 70, Anm. 20.

24 Vgl. Dok. 84, Anm. 13. Auch zum Folgenden.

25 Anspielung auf die zwischen 1679 und 1681 eingeleitete Reunionspolitik des französischen Königs Ludwig XIV. (1638-1715), die auf eine völlige Kontrolle von Frankreichs Grenzräumen im Norden und Osten zielte.

26 Mit dem unverbürgten Satz "L'État c'est moi" soll Ludwig XIV. 1655 vor den Generalständen sein absolutistisches Selbstverständnis zum Ausdruck gebracht haben.

form of organization and government which suits our purposes and which will give us the power to conquer communism and the pest of Marxism. The present State, with its present constitution, is not in a position to do this."

[...][29]

"The Nationalist Socialist movement will collaborate with the political forces in Germany which are willing to accept our platform, our policies, our purposes[30]. The movement will not continue the present government's policies, since they are responsible not only for the weakening of Germany but to a great extent also for the disasters that have overcome other nations. Had it not been for the 'policy of fulfillment'[31] in Germany, there would have been no world economic crisis such as we have today[32]."

In speaking of the political groups with which his party could collaborate, Herr Hitler evidently referred to the German Nationalist[33] and the Stahlhelm, whose members share many of the National Socialists' ideas and joined with them at Bad Harzburg in the great demonstration against the government[34]. The three organizations form what is known as the Nationalist Opposition. In saying that the 'policy of fulfillment' brought on the world economic crisis, he meant that it was the payment of reparations which disorganized the world's systems of money and credit.

[...][35]

"The National Socialist movement," answered Herr Hitler, "is not a military but a political organization[36]. It is characterized, however, by very strict discipline. The form and nature of a political organization are determined not only by the will of its members but also by its oppo-

27 "The conversation then turned to the National Socialist movement and its tactics. 'I believe you have said', the interviewer observed, 'that you intended to gain the power in Germany by means of the ballot and by no other means, that you would wait until you had a clear majority in the Reichstag before attempting to carry out your program. Is this true? And if you got that majority, would you retain parliamentary government or seek to change the Weimar Constitution so as to do away with parliamentary government?'"

28 Zur Frage nach der "Legalität" der damaligen Politik der NSDAP vgl. Dok. 2, Anm. 19 sowie Dok. 31, Anm. 12.

29 "'Would you join a coalition Cabinet, for instance, with the Centre [Dr. Bruening's party]?'"

30 Zu den damaligen Kontakten zwischen Zentrum und NSDAP vgl. Dok. 46, Anm. 12 und 13 sowie Dok. 78, Anm. 2 und 6.

31 Vgl. Dok. 44, Anm. 9.

32 Vgl. Dok. 9, Anm. 4.

33 Gemeint ist die DNVP.

34 Vgl. Dok. 43 und 44.

35 "'The military form which the National Socialist movement has taken', said the interviewer, 'has given rise abroad to the impression that it is a militaristic movement and would not be averse to using force to gain the power in Germany and to change the frontiers. What could you say on that point?'"

36 Vgl. Hitlers Richtlinien für die Neuaufstellung der NSDAP vom 26.2.1925: "Die Neubildung der S.A. erfolgt nach den Grundlagen, die bis zum Februar 1923 maßgebend waren. [...] Bewaffnete Gruppen oder Verbände sind von der Aufnahme in die S.A. ausgeschlossen. *Wer entgegen den Anordnungen der Leitung Waffen trägt oder in Depots aufzubewahren versucht, wird sofort aus der S.A. und Partei ausgeschlossen.* [...] Der Zweck der neuen S.A. ist wie einst vor dem Februar 1923: Stählung des Körpers unserer Jugend, Erziehung zur Disziplin und Hingabe an das gemeinsame große Ideal, Ausbildung im Ordner- und Aufklärungsdienst der Bewegung." Druck: Bd. I, Dok. 4. Zur damals ambivalenten Funktion der SA vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 144 ff.

nents. Germany has today more than 6,000,000 Communists and from six to seven million other varieties of international Socialists[37]. These represent the advance guard in our own country of a formidable foreign power. Democratic theories and admonitions do not suffice to resist a force which is motivated not by belief in democracy but by bloody brutality. If America had 20,000,000 Communists and Social-Democratic Marxists[38], the American people would readily understand why the National Socialist movement inculcates in its members the highest discipline and a readiness for self-sacrifice."

[...][39]

"The abolition of universal military service in Germany[40] seems to the rest of the world to have been a great achievement," remarked Herr Hitler. "But if it leads to the disruption of the German nation and to bolshevistic chaos[41], the world then will prefer German universal military service to a German Red army."

*Monarchy Held Not an Issue*

[...][42]

"The National Socialist movement," replied Herr Hitler, "has nothing whatever to do with monarchism[43]. The vital problem now facing the German nation is not whether a King of Prussia will again become German Kaiser but whether bolshevism will destroy the German people, their culture and their economic system."

[...][44]

"The attitude of the National Socialist movement to every inhabitant of this country," he said, "is determined by that inhabitant's attitude to Germany. Moreover, it was America, in spite of its enormous territory, that was the first country to teach us by its immigration law that a nation should [*not*] open its doors equally to all races[45]. Let China be for the Chinese.

37 Vgl. Dok. 83, Anm. 12.

38 Vgl. Dok. 91, Anm. 15.

39 "'It is also assumed', continued the interviewer, 'that you would like to revive the traditional type of discipline which Oswald Spengler identifies with Prussianism and which the old German Army and the system of universal military service exemplified.'"

40 Artikel 173 des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919 bestimmte: "Die allgemeine Wehrpflicht wird in Deutschland abgeschafft. Das deutsche Heer darf nur im Wege freiwilliger Verpflichtung aufgestellt und ergänzt werden." Druck: RGBl. 1919, S. 931.

41 Vgl. Dok. 9, Anm. 6.

42 "'Would not the abolition of the republic be a first step to the restoration of the monarchy, and does not your movement tend to strengthen monarchistic tendencies?'"

43 Vgl. Dok. 89, Anm. 35.

44 "Herr Hitler was asked whether anti-Semitism was a fundamental part of his party's platform."

45 Mit dem First Quota Act vom 19.5.1921 versuchten die USA, einzelne Höchstwerte für die Immigration festzulegen. Pro Jahr sollten höchstens 3 % derjenigen nationalen Volksgruppen einwandern, deren Mitglieder 1910 bereits in den USA gelebt hatten, jedoch außerhalb der USA geboren waren. Unter die Ausnahmen dieser Regelung fielen auch die Angehörigen der sog. Asiatic barred zone. Durch den Immigration Act of 1924 to limit the Immigration of Aliens into the United States vom 26.5.1924 wurde die Einwanderung in die USA noch schärfer reglementiert. Vgl. Michael C. Le May, From Open Door to Dutch Door. An Analysis of U.S. Immigration Policy since 1820, New York 1987, S. 74 ff. Gesetzestext: Laws Applicable to Immigration and Nationality. Embracing Statutes of a Permanent Character, and Treaties, Proclamations, Executive Orders, and Reorganization Plans Affecting the Immigration and Naturalization Service. Ed. by United States Department of Justice, Washington 1953, S. 397 ff., 408 ff.

America for the Americans and Germany for the Germans[46]. We have a very small amount of territory for our 65,000,000 people[47], but at least within our restricted area we can be our own masters. Let me add that I should severely condemn every German who would take part in public affairs in Palestine or seek to influence them[48]."

*The Kaiser's Overthrow*

[...][49]

"In the hour of the greatest need of my people," he answered, "I should never have made a revolution[50]. Even if I had thought my former government had been guilty, I should have covered up the fact instead of proclaiming it to the world. Only after the end of the war and the signature of the peace should I have made that government answer for its sins. I am convinced that no American would have behaved in any other way."

[...][51]

"We National Socialists see a prospect of maintaining peace only if the menacing situation of one-sided disarmament disappears[52]. There are just two possibilities: Either the armed nations will remove the disturbing and threatening pressure of their unreasonable and unjustified military superiority or else the disarmed nations will one day rearm. What we ask is the removal of this menace."

[...][53]

"Yes," he said. "What we want is equality. Moreover, because of her financial position Germany is more interested in disarmament than in further armament[54]."

*Revision of the Peace Treaty*

[...][55]

"We oppose the treaty[56] as a form of continuous throttling, oppression and extortion - morally, politically and economically. It was not a peace treaty but a settlement dictated by

---

46 Vgl. Dok. 89, Anm. 38.

47 Vgl. Dok. 2, Anm. 22.

48 Parallel zur Entstehung des Zionismus hatte am Ende des 19. Jahrhunderts die verstärkte jüdische Einwanderung in das damals noch türkische Palästina begonnen; die Balfour-Erklärung vom 2.11.1917, mit der die britische Regierung "die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk" in Aussicht stellte, war eine erste internationale Anerkennung der territorialen Ziele des Zionismus. 1930 lebten auf dem britischen Mandatsgebiet Palästina ca. 160.000 Juden und 780.000 Araber. Vgl. Peter Freimark, Zum Selbstverständnis jüdischer Nationalität und Staatlichkeit in Palästina. In: Helmut Mejcher (Hrsg.), Die Palästina-Frage 1917-1948. Historische Ursprünge und internationale Dimensionen eines Nationenkonflikts, Paderborn [2]1993, S. 49-74.

49 "Herr Hitler had often referred to the German revolution as 'The crime of 1918', so the interviewer asked him what he would have done at that time."

50 Zwei Tage nach Ausrufung der Räterepublik am 7.4.1919 in München wurde Hitler Ersatz-Bataillons-Rat des Demobilmachungs-Bataillons des 2. bayerischen Infanterieregiments. Vgl. Joachimsthaler, Korrektur einer Biographie, S. 188 f.

51 "When asked what he thought about the prospects of reducing armaments, apropos of the world disarmament conference next February, Herr Hitler replied:"

52 Anspielung auf die geplante Abrüstungskonferenz in Genf. Vgl. Dok. 83, Anm. 35.

53 "'Do you mean that if France had an army of 100.000 men, then Germany would be satisfied with her army of 100.000?' Herr Hitler was asked."

54 Zur Wehrtheorie der NS-Bewegung vgl. Dok. 38, Anm. 9.

hatred ["Hassdiktat" was the word Herr Hitler used], which cuts the world sharply into two groups of people, victors and vanquished. We shall not allow ourselves to be kept eternally in the position of a second-class nation, mistreated by France."

[...][57]

"In 1871," replied Herr Hitler, "the French opposed the Treaty of Frankfurt just as we oppose the Treaty of Versailles today, but Germany made no effort on that account to limit France's armament[58]."

[...][59]

"We do not regard the League as any sort of guarantee of peace," he said. "If it were such a guarantee, why should France require her enormous military force[60]? Moreover, I am not aware that the League's intervention in the conflict between Japan and China has kept the peace[61]. We do not want to be either Japanese or Chinese."

---

55 "Reference was made to a recent book ("Morgen wieder Krieg [*Untersuchungen der Gegenwart. Blick in die Zukunft, Berlin (Rowohlt) 1931*]", by Dr. [*Ludwig*] Bauer) in which Germany's insistence upon revision of the Versailles Treaty was rated as one the disturbing factors in Europe, and Herr Hitler was asked to comment upon this contention."

56 Druck des Versailler Friedensvertrags vom 28.6.1919: RGBl. 1919, S. 687 ff.

57 "'But if you demand that the treaty be revised, you cannot logically expect the French to disarm, since they contend that their army is needed, precisely to prevent treaty revision and the changing of frontiers.'"

58 Vgl. Dok. 83, Anm. 32.

59 "Herr Hitler was then asked about his party's demands that Germany withdraw from the League of Nations."

60 Vgl. Dok. 44, Anm. 11 und 14.

61 Der selbstinszenierte Bombenanschlag auf die südmandschurische Eisenbahnlinie bei Mukden am 18.9.1931 hatte der japanischen Kwantung-Armee einen Vorwand geliefert, um die gesamte Mandschurei in einem viermonatigen Feldzug zu besetzen. Unter Berufung auf Artikel 11 des Genfer Protokolls vom 2.10.1924 wandte sich China daraufhin an den Völkerbundsrat, der zwischen September und Dezember 1931 dreimal zusammentrat, die Erklärungen beider Seiten protokollierte, Empfehlungen erteilte und am 10.12.1931 auf japanischen Vorschlag eine Studienkommission ernannte, ohne damit die japanische Offensive in irgendeiner Form aufhalten zu können. Vgl. Christopher Thorne, The Limits of Foreign Policy. The West, the League and the Far Eastern Crisis of 1931-1933, London 1972.

## 22. Dezember 1931 Dok. 98
## Interview mit Tokio Nichi Nichi Shimbun[1]

Tokio Nichi Nichi Shimbun vom 24.12.1931, "Herr Hitler, Chef der Hakenkreuz-Partei, wartet im Braunen Haus den Lauf der Dinge ab"[2].

Wenn die Welt endlich erwachen würde, würde sie die deutschen Reparationszahlungen unverzüglich beenden, um den Zusammenbruch der Weltwirtschaft zu verhindern. Die deutschen Reparationen haben allein Frankreich wirtschaftlichen Vorteil gebracht. Man muß sich im klaren sein, daß der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft auf der ganzen Welt schwerste Folgen hat. Die heutige Situation habe ich bereits vor einigen Jahren prophezeit[3]. Aber damals nahmen alle Zeitungen der Welt meine Vorhersagen nicht ernst und machten sie nur lächerlich. Man las in jedem Zeitungsartikel, daß Herr Owen Young[4], der Vorsitzende der Reparationskommission, die finanziellen Probleme besser verstehe als Herr Hitler.

Aber jetzt sieht die Presse endlich ein, daß Herr Young die Sache nicht richtig verstanden hat und Hitler doch recht hatte. Wenn ich nun die Macht ergreife, werde ich der Weltöffentlichkeit verkünden, daß Deutschland nicht in der Lage ist, weitere Reparationszahlungen zu leisten. Ich werde auf die Tatsachen verweisen und deutlich machen, warum Deutschland dazu unfähig ist. Ich lehne auch den internationalen Darlehensausschuß[5] für Deutschland ab, der angeblich das Reparationsproblem lösen soll. Die Zurückweisung des Darlehensausschusses gehört zum politischen Programm der Nationalsozialistischen [*Deutschen Arbeiter*]partei.

Der Plan eines solchen internationalen Darlehensausschusses hat die Tatsache außer acht gelassen, daß Darlehen an Deutschland die internationalen Finanzmärkte eher gefährden würden. Denn Deutschland würde damit verpflichtet, wegen der enorm hohen Darlehen hohe Zinsen zu zahlen, und würde damit zum Dumping gezwungen sein und so den Weltmarkt in Unordnung bringen.

Zum Schluß ging er auf das Gerücht ein, daß die Nationalsozialistische Partei auf eigene Initiative eine Luftwaffe aufbaue[6]. Dieses Gerücht widerspreche den Tatsachen, wenn es auch wahr sei, daß 15 Millionen Deutsche[7] einschließlich der Piloten und Kraftfahrzeugführer[8] seine Partei unterstützen.

---

1 Laut Hanfstaengl wurde Hitler in seiner Privatwohnung (Prinzregentenplatz 16/II) durch Professor Momo interviewt.
Deutsche Übersetzung: Prof. Dr. Yuji Ishida (Universität Tokio).

2 Vgl. auch Bericht J. Nr. 72 der deutschen Botschaft in Tokio an das Auswärtige Amt vom 6.1.1932; PA-AA, Presse-Abteilung, P 30: Informationen der ausländischen Pressevertreter, Interviews pp., Bd. 19. Ferner Hanfstaengl, 15 Jahre, S. 251 f.

3 Anspielung auf das Volksbegehren gegen den Young-Plan. Vgl. Dok. 2, Anm. 10 und 11.

4 Owen D. Young (1874-1962), 1896-1913 Rechtsanwalt in Boston, 1913-1933 Rechtsberater der General Electric Company, 1922-1939 und 1942-1944 deren Vorstandsvorsitzender, 1928/29 Vorsitzender der Sachverständigenkonferenz zur Reparationsfrage.

5 Gemeint ist der Beratende Sonderausschuß bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, dessen Einberufung die Reichsregierung am 19.11.1931 gefordert hatte. Vgl. Dok. 93, Anm. 5.

6 Anspielung auf das Nationalsozialistische Flieger-Korps. Vgl. Dok. 26 und 79.

7 Vgl. Dok. 83, Anm. 7.

## 22. Dezember 1931 [1] Dok. 99
## Interview mit The Christian Science Monitor [2]

The Christian Science Monitor vom 22.12.1931, "Hitler Defends Strong Reich as Basis of French Accord".

*New Organization of State*

[...] [3]

"No, the reason is not purely economic, though of course bad economic conditions are the result of conditions in general," Herr Hitler replied. "The best proof is that many of us make heavy sacrifices for the progress of our movement. What National Socialism does is this - it offers the people a new idea of unity, a new organization of the state." He stopped to find just the right words, and slowly said, "It is a protest against mass ruling by majority, a progress of internationalism against weak pacifism. Call it a new heroism, if you like."

[...] [4]

"I am in favor of good relations among the peoples of the world," Herr Hitler replied, and then continued with vigor, "but this order of things must be based on mutual respect. A nation which is as defenseless [5] and downtrodden as Germany does not receive the respect of others. How was it possible, for instance, for the United States and Great Britain to conclude a pact limiting their naval armaments [6]? Because they were equal [7], because each had respect for the

8 Gemeint ist das am 1.4.1930 gegründete Nationalsozialistische Automobil-Korps, das am 20.4.1931 in Nationalsozialistisches Kraftfahr-Korps umbenannt wurde. Der paramilitärisch organisierte Motorsportverein, mit dessen Leitung im Dezember 1930 Major a. D. Adolf Hühnlein als Korpsführer beauftragt wurde, sollte die SA mit motorisierten Verbänden ergänzen, aber auch durch den Kraftfahrer-Relaisdienst der Reichsleitung der NSDAP einen unabhängigen Nachrichtendienst aufbauen. Die Ausrüstung des NSKK bestand zunächst hauptsächlich aus privaten Motorrädern und PKWs, parteieigene Lastkraftwagen blieben vorerst die Ausnahme. Parteiinternen Angaben zur Folge waren im Spätherbst 1931 im NSKK "mehr als 10.000 Kraftfahrer organisatorisch erfaßt". Zur Organisationsgeschichte vgl. [*Theodor*] Oppermann, Unter den Sturmstandern des NSKK. Blätter aus der Geschichte des Nationalsozialistischen Kraftfahr-Korps, München 1936, Zahlenangabe S. 54. Ferner Bd. III/3, Dok. 30.

1 Datierung nach dem Erscheinungstag des Interviews.
2 Im Hotel *Kaiserhof*, Berlin, Mohrenstraße 1-5.
3 "'What is it, Herr Hitler, that draws ever-increasing numbers to your party? Is it purely the hope that you will provide food and work?' was the first question."
4 "'What then is your attitude toward the world's efforts to bring about a better understanding among the nations?'"
5 Vgl. Dok. 43, Anm. 6 und Dok. 94, Anm. 56.
6 Mit dem Washingtoner Vertrag vom 6.2.1922 hatten die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan versucht, international verbindliche Standards für die Rüstung zur See festzulegen, indem sie die Gesamttonnagen für Schlachtschiffe und Flugzeugträger sowie die jeweilige Größe und Bewaffnungsstärke der übrigen Kriegsschiffsklassen genau definierten. Den USA wie Großbritannien wurden z. B. jeweils 525.000 Tonnen für den Neubau von Schlachtschiffen zugebilligt. Der Londoner Vertrag vom 22.4.1930 führte auch für jene Schiffsklassen feste Obergrenzen ein (Kreuzer, Zerstörer und U-Boote), die durch den Washingtoner Vertrag noch nicht erfaßt waren, und versuchte die Gesamttonnagen für Schlachtschiffe und Flugzeugträger neu festzulegen, was Frankreich und Italien allerdings nicht anerkannten. Der Vertrag regelte ferner den Verzicht auf den Neubau von Schlachtschiffen während der Jahre 1931 bis 1936 sowie die Bestimmungen für den Bau von U-Booten. Vgl. Christopher Hall, Britain, America and Arms Control 1921-37, New York 1987, S. 88 ff.; Druck des Washingtoner Vertrags vom 6.2.1922: Papers Relating to the Foreign Relations of the

other, because each knew that if one increased his armaments the other would follow suit, and that this would lead to unbearable conditions and therefore they came to an agreement."

*"Calls for Better Battalions"*

"But what does France do when it deals with defenseless Germany?" and here Herr Hitler's voice rose, and it was as if he saw one of those vast audiences before him which throng to his public meetings, "France does not trouble to conclude an agreement with Germany. When it sees that Germany wants more strength and tries to move more freely, France increases its pressure[8], and calls for better battalions. What person would take pains to discuss matters with a man who lies on the ground? On the day, when France faces a determined defiant Germany, conscious of its strength, it will want to arrive at an agreement with it.

"Germany has been ruthlessly weakened, and that is why it was decreed that 63,000,000 Germans should crowd together on a territory measuring 470,000 square kilometers. Nobody asked whether this was possible. It was just ordered and that was all there was to it[9]. Only children act that way.

"Then it was decreed that Germany should pay 2,500,000,000 marks annually in the form of reparations[10]. It was not asked whether Germany could do that in its crippled condition. When it lacked the necessary money, other nations advanced it[11]. When it tried to increase its exports to pay this money in foreign currency, and to buy foreign exchange in order to purchase food and raw materials which it must import in order to exist, the other nations tried to prevent this by erecting high tariff walls[12]."

[...][13]

"If France insists on the continuation of reparations Germany will collapse economically. Then France can come in, if she wants to, and occupy German factories. When Germany, in consequence of its breakdown, numbers 15,000,000 unemployed, the whole world will suffer, and perhaps will view things differently. It will be facing a menacing war of Bolshevism[14]."

---

United States 1922, Vol. I, Washington 1938, S. 247-266; Druck des Londoner Vertrags vom 22.4.1930: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1930, Vol. I, Washington 1945, S. 107-125.

7 Die britische Kriegsmarine verfügte am 1.1.1929 über eine Gesamttonnage von 1.240.740 t, die der USA über 1.173.820 t. Vgl. Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, XXVI. Jahrgang 1930. Hrsg. von B[*runo*] Weyer, München 1930, S. 381.

8 Vgl. Dok. 44, Anm. 11 und 14.

9 Das Deutsche Reich hatte 1910 einen Gesamtumfang von 540.875,5 $km^2$, 1930 - ohne Saargebiet - einen Gesamtumfang von 468.753,3 $km^2$, hatte also durch den Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919 an Fläche 72.122,2 $km^2$ verloren. In denjenigen Gebieten, die das Deutsche Reich laut Versailler Friedensvertrag abzutreten hatte, lebten jedoch 1921 insgesamt 6.372.177 Menschen, so daß sich Gebiets- und Bevölkerungsverluste ungefähr die Waage hielten. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, S. 5 ff.; Winkler, Statistisches Handbuch, S. 24.

10 Vgl. Dok. 46, Anm. 27 sowie Dok. 2, Anm. 8.

11 Vgl. Dok. 29, Anm. 7.

12 Vgl. Dok. 29, Anm. 14, aber auch Dok. 67, Anm. 6.

13 "'But what would you do if you were in the Government and France refused to cancel reparations?'"

14 Vgl. Dok. 9, Anm. 6.

*Favors Better Relations*

[...][15]

"Rather than allow such conditions to arise, yes."

[...][16]

"I favor better relations with France, but only as between two erect nations[17]."

[...][18]

"I support general disarmament[19]," Herr Hitler replied, "but it certainly will not do for Germany to remain the only disarmed country in the midst of nations armed to their teeth. I do not want war. But the present condition is as bad as war. Germany's return to strength and defiance need not lead to friction in international affairs."

The last question pertained to his attitude toward Parliament. "Whether I would govern with a Parliament depends on the Parliament," he said, rising from his chair[20].

## 31. Dezember 1931 Dok. 100
## "Neujahrsbefehl an die SA, SS, HJ u[*nd*] das NSKK"
## Aufruf

VB vom 31.12.1931.

Das Jahr 1931 hat die unter dem Befehl der Obersten SA-Führung zusammengefaßten Einheiten der Bewegung[1] innerlich und zahlenmäßig gestärkt und gefestigt.

Das Heer der Braunhemden[2] hat sich um Vielfaches vermehrt[3].

Hohe Blutopfer hat die Bewegung tragen müssen:

Für Ehre und für Freiheit des Volkes fielen: 46. Verwundet wurden: 4.805[4]. Ihrer wollen wir vor allem in Treue und Dankbarkeit gedenken.

---

15 "'Would you then cease paying reparations?'"

16 "'But do you want to come to terms with France?'"

17 Zum Frankreichbild Hitlers vgl. Dok. 83, Anm. 29.

18 "'Would you insist on German rearmament if the nations hesitate to reduce their armaments at the coming Disarmament Conference?'"

19 Vgl. Dok. 38, Anm. 9. Zur geplanten Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 83, Anm. 35.

20 Folgt Bericht über die Verabschiedung durch Hitler.

1 Dem Chef des Stabes in der Obersten SA-Führung waren damals unmittelbar unterstellt: SS, NSKK, Hitler-Jugend, General-Inspektion, Reichsarzt, Reichsführerschule, ab 30.10.1931 unter der Dienststelle "Reichsjugendführer" in der Obersten SA-Führung NSDStB, HJ und NSS. Vgl. Nationalsozialistisches Jahrbuch 1932, S. 155 sowie Dok. 59.

2 Vgl. Dok. 2, Anm. 59.

3 Der SA war es 1931 gelungen, die Zahl ihrer Mitglieder beinahe zu verdreifachen. Zählte man im Januar 1931 noch 88.000 Mitglieder, so waren es im Dezember desselben Jahres 260.000. Vgl. Longerich, Braune Bataillone, S. 111.
Die NSDAP hatte im Januar 1931 die Mitgliedsnummer 400.000 ausgegeben, im Dezember 1931 die Mitgliedsnummer 800.000. Vgl. Tyrell, Führer befiehl, S. 352 sowie Dok. 2, Anm. 61, ferner Dok. 83, Anm. 7.

Die Opfer sind nicht umsonst gebracht. Aus dem Blute der Kämpfer sproß der Keim zu neuer Kraft.

Kameraden, ich danke Euch an der Schwelle des Neuen Jahres für all das, was Ihr in entsagungs- und opferreichem Kampfe des vergangenen Jahres geleistet habt.

Ich spreche allen Führern und Männern der SA, SS, HJ und des NSKK meine uneingeschränkte Anerkennung aus.

Stolz auf das Erreichte des Jahres 1931 könnt Ihr mit froher Zuversicht in das Neue Jahr treten.

Ihr seid die Hoffnung des deutschen Volkes.

Seid Eurer Sendung wert!

Der Oberste SA-Führer:

*Adolf Hitler* [5]

4 Vgl. Dok. 94, Anm. 29, Dok. 43, Anm. 16 und 17 sowie Dok. 71.

5 Folgt Aufruf des Stabschefs der SA Ernst Röhm: "Kameraden der SA, SS, HJ und des NSKK. Der Dank und die Anerkennung des Führers zur Jahreswende wird uns ein Ansporn sein, im kommenden Jahre wie in dem nunmehr abgeschlossenen unsere Pflicht zu erfüllen. Kampfwille und Opferbereitschaft, Zucht und Kameradschaft sollen auch die Richtpunkte des Jahres 1932 sein! Wir werden siegen, weil wir siegen wollen. Und Hitlers Sieg wird der Sieg Deutschlands sein."

# Anhang

## Verzeichnis der Abkürzungen

| | |
|---|---|
| AA | Abendausgabe |
| a. D. | außer Dienst |
| ADGB | Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund |
| AG | Aktiengesellschaft |
| AStA | Allgemeiner Studentenausschuß |
| | |
| BA | Bundesarchiv |
| BayHStA | Bayerisches Hauptstaatsarchiv |
| BDC | Berlin Document Center |
| B.d.F. | Bund der Frontsoldaten |
| BGB | Bürgerliches Gesetzbuch |
| BRT | Bruttoregistertonne |
| BVP | Bayerische Volkspartei |
| BZ | Berliner Zeitung |
| | |
| CBS | Columbia Broadcasting System |
| CPBS | Columbia Phonograph Broadcasting System |
| CV | Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens |
| | |
| DAP | Deutsche Arbeiterpartei |
| DDP | Deutsche Demokratische Partei |
| DFG | Deutsche Friedensgesellschaft |
| DFV | Deutscher Freidenkerverband |
| DHV | Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband |
| DNSAP | Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei |
| DNVP | Deutschnationale Volkspartei |
| Dok. | Dokument |
| DSP | Deutschsoziale Partei (1900-1914) |
| DsP | Deutschsozialistische Partei |
| DStP | Deutsche Staatspartei |
| DVFP | Deutschvölkische Freiheitspartei |
| DVP | Deutsche Volkspartei |
| | |
| e. V. | eingetragener Verein |
| | |
| f. d. R | für die Richtigkeit |
| | |
| Gestapo | Geheime Staatspolizei |
| GStA | Geheimes Staatsarchiv |
| GVG | Großdeutsche Volksgemeinschaft |

| | |
|---|---|
| HJ | Hitler-Jugend |
| hs. | handschriftlich |
| HStA | Hauptstaatsarchiv |
| | |
| IB | Illustrierter Beobachter |
| IfZ | Institut für Zeitgeschichte (München) |
| | |
| KG | Kommanditgesellschaft |
| Komintern | Kommunistische Internationale |
| KPD | Kommunistische Partei Deutschlands |
| k. u. k. | kaiserlich und königlich |
| KZ | Konzentrationslager |
| | |
| LVP | Landvolkpartei |
| | |
| MA | Morgenausgabe |
| masch. | maschinenschriftlich |
| MBO | Münchner Bauordnung |
| MdL | Mitglied des Landtags |
| MdR | Mitglied des Reichstags |
| MNN | Münchner Neueste Nachrichten |
| | |
| NA | National Archives, Washington |
| ND | Neudruck |
| NL | Nachlaß |
| NSAK | Nationalsozialistisches Automobil-Korps |
| NSBO | Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation |
| N.S.D.A.P., NSDAP | Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei |
| NSDAV | Nationalsozialistischer Deutscher Arbeiterverein |
| NSDFB | Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund |
| NSDStB | Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund |
| NSFB | Nationalsozialistische Freiheitsbewegung |
| NSFP | Nationalsozialistische Freiheitspartei |
| NSFK | Nationalsozialistisches Fliegerkorps |
| NSKK | Nationalsozialistisches Kraftfahr-Korps |
| NSS | Nationalsozialistischer Schülerbund |
| | |
| O.Gr. | Ortsgruppe |
| OHL | Oberste Heeresleitung |
| O/LGR | (Ober)landgerichtsrat |
| Osaf, OSAF | Oberster SA-Führer/Oberste SA-Führung |

| | |
|---|---|
| PA-AA | Politisches Archiv des Auswärtigen Amts |
| Pg. | Parteigenosse |
| PND | Polizeinachrichtendienst |
| | |
| Rep. | Repertorium |
| RFB | Roter Frontkämpferbund |
| RFS | Reichsführerschule |
| RFSS | Reichsführer SS |
| RG | Record Group |
| RGBl | Reichsgesetzblatt |
| RJF | Reichsjugendführer/Reichsjugendführung |
| RHD | Rote Hilfe Deutschlands |
| R.L., RL | Reichsleitung, Reichsleiter |
| RM | Reichsmark |
| RMdI | Reichsministerium des Innern |
| RW | Reichswehr |
| | |
| S.A., SA | Sturmabteilung |
| SADV | SA-Dienstvorschrift |
| SAF | SA-Führer/SA-Führung |
| SAPD | Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands |
| Schupo | Schutzpolizei |
| Slg. | Sammlung |
| SPD | Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| SS | Schutzstaffel |
| SS | Sommersemester |
| StA | Staatsarchiv |
| StGB | Strafgesetzbuch |
| | |
| TH | Technische Hochschule |
| TK | Totaler Krieg |
| TU | Technische Universität |
| | |
| UdSSR | Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken |
| UGr. | Untergruppe |
| USA | United States of America |
| USA, USchlA | Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß |
| USPD | Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| | |
| VB | Völkischer Beobachter |
| VDSt | Verein Deutscher Studenten |
| VfZ | Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte |
| VpFD | Verein proletarischer Freidenker |

| | |
|---|---|
| WS | Wintersemester |
| z. b. V. | zur besonderen Verwendung |

## Verzeichnis der zitierten Publikationen

Abel, Karl-Dietrich, Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit, Berlin 1968.

Adám, Magda, Richtung Selbstvernichtung. Die Kleine Entente 1920-1938, Wien 1988.

Ahnert, Kurt, Die Entwicklung der deutschen Revolution und das Kriegsende in der Zeit vom 1. Oktober bis 30. November 1918 in Leitartikeln, Extrablättern, Telegrammen, Aufrufen und Verordnungen nach den führenden deutschen Zeitungen, Nürnberg 1918.

Aldcroft, Derek H., Die zwanziger Jahre. Von Versailles zur Wall Street 1919-1929. Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 3, München 1978.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. Bearbeitet von Martin Vogt, 2 Bde., Boppard a. Rh. 1970.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, Die Kabinette Brüning I u. II, 30. März 1930 bis 10. Oktober 1931, 10. Oktober 1931 bis 1. Juni 1932. Bearbeitet von Tilman Koops, 3 Bde., Boppard a. Rh. 1982-1990.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amts, Serie B: 1925-1933, Bd. XVII-XIX, Göttingen 1982-1983.

Albrecht, Karl Heinz, Zehn Jahre Kampf um Gera. Eine Geschichte der NSDAP im Thüringer Osten, Gera o. J.

Aquarone, Alberto, L'organizzazione dello Stato totalitario, Torino 1965.

Archiv für Strafrecht und Strafprozeß. Hrsg. von K. Klee, Bd. 75, Berlin 1932.

Bach, Jürgen A., Franz von Papen in der Weimarer Republik. Aktivitäten in Politik und Presse 1918-1932, Düsseldorf 1977.

Bähr, Johannes, Staatliche Schlichtung in der Weimarer Republik. Tarifpolitik, Korporatismus und industrieller Konflikt zwischen Inflation und Deflation 1919-1932, Berlin 1989.

Bariéty, Jacques, Les Rélations Franco-Allemandes après la Première Guerre Mondiale. 10 Novembre 1918 - 10 Janvier 1925, de l'Exécution à la Négociation, Paris 1977.

Barkai, Avraham, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945, Frankfurt a. M. 1988.

Becker, Josef, Brüning, Prälat Kaas und das Problem einer Regierungsbeteiligung der NSDAP 1930-1932. In: Historische Zeitschrift 196 (1963), S. 74-111.

Becker, Peter Emil, Sozialdarwinismus, Rassismus, Antisemitismus und Völkischer Gedanke. Wege ins Dritte Reich, Teil II, Stuttgart 1990.

Die Befreiungskriege in Augenzeugenberichten. Hrsg. und eingeleitet von Eckart Kleßmann, München 1973.

Bennett, Edward W., Germany and the Diplomacy of the Financial Crisis, 1931, Cambridge 1962.

Berghahn, Volker R., Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966.

Bergmann, Hannsjörg, Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein 1919-1928, München 1986.

Bergmann, Klaus, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Meisenheim am Glan 1970.

Bermbach, Udo, Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung in Deutschland. Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18 und die Parlamentarisierung der Reichsregierung, Köln 1967.

Bickelmann, Hartmut, Deutsche Überseeauswanderung in der Weimarer Zeit, Wiesbaden 1980.

Blaich, Fritz, Der Schwarze Freitag. Inflation und Weltwirtschaftskrise, München $^{2}$1990.

Blaze, Elzéar, La vie militaire sous l'Empire, Paris 1837.

Bohle, Thomas, Einheitliches Arbeitsrecht in der Weimarer Republik. Bemühungen um ein deutsches Arbeitsgesetzbuch, Tübingen 1990.

Bohn, Jutta, Das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und faschistischem Staat in Italien und die Rezeption in deutschen Zentrumskreisen (1922-1933), Frankfurt a. M. 1992.

Boldt, Hans, Der Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung. Sein historischer Hintergrund und seine politische Funktion. In: Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Hrsg. von Michael Stürmer, Königstein/Ts. 1980, S. 288-309.

Born, Karl Erich, Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik, München 1967.

Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Düsseldorf $^{5}$1978.

Braunthal, Julius, Geschichte der Internationale, Bd. 1, 2, Hannover 1961-1963.

The Breakdown of Democratic Regimes. Ed. by Juan J. Linz and Alfred Stepan, Part I and II, Baltimore $^{2}$1980.

Brüning, Heinrich, Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970.

Bürgerliches Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Ergänzungsbestimmungen, München [35]1936.

Büttner, Ursula, Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928-1931, Hamburg 1982.

The Cambridge Economic History of India, Vol. II: c. 1757-c. 1970. Ed. by Dharma Kumar with the editorial assistance of Meghnad Desai, Cambridge 1983.

Cassels, Alan, Mussolini and German Nationalism 1922-1925. In: The Journal of Modern History XXXV (1963), S. 137-157.

Christ, Karl (Hrsg.), Sparta, Darmstadt 1986.

Crepon, Tom, Leberecht von Blücher. Leben und Kämpfe, Berlin 1988.

Curtius, Julius, Sechs Jahre Minister der Deutschen Republik, Heidelberg 1948.

Davies, Robert William, The Socialist Offensive. The Collectivization of the Soviet Agriculture 1929-1930, London 1980.

De Felice, Renzo, Mussolini e Hitler. I rapporti segreti (1922-1933), Firenze [2]1983.

Degreif, Diether, Franz Xaver Schwarz. Das Reichsschatzmeisteramt der NSDAP und dessen Überlieferung im Bundesarchiv. In: Aus der Arbeit der Archive. Beiträge zum Archivwesen, zur Quellenkunde und zur Geschichte. Festschrift für Hans Booms. Hrsg. von Friedrich P. Kahlenberg, Boppard a. Rh. 1989, S. 489-503.

Delmer, Sefton, Die Deutschen und ich, Hamburg 1962.

De Rosa, Gabriele, Luigi Sturzo, Torino 1977.

Deutsche Parteiprogramme. Hrsg. von Wilhelm Mommsen, München 1960.

Dickmann, Fritz, Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. In: Historische Zeitschrift 197 (1963), S. 1-101.

Dienstvorschrift für die SA der NSDAP, Dießen 1931.

"Doch das Zeugnis lebt fort". Der jüdische Beitrag zu unserem Leben, Berlin 1965.

I Documenti Diplomatici Italiani. Settima Serie: 1922-1935, Vol. XI, Roma 1981.

Documents on British Foreign Policy 1919-1939. Ed. by E. L. Woodward and Rohan Butler. Second Series, Volume II: 1931, London 1947.

Dorpalen, Andreas, Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966.

Doughty, Robert Allan, The Seeds of Disaster. The Development of French Army Doctrine 1919-1939, Hamden 1985.

Dresler, Adolf, Das Braune Haus und die Verwaltungsgebäude der Reichsleitung der NSDAP in München, München [2]1937.

Dülffer, Jost, NS-Herrschaftssystem und Stadtgestaltung. Das Gesetz zur Neugestaltung deutscher Städte vom 4.10.1937. In: German Studies Review 12 (1989), S. 69-89.

Dülffer, Jost, Die Reichs- und Kriegsmarine 1918-1939. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4/VIII, München 1979, S. 337-488.

Duesterberg, Theodor, Der Stahlhelm und Hitler, Wolfenbüttel 1949.

Durth, Werner, Architektur und Stadtplanung im Dritten Reich. In: Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991, S. 139-171.

Ebersold, Bernd, Machtverfall und Machtbewußtsein. Britische Friedens- und Konfliktlösungsstrategien 1918-1956, München 1992.

Economic Crisis and Political Collapse. The Weimar Republic 1924-1933. Ed. by Jürgen Baron von Kruedener, New York 1990.

Eichengreen, Barry, Golden Fetters. The Gold Standard and the Great Depression, 1919-1939, New York 1992.

Eichwede, Wolfgang, Der Eintritt Sowjetrußlands in die Internationale Politik, 1921-1927. In: Osteuropa-Handbuch Sowjetunion. Außenpolitik 1917-1955. Unter Mitarbeit von Heinz Brahm u. a. hrsg. von Dietrich Geyer, Köln 1972, S. 150-212.

Eisfeld, Gerhard und Kurt Koszyk, Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie, Bonn [2]1980.

Engelbrechten, J[*ulek*] K[*arl*] von, Hans Volz, Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt, München 1937.

Die Entstehung des Youngplans dargestellt vom Reichsarchiv 1931-1933. Durchgesehen und eingeleitet von Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970.

Epstein, Klaus, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962.

Fait, Barbara, Die Kreisleiter der NSDAP - nach 1945. In: Von Stalingrad zur Währungsunion. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. Hrsg. von Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, München 1988, S. 213-299.

Falter, Jürgen W., Hitlers Wähler, München 1991.

Falter, Jürgen W., War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei? In: Nationalsozialismus und Modernisierung. Hrsg. von Michael Prinz und Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991, S. 21-47.

Falter, Jürgen W., Thomas Lindenberger, Siegfried Schumann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986.

Faust, Anselm, Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, 2 Bde., Düsseldorf 1973.

Fellner, Fritz, Der Vertrag von St. Germain. In: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Hrsg. von Erika Weinzierl und Kurt Skalnik, Bd. I, Graz 1983, S. 85-106.

Fenske, Hans, Das "Dritte Reich". Die Perversion der Reichsidee. In: Deutschland in Europa. Ein historischer Rückblick. Hrsg. von Bernd Martin, München 1992, S. 210-229.

Fenske, Hans, Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Paderborn 1994.

Fest, Joachim C., Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. 1973.

Fischer, Alexander, Sowjetische Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933. In: Josef Becker/Klaus Hildebrand (Hrsg.), Internationale Beziehungen in der Weltwirtschaftskrise 1929-1933, München 1980, S. 65-83.

Fischer, Conan, Stormtroopers. A Social, Economic and Ideological Analysis 1929-1935, London 1983.

Flechtheim, Ossip K., Die KPD in der Weimarer Republik, Hamburg 1986.

François-Poncet, André, Als Botschafter im "Dritten Reich". Die Erinnerungen des französischen Botschafters in Berlin September 1931 bis Oktober 1938, Mainz 1980.

Franke, Manfred, Albert Leo Schlageter. Der erste Soldat des 3. Reiches. Die Entmythologisierung eines Helden, Köln 1980.

Frauen um Hitler. Nach Materialien von Henriette von Schirach, München 1983.

Freiberg, Walter, Südtirol und der italienische Nationalismus. Entstehung und Entwicklung einer europäischen Minderheitenfrage, 2 Bde., Innsbruck 1989-1990.

Freimark, Peter, Zum Selbstverständnis jüdischer Nationalität und Staatlichkeit in Palästina. In: Die Palästina-Frage 1917-1948. Historische Ursprünge und internationale Dimensionen eines Nationenkonflikts. Hrsg. von Helmut Mejcher, Paderborn $^{2}$1993, S. 49-74.

Freyberg, Thomas von, Industrielle Rationalisierung in der Weimarer Republik. Untersucht an Beispielen aus dem Maschinenbau und der Elektroindustrie, Frankfurt a. M. 1989.

Fritzsche, Peter, A Nation of Fliers. German Aviation and the Popular Imagination, Cambridge (Massachusetts) 1992.

Geflügelte Worte. Der Zitatenschatz des deutschen Volkes. Gesammelt und erläutert von Georg Büchmann, 3 Bde., München 1967.

Geschichte Thüringens. Hrsg. von Hans Patze und Walter Schlesinger, Bd V/2: Politische Geschichte in der Neuzeit, Köln 1978.

Gessner, Dieter, Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930 bis 1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977.

Gies, Horst, R., Walther Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Diss. phil., Frankfurt a. M. 1965.

Gillessen, Günther, Auf verlorenem Posten. Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich, Berlin 1986.

Gimbel, A[*dalbert*] (Hrsg.), So kämpften wir! Schilderungen aus der Kampfzeit der NSDAP im Gau Hessen-Nassau, Frankfurt a. M. 1941.

Goldinger, Walter und Dieter A. Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, Wien 1992.

Gordon, Harold J. jr., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt a. M. 1971.

Gotthelf, Michael, Außenhandelsentwicklung und Außenhandelsstrategie in der Sowjetunion. Die Entwicklung des Außenhandels der Sowjetunion mit den westlichen Industrienationen und die sowjetische Außenhandelsstrategie in den Jahren 1918-1978, Frankfurt a. M. 1979.

Grammbitter, Ulrike, Vom "Parteiheim" in der Brienner Straße zu den Monumentalbauten am "Königlichen Platz". Das Parteizentrum der NSDAP am Königsplatz in München. In: Bürokratie und Kult. Das Parteizentrum der NSDAP am Königsplatz in München. Geschichte und Rezeption, München 1995, S. 61-87.

Granier, Gerhard, Magnus von Levetzow. Seeoffizier, Monarchist und Wegbereiter Hitlers. Lebensweg und ausgewählte Dokumente, Boppard a. Rh. 1982.

Granzow, Brigitte, A Mirror of Nazism. British Opinion and the Emergence of Hitler 1929-1933, London 1964.

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes hrsg. von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy, Friedrich Thimme, Bd. 1: Der Frankfurter Friede und seine Nachwirkungen 1871-1877, Berlin 1922.

Güth, Rolf, Die Organisation der deutschen Marine in Krieg und Frieden 1913-1933. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 4/VIII, München 1979, S. 263-336.

Gunzenhäuser, Max, Die Pariser Friedenskonferenz 1919 und die Friedensverträge 1919-1920. Literaturbericht und Bibliographie, Frankfurt a. M. 1970.

Gusy, Christoph, Weimar - die wehrlose Republik? Verfassungsschutzrecht und Verfassungsschutz in der Weimarer Republik, Tübingen 1991.

Halbmast, Ein Heldenbuch der SA und SS. Erste Folge. Den Toten der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Gedächtnis, Berlin 1932.

Halcomb, Jill, The S.A. A Historical Perspective, Columbia 1985.

Hall, Christopher, Britain, America and Arms Control 1921-37, New York 1987.

Hamel, Iris, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893-1933, Frankfurt a. M. 1967.

Hanfstaengl, Ernst, 15 Jahre mit Hitler. Zwischen Weißem und Braunem Haus, München [2]1980.

Harvey, Elizabeth, Youth and the Welfare State in Weimar Germany, Oxford 1993.

Hattenhauer, Hans, Deutsche Nationalsymbole. Zeichen und Bedeutung, München 1984.

Haupts, Leo, Deutsche Friedenspolitik 1918-19. Eine Alternative zur Machtpolitik des Ersten Weltkrieges? Düsseldorf 1976.

Heideking, Jürgen, Areopag der Diplomaten. Die Pariser Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920-1931, Husum 1979.

Heindl, Wolfgang, Die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden in Deutschland von 1925 bis 1933. Öffentliche Haushalte und Krisenverschärfung, Frankfurt a. M. 1984.

Heinemann, Ulrich, Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983.

Helmreich, K[*arl*], F[*erdinand*] Schels, A[*ugust*] Steinhauser (Hrsg.), Das Münchener Baupolizeirecht. Die Münchener Bauordnung und die Münchener Staffelbauordnung mit Erläute-

rungen sowie mit Abdruck der einschlägigen Gesetze, Verordnungen und sonstigen Vorschriften, München 1927.

Henke, Josef, England in Hitlers politischem Kalkül 1935-1939, Boppard a. Rh. 1973.

Henning, Friedrich-Wilhelm, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Deutschland. Bd. 2: 1750-1976, Paderborn 1978.

Heß, Rudolf, Briefe 1908-1933. Hrsg. von Wolf Rüdiger Heß, München 1987.

Hierl, Konstantin, Im Dienst für Deutschland 1918-1945, Heidelberg 1954.

Hillgruber, Andreas, Bismarcks Außenpolitik, Freiburg i. Br. 1972.

Histoire Militaire de la France, III: De 1871 à 1940. Sous la Direction de Guy Pedroncini, Paris 1992.

Hitler, Adolf, Mein Kampf. Bd. 1: Eine Abrechnung, Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1925-1927; [65]1933.

Hitlers Auseinandersetzung mit Brüning, München 1932.

Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929-1932. Hrsg. von Henry A. Turner, jr., Frankfurt a. M. 1978.

Höner, Sabine, Der nationalsozialistische Zugriff auf Preußen. Preußischer Staat und nationalsozialistische Machteroberungsstrategie 1928-1934, Bochum 1984.

Hoepke, Klaus-Peter, Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus. Ein Beitrag zum Selbstverständnis und zur Politik von Gruppen und Verbänden der deutschen Rechten, Düsseldorf 1968.

Hoffmann, Peter, Die Sicherheit des Diktators. Hitlers Leibwachen, Schutzmaßnahmen, Residenzen, Hauptquartiere, München 1975.

Hoffmann, Walther G. unter Mitarbeit von Franz Grumbach und Helmut Hesse, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965.

Holtfrerich, Carl-Ludwig, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin 1980.

Holz, Kurt A., Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan in der deutschen Presse, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1977.

Horkenbach, Cuno (Hrsg.), Das Deutsche Reich von 1918 bis Heute, Jahrgang 1931, Berlin o. J.

Horn, Daniel, The National Socialist Schuelerbund and the Hitler-Youth, 1929-1933. In: Central European History 11 (1978), S. 355-375.

Horn, Wolfgang, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1933), Düsseldorf 1972.

Hoser, Paul, Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1990.

Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789,
Bd. IV: Struktur und Krisen des Kaiserreichs, Stuttgart 1969,
Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981.

Hudson, Robert V., Mass Media. A Chronological Encyclopedia of Television, Radio, Motion Pictures, Magazines, Newspapers and Books in the United States, New York 1987.

Hundert Jahre Ullstein 1877-1977. Hrsg. von W. Joachim Freyburg und Hans Wallenberg, 4 Bde., Berlin 1977.

Hürter, Johannes, Wilhelm Groener, Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik (1928-1932), München 1993.

Jablonsky, David, The Nazi Party in Dissolution. Hitler and the Verbotzeit 1923-1925, London 1989.

Jacobsen, Hans-Adolf, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933-1938, Frankfurt a. M. 1968.

Jäckel, Eberhard, Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966.

Jäckel, Eberhard, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Stuttgart [4]1991.

Jäckel, Eberhard und Axel Kuhn (Hrsg.), Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980.

Jäckel, Eberhard, Axel Kuhn und Hermann Weiß, Neue Erkenntnisse zur Fälschung von Hitler-Dokumenten. In: VfZ 32 (1984), S. 163-169.

Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1930. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, o. O. o. J.

Jahrbuch des Völkerrechts, Bd. VIII: Die Friedensschlüsse 1918-1921, München 1922.

James, Harold, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936, Stuttgart 1988.

Jamin, Mathilde, Zwischen den Klassen. Zur Sozialstruktur der SA-Führerschaft, Wuppertal 1984.

Jatho, Jörg-Peter, Zur Durchsetzung des Nationalsozialismus in der Provinz Oberhessen - unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Gießen. In: Als es mit der Freiheit zu Ende ging. Studien zur Machtergreifung der NSDAP in Hessen. Hrsg. von Werner Wolf und Antonio Peter, Wiesbaden 1990, S. 75-101.

Jellonnek, Burkhard, Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Die Verfolgung von Homosexuellen im Dritten Reich, Paderborn 1990.

Joachimsthaler, Anton, Korrektur einer Biographie. Adolf Hitler 1908-1920, München 1989.

Jochmann, Werner, Handelsmetropole des Deutschen Reiches. In: Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner. Hrsg. von Werner Jochmann und Hans-Dieter Lose, Bd. II: Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Hamburg 1986, S. 15-129.

Jonas, Erasmus, Die Volkskonservativen 1928-1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung, Düsseldorf 1965.

Jones, Larry Eugene, German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System 1918-1933, Chapel Hill 1988.

Junker, Detlef, Die Deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Ein Beitrag zur Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland, Stuttgart 1969.

Kahl, Jürgen, National-Zeitung. In: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach 1972, S. 177-189.

Kaiser, Jochen-Christoph, Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik. Proletarische Freidenkerverbände in Kaiserreich und Weimarer Republik, Stuttgart 1981.

Katalog der nationalsozialistischen Pressen. Nach dem Stand vom 15. Januar 1933. Hrsg. von der Werbe-Rundschau (Archiv für Werbung), Berlin 1933.

Kater, Michael H., The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945, Oxford 1983.

Kater, Michael H., Zum gegenseitigen Verhältnis von SA und SS in der Sozialgeschichte des Nationalsozialismus von 1925 bis 1939. In: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 62 (1975), S. 339-379.

Kimmich, Christoph M., The Free City. Danzig and German Foreign Policy 1919-1934, New Haven 1968.

Kindleberger, Charles P., Die Weltwirtschaftskrise 1929-1939, München 1973.

Kissenkoetter, Udo, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978.

Klehr, Harvey and John Earl Haynes, The American Communist Movement. Storming Heaven Itself, New York 1992.

Klein, Adolf, Köln im Dritten Reich. Stadtgeschichte der Jahre 1933-1945, Köln 1983.

Kluge, Ulrich, Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt a. M. 1985.

Knipping, Franz, Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928-1931. Studien zur internationalen Politik in der Anfangsphase der Weltwirtschaftskrise, München 1987.

Knobloch, Heinz, Der arme Epstein. Wie der Tod zu Horst Wessel kam, Berlin 1993.

Knock, Thomas J., To End all Wars. Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order, New York 1992.

Koch, Hannsjoachim W., Die Befreiungskriege 1807-1815. Napoleon gegen Deutschland und Europa, Berg 1987.

Kolb, Eberhard, Der Weg aus dem Krieg. Bismarcks Politik im Krieg und die Friedensanbahnung 1870/71, München 1989.

Koszyk, Kurt, Der jüdische Beitrag zum deutschen Presse- und Verlagswesen. In: Werner E. Mosse/Hans Pohl (Hrsg.), Jüdische Unternehmer in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1992, S. 196-217.

Koszyk, Kurt, Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1968.

Kratzenberg, Volker, Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation. Ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927-1934, Frankfurt a. M. 1987.

Krebs, Albert, Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei, Stuttgart 1959.

Kremmel, Paul, Pfarrer und Gemeinden im evangelischen Kirchenkampf in Bayern bis 1939. Mit besonderer Berücksichtigung der Ereignisse im Bereich des Bezirksamts Weißenburg in Bayern, Lichtenfels 1987.

Krohn, Manfred, Die deutsche Justiz im Urteil der Nationalsozialisten 1920-1933, Frankfurt a. M. 1991.

Krüger, Peter, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.

Krüger, Peter, Deutschland und die Reparationen 1918/19. Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand und Versailler Friedensschluß, Stuttgart 1973.

Kube, Alfred, Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986.

Kuron, Hans Jürgen, Freikorps und Bund Oberland, Diss. phil., Erlangen 1960.

Kuusisto, Seppo, Alfred Rosenberg in der nationalsozialistischen Außenpolitik 1933-39, Helsinki 1984.

Die Lage am Münchener Wohnungs- und Geschäftsraummarkt. Denkschrift des Grund- und Hausbesitzervereins München e. V., München 1931.

Lang, Jochen von, Erich Mielke. Eine deutsche Karriere. Unter Mitarbeit von Claus Sibyll, Berlin 1991.

Langewiesche, Dieter, Mobilität in deutschen Mittel- und Großstädten. Aspekte der Binnenwanderung im 19. und 20. Jahrhundert. In: Arbeiter im Industrialisierungsprozeß. Herkunft, Lage und Verhalten. Hrsg. von Werner Conze und Ulrich Engelhardt, Stuttgart 1979, S. 70-93.

Laws Applicable to Immigration and Nationality. Embracing Statutes of a Permanent Character, and Treaties, Proclamations, Executive Orders, and Reorganization Plans Affecting the Immigration and Naturalization Service. Ed. by United States Department of Justice, Washington 1953.

Leffler, Melvyn P., The Elusive Quest. America's Pursuit of European Stability and French Security, 1919-1933, Chapel Hill 1979.

Le May, Michael C., From Open Door to Dutch Door. An Analysis of U.S. Immigration Policy since 1820, New York 1987.

Lerg, Winfried B., Rundfunkpolitik in der Weimarer Republik, München 1980.

Levine, Herbert S., Hitler's Free City. A History of the Nazi Party in Danzig, 1925-39, Chicago 1973.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Dieter Fricke, 4 Bde., Köln 1983-1986.

Lingg, Anton, Die Verwaltung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, München 1939.

Link, Werner, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970.

Loiperdinger, Martin, "Das Blutnest vom Boxheimer Hof". Die antifaschistische Agitation der SPD in der hessischen Hochverratsaffäre. In: Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen. Hrsg. von Eike Hennig, Frankfurt a. M. 1983, S. 433-468.

Longerich, Peter, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989.

Lüke, Rolf E., Von der Stabilisierung zur Krise, Zürich 1958.

Lükemann, Ulf, Der Reichsschatzmeister der NSDAP. Ein Beitrag zur inneren Parteistruktur, Diss. phil., München 1963.

Lyttelton, Adrian, The Seizure of Power. Fascism in Italy 1919-1929, London 1973.

McDougall, Walter A., France's Rhineland Diplomacy 1914-1924. The last Bid for a Balance of Power in Europe, Princeton 1978.

Maier, Hans, Ideen von 1914 - Ideen von 1939? Zweierlei Kriegsanfänge. In: VfZ 38 (1990), S. 525-542.

Manstein, Peter, Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919-1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung, Frankfurt a. M. [3]1990.

Marquand, David, Ramsay MacDonald, London 1977.

Marx, Karl, Friedrich Engels, Werke. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. I, Berlin (Ost) [9]1974.

Maser, Werner, Adolf Hitler. Biographie, München [7]1978.

Maser, Werner, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt a. M. 1965.

Matuschka, Edgar Graf von, Organisation des Reichsheeres. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3/VI, München 1979, S. 305-343.

Maurer, Ilse, Reichsfinanzen und Große Koalition. Zur Geschichte des Reichskabinetts Müller (1928-1930), Bern 1973.

Mehringer, Hartmut, Die KPD in Bayern 1919-1945. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand. In: Bayern in der NS-Zeit, Bd. V. Hrsg. von Martin Broszat und Hartmut Mehringer. Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand, München 1983, S. 1-286.

Meier-Dörnberg, Wilhelm, Die große deutsche Frühjahrsoffensive 1918 zwischen Strategie und Taktik. In: Operatives Denken und Handeln in deutschen Streitkräften im 19. und 20. Jahrhundert. Mit Beiträgen von Horst Boog u. a., Herford 1988, S. 73-95.

Meissner, Otto, Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler. Der Schicksalsweg des deutschen Volkes von 1918-1945, wie ich ihn erlebte, Hamburg [3]1950.

Meister, Rainer, Die große Depression. Zwangslagen und Handlungsspielräume der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland 1929-1932, Regensburg 1991.

Mendelssohn, Peter de, Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse, Frankfurt a. M. 1982.

Merkl, Peter H., Formen der nationalsozialistischen Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925-1933. In: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. von Wolfgang J. Mommsen und Gerhard Hirschfeld, Stuttgart 1982, S. 422-440.

Merl, Stephan, Die Anfänge der Kollektivierung der Sowjetunion. Der Übergang zur staatlichen Reglementierung der Produktions- und Marktbeziehungen im Dorf (1928-1930), Wiesbaden 1985.

Meyer, Gerd, Die deutsche Reparationspolitik von der Annahme des Young-Plans im Reichstag (12. März 1930) bis zum Reparationsabkommen auf der Lausanner Konferenz (9. Juli 1932), Diss. phil., Bonn 1991.

Middleton, Roger, The Treasury and Public Investment. A Perspective on Interwar Economic Management. In: Public Administration 61 (1983), S. 351-370.

Miller, Susanne, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1978.

Möller, Horst, Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985.

Möller, Horst, Gottfried Reinhold Treviranus. Ein Konservativer zwischen den Zeiten. In: Um der Freiheit willen. Eine Festgabe für und von Johannes und Karin Schauff zum 80. Geburtstag. Hrsg. von Paulus Gordan, Pfullingen 1983, S. 118-146.

Möller, Horst, Weimar. Die unvollendete Demokratie, München [5]1994.

Mommsen, Wilhelm (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme. Zweiter Teil: Weimarer Republik und Bundesrepublik Deutschland, München 1960.

Moon, Penderel, The British Conquest and Dominion of India, London [2]1990.

Moreau, Patrick, Nationalsozialismus von links. Die "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" und die "Schwarze Front" Otto Straßers 1930-1935, Stuttgart 1984.

Morsey, Rudolf, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966.

Morsey, Rudolf, Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und 'Nationaler Erhebung' 1932/33, Stuttgart 1977.

Mouré, Kenneth, Managing the Franc Poincaré. Economic Understanding and Political Constraint in French Monetary Policy, 1928-1936, Cambridge 1991.

Mühlberger, Detlef, Hitler's Followers. Studies in the Sociology of the Nazi Movement, London 1991.

Müller, Rolf-Dieter, Das Tor zur Weltmacht. Die Bedeutung der Sowjetunion für die deutsche Wirtschafts- und Rüstungspolitik zwischen den Weltkriegen, Boppard a. Rh. 1984.

Nationalsozialistisches Jahrbuch 1932. Hrsg. unter Mitwirkung der Reichsleitung der NSDAP, München o. J.

Neebe, Reinhard, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930-1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981.

Neliba, Günter, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn 1992.

Niedhart, Gottfried, Zwischen Feindbild und Wunschbild. Die Sowjetunion in der britischen Urteilsbildung 1917-1945. In: ders. (Hrsg.), Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917, Paderborn 1983, S. 105-118.

Nove, Alec, An Economic History of the U.S.S.R., London 1970.

Nove, Alec und J. A. Newth, The Jewish Population: Demographic Trends and Occupational Patterns. In: The Jews in Soviet Russia since 1917, ed. by Lionel Kochan, Oxford [3]1978, S. 132-167.

Offener Brief Adolf Hitlers an den Reichskanzler. Die Illusionspolitik von Matthias Erzberger bis Heinrich Brüning. Die große Illusion der letzten Notverordnung, München 1932.

The "Opera Nazionale Balilla", Rome o. J.

Oppermann, [*Theodor*], Unter den Sturmstandern des NSKK. Blätter aus der Geschichte des Nationalsozialistischen Kraftfahr-Korps, München 1936.

Orde, Anne, The Origins of the German-Austrian Customs Union Affair of 1931. In: Central European History XIII (1980), S. 34-59.

Organisationsbuch der NSDAP. Hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, München [3]1937.

Orlow, Dietrich, The History of the Nazi Party: 1919-1933, Pittsburgh 1969.

Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1922, Vol. I, Washington 1938; 1930, Vol. I, Washington 1945.

Paul, Gerhard, Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990.

Paul, Gerhard, Die NSDAP des Saargebietes 1920-1935. Der verspätete Aufstieg der NSDAP in der katholisch-proletarischen Provinz, Saarbrücken 1987.

Pauley, Bruce F., Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Der Steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalsozialismus 1918-1934, Wien 1972.

Pauley, Bruce F., Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich, Wien 1988.

Paulmann, Johannes, Arbeitslosigkeit in Großbritannien 1931-1939. Sozial- und Wirtschaftspolitik zwischen Weltwirtschaftskrise und Weltkrieg, Bochum 1989.

Pentzlin, Heinz, Hjalmar Schacht. Leben und Wirken einer umstrittenen Persönlichkeit, Berlin 1980.

Peter, Matthias, John Maynard Keynes und die britische Deutschlandpolitik. Machtanspruch und ökonomische Realität im Zeitalter der Weltkriege 1919-1946, München 1997 [in Vorbereitung].

Petersen, Jens, Hitler-Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933-1936, Tübingen 1973.

Petzold, Joachim, Wirtschaftsbesprechungen der NSDAP in den Jahren 1930 und 1931. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (1982, II), S. 189-223.

Pfeil, Alfred, Der Völkerbund. Literaturbericht und kritische Darstellung seiner Geschichte, Darmstadt 1976.

Pohle, Heinz, Der Rundfunk als Instrument der Politik. Zur Geschichte des deutschen Rundfunks von 1923/38, Hamburg 1955.

Politik in Bayern 1919-1933. Berichte des württembergischen Gesandten Carl Moser von Filseck. Hrsg. und kommentiert von Wolfgang Benz, Stuttgart 1971.

Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Dritte Reihe, Die Weimarer Republik. Bde. 4/I und 4/II, Düsseldorf 1980.

Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der deutschen Zentrumspartei 1926-1933. Bearbeitet von Rudolf Morsey, Mainz 1969.

Pulzer, Peter, Jews and the German State. The Political History of a Minority, 1848-1933, Oxford 1992.

Pyta, Wolfram, Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989.

Reichelt, Werner, Das Braune Evangelium. Hitler und die NS-Liturgie, Wuppertal 1990.

Reichsarbeitsblatt. Amtsblatt des Reichsarbeitsministeriums, des Reichsversicherungsamts, der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Hrsg. vom Reichsarbeitsministerium, Jg. 1930, Teil I; Jg. 1931, Teil I und II.

Reuth, Ralf Georg, Goebbels, München 1990.

Rohkrämer, Thomas, August 1914 - Kriegsmentalität und ihre Voraussetzungen. In: Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse. Hrsg. von Wolfgang Michalka, München 1994, S. 759-777.

Roloff, Ernst-August, Bürgertum und Nationalsozialismus 1930-1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich, Hannover 1961.

Rosenhaft, Eve, Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929-1933, Cambridge 1983.

Rothermund, Dietmar, Indiens wirtschaftliche Bedeutung. Von der Kolonialherrschaft bis zur Gegenwart, Paderborn 1985.

Rüffler, Klaus, Vom Münchener Landfriedensbruch bis zum Mord von Potempa. Der "Legalitätskurs" der NSDAP, Frankfurt a. M. 1994.

Rüstung und Abrüstung. Eine Umschau über das Heer- und Kriegswesen aller Länder. Unter Mitwirkung zahlreicher Mitarbeiter hrsg. von K. L. von Oertzen, Berlin 1934.

Ruppert, Karsten, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930, Düsseldorf 1992.

Sanitätsbericht über das Deutsche Heer (Deutsches Feld- und Besatzungsheer) im Weltkriege 1914/1918. Bearbeitet in der Heeres-Sanitätsinspektion des Reichswehrministeriums. Bd. III: Die Krankenbewegung bei dem Deutschen Feld- und Besatzungsheer im Weltkriege 1914/1918, Berlin 1934.

Die Satzung des Völkerbundes. Kommentiert von Walther Schücking und Hans Wehberg, Berlin $^{2}$1924.

Sauer, Wolfgang, Die Mobilmachung der Gewalt, Bd. III: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Frankfurt a. M. 1974.

Schaefer, Rainer, SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930-1932, Frankfurt a. M. 1990.

Schausberger, Norbert, Der Griff nach Österreich. Der Anschluß, Wien 1978.

Schieder, Wolfgang, Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Krise der Weimarer Republik. In: Historische Zeitschrift 262 (1996), S. 73-125.

Schiffers, Reinhard, Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem, Düsseldorf 1971.

Schildt, Axel, Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1981.

Schirach, Baldur von, Ich glaubte an Hitler, Hamburg 1967.

Schmidt-Hannover, Otto, Umdenken oder Anarchie. Männer - Schicksale - Lehren, Göttingen 1959.

Schöllgen, Gregor (Hrsg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

Schön, Eberhart, Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim am Glan 1972.

Schönhoven, Klaus, Die Bayerische Volkspartei 1924-1932, Düsseldorf 1972.

Scholder, Klaus, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Frankfurt a. M. 1977.

Scholdt, Günter, Autoren über Hitler. Deutschsprachige Schriftsteller 1919-1945 und ihr Bild vom "Führer", Bonn 1993.

Schreiber, Gerhard, Hitler. Interpretationen 1923-1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung, Darmstadt 1984.

Schroeder, Christa, Er war mein Chef. Aus dem Nachlaß der Sekretärin von Adolf Hitler. Hrsg. von Anton Joachimsthaler, München 1985.

Schröter, Verena, Die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt 1929 bis 1933. Außenwirtschaftliche Strategien unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise, Frankfurt a. M. 1984.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1918-1932, München 1922-1933.

Schulz, Gerhard, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt a. M. 1975.

Schulz, Gerhard, Revolution und Friedensschlüsse 1917-1920, München 1967.

Schulz, Gerhard, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik.
Bd. I: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919-1930
Bd. II: Deutschland am Vorabend der Großen Krise
Bd. III: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930-1933, Berlin 1963-1992.

Schumacher, Martin, Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914-1923, Düsseldorf 1978.

Schuster, Kurt G. P., Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes, Düsseldorf 1975.

Schwabe, Klaus, Der amerikanische Isolationismus im 20. Jahrhundert. Legende und Wirklichkeit, Wiesbaden 1975.

Schwabe, Klaus, Deutsche Revolution und Wilson Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19, Düsseldorf 1971.

Schwabe, Klaus (Hrsg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1985.

Schwarz, Angela, Die Reise ins Dritte Reich. Britische Augenzeugen im nationalsozialistischen Deutschland (1933-39), Göttingen 1993.

Schwarz, Gotthart, Theodor Wolff und das "Berliner Tageblatt". Eine liberale Stimme in der deutschen Politik 1906-1933, Tübingen 1968.

Schwarze, Johannes, Die bayerische Polizei und ihre historische Funktion bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in Bayern von 1919-1933, München 1977.

Shamir, Haim, Economic Crisis and French Foreign Policy 1930-1936, Leiden 1989.

Smelser, Ronald, Robert Ley. Hitlers Mann an der "Arbeitsfront". Eine Biographie, Paderborn 1989.

Solari, Pietro, Hitler e il Terzo Reich, Milano 1932.

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, [*Bd. II*]: Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870-1914. Von Gerd Hohorst, Jürgen Kocka und Gerhard A. Ritter, München 1975.

Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III: Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945. Von Dietmar Petzina, Werner Abelshauser und Anselm Faust, München 1978.

Speer, Albert, Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1969.

Spengler, Oswald, Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte, Bd. II: Welthistorische Perspektiven, München [16]1922.

Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Die Weimarer Republik, Bd. 3, Düsseldorf 1977.

Stachura, Peter D., Nazi Youth in the Weimar Republic, Santa Barbara 1975.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1911-1932. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1911-1932.

Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Bayern 19 (1930). Hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1930.

Stein, Peter, Die NS-Gaupresse 1925-1935. Forschungsbericht, Quellenkritik, neue Bestandsaufnahme, München 1987.

Stephan, Werner, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973.

Stern, Fritz, Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder, Frankfurt a. M. 1978.

Steurer, Leopold, Südtirol zwischen Rom und Berlin 1919-1939, Wien 1980.

Stiegler, Klaus Martin, Germania (1871-1938). In: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, Pullach 1972, S. 299-313.

Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich in der Fassung des Jahres 1893, München [5]1893.

Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nebst dem Einführungsgesetz. Hrsg. und erläutert von Reinhard Frank, Tübingen [18]1931.

Stresemann, Gustav, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden. Hrsg. von Henry Bernhard unter Mitarbeit von Wolfgang Goetz und Paul Wiegler, Berlin 1932-1933.

Striefler, Christian, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993.

Stroheker, Karl Friedrich, Germanentum und Spätantike, Zürich 1965.

Stürmer, Michael, Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924-1928, Düsseldorf 1967.

Sturm 33. Hans Maikowski. Geschrieben von Kameraden des Toten, Berlin o. J.

Sturm, Peter, Die Sowjetunion und ihre asiatischen Nachbarn in der Zwischenkriegszeit - das Problem "Großbritannien". In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 39 (1991), S. 1-32.

Sundhaussen, Holm, Die Weltwirtschaftskrise im Donau-Balkan-Raum und ihre Bedeutung für den Wandel der deutschen Außenpolitik unter Brüning. In: Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Aufsätze Hans Rothfels zum Gedächtnis. Hrsg. von Wolfgang Benz und Hermann Graml, Stuttgart 1976, S. 121-164.

Syring, Enrico, Hitler. Seine politische Utopie, Berlin 1994.

Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 1: 27.6.1924-31.12.1930, Bd. 2: 1.1.1931-31.12.1936, München 1987.

Taschenbuch der Kriegsflotten 1930, XXVI. Jahrgang 1930. Hrsg. von B[*runo*] Weyer, München 1930.

Thorne, Christopher, The Limits of Foreign Policy. The West, the League and the Far Eastern Crisis of 1931-1933, London 1972.

Tracey, Donald R., The Development of the National Socialist Party in Thuringia, 1924-30. In: Central European History VIII (1975), S. 23-50.

Transfeldt, Walter, Wort und Brauch in Heer und Flotte. Hrsg. von Hans-Peter Stein, Stuttgart ⁹1986.

Treviranus, Gotthold Reinhold, Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf 1968.

Turner, jr., Henry Ashby, Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985.

Tyrell, Albrecht (Hrsg.), Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der "Kampfzeit" der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969.

Tyrell, Albrecht, Vom "Trommler" zum "Führer". Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Hrsg. und bearb. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel, Bde. II, III, VIII, Berlin o. J.

Verhandlungen des Bayerischen Landtags. IV. Tagung 1930/31, Beilagen Bd. IX, München o. J.

Verhandlungen des Preußischen Landtags, III. Wahlperiode 1928-1932, Bd. 16, Berlin 1931.

Verhandlungen des Reichstages. V. Wahlperiode 1930, Bd. 444, 446, Berlin 1931-1932.

Die völkerrechtlichen Urkunden des Weltkrieges. Hrsg. von Theodor Niemeyer und K. Strupp. VI. Band: Die Friedensschlüsse 1918-1921. (Jahrbuch des Völkerrechts VIII. Band), München 1922.

Vogelsang, Thilo, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962.

Vogelsang, Thilo, Zur Politik Schleichers gegenüber der NSDAP 1932. In: VfZ 6 (1958), S. 86-118.

Volz, Hans, Daten der Geschichte der NSDAP, Berlin [10]1939.

Der Waffenstillstand 1918-1919. Hrsg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission, Bd. 1: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928.

Wagemann, Ernst, Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft. Grundlagen einer weltwirtschaftlichen Konjunkturlehre, Hamburg 1931.

Wahlen und Parteien in Österreich. Österreichisches Wahlhandbuch. Hrsg. von Rodney Stiefbold, Arlette Leupold-Löwenthal, Georg Ress, Walther Lichem unter Leitung von Dwaine Marvick, Bd. III/Teil C, Wien 1966.

Walser, Harald, Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933-1938, Wien 1983.

Watlin, Alexander, Die Komintern 1919-1929. Historische Studien, Mainz 1993.

Weber, Hermann, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969.

Webster, Richard A., The Cross and the Fasces. Christian Democracy and Fascism in Italy, Stanford (California) 1960.

Weiß, Hermann, Der "schwache Diktator". Hitler und der Führerstaat. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 64-77.

Weißbecker, Manfred, "Wenn hier Deutsche wohnten...". Beharrung und Veränderung im Rußlandbild Hitlers und der NSDAP. In: Das Rußlandbild im Dritten Reich. Hrsg. von Hans-Erich Volkmann, Köln 1994, S. 9-54.

Weißmann, Karlheinz, Schwarze Fahnen, Runenzeichen. Die Entwicklung der politischen Symbolik der deutschen Rechten zwischen 1890 und 1945, Düsseldorf 1991.

Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bearbeitet im Reichsarchiv. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft. Bd. I: Die militärische, wirtschaftliche und finanzielle Rüstung Deutschlands von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges, Berlin 1930.

Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Im Auftrage des Oberkommandos des Heeres bearbeitet und hrsg. von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, Bd. 14: Die Kriegführung an der Westfront im Jahre 1918, Berlin 1944. Hrsg. vom Bundesarchiv, ND: Koblenz 1956.

Wendt, Bernd-Jürgen, "Deutsche Revolution" - "Labour Unrest". Systembedingungen der Streikbewegung in Deutschland und England 1918-1921. In: Archiv für Sozialgeschichte XX (1980), S. 1-55.

Wengst, Udo, Graf Brockdorff-Rantzau und die außenpolitischen Anfänge der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. [2]1986.

Werner, Andreas, SA und NSDAP. SA: "Wehrverband", "Parteigruppe" oder "Revolutionsarmee". Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933, Diss. phil., Erlangen 1964.

Wette, Wolfram, Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen der Kriegspolitik des Dritten Reiches. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. I: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1979, S. 25-173.

Weyerer, Benedict, München 1919-1933. Stadtrundgänge zur politischen Geschichte. Hrsg. von der Landeshauptstadt München, München 1993.

Williamson, David G., The British in Germany 1918-1930. The Reluctant Occupiers, New York 1991.

Wiltschegg, Walter, Die Heimwehr. Eine unwiderstehliche Volksbewegung? München 1985.

Winkler, Heinrich August, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972.

Winkler, Heinrich August, Die Revolution von 1918/19 und das Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte. In: Historische Zeitschrift 250 (1990), S. 303-319.

Winkler, Heinrich August, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin 1987.

Winkler, Wilhelm, Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927.

Witzmann, Georg, Thüringen von 1918-1933. Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim am Glan 1958.

Wohlfeil, Rainer, Heer und Republik. In: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648-1939. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3/VI, München 1979, S. 5-304.

Woller, Hans, Machtpolitisches Kalkül oder ideologische Affinität? Zur Frage des Verhältnisses zwischen Hitler und Mussolini vor 1933. In: Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft. Hrsg. von Wolfgang Benz, Hans Buchheim und Hans Mommsen, Frankfurt a. M. 1993, S. 42-63.

Zapponi, Niccolò, Il partito della gioventù. Le organizzazioni giovanili del fascismo 1926-1943. In: Storia Contemporanea 13 (1982), S. 569-633.

Ziebura, Gilbert, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch, Frankfurt a. M. 1984.

Zitelmann, Rainer, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Stuttgart ²1989.

Zorn, Wolfgang, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986.

# Personenregister

Die *kursiv* gesetzten Seitenzahlen geben Hinweise auf nähere Angaben zur Person.